Materialistische Wissenschaft



Charles Bettelheim

Die Klassenkämpfe in der UdSSR

Band I
1917–1923

Oberbaumverlag



"Der unmittelbare Ausgangspunkt dieser Arbeit war die Invasion und Besetzung der Tschechoslowakei durch die sowjetische Armee. Wer sich Marxist nennt, kann sich nicht damit begnügen, politische Handlungen nur zu 'verurteilen' oder zu 'bedauern'; er muß sie auch erklären. 'Bedauern' und 'Wünsche' helfen den Völkern allenfalls, ihr Unglück zu ertragen, nicht aber, dessen Ursachen zu erkennen oder dafür zu kämpfen, diese Ursachen auszumerzen und ihr Wiederaufleben zu verhindern. Erklärt man dagegen die Ursachen solcher politischer Vorgänge, die vom Standpunkt der Interessen der Werktätigen in der Tat zu verurteilen sind, kann man dazu beitragen, daß die politischen Kräfte sich so entwickeln, daß das 'Bedauernswerte' sich nicht mehr wiederholt."

Charles Bettelheim

Die Klassenkämpfe in der UdSSR

Band 1
1917-1923

OBERBAUMVERLAG–VERLAG FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE

Herausgegeben vom Lektorat der Reihe "Materialistische Wissenschaft": Horst Domdey, Ulrike Haß, Jürgen Hogrefe, Albrecht Hoppe, Philipp Neumann, Gerd Petermann, Leopold Reif, Uwe Wagner

Französischer Originaltitel:
Les Luttes de Classes en URSS. Première Période 1917–1923
© Editions du Seuil 1974

An der Übersetzung waren beteiligt:
Walter Aschmoneit, Winfried Baier, Catherine Benoit, Horst Domdey, Al Goergen, Antonia Grunenberg, Ulrike Haß, Uli Hermann, Christiane Kayser, Angelika Menne, Detlef Michel, Sybille Raddatz, Karl Schlögel, Wolfgang Virmond

Umschlagbild:
Auf dem Land werden die neuen Maßnahmen der Sowjetmacht bekanntgemacht ("Dekret über den Grund und Boden" vom 26. Okt. 1917). Das Dekret proklamiert die Enteignung der Großgrundbesitzer und die Übergabe des Lands an die Bauern.

© der deutschen Ausgabe:
Oberbaumverlag
1 Berlin 21,
Postfach 127
Telefon: (030) 395 30 99

5. – 7. Tausend Oktober 1975

ISBN 387 628 091 5

Ladenpreis: DM 23.–

INHALT

Seite

ABKÜRZUNGEN UND RUSSISCHE BEGRIFFE 13

VORWORT 15
1. Klassenverhältnisse und juristische Eigentumsformen 25
2. Das Primat der Entwicklung der Produktivkräfte 27
3. Die Existenz des Staats und das Verschwinden der Ausbeuterklassen 34
   I. Das Vorherrschen der Problemstellung der Produktivkräfte 36
      a) Die Einstellung des Kampfs gegen den "Ökonomismus" in der bolschewistischen Partei 37
      b) Die gesellschaftlichen Grundlagen des "Ökonomismus" 40
      c) Der ausdrückliche Rückgriff auf "ökonomistische" Thesen bei der Durchführung der Fünfjahrpläne 41
      d) Der "Ökonomismus" in den kommunistischen und Arbeiterbewegungen Europas und der neue Bruch mit dem "Ökonomismus", der durch die chinesische Kulturrevolution eingeleitet wurde 44
   II. Die Notwendigkeit, den Charakter und die Entstehungsbedingungen der gesellschaftlichen Verhältnisse zu bestimmen, die heute in der UdSSR herrschen 48

EINLEITUNG ZUM ERSTEN BAND: 1917 – 1923 52

ERSTER TEIL
DIE OKTOBERREVOLUTION UND DIE ERRICHTUNG DER SOWJETMACHT

KAPITEL I
Die Verflechtung der revolutionären Prozesse zwischen Februar und Oktober 1917 63
1. Der Aufschwung der Sowjetbewegung 67
   a) Die Arbeiterklasse und der Aufschwung der Sowjets 68
   b) Die Soldaten, die Bauern und der Aufschwung der Sowjets 69
2. Das Heranreifen der Bedingungen der Oktoberrevolution 72
   a) Die Entwicklung einer neuen revolutionären Situation zwischen Februar und Oktober 1917 72
   b) Aufstand und Revolution im Oktober 1917 74
3. Die Etappen der russischen Revolution zwischen April und Oktober 1917 76
   a) Der revolutionäre Kampf der Bauern um den Boden und die neue demokratische Etappe der Revolution im Sommer 1917 77
   b) Der revolutionäre Kampf der Arbeiter um den Sturz der provisorischen Regierung und die neue proletarische Etappe, die mit der Revolution im Oktober 1917 beginnt 79

KAPITEL II
Die Diktatur des Proletariats und die Klassenverhältnisse nach der Oktoberrevolution 80
1. Besonderheiten und Grenzen der führenden Rolle der bolschewistischen Partei im Jahr 1917 und nach der Oktoberrevolution 82
2. Die Formen der proletarischen Macht im Oktober 1917 und ihre spezifischen Merkmale 85
a) Das System der Diktatur des Proletariats 86
b) Die "Staatsmacht" und das Arbeiter- und Bauernbündnis 88
3. Die Errichtung der Sowjetorgane und der Sowjetregierung 92
a) Der Rat der Volkskommissare 94
b) Das Gesamtrussische Zentralexekutivkomitee (ZEK) 94
c) Die Beziehungen zwischen dem ZEK und dem Sownarkom 95
d) Zentrale und örtliche Macht 97
e) Die staatlichen Verwaltungsapparate 98
f) Die Rote Armee 98
4. Die bolschewistische Partei und ihre führende Rolle 100
a) Der theoretische Kampf um das Primat des revolutionären Marxismus in der russischen Arbeiterbewegung 101
b) Der politische Kampf um den Aufbau und die Entwicklung der Partei 104

ZWEITER TEIL
DIE SOWJETMACHT UND
DIE UMWÄLZUNG DER KLASSENVERHÄLTNISSE 1917 – 1921

KAPITEL I
Die Umwälzung der Beziehungen Bourgeoisie/Proletariat unter der Diktatur des Proletariats 115

KAPITEL II
Die Umwälzung der Klassenverhältnisse in den Städten 121
1. Die Sofortmaßnahmen in Industrie und Handel 121
a) Die Enteignungen 122
b) Die Arbeiterkontrolle 123
c) Der Oberste Volkswirtschaftsrat (OVWR) und die Koordinierung des Produktionsprozesses 129
d) Die Ernennung der Leiter der Produktionseinheiten und das Problem des Einzelleiters 131
2. Die Lage der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums in den Städten am Ende des "Kriegskommunismus" 138
a) Die Unterbindung der Tätigkeit der privaten Bourgeoisie 138
b) Die Schwächung des privaten Kleinbürgertums und das Schicksal der kleinen Verwaltungsbourgeoisie 140
c) Die Entwicklung der Staatsbourgeoisie 141
d) Die Erziehungsapparate und die spätere Konsolidierung der Bourgeoisie 146
3. Die Lage des Proletariats am Ende des "Kriegskommunismus" 148
a) Die "physische" Schwächung des sowjetischen Proletariats und seine partielle "Zersetzung" 149
b) Das Lebensniveau der Arbeiterklasse und das Problem der Löhne 150
c) Der ideologische Klassenkampf und die Arbeitsdisziplin 152
d) Die Arbeitsdisziplin und die Rolle der Gewerkschaften 157
e) Der Rückgriff auf Zwangsmaßnahmen gegenüber den Arbeitern 161
f) Der Hauptaspekt der Lage des Proletariats: seine Konstituierung als herrschende Klasse 163
g) Diktatur des Proletariats und Massenlinie 166
h) Diktatur des Proletariats und "Verschmelzung" der bolschewistischen Partei mit den fortgeschrittenen Elementen der Arbeiterklasse 168
4. Das Entstehen neuer sozialistischer und kommunistischer Produktionsverhältnisse 170
a) Die "kommunistischen Samstage" 170
b) Kommunistische Arbeit und sozialistische Disziplin 172
c) "Kriegskommunismus" und kommunistische Arbeit 174

KAPITEL III
Die Umwälzung der Klassenverhältnisse auf dem Land 177
1. Die Eigenart der alten gesellschaftlichen Verhältnisse auf dem Land in Rußland 179
2. Die demokratische Agrarrevolution und die Hoffnung auf eine sozialistische Agrarrevolution 184
a) Die demokratische Agrarrevolution vom Winter 1917/18 184
b) Der Versuch der Entwicklung einer autonomen Bewegung der armen Bauern im Sommer 1918 186
3. 1919 – 1920: Die Ausrichtung auf die Mittelbauern zum Aufbau des Sozialismus 190
a) Die Herausbildung sozialistischer Verhältnisse auf dem Land 193
b) Die Hilfe für die Mittelbauern 194
c) Das Problem der Requisitionen 195
4. Die Berichtigung der Bauernpolitik der bolschewistischen Partei und die Klassenverhältnisse auf dem Land am Ende des "Kriegskommunismus" und zu Beginn der NEP 198
a) Die Forderungen der Bauernschaft und die Wiederherstellung des "freien Handels" 198
b) Die Agrargesetzgebung von 1922 200
c) Die wirtschaftliche Stellung der Bauernschaft nach dem Bürgerkrieg und die Klassendifferenzierung auf dem Land zu Beginn der NEP 202

DRITTER TEIL
DIE UMWANDLUNG DER WICHTIGSTEN APPARATE DER DIKTATUR DES PROLETARIATS

KAPITEL I

Die Umwandlung der zentralen Machtorgane und der staatlichen Verwaltungsapparate 214

1. Die Umwandlung der Beziehungen zwischen den einzelnen zentralen Regierungsorganen 214
2. Der Prozeß der Ausschaltung der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Presse 215
   a) Die Kadettenpartei und ihre Presse 216
   b) Die anfänglichen Verhandlungen mit den "demokratischen" Parteien 217
   c) Die Politik der Sozialrevolutionären Partei 220
   d) Die linken Sozialrevolutionäre 221
   e) Die Anarchisten 222
   f) Die Menschewiki 223
   g) Die Entwicklung der Unterdrückungsmaßnahmen gegen die "demokratischen" Parteien und gegen die "demokratische" Presse 225
3. Die Umwandlung der Rolle der Sowjetorgane 228
4. Die Verselbständigung des staatlichen Verwaltungsapparats gegenüber Partei und Regierung 229
5. Die Entwicklung der Roten Armee 231
   a) Die Gründung der Roten Armee 231
   b) Das Problem der lokalen Milizen 235
   c) Die Siege der Roten Armee und ihr Charakter als Volksarmee 236
6. Die Bildung und Entwicklung der Tscheka 239

KAPITEL II

Die Umwandlungen innerhalb der bolschewistischen Partei, des Führungsapparats der Diktatur des Proletariats 244

1. Die Beziehungen der bolschewistischen Partei zum Staatsapparat 245
2. Die Umwandlung der Beziehungen innerhalb der bolschewistischen Partei 251
   a) Die Veränderungen in den Beziehungen zwischen der Basis der Partei und den höheren Instanzen 252
   b) Der Begriff der "Überlagerung" der Partei durch den Verwaltungsapparat 257
3. Die Auswirkungen der Veränderungen der bolschewistischen Partei auf ihre Arbeitsbedingungen 260
   a) Der Führungsstil 261
   b) Die Mitgliederzahlen und die klassenmäßige Zusammensetzung der bolschewistischen Partei 264
   c) Die Schwäche des proletarischen Charakters der Partei und ihrer Führung 269

KAPITEL III

Der objektive Charakter des Verselbständigungsprozesses der staatlichen Apparate unter der Diktatur des Proletariats 274

1. Die klassenbezogenen Auswirkungen des Verselbständigungsprozesses und die Notwendigkeit einer neuen Zerstörung der staatlichen Apparate 274
2. Die objektiven Grundlagen des Prozesses 276
3. Die Entwicklungsbedingungen des Verselbständigungsprozesses der staatlichen Apparate und des Kampfs gegen diesen Prozeß 278
   a) Die dringendsten Tagesaufgaben 280
   b) Die Beziehungen der bolschewistischen Partei zu den ländlichen Gebieten 281
   c) Das Fehlen zureichender früherer Erfahrung über die Erfordernisse der sozialistischen Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und Praktiken 282
   d) Die theoretischen Auffassungen der Partei und die Bilanz der Jahre 1917 bis 1922 283

VIERTER TEIL
DIE IDEOLOGISCHEN UND POLITISCHEN KÄMPFE INNERHALB DER BOLSCHEWISTISCHEN PARTEI

KAPITEL I

Die Veränderungen in den Beziehungen der bolschewistischen Partei zu den Volksmassen 291

1. Vom Versuch der "proletarischen Offensive" auf dem Land hin zur Orientierung auf die Mittelbauern 293
2. Die Requisitionen und die Entwicklung der Widersprüche zwischen Sowjetmacht und Bauernschaft 295
3. Die Unzufriedenheit der Bauernschaft und der Beginn einer Aufwertung der Bauernpolitik durch die bolschewistische Partei 298
4. Die Beziehungen der bolschewistischen Partei zu den Arbeitermassen 300
   a) Das Verhältnis von Partei und Proletariat 300
   b) Die Führungspraxis der bolschewistischen Partei nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats 301
5. Die politische Krise im Winter 1920/21 302

KAPITEL II

Die ideologischen und politischen Kämpfe innerhalb des Bolschewismus vor dem Bürgerkrieg 308

1. Die ideologischen und politischen Kämpfe innerhalb der Partei zwischen Februar und Oktober 1917 309

DRITTER TEIL
DIE UMWANDLUNG DER WICHTIGSTEN APPARATE DER DIKTATUR DES PROLETARIATS

KAPITEL I

Die Umwandlung der zentralen Machtorgane und der staatlichen Verwaltungsapparate 214

1. Die Umwandlung der Beziehungen zwischen den einzelnen zentralen Regierungsorganen 214
2. Der Prozeß der Ausschaltung der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Presse 215
   a) Die Kadettenpartei und ihre Presse 216
   b) Die anfänglichen Verhandlungen mit den "demokratischen" Parteien 217
   c) Die Politik der Sozialrevolutionären Partei 220
   d) Die linken Sozialrevolutionäre 221
   e) Die Anarchisten 222
   f) Die Menschewiki 223
   g) Die Entwicklung der Unterdrückungsmaßnahmen gegen die "demokratischen" Parteien und gegen die "demokratische" Presse 225
3. Die Umwandlung der Rolle der Sowjetorgane 228
4. Die Verselbständigung des staatlichen Verwaltungsapparats gegenüber Partei und Regierung 229
5. Die Entwicklung der Roten Armee 231
   a) Die Gründung der Roten Armee 231
   b) Das Problem der lokalen Milizen 235
   c) Die Siege der Roten Armee und ihr Charakter als Volksarmee 236
6. Die Bildung und Entwicklung der Tscheka 239

KAPITEL II

Die Umwandlungen innerhalb der bolschewistischen Partei, des Führungsapparats der Diktatur des Proletariats 244

1. Die Beziehungen der bolschewistischen Partei zum Staatsapparat 245
2. Die Umwandlung der Beziehungen innerhalb der bolschewistischen Partei 251
   a) Die Veränderungen in den Beziehungen zwischen der Basis der Partei und den höheren Instanzen 252
   b) Der Begriff der "Überlagerung" der Partei durch den Verwaltungsapparat 257
3. Die Auswirkungen der Veränderungen der bolschewistischen Partei auf ihre Arbeitsbedingungen 260
   a) Der Führungsstil 261
   b) Die Mitgliederzahlen und die klassenmäßige Zusammensetzung der bolschewistischen Partei 264
   c) Die Schwäche des proletarischen Charakters der Partei und ihrer Führung 269

KAPITEL III

Der objektive Charakter des Verselbständigungsprozesses der staatlichen Apparate unter der Diktatur des Proletariats 274

1. Die klassenbezogenen Auswirkungen des Verselbständigungsprozesses und die Notwendigkeit einer neuen Zerstörung der staatlichen Apparate 274
2. Die objektiven Grundlagen des Prozesses 276
3. Die Entwicklungsbedingungen des Verselbständigungsprozesses der staatlichen Apparate und des Kampfs gegen diesen Prozeß 278
   a) Die dringendsten Tagesaufgaben 280
   b) Die Beziehungen der bolschewistischen Partei zu den ländlichen Gebieten 281
   c) Das Fehlen zureichender früherer Erfahrung über die Erfordernisse der sozialistischen Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und Praktiken 282
   d) Die theoretischen Auffassungen der Partei und die Bilanz der Jahre 1917 bis 1922 283

VIERTER TEIL
DIE IDEOLOGISCHEN UND POLITISCHEN KÄMPFE INNERHALB DER BOLSCHEWISTISCHEN PARTEI

KAPITEL I

Die Veränderungen in den Beziehungen der bolschewistischen Partei zu den Volksmassen 291

1. Vom Versuch der "proletarischen Offensive" auf dem Land hin zur Orientierung auf die Mittelbauern 293
2. Die Requisitionen und die Entwicklung der Widersprüche zwischen Sowjetmacht und Bauernschaft 295
3. Die Unzufriedenheit der Bauernschaft und der Beginn einer Aufwertung der Bauernpolitik durch die bolschewistische Partei 298
4. Die Beziehungen der bolschewistischen Partei zu den Arbeitermassen 300
   a) Das Verhältnis von Partei und Proletariat 300
   b) Die Führungspraxis der bolschewistischen Partei nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats 301
5. Die politische Krise im Winter 1920/21 302

KAPITEL II

Die ideologischen und politischen Kämpfe innerhalb des Bolschewismus vor dem Bürgerkrieg 308

1. Die ideologischen und politischen Kämpfe innerhalb der Partei zwischen Februar und Oktober 1917 309

2. Die Kämpfe in der Frage der "Koalitionsregierung" 310
3. Die Kämpfe innerhalb der bolschewistischen Partei und der Friede von Brest-Litowsk 311
4. Die "Linkskommunisten" und der Staatskapitalismus 313

KAPITEL III
Die ideologischen und politischen Kämpfe während des "Kriegskommunismus" 317
1. Die oppositionellen Strömungen der Jahre 1918 und 1919 317
a) Die "militärische Opposition" 318
b) Der VIII. Parteitag und das neue Parteiprogramm 319
2. Das Jahr 1920 und die Krise der Partei 320
a) Die Positionen Trotzkis und Bucharins in den Jahren 1920/21 321
b) Die Thesen der "Arbeiteropposition" 324
c) Lenins Kampf gegen Trotzkis und Bucharins Auffassungen 325

KAPITEL IV
Die ideologischen und politischen Kämpfe gegen Ende des "Kriegskommunismus" und zu Beginn der NEP 329
1. Der X. Parteitag der bolschewistischen Partei und der Abschluß der Diskussion mit den beiden Oppositionen des Jahrs 1920 329
a) Die Ablehnung der Thesen der "Arbeiteropposition" 330
b) Die "Resolution über die Einheit der Partei" 332
2. Der begrenzte Charakter der Differenzen zwischen der Mehrheit der Partei und der "Arbeiteropposition" 335
a) Das Problem der "Ernennungsweise" der Kader und Funktionäre 337
b) Die Verselbständigung der staatlichen Verwaltungsapparate und die Vorstellungen von Wirksamkeit und Unwirksamkeit 340
3. Die ideologischen und politischen Kämpfe innerhalb der bolschewistischen Partei, ihre Bedeutung und ihre Folgen 342
4. Die verdeckten Oppositionen zwischen 1921 und 1923 346
a) Die Frage des Außenhandelsmonopols 347
b) Die Nationalitätenfrage 349
c) Massenlinie oder administrativer Zentralismus 357

FÜNFTER TEIL
DIE BILANZ AUS FÜNF JAHREN REVOLUTION UND DIE PERSPEKTIVEN AM VORABEND VON LENINS ABLEBEN

KAPITEL I
Lenins Bilanz nach dem "Kriegskommunismus" 363
1. Die demokratische Arbeit der russischen Revolution 363
2. Die proletarische Arbeit der russischen Revolution 365
a) Der "ökonomische Aufbau der Grundlagen der sozialistischen Gesellschaftsordnung" 366
b) Die Diktatur des Proletariats in Rußland 368
3. Die Etappen der russischen Revolution 370

KAPITEL II
Die Analyse der Fehler des "Kriegskommunismus" 372
1. Die Fehler des "Kriegskommunismus" und ihre Auswirkungen 372
a) Lenins Analyse der Fehler 372
b) Die Auswirkungen der Fehler des "Kriegskommunismus" 375
2. Die Quellen der Fehler des "Kriegskommunismus" 377
a) Lenins Erklärung der begangenen Fehler 377
b) Der Ursprung der Illusionen des "Kriegskommunismus" 379

KAPITEL III
Der "Staatskapitalismus" 382
1. Die Konzeption des Staatskapitalismus unter der Diktatur des Proletariats und ihre Stellung in der Politik der bolschewistischen Partei 382
a) Die Fassung von Oktober 1917 bis März 1918 384
b) Die zweite Fassung 385
c) Die "Rückkehr" zum Staatskapitalismus 1921 386
2. Die Ursprünge der Konzeption des Staatskapitalismus und ihre Stellung innerhalb des Leninismus 387

KAPITEL IV
Die Veränderungen in Lenins Konzeption der NEP 392
1. Lenins Konzeption der NEP im Frühjahr 1921 392
2. Lenins Konzeption der NEP seit Herbst 1921 397
a) "Über das Genossenschaftswesen" 400
b) Die Entwicklung sozialistischer Wirtschaftsverhältnisse und der Kampf gegen den Staatsapparat 403
c) Massenlinie, Kulturrevolution und Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse 405
d) Die revolutionäre Rolle der Bauernschaft 407
3. Die Vorherrschaft einer "ökonomistischen" Interpretation der NEP innerhalb der bolschewistischen Partei 409

KAPITEL V
Die Aufgaben der bolschewistischen Partei zum Zeitpunkt von Lenins Tod 415
1. Die Übergangsform der Diktatur des Proletariats und die Notwendigkeit ihrer Festigung 415

2. Die ideologischen Hindernisse bei der Durchführung der Aufgaben der bolschewistischen Partei 421
3. Die politischen Hindernisse bei der Verwirklichung der Aufgaben der bolschewistischen Partei 428

BIBLIOGRAPHIE 434

REGISTER 439

ANMERKUNGEN ZUR DEUTSCHEN AUSGABE 467

ANGABEN ZUM AUTOR 467

BERICHTIGUNGEN 470

ABKÜRZUNGEN UND RUSSISCHE BEGRIFFE

Artel	besondere Form der Produktionsgenossenschaft (aus: artel')
Chutor	alleinstehendes Gehöft mit Landwirtschaft
Glawk	Hauptverwaltung des Obersten Volkswirtschaftsrats oder eines Volkskommissariats (aus: glavnyj komitet oder glabnoe upravlenie)
Gosplan	Staatliche Plankommission (aus: Gosudarstvennaja planovaja komissija)
Gouvernement	territoriale Verwaltungseinheit im zaristischen Rußland und in der UdSSR vor der Einführung der Rayons
GPU	Staatliche politische Verwaltung, politische Polizei (aus: Gosudarstvennoe političeskoe upravlenie)
Kadetten	Partei der Konstitutionellen Demokraten (aus: konstitucionno-demokratičeskaja partija)
Kolchos	Kollektivwirtschaft (aus: kollektivnoe chozjajstvo)
KPR(B)	Kommunistische Partei Rußlands (Bolschewiki) (aus: Kommunističeskaja Partija Rossii (bol'ševikov)), offizieller Name der bolschewistischen Partei, angenommen auf dem VIII. Parteitag im März 1918
Kraj	sehr großes Gebiet und Verwaltungseinheit
Kulak	reicher Bauer, oft in verschiedenen Formen als Kapitalist aktiv: Vermietung von landwirtschaftlichen Maschinen, Handel, Wucher usf.
LW	Lenin, Werke (Dietz-Ausgabe), Berlin (DDR)
MEW	Marx-Engels Werke (Dietz-Ausgabe), Berlin (DDR)
Mir	Dorfgemeinschaft
Narkomtrud	Volkskommissariat für Arbeit (aus: Narodnyj komissariat truda)
NChSSR	Volkswirtschaft der UdSSR (aus: Narodnoe chozjajstvo SSSR)
NEP	Neue Ökonomische Politik (aus: Novaja Ekonomičeskaja Politika)
NKWD	Volkskommissariat für Inneres (aus: Narodnyj komissariat vautrennich del)
Oblast	Gebiet, Territorium
Obschtschina	Dorfgemeinde
Okrug	Kreis, Bezirk, Verwaltungseinheit
Orgbüro	Organisationsbüro beim Zentralkomitee der bolschewistischen Partei (aus: organizacionnoe bjuro)
Orgdotel	Abteilung für Organisation beim Zentralkomitee der bolschewistischen Partei (aus: organizacionnyj otdel)
Otrub	Parzellen, die in der Stolpyinschen Reform von 1906–1907 vom Gemeindeland abgetrennt wurden und in Privateigentum übergingen

OVWR	Oberster Volkswirtschaftsrat
Politbüro	Politisches Büro des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei
Rabfak	Arbeiterfakultät (aus: rabočij fakultet)
Rabkrin	Arbeiter- und Bauerninspektion (aus: raboče-krest-janskaja inspekcija)
Rayon	territoriale Verwaltungseinheit, kleiner als Oblast und Kraj
RKI	Arbeiter- und Bauerninspektion
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (aus: Rossijskaja Sovetskaja Federativnaja Socialističeskaja Respublika)
Schod	Dorfversammlung
SDAPR	Sozial-Demokratische Arbeiterpartei Rußlands
SDAPR(B)	Sozial-Demokratische Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki) (aus: RSDRP(b) Rossijskaja social-demokratičeskaja rabočaja partija (bol'ševikov))
Semstwo	Verwaltungsapparat auf dem Land vor der Revolution
Sowchos	Staatswirtschaft, staatliches Gut (aus: Sovetskoe chozjajstvo)
Sownarchos	örtlicher Volkswirtschaftsrat (aus: Sovet narodnogo chozjajstva)
Sownarkom	Rat der Volkskommissare (aus: Sovet Narodnych Komissarov)
SR	Sozial-Revolutionäre
STO	Rat für Arbeit und Verteidigung (aus: Sovet truda i oborony)
SW	Stalin, Werke (Dietz-Ausgabe), Berlin (DDR), Reprint Frankfurt/Main
Tscheka	Außerordentliche Kommission zum Kampf gegen Konterrevolution, Sabotage und Spekulation (aus: Črezvyčajnaja komissija po bor'be s kontrrevoljuciej i sabotažem
Ujesd	Kreis, Bezirk, neben Wolost kleinste Verwaltungseinheit
Utschraspred	Abteilung für Registrierung und Zuweisung beim Zentralkomitee der bolschewistischen Partei (aus: ucetno-raspredelitel'nyj otdel)
VKP(B)	Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) (aus: Vsesojuznaja Kommunističeskaja Partija (bol'ševikov)
VSNCh	Oberster Volkswirtschaftsrat (aus: Vyssij sovet narodnogo chozjajstva)
VZIK	Gesamtrussisches Zentralexekutivkomitee (aus: Vserossijskij Central'nyj Ispolnitel'nyj Komitet)
Wolost	Gemeinde, kleinste Verwaltungseinheit
ZEK	Zentralexekutivkomitee

VORWORT

Es erscheint mir unerläßlich, dem Leser zu erläutern, warum und wie ich dieses Buch geschrieben habe und welchen Stellenwert es im Vergleich zu meinen früheren Arbeiten hat. Wahrscheinlich ist es am einfachsten, zunächst zu schildern, wie es entstanden ist und wie ein zuerst begrenztes Projekt sich zu einem anspruchsvolleren ausweitete.

Der unmittelbare Ausgangspunkt dieser Arbeit war die Invasion und Besetzung der Tschechoslowakei durch die sowjetische Armee. Wer sich Marxist nennt, kann sich nicht damit begnügen, politische Handlungen nur zu "verurteilen" oder zu "bedauern"; er muß sie auch erklären. "Bedauern" und "Wünsche" helfen den Völkern allenfalls, ihr Unglück zu ertragen, nicht aber, dessen Ursachen zu erkennen oder dafür zu kämpfen, diese Ursachen auszumerzen und ihr Wiederaufleben zu verhindern. Erklärt man dagegen die Ursachen solcher politischer Vorgänge, die vom Standpunkt der Interessen der Werktätigen in der Tat zu verurteilen sind, kann man dazu beitragen, daß die politischen Kräfte sich so entwickeln, daß das "Bedauernswerte" sich nicht mehr wiederholt.

Im Fall der Invasion und Besetzung der Tschechoslowakei hielt ich es für besonders notwendig, nicht beim "Bedauern" stehenzubleiben: nicht nur das Schicksal eines Volks, das schon mehrere Besetzungen ertragen mußte, stand auf dem Spiel, sondern darüberhinaus auch die Einschätzung dessen, was heute aus der Sowjetunion geworden ist; denn schließlich waren es russische Truppen – und die ihrer "Verbündeten" –, die diesen Gewaltstreich vollzogen.

Wenn ich mich für berechtigt halte, Probleme der Sowjetunion zu behandeln, so deshalb, weil ich seit fast vierzig Jahren dieses Land studiere und weil ich meine, daß alles, was mit diesem Land zu tun hat, von weltweiter Bedeutung ist. Dieser Ansicht war ich schon 1934, als ich damals anfing, Russisch zu lernen; 1936, als ich in der UdSSR das sowjetische System der Planung studierte; als ich 1939 ein Buch über diesen Gegenstand und 1946 ein weiteres über theoretische und praktische Probleme der Planung veröffentlichte; 1950, als ich einen Band über die sowjetische Wirtschaft herausbrachte und danach, als ich wiederholt dieses Land besuchte und weitere Arbeiten über Planung (1) und den Übergang zum Sozialismus (2) veröffentlichte.

1 *Planification et Croissance accélérée* (Planung und beschleunigtes Wachstum), Paris 1964

Mein Interesse an der Sowjetunion seit Mitte der dreißiger Jahre war grundlegend dadurch bestimmt, daß ich das, was in diesem Land geschah, mit der ersten Erfahrung des sozialistischen Aufbaus identifizierte. Ich verschloß die Augen nicht vor den Schwierigkeiten und Widersprüchen, die diesen Aufbau begleiteten (wie hätte ich das auch tun können; ich hielt mich ja 1936 in Moskau auf, zur Zeit der "großen Prozesse" (3), und täglich konnte ich die Verwirrung der Moskauer spüren, die Angst einfachster Leute wie die alter Kämpfer der bolschewistischen Partei und der Internationale, ihre Ansichten zu äußern); dennoch hielt ich daran fest, daß die Oktoberrevolution nicht nur ein neues Zeitalter in der Geschichte der Menschheit eröffnet hat – und dieser Ansicht bin ich heute noch – sondern daß die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion auch eine Art "Modell" für den Aufbau des Sozialismus lieferte.

Die Schwierigkeiten und Widersprüche, so groß und ernst sie auch waren, schienen mir vor allem durch die besonderen historischen Bedingungen Rußlands bestimmt; meiner Meinung nach bestand kein Grund zu der Annahme, daß sie sich in einem anderen Land wiederholen, noch daß sie den Fortschritt des Landes zum Sozialismus und Kommunismus aufhalten könnten.

Die unbestreitbaren wirtschaftlichen Erfolge der Sowjetunion seit den Fünfjahrplänen, insbesondre im Bereich der Industrie, der Sieg der Roten Armee über Hitler-Deutschland, das Tempo des wirtschaftlichen Wiederaufbaus nach dem Krieg, die Verbesserung des Lebensstandards des sowjetischen Volks, die Hilfe, die die Regierung der UdSSR dem sozialistischen China gewährte; das alles schien überdies die Einschätzung und die Voraussagen, von denen ich oben sprach, zu bestätigen; und dies, obwohl die sozialen Ungleichheiten, die sich im Lauf der ersten Fünfjahrpläne entwickelt hatten, tendenziell nicht verschwanden, sondern sich eher weiterentwickelten.

Obwohl der XX. Parteitag der KPdSU keine Analyse der Schwierigkeiten und Widersprüche lieferte, die zu den undifferenzierten und umfangreichen Unterdrückungsmaßnahmen in den vorangegangenen Jahren geführt hatten,

2 insbesondre *La Transition vers l'économie socialiste* (Der Übergang zur sozialistischen Wirtschaft), Paris 1968, und *Calcul économique et formes de propriété*, Paris 1970, auf deutsch unter dem Titel *Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen*, Berlin 1972. Beide Bücher sind außerdem von zwei gesellschaftlichen Erfahrungen geprägt, von der chinesischen und kubanischen Revolution, mit denen ich seit 1958 bzw. 1960 ständig in Berührung war. Auch die Erneuerung des marxistischen Denkens in Frankreich hat sich in ihnen niedergeschlagen. Diese Erneuerung hing vor allem mit der zunehmenden Verbreitung der Mao Tse-tung-Ideen zusammen; und sie war durch den Bruch mit einem "ökonomistischen" Verständnis des *Kapitals* von Marx gekennzeichnet, einen Bruch, den Althusser und seine Mitarbeiter vollzogen hatten.

3 Es handelte sich damals um den Prozeß gegen Sinowjew und Kamenew als Hauptangeklagte. In den frühen Morgenstunden standen die Moskauer vor den Kiosken Schlange, um sicherzugehen, daß sie noch eine Zeitung mit den Berichten über die Verhandlung bekämen.

und obwohl sich der XX. Parteitag darauf beschränkte, eine solche Analyse dadurch zu ersetzen, daß er Stalin als Person anklagte (der allein für die "negativen" Aspekte der Vergangenheit "verantwortlich" gemacht wurde), schien selbst dieser Parteitag zu bestätigen, daß die Sowjetunion, die nun ein gewisses Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht hatte, den Weg hin zu einer höher entwickelten sozialistischen Demokratie einschlagen würde und somit den Initiativen der Arbeiterklasse breitere Möglichkeiten eingeräumt würden. Dieser Parteitag schien auch darauf hinzudeuten, daß die KPdSU die Fähigkeit zur Selbstkritik bewahrt oder vielmehr wiedererlangt hatte, die unerläßlich ist, um Fehler zu berichtigen (4).

Die Wirklichkeit sah anders aus. Die widersprüchliche Realität der sowjetischen Geschichte und Gesellschaft wurde überhaupt nicht analysiert. Die zu verurteilenden und zu verändernden Aspekte der Wirklichkeit wurden nicht *erklärt*, indem man ihrer Bezug zu den *inneren Widersprüchen* der Sowjetunion aufwies. Sie wurden als "Perversionen" dargestellt, die auf das Handeln einer "Persönlichkeit" (der Stalins) zurückgehen. Daß die KPdSU eine solche Scheinerklärung akzeptierte, zeigt, daß sie den Marxismus als Instrument der Analyse aufgegeben hat. Diese Scheinerklärung setzte die Partei außerstande, jene gesellschaftlichen Verhältnisse wirklich zu verändern, die gerade das hervorgerufen hatten, was in Worten "verurteilt" wurde. Auf diese Weise hat sie die ihr eigene Rolle gespielt: jene Klassenverhältnisse zu verfestigen, die die wirtschaftliche und politische Macht in den Händen einer Minderheit konzentrieren. Daher haben sich die Widersprüche, die aus diesen Klassenverhältnissen hervorgegangen sind, weiter vertieft, anstatt sich zu verringern.

Eine Konsequenz dieser Vertiefung der Widersprüche unter zahlreichen anderen war die zunehmende Verschlechterung der Bedingungen, unter denen die sowjetische Wirtschaft funktionierte. Das gleiche gilt für die Länder, die an die Sowjetunion gebunden und deren Führer der gleichen politischen Linie gefolgt sind. Da die gesellschaftlichen Widersprüche selbst nicht angepackt wurden, hat man "ökonomische" Reformen ins Werk gesetzt: Versuche, ein "besseres Funktionieren" des ökonomischen Systems zu erreichen, besonders indem man die Machtbefugnisse der Fabrikdirektoren stärkte und kapitalistischen Formen und Maßstäben in der Wirtschaftsführung einen immer größeren Spielraum bot.

Entgegen den Hoffnungen der Führer der Sowjetunion und der "Bruderländer" haben die verschiedenen "Reformen" keine der Schwierigkeiten, denen sie gegenüberstehen, grundsätzlich gelöst. Gewiß sind in begrenzten Bereichen kurzfristige "Erfolge" erzielt worden, aber die Mißerfolge überwiegen: verstärkte Abhängigkeit von Techniken aus dem Ausland, wachsen-

4 Das war 1956 auch die Ansicht der Kommunistischen Partei Chinas. Sie fand Ausdruck in zwei Artikeln der *Renmin Ribao:* "Über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats". Diese Artikel aus der *Renmin Ribao* (Volkszeitung) vom 5. April und 29. Dezember 1956 werden allgemein Mao Tse-tung zugeschrieben. Vgl. *Über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats*, (als Broschüre) Peking 1963, insbesondere S. 22 f.

de Außenverschuldung, beträchtliche Verringerung der Wachstumsrate in der Industrie und Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung. Die Anzeichen, daß die Werktätigen mit ihrer Lage und den für sie entstehenden Folgen der "ökonomischen Reformen" unzufrieden sind, nehmen immer mehr zu.

Die ganze Welt weiß, was im Dezember 1970 in Polen vorgefallen ist: die Arbeiter in den großen Ostseestädten Gdansk, Szczecin, Gdynia und Sopot treten gegen eine Regierungspolitik in den Streik, die Preisanstieg und Einschränkung des Lebensstandards der Werktätigen zur Folge hat. Die Unterdrückung, der die kämpfenden polnischen Arbeiter ausgesetzt sind, zwingt sie, zum Gegenangriff überzugehen: sie besetzten die Parteilokale und die Büros der politischen Polizei, sie organisieren ein Streikkomitee, das eine Arbeitermiliz aufstellt. Und obwohl die Sicherheitskräfte die Unterdrückung verschärfen und zahlreiche Arbeiter töten oder verwunden, leisten die Arbeiter weiter Widerstand, setzen den Streik fort und zwingen die politische Führung, die höchsten Organe umzubesetzen, mit den Streikenden zu verhandeln und bestimmten Forderungen nachzugeben (5).

Die "Ereignisse" in Polen bilden einen Wendepunkt im Verhältnis der Arbeiterklasse der Länder des sowjetischen Einflußbereichs zur politischen Macht. Es ist bekannt, daß sie tiefen Widerhall in der Arbeiterklasse der UdSSR fanden und große Angst unter den sowjetischen Führungsschichten auslösten. Diese Angst schlug sich insbesondere in der Revision der Wirtschaftspläne für 1971, aber auch in der Verschärfung der Unterdrückung nieder.

In der Sowjetunion selbst ist in den letzten Jahren die Tendenz zur Verschärfung der Unterdrückung immer deutlicher geworden; Anzeichen dafür sind die Einführung neuer Polizeimaßnahmen und die wachsende Anzahl von Menschen in Lagern; eine Zahl, die sich nach Schätzungen, soweit sie überhaupt möglich sind, auf ungefähr zwei Millionen beläuft.

Auf der Grundlage der Verschärfung der inneren Widersprüche ist die internationale Politik der UdSSR durch die zunehmende Abwendung von den sozialistischen Aspekten der früheren sowjetischen Außenpolitik gekennzeichnet. Statt der Hilfe für China und Albanien in den früheren Jahren beobachtet man seit 1960 den vorsätzlichen Versuch – im Namen ideologischer "Meinungsverschiedenheiten" –, die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder zu sabotieren, besonders durch den einseitigen Bruch geschlossener Verträge, die Einstellung von Lieferungen, die zum Aufbau von Fabriken gebraucht wurden, den Abzug von Technikern usw. Die Sowjetunion versucht damit – ohne Erfolg – die in der Vergangenheit entwickelten Wirtschaftsbeziehungen auszunutzen, um diese Länder mit brutalem Druck ihrer Hegemonie zu unterwerfen.

5 Wir verfügen über detaillierte Berichte der Vorfälle in den polnischen Häfen und der Diskussionen, die nach den bewaffneten Zusammenstößen im Dezember 1970 geführt wurden (vgl. zum Beispiel *Gierek face aux grévistes de Szczecin* (Gierek und die Streikenden von Szczecin), Paris 1971); vgl.a. *Rote Fahnen über Polen* (Schriften zum Klassenkampf Nr. 34), München 1972

Ganz allgemein gesprochen, stellt sich die internationale Politik der Sowjetunion immer mehr als Großmachtpolitik dar, die für sich ein Höchstmaß an wirtschaftlichen und politischen Vorteilen herauszuschlagen sucht, indem sie sich die engen Beziehungen zunutze macht, die sie zu anderen Ländern geknüpft hat. Diese Politik imperialistischen Typs treibt die UdSSR dazu, mit den Vereinigten Staaten zugleich zu kollaborieren und in Widerspruch zu treten. Diese beiden Großmächte kämpfen, die eine wie die andere, um die Vormachtstellung in der Welt; sie schließen dabei notwendigerweise Kompromisse, die zu Lasten der Völker gehen. Sie sprechen von "Entspannung" und veranstalten gleichzeitig einen Rüstungswettlauf, der alles in den Schatten stellt, was die Geschichte bisher gekannt hat; und der amerikanische Imperialismus führt de facto weiter Krieg gegen das vietnamesische Volk.

Indem sich die UdSSR auf die gleiche Ebene mit den Vereinigten Staaten stellte, das heißt in den Wettstreit um die Welthegemonie trat, mußte sie zwangsläufig eine offensive Militärmacht ohne Beispiel aufbauen und sich gigantische Mittel für Interventionen im Weltmaßstab zulegen. Um über ein Potential zu verfügen, das dem der USA gleichwertig oder in einigen Bereichen sogar überlegen ist, verwendet jetzt die UdSSR 25 bis 30% ihres Bruttosozialprodukts für militärische Zwecke (im Vergleich zu 7 bis 8% in den Vereinigten Staaten). Sie erhöht von Jahr zu Jahr die Zahl der Divisionen, die an der chinesischen Grenze in Kriegsbereitschaft stehen; ihr stärkstes militärisches Potential ist jedoch an der Grenze zu Westeuropa stationiert und wächst ebenfalls rasch.

Um über Instrumente einer Außenpolitik imperialistischen Typs verfügen zu können, fordern die sowjetischen Führer von den Völkern der UdSSR große Opfer und sie beeinträchtigen erheblich die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Sie sind schließlich gezwungen, den amerikanischen Imperialismus um technische und finanzielle Hilfe anzugehen, obwohl sie dauernd mit ihm in Konflikt geraten.

Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen (und die Besetzung der Tschechoslowakei ist ein Moment davon), mußte ich folgerichtig auch die Vergangenheit der Sowjetunion neu analysieren; denn man kann nicht den Kurs, den dieses Land seitdem eingeschlagen hat, lediglich auf die "persönliche Verantwortung" einiger Führer zurückführen. Die Tatsache, daß diese Führer an die Macht kamen und daß es ihnen möglich war, die oben beschriebene Politik durchzusetzen, erklärt sich notwendigerweise aus dem Charakter der heute in der UdSSR herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse, die sich während einer langen Zeitspanne davor herausgebildet hatten. Daher die Notwendigkeit, diese Verhältnisse zu analysieren.

Die Analyse, die ich damit in Angriff nahm, konnte sich außerdem auch auf Erfahrungen stützen, die ich aus den politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen in China und Kuba gewonnen hatte.

Im Falle Kubas handelte es sich um eine sehr konkrete praktische Erfahrung, da ich 1960 bis 1966 mehrere Male an der Diskussion über Probleme teilnahm, die die Planung der kubanischen Wirtschaft aufwarf.

Diese Erfahrung veranlaßte mich seither, eine ganze Reihe von Auffassungen in Frage zu stellen: Auffassungen über die Bedingungen der Ausarbeitung von Wirtschaftsplänen, über die Bedeutung der Planung im sozialistischen Übergang und über die Tragweite der Existenz von Waren- und Geldverhältnissen in Gesellschaftsformationen, in denen das Staatseigentum an den Produktionsmitteln eine dominierende Rolle spielt.

Um den Charakter der Thesen in dieser Studie genauer zu bestimmen und um es dem Leser zu ermöglichen, ihren Stellenwert im Vergleich mit jenen, die ich in den beiden früheren Büchern entwickelte (und die weitgehend die Frucht meiner Erfahrungen über die Probleme Kubas waren) besser zu erkennen, ist es nützlich, auf die Grenzen der oben erwähnten Problemstellung hinzuweisen.

Das Buch *La transition vers l'economic socialiste* (Der Übergang zur sozialistischen Wirtschaft) umfaßt eine Reihe von Texten und Ausführungen, die ich in den Jahren 1962 bis 1967 schrieb; damals habe ich die Existenz von Waren- und Geldverhältnissen (in Kuba wie in der UdSSR) mit der Existenz von Produktionseinheiten in Beziehung gesetzt, die in Wirklichkeit (trotz der Existenz eines Wirtschaftsplans) relativ unabhängig voneinander funktionieren und die daher als "ökonomische Subjekte" handeln (6).

Die Analyse damals zielte darauf ab, *die Existenz von Waren- und Geldverhältnissen und des Lohnverhältnisses aus der Existenz realer gesellschaftlicher Verhältnisse zu erklären, die unabhängig vom Willen der Menschen bestehen (und die man folglich nicht "verschwinden" lassen kann, indem man lediglich ihre "Abschaffung" verkündet).* Im Rahmen dieser Analyse erscheinen also die Waren- und Geldverhältnisse als Ausdruck tieferliegender gesellschaftlicher Verhältnisse: *Sie sind Ausdruck dieser Verhältnisse und der objektiven Erfordernisse zu ihrer Reproduktion.*

Heute halte ich die *spezifische Form der Analyse,* die ich 1962 und 1967 zur Diskussion stellte, für unzureichend. Neue Überlegungen über die Bedingungen des sozialistischen Aufbaus in China und ganz besonders über die Lehren, die man aus der Kulturrevolution ziehen kann, veranlassen mich, die Zusammenhänge in beträchtlich veränderter Form zu sehen.

Was in meinen Ausführungen von 1962 bis 1967 als Zwänge objektiver Erfordernisse erscheint, wird im wesentlichen auf den Entwicklungsstand der Produktivkräfte bezogen (7). Darin liegt die zentrale Unzulänglichkeit dieser Ausführungen. Obwohl der Begriff "Charakter der Produktivkräfte" dort erwähnt wird, wird seine genaue Bedeutung nicht entwickelt. Folglich wird in diesen Ausführungen nicht aufgezeigt, daß das Haupthindernis einer gesellschaftlich einheitlichen Politik (wozu der Wirtschaftsplan nur ein Mittel sein kann) ***nicht im Entwicklungsstand der Produktivkräfte liegt,***

6 Ch. Bettelheim, *La transition vers l'économie socialiste* (Der Übergang zur sozialistischen Wirtschaft), a.a.O., S. 30 f. Dieses Problem wird dann wieder auf S. 70 f. und S. 175 aufgenommen.

7 a.a.O., S. 45 bis 77, insbesondre S. 48

sondern eben im Charakter der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse, *das heißt, gleichzeitig in der kapitalistischen Arbeitsteilung und in den politischen und ideologischen Verhältnissen,* die, selbst Folge dieser Arbeitsteilung, die gesellschaftlichen Bedingungen dieser Reproduktion darstellen (indem diese Verhältnisse die Individuen und Betriebe als "Subjekte" funktionieren lassen, die ihren Partikularinteressen den Vorrang über die Kollektivinteressen einräumen. Die Kollektivinteressen sind übrigens nur kurzlebig oder illusorisch, wenn sie sich nicht in die Erfordernisse einer Politik einfügen, die wirklich darauf abzielt, die Bedingungen für das Verschwinden der antagonistischen Klasseninteressen zu schaffen).

Aus den Ausführungen der Schrift *Der Übergang zur sozialistischen Wirtschaft* geht daher nicht klar hervor, daß die Entwicklung der Produktivkräfte *für sich allein* niemals die kapitalistischen Formen der Arbeitsteilung oder die andern bürgerlichen gesellschaftlichen Verhältnisse zum Verschwinden bringen kann. Es wird darin nicht ausgesprochen, daß nur ein *Klassenkampf,* der unter der Diktatur des Proletariats entfaltet und korrekt geführt wird – auf der Grundlage des wissenschaftlichen Experimentierens der Massen und der theoretischen Analyse –, die kapitalistischen Wirtschaftsverhältnisse zum Verschwinden bringen kann: ein Klassenkampf, der an der kapitalistischen Arbeitsteilung ansetzt und gleichzeitig jene ideologischen und politischen Verhältnisse angreift, die die Reproduktion von Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen zulassen.

In den Jahren 1962 bis 1967 habe ich diese Formulierungen deshalb nicht so ausgesprochen – wie ich sie jetzt darlege –, weil ich noch sehr stark unter dem Einfluß einer bestimmten Vorstellung vom "Marxismus" stand, die in Europa weithin vorherrschte und die nichts andres als eine besondere Form dessen ist, was Lenin als "Ökonomismus" (8) bezeichnet hat. Erst die Lehren, die aus der Kulturrevolution in China gezogen werden können, ermöglichten mir, den Bruch mit dem "Ökonomismus" weiterzutreiben und so wieder an dem revolutionären Inhalt des Marxismus anzuknüpfen; dieser Inhalt war durch die langen Jahre "ökonomistischer" Praxis in der europäischen Arbeiterbewegung verschleiert und "verschüttet" worden (9).

In der Schrift *Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen* kündigte ich eine Analyse der sowjetischen Gesellschaftsformation an und machte die ersten Ansätze zur Preisgabe der alten Problemstellung, die darauf hinauslief, das Verschwinden von Waren- und Geldverhältnissen und den Vormarsch sozialistischer Planung vor allem von der Entwicklung der Produktivkräfte abhängig zu machen (und diese Entwicklung ist noch dazu als mehr oder weniger "geradlinig" dargestellt) und nicht zuallererst von der *Revolutionie-*

8 Das Problem des "Ökonomismus" wird weiter unten aufgenommen (vgl. unten S. 37

9 vgl. Ch. Bettelheim *Révolution culturelle et organisation industrielle en Chine* (Kulturrevolution und industrielle Organisation in China), Paris 1973; auf deutsch: *China nach der Kulturrevolution: Industrielle Organisation, dezentralisierte Planung und Wertgesetz,* München 1974

rung gesellschaftlicher Verhältnisse. Erst in den letzten Jahren und teils durch Reflexionen über die Kulturrevolution und ihre Bedeutung ist mir in viel systematischerer Weise bewußt geworden, was es heißt, die *"Problemstellung der Produktivkräfte" zu verwerfen,* das heißt eine Auffassung, die einseitig die Umwälzung gesellschaftlicher Verhältnisse der Entwicklung der Produktivkräfte unterordnet.

Unter diesen Bedingungen veröffentlichte ich seit 1968 eine Reihe von Artikeln zu Problemen des Sozialismus (10) und nahm vor allem eine neue Analyse der Sowjetunion in Angriff, um besser den Eigencharakter des Staatskapitalismus, der Klassenverhältnisse und der klassenspezifischen Praxisformen herauszuschälen, die heute in diesem Land vorherrschen.

Anfang 1969 habe ich einen ersten (nicht veröffentlichten) Text fertiggestellt, der die Ergebnisse dieser Analyse darlegt; darin hob ich hervor, daß heute unter dem Deckmantel des Staatseigentums in der Sowjetunion Ausbeutungsverhältnisse bestehen, die denen in anderen kapitalistischen Ländern so ähnlich sind, daß lediglich die *Existenzform* dieser Verhältnisse einen besonderen Charakter annimmt. Dieser Charakter ist genau der des Staatskapitalismus; und seit Engels weiß man, daß dieser nichts anderes ist als der "auf die Spitze getriebene Kapitalismus" (11).

Als ich den Text von 1969 wieder las und einer Kritik unterzog, fiel mir auf, daß der historische Hintergrund der Analyse fehlte. Es ist in der Tat unmöglich, die Gegenwart der Sowjetunion zu verstehen, ohne den Bezug zur Vergangenheit herzustellen. Es genügt nicht, die heute herrschenden Verhältnisse herauszuarbeiten, man muß auch erklären, wie sie zur Herrschaft gelangen konnten. Deshalb muß man die Frage stellen, auf welche Weise, durch welche Kämpfe und Widersprüche hindurch aus dem ersten Land der Diktatur des Proletariats ein Land geworden ist, das eine imperialistische Politik praktiziert und nicht zögert, seine Streitkräfte in andere Länder einmarschieren zu lassen, um dort seine Großmachtinteressen zu verteidigen.

Die *Analyse der Veränderungen,* die sich in der Sowjetunion vollzogen haben, ist mindestens genauso wichtig wie die der Gegenwart. Aus ihr lassen sich eine Fülle unersetzlicher Lehren ziehen. Sie kann vermeiden helfen, daß andere proletarische Revolutionen den gleichen Weg einschlagen, daß sie, statt zum Sozialismus zu gelangen, in einer spezifischen Form des Kapitalismus enden, der genauso repressiv und aggressiv ist, wie seine "klassischen" Formen.

Unsere Zeit verlangt – trotz aller Schwierigkeiten –, daß eine solche Aufgabe durchgeführt wird. Dieser Versuch – und sei er auch unvollkommen – muß uns helfen, eine Vergangenheit zu verstehen, die auch unsere Gegenwart ist; muß dazu beitragen, daß wir begreifen, wie eine

10 vgl. Paul M. Sweezy und Ch. Bettelheim, *Lettres sur quelques problèmes actuels du socialisme* (Briefe über einige aktuelle Fragen des Sozialismus) (letzte Auflage), Paris 1972

11 s. F. Engels, *Anti-Dühring,* in: MEW 20, S. 260

proletarische Revolution sich in ihr Gegenteil verkehren kann: in eine bürgerliche Konterrevolution.

Die sowjetische Erfahrung bestätigt, daß das Schwierigste nicht ist, die alten herrschenden Klassen zu stürzen: *das Schwierigste ist vor allem, die alten gesellschaftlichen Verhältnisse zu zerstören* – auf deren Grundlage sich wieder ein Ausbeutersystem errichten kann, das dem ähnlich ist, das man glaubte, endgültig gestürzt zu haben – und dann, zu verhindern, daß sich aus den alten Elementen, die noch lange in den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen fortbestehen, wieder die alten Verhältnisse herstellen.

In unserer Epoche muß man daher unbedingt verstanden haben, aus welchen Gründen die erste siegreiche, sozialistische Revolution schließlich in der sowjetischen Realität von heute geendet hat. Ohne ein solches Verständnis – und trotz der positiven und unersetzlichen Lehren, die man aus dem Erfolg der chinesischen Revolution ziehen kann – sind die Gefahren in der Tat groß, daß das, was hier oder anderswo als proletarische Revolution beginnt, schließlich in etwas ganz anderes als den Sozialismus einmündet.

Der Text, den ich 1969 fertiggestellt hatte, erschien mir aus diesem Grund unzureichend. Bei der Durchsicht des Textes für die Veröffentlichung schien es mir daher notwendig, ihn um eine Analyse der Vergangenheit der Sowjetunion zu ergänzen. Als ich diese Aufgabe in Angriff nahm, stellte ich fest, daß sie mindestens ebenso schwierig war wie die vorhergehende. Einmal ist der entsprechende geschichtliche Zeitraum viel länger und an Ereignissen und Kämpfen reicher; und zweitens galt es, hinter der besonderen Geschichte der Sowjetunion die allgemeine Bewegung der Widersprüche herauszuarbeiten. Für sich genommen hätte diese besondere Existenzform der allgemeinen Bewegung als "zufällig" erscheinen können und damit wäre es auch unmöglich gewesen, Lehren aus den Geschehnissen der Sowjetunion zu ziehen.

Ziel war es, eine zureichend genaue Kenntnis der Geschichte der Sowjetunion zu gewinnen, um *etwas anderes als nur die Geschichte dieses Landes* schreiben zu können; ausgehend von den Klassenkämpfen in der Sowjetunion seit der Oktoberrevolution eine Analyse von zureichend universeller Tragweite zu erarbeiten, auch wenn sie die spezifischen Züge einer Gegenwartsgeschichte der Sowjetunion tragen sollte. Ich sah mich also veranlaßt, die entscheidenden Momente zu analysieren, die die sowjetische Gesellschaftsformation durchlaufen hatte und versuchte, den Charakter der gesellschaftlichen Verhältnisse zu bestimmen, die in jedem dieser Momente existierten und vorherrschten. Außerdem versuchte ich, den Charakter jener gesellschaftlichen Kräfte zu erfassen, die die innere Gliederung dieser Verhältnisse mitveränderten, selbst wenn – wie es oft geschah – Kämpfe geführt wurden, die auf ganz andere Umwälzungen abzielten, als dann tatsächlich eintraten. Der vorliegende Band legt die ersten Ergebnisse dieser Arbeit vor, die in die Analyse der sowjetischen Wirklichkeit von heute münden soll; eine solche Analyse wäre zum Teil unverständlich geblieben ohne ausreichende Kenntnis der Bedingungen, in denen die gegenwärtige Wirklichkeit Gestalt angenommen hat.

Die oben angesprochenen Analysen führen damit die Berichtigung fort, die ich zwischen 1962 und 1967 in Angriff genommen hatte. Diese Berichtigung und die Erarbeitung einer konkreten Analyse der Sowjetunion, ihrer Gegenwart und Vergangenheit, hat mich veranlaßt, schrittweise mit einer bestimmten verknöcherten und verflachten Auffassung vom "Marxismus" zu brechen und daran wiederanzuknüpfen, was ich für den revolutionären Inhalt des dialektischen und historischen Materialismus halte (12).

Im vorliegenden Band ist lediglich ein Teil der Arbeitsergebnisse ausgeführt; es ist aber notwendig, in diesem Vorwort einen Gesamtüberblick zu geben. Denn es geht um weit mehr als um einen bloßen "persönlichen Lebensweg", der zudem für den Leser ohne Interesse wäre.

Wie ich schon sagte, war die Auffassung des "verflachten Marxismus", von dem ich mich jetzt zu lösen versuchte, nicht meine "persönliche" Anschauung; die europäischen Sektionen der III. Internationale, die mehr und mehr mit dem Leninismus brachen, hatten ihm nach und nach die Vorherrschaft überlassen (seit Beginn der dreißiger Jahre, als ich anfing, über die Probleme des Sozialismus nachzudenken). Dieser "verflachte Marxismus" trug überdies – wenn nicht als Keim so doch als Möglichkeit, nach der hin er offen war – die Voraussetzungen des modernen Revisionismus in sich, das heißt, einer bürgerlichen Ideologie, die als solche zur Verfestigung kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse in der Sowjetunion und anderswo beiträgt.

Es ist undenkbar, alle Aspekte des "verknöcherten Marxismus" zu analysieren, mit denen dieses Buch brechen muß, um einsichtig zu machen, was in der Sowjetunion vorging (die Lektüre selbst wird die Hauptaspekte hervortreten lassen). Dagegen ist es notwendig, einige jener Thesen (explizit oder implizit) zu benennen und zu diskutieren, um den Sinn der Berichtigung, die in den folgenden Seiten dargelegt wird und um die Bedeutung der Ergebnisse besser zu erfassen, die in dem letzten Band dieser Arbeit zusammengefaßt werden.

Drei der grundlegenden Thesen des "verknöcherten Marxismus", mit denen man unbedingt brechen muß, um dem dialektischen und historischen Materialismus seinen wahren revolutionären Charakter zurückzugeben,

12 "Wiederanknüpfen" an den revolutionären Inhalt des Marxismus kann nicht bedeuten, Thesen "wiederaufzufinden", die Marx und Engels vor ungefähr einem Jahrhundert formulierten; bevor es möglich war, aus den in der Zwischenzeit geführten Klassenkämpfen neue Lehren zu ziehen. "Wiederanknüpfen" heißt, Auffassungen falschen Inhalts auszumerzen (obwohl sie zu einer gewissen Zeit als richtig erscheinen konnten), die die Entwicklung der marxistischen Theorie behindern und ihrer Bereicherung aufgrund einer konkreten Analyse der Klassenkämpfe und ihrer Auswirkungen im Weg stehen. Lenin schrieb dazu, als er die Haltung revolutionärer Marxisten zur marxistischen Theorie beschrieb: "Wir betrachten die Theorie von Marx keineswegs als etwas Abgeschlossenes und Unantastbares; wir sind im Gegenteil davon überzeugt, daß sie nur das Fundament der Wissenschaft gelegt hat, die die Sozialisten nach allen Richtungen weiterentwickeln *müssen*, wenn sie nicht hinter dem Leben zurückbleiben wollen."(*Unser Programm*, LW 4, S. 205 f.)

betreffen die Grundlage der Klassenverhältnisse, die Rolle der Produktivkräfte und die Bedingungen für die Existenz und das Absterben des Staats. Über diese drei Thesen und über die politischen und ideologischen Funktionen, die sie objektiv wahrgenommen haben, werde ich kurz einige Ausführungen machen.

1. Klassenverhältnisse und juristische Eigentumsformen

Die erste These, mit der man brechen muß, setzt in "mechanistischer" Weise die juristischen Eigentumsformen mit den Klassenverhältnissen gleich und dies vor allem in der sozialistischen Übergangsperiode. Diese These wurde explizit von Stalin in seinem Bericht über den Entwurf der Verfassung der UdSSR entwickelt, den er auf dem Außerordentlichen VII. Sowjetkongreß der UdSSR am 25. November 1936 vorlegte (13).

In diesem Bericht zieht Stalin die Bilanz der Umgestaltung von Eigentumsformen in Rußland in der Zeit von 1924–1936. Er zeigt, daß im Lauf dieser Zeit das juristische Privateigentum an den Produktionsmitteln praktisch liquidiert und durch zwei andere Eigentumsformen ersetzt wurde: das Staatseigentum, vorrangig in Industrie, Transportwesen, Handel und Banken, und das genossenschaftliche Eigentum, vor allem in der Landwirtschaft; und Stalin folgert:

> "Verschwunden ist die Kapitalistenklasse in der Industrie. Verschwunden ist die Kulakenklasse in der Landwirtschaft. Verschwunden sind die Händler und Spekulanten auf dem Gebiet des Warenumsatzes. Alle Ausbeuterklassen sind somit liquidiert." (14)

Nach der Aussage dieses Berichts bestehen nur die Arbeiterklasse, die Klasse der Bauern und die Intelligenz weiter, die "dem Volk dienen (muß), denn es gibt keine Ausbeuterklassen mehr" (15). Zusammenfassend bestätigt dieser Teil des Berichts, daß die politischen und ökonomischen Klassenwidersprüche (zwischen Bauern, Arbeitern und Intelligenz) "verschwinden" und "sich verwischen" (16).

Akzeptiert man diese These, so verbaut man sich den Weg, die Widersprüche zu analysieren, die in Wirklichkeit weiterhin in der Sowjetunion bestanden. Die Vorstellung wäre undenkbar, daß das Proletariat die Macht an eine Bourgeoisie verlieren könnte, die ja gar nicht mehr zu existieren scheint, wenn sie nicht das kapitalistische Privateigentum "wiederherstellt". Diese These entwaffnet das Proletariat; sie redet ihm ein, der Klassenkampf sei nun zu Ende.

Die lebendige Erfahrung hat gezeigt (oder vielmehr daran erinnert), daß die Umgestaltung der juristischen Eigentumsformen nicht genügt, um die Existenzbedingungen der Klassen und die des Klassenkampfs

13 J. Stalin, *Fragen des Leninismus*, Berlin (Oberbaum) 1970, S. 613 ff.
14 ebd., S. 617
15 ebd., S. 619
16 ebd., S. 620

verschwinden zu lassen. Diese Bedingungen – das haben Marx und Lenin oft betont – sind in der Tat nicht in die juristischen Eigentumsformen eingeprägt*, sondern eben in die *Produktionsverhältnisse,* das heißt in die *Form des gesellschaftlichen Aneignungsprozesses,* in die *Stellung,* die die Form dieses Prozesses den *Produktionsagenten* zuweist, das heißt eben in die *Verhältnisse, die sich unter ihnen* in der gesellschaftlichen Produktion *herstellen* (17).

Die Existenz der Diktatur des Proletariats und die Existenz staatlicher oder kollektiver Eigentumsformen sind nicht zureichend, um kapitalistische Produktionsverhältnisse "abzuschaffen" und die antagonistischen Klassen, Proletariat und Bourgeoisie, "verschwinden" zu lassen. Die Bourgeoisie kann veränderte Existenzformen, vor allem auch die Gestalt einer Staatsbourgeoisie annehmen.

Die historische Rolle der Diktatur des Proletariats besteht nicht nur darin, die Eigentumsformen zu verändern, sondern eben auch darin – und das ist eine viel kompliziertere und längerwährende Aufgabe –, den *gesellschaftlichen Aneignungsprozeß umzuwälzen und damit die alten Produktionsverhältnisse zu zerstören und neue zu errichten;* damit wird der Übergang von der kapitalistischen zur kommunistischen Produktionsweise gewährleistet, und darin besteht die sozialistische Übergangsperiode, die allein ermöglicht, die bürgerlichen gesellschaftlichen Verhältnisse und die Bourgeoisie als Klasse zum Verschwinden zu bringen.

Was ich oben dargestellt habe, ist nicht "neu". Es ist buchstäblich eine "Rückkehr" zu Marx und Lenin. Zu Marx, der ja die Diktatur des Proletariats als notwendigen Übergang zur Aufhebung aller Klassenunterschiede betrachtet (18). Zu Lenin, der oft daran erinnert hat, daß "die Klassen *geblieben* (sind) und für die Dauer der Epoche der Diktatur des Proletariats *bestehenbleiben* (werden)", wobei "*jede* Klasse sich (...) verändert (und) auch ihr Verhältnis zueinander sich verändert (hat)", daß der *Klassenkampf* weitergeführt wird und nur *"andere Formen"* (19) annimmt.

17 "Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit der andern aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft." (Vgl. *Die große Initiative,* LW 29, S. 410. Wie man sieht, bemerkt Lenin, daß der Platz der verschiedenen gesellschaftlichen Klassen "in Gesetzen fixiert" sein kann, aber es handelt sich eben nur um eine Möglichkeit. Die Existenz eines "juristischen Verhältnisses" zu den Produktionsmitteln geht nicht in die Definition der Klassen ein.

18 vgl. die erste Formulierung dieses Gedankens in dem Brief von Marx an Weydemeyer vom 5. März 1852, in MEW 28, S. 508

19 *Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats,* 7. Nov. 1919, in: LW 30, S. 98 (Hervorhebung – Ch.B.)

*) vgl. Anmerkung 4, S. 116

Die Aufgabe der sozialistischen Revolution *beschränkt sich nicht* auf die Umgestaltung der juristischen Eigentumsverhältnisse; *grundlegend* ist die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse, darunter die Produktionsverhältnisse, insgesamt. Aus dieser Erkenntnis heraus betont Lenin oft und nachdrücklich jenen grundlegenden Gedanken, daß es relativ "leicht war, die sozialistische Revolution zu *beginnen",* es aber sehr schwer ist, "sie *fortzusetzen* und zu Ende zu führen" (20). Folglich umfaßt der sozialistische Übergang eine lange historische Periode und kann nicht in wenigen Jahren "vollendet" werden (21).

Zweifellos muß man die These aufgeben, daß die Ausbeuterklassen schon verschwinden, wenn die Diktatur des Proletariats lediglich existiert (auf welche Klasse sollte dann noch die Diktatur ausgeübt werden?), und wenn die Formen des Staats- und Kolchoseneigentums das Übergewicht erlangt haben; denn sonst bleiben die Veränderungen der sowjetischen Gesellschaft und die Möglichkeit einer Wiederherstellung der Diktatur der Bourgeoisie in der UdSSR (ohne daß sich die juristischen Eigentumsverhältnisse geändert hätten) unverständlich. Daher muß man zu dem leninistischen Gedanken zurückkehren: die Diktatur des Proletariats ist die "Fortsetzung des Klassenkampfs in neuen Formen".

2. Das Primat der Entwicklung der Produktivkräfte

Eine zweite These kennzeichnet die Verflachung des Marxismus, die sich im Lauf der dreißiger Jahre in den europäischen Sektionen der III. Internationale immer mehr durchsetzt: die These vom Primat der Entwicklung der Produktivkräfte. Diese These stellt die Entwicklung der Produktivkräfte als "Motor der Geschichte" dar.

Eine Zeitlang konnte man mit der Annahme dieser These die Illusion nähren, Widersprüche in der sowjetischen Gesellschaftsformation "erklären" zu können. Aus dem Klassenkampf konnte man sie ja nicht mehr erklären; der Klassenkampf, so nahm man an, war "auf dem Wege zu erlöschen", oder gar schon mit den antagonistischen Klassen selbst verschwunden.

20 LW 31, S. 49

21 Der Druck der bürgerlichen Ideologie auf den Marxismus (der innerhalb des Marxismus seinen Ausdruck im Kampf der zwei Wege, dem bürgerlichen und dem proletarischen, findet) hat mehr als einmal dazu geführt, daß die Produktionsverhältnisse einfach auf juristische Verhältnisse reduziert wurden. So zum Beispiel in Sowjetrußland während des Bürgerkriegs. Die Ausdehnung der Nationalisierungen und das Verbot des privaten Handels (an seine Stelle traten Requisitionen und Verteilungsmaßnahmen, die nicht über den Markt liefen) wurden – illusorischerweise – mit der "Errichtung" kommunistischer Verhältnisse gleichgesetzt (daher auch die falsche Bezeichnung "Kriegskommunismus" für diese Periode). Wie Lenin eingestand, führten die Illusionen damals zu einer "Niederlage", die "ernster war als irgendeine Niederlage, die uns jemals von Koltschak, Denikin oder Pilsudski beigebracht wurde". LW 33, S. 44

In sehr allgemeiner Form findet man die These von den Produktivkräften als Motor der Geschichte bei Stalin. In seiner Schrift *Über dialektischen und historischen Materialismus* (22) vom September 1938 heißt es:

"Zuerst verändern und entwickeln sich die Produktivkräfte der Gesellschaft und dann in Abhängigkeit von diesen Veränderungen und in Übereinstimmung mit ihnen, verändern sich die Produktionsverhältnisse der Menschen, ihre ökonomischen Beziehungen." (23)

In dieser Formulierung wird die Rolle des Klassenkampfs nicht geleugnet – solange sich in einer Gesellschaft antagonistische Klassen gegenüberstehen – aber sie wird an die zweite Stelle verwiesen: der Klassenkampf greift hier im wesentlichen ein, um Produktionsverhältnisse zu sprengen, die zu Fesseln der Entwicklung der Produktivkräfte geworden sind; er bringt neue Produktionsverhältnisse hervor, die mit den Erfordernissen der Entwicklung der Produktivkräfte übereinstimmen.

In der Tat nimmt Stalin in diesem Text an, daß die neuen Produktionsverhältnisse unabhängig von einem revolutionären Prozeß entstehen können:

"Neue Produktivkräfte und die ihnen entsprechenden Produktionsverhältnisse (entstehen) nicht losgelöst von der alten Gesellschaftsordnung, nicht nach dem Verschwinden der alten Ordnung, sondern im Schoße der alten Gesellschaft." (24)

Sicher kann man Schriften von Marx finden, die eine ähnliche Problemstellung nahelegen, aber sein ganzes Werk zeigt, daß für ihn der *Klassenkampf* der Motor der Geschichte ist, und daß, solange Klassen bestehen, die gesellschaftlichen Verhältnisse durch Klassenauseinandersetzungen umgewälzt werden; sein Werk zeigt ebenso, daß die sozialistischen gesellschaftlichen Verhältnisse nur aus dem Klassenkampf hervorgehen können. Auch Lenin hätte nie die Theorie vom "schwächsten Glied der imperialistischen Kette" (die einsichtig machte, warum in Rußland eine proletarische Revolution stattfinden konnte) formulieren können, wenn er – wie die Menschewiki – die Betonung auf die Entwicklung der Produktivkräfte gelegt hätte (denn dieser Vorstellung entsprechend würde die proletarische Revolution nur in den höchstentwickelten Industrieländern möglich gewesen sein.

22 J. Stalin, *Fragen des Leninismus*, a.a.O., S. 647 ff.

23 a.a.O., S. 668

24 a.a.O., S. 675. Die These vom "Entstehen" sozialistischer Produktivkräfte (und der entsprechenden Produktionsverhältnisse) innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise widerspricht den Lehren des historischen Materialismus; allerdings klingt in der These eine Tatsache an, auf die Marx hinweist: "Wenn wir nicht *in der Gesellschaft, wie sie ist*, die materiellen Produktionsbedingungen und ihnen entsprechende Verkehrsverhältnisse für eine klassenlose Gesellschaft *verhüllt vorfänden*, wären alle Sprengversuche Donquichoterie." (Marx, *Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie*, Berlin/Frankfurt/Wien 1953, S. 77). Marx meint hier die Tatsache, daß der Kapitalismus die Kleinstaaterei sprengt und Bedingungen "allgemeinen Zusammenhangs und allseitiger Abhängigkeit" entwickelt. (a.a.O., S. 78)

Die These vom Primat der Produktivkräfte verhindert die konsequente Anwendung der Begriffe des historischen Materialismus und führt zu politisch falschen Folgerungen, wie zum Beispiel der folgenden:

"Um also in der Politik nicht fehlzugehen, muß die Partei des Proletariats sowohl im Aufbau ihres Programms als auch in ihrer praktischen Tätigkeit vor allem von den Entwicklungsgesetzen der Produktion ausgehen, von den ökonomischen Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft." (25) (Stalin im angeführten Text)

Gewiß ergaben sich viele Schwierigkeiten, diese Auffassung von der Rolle der Produktivkräfte in den gesamten Rahmen des historischen Materialismus einzuordnen, aber sie ist eine zwingende Ableitung aus der These über das Verschwinden der Ausbeuterklassen und damit auch der ausgebeuteten Klassen in der UdSSR. Der Zusammenhang beider Thesen kommt zum Beispiel in folgender Erklärung Stalins zum Ausdruck:

"In der sozialistischen Gesellschaftsordnung (...) ist die Grundlage der Produktionsverhältnisse das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln. Hier gibt es keine Ausbeuter und keine Ausgebeuteten mehr (...). Hier befinden sich die Produktionsverhältnisse in voller Übereinstimmung mit dem Stande der Produktivkräfte." (26)

Diese Formulierung (die die "volle Übereinstimmung" zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen behauptet) wirft Probleme auf; die Formulierung läßt zum Beispiel jeden möglichen Widerspruch zwischen den zwei Elementen der ökonomischen Basis verschwinden. Das veranlaßte Stalin 1951, seine frühere Formulierung teilweise zu berichtigen; er warf A.J. Notkin vor, seine Formulierung über die "volle Übereinstimmung" zu wörtlich genommen zu haben; denn sie meine nur die Tatsache, daß die sozialistische Gesellschaft

"die Möglichkeit hat, die zurückbleibenden Produktionsverhältnisse mit den Produktivkräften in Übereinstimmung zu bringen. Die sozialistische Gesellschaft hat die Möglichkeit, das zu tun, weil es in ihr keine überlebten Klassen gibt, die einen Widerstand organisieren könnten." (27)

Auf ideologischer und politischer Ebene haben die beiden Thesen (über das Verschwinden von Ausbeuterklassen und ausgebeuteten Klassen in der UdSSR und über das Primat der Entwicklung der Produktivkräfte) *dazu beigetragen, jeglicher organisierten Aktion des sowjetischen Proletariats den Weg zu versperren, die darauf abzielen könnte, die Produktionsverhältnisse umzuwälzen;* das heißt, die bestehenden Formen des Aneignungsprozesses, die Grundlage der Reproduktion der Klassenverhältnisse (s. oben S. 26) zu zerstören, um einen neuen Aneignungsprozeß aufzubauen, der

25 J. Stalin, a.a.O., S. 667

26 a.a.O., S. 674

27 vgl. Stalin, *Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR*, Moskau 1952, S. 62

die gesellschaftliche Trennung von Leitungs- und Ausführungsfunktionen von Hand- und Kopfarbeit, die Unterschiede zwischen Stadt und Land, Arbeitern und Bauern ausschließt, – kurz, der Weg war versperrt, die *objektive Basis der Existenz von Klassen* zu zerstören. Einerseits sollten die Klassen angeblich verschwunden sein. Andererseits wurde vorgegeben, daß die Produktionsverhältnisse in vollem Einklang zu den Produktivkräften stünden und etwaige Widersprüche dank der Aktion der "sozialistischen Gesellschaft" zu gegebener Zeit verschwinden würden.

Unter diesen Bedingungen schien das Grundproblem, das das sowjetische Proletariat zu lösen hatte, darin zu liegen, die Produktion so schnell wie möglich zu steigern: indem es die "materiellen Grundlagen des Sozialismus" aufbaute, sei "sicher", daß die damit übereinstimmenden Produktionsverhältnisse und der entsprechende Überbau sich ebenfalls entwickeln würden. Daher die Losungen jener Zeit: "Die Technik entscheidet alles" und "Die fortgeschrittensten kapitalistischen Länder einholen und überholen".

Es leuchtet ein, wenn die Kommunistische Partei Chinas zu diesen beiden Thesen erklären konnte:

> "Überdies wich Stalin, als er die Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfs in der sozialistischen Gesellschaft untersuchte, von der marxistisch-leninistischen Dialektik ab." (28)

Allerdings war es nicht Stalin allein, der eine solche Interpretation der Gesetze des Klassenkampfs vertrat. Hier wie in vielen anderen Fragen (zum Beispiel in bezug auf die Auffassung über das Verhältnis von Kampf und Einheit innerhalb der Partei) hat Stalin nichts anderes getan, als in systematischer Weise die Anschauungen der führenden Schichten der bolschewistischen Partei zum Ausdruck zu bringen. Entgegen allem Anschein bestand seine Rolle im wesentlichen darin, als Räderwerk jene Orientierungen zu übertragen und zu konzentrieren, die die gerade sich vollziehenden Veränderungen in der sowjetischen Gesellschaft und in der Partei widerspiegelten. Diese Rolle hängt mit der Entwicklung der Partei selbst zusammen, die *immer weniger in der Lage ist, gegen den Strom zu schwimmen,* das heißt, Theorie und Praxis zu revolutionieren. Auch wenn Stalin in gewissen Situationen über die Befürchtungen und Vorbehalte des Zentralkomitees oder des Politbüros *hinweggeht,* "schwimmt" er, streng genommen, nicht "gegen den Strom" (29), er zieht lediglich die *letzten Konse-*

28 *Über den Pseudokommunismus Chruschtschows und die historischen Lehren für die Welt,* in: *Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung,* Berlin 1973 (Nachdruck der in Peking 1965 erschienenen Ausgabe), S. 478

29 "Gegen den Strom schwimmen" heißt für ein Mitglied einer revolutionären Partei, was immer seine Verantwortlichkeiten sein mögen, *sich zu bemühen* – wenn es in der Minderheit ist – jene von der Richtigkeit seines Standpunkts zu *überzeugen,* die nicht mit ihm übereinstimmen. Dagegen bedeutet es, nicht wirklich gegen den Strom zu schwimmen, wenn man seine eigenen Anschauungen "in die Praxis umsetzt", indem man das Kräfteverhältnis innerhalb der Partei verändert, sei es durch Kompromisse, die die verschiedenen Standpunkte

quenzen aus Anschauungen, die in den Führungsschichten der Partei vorherrschen. Gerade dieser *Wille, bis zur letzten Konsequenz zu gehen,* stellt Stalin scheinbar "über die Partei"; und dadurch erscheinen Auffassungen als "seine", die bis auf wenige Ausnahmen (30) nicht allein ihm zugeschrieben werden können, denen aber durch seine Unterstützung außergewöhnliche Autorität verliehen wurde; die Interpretation der Gesetze des Klassenkampfs in der sozialistischen Gesellschaft war genau solch ein Fall.

Tatsache ist, daß diese "Interpretation" die ideologischen und politischen Anschauungen der europäischen Sektionen der III. Internationale beherrscht und daß sie dazu beigetragen hat, die Existenz von Klassen und Klassenkämpfen in der Sowjetunion zu verschleiern; folglich *suchte* man die Ursachen der ernsten Schwierigkeiten, die die Sowjetunion erfahren mußte, *"anderswo"* als in den Klassenwidersprüchen. Dieses "anderswo" wurde mit der These vom Primat der Produktivkräfte bezeichnet. Weil die Produktivkräfte "unzureichend entwickelt" waren, sah sich die Sowjetunion enormen Schwierigkeiten gegenüber und mußte eine Reihe von Maßnahmen ergreifen, die weit von dem entfernt waren, was das alte Programm der bolschewistischen Partei für den Aufbau des Sozialismus für wichtig hielt: wachsende Differenzierung der Löhne, Entwicklung eines Prämiensystems, mehr Privilegien für Techniker, Stärkung der persönlichen Autorität des Betriebsdirektors usw.

Für eine ganze Generation, zu der auch ich gehöre, waren die beiden Thesen derart einleuchtend, daß wir der Analyse von Widersprüchen und realen Problemen auswichen. Selbst wenn man die Widersprüche sah, verschob man ihre "Lösung" auf später; sie sollte durch die Entwicklung der Produktivkräfte herbeigeführt werden.

Um den "einleuchtenden" Charakter der beiden Thesen (den sie in den Augen moderner Revisionisten und derjenigen, die man "Trotzkisten" nennt, übrigens heute noch haben) zu begreifen, muß man sich daran erinnern, daß sie nicht den Standpunkt von Stalin persönlich zum Ausdruck brachten, sondern den des *revolutionärsten Flügels der marxistischen Bewegung in Europa zu jener Zeit* (31).

Es scheint angebracht, in diesem Zusammenhang kurz über die Stellung Trotzkis zu den beiden Thesen zu sprechen; seine Auffassungen in dieser Frage kamen denen Stalins zwar sehr nahe, Trotzki hat aber sehr verschiedene Schlußfolgerungen daraus gezogen.

verschleiern, sei es, daß man alle verfügbare Autorität einsetzt, um auf bestimmte Mitglieder Druck auszuüben oder die Zusammensetzung der führenden Instanzen zu verändern usw.; das ist ein Kampf auf der organisatorischen Ebene zur Durchsetzung seiner Ansichten (die übrigens richtig sein können).

30 Die seltenen Fälle, in denen Stalin über die in der Partei herrschenden Vorstellungen hinausging, waren von gewaltiger historischer Bedeutung; wir untersuchen die Gründe im nächsten Band. In diesen Fällen spielte allerdings die Überzeugung als Mittel seines Vorgehens nur eine untergeordnete Rolle.

31 Zu verschiedenen Zeiten gab es (besonders in Deutschland) Theoretiker oder sogar kleine Organisationen, die die politischen Schlußfolgerungen dieser Thesen

Trotzki meinte, wie Stalin, daß es nach der Kollektivierung oder Nationalisierung der Produktionsmittel "keine besitzenden Klassen mehr gibt" (32), da kein "Privateigentum" mehr besteht. Trotzki präzisiert: in der UdSSR gibt es keine "besitzenden Klassen", weil die Errichtung "sozialistischer Eigentumsformen" es der "Bürokratie" verwehrt, über erbliche "Titel" oder "Aktien" zu verfügen (33). Denn, so Trotzki weiter, "in zivilisierten Gesellschaftsordnungen sind die Besitzverhältnisse in Gesetzen verankert" (34). Damit scheinen die Produktionsverhältnisse in den Überbau eingefügt zu sein und nicht den Verhältnissen zu entsprechen, die sich im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß herstellen. Die Formulierung Stalins, das Programm des Proletariats müsse "vor allem von den Gesetzen der Produktion ausgehen" (35), findet man auch bei Trotzki, aber ohne Zweifel als Karikatur. Trotzki schreibt:

> "Der Marxismus geht aus von der Entwicklung der Technik als der Haupttriebfeder des Fortschritts und baut das kommunistische Programm auf der Dynamik der Produktivkräfte auf." (36)

Die Ähnlichkeit in der Problemstellung macht den Unterschied in Stalins und Trotzkis Schlußfolgerungen nur noch schlagender.

Für Stalin ist der Sozialismus im wesentlichen nach dem ersten Fünfjahrplan verwirklicht. Trotzki kann dieser Schlußfolgerung aus zwei Hauptgründen nicht zustimmen: einerseits kann, seiner Meinung nach, von "Sozialismus in einem Lande" gar keine Rede sein; und zweitens – und das interessiert uns in diesem Zusammenhang – sei die "Arbeitsergiebigkeit"

und auch einige ideologische Prämissen ablehnten. Aber diese Theoretiker oder Bewegungen (die zu den "Ultralinken" jener Zeit gehörten) sind bedeutungslos geblieben; denn *in den grundlegenden theoretischen Fragen haben sie niemals eine andre Position bezogen, als die, die sie kritisierten;* die gemeinsame Ebene war der "Ökonomismus". Diesen "linken Ökonomismus" repräsentieren scheinbar so unterschiedliche Anschauungen wie die Rosa Luxemburgs, Karl Korschs oder Lukács'. Der "Ökonomismus", der diesen Anschauungen gemeinsam zugrundeliegt, nimmt fälschlicherweise an, es gäbe eine *direkte* Beziehung zwischen den wirtschaftlichen und den ideologischen Veränderungen. Das führt dazu, der "spontanen" Aktion der Massen (die angeblich im wesentlichen von den wirtschaftlichen Widersprüchen hervorgerufen werde) eine entscheidende Rolle zuzusprechen, die Rolle der revolutionären Avantgarde einzuschränken, den Stellenwert einer Bündnispolitik des Proletariats mit anderen Klassen, die an der Revolution teilnehmen können, zu unterschätzen, und im äußersten Fall auf einen automatischen "Zusammenbruch" des Imperialismus warten. Solche Anschauungen behindern die Vorbereitung der Bedingungen, die zur Entwicklung einer vereinheitlichten revolutionären Bewegung notwendig sind oder begünstigen abenteuerliche Aktionen, die angeblich hinreichen, "die Massen wachzurütteln".

32 vgl. Trotzki, *Die verratene Revolution,* Frankfurt/M. 1968, S. 22

33 a.a.O., S. 241 ff., besonders S. 247

34 ebd., S. 241

35 vgl. oben S. 29

36 Trotzki, *Die verratene Revolution,* Frankfurt/M. 1968, S. 47

(das heißt die Produktivkraft der Arbeit) in der UdSSR zu schwach (37), um von Sozialismus sprechen zu können; deshalb räumt Trotzki zwar ein, daß der "gesellschaftliche Inhalt" der gleichen juristischen Form verschiedenartig sein kann; aber diese "Verschiedenartigkeit" führt er nicht auf unterschiedliche Produktionsverhältnisse zurück (dieser Begriff taucht bei Trotzki in diesem Zusammenhang praktisch gar nicht auf), sondern auf das "Resultat der Arbeitsergiebigkeit" (38). Trotzki erklärt deshalb, daß "die Wurzel jeder gesellschaftlichen Organisation die Produktivkräfte sind" (39).

In unserem Zusammenhang interessiert, daß Trotzki sich die These vom Primat der Entwicklung der Produktivkräfte voll zu eigen macht und bis zur äußersten Konsequenz treibt, besonders in zwei Punkten: erstens erlaubt ihm der Bezug auf den Entwicklungsstand der Produktivkräfte, den Begriff der "bürgerlichen Verteilungsnormen" (40) einzuführen, die sich in der UdSSR wegen des niedrigen Stands der Produktivkräfte durchsetzen müßten und zur Wiederherstellung des *Privateigentums* führen könnten. Trotzki verwirft damit implizit den Gedanken, daß sich die bürgerliche Herrschaft innerhalb des Staatseigentums wiederherstellen kann; übrigens, ohne das wirklich begründen zu können. Zweitens mißt Trotzki der Entwicklung der Produktivkräfte eine solche Bedeutung bei, daß sie den Klassenkampf restlos ersetzt:

> "Kraft und Bestand eines Regimes sind letzten Endes durch die relative Ergiebigkeit der Arbeit bestimmt. Eine vergesellschaftete Wirtschaft, die technisch dem Kapitalismus überlegen ist, könnte in der Tat vollkommen, sozusagen automatisch ihrer sozialistischen Entwicklung sicher sein." (41)

Aus bestimmtem Grund habe ich so ausführlich die Formulierungen Trotzkis neben denen Stalins zitiert: Trotz der verschiedenen Schlußfolgerungen wird deutlich, bis zu welchem Grad die beiden Thesen (über das Verschwinden antagonistischer Klassen in der UdSSR und über das Primat der Entwicklung der Produktivkräfte) eine Art *"Gemeinplatz"* des "europäischen Marxismus" der dreißiger Jahre waren (und es bis vor relativ kurzer Zeit blieben); hatte man diese Thesen übernommen, so verhinderten sie es mehr oder weniger, die gesellschaftlichen Umwälzungen in Begriffen des Klassenkampfes zu analysieren (42).

37 vgl. zum Beispiel a.a.O., S. 48 und S. 63

38 ebd., S. 64 f.

39 ebd., S. 66

40 ebd., zum Beispiel S. 56. Bekanntlich spricht Marx in der *Kritik des Gothaer Programms* von der "bürgerlichen Schranke", die der Verteilung der Produkte in der "ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft" anhaftet; aber diese "Schranke" bezieht sich nicht auf den Stand der Produktivkräfte, sondern auf "die Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit" und auf die entsprechenden gesellschaftlichen Verhältnisse, die die Entwicklung der Produktivkräfte fesseln. MEW 19, S. 20 f.

41 a.a.O., S. 50

42 Bei der Übernahme dieses "Gemeinplatzes" darf man selbstverständlich nicht die grundlegenden Unterschiede aus dem Auge verlieren, die jene trennen

Weiter unten werde ich erörtern, warum meiner Meinung nach diese zwei Thesen so lange ihre politische und ideologische Rolle spielen konnten. Zuvor muß jedoch eine dritte These kurz erwähnt werden, die mit den beiden andern zusammenhängt.

3. Die Existenz des Staats und das Verschwinden der Ausbeuterklassen

Wenn man den Standpunkt einnimmt, die Ausbeuterklassen seien verschwunden, so stellt sich unter anderm die Frage nach der Existenz des sowjetischen Staats. Die Schwierigkeit entsteht, weil es sich nicht um einen Staat handelt, der sich als Übergangsform tendenziell in einen Nicht-Staat, in ein "Gemeinwesen" umwandelt – so formulierte Engels in einem Brief an Bebel (und Lenin hat diese Formulierung übernommen). Es handelt sich vielmehr um einen Staat, der immer stärker von den Massen getrennt ist, der über einen Apparat verfügt, der immer eifersüchtiger seine "Geheimnisse" hütet und der in hierarchischer Gliederung funktioniert: eine "Ebene" ist jeweils der nächst-"höheren" unterworfen.

Vom marxistischen Standpunkt aus wurde das Fortbestehen des sowjetischen Staats und der Charakter der Apparate zum Problem; denn gemäß dem historischen Materialismus *kann dieser Staatstypus nur auf der Grundlage von Klassengegensätzen bestehen.* Die Verstärkung eines solchen Staatsapparats zeigt an, daß sich die Gegensätze vertiefen, während das Verschwinden der Klassengegensätze das Absterben des Staats (im eigentlichen Sinn, als Repressionsorgan) zur Folge hat: an die Stelle des Staats treten Selbstverwaltungsorgane der Massen.

Besonders in seinem Bericht an den XVIII. Parteitag der KPdSU warf Stalin dieses Problem auf (43). Er greift die Formulierung von Engels im *Anti-Dühring* auf:

> "Sobald es keine Gesellschaftsklasse mehr in der Unterdrückung zu halten gibt, sobald mit der Klassenherrschaft und dem in der bisherigen Anarchie der Produktion begründeten Kampf ums Einzeldasein auch die daraus entspringenden Kollisionen und Exzesse beseitigt sind, gibt es nichts mehr zu reprimieren, das eine besondere Repressionsgewalt, einen Staat, nötig machte." (44)

Um das Problem, das sich damit stellt, zu lösen, sieht sich Stalin veranlaßt, von der "ungenügenden Ausarbeitung und Unvollständigkeit einiger

können, die ihn übernehmen. Bei einigen, wie bei Trotzki, kann er sich in eine grundlegend "ökonomistische" theoretische Anschauung einordnen; bei anderen, wie bei Stalin, kann es sich um eine "ökonomistische" Position handeln, die sich einer theoretischen Gesamtkonzeption einfügt, die sich durch einen grundsätzlichen Bruch mit dem "Ökonomismus" auszeichnet.

43 Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU(B), am 10. März 1939, in: *Fragen des Leninismus*, a.a.O., S. 680 ff.

44 MEW 20, S. 262

allgemeiner Sätze der Lehre des Marxismus vom Staate" (45) zu sprechen. Stalin schlägt vor, die "Unvollständigkeit" wettzumachen und das Fortbestehen des Staats *nicht auf die inneren gesellschaftlichen Verhältnisse* der Sowjetunion zu begründen, sondern auf eine *äußere Ursache:* die kapitalistische Einkreisung. Daher die folgende Formulierung:

> "Anstelle der Funktion der Unterdrückung erhielt der Staat die Funktion, das sozialistische Eigentum vor Dieben und Plünderern des Volksguts zu schützen. Die Funktion des militärischen Schutzes des Landes vor Überfällen von außen blieb völlig erhalten, es bleiben folglich auch die Rote Armee, die Kriegsmarine, ebenso wie die Straforgane und der Abwehrdienst, die notwendig sind zur Aufdeckung und Bestrafung von Spionen, Mördern und Schädlingen, die von den ausländischen Spionagediensten in unser Land geschickt werden." (46)

Zunächst stellt sich dabei ein theoretisches Problem: Warum sollte eine so große, auf die innere Unterdrückung spezialisierte Abteilung notwendig sein, um einer äußeren Bedrohung zu begegnen, wenn doch die Organisation der Massen selbst die Aufgabe in die Hand nehmen könnte, feindliche Elemente aufzuspüren, die "von den ausländischen Spionagediensten (...) geschickt wurden"; und zwar in ein Land, das prinzipiell keine Klasse mehr kennt, die gewillt wäre, diese "Elemente" zu unterstützen. Aber die These von der Aufrechterhaltung eines Staatsapparats (47) stößt auf eine viel konkretere Schwierigkeit (die allerdings erst voll sichtbar wurde, als der ganze Umfang der Unterdrückungsmaßnahmen bekannt wurde – und das ist noch ein bescheidener Ausdruck für die Verhaftungen, Gefängnisstrafen und Deportationen von mehreren Millionen Menschen): Wie sollte man erklären, daß Zwangsmaßnahmen in diesem Umfang nötig waren, wenn es sich *lediglich* darum handelte, "eingeschleuste" Elemente, "Diebe und Plünderer des Volksguts" oder Menschen, die sich aus "Schwäche", "Eitelkeit" oder "Charakterlosigkeit" in "Spionagenetze verstricken" ließen, unschädlich zu machen (48)? Wenn man die Frage so stellt, ist sie schwer zu beantworten. Bringt man dagegen diese Tatsachen nicht hauptsächlich mit der Aktivität ausländischer Spionagedienste und der "Charakterlosigkeit" von Sowjetbürgern in Zusammenhang, sondern mit einem *Klassenkampf, der erbittert und blind zugleich* geführt wird, so kann man besser den Umfang und die Formen der Repression verstehen und auch die Widersprüche, die darin ihren Ausdruck finden.

Da Trotzki ebenfalls die These vertritt, die Unterdrückung einer Klasse durch die andere gäbe es nicht mehr, steht er vor dem gleichen Problem wie

45 *Fragen des Leninismus*, a.a.O., S. 723

46 ebd., S. 727 ff.

47 "Apparat" bezeichnet ein System gesellschaftlicher Verhältnisse, das in der Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse relativ selbständig ist, wie zum Beispiel Familie, Schule, Justiz, Verwaltung.

48 a.a.O., S. 722

Stalin. Um das Fortbestehen eines Staatsapparats zu erklären, schlägt er eine rein ökonomische "Lösung" vor. Er greift die bereits zitierte Formulierung von Engels (s.oben) auf und isoliert daraus den "Kampf ums Einzeldasein": Weil dieser Kampf in der UdSSR nicht verschwunden sei, existiere der Staat weiter und "sogar in Amerika, auf dem Fundament des am meisten fortgeschrittenen Kapitalismus" (49), würde der Staat weiterbestehen. Man sollte noch auf folgendes sonderbare Detail hinweisen: "Insoweit die gesellschaftliche Organisation sozialistisch wird", meint Trotzki, "müssen die Sowjets verschwinden" (50), (das heißt, gerade die Selbstverwaltungsorgane der Massen, der Nicht-Staat – Ch.B.). So wenig auch die These befriedigte, die das Fortbestehen des sowjetischen Staats mit der äußeren Bedrohung und der "Charakterlosigkeit" von Sowjetbürgern erklären wollte, sie ergab sich fast zwangsläufig aus der Übernahme der ersten beiden Thesen.

Durch diesen Rückgriff wird zweifellos verständlicher, warum es für die Vertreter dieser Thesen fast unmöglich war, eine marxistische Analyse der sowjetischen Gesellschaft zu erstellen (und dazu gehörte bis vor kurzem – vor allem in Europa – die überwiegende Mehrheit all derer, die die Oktoberrevolution als Aufbruch in eine neue Ära der Geschichte der Menschheit betrachteten). *Denn das Wesen einer solchen Analyse kann nicht im Ausklammern der Klassenverhältnisse und der Auswirkungen des Klassenkampfs* liegen; im Gegenteil, Klassenverhältnisse und Klassenkampf sind von entscheidender Bedeutung und werden es solange sein, wie die klassenlose, das heißt die kommunistische Gesellschaft nicht errichtet ist. Aber dieser Rückgriff erklärt noch nicht, warum die "ökonomistische" Problemstellung (darunter die erwähnten Thesen) so lange die ihr eigene ideologische Rolle spielen konnte – bis heute.

I. Das Vorherrschen der Problemstellung der Produktivkräfte

Bei der Beantwortung dieser Frage darf man nicht vergessen, daß die Problematik der Produktivkräfte – ein Aspekt des "ökonomistischen" Problemkomplexes – historisch unauflösbar nicht nur mit der europäischen Arbeiterbewegung der Jahre 1880 bis 1914 verbunden war, sondern auch – in veränderter Form – mit der Geschichte der Russischen Revolution, vor allem seit Ende der zwanziger Jahre, als der erste Versuch überhaupt unternommen wurde, den Sozialismus aufzubauen. Die mit diesem Versuch verbundene theoretische Problemstellung hat fast notwendigerweise vom Ansehen der Russischen Revolution profitiert, von dem Ansehen, das sie bei der großen Mehrheit all derer genoß, die zu Recht im kapitalistischen System das "vollendete" System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sahen, ein System, das bereits zwei Weltkriege und mehrere kleinere Kriege verursacht hatte.

49 vgl. *Die verratene Revolution*, a.a.O., S. 55

50 ebd., S. 65 f.

Das ist jedoch nur die halbe Antwort; denn dann stellt sich weiter die Frage, warum historisch sich diese Verbindung zwischen dem ersten Aufbau des Sozialismus und den hier zentral angesprochenen Thesen knüpfen konnte.

Zu dem zweiten Aspekt dieser Frage werde ich in diesem Vorwort nur einige Anhaltspunkte für eine Antwort geben; sie werden in dem vorliegenden und in den folgenden Bänden weiterentwickelt (und zwar in dem Maß, wie das zur Analyse der Veränderung in der sowjetischen Gesellschaftsform notwendig ist).

a) Die Einstellung des Kampfs gegen den "Ökonomismus" in der bolschewistischen Partei

Ein erster Ansatz einer Antwort verweist auf die Ideologie der bolschewistischen Partei selbst; sie hatte bei Lenins Tod noch lange nicht alle "ökonomistischen" Konzeptionen über Bord geworfen, obwohl die revolutionäre Arbeit der Partei ihre Ideologie tiefgreifend verändert und obwohl Lenin den ideologischen Kampf gegen den "Ökonomismus" geführt hatte. Nach Lenins Tod hörte dieser Kampf jedoch auf.

Man sollte hier daran erinnern, daß Lenin den Ausdruck "Ökonomismus" zur Kennzeichnung einer Auffassung des "Marxismus" verwandte, die ihn auf eine einfache "ökonomische Theorie" reduzierte, von der aus dann die Gesamtheit der gesellschaftlichen Veränderungen gedeutet werden könnte. Eine solche Konzeption kann verschiedene Formen annehmen; in nicht systematisierter Form spielt sie meist eine relativ untergeordnete Rolle, und man kann dann höchstens von einer "Tendenz zum Ökonomismus" sprechen.

Da der "Ökonomismus" die Entwicklung der Produktivkräfte als den Motor der Geschichte definiert, ist eine seiner wichtigsten Auswirkungen, daß der politische Klassenkampf als direktes und unvermitteltes Produkt *ökonomischer Widersprüche* erscheint. Diese Widersprüche "erzeugen" notwendig aus sich heraus die gesellschaftlichen Umwälzungen und zu "gegebener Zeit" die revolutionären Kämpfe. Es scheint so, als müsse die Arbeiterklasse spontan zur Revolution vorstoßen (der Aufbau einer Partei wäre dann nicht notwendig). Die gleiche Sicht der Probleme neigt ebenfalls zur Ablehnung der Tatsache, daß außer dem Proletariat auch andere ausgebeutete und unterdrückte Klassen für den Sozialismus kämpfen können (51).

Auf einer anderen Ebene der Analyse neigt der "Ökonomismus" dazu, die Produktivkräfte mit den materiellen Produktionsmitteln gleichzusetzen und damit zu leugnen, daß die wichtigste Produktivkraft die Produzenten selbst sind; konsequenterweise gibt der "Ökonomismus" beim Aufbau

51 Der Begriff "Ökonomismus" wird hier nicht zur Bezeichnung einer *bestimmten Form* dieser Auffassung verwendet (etwa der, wie sie Lenin Anfang des Jahrhunderts bekämpft hatte), sondern zur Bezeichnung der Gesamtheit der Formen, die der Ökonomismus annehmen kann.

des Sozialismus nicht der Initiative der Werktätigen, sondern der Akkumulation neuer Produktionsmittel und technischer Kenntnisse den Vorrang.

Der "Ökonomismus" kann unter verschiedenen, auch widersprüchlichen Formen auftreten. Je nach dem Stand der Klassenkämpfe kann er als "Rechtsabweichung" oder als "Linksabweichung" erscheinen. Die "Linksabweichung" ist dem Schein nach "links", in Wirklichkeit "rechts". Der Ökonomismus ist also eine "Rechts-Links"-Abweichung. In den Jahren 1918 und 1920 bis 1925 haben sich bestimmte oppositionelle Standpunkte innerhalb der bolschewistischen Partei aus dem "Ökonomismus" gespeist, darunter auch gewerkschaftliche Oppositionen, deren rechtsabweichlerischer Charakter besonders deutlich war (52).

Auch die Standpunkte, die Bucharin, Trotzki und Preobrashenski während des "Kriegskommunismus" vertraten, müssen zu diesen "Rechts-Links"-Auswirkungen des "Ökonomismus" gezählt werden. Sie planten einen "direkten Übergang zum Kommunismus", indem sie generell auf staatlichen Zwang zurückgreifen wollten (Militarisierung der Arbeit; von oben auferlegte Disziplin; Beschlagnahme und Verteilung landwirtschaftlicher Produkte durch den Staat); und nachdem sie den sowjetischen Staat mit einem "Arbeiterstaat" abstrakt gleichgesetzt hatten, konnten sie den staatlichen Zwang als Ausdruck "proletarischer Selbstdisziplin" definieren.

Diese Form des "Ökonomismus" sieht in der zentralisierten Leitung der Wirtschaft das "Wesen" des Kommunismus. Man kann sie als "Rechts"-Abweichung bezeichnen, weil sie die *Werktätigen Zwangsapparaten unterwirft.* Sie scheint damit im Gegensatz zu einem "Links-Ökonomismus" zu stehen, der ja mindestens implizit vertritt, die Vereinheitlichung der Arbeiterklasse und die Einheit des Proletariats mit den anderen werktätigen Klassen könne sich "spontan" vollziehen, da ja die Interessen aller Werktätigen "zusammenfallen". In Wirklichkeit aber leugnen beide Auffassungen *die entscheidende Rolle des ideologischen und politischen Klassenkampfs* und (zur erfolgreichen Führung dieses Kampfs) die Notwendigkeit einer marxistisch-leninistischen Partei, die durch eine korrekte politische Linie geführt wird. Die erste Konzeption ersetzt tendenziell die ideologische und politische Führung des Proletariats durch staatlichen Zwang (53); die zweite

52 Die gewerkschaftlichen Oppositionen forderten die Selbständigkeit ihrer Organisationen (von denen vorausgesetzt wird, daß sie die fundamentalen Interessen der Arbeiterklasse verteidigen) von der bolschewistischen Partei. Eine solche Selbständigkeit kann zur Folge haben, daß die ökonomischen Forderungen der Arbeiterklasse privilegiert werden, das heißt, daß die Arbeiterklasse in Gegensatz zu den anderen Klassen gestellt wird, deren Unterstützung unerläßlich ist, um die proletarische Revolution voranzutreiben. Eine solche Entwicklung kann die *führende Rolle* des Proletariats beeinträchtigen, das als führende Klasse bereit sein muß, im Interesse der Revolution bestimmte unmittelbare Interessen zu opfern. Solche unmittelbaren Forderungen, ja selbst Einzelinteressen von Berufsgruppen und Arbeitsbereichen zu privilegieren, ist typisch für die syndikalistischen und "Selbstverwaltungs"-Konzepte. Diese Tendenz findet man im Programm fast aller "Links"-Oppositionen innerhalb der bolschewistischen Partei von 1921 bis 1928.

ersetzt tendenziell diese Führung durch die Tätigkeit der Gewerkschaftsorganisationen. Später werden wir sehen, daß gegen Ende des "Kriegskommunismus" gewisse Bolschewiki von diesen zwei "Interpretationen des Marxismus" ausgingen und die einen sich für die *"Verstaatlichung der Gewerkschaften"*, die anderen für die *"Syndikalisierung des Staats"* aussprachen.

Nicht nur, weil der "Ökonomismus" eine immer größere Rolle in den europäischen Sektionen der III. Internationale *gespielt hat*, ist es notwendig, ihn hier so ausführlich zu behandeln, sondern auch, weil der *"Ökonomismus" in dieser oder jener Form die Arbeiterbewegung dauernd vor neue Probleme stellt.* Es ist illusorisch, anzunehmen, daß der Marxismus und die marxistischen Parteien sich seines Einflusses "vollständig und endgültig" entledigen könnten. Denn der "Ökonomismus" ist die Form der bürgerlichen Ideologie innerhalb des Marxismus und entfaltet sich beständig auf dem Boden der bürgerlichen gesellschaftlichen Verhältnisse, die nur mit den Klassen selbst verschwinden können.

Der Kampf gegen den "Ökonomismus" gehört deshalb notwendig zum Leben des Marxismus: er ist geradezu die Hauptform des ideologischen Klassenkampfs. Marx und Lenin haben diesen Kampf in ihren eigenen Schriften geführt.

Durch Lenins Kampf hatte sich die bolschewistische Partei der flachsten Formen des "Ökonomismus" entledigen können; tatsächlich blieben "ökonomistische" Tendenzen innerhalb der Partei aber noch sehr stark. Aus diesem Grund konnte Lenin oft nur mit Mühe seinen Standpunkt durchsetzen. Und daraus erklärt sich auch, daß die Art und Weise, wie die NEP durchgeführt wurde, so nachhaltig vom "Ökonomismus" gezeichnet war. Ebenso trug die Konzeption der Kollektivierung und Industrialisierung, die sich in der UdSSR durchsetzte, den Stempel des "Ökonomismus": Der Akkumulation wurde nämlich der Vorrang eingeräumt und die Technik wurde behandelt, als stünde sie "über" den Klassen.

Das alles macht jedoch nur zum Teil den historisch engen Zusammenhang verständlich, der zwischen dem ersten Versuch des sozialistischen Aufbaus und dem "Ökonomismus" besteht. Um diesen Zusammenhang besser zu verstehen, müssen zwei weitere Komplexe angesprochen werden: einmal die *gesellschaftliche Basis* des "Ökonomismus" und zweitens der *ausdrückliche Rückgriff* auf einen Gesamtkomplex "ökonomistischer" Thesen bei der Durchführung der Fünfjahrpläne.

53 Was zum Beispiel bei Preobrashenski zu der Ansicht führte, daß die Partei nicht mehr notwendig sei, wenn erst einmal die Diktatur des Proletariats "eingerichtet" sei, da die Rolle der Partei dann der Staatsapparat spielen könne (vgl. P. Broué, *Le Parti bolchevique*, Paris 1963, S. 129

b) Die gesellschaftlichen Grundlagen des "Ökonomismus"

Ohne an dieser Stelle die Frage weiter zu vertiefen, sei daran erinnert, daß der "Ökonomismus" selbst ein Produkt des Klassenkampfs innerhalb des Marxismus ist. Vergißt man das, so verfällt man dem Idealismus, so meint man, die "Ideen" würden sich aus ihrer eigenen Bewegung heraus entwickeln und losgelöst von den gesellschaftlichen Widersprüchen in die Geschichte eingreifen.

Zunächst ist daran zu erinnern, daß der "Ökonomismus" in seiner ursprünglichen Form in der II. Internationale, in der deutschen Sozialdemokratie, entstanden ist. In seiner Form als "Rechts"-Abweichung war er an die Existenz eines mächtigen politischen und gewerkschaftlichen Apparats innerhalb der sozialdemokratischen Partei geknüpft, der in die Apparate des deutschen Staats integriert war. Die Führer dieses mächtigen Apparats nährten tatsächlich die Illusion, daß durch eine kontinuierliche Verstärkung der organisatorischen Tätigkeit und Politik der Forderungen schließlich die Bedingungen zum Sturz des Kapitalismus geschaffen würden. Sie klammerten sich um so mehr an diese Illusion, als sie damit ihre eigene Stellung in der deutschen Arbeiterbewegung festigen konnten, ohne offensichtlich die Risiken einer revolutionären Tätigkeit eingehen zu müssen. So konnte eine bürgerliche Ideologie Gestalt annehmen (die sich mit einigen dem Schein nach "marxistischen" Begriffen schmückte) und einen beträchtlichen Einfluß auf die gesamte deutsche Arbeiterbewegung ausüben; und zwar in dem Maß, wie die Tätigkeit des politischen und gewerkschaftlichen Apparats dieser Bewegung einerseits und die Stärke des deutschen Imperialismus andererseits bestimmten Schichten aus der Arbeiterklasse eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zugestehen konnten. Umgekehrt fand im zaristischen Rußland, in dem die Bedingungen einer legalen Arbeiterbewegung nicht gegeben waren, der "Ökonomismus" der Menschewiki kein Echo in der russischen Arbeiterklasse, mit Ausnahme einiger "privilegierter" Schichten, wie zum Beispiel den Eisenbahnern.

In der bolschewistischen Partei selbst haben sich die Gewerkschaftsführer wiederholt als Hauptwortführer eines "Rechts-Ökonomismus" entpuppt; und nach der Oktoberrevolution begünstigte das Wachstum einer Schicht von Verwaltungsangestellten, Funktionären in der Wirtschaft, im Plan- und Finanzwesen usw. die Entwicklung neuer Formen des "Ökonomismus". Und wie man später sehen wird, zeigen sich diese neuen Formen von ihrer rechten oder "linken" Seite, je nach der Lage der Klassenkämpfe und den Merkmalen jener Schichten der Arbeiterklasse, die jeweils deren gesellschaftliche Basis abgeben.

Der "Ökonomismus", der sich so innerhalb der KPdSU entwickelte, fand wiederum Eingang in die Sektionen der Kommunistischen Internationale derjenigen Länder, in denen die Arbeiterbewegung ähnliche Entwicklungsformen annehmen konnte wie die deutsche Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg.

c) Der ausdrückliche Rückgriff auf "ökonomistische" Thesen bei der Durchführung der Fünfjahrpläne

Der ausdrückliche Rückgriff auf "ökonomistische" Thesen, der in den oben erwähnten Schriften (s. oben, S. 28 ff.) besonders systematischen Ausdruck findet, muß unter zwei Aspekten untersucht werden: einmal als Ergebnis einer tiefgreifenden Entwicklung der russischen Gesellschaft und der bolschewistischen Partei und zweitens als Auswirkung der Tatsache, daß diese Thesen zusätzlich Autorität gewinnen, weil sie Stalin vertritt.

Der erste Aspekt ist natürlich der entscheidende. Aufgrund der zahlreichen Veränderungen, die Sowjetrußland und die bolschewistische Partei von Oktober 1917 bis Anfang 1929 durchgemacht haben, konnten sich – zunächst lediglich implizit, auf der Ebene der Praxis – Auffassungen behaupten, die den Aufbau des Sozialismus mit der schnellstmöglichen Entwicklung der Produktivkräfte, an erster Stelle der Industrie, gleichsetzten (54): und ginge es auch zu Lasten des Bündnisses von Arbeiterklasse und Bauernschaft.

Es ist eine Tatsache, daß die "ökonomistischen" Thesen, wie sie sich Ende der zwanziger Jahre durchsetzten, von den verschiedenen "oppositionellen" Strömungen nicht grundsätzlich abgelehnt wurden. Nur einzelne konkrete Maßnahmen oder einzelne Komplexe politischer und administrativer Maßnahmen wurden von diesen Strömungen in Frage gestellt; nicht aber die allgemeine Orientierung, die die Grundlage für solche Maßnahmen bildete. Selbst wenn Bucharin gegen eine Industrialisierung, deren Durchführung er für übereilt hält, Einwände erhebt, will er vor den langfristig negativen *ökonomischen Folgen* warnen; da er meint, der Aufwand zu Beginn der Industrialisierung wäre überzogen, argumentiert er, ein geringerer Aufwand zu Beginn *könne schneller zu dem Typ von Industrialisierung führen, wie ihn die Fünfjahrpläne vorsahen.* Bucharin bezweifelt nicht, daß dieser Industrialisierungstyp den Erfordernissen des sozialistischen Aufbaus entspräche (gleichwohl bestreitet er, daß der Typ der Kollektivierung seit 1929 wirklich sozialistische Verhältnisse auf dem Land errichten könne).

Es ist richtig, daß die "ökonomistischen" Auffassungen, die sich mit der Durchführung der Fünfjahrpläne durchsetzten, Tendenzen entsprechen, die in der bolschewistischen Partei tief verankert waren; aber ebenso richtig ist, daß diese "ökonomistischen" Thesen durch die ausdrückliche Bestätigung Stalins ein außergewöhnliches Gewicht erhielten, da seine politischen Eingriffe mit ebenso außergewöhnlicher Autorität verbunden waren. Hier taucht ein Aspekt dessen auf, was man später die "Stalin-Frage" nannte. Wirft man diese Frage auf (die erst später, im zweiten Band dieser Arbeit,

54 Diese Gleichsetzung wurde oft mit der These Lenins verwechselt, die Lenin in ganz bestimmten historischen Situationen vertrat (zum Beispiel gegen Ende des "Kriegskommunismus"); sie besagt, daß zu *bestimmten Zeitpunkten* die Aufgabe Vorrang hat, die industrielle und die landwirtschaftliche Produktion rasch wieder in Gang zu setzen und den Austausch zwischen Stadt und Land wiederherzustellen.

im Zusammenhang mit einer umfassenden Analyse der Epoche von 1924 bis 1953 wirklich untersucht werden kann), muß man zunächst daran erinnern, daß die Positionen Lenins und Stalins zu den Fragen des ideologischen Kampfs innerhalb der Partei sehr unterschiedlich waren.

Im allgemeinen hat Lenin diesen Kampf immer an die erste Stelle gesetzt. Er hat niemals gezögert, *"gegen den Strom zu schwimmen"*, so daß er sich im Zentralkomitee mehr als einmal in der Minderheit befand, und das auch in *wesentlichen Fragen.* Das weist im übrigen daraufhin – wir werden darauf ausführlich zurückkommen –, daß es falsch ist, sich die bolschewistische Partei als eine "leninistische" vorzustellen.

Stalin hat seine führende Rolle anders verstanden. In den wesentlichen Fragen strebte er vor allem danach, die grundlegenden Tendenzen der Partei zum Ausdruck zu bringen (das gilt vor allem bis 1934); er war somit Wortführer der Partei. Die polemischen Angriffe gegen Stalin, der aufgrund seiner "Persönlichkeit" der Partei Auffassungen "aufgezwungen" habe, die ihr fremd gewesen seien, entbehren insofern jeder Grundlage. Diese Angriffe weisen auf etwas ganz anderes hin, darauf nämlich, daß Stalin mit unbeugsamer Konsequenz Maßnahmen praktisch durchgesetzt hat, die sich aus den Auffassungen ableiteten, die er mit der überwältigenden Mehrheit der Partei teilte, einschließlich derjenigen Mitglieder, die sich dieser oder jener konkreten Maßnahme widersetzten.

Außerdem verändert sich diese Partei beständig: die gesellschaftlichen Kräfte, die 1917 massiv in ihr wirken, sind nicht die gleichen wie 1929; und 1934 oder 1952 sind es wiederum andere. Diese Veränderungen selbst hängen wiederum mit der Umgestaltung der sowjetischen Gesellschaft zusammen.

Bleiben wir jedoch beim zweiten Punkt: indem Stalin sich zum Wortführer grundlegender Tendenzen in der Partei macht, verleiht er ihnen zusätzliches Gewicht, trägt er entscheidend zu deren Verstärkung bei. Das gilt insbesondre für die "ökonomistischen" Auffassungen, die seit 1929 vorherrschen.

Das zusätzliche Gewicht, das Stalin diesen Thesen verleiht, leitet sich aus seiner *besonderen Autorität* her, die aber nicht – wie manche sich das gern vorstellen – hauptsächlich mit seiner Stellung als Generalsekretär der bolschewistischen Partei zusammenhängt (denn auch diese Tatsache muß *erklärt* werden, ohne daß man auf Anekdoten über die "Persönlichkeit" Stalins zurückgreift, wie es oft der Fall ist; denn selbst, wenn sie stimmen, erklären sie rein gar nichts). Stalins Autorität war darin begründet, daß fast die gesamte Partei ihm seit Anfang 1930 ein zweifaches außergewöhnliches Verdienst zurechnete: nicht das Ziel aufgegeben zu haben, in der UdSSR den Sozialismus aufzubauen und eine Politik entworfen zu haben, die in den Augen der Partei zu diesem Ergebnis führen mußte.

Nach Lenins Tod waren die bolschewistischen Führer bis auf Stalin bereit, entweder die NEP weiterzuführen, was nichts anderes als eine Entwicklung zum Privatkapitalismus bedeutet hätte, oder einige Industrialisierungsmaßnahmen vorzuschlagen, ohne sie jedoch mit einer sozialistischen

Perspektive zu verbinden. Stalin dagegen griff eine These Lenins (55) wieder auf und betonte erneut die Möglichkeit, den Sozialismus in der UdSSR aufzubauen, unabhängig vom Sieg der proletarischen Revolution in Europa und der übrigen Welt.

Indem Stalin diesen Standpunkt bezog und eine Politik entwarf, die daraus die logischen Schlußfolgerungen ziehen sollte, wollte er der sowjetischen Arbeiterklasse neues Selbstvertrauen vermitteln; er setzte der bolschewistischen Partei ein anderes Ziel, als sich nur an der Macht zu halten und auf bessere Tage zu warten. Auf diese Weise trug er dazu bei, einen Umgestaltungsprozeß von gigantischem Ausmaß in Gang zu setzen, der die notwendigen Bedingungen zur Verteidigung der Unabhängigkeit der UdSSR und zur Verschärfung der Widersprüche im imperialistischen Lager schuf; dadurch war die Sowjetunion in der Lage, einen entscheidenden Beitrag zur Zerschlagung Hitler-Deutschlands zu leisten.

Die Politik der Industrialisierung hielt das Leuchtfeuer der Oktoberrevolution in Brand, festigte das Vertrauen der Völker in den Sieg ihrer Kämpfe und trug damit objektiv zum Erfolg der chinesischen Revolution in Asien bei.

Entgegen den Behauptungen Trotzkis stellte sich heraus, daß Stalin derjenige war, der Lenins Politik fortsetzte; es war Stalin, der verkündete, die Sowjetunion könne vorwärtsschreiten zum Sozialismus. Diese Möglichkeit hatte Lenin in zahlreichen Schriften und besonders in seinen letzten mit Nachdruck vertreten. Darin liegt eine der Quellen für Stalins Autorität, und diese Autorität übertrug sich auch auf die von ihm formulierten Thesen. Tatsächlich aber ist Stalins ungeheure Autorität, vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg, nicht nur Stalins Thesen geschuldet, sondern den Anstrengungen, dem Mut und der Aufopferung des *sowjetischen Volks.* Dank der Arbeit und dank des Heldenmuts dieses Volks wurde die Industrie der UdSSR aufgebaut und Hitlers Armee zerschlagen. Und es war Stalin, der diese Anstrengungen und Kämpfe leitete, indem er ihnen richtige Ziele setzte.

Gewiß, die Geschichte hat gezeigt, daß Stalin in Fragen, welche Wege im einzelnen einzuschlagen und welche konkreten Maßnahmen zu treffen

55 Daß Stalin Lenins These, es sei möglich, den Sozialismus in der UdSSR aufzubauen, erneut auf die Tagesordnung setzte, hat ihm innerhalb wie außerhalb der Partei unbestreitbar ein Ansehen verliehen, das kein anderes Mitglied der Parteiführung hatte (übrigens aus Gründen, die nicht alle mit der Verteidigung der Interessen des Proletariats zusammenhingen; das beweist zum Beispiel die Tatsache, daß die nationalistische Fraktion der russischen Bourgeoisie – die von den Smenovekhovtsy repräsentiert wurde – die Politik Stalins "unterstützte"). In der klarsten Form erscheint Stalins Position in seinem Artikel in der Prawda vom 20. Dezember 1924 mit dem Titel *"Der Oktober und Trotzkis Theorie der permanenten Revolution"* (vgl. Stalin, *Fragen des Leninismus,* a.a.O., S. 104 ff.). Stalin brach hier mit einer sehr viel vorsichtigeren Position, die er noch einige Monate vorher, vor allem in seinem Prawda-Artikel vom 30. April 1924 vertrat (vgl. a.a.O., S. 11 ff.), *"Über die Grundlagen des Leninismus"*, in: *Fragen des Leninismus,* Moskau 1947, S. 9 ff., s. besonders S. 38 (oder Stalin, Werke Bd. 6, S. 95)

seien, um das gesetzte Ziel zu erreichen, schwere Fehler beging; aber welcher Art diese Fehler genau waren, war nicht unmittelbar sichtbar (56). Mehr noch: in der Situation, in der sich die Sowjetunion und die bolschewistische Partei Ende der zwanziger Jahre befanden, waren die begangenen Fehler ohne Zweifel historisch unvermeidbar.

Daß diese Fehler begangen wurden und schwere politische Folgen nach sich zogen, daß vor allem die blinde Unterdrückung nicht nur Feinde des Sozialismus, sondern auch die Volksmassen und wahrhaft revolutionären Kämpfer traf, während wirkliche Feinde verschont blieben – das ist eine beispiellose Lehre für das Weltproletariat. *Damit ist letztlich sichtbar geworden, daß bestimmte Angriffsformen gegen den Kapitalismus illusorisch waren* und die Bourgeoisie in den politischen und ökonomischen Apparaten nur stärkten. Die Lehren, die Lenin aus der ähnlichen aber begrenzten Erfahrung des "Kriegskommunismus" gezogen hatte, wurden damit bestätigt.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die Sowjetunion jedoch in wenigen Jahren außergewöhnlich weitreichende Umgestaltungen durchgeführt, mit dem Privatkapitalismus und mit vorkapitalistischen Produktionsformen aufgeräumt. Diese Tatsachen verliehen dem theoretischen Gesamtkonzept, das die bolschewistische Partei vertreten und das Stalin formuliert hatte, eine beispiellose Autorität. Und in den Augen der überwältigenden Mehrheit der revolutionären Bewegungen, nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in Europa und darüberhinaus, verstärkte sich damit die "Selbstverständlichkeit" dieser Thesen.

d) Der "Ökonomismus" in den kommunistischen und Arbeiterbewegungen Europas und der neue Bruch mit dem "Ökonomismus", der durch die chinesische Kulturrevolution eingeleitet wurde

Hier erscheint ein weiterer Aspekt zur Erklärung der Rolle, die die "ökonomistische" Auffassung vom Aufbau des Sozialismus auch außerhalb der Sowjetunion gespielt hat: der "Ökonomismus", gegen den Lenin in der

56 Hier ist von Stalins Fehlern Ende der zwanziger und während der dreißiger Jahre die Rede. Heute kann man erkennen, daß diese Fehler mit bestimmten allgemeinen theoretischen und politischen Positionen zusammenhingen, die Stalin in wesentlichen Fragen, wie zum Beispiel der des Verhältnisses der Sowjetrepubliken zu den nichtrussischen Völkern (s. unten, S. 349) in Opposition zu Lenin brachte. Die Tatsache, daß Stalin seine Positionen gegen Lenins Kritik aufrechterhielt, hängt auch mit seiner Stellung innerhalb der bolschewistischen Partei zusammen. Aufgrund dieser Stellung, seiner Funktion als Generalsekretär, war Stalin dem Druck sowohl des Parteiapparats als auch dem des Staatsapparats ausgesetzt; infolgedessen tendierte er zu Maßnahmen, die am unmittelbarsten "wirksam" wurden, selbst wenn die theoretische Analyse aufzeigen konnte, daß diese unmittelbare "Wirksamkeit" ernste Gefahren für die Zukunft in sich trug (was zum Beispiel der Fall gewesen wäre, hätte Lenin nicht durchsetzen können, daß das Staatsmonopol im Außenhandel aufrechterhalten blieb, vgl. unten, S. 347 f.)

bolschewistischen Partei gekämpft hatte, war in den europäischen Sektionen der III. Internationale viel lebendiger und fester verankert als in der russischen. In Europa, genauer in Westeuropa und besonders in Deutschland und Frankreich, hatte der "Ökonomismus" schon eine lange Geschichte hinter sich, eine Geschichte, die weitgehend mit der Geschichte der sozialdemokratischen Parteien identisch ist. Das galt vor allem von dem Zeitpunkt an, als der europäische Kapitalismus in die imperialistische Phase trat. Da der "Ökonomismus" im übrigen Europa nicht im gleichen Umfang wie in Rußland bekämpft worden war, konnte die europäische revolutionäre Arbeiterbewegung begreiflicherweise die "ökonomistischen" Thesen der KPdSU als "Selbstverständlichkeiten" übernehmen.

Heute ist die "ökonomistische" Stellung zum Problem des Aufbaus des Sozialismus heftig erschüttert worden (jedenfalls in der Form, wie sie sich seit Ende der zwanziger Jahre entwickelt hatte); zumindest aus zwei Gründen:

Der erste Grund liegt außerhalb der Sowjetunion: es handelt sich um die chinesische Kulturrevolution. Was in China vor sich geht, beweist in der Tat, daß der "niedrige Entwicklungsstand der Produktivkräfte" in Wirklichkeit kein Hindernis für die sozialistische Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse ist, und nicht "notwendigerweise" zur Folge hat, daß Formen der ursprünglichen Akkumulation und die Verschärfung gesellschaftlicher Ungleichheiten usw. durchlaufen werden müssen.

Das Beispiel China zeigt, daß es nicht notwendig (ja, tatsächlich sogar gefährlich) ist, *"zuerst"* die materiellen Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft aufbauen zu wollen und die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse *auf später* zu verschieben, um sie dann mit den entwickelteren Produktivkräften in Einklang zu bringen. Das Beispiel zeigt, daß die sozialistische Umgestaltung des Überbaus die Entwicklung der Produktivkräfte *begleiten* muß, und *daß diese Umgestaltung den wirklich sozialistischen Charakter der ökonomischen Entwicklung bedingt.* Das Beispiel China zeigt auch, daß – solange sich die Umgestaltungen auf diese Weise vollziehen – die Industrialisierung im Gegensatz zur sowjetischen Entwicklung *nicht erfordert,* der Bauernschaft einen Tribut abzuverlangen, der das Bündnis der Arbeiter und Bauern ernsthaft gefährdet.

Aus einem zweiten Grund ist die "ökonomistische" Stellung zum Problem des Aufbaus des Sozialismus heftig erschüttert worden: die "Tatsachen", auf denen der "einleuchtende" Charakter der "ökonomistischen" Thesen angeblich beruhte, sind verschwunden.

Solange die Sowjetunion wirtschaftlich schwach war und nur über eine unzureichende Industrie verfügte, konnte der "Ökonomismus" die Erscheinungen in den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes, die im Widerspruch zu dem standen, was Marx, Engels und Lenin über den Sozialismus sagten, der wirtschaftlichen Schwäche der UdSSR zuschreiben; die "ökonomistischen" Konzepte nährten die Hoffnung, daß nach Überwindung dieser Schwäche die Beschränkung der Meinungsfreiheit der Volksmassen verschwinden, die Ungleichheiten der Einkommen sich ver-

ringern, die zahlreichen Privilegien einer Minderheit von Kadern und Technikern erlöschen und die Ausdehnung der Unterdrückung auf weite Bevölkerungsschichten aufhören würden. Die "negativen" Züge der sowjetischen Gesellschaft konnten so als der "Preis" erscheinen, der für den Aufbau der "materiellen Grundlagen" des Sozialismus gezahlt werden mußte, als "Übergangs"-Erscheinungen, die von selbst verschwinden würden, wenn das Ziel annähernd oder ganz erreicht wäre. Die "Tatsachen" schienen also die "ökonomistische" Problemstellung zu "rechtfertigen" und eine Analyse der sowjetischen Wirklichkeit in den Begriffen des Klassenkampfs "überflüssig" zu machen; eine solche Analyse hätte den Aufstieg einer Staatsbourgeoisie (57) enthüllen können, die sich in den Kommandostellen festsetzte und die Apparate errichtete, die sie zu ihrer Herrschaft brauchte.

Heute hat sich die Lage völlig geändert. Obwohl die Sowjetunion noch immer große wirtschaftliche Schwierigkeiten hat (58) – die gerade erklärt werden müssen –, ist sie seit langem die zweite Industriemacht der Welt und die erste in Europa geworden; in zahlreichen Bereichen der Wissenschaft und Technik ist sie führend. Überdies ist die Sowjetunion umgeben von europäischen Staaten, die an sie gebunden sind und deren wirtschaftliches Potential keineswegs zu vernachlässigen ist. Doch die Erscheinungen, die der "Ökonomismus" der "Rückständigkeit" der UdSSR zuschrieb und

57 Der Begriff der "Staatsbourgeoisie" (oder der bürokratischen Staatsbourgeoisie) kann an dieser Stelle nicht entwickelt werden. Hier nur soviel: der Begriff bezeichnet jene Agenten der gesellschaftlichen Reproduktion, die nicht die unmittelbaren Produzenten sind. Diese haben aufgrund des Systems der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und der vorherrschenden gesellschaftlichen Praxis *die tatsächliche Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und die Produkte,* die formal dem Staat gehören. Die wirtschaftliche Basis für die Existenz der Staatsbourgeoisie besteht in den Formen der Teilung und Einheit des Reproduktionsprozesses (vgl. Ch. Bettelheim, *Revolution culturelle et organisation industrielle en Chine,* a.a.O., S. 89; *China nach der Kulturrevolution: Industrielle Organisation, dezentralisierte Planung und Wertgesetz,* a.a.O., S. 123 f.); ihre wirkliche Stellung im Reproduktionsprozeß hängt vom Klassenkampf ab, der der Staatsbourgeoisie erlaubt (oder verwehrt), bestimmte Positionen in den Staatsapparaten einzunehmen und möglicherweise den Klassencharakter des Staats zu verändern. Die Vertreter der Staatsbourgeoisie sind nicht notwendigerweise "bewußte Agenten" ihrer Klasse: was sie zu Vertretern dieser Klasse macht, ist, "daß sie im Kopfe nicht über die Schranken hinauskommen", worüber diese Klasse "nicht im Leben hinauskommt"; daß "sie daher zu denselben Aufgaben und Lösungen theoretisch getrieben werden", wohin die Angehörigen dieser Klasse "das materielle Interesse und die gesellschaftliche Lage praktisch" treiben. Nach Marx ist dies in der Tat "das Verhältnis der *politischen* und *literarischen* Vertreter einer Klasse zu der Klasse, die sie vertreten". Vgl. Karl Marx, *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte,* MEW 8, S. 142)

58 Anschaulich zum Ausdruck kommen diese Schwierigkeiten im Streben der sowjetischen Führer, Kapitalhilfe, technische Hilfe und Nahrungsmittel von den Vereinigten Staaten, Japan, der Bundesrepublik Deutschland usw. zu erhalten. Die Politik der "Zusammenarbeit" mit den imperialistischen Staaten des Westens, die von den sowjetischen Führern angepriesen wird, ist ein anderer Ausdruck dieses Strebens. Aber auf diese Punkte werden wir im Dritten Band zurückkommen, wenn wir auf den sowjetischen Revisionismus eingehen.

die nur "vorübergehend" sein sollten, bestehen und entwickeln sich weiter, anstatt zu verschwinden. Die Privilegien, die in der Vergangenheit entstanden und als von den Bedingungen des Augenblicks, den Erfordernissen der Akkumulation, "aufgezwungen" angesehen wurden, sind heute offiziell Bestandteil des Systems der gesellschaftlichen Verhältnisse; und man gibt vor, innerhalb dieses Systems die "materiellen Grundlagen des Kommunismus aufzubauen". Die KPdSU denkt überhaupt nicht daran, dieses System infragezustellen; im Gegenteil, sie verstärkt es. Es geht ihr nicht darum, den sowjetischen Werktätigen die kollektive Kontrolle über die Anwendung der Produktionsmittel und die Nutzung der laufenden Produktion oder die Kontrolle über die Tätigkeit der KPdSU und ihrer Mitglieder einzuräumen. Die Fabriken werden von Direktoren geleitet, die nur in einem Befehlsverhältnis zu "ihren" Arbeitern stehen und die nur ihren Vorgesetzten verantwortlich sind. Die landwirtschaftlichen Betriebe werden unter mehr oder weniger gleichen Bedingungen geführt. Ganz allgemein haben die unmittelbaren Produzenten nicht das Recht, das Wort zu ergreifen oder vielmehr wird es ihnen nur dann erteilt, wenn sie, dem Ritual entsprechend, Entscheidungen und "Vorschlägen" zustimmen sollen, die ohne sie auf den "höheren Ebenen" des Staats und der Partei ausgearbeitet wurden.

Die Führungsmethoden in den sowjetischen Betrieben (59) werden zunehmend denen der "fortgeschrittenen" kapitalistischen Länder angeglichen und manche sowjetische "Manager" lassen sich in den Verwaltungsschulen (den "business schools") der Vereinigten Staaten und Japans ausbilden. Was eigentlich gesellschaftliche Verhältnisse mit immer deutlicher sozialistischem Charakter hervorbringen sollte, hat im Grunde kapitalistische Verhältnisse hervorgebracht, so daß unter dem Deckmantel von "Wirtschaftsplänen" in Wirklichkeit die Gesetze kapitalistischer Akkumulation, also des Profits, die Anwendung der Produktionsmittel bestimmen.

Die Produzenten bleiben Lohnabhängige und arbeiten an der Verwertung der Produktionsmittel. Die Produktionsmittel funktionieren als gemeinsames Kapital einer Klasse (im Unterschied zum individuellen Kapital des "klassischen" Kapitalismus), das von einer Staatsbourgeoisie verwaltet wird. Diese Bourgeoisie bildet (wie jede Kapitalistenklasse) das Korps der "Funktionäre des Kapitals", wie Marx die Kapitalistenklasse charakterisiert. Die herrschende Partei hat den sowjetischen Werktätigen nur die unbegrenzte

59 Die Führung der sowjetischen Betriebe beruht auf zwei Grundprinzipien: Leitung durch einen einzigen Direktor, der den höheren Instanzen verantwortlich ist und "Finanzautonomie", die den Betrieb auf Profitstreben hin orientiert. Als diese zwei Grundsätze 1918 und 1921 eingeführt wurden, hatte Lenin betont, daß sie einen vorläufigen "Rückzug" bedeuteten, der von den Umständen der Zeit aufgezwungen sei; die Anwendung dieser Grundsätze bedeute nichts anderes als die Einführung kapitalistischer Verhältnisse in den staatlichen Sektor. Im Zusammenhang mit der "Finanzautonomie" weist Lenin darauf hin, daß damit die Betriebe weitgehend auf eine "kapitalistische Geschäftsgrundlage" gestellt würden (vgl. LW 33, S. 169 f.). Seit 1965 wurden die Finanzautonomie der Betriebe und das Streben nach Rentabilität noch beträchtlich erweitert.

Verlängerung dieses gesellschaftlichen Verhältnisses anzubieten. Sie ist praktisch die Partei der "Funktionäre des Kapitals" und handelt als solche auf nationaler wie auf internationaler Ebene.

Die Hoffnungen, die man in die Festigung (ganz zu schweigen von einer Erweiterung) der Errungenschaften der proletarischen Revolution in der Sowjetunion setzen konnte, haben sich nicht erfüllt; das hat die Geschichte selbst erwiesen und ist denen klar, die den Tatsachen ins Auge sehen. Warum sind diese Hoffnungen enttäuscht worden? Diese Frage gilt es heute zu klären, um zu begreifen, was aus der Sowjetunion geworden ist und durch welche Veränderungen es dahin kommen konnte. Das sind zwei Ziele, die ich mir in dieser Arbeit gesteckt habe, zwei Aufgaben, deren Beantwortung mir aus mehreren Gründen notwendig zu sein scheint.

II. Die Notwendigkeit, den Charakter und die Entstehungsbedingungen der gesellschaftlichen Verhältnisse zu bestimmen, die heute in der UdSSR herrschen.

Der erste Grund: es gibt noch viele, die den Tatsachen nicht ins Auge sehen wollen. Sie setzen weiterhin die Sowjetunion mit dem Sozialismus gleich. Und das lastet schwer auf den Kämpfen der Arbeiterklasse, vor allem in den industrialisierten Ländern; in der Tat erscheint den Werktätigen dieser Länder das Schicksal der sowjetischen Arbeiter nicht beneidenswert; und das gilt selbst für die, die am kämpferischsten und zutiefst von der Notwendigkeit überzeugt sind, daß der Kapitalismus weggefegt werden muß. Und es wird daher befürchtet, daß die Alternative zum Kapitalismus in Gestalt der Sowjetunion in Wirklichkeit gar keine ist. Daher geben sich die Führer der kommunistischen Parteien im Westen alle Mühe, den Werktätigen ihrer Länder zu versichern, daß der "Sozialismus", den sie aufbauen wollen, sich "unterscheiden" werde von dem, der ihrer Meinung nach in der Sowjetunion besteht; gleichzeitig geben sie aber auch heute noch die Sowjetunion als "Vaterland des Sozialismus" aus. Fragen zum "wie" und "warum" solcher Unterschiede werden nur sehr kurz beantwortet. Solche Erklärungen beziehen sich dann im besten Fall auf eine sogenannte "Psychologie der Völker" vom Schlage "die Franzosen sind nicht die Russen". Erklärungen dieser Art haben absolut nichts mit einer politischen Analyse zu tun. Sie können denn auch nur diejenigen überzeugen, die überzeugt werden wollen; für die andern hat die Gleichung "UdSSR = Sozialismus" eine abschreckende Wirkung (60).

Aus einem zweiten Grund ist es von äußerster Wichtigkeit, zu verstehen, warum die Sowjetunion das geworden ist, was sie heute ist und dafür eine

60 Die sowjetischen Führer bemühen sich verständlicherweise sehr, ihre Politik und die Realitäten in ihrem Land vor jeder Kritik zu schützen, indem sie die Gleichung aufstellen: *Anti-Sowjetismus* (lies: Analyse der sowjetischen Realität oder der Auswirkungen der internationalen Politik der UdSSR) = *Anti-Kommunismus.*

Erklärung zu finden, die sich nicht nur an den "russischen" Aspekt der sowjetischen Geschichte klammert (61). Dieses "warum" hängt nämlich eng mit dem "offiziellen Marxismus" der "kommunistischen" Parteien zusammen, die Sozialismus und Sowjetunion gleichsetzen, diesem "Marxismus", der noch schwer am "ökonomistischen" Erbe der II. Internationale trägt.

Ein wesentlicher Aspekt des ideologischen Kampfs um den Sozialismus besteht immer im Kampf gegen den "Ökonomismus" (sei es in seiner rechten oder "linken" Form). Und gerade wenn man analysiert, warum die Sowjetunion das geworden ist, was sie heute darstellt – nämlich ein kapitalistischer Staat besonderen Typs –, sieht man sehr klar, wie der "Ökonomismus" die *bürgerlichen gesellschaftlichen Kräfte,* die auf diese Entwicklung hingearbeitet haben, *unterstützt hat:* der "Ökonomismus" hat die revolutionären Kämpfer desorientiert und die sowjetischen Werktätigen ideologisch entwaffnet.

Die Analyse der Umwälzungen in der Sowjetunion und der Kämpfe, durch die hindurch sich diese Umwälzungen vollzogen, ist daher in höchstem Grad *aktuell.* Bei diesen Kämpfen geht es nämlich um genau die Anschauungen, die auch heute noch in der Arbeiterbewegung der Industrieländer massiv vorherrschen (in ihrer "umgekehrten" Form, das heißt, in den verschiedenen Arten des "Linksradikalismus", sind diese Auffassungen auch oft in den schwach industrialisierten Ländern anzutreffen) (62). Analysiert man anhand der exemplarischen Erfahrung der Sowjetunion so konkret wie möglich die Fehler, die auf diese Anschauungen zurückgehen, kann man "am negativen Beispiel lernen" und damit denen, die für den Sozialismus kämpfen wollen, helfen, sich von diesen Anschauungen freizumachen.

Die Analyse der sowjetischen Vergangenheit und Gegenwart ist für die Mitglieder und Sympathisanten revisionistischer Parteien von ganz besonderer Bedeutung. In der Tat führt ihr Unvermögen, die Vorgänge in der Sowjetunion von gestern und damit auch die von heute zu verstehen, dazu, sie ideologisch zu "lähmen". Diese "Lähmung" drückt sich darin aus, daß sie Leerformen wie die vom "Personenkult" benutzen oder sich in gewisser Hinsicht von der Sowjetunion distanzieren; dabei aber ihre Treue zum "Vaterland des Sozialismus" um so lauter beschwören.

Solche Formeln und Haltungen sind Zeugnis für eine ideologische Krise, die tiefer geht, als es den Anschein hat; sie kann zu Überlegungen führen, die schließlich die reformistische und revisionistische Praxis in Frage stellen. Diese Überlegungen müssen von der sowjetischen Vergangenheit und Gegenwart ausgehen, sie genau verarbeiten und verstehen. Leistet man diese

61 Das heißt nicht, daß die sowjetische Gesellschaft überhaupt keine Züge der zaristischen Gesellschaft aufweist, aus der sie entstanden ist. In dem Maß, wie die Arbeit der Revolution nicht vertieft wurde, sind *zahlreiche gesellschaftliche Veränderungen, die das alte Rußland kennzeichneten, nicht mehr zerschlagen worden;* daher auch die erstaunlichen Ähnlichkeiten zwischen dem heutigen und dem "Heiligen Rußland".

62 Die revolutionären Bewegungen, die sich auf den "Guevarismus" berufen, sind ein Beispiel für diese Art "Linksradikalismus".

Anstrengung nicht, bleibt man mehr oder weniger Gefangener von Schablonen, die den Blick auf die wirkliche Geschichte verstellen. Die revisionistischen Führer haben sichtlich Angst vor solchen Überlegungen; auch von daher sind die *beschwörenden Formeln über den Antisowjetismus* zu erklären, die bei jedem Ansatz einer *kritischen Betrachtung* über die konkrete Geschichte der UdSSR ertönen. Diese Formeln sind nichts anderes als der Versuch, den Mitgliedern und Sympathisanten der revisionistischen Parteien zu verbieten, wesentliche Fragen zu stellen, Fragen, die dazu führen können, daß die proletarischen Kämpfe und die Volkskämpfe auf etwas anderes hinauslaufen als auf das Dreigespann: auf Wahlen fixierter Reformismus, von jeder politischen Organisation angeblich unabhängige gewerkschaftliche Kämpfe und auf Spontaneismus.

Selbstverständlich ist die Analyse der sowjetischen Realität, ihrer Vergangenheit und ihrer Gegenwart, nur *ein* Faktor, der die ideologische Klärung vorwärtstreiben und indirekt dazu beitragen kann, daß die Arbeiterbewegung und insbesondre der in weiten Teilen der Welt vorherrschende verknöcherte "Marxismus" den Kreis sprengt, in dem er eingeschlossen scheint. Aber glücklicherweise gibt es noch weitere Faktoren.

Die Verschärfung der Krise des Kapitalismus ist einer dieser Faktoren, und zwar auf wirtschaftlicher Ebene (die Krise nahm zuerst die Form einer weitreichenden internationalen Währungskrise an), auf ideologischer Ebene (die Weigerung bedeutender Teile der Bevölkerung, besonders der Arbeiterjugend, der Studenten und Frauen, sich den kapitalistischen Formen der Unterdrückung zu fügen) und auf politischer Ebene (der Aufschwung der nationalen und revolutionären Kämpfe in einer ganzen Reihe schwach entwickelter Länder).

Ein weiterer Faktor für das Wiederaufleben der Volkskämpfe und für ihre Orientierung sind die positiven Lehren, die angesichts des Scheiterns in der Sowjetunion aus dem Aufbau des Sozialismus in China gezogen werden können. Die lebendige Erfahrung, das heißt, der Kampf der Massen, die von einer wirklich marxistisch-leninistischen Partei geführt werden, hat hier gezeigt, wie die Probleme der sozialistischen Umwälzung gesellschaftlicher Verhältnisse gelöst werden können. Der Marxismus-Leninismus hat damit neue Kraft gefunden und *eine Reihe von Fragen geklärt, die nur durch die gesellschaftliche Praxis gelöst werden konnten.* Wie schon erwähnt, ist es dadurch heute möglich geworden, den Charakter der Veränderungen in der Sowjetunion besser zu erfassen.

Genauer gesagt: wenn man die "ökonomistische" Problemstellung verwirft, kann man die Sowjetunion, wie sie sich heute darstellt, als Ergebnis eines Prozesses von Klassenkämpfen verstehen, eines Prozesses, den die bolschewistische Partei schlecht und schließlich immer schlechter gemeistert hat. Und zwar deshalb, weil sie unfähig war, die Volksmassen zusammenzuschließen und zu jedem Zeitpunkt richtig zu unterscheiden zwischen Kräften, die die proletarische Revolution unterstützen, solchen, die neutralisiert werden konnten und denen, die unvermeidbar ihre Feinde waren.

In den Klassenkämpfen, die sich in Rußland und in der Sowjetunion abgespielt haben, hat das Proletariat schwere Niederlagen hinnehmen müssen. Aber der Kampf des Proletariats und der Bauernschaft – über dessen Dauer und weiteren Verlauf zu spekulieren müßig wäre – geht weiter, und er wird mit Notwendigkeit dazu führen, daß die Werktätigen der Sowjetrepubliken ihre Macht wiedererrichten und den Aufbau des Sozialismus wieder aufnehmen.

Januar 1974

EINLEITUNG ZUM ERSTEN BAND: 1919–1923

Dieser Band analysiert die wichtigsten Aspekte und Auswirkungen des Klassenkampfs während der ersten Jahre der Sowjetmacht bis zu Lenins Tod. Wie man sieht, ist die Gliederung des Bands nicht chronologisch; es geht darum, jene Umwälzungen darzulegen, die sich in dieser Zeit in den Klassenverhältnissen, in den wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Verhältnissen vollziehen. Die verschiedenen Veränderungen ihrerseits werden in ihrem historischen Ablauf analysiert, wodurch es oft notwendig wird, auf die verschiedenen Etappen Bezug zu nehmen, die die sowjetische Revolution in diesen Jahren durchlaufen hat. Bedeutung und Tragweite dieser Etappen können jedoch erst am Ende der Gesamtanalyse (im Fünften Teil dieses Bands) diskutiert werden. Daher ist es nützlich, hier rasch die wichtigsten Abschnitte der untersuchten Periode in Erinnerung zu rufen.

Die erste Phase der siegreichen sowjetischen Revolution ist die Etappe der Errichtung der proletarischen Macht und der damit verbundenen ersten ökonomischen und politischen Umwälzungen. Diese Phase erstreckt sich über die Monate zwischen dem Oktoberaufstand 1917 und dem Beginn der weißgardistischen Aufstände (Ende Mai 1918). Während dieser wenigen Monate versucht die Sowjetmacht, die ökonomische Macht der Bourgeoisie, die sie durch das Eigentum an den wichtigsten Produktions- und Zirkulationsmitteln innehat, zu brechen, indem sie die großen Industrieunternehmen, die Bergwerke, die Banken usw. nationalisiert, die gesamte Volkswirtschaft der Kontrolle der Arbeiterklasse unterstellt, dabei aber vermeidet, Nationalisierungen in großem Umfang vorzunehmen. Lenin hat diese Politik als eine Politik des "Staatskapitalismus" (63) bezeichnet, der später ein "zweiter Schritt zum Sozialismus" folgen müsse, durch den es möglich werde, "zur Regulierung der Produktion durch die Arbeiter über(zu)gehen" (64). Es scheint nicht so, als sollte während der ersten Monate des Jahres 1918 dieser zweite Schritt rasch vollzogen werden; dies aus einer Reihe von Gründen. Einige rühren aus dem mangelhaften Funktionieren der Sowjets (65) her, andere aus der in der bolschewistischen Partei allgemein geteilten Ansicht, daß Rußlands Fortschritt zum Sozialismus nur mit dem Aufschwung der proletarischen Revolution im übrigen Europa beschleunigt werden könne (66).

63 Im Fünften Teil dieses Bands findet man eine Analyse der verschiedenen Auffassungen des "Staatskapitalismus", des "Kriegskommunismus" und der NEP

64 vgl. Lenin, *Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht* , in: LW 27, S. 245 . (geschrieben im März/April 1918)

65 Auf dem VII. Parteitag der bolschewistischen Partei (März 1918) erklärte Lenin, daß ein Staat neuen Typs, "ohne Bürokratie, ohne Polizei und ohne stehendes Heer" aufgebaut werden müsse; und er fügt hinzu, "in Rußland ist das eben erst begonnen und schlecht begonnen worden". (LW 27, S. 120)

66 Die anfängliche Schwäche der bolschewistischen Partei, die die Macht unter dem Druck sich rasch verschärfender Klassenwidersprüche übernahm, veranlaßte

In der Tat führen die weißgardistischen Aufstände und die Interventionen der imperialistischen Armeen zu einer ökonomischen und politischen Praxis, die sehr verschieden ist von derjenigen, die zunächst ins Auge gefaßt worden war. Diese Praxis, die den staatlichen Apparaten und dem staatlichen Zwang, vor allem in der Form der Beschlagnahme der landwirtschaftlichen Produkte, eine vorherrschende Rolle einräumt, charakterisiert den "Kriegskommunismus". Er dauert vom Juni 1918 bis zum März 1921.

Am Ende dieser Periode des Bürgerkriegs und der ausländischen Intervention ist Rußland verwüstet; es befindet sich am Rand der Hungersnot. Die Praktiken des "Kriegskommunismus" scheinen zur Behebung der Situation nicht geeignet zu sein. Unter diesen Umständen wird eine neue ökonomische Politik (oder NEP) beschlossen. Diese Politik erscheint zunächst als Rückkehr zur Politik des "Staatskapitalismus" vom Winter 1917/18. Die NEP wird in ihrer Konzeption bis zu ihrer Aufhebung 1929 mehrere Male verändert. Eines ihrer Hauptelemente ist die Wiederherstellung des freien Handels für Agrarprodukte und der Verzicht auf Requisitionen.

Wenn dieser erste Band sich im wesentlichen mit der Analyse der Umwälzungen befaßt, die sich vor Lenins Tod vollzogen, so deshalb, weil Lenins Tod mit dem eigentlichen Übergang der russischen Revolution von einer Phase in eine andere zusammenfällt. Mit dem Ende der militärischen Operationen erfolgt die Wiederherstellung der Produktion, wobei sich gleichzeitig ein aktives Industrieproletariat und innerhalb der Bauernschaft eine wachsende soziale Differenzierung herausbilden. Diese neue Phase unterscheidet sich deutlich von den ersten Jahren der Sowjetmacht; ihre besonderen Merkmale erfordern eine gesonderte Analyse. Deshalb werden in diesem Band die tatsächlichen Folgen der NEP nicht untersucht; hier werden lediglich die unterschiedlichen Auffassungen der bolschewistischen Führer über die NEP diskutiert; denn diese Auffassungen sind Ausdruck tiefer Meinungsverschiedenheiten über die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus.

Die folgende Analyse der sozialen und politischen Veränderungen stützt sich auf Dokumente aus der damaligen Zeit (Untersuchungen, Statistiken, Rechenschaftsberichte der Parteitage und Kongresse usw.), auf die Arbeiten russischer und ausländischer Historiker und Ökonomen, aber auch und in großem Umfang auf zahlreiche Schriften Lenins. Diese Texte haben in der Tat einen außergewöhnlichen Stellenwert. Sie legen nicht nur die Richtlinien dar, die Lenin der sowjetischen Politik zu geben versucht; viele von ihnen liefern eine klare und ungeschminkte *Analyse* der Situation und eine *kritische Bewertung* der in der Vergangenheit befolgten Politik (67). Vor

Lenin eine Zeitlang zu der Annahme, daß es für die Bolschewiki vor allem darauf ankäme, "auszuhalten", bis sich die Revolution auch auf das übrige Europa ausdehnt und damit die revolutionäre Bewegung in Rußland verstärkt. Als sich klar zeigte, daß die Sowjetmacht fähig war, sich länger zu halten als die Pariser Kommune, wurde diese Tatsache von Lenin und seinen Kampfgenossen daher als ein ungeheurer Erfolg gewertet.

67 Lenin besteht immer wieder darauf, daß eine revolutionäre Partei solche Analysen und Kritiken unbedingt vornehmen muß, da sie für die Partei wesent-

allem auf diese Texte werden wir uns beziehen; sie sind außerordentlich lehrreich. Diejenigen Texte, die die politischen Richtlinien festlegen, sind es natürlich auch, aber aus anderen Gründen: sie machen die politischen Schlußfolgerungen deutlich, die Lenin aus einer bestimmten Analyse zieht; aber man muß sich davor hüten, diese Schlußfolgerungen und die von Lenin vorgeschlagenen Maßnahmen mit den wirklichen Veränderungen oder gar mit der wirklichen Politik des Sowjetstaats und der bolschewistischen Partei zu verwechseln. Die Umsetzung der Richtlinien Lenins in die Praxis stößt in der Tat oft auf beträchtliche Widerstände, sei es, daß der objektive Prozeß der Klassenkämpfe und die realen Klassenkräfte andere als die angestrebten Veränderungen herbeiführen, sei es, daß die Parteiapparate und die staatlichen Apparate die ausgegebenen Richtlinien nur unzulänglich befolgen (was im allgemeinen auch eine Auswirkung des Klassenkampfs ist).

Im Ersten Teil dieses Bands werden die Grundzüge jener revolutionären Massenbewegung untersucht, die sich vom Winter 1917 an entfaltete und die unter anderem zur Errichtung der Sowjetmacht im Oktober desselben Jahrs führte. Der Doppelcharakter dieser Bewegung, ihr proletarischer Charakter in den Städten und ihr demokratischer Charakter auf dem Land, wird analysiert und zu den Grundzügen des Systems der Diktatur des Proletariats, das sich nach der Oktoberrevolution herausbildet, in Beziehung gesetzt. Die spezifische Rolle, die die bolschewistische Partei in der revolutionären Bewegung und in den neuen politischen Verhältnissen spielt, wird dabei besonders untersucht.

Im Zweiten Teil werden die Umwälzungen analysiert, die sich zwischen 1917 und 1922 in den Klassenverhältnissen vollziehen; während im Dritten Teil versucht wird, die Veränderungen darzulegen, die die wichtigsten Apparate der Diktatur des Proletariats im Lauf dieser Phase durchmachen. Im Vierten Teil werden die ideologischen und politischen Kämpfe dargestellt, die die verschiedenen Tendenzen innerhalb der bolschewistischen Partei einander liefern. Darüberhinaus werden diese Kämpfe mit der allgemeinen Bewegung der Klassenwidersprüche in Zusammenhang gebracht sowie mit den Veränderungen der ökonomischen Situation und der internationalen Lage. Schließlich wird im Fünften Teil versucht, die "Bilanz" dieser Periode zu ziehen und die tatsächliche Tragweite und die wirkliche Kraft der bis dahin vollzogenen Veränderungen zu beurteilen, um die Hauptaufgaben herauszustellen, vor die die bolschewistische Partei nach Lenins Tod gestellt ist.

> liche Mittel sind, den Massen zu helfen, von den Verhältnissen ein klares Bild zu bekommen. So erklärt Lenin, wenn er zum Beispiel höhere Löhne für die ehemaligen Ingenieure und Fabrikdirektoren vorschlägt: "Den Massen verheimlichen, daß die Heranziehung bürgerlicher Spezialisten durch außerordentlich hohe Gehälter eine Abweichung von den Prinzipien der Kommune ist, würde bedeuten, auf das Niveau bürgerlicher Politikaster hinabsinken und die Massen betrügen. Offen erklären, wie und warum wir den Schritt zurück gemacht haben, dann öffentlich beraten, welche Mittel vorhanden sind, das Versäumte nachzuholen – das bedeutet, die Massen erziehen und zusammen mit ihnen aus der Erfahrung lernen, wie man den Sozialismus aufbauen muß." (LW 27, S. 239 f.)

Ganz allgemein hat die folgende Analyse die Absicht, mit einer bestimmten Auffassung der Geschichte der sowjetischen Revolution zu brechen, mit einer Auffassung, die aus dieser Geschichte ein "Produkt" der Beschlüsse und "Entscheidungen" der bolschewistischen Partei zu machen scheint, und die sich die Partei als Demiurgen* vorstellt, der für alle Erfolge oder Mißerfolge der russischen Revolution verantwortlich sei. Obwohl diese Art der Geschichtsbetrachtung einen vollständigen Bruch mit der wirklichen Bewegung bedeutet – und mit dem historischen Materialismus, der diese Bewegung erfassen kann –, hat sie schon früh, seit Beginn der dreißiger Jahre, die Arbeit der meisten sowjetischen Historiker geprägt. Sie verleitet die Historiker zu einer apologetischen Sicht, in der die Erfolge der russischen Revolution als Werk der bolschewistischen Partei und sogar Lenins und nach ihm Stalins persönlich erscheinen. Damit gerät das Wesentliche der historischen Bewegung aus dem Blick: die Entwicklung und die Verlagerung der Widersprüche, in erster Linie der Klassenwidersprüche.

Gerade diese Bewegung versucht dieses Buch zu erfassen: nicht immer mit Erfolg. Denn sie ist außerordentlich komplex und zudem sehr selten so analysiert worden, wie das angemessen wäre, nämlich als *objektiver Prozeß.*

Bricht man – oder versucht man es zumindest – mit einer "subjektivistischen" Auffassung der russischen Revolution und der späteren Umwälzungen in der sowjetischen Gesellschaft, wird man gezwungen, einzusehen, daß das, was man analysiert, nicht Resultat des "Willens" oder der "Absichten" der bolschewistischen Partei oder des russischen Proletariats ist. Man wird gezwungen, einzusehen, daß die russische Revolution und die späteren Umwälzungen Ergebnis eines *objektiven Prozesses von Kämpfen gesellschaftlicher Kräfte* (die sich in diesem Prozeß selbst verändern) und Ergebnis der Eingriffe ihrer ideologischen und politischen Vertreter sind.

Davon ausgehend muß man die Analyse auf die gesellschaftlichen Klassen richten, auf die Verhältnisse, in denen sie befangen sind, auf ihre Kämpfe und auf die politischen, ideologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Kämpfe. In Übereinstimmung mit der Wirklichkeit muß man zugeben, daß die Veränderungen, die aus diesen Kämpfen hervorgegangen sind, nur zum Teil vorhergesehen oder "gewollt" waren.

Daß die Tätigkeit der bolschewistischen Partei Realität war, wird keineswegs durch eine solche Analyse bestritten. Aber sie zwingt dazu, dieser Tätigkeit einen anderen Stellenwert zuzuweisen, als wenn man die Partei als "Subjekt der Geschichte" einsetzt. Eine solche Analyse zwingt zu der Einsicht, daß die bolschewistische Partei – wie jede revolutionäre, mit den Massen verbundene proletarische Partei – an der historischen Bewegung *mitwirkt, sie* aber *nicht bestimmt.*

Das Mitwirken der revolutionären Partei an der historischen Bewegung ermöglicht ihr, unter bestimmten Bedingungen *aktiv* auf den Verlauf dieser Bewegung *Einfluß zu nehmen* und zu erreichen, daß Ver-

*) Weltenschöpfer

änderungen, die diese Bewegung potentiell in sich trägt, wirklich eintreten. Eine solche Tätigkeit stellt einen Eingriff der revolutionären Partei in den historischen Prozeß dar, an dem sie teilhat. Dieser Eingriff kann verschiedene Formen annehmen, aber er ist nur *"wirksam"* (bringt die *angestrebten Wirkungen* hervor) in dem Maß, wie die revolutionäre Partei sich korrekt innerhalb der Widersprüche orientiert und wie sie den Volksmassen hilft, auf die Widersprüche einzuwirken, und zwar auf der Grundlage einer hinreichend richtigen politischen Linie, die von der realen Bewegung ausgeht und den ihr innewohnenden Möglichkeiten Rechnung trägt.

Die Bedingungen eines wirksamen Eingriffs der revolutionären Partei in den historischen Prozeß sind starken Veränderungen unterworfen; doch nur wenn die Partei diese Bedingungen erfaßt, spielt sie wirklich eine *führende Rolle.* Eine solche Rolle hat die bolschewistische Partei in der Oktoberrevolution 1917 und in einer bestimmten Anzahl weiterer Fälle tatsächlich gespielt, so daß ihr Handeln von *ausschlaggebender historischer Tragweite* war. Aber selbst wenn dies der Fall war, hat doch der objektive Prozeß die Umwälzungen bestimmt; auch wenn das Eingreifen der Partei vorherrschendes Element in diesem Prozeß war.

Die führende Rolle der bolschewistischen Partei ergibt sich aus bestimmten Umständen: wie die Partei in die historische Bewegung einbezogen ist, welches Verhältnis sie zu den gesellschaftlichen Kräften hat, deren Handeln ausschlaggebend ist, wie weit sie fähig ist, diese Kräfte auf der Grundlage einer marxistischen Analyse der Widersprüche zu führen. Diese führende Rolle wird in dem Augenblick der revolutionären Umwälzung, die die Oktoberrevolution von 1917 nach sich zieht, schlagartig klar; sie zeigt sich auch, wenn auch nicht so unmittelbar, in der täglichen Parteiarbeit. Darin besteht die grundlegende Arbeit einer revolutionären Partei: den Massen helfen, sich zu organisieren, durch eigene Praxis das Bewußtsein ihrer Handlungsfähigkeit zu verändern und darüberhinaus jene Formen zu finden, die ihre Aktion annehmen muß. Hierin liegt die entscheidende Hauptaufgabe der führenden Rolle der Partei. Mao Tse-tung kennzeichnet diese Rolle mit bemerkenswerter Genauigkeit, wenn er schreibt:

> "Unter der führenden Rolle ist hier durchaus keine Losung zu verstehen, die von früh bis spät ausposaunt werden muß. Die führende Rolle bedeutet ebensowenig, daß man schroff und arrogant von den anderen fordert, sie sollten gehorchen. Sie bedeutet, daß wir die Nichtkommunisten durch die Verwirklichung einer richtigen Politik der Partei und durch unsere eigene vorbildliche Arbeit überzeugen und erziehen müssen, so daß sie selbst gern unsere Vorschläge annehmen." (68)

Jedes Mal, wenn die notwendigen Bedingungen für ein wirksames Eingreifen der bolschewistischen Partei nicht gegeben waren – weil sie die

68 Mao Tse-tung, *Die Frage der politischen Macht in den Stützpunktgebieten des Widerstands gegen die japanische Aggression,* in: Mao Tse-tung, Ausgewählte Werke, Bd. II, Peking 1968, S. 494

Widersprüche nicht korrekt analysierte, keine zureichend richtige Linie ausarbeitete, den nicht-autoritären Führungsstil nicht durchhielt, und weil sich infolgedessen ihre Beziehungen zu den Massen verschlechterten (was während des "Kriegskommunismus" häufig vorkam) – immer dann entwickelte sich der objektive historische Prozeß, ohne daß die Partei seinen Verlauf positiv beeinflußte. Infolgedessen erbrachten die getroffenen Entscheidungen nicht die erwarteten Resultate. Genau aus diesem Grund muß in erster Linie die Beurteilung des objektiven Prozesses des Klassenkampfs der Analyse unterzogen werden. Die politische Linie der Partei, die Maßnahmen, die sie ergreift, und die Kämpfe, die sich innerhalb der Partei entwickeln, müssen im Hinblick auf den Verlauf dieses Prozesses geprüft werden. Die folgenden Seiten sind der Versuch, eine Analyse dieser Art zu entwickeln.

ERSTER TEIL

DIE OKTOBERREVOLUTION UND DIE ERRICHTUNG DER SOWJETMACHT

Die russische Bourgeoisie und die Grundbesitzer haben am 25. Oktober 1917 (1) die Macht verloren. An diesem Tag traten die bewaffneten Arbeiter, die Soldaten und Matrosen von Petrograd und Kronstadt – die aufständischen Kräfte der von der bolschewistischen Partei geführten Revolution – in Aktion. In wenigen Stunden fallen alle wichtigen öffentlichen Gebäude der Hauptstadt in die Hände der revolutionären Kräfte. Am frühen Morgen des 26. Oktober wird auch das Winterpalais besetzt, der Sitz der provisorischen Regierung Kerenskis. Die Minister, die dort tagen, werden verhaftet.

Im Lauf des 25. Oktober bestätigt der Petrograder Sowjet die Absetzung der provisorischen Regierung. Diese Absetzung war am Morgen durch das revolutionäre Militärkomitee dekretiert worden. Am Abend des 25. Oktober tritt der II. Gesamtrussische Sowjetkongreß zusammen. Die Bolschewiki haben darin die Mehrheit. In der Nacht vom 25. zum 26. bestätigt der Kongreß (aus dem sich die meisten Menschewiki und Sozialrevolutionäre zurückgezogen haben) (2) seinerseits den Sturz der provisorischen Regierung. Er erklärt die Vollmachten des früheren Zentralexekutivkomitees der Sowjets für erloschen und nimmt selbst die Macht in die Hand. In den folgenden Stunden beschließt der II. Gesamtrussische Sowjetkongreß die Bildung einer provisorischen Arbeiter- und Bauernregierung, die den Namen Rat der

1 Bis zum Februar 1918 (nach dem in Westeuropa gültigen Kalender) hatte Rußland einen eigenen, den Julianischen Kalender. Alle Daten in der Periode zwischen dem 7. November 1917 (d.h. dem 25. Oktober 1917 nach dem Julianischen Kalender) und dem 13. Februar 1918 (31. Januar 1918) sind Daten des alten Kalenders; vom 14. Februar des westeuropäischen Kalenders an werden hier die Daten dieses Kalenders gebraucht.

2 Die Menschewiki berufen sich wie die Bolschewiki auf den Marxismus; aber sie weigern sich, die Möglichkeit einer proletarischen Revolution in Rußland anzuerkennen. Sie sind also für eine bürgerliche Regierung. Die Sozialrevolutionäre stellen die wichtigste Strömung einer politischen Tendenz dar, die beansprucht, alle "Werktätigen" formal unter der Führung der "Bauernschaft" zu vereinigen, die aber in Wirklichkeit die Macht der Bourgeoisie überläßt. Diese *Trudoviki* ("Anhänger der Werktätigen") sind sogar bereit, eine "konstitutionelle Monarchie" zu akzeptieren. Lenin schrieb 1906: "Der typische *Trudovik,* das ist der bewußte Bauer (...), (er)verwendet seine Hauptkraft auf den Kampf mit den Grundbesitzern um Grund und Boden, auf den Kampf mit dem fronherrschaftlichen Staat um Demokratie. Sein Ideal ist die Beseitigung der Ausbeutung; nur stellt er sich dies kleinbürgerlich vor, und deshalb ergibt sich aus seinen Bestrebungen *in der Praxis* nicht der Kampf gegen jede Ausbeutung, sondern nur der Kampf gegen die Ausbeutung durch die Grundbesitzer und die Großfinanz." (*Versuch einer Klassifizierung der russischen politischen Parteien,* in: LW 11, S. 219) Im Lauf der Revolution von 1917 spalten sich die Sozialrevolutionäre in Rechte und Linke. Wir werden sehen, daß letztere vorübergehend, während des Winters 1917/18, zur Zusammenarbeit mit den Bolschewiki bereit sind.

Volkskommissare trägt und aus führenden Mitgliedern der bolschewistischen Partei besteht. Der Kongreß beauftragt die Regierung, "sofort Verhandlungen über einen gerechten demokratischen Frieden" (3) einzuleiten und beschließt das "Dekret über den Grund und Boden", das das Eigentum der Grundbesitzer abschafft (4).

Der bewaffnete Aufstand hat fast gleichzeitig in Moskau (damals die zweite Hauptstadt) und in den großen städtischen Zentren gesiegt. Dieser Sieg bezeugt den Verlust an Autorität, den die provisorische Regierung in den Augen der Volksmassen erlitten hatte. Daher verweigerte der Hauptteil der Armee Kerenski, der aus Petrograd hatte fliehen können, den Gehorsam. Nur wenige Truppenteile folgen ihm noch, aber sie sind so schwach und demoralisiert, daß die Offensive, die er gegen Petrograd zu führen versucht, in den Tagen nach der Oktoberrevolution jämmerlich scheitert. Die militärische Kraftprobe bestätigt auf diese Weise, daß die Bourgeoisie die Macht vollständig verloren hat, daß die Macht von nun an von den Sowjets unter der Führung der bolschewistischen Partei ausgeübt wird.

Der Ablauf der "Ereignisse" des 25. und 26. Oktober 1917 in den beiden Hauptstädten und die führende Rolle, die die bolschewistische Partei, die revolutionäre proletarische Partei, übernommen hatte, reichen indessen nicht aus, um die Merkmale der neuen Etappe, in die die russische Revolution nun eingetreten ist, und um den Klassencharakter der neuen Macht vollständig zu bestimmen. Diese Merkmale werden ebenso durch die Gesamtheit der Klassenkämpfe zwischen Februar und Oktober 1917 bestimmt. Diese Klassenkämpfe selbst tragen einen ganz bestimmten Charakter, der damit zusammenhängt, wie die Prozesse der demokratischen und der proletarischen Revolution, die den Inhalt der russischen Revolution ausmachen, miteinander verflochten sind. Diese Verflechtung übt darüberhinaus einen tiefen Einfluß auf die Beziehungen aus, die sich zwischen den herrschenden politischen Apparaten der Sowjetmacht herausbilden und schließlich auf den ganzen weiteren Verlauf der Revolution.

3 vgl. LW 26, S. 239
4 ebd., S. 249

KAPITEL I

Die Verflechtung der revolutionären Prozesse zwischen Februar und Oktober 1917

Wegen der immer schwierigeren Existenzbedingungen seit Ende 1916 nahm die Unzufriedenheit der Arbeiter- und Bauernmassen rasch zu, ebenso der Zorn der Soldaten, die namenlose Leiden ertragen mußten, in einem Krieg, dessen imperialistischen Charakter sie immer deutlicher erkannten. Mitte Februar 1917 tritt die Unzufriedenheit der Petrograder Arbeiter und Soldaten klar hervor. Streiks und Kundgebungen folgen dicht aufeinander. Teilweise sind sie spontan, teilweise – und das immer häufiger – sind sie von den Bolschewiki und Menschewiki organisiert. Sie dehnen sich auf Moskau und die Industriezentren aus. Am 25. Februar beginnen die Soldaten von Petrograd sich mit den Arbeitern in der Hauptstadt und den Vorstadtvierteln zu vereinigen. Am 26. entstehen die Meutereien in den Garnisonen. Am 27. vollzieht sich die Vereinigung von Arbeitern und Soldaten. Das Winterpalais wird eingenommen; der Zar dankt ab.

So endet der erste Akt der russischen Revolution. Sie war in einem Land ausgebrochen, dessen Besonderheiten es nach Lenins Worten zu dem "schwächsten Glied in der Kette des Imperialismus" machten.

Rußland vor dem Oktober 1917 ist ein imperialistisches und zugleich vom Weltimperialismus (hauptsächlich vom französischen und englischen Imperialismus) stark abhängiges Land. Der Imperialismus hatte dort Milliarden Francs investiert, teils als Kredite für den zaristischen Staat, teils in die Erdöl- und Kohleförderung, in die Eisen- und Maschinenbauindustrie.

Die Abhängigkeit des russischen Imperialismus vom englischen und französischen Kapital ist eine der Ursachen für seine Schwäche; sie ist selbst eine Folge der spezifischen Form der Entwicklung des russischen Imperialismus, dessen kapitalistische Industrie auf äußerst schmaler Grundlage beruht.

Der russische Imperialismus hat daher einen Doppelcharakter. Er ist das Resultat der engen Verbindung zweier Formen des Imperialismus: eines kapitalistischen und eines "vorkapitalistischen" Imperialismus. Dem ersten entspricht ein hoher Grad kapitalistischer Konzentration in der Industrie und die Existenz eines eng mit dem industriellen Kapital verbundenen Bankkapitals. Beide bilden auf diese Weise ein Finanzkapital. Dieses Finanzkapital treibt die imperialistische Expansion voran und verbündet sich mit dem französisch-britischen Imperialismus. Dem "vorkapitalistischen" Imperialismus entspricht der im wesentlichen "militärische" Expansionismus Rußlands. Die ökonomischen Grundlagen dieses Expansionismus – der sich seit Peter dem Großen kraftvoll durchsetzt – müßten gesondert analysiert werden. Hier genügt, darauf hinzuweisen, daß der zaristische Expansionismus in den inneren Widersprüchen der russischen Gesellschaft wurzelt, die den zaristischen Staat zu einer Reihe von Eingriffen drängen, die dem russischen

Kapitalismus den Weg bereiten. Von diesem Zeitpunkt an veranlassen die Widersprüche der alten russischen Gesellschaft und des sich entwickelnden Kapitalismus den zaristischen Staat, militärisch zu expandieren und die Entwicklung der russischen kapitalistischen Industrie mit zahlreichen Mitteln zu unterstützen; insbesondere dient dazu das Gesetz der sogenannten "Befreiung" der Leibeigenen (1861), das die Durchführung einer staatlichen Akkumulation auf Kosten der Bauernmassen erlaubt.

Von Peter dem Großen an setzt sich der russische Expansionismus kraftvoll durch, praktisch ohne Unterbrechung:

In Europa richtet er sich auf Finnland, die baltischen Länder und Polen.

Im Süden richtet er sich auf die Türkei, Persien und Afghanistan und darüber hinaus auf Indien. In diese Richtung, weil Rußland sich den Zugang zum "freien Meer" einerseits über das Mittelmeer, andererseits über das Meer von Oman und den Indischen Ozean sichern will. Mehr als einmal führt dieser Expansionismus zu Konflikten zwischen England und Rußland.

Im Osten richtet sich der russische Expansionismus auf Sibirien, China und sogar auf den amerikanischen Kontinent. Seit dem 17. Jahrhundert ist die Eroberung Sibiriens praktisch abgeschlossen. Die Russen treiben ihren Vorstoß nach Osten über die Bering-Straße hinaus und besetzen Alaska (das Rußland dann 1867 an die USA "verkaufen" mußte).

Der Expansionismus gegen China ruft eine Reihe von Konfrontationen hervor. Ihnen folgen Verträge, die die russische Regierung dann regelmäßig verletzt. Vor allem sollte man die Verträge erwähnen, die Rußland während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts China aufgezwungen hat (5).

Durch diese in Verbindung mit den französisch-britischen Aggressionen gegen China durchgeführten Operationen entriß der Zarismus China fast 1,5 Millionen Quadratkilometer.

Das im Februar 1917 zusammenbrechende zaristische Rußland hat somit eine lange Vergangenheit der Expansion und einer zunächst handelsmäßig, später immer mehr industriekapitalistisch betriebenen Kolonisierung (6) hinter sich.

5 Der erste dieser Verträge ist der Vertrag von Aigun (1858). Er verhilft Rußland, weite Gebiete im Norden des Amur bis zum Pazifik (und einige Gebiete südlich des Amur) in Beschlag zu nehmen. Dadurch kann Rußland die Stadt Wladiwostock gründen und seine Stellungen auf der Insel Sachalin verstärken. Durch den Vertrag von Peking (1860) eignet Rußland sich weitere Territorien südlich des Amur und im Ussuri-Gebiet an; damit hat es Zugang zum "offenen Meer" (eisfreies Meer). Später, nachdem Rußland einen Teil Zentralasiens besetzt hatte, erzwang es von China die Abtretung wichtiger Gebiete, setzte sich damit in Sinkiang und im Pamir fest und rückte von da aus an Indien heran.

6 Es handelt sich hier um eine Kolonisierung in dem ethymologischen Sinn der Ansiedlung von Bauern. Damit mildert der Zarismus den Druck, den das Bevölkerungswachstum Rußlands auf die Agrarstrukturen ausübt, die sich nur langsam umwandeln und deren Veränderung die Selbstherrschaft zu kontrollieren sucht (denn diese Strukturen bilden die eigentliche soziale Basis ihrer Existenz). Durch die Kolonisierung erhält der Zarismus auch neue Mittel für zukünftige Expansionen. Ein typisches Beispiel dieser Politik ist die Gründung der Kosaken-"Kolonie".

Der Doppelcharakter des russischen Imperialismus entspricht der schwachen Akkumulationsfähigkeit des russischen Großkapitals, worin sich die relative Schwäche der Bourgeoisie widerspiegelt. Die Bourgeoisie ist unfähig, selbst den Kampf für ihre Klasseninteressen gegen den Zarismus zu führen.

Diese Unfähigkeit erklärt die Furcht der russischen Bourgeoisie vor jeder Bedrohung der bestehenden Ordnung. Seit der Revolution von 1905 weiß sich die russische Bourgeoisie einer zum entschlossenen Kampf fähigen Arbeiterklasse gegenüber. Die Kampfkraft des russischen Proletariats wächst unaufhörlich (7). Da es organisiert ist, ist es in immer höherem Maß fähig und entschlossen, jede revolutionäre Veränderung zu seinen Gunsten zu nutzen. Die Bourgeoisie ist daher gelähmt und dazu verurteilt, dem Proletariat und der Bauernschaft (8) die revolutionäre Initiative zu überlassen, und genau dies war im Februar 1917 der Fall.

Daß es die russische Bourgeoisie gegenüber dem Zarismus – der ihr fast alle politischen Rechte verweigerte – an jeder wirklichen politischen Initiative (9) fehlen läßt, beruht auf ihrer ökonomischen Abhängigkeit vom Zarismus. Die Akkumulationsbasis des in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts und in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg sich relativ rasch entwickelnden Industrialisierungsprozesses besteht in der Tat nur zum Teil aus industriellen Profiten und der Ausdehnung des inneren Marktes. Der Industrialisierungsprozeß hängt teilweise von ausländischen Investitionen ab, aber auch von den Staatsfinanzen, den Anleihen der Staatsbank, den Aufträgen der öffentlichen Hand usw. Die industrielle Expansion beruht noch in hohem Maß (10) auf einer "ursprünglichen Akkumulation" (einer

7 Man schätzt, daß 1913 das russische Proletariat 14% der Bevölkerung ausmacht. Aber dieses Proletariat ist stark konzentriert in wenigen großen Industriezentren. Sein elendes Dasein treibt es in die Revolte.

8 1913 beträgt die Bauernschaft 67% der Bevölkerung (diese und die in der vorigen Fußnote genannte Prozentzahl s. *Narodnoe Chozjajstvo SSSR v 1970 g.*, Moskau 1971). Die armen Bauern und die armen Mittelbauern bilden die Mehrheit der Bauernschaft.

9 Das Fehlen einer wirklichen politischen Initiative der Bourgeoisie hindert natürlich gewisse ihrer Vertreter nicht daran, zu intrigieren, auch gegen die bestehende Macht. Tatsächlich scheinen in der Zeit vor der Februarrevolution 1917, vor allem vom Dezember 1916 an, einige Generale, die sich auf die Unzufriedenheit "liberaler" Kreise über Zar Nikolaus II. stützen, einen Staatsstreich zugunsten des Zarensohns vorzubereiten, um den Bruder Nikolaus' II., von dem angenommen wird, daß er eher eine parlamentarische Regierungsform bevorzugt, zum Regenten zu machen. Die Februarrevolution bereitet diesen Palastintrigen ein Ende.

10 Es ist unmöglich, hier eine detailliertere Analyse vorzunehmen. Jedoch ist darauf hinzuweisen, daß zu Beginn des Jahrhunderts sich die industrielle Bourgeoisie Rußlands sichtbar in zwei große Fraktionen aufteilt. Die eine Fraktion, die stark vom Staat abhängig und aufs engste mit dem französischen und englischen Imperialismus verbunden ist, unterstützt den zaristischen Expansionismus am stärksten. Der Hauptsitz dieser bürgerlichen Fraktion ist Petersburg. Die andere Fraktion ist von der Selbstherrschaft relativ weniger abhängig; denn ihre finanzielle Grundlage ist solider. Der Hauptsitz dieser Fraktion ist Moskau. Der sowjetische Wirtschaftshistoriker N. M. Vanag bezeichnet Petersburg "als Inkarnation des nicht nationalen (nenatsionalni) Finanzkapitals" und Moskau als Inkarnation des Systems des nationalen Kapitals (in dem in Moskau 1925 erschienenen Buch *Das Finanzkapital in Rußland am Vorabend des Weltkriegs*, russisch, Moskau 1926, S. 49). Vgl. dazu James D. White, *Moscou, Petersburg and the Russian Industrialists*, in: *Soviet Studies*, Januar 1973, S. 414 f.

fortschreitenden Expropriation der Bauernschaft), deren politisches und ideologisches Instrument der Zarismus ist. Der Mangel einer wirklichen politischen Initiative erklärt die Besonderheiten der Februarrevolution von 1917: *als erstes ruft sie eine Sowjetmacht ins Leben,* während die bürgerliche "provisorische Regierung" erst danach entsteht.

In der Tat wird am 27. Februar 1917 das "provisorische Revolutionskomitee" gebildet, das hauptsächlich aus den Führern der sozialistischen Parteien und der Partei der Sozialrevolutionäre besteht. Dieses Komitee ruft die Arbeiter und Soldaten der Hauptstadt dazu auf, die Delegierten für einen *Petrograder Sowjet* zu wählen (der zum ersten Mal am 28. zusammentritt). Das Komitee beschließt ein Dekret, das alle Truppenteile dem Sowjet unterstellt. In den folgenden Tagen und Wochen bilden sich im ganzen Land Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte sowie Fabrikkomitees. Die Entstehung dieser Organisationen wirkt sich in verschiedener Weise aus; denn der Klassenkampf des Proletariats und der Bauern entwickelt sich je nach Städten und Regionen sehr unterschiedlich.

Ende Februar 1917 ist der Petrograder Sowjet das einzige Organ, das im Namen der soeben siegreichen Revolution sprechen kann und das von den fast überall in Rußland entstehenden Sowjets unterstützt wird. Dieser von den Abteilungen der aufständischen Truppen unterstützten Sowjetmacht steht anscheinend keine andere Macht gegenüber. Das einzige Organ, das hätte beanspruchen können, ihr Widerstand zu leisten, das aus der Reichsduma (einer Parodie des zaristischen "Parlaments") hervorgegangene Komitee, genießt jedoch bei den revolutionären Massen keinerlei Ansehen, da es sich aus Repräsentanten der Bourgeoisie und des Grundeigentums zusammensetzt. Der hauptsächlich aus Menschewiki und Sozialrevolutionären bestehende Petrograder Sowjet schließt nun einen Vertrag mit dem Komitee der Duma ab. Kraft dieses am 1. März abgeschlossenen Vertrags bildet sich eine aus bürgerlichen Politikern bestehende provisorische Regierung, und der Sowjet verpflichtet sich, diese Regierung unter bestimmten Bedingungen zu unterstützen (11). Damit entsteht eine Situation, die Lenin als "Doppelherrschaft" bezeichnet hat (die Herrschaft der Sowjets und die Herrschaft der provisorischen Regierung) (12). Diese Situation endet im Oktober 1917 infolge der Entwicklung der Sowjetorgane, des verstärkten Einflusses der bolschewistischen Partei in den Sowjets und schließlich infolge des Siegs der Oktoberrevolution.

11 vgl. insbesondre O. Anweiler, *Die Rätebewegung in Rußland 1905 – 1921,* Leiden 1958

12 Von den Schriften über den *vorübergehenden* Charakter der im Frühjahr 1917 entstandnen Situation und über die Doppelherrschaft seien hier die *Aprilthesen* (in: LW 24, S. 3 ff.) und *Über die Doppelherrschaft* (ebd., S. 20 ff.) angeführt.

1. Der Aufschwung der Sowjetbewegung

Ab März 1917 werden in allen Städten des alten russischen Reichs Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. Die Bewegung beginnt in den Großstädten und dehnt sich dann auf die Mittelstädte aus. Nach einiger Zeit bilden sich auch Bauernräte. Schätzungsweise gibt es im Mai 400, im August 600 und im Oktober 900 Sowjets (13). Parallel dazu entwickelt sich die Bewegung der Betriebskomitees; in den Städten, die eine gewisse Bedeutung haben, entstehen Bezirkssowjets.

Es ist praktisch unmöglich zu bestimmen, inwieweit die Bewegung durch die "Spontaneität" und inwieweit sie durch das Vorgehen der menschewistischen und vor allem der bolschewistischen Aktivisten ausgeweitet wurde. Tatsächlich sind die Präsenz der aktiven Parteimitglieder in fast allen Räten und die Rolle, die sie darin spielen, ein Indiz dafür, daß die Bewegung, wenn sie wirklich einem Verlangen der revolutionären Massen nach Organisation und nach Aktion entsprach, ihr Ausmaß aufgrund der Aktion der politisch aktiven Parteimitglieder erlangte.

Die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre wollten die Sowjets nicht als Machtorgane begreifen. In ihren Augen waren die Sowjets Organe des Kampfs und der revolutionären Propaganda, während die Fabrikkomitees vor allem gewerkschaftliche Aufgaben erfüllen sollten.

Tatsächlich aber werden die Sowjets infolge des Autoritätsverlusts der provisorischen Regierung bei den Massen und der beharrlichen Aktion der bolschewistischen Partei immer mehr zu lokalen Machtorganen. Sie lösen selber zahlreiche Verwaltungsprobleme. Sie wählen auch die Delegierten zu den Gebiets- und Gouvernements-Sowjets und zum Gesamtrussischen Sowjetkongreß.

Ende März 1917 wird die I. Gesamtrussische Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte abgehalten und am 3. Juni der I. Gesamtrussische Sowjetkongreß eröffnet. Aus ihm ist das *Zentralexekutivkomitee Rußlands* hervorgegangen, das unter der festen Vorherrschaft der Sozialrevolutionäre steht. Es versucht, ohne daß ihm dies gelingt, mit dem Petrograder Sowjet zu rivalisieren, der in ganz Rußland große Autorität genießt und sich immer mehr "bolschewisiert".

In der Tatsache, daß die Sowjetorganisationen in den großen Städten und den wenig industrialisierten Gebieten äußerst unterschiedlich aktiv waren und daß sich diese Organisationen ebenso unterschiedlich zusammensetzten, spiegelt sich die sehr ungleiche Teilnahme der verschiedenen Klassen an der Sowjetbewegung wider. Diese Bewegung schließt die Bourgeoisie als solche aus (14) aufgrund der Ernennungsweise der Delegierten (Arbeiter,

13 vgl. O. Anweiler, a.a.O., S. 140

14 O. Anweiler erinnert daran, daß einer der von den Menschewiki und Sozialrevolutionären vorgebrachten Gründen für ihren Widerstand gegen die Losung "Alle Macht den Räten" eben der war, daß "die Sowjets Klassenorganisationen sind, die nur einen Teil der Bevölkerung umfassen". Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki zogen daher folgenden Schluß: "Im Falle der Errichtung der

Bauern und Soldaten), auf der die Sowjetbewegung beruht. Das schließt natürlich nicht aus, daß einige Delegierte Wortführer bürgerlicher und vor allem kleinbürgerlicher ideologischer und politischer Tendenzen sind, die ihren Einfluß auf einen Teil der Massen ausüben. So zum Beispiel nach der Februarrevolution, als die Sozialrevolutionäre in der Mehrzahl der Sowjets stark und in den von den Sowjets gewählten Exekutivkomitees noch stärker waren.

a) Die Arbeiterklasse und der Aufschwung der Sowjets

Während der Monate Februar bis Oktober 1917 ist die Sowjetbewegung im wesentlichen proletarisch. Sie ist dies zunächst aufgrund ihrer sozialen Basis, dann immer mehr dadurch, daß die Arbeiterräte revolutionäre proletarische Positionen einnehmen. Während die Sozialrevolutionäre und Menschewiki in Verruf kommen, weil sie mit der Bourgeoisie kollaborieren und die Fortführung des imperialistischen Kriegs unterstützen, wird der Einfluß der Bolschewiki in den Sowjetorganisationen der Arbeiter immer größer.

Die *Radikalisierung der aus Arbeitern bestehenden Sowjets* geht zunächst langsam vor sich, entwickelt sich später aber rasch und unaufhaltsam. So zählt die bolschewistische Fraktion des Petrograder Sowjets kurz nach der Februarrevolution, bei ihrer Gründung am 6. März 1917, nur 40 Mitglieder bei insgesamt 2.000 bis 3.000 Delegierten (die Zahl der Delegierten wechselt nämlich ständig und schnell). Auf dem I. Gesamtrussischen Sowjetkongreß im Juni sind es immer noch nur 105 Bolschewiki gegenüber 1.090 Delegierten insgesamt; aber die Bolschewiki spielen schon eine beherrschende Rolle in der Arbeitersektion des Kongresses, in der mit 173 gegen 144 Stimmen eine bolschewistische Resolution angenommen wird. Im Oktober sind die Bolschewiki, die sich auf die Arbeiterklasse stützen, sowohl auf dem II. Sowjetkongreß als auch im Petrograder Sowjet in der Mehrheit.

Die wichtigste gesellschaftliche und organisatorische Grundlage, auf der sich die "Bolschewisierung" der städtischen Sowjets entwickelt, sind die "Fabrik"-Komitees. Diese Komitees nehmen nach der Februarrevolution einen raschen Aufschwung. Seit der I. Konferenz der Betriebskomitees von Petrograd-Stadt im Frühjahr haben die Bolschewiki die Mehrheit in dem von dieser Konferenz gewählten Zentralrat (obwohl sie in zahlreichen Stadt- und Gebietssowjets in der Minderheit blieben, während sie in fast allen großen Industriezentren und Garnisonsstädten die Mehrheit eroberten) (15); der Einfluß der bolschewistischen Partei verstärkt sich noch mehr zur Zeit der II. Konferenz im August. Der Radikalisierungsprozeß verläuft

Sowjetherrschaft würden die übrigen Gesellschaftsschichten, vor allem das Bürgertum, aber auch Teile der Bauernschaft, der Revolution den Rücken kehren, und das Proletariat, der Kern der Sowjetmacht, stünde isoliert da." (a.a.O., S. 173 f.)

15 vgl. O. Anweiler, a.a.O., S. 222 ff.

langsamer in der Stadt und im Gouvernement Moskau; aber auch dort beschleunigt er sich im Lauf des Sommers. Am Vorabend der Oktoberrevolution sind von den 167 Delegierten auf der Gesamtrussischen Konferenz der Betriebskomitees 96 Bolschewiki und nur 24 Sozialrevolutionäre, 13 Anarchisten und 7 Menschewiki (16).

Das Wesentliche ist, daß zwischen August und Oktober die Losungen der bolschewistischen Partei sich in den Arbeitermassen rasch durchsetzen. Im Februar noch in der Minderheit, gewinnt die bolschewistische Partei in wachsendem Maß die Mehrheit innerhalb des russischen Proletariats. Der "Taumel", von dem Lenin im April noch sprach, findet allmählich ein Ende (17). Die Proletarier werden sich der *Sackgasse* bewußt, in die die Positionen der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre münden; ein Teil der letzteren trennt sich übrigens von den alten Positionen und bildet die Strömung der linken Sozialrevolutionäre. Die Arbeiter sehen immer klarer, daß *mit der provisorischen Regierung ein Ende gemacht* und eine von der bolschewistischen Partei geführte Sowjetregierung errichtet werden muß, die allein in der Lage ist, Rußlands Beteiligung am imperialistischen Krieg zu beenden, den Massen in ihrem Kampf um die Erfüllung ihrer revolutionären Wünsche zu helfen und den Kampf gegen die konterrevolutionären Kräfte zu organisieren.

b) Die Soldaten, die Bauern und der Aufschwung der Sowjets

Die Bauern und die Soldaten (die zumeist auch Bauern sind; allerdings Bauern, die aus ihren dörflichen Lebensbedingungen herausgerissen wurden und in erster Linie an einem raschen Friedensschluß interessiert sind) bilden die zweite Komponente der Sowjetbewegung.

Die Soldaten, die hinter der Front in den Garnisonen stationiert sind, werden unmittelbar von der Arbeiterklasse beeinflußt, und ihre Delegierten in den Sowjets radikalisieren sich mehr oder weniger im gleichen Rhythmus wie die Arbeiterdelegierten. Die Bewegung verläuft langsamer bei den Soldaten an der Front, die bis Juni unter dem Einfluß der Sozialrevolutionäre und Menschewiki bleiben. Im Lauf des Sommers verändern das blutige Scheitern der von Kerenski beschlossenen Offensive sowie die immer besser organisierte bolschewistische Propaganda die Situation sehr schnell. Im Oktober unterstützen die Soldaten an der Front ebenso wie die im Hinterland massiv die Positionen der Bolschewiki.

Die eigentlichen Bauern dagegen nehmen mit viel größerer Zurückhaltung an der Sowjetbewegung teil; sie sind weit davon entfernt, sich massiv den bolschewistischen Initiativen und Positionen anzuschließen.

Gewiß organisiert sich die "Bauernschaft" seit dem Frühjahr 1917 Schwerpunkt der Organisation der "Bauernschaft" ist jedoch nicht das

16 ebd., insbesondre S. 156 f.

17 s. unten, S. 72

Sowjetsystem, sondern das System der *Agrarkomitees,* die sich hauptsächlich auf Gouvernements-, Bezirks- und Kreisebene, also *weit entfernt von den Dörfern,* bilden. Diese Komitees arbeiten mit der provisorischen Regierung zusammen. Sie werden vom "ländlichen" Kleinbürgertum (Agronomen, Lehrer, Vertreter des Semstwo, Genossenschaftsleiter usw.) beherrscht. Politisch stehen diese Komitees unter dem massiven Einfluß der Sozialrevolutionäre, und die Situation verändert sich zwischen Februar und Oktober kaum.

Als Gegenorganisationen zu den Agrarkomitees entstehen in zunehmendem Maß *Sowjets der Bauerndeputierten.* Die Initiative zu ihrer Schaffung geht übrigens nicht von den Dörfern aus, sondern von den Bauern in Uniform, den Soldaten. Tatsächlich bleibt die Bewegung für die Bildung von Bauernsowjets grundsätzlich eine Bewegung, die von der Spitze ausgeht. Auch sie wird von den Sozialrevolutionären und der Genossenschaftsvereinigung beeinflußt, die vor allem von den Sozialrevolutionären beeinflußte wohlhabende Bauern zusammenschließt. Diese Bauern haben deshalb ein solches Interesse an der Entwicklung der Bauernsowjets, weil sie in ihnen ein Gegengewicht zur Radikalisierung der Stadtsowjets sehen. Formal gesehen, haben die Sozialrevolutionäre mit ihrer Tätigkeit ziemlichen Erfolg: auf dem I. Bauernkongreß, der vom 4. bis zum 28. Mai stattfindet, bekennen sich von 1.115 Delegierten 571 zu den Sozialrevolutionären und nur 14 zu den Bolschewiki. Noch am Vorabend der Oktoberrevolution werden die Bauernsowjets auf Bezirks- und Gouvernementsebene im allgemeinen von den Sozialrevolutionären beherrscht. Zu diesem Zeitpunkt spricht sich die Mehrzahl der Bauernsowjets gegen die Beteiligung am Gesamtrussischen Sowjetkongreß aus (18). Vor der Oktoberrevolution bleiben die Bauernsowjets im wesentlichen Organe, die auf Gouvernements- und Bezirksebene fungieren; es gibt sie kaum auf Kreis- und noch weniger auf Dorfebene.

Tatsächlich *nimmt* zwischen Februar und Oktober 1917 *die Aktion der Bauernmassen fast gar nicht sowjetische Formen an.* Die Bauernmassen bleiben ideologisch dem Einfluß der Sozialrevolutionäre unterworfen; *sie stellen nicht die Machtfrage.* Ihr Vorgehen zielt im wesentlichen auf die Agrarrevolution, die als Enteignung und Aufteilung der großen Ländereien der Grundbesitzer, des Staats und des Klerus verstanden wird. Die Aktion der Bauernmassen zielt 1917 in dieselbe Richtung wie die früheren bäuerlichen Aktionen: lokale Aufstände und unmittelbare Enteignung von Ländereien.

Dennoch nimmt von Mai bis Oktober 1917 diese revolutionäre Massenaktion ein immer größeres Ausmaß an (19). Sie entgleitet den Sozialrevolutionären und bereitet objektiv die Oktoberrevolution vor.

18 O. Anweiler, a.a.O., S. 150 f. und 230

19 Die amtlichen Statistiken vermerken 49 "Bauernaufstände" im März 1917, 378 im April, 678 im Mai, 988 im Juni, 957 im Juli, 760 im August, 803 im September und 1169 im Oktober; nach S. Dubrowski, *Die Bauernbewegung in der Russischen Revolution 1917,* Berlin 1929, S. 90; zit.b. O. Anweiler, a.a.O., S. 148

Eine der Besonderheiten der Bauernbewegung zwischen Februar und Oktober 1917 ist also ihre Gleichgültigkeit gegenüber der Machtfrage und folglich gegenüber der Aufstellung lokaler Machtorgane. Sich selbst überlassen, das heißt ohne die Unterstützung und Führung des städtischen Proletariats, war diese Bewegung zu denselben Mißerfolgen verurteilt wie alle vorangegangenen Bauernaufstände; denn sie war unfähig, der Unterdrückung durch einen Staat, der die Interessen der besitzenden Klasse schützte, einen organisierten und einheitlichen Widerstand entgegenzusetzen. Sich selbst überlassen, das heißt ohne Unterstützung durch die proletarische Bewegung und deren Organisation, war sie ebensowenig in der Lage, einen solchen Staat zu zerstören und einen neuen zu errichten, der die Interessen der arbeitenden Massen verteidigen konnte.

Es gibt zahlreiche Gründe dafür, warum das eigenständige Vorgehen der Bauernmassen in den Grenzen der direkten Aktion beschränkt bleibt, sich nur auf die Bodenverteilung richtet und nicht auf ein *organisiertes Bündnis* mit dem städtischen Proletariat orientiert ist. Die ideologischen und politischen Gründe sind leicht verständlich: der starke Einfluß der Sozialrevolutionäre und der schwache Einfluß der Bolschewiki –, aber diese zwei Seiten ein und derselben politischen Situation erfordern ebenfalls eine Erklärung. Wenn wir uns der Vergangenheit zuwenden, ist die Erklärung relativ einfach: die Bolschewiki hatten unter den Bauernmassen ihre propagandistischen und organisatorischen Anstrengungen nur schwach entwickelt, während die Sozialrevolutionäre mit Hilfe der ländlichen Intelligenz auf einen Teil der Bauernschaft einen sicheren Einfluß erlangt hatten. Die Bolschewiki konnten zwischen Februar und Oktober 1917 dieser Strömung nichts Entscheidendes entgegensetzen: ihre Kräfte erlaubten das nicht.

Mehr noch: die Struktur der Dörfer selbst, die Existenz der traditionellen Dorfversammlungen (der *Schod*) (20), die im allgemeinen von den reichen Bauern und den Mittelbauern beherrscht waren, drohten zu einem Hindernis zu werden für die Bildung von Dorfsowjets und für eine vollständige Radikalisierung der Bauernbewegung. In der Tat trägt die alte dörfliche Struktur (die das juristische "Gemein"eigentum an Grund und Boden mit dessen individueller Nutzung verband) trotz ihrer Unterminierung durch die kapitalistische Entwicklung noch dazu bei, aus jedem Dorf eine kleine, mehr oder weniger in sich geschlossene "Welt" zu machen, eine Welt, deren Probleme scheinbar an Ort und Stelle geregelt werden können. Diese Struktur ist ein Nährboden sowohl der Selbstherrschaft und des bürokratischen Despotismus als auch ständiger, aber stets ohnmächtiger Revolten gegen die Ausbeutung innerhalb dieser Ordnung; sie stellt dem Eindringen der revolutionären Ideen des Proletariats ins russische Dorf einen starken Widerstand entgegen, ebenso wie den demokratisch bürgerlichen Ideen.

Gewiß erheben viele zwischen Februar und Oktober 1917 gestellte Anträge der Bauern auch "radikale" politische Forderungen; sie verlangen

20 Der Schod verwaltet formell die Güter der *obschtschina,* der dörflichen Gemeinde. Letztere wird oft auch *Mir* genannt.

die Errichtung einer "demokratischen Republik", das allgemeine Wahlrecht, das Zusammentreten der Konstituierenden Versammlung (21) usw. Die Bedingungen jedoch, unter denen diese Anträge abgefaßt werden – nämlich von der ländlichen Intelligenz, während gleichzeitig die Bauern nicht organisiert sind –, und der Inhalt der Agrarforderungen (die die *obschtschina* kaum erwähnen und die Abschaffung des Privateigentums fast gar nicht fordern) lassen die Überlegung zu, daß diese Anträge nicht so sehr die Bestrebungen der bäuerlichen Massen, die noch tief mit den gemeinschaftlichen Eigentumsforderungen verbunden sind, ausdrücken, sondern vielmehr die der wohlhabenden Bauern, der Kulaken, und der aus dem *Mir* ausgetretenen Grundeigentümer. Diese bäuerlichen Schichten sind die ersten, die das Wort ergreifen, die anderen aber, die ärmeren Bauernmassen, gehen sehr schnell zur Aktion über; ein Teil der wohlhabenden Bauern und Kulaken schließt sich übrigens diesen letzteren an, um so auch von der Verteilung der enteigneten Ländereien profitieren zu können.

2. Das Heranreifen der Bedingungen der Oktoberrevolution

Während der ganzen Monate zwischen Februar und Oktober versucht die provisorische Regierung, mit der Unterstützung der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre, die Bewegung der Volksmassen im Rahmen der "bürgerlichen Legalität" zu halten. Sie versucht, die Arbeiter und Bauern mit immer wieder hinausgeschobenen Versprechungen zu hintergehen. So vertiefen sich in wachsendem Maß die Widersprüche zwischen den Bestrebungen der Massen und dem Klassencharakter der provisorischen Regierung.

a) Die Entwicklung einer neuen revolutionären Situation zwischen Februar und Oktober 1917

Zwischen Februar und April 1917 waren die Arbeiter- und Soldatenmassen nach Lenins Worten noch "dem Taumel der 'revolutionären' Vaterlandsverteidigung erlegen" (22), und Lenin, der gegen diesen "Taumel" kämpft, fordert die Partei, die damals in der Minderheit war, auf, sich nicht von der "allgemeinen Seuche" unter dem schlechten Vorwand anstecken zu lassen, "bei den Massen bleiben zu wollen". Ab April und vor allem ab Juni/Juli ändert sich die Situation schnell. Die eigene Erfahrung vermittelt den Massen neue Erkenntnisse. Die Arbeiter und Soldaten sehen immer klarer, daß die Weiterführung des Kriegs nicht den Interessen des Volks, sondern den Interessen der russischen Bourgeoisie und des französisch-englischen Imperialismus entspricht; sie begreifen, daß die provisorische

21 vgl. Marc Ferro, *La Révolution de 1917*, Paris 1967, besonders S. 184–196
22 Lenin, *Briefe über die Taktik*, in: LW 24, S. 37

Regierung, die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre die Interessen der Bourgeoisie unterstützen und die Bolschewiki die einzigen sind, die diese bekämpfen. Von da an wird es notwendig, mit der provisorischen Regierung ein Ende zu machen, den Sowjets die Macht zu übergeben und darauf hinzuwirken, den Bolschewiki in den Sowjets die Führung zu sichern. Es gilt also, eine revolutionäre Massenbewegung zu entfalten, um die provisorische Regierung, die nicht von selbst abtreten wird, zu verjagen. In dem Maß, wie diese Idee von den *Arbeiter-* und *Soldatenmassen* Besitz ergreift – und dies ist der Fall in den Hauptstädten, in zahlreichen Industriezentren und Garnisonsstädten – reifen die Bedingungen für eine neue Revolution, eine proletarische Revolution heran.

Das Vertrauen, das die Bauernschaft weiterhin den Sozialrevolutionären entgegenbringt, sogar noch am Vorabend der Oktoberrevolution, zeigt, daß sie aus den gewonnenen Erfahrungen noch längst nicht alle Lehren gezogen hatte wie die Arbeiter und die Soldaten, vor allem die in den Garnisonsstädten. Indessen geht allmählich die Masse der Bauern zur Aktion über. Die Bauern besetzen das Land, trotz der Verbote der provisorischen Regierung und der Ermahnungen der Mehrheit der Sozialrevolutionäre. Die bolschewistische Partei unterstützt die revolutionäre Bewegung der Bauernmassen. In seiner Analyse vom April schätzt Lenin diese neue Situation als einen *praktischen Bruch* mit der Klassenzusammenarbeit zwischen Bourgeoisie und Bauernschaft ein, als die Eröffnung einer "neuen Etappe der bürgerlich-demokratischen Revolution" (23).

Das Heranreifen der Bedingungen der proletarischen Revolution in den Städten und der Übergang der demokratischen Revolution auf dem Land in eine neue Etappe bestätigen die Analyse Lenins, der gezeigt hatte, daß Rußland das schwächste Kettenglied des Imperialismus war. In Rußland konnte eine proletarische Revolution den Sieg erringen, weil die Ausbeutung der Massen durch die Grundbesitzer, durch die russischen Kapitalisten und durch das ausländische Kapital eine explosive Verbindung mit der staatlichen Unterdrückung eingegangen war, die zugleich den expansionistischen Tendenzen des russischen Imperialismus und den Erfordernissen der ursprünglichen Akkumulation diente. Diese spezifische Verbindung von Ausbeutung und Unterdrückung war die Quelle des Elends breiter Volksschichten und der tiefen Unzufriedenheit eines Teils der Intelligenz. Der imperialistische Krieg spitzte die mit der Lage Rußlands verbundenen Widersprüche aufs äußerste zu, und die Erfahrung mit der provisorischen Regierung bewies die Unfähigkeit der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums, Rußland aus seiner ausweglosen Lage zu befreien. Der immer offensichtlichere Aufschwung der Revolte der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenmassen veranlaßt die bolschewistische Partei und in erster Linie Lenin – denn zahlreiche bolschewistische Führer zögern – dazu, den Oktoberaufstand zu beschließen.

23 LW 24, S. 30

b) Aufstand und Revolution im Oktober 1917

Der Sturz der von der provisorischen Regierung Kerenskis ausgeübten Macht der Bourgeoisie und die Errichtung einer neuen Macht sind das Resultat einer *bewaffneten Auseinandersetzung* in der Form eines Aufstands. Diese bewaffnete Auseinandersetzung ist notwendig, um die Kräfteverhältnisse zugunsten der proletarischen Revolution zu konsolidieren und *praktisch zu beweisen,* daß die wirkliche Macht sich nunmehr in den Händen der Sowjets und der bolschewistischen Partei befindet.

Am 25. Oktober 1917 zeigt die bolschewistische Partei konkret, daß sie, indem sie die Initiative ergreift, fähig ist, materiell die provisorische Regierung auszuschalten (Kerenski in die Flucht zu schlagen und einige seiner Minister zu verhaften). Durch das Zusammenwirken von militärischer und politischer Aktion zeigt sie auch und *vor allem,* daß die in den Sowjets organisierten Kräfte mit der "Anerkennung" der Existenz der provisorischen Regierung wirklich Schluß machen können, indem sie den (aus alten zaristischen Generalen zusammengesetzten) Generalstab zwingen, sich den vollendeten Tatsachen zu beugen; denn gerade aufgrund der durch die Initiative der bolschewistischen Partei *bewirkten politischen Veränderung* verfügt der Stab nicht mehr über die Mehrzahl der Kräfte, auf die er vorher noch zählen konnte.

Was sich am 25. Oktober ereignet, ist also weder das Ergebnis eines Volkskriegs noch einer Volkserhebung, sondern das Ergebnis eines von den Massen unterstützten und nach einem vorgefaßten Plan von den bewaffneten Kräften durchgeführten Aufstands. Diese bewaffneten Kräfte (24) kommen aus der Arbeiterklasse und den Garnisonen, und ihr Handeln richtet sich genau auf die Ziele, die ihnen die bolschewistische Partei angewiesen hatte. Nach der von Lenin damals oft wiederholten Formel *"ist der Aufstand eine Kunst".*

Die Form des Aufstands ergab sich zwingend aus dem Verlauf des Klassenkampfs zwischen der Februar- und der Oktoberrevolution. Einerseits zeugt das Ausmaß der Bauernerhebung nunmehr von der Tiefe der revolutionären Krise im Land. Andererseits droht der Erhebung ernstlich die Zerschlagung aufgrund ihrer Besonderheiten: die Bauernbewegung stellt nicht selbst die Machtfrage, sie entwickelt sich uneinheitlich und bleibt

24 Diese "bewaffneten Kräfte" sind die *Roten Garden.* Die Schätzungen über ihre Gesamtzahl in ganz Rußland variieren stark. Im allgemeinen wird ihre Zahl zwischen 75.000 und 250.000 angenommen. Für Petrograd variieren die Schätzungen zwischen 4.000 und 40.000, die am häufigsten genannte Zahl ist 20.000. Wie dem auch sei, es handelt sich um relativ geringe Zahlen. Darüber hinaus sind die Roten Garden schwach organisiert. Wenn ihre Aktion ausschlaggebend war, so aufgrund der politischen Situation, der Auflösung der Streitkräfte der provisorischen Regierung. Was ihre soziale Herkunft betrifft, bestätigen die Hinweise, über die wir verfügen, daß die Rotgardisten *in der Mehrzahl Arbeiter der Großindustrie* waren. (vgl. dazu D. M. Collins, *A Note on the Numerical Strength of the Russian Red Guard in October 1917,* in: *Soviet Studies,* Oktober 1972, S. 270; dieser Artikel enthält eine relativ ausführliche Bibliographie)

lokal beschränkt – und ist daher in Gefahr, "Schlag für Schlag" unterdrückt zu werden. Das Verbleiben der provisorischen Regierung im Amt bringt unter diesen Umständen die Gefahr mit sich, die Niederlage der Bauern und dadurch sogar die der Revolution herbeizuführen.

Die Bolschewiki wären, so Lenin, "Verräter" an der Bauernschaft und an der Revolution, wenn sie nicht gegen die provisorische Regierung, die die Bauern unterdrückt, die Offensive ergreifen würden; denn "die Niederwerfung des Bauernaufstands durch (die) Regierung dulden, (...) heißt die ganze Revolution *zugrunde richten"* (25).

Der Eintritt der Bauern in den Kampf um den Boden leitet die russische Revolution in eine neue Etappe über. Sie bedeutet den faktischen Bruch mit dem Bündnis zwischen Bauernschaft und Bourgeoisie, einem Bündnis, das die Bildung der provisorischen Regierung ermöglichte und die Bourgeoisie wieder stärkte (26). Damit wird die Auseinandersetzung zwischen der Bourgeoisie und den revolutionären Massen unvermeidlich und für das Proletariat und die bolschewistische Partei wird es unabdingbar, schnell zu handeln. Fraglos kann weder abgewartet werden, bis der zukünftige Sowjetkongreß "friedlich" zusammentritt, noch bis sich in den Städten eine Massenbewegung entwickelt. *Abwarten heißt, die Initiative der provisorischen Regierung zu überlassen,* heißt nicht nur zuzulassen, daß sie die Bauern unterdrückt, sondern auch, daß die provisorische Regierung die ihr ergebenen Truppen um Petrograd konzentriert und zu einem von ihr gewählten Zeitpunkt unter selbstgewählten Bedingungen zur Offensive übergeht. Lenin fordert daher die Bolschewiki auf, die Initiative zu ergreifen und *"plötzlich* loszuschlagen". Es darf nicht gezögert werden, denn die Bolschewiki sind in Petrograd und im ganzen Land *der Unterstützung durch die Massen sicher;* sie verfügen über *"Tausende* bewaffneter Arbeiter und Soldaten, die *mit einem Schlage* den Winterpalast, den Generalstab (...) besetzen können"; Lenin fügt hinzu, daß die zum Zeitpunkt des Aufstands gebildete Sowjetregierung von der Bourgeoisie nicht vertrieben werden kann: "(...) in der *Armee* wird eine solche Agitation einsetzen, daß es *unmöglich* sein wird, gegen diese Regierung des Friedens, des Bodens für die Bauern usw. zu kämpfen" (27).

Die Tatsachen sollten beweisen, daß Lenins Analyse richtig war; daß es möglich war, durch den bewaffneten Aufstand die Sowjetmacht zu

25 vgl. Lenins Artikel vom 9. September 1917, *Die Krise ist herangereift,* in: LW 26, S. 64

26 Die von der Regierung gegen die Arbeiterklasse und die bolschewistische Partei nach den Volkskundgebungen im Juli ausgeübte Unterdrückung und die Notwendigkeit, halb im Untergrund zu arbeiten, vor die sich die bolschewistische Partei dann gestellt sah, beweisen, daß die Bourgeoisie und ihre Regierung die seit der Februarrevolution vergangenen Monate genutzt hatten, um ihre Kräfte zu organisieren und Vorkehrungen für die Entwicklung einer konterrevolutionären Offensive zu treffen; zur selben Zeit, als sich die Massen radikalisierten. General Kornilows Putschversuch im August – er wurde durch das Eingreifen der Bolschewiki zurückgeschlagen – ist auch ein Beweis für die Umgruppierung eines Teils ihrer Kräfte auf Seiten der Bourgeoisie.

27 Lenin, a.a.O., S. 66 und 67

errichten, und daß diese Macht – deren Errichtung eine neue Etappe in der Weltgeschichte einleitete – außergewöhnlich stark war. Es war jedoch sehr schwer, das Zentralkomitee der bolschewistischen Partei dazu zu bewegen, sich dem Gedanken des bewaffneten Aufstands anzuschließen und seine Dringlichkeit einzusehen (28). Diese Tatsache ist wichtig, denn sie verdeutlicht – in Zusammenhang mit anderen vergleichbaren Tatsachen – die Kluft, die Lenin sehr oft und vor allem auch in wesentlichen Punkten und entscheidenden Momenten von der Mehrheit der Parteiführung trennte, was sich später bemerkbar machen wird.

3. Die Etappen der russischen Revolution zwischen April und Oktober 1917

Um die neue Etappe zu kennzeichnen, in die die russische Revolution nach dem Oktoberaufstand eingetreten ist, und um ihre besonderen Merkmale zu begreifen, muß von der *im April 1917* bestehenden Situation ausgegangen werden. Diese Situation ist durch die *"Verflechtung"* der Herrschaft der Bourgeoisie *und* der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft gekennzeichnet, durch die "Doppelherrschaft". Diese "Doppelherrschaft" macht die *Besonderheit* der Situation in Rußland aus (29).

Die "Doppelherrschaft" bedeutet, daß im April 1917 "die demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft" *zugleich verwirklicht* (weil "faktisch in Petrograd die Macht in den Händen der Arbeiter und Soldaten liegt") *und nicht verwirklicht* ist; denn vermittelt über die Sozialrevolutionäre unterstützen die Volksmassen in der Mehrheit die Klassenzusammenarbeit, so daß "die Bourgeoisie an der Macht" bleibt (30).

Diese Situation der "Doppelherrschaft" ist *äußerst labil.* Sie impliziert, daß sich Rußland, wie Lenin sagt, "in einer Periode des *Übergangs* von der ersten Etappe der Revolution zur zweiten" (31) befindet.

Diese Besonderheit ist selbst ein Produkt der "Verflechtung" von *zwei revolutionären Prozessen:* dem Prozeß der proletarischen Revolution und dem Prozeß der bürgerlich-demokratischen Revolution. Diese Verflechtung wird übrigens nach der Oktoberrevolution nicht verschwinden, sondern ganz neue Züge annehmen. Schon im April 1917 sagt Lenin voraus, daß "eine neue Etappe der bürgerlich-demokratischen Revolution beginnt" und daß

28 Am 10. Oktober stimmt das Zentralkomitee nach mehreren Wochen des Zögerns dem bewaffneten Aufstand zu. Zuvor hatte es die Weisungen Lenins unbeantwortet gelassen und sogar verschiedene seiner Artikel "unterdrückt". Dies veranlaßte Lenin, seinen Rücktritt aus dem Zentralkomitee zu beantragen, um sich "die Freiheit der Agitation *in den unteren* Parteiorganisationen und auf dem Parteitag vorzubehalten" (a.a.O., S. 67).
29 Lenin, *Briefe über die Taktik,* a.a.O., S. 28
30 ebd., S. 28
31 ebd., S. 25

dies geschehen wird, "wenn sich die Bauernschaft von der Bourgeoisie loslösen, wenn sie wider die Bourgeoisie vom Grund und Boden und von der Macht Besitz ergreifen wird" (32).

Tatsächlich verliefen die Dinge anders, als Lenin damals vorhersagte. Um eine der von ihm in derselben Schrift benutzte Formulierung wieder aufzunehmen: das Leben hat, indem es diese Voraussage verwirklichte, "sie konkretisiert und sie *eben dadurch* modifiziert" (33).

In der Tat sieht man, daß die russische Revolution zwei voneinander unterschiedene und sich ergänzende Etappen durchläuft.

a) Der revolutionäre Kampf der Bauern um den Boden und die neue demokratische Etappe der Revolution im Sommer 1917

Die erste dieser beiden Etappen ähnelt der, die Lenin vorausgesehen hatte, wobei sie zugleich bestimmte unterschiedliche Merkmale aufweist: vom Sommer 1917 an *löst sich die Bauernschaft praktisch von der Bourgeoisie,* indem sie mit der Landnahme beginnt; sie bricht jedoch ideologisch und politisch nicht entscheidend mit der Bourgeoisie. In der Tat entzieht die Bauernschaft den Sozialrevolutionären nicht massiv das Vertrauen und *sie stellt nicht die Machtfrage.* Sie kann die Machtfrage erst stellen und lösen, als sie die Führung der Arbeiterklasse und der bolschewistischen Partei anerkennt, was sie jetzt noch nicht tut. Lenin stellt dies noch am Abend des 25. Oktober vor dem Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten fest, als er das Problem, *das Vertrauen der Bauern zu gewinnen,* aufwirft; er erklärt:

> "Wir werden das Vertrauen der Bauern durch ein einziges Dekret erwerben, das das Eigentum der Gutsbesitzer aufhebt. Die Bauern werden verstehen, daß die Rettung für die Bauernschaft nur im Bündnis mit den Arbeitern liegt." (34)

Der von den Bauern seit dem Sommer und im Herbst geführte revolutionäre Kampf bildet also eine neue Etappe der bürgerlich-demokratischen Revolution; denn seine Ziele sind die Aufteilung der Ländereien und die Entwicklung der privaten Nutzung des Bodens, was völlig innerhalb der Grenzen der bürgerlichen Ordnung verbleibt.

Der Rahmen, innerhalb dessen die Aufteilung der Ländereien stattfindet, ist im allgemeinen der *Mir.* Dieser soll grundsätzlich eine regelmäßige, sich wiederholende Umverteilung des Bodens unter seine Mitglieder sichern. Eine solche Umverteilung kann die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft *verzögern,* sie kann sie aber nicht verhindern; denn die

32 ebd., S. 30
33 ebd., S. 27
34 Lenin, *Sitzung des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten am 25. Oktober 1917, Rede über die Aufgaben der Sowjetmacht,* in: LW 26, S. 229

Bedingungen, unter denen sie stattfindet, sind von der Entwicklung des Kapitalismus außerhalb der Landwirtschaft beeinflußt und von den gesellschaftlichen Ungleichheiten, die diese Entwicklung innerhalb des *Mir* selbst hervorruft.

Wenn die von der provisorischen Regierung repräsentierte Macht der Bourgeoisie im Sommer und Anfang Herbst 1917 die Bauernschaft unterdrückt, dann nicht deshalb, weil deren Vorgehen die Grundlagen der kapitalistischen Entwicklung zerstört, sondern weil die unmittelbaren Interessen der russischen Bourgeoisie eng mit denen des Grundeigentums verbunden sind. Um diese unmittelbaren Interessen zu schützen, greift die provisorische Regierung zur Unterdrückung und bedroht damit den gesamten revolutionären Prozeß in einem solchen Ausmaß, daß das Eingreifen des Proletariats erforderlich ist, damit die Revolution weitergehen und sich vertiefen kann.

Infolge dieses Eingreifens, nämlich des Oktoberaufstands, erreicht die russische Revolution eine neue Etappe. Jedoch bedeutet der Übergang der russischen Revolution in eine neue Etappe – in eine proletarische Etappe – keineswegs, daß schon alle demokratischen Aufgaben der Revolution verwirklicht worden wären. Im Gegenteil, die Beziehungen zwischen den Klassen sind jetzt dergestalt, daß die demokratischen Aufgaben der Revolution nur in Verbindung mit dem Aufschwung und dem Sieg der proletarischen Revolution vollständig durchgeführt werden können. Das trifft zu auf die Verwirklichung der demokratischen Ziele der Bauernschaft. Das gilt auch für die *Verwirklichung der nationalen Ziele der nicht-russischen Völker* des alten zaristischen Reichs. 1917 beginnen diese Völker den Kampf um ihre nationale Unabhängigkeit. Indem sie ihre *eigene Regierung* bilden, befreien sie sich von der Fremdherrschaft und helfen dem russischen Proletariat, die bürgerliche Herrschaft zu brechen. Lenin hat die dialektische Einheit dieser revolutionären Bewegungen sehr früh erkannt, und es gelang ihm, die bolschewistische Partei davon zu überzeugen; im Namen des proletarischen Internationalismus spricht sie sich für das *Recht dieser Völker auf "Trennung" und Bildung ihres eigenen Staats* aus. Die revolutionäre Tragweite der Bewegung jener Völker, die früher der russischen Herrschaft unterworfen waren, erkannt zu haben und die Notwendigkeit für die bolschewistische Partei, diese Bewegung zu unterstützen, ist Lenins historisches Verdienst (35). Bekanntlich wurde diese Notwendigkeit weder von gewissen Bolschewiki, noch von der revolutionären Fraktion

35 Tatsächlich hat die bolschewistische Partei aufgrund dieser internationalistischen Position zahlreiche nicht-russische aktive Kämpfer gewonnen. Diese bildeten einen beträchtlichen Teil der Parteiführer – was dazu beitrug, einem großen Teil der nationalen Bewegungen des alten Rußland, soweit sie eine bolschewistische Führung akzeptierten, einen proletarischen Charakter zu verleihen. (Die Einleitung des Buchs von G. Haupt und J.-J. Marie, *Les Bolcheviks par eux-mêmes*, Paris 1969, bringt genaue Ausführungen über die nationale Herkunft der bolschewistischen Führer des Jahrs 1917: von den 246 Führern, deren Biographie in dem Buch dargelegt wird, sind nur 127 russischer Nationalität. Vgl. ebd., S. 20)

der deutschen Sozialdemokratie verstanden; Rosa Luxemburg zum Beispiel hat im wesentlichen nur die bürgerliche Seite der nationalen Bewegungen gesehen und nicht begriffen, daß die demokratische Seite dieser Bewegungen die Unterstützung durch das Proletariat erfordert, ebenso wie die revolutionäre Bewegung der um den Boden kämpfenden Bauern durch die Arbeiterklasse unterstützt werden muß.

b) Der revolutionäre Kampf der Arbeiter um den Sturz der provisorischen Regierung und die neue proletarische Etappe, die mit der Revolution im Oktober 1917 beginnt

Der Aufschwung der revolutionären Bauernbewegung (deren besondere Merkmale hier noch einmal in Erinnerung gerufen wurden) und der Aufschwung der revolutionären Bewegung der nicht-russischen Völker haben *in Verbindung mit einem machtvollen Anwachsen der proletarischen Kräfte* die Möglichkeit und Notwendigkeit des Oktoberaufstands (für die Weiterführung der Revolution) bestimmt. Der Sieg des Oktoberaufstands hat die Besonderheiten der russischen Revolution, die Bedingungen des Kampfs der Bauern um den Boden und den Klassencharakter der Macht radikal verändert.

Von Oktober an ist die proletarische Seite die Hauptseite der russischen Revolution. Der revolutionäre Kampf der Bauern verläuft jetzt als demokratische Revolution. Sie findet unter der *politischen Hegemonie des Proletariats* statt; aber sie wird nicht *wirklich* vom Proletariat und seiner Partei *geführt*; daher die besonderen Züge, die den weiteren Verlauf der russischen Revolution kennzeichnen; daher auch *bestimmte Merkmale der Diktatur des Proletariats*, die durch die Oktoberrevolution errichtet wurde.

KAPITEL II

Die Diktatur des Proletariats und die Klassenverhältnisse nach der Oktoberrevolution

Der Oktoberaufstand setzt der Diktatur der Bourgeoisie in Rußland ein Ende und errichtet die Diktatur des Proletariats. Er ermöglicht es also dem Proletariat, sich als herrschende Klasse zu konstituieren mit dem Ziel, die Revolution fortzusetzen, die Aufgaben der demokratischen Revolution in Angriff zu nehmen und die ersten Schritte zum Sozialismus hin zu unternehmen.

Der Oktoberaufstand hat die Macht der Bourgeoisie brechen können, weil er ein Moment eines umfassenden revolutionären Prozesses darstellt, der jetzt einen bestimmten Reifegrad erreicht hat.

Natürlich konnte das Proletariat weder durch die Besetzung einiger öffentlicher Gebäude, noch durch die Verhaftung einiger Minister (die die Bourgeoisie – hätte sie die Kraft gehabt – leicht hätte ersetzen können) die Macht der Bourgeoisie durch seine Macht ersetzen. Was diese Veränderung von weltgeschichtlicher Bedeutung ermöglicht, ist das neue *Kräfteverhältnis zwischen den Klassen,* das der Oktoberaufstand *enthüllt,* indem er zugleich zu dessen Entstehen beiträgt; denn *die Macht ist eben ein Verhältnis zwischen den Klassen* (und kein "Gegenstand", den man "ergreift").

Wenn der Oktoberaufstand in der Lage ist, die Existenz eines neuen Klassenverhältnisses *zu enthüllen* und zugleich zu dessen Bildung beizutragen, so deshalb, weil er offenbart, daß nicht mehr die Bourgeoisie, sondern das Proletariat und seine Partei "die Gewehre kommandieren". Er offenbart, daß die neue herrschende Klasse die *entscheidende militärische Gewalt erlangt* (36) und daß die alte herrschende Klasse sie verloren hat.

Das Proletariat verfügte im Oktober 1917 über die entscheidende militärische Gewalt, weil *die bewaffneten Kräfte, die über den Ausgang der Revolution entscheiden konnten, nicht mehr bereit waren, für die Bourgeoisie zu kämpfen* (37). Sie schlossen sich der Revolution aus *ideologischen und politischen* Gründen an: weil sie sich dem Druck und dem Handeln der

36 Obwohl sie über keine "Armee" im wörtlichen Sinn verfügte.

37 Lenin betonte in einem Vortrag, den er Anfang 1917 in Zürich auf einer Versammlung junger schweizer Arbeiter über die Revolution von 1905 hielt, daß schon in der damaligen Periode "die revolutionäre Gärung im Volke nicht umhin konnte, auch das Militär zu ergreifen". Aber "was fehlte, das war einerseits die Ausdauer, die Entschlossenheit der Massen, die zuviel an Vertrauensduselei litten, andererseits aber die Organisation der revolutionären sozialdemokratischen Arbeiter im Militärrock, die zuwenig verstanden haben, die Leitung in ihre Hände zu nehmen, sich an die Spitze der revolutionären Armee zu stellen und offensiv gegen die Regierungsgewalt vorzugehen." Lenin fügte übrigens folgende Bemerkung über den kleinbürgerlichen Antimilitarismus hinzu: "Es genügt nicht, den Militarismus zu verwünschen, zu verfluchen, 'abzulehnen', seine Schädlichkeit mit der Kritik der Argumente zu beweisen, es ist dumm, den Dienst friedlich zu verweigern – es gilt, das revolutionäre Bewußtsein des Proletariats wachzuhalten, und zwar nicht nur im allgemeinen, sondern auch seine besten Elemente im konkreten darauf vorzubereiten, im Momente der höchsten Gärung im Volke sich an die Spitze der revolutionären Armee zu stellen." (LW 23, S. 253 f.) Genau dies fand im Oktober 1917 – und, trotz dem Anschluß der Armee an die Revolution, weder 1905 noch im Februar 1917 statt; denn die Armee stand nicht unter der Führung des Proletariats.

38 Im Juli konnte die bolschewistische Partei einen vorzeitigen Aufstand des Petrograder Proletariats verhindern. Wenn dieser Aufstand damals stattgefunden hätte – zu einem Zeitpunkt, zu dem die revolutionäre Bauernbewegung noch kaum begonnen hatte –, wäre er zusammengebrochen, und die Aussichten auf den Sieg einer proletarischen Revolution wären beträchtlich gesunken.

Volksmassen nicht entziehen konnten. In der Tat wurden die Massen durch die ausweglose Lage, in der die russische Bourgeoisie das Land festhielt, vorwärtsgedrängt. Der Druck der Arbeitermassen wurde *unwiderstehlich* dank der bolschewistischen Partei, die ihnen half, den Charakter der Situation zu erkennen und einheitlich und im richtigen Moment zu handeln (38). Es war also die Verbindung aller revolutionären Bedingungen mit der Aktion der bolschewistischen Partei, die den Sieg des Oktoberaufstands und die Errichtung der Diktatur des Proletariats möglich machte.

Von den verschiedenen Faktoren, die den Sieg der Oktoberrevolution ermöglichten – die ausweglose Lage, die Erbitterung der Massen, der Druck der Massen, durch den ein entscheidender Teil der bewaffneten Kräfte ins Lager der Revolution überschwenkte, die führende Rolle der bolschewistischen Partei usw. – *ist es die Führung der revolutionären Massenbewegung in den Städten durch die Partei,* in erster Linie der *Arbeitermassen* von Petrograd, Moskau und den großen Industriezentren, *die den proletarischen Charakter der aus diesem Sieg hervorgegangenen Macht bestimmt.*

Vom Standpunkt des Klasseninhalts der Oktoberrevolution und der aus ihr hervorgegangenen Macht ist die führende Rolle der bolschewistischen Partei *entscheidend.*

Alle Revolutionen sind das Werk der entschlossenen Aktion und des Heroismus der Volksmassen und – seit sie existiert – besonders der Arbeiterklasse. Das war in der Februarrevolution 1917 der Fall, in der die Arbeiterklasse in Petrograd, Moskau und anderen Städten die *bestimmende Rolle* gespielt hat, ohne deswegen die proletarische Macht errichten zu können. Die Oktoberrevolution unterscheidet sich von allen vorhergehenden Revolutionen – die Pariser Kommune ausgenommen – dadurch, daß sie unter Führung proletarischer Ideen durchgeführt wurde.

Die bolschewistische Partei war der organisierte Träger dieser Ideen, und sie ist es gewesen, die es *dem russischen Proletariat ermöglicht hat, sich als herrschende Klasse zu konstituieren.* Dank des Vertrauensverhältnisses, das sich zwischen ihr und den kämpferischsten Teilen des Proletariats herausgebildet hatte, war die Partei das Instrument der Diktatur des Proletariats. Sie ist dieses Instrument geblieben, solange sie diese Bindungen aufrechterhielt und fortfuhr, Träger der proletarischen Ideologie und Praxis zu sein; das ist immer das Entscheidende (eine Partei kann tatsächlich eine breite proletarische Basis haben und doch nur eine "bürgerliche Arbeiterpartei" sein, weil sie nicht der Träger einer proletarischen Ideologie und Praxis ist).

1. Besonderheiten und Grenzen der führenden Rolle der bolschewistischen Partei im Jahr 1917 und nach der Oktoberrevolution

Die führende Rolle der bolschewistischen Partei im revolutionären Prozeß hat zwei Seiten: eine ideologische und eine politische Seite. Von diesen beiden Seiten ist die Hauptseite die ideologische Seite, umso mehr, als sie das Produkt der politischen Aktivität der Partei, ihrer organisatorischen Arbeit und ihrer Arbeit für die Vereinheitlichung der Massenkämpfe ist; denn es ist diese Arbeit, die es ihr ermöglicht, ihre Theorie zu bereichern, ihre politische Linie zu bestimmen und sie dem Volk zu vermitteln.

Die führende ideologische Rolle der bolschewistischen Partei entspricht der *ideologischen Führung* der Revolution durch das Proletariat, dessen Partei die kämpferischsten Kräfte und die revolutionären Initiativen zusammenfaßt. Die führende ideologische Rolle ist eine der Bedingungen der *Hegemonie des Proletariats* in der Revolution (39). Die proletarische Hegemonie und die führende ideologische Rolle des Proletariats dürfen natürlich nicht mit der Vorherrschaft der proletarischen Ideologie verwechselt werden. Diese kann nur am Ende eines langen Kampfs erreicht werden, der unter der Diktatur des Proletariats geführt wird und in einer revolutionären Umwälzung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse endet.

Die führende ideologische Rolle des Proletariats und seiner Partei bildet einen notwendigen Durchgangspunkt zur Erringung der politischen Macht. Dank der politischen und ideologischen Arbeit ihrer aktiven Mitglieder haben die Anstrengungen der bolschewistischen Partei diese Voraussetzungen am Vorabend der Oktoberrevolution erreicht.

Die *Eroberung* der führenden ideologischen Rolle durch das Proletariat und seine Partei ist dadurch gekennzeichnet, daß eine Anzahl revolutionärer Ideen hinsichtlich der aktuellen Lage, ihrer Widersprüche und hinsichtlich der Art und Weise, sie zu lösen, in einem so starken Maß die Massen ergreifen, daß sie zur "materiellen Gewalt" werden und die Herrschaft der bürgerlichen Ideologie *erschüttern:* das ist ein Resultat, das die Aktivität der bolschewistischen Partei erreicht hat; ein Resultat, das sich in der Tatsache äußert, daß die Volksmassen sich der bestehenden Ordnung *nicht mehr fügen* und die Soldaten *sich weigern,* ihre Gewehre auf diejenigen zu

39 Dieser Begriff wird von Lenin namentlich in einem Text benutzt, der für das Verständnis der hier angeschnittenen Probleme von grundlegender Bedeutung ist, und zwar in einer Rede, die er am 30. Dezember 1920 vor dem VIII. Sowjetkongreß gehalten hat und die unter dem Titel *Über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzkis* (LW 32, S. 1 ff.) veröffentlicht wurde. Lenin sagt in diesem Text: "Überhaupt läßt sich dieser Übergang (vom Kapitalismus zum Kommunismus) nicht bewerkstelligen ohne die Hegemonie derjenigen Klasse, die als einzige vom Kapitalismus für die Großproduktion geschult (...) ist." (a.a.O., S. 3). Der in der Übersetzung verwendete Begriff der "Hegemonie" entspricht genau dem von Lenin verwendeten Wort "glawienstwo", ein Ausdruck, der auch Vormachtstellung, Vorrang, Überlegenheit bedeutet.

richten, die ihnen die Nutznießer dieser Ordnung als Ziel angeben. Ist dieser Punkt erreicht, kann sich die führende ideologische Rolle des Proletariats in die politische Hegemonie umwandeln, die ermöglicht, die politische Macht des Proletariats zu errichten, wie es in der Oktoberrevolution geschah.

Im Oktober 1917 erfährt die führende Rolle der bolschewistischen Partei in mehrfacher Hinsicht Einschränkungen, die hier erörtert werden müssen, da sie auf den weiteren Verlauf der Revolution und auf die Beziehungen zwischen den verschiedenen staatlichen Apparaten schwerwiegende Auswirkungen hatten.

Die erste Einschränkung (die einen spezifischen Zug der damaligen revolutionären Situation ausmacht) wurde schon angedeutet. Es handelt sich um die Tatsache, daß zum Zeitpunkt der Oktoberrevolution die führende Rolle der bolschewistischen Partei sich in Hinsicht auf die *Arbeiter*massen wesentlich verstärkt, während sie in Hinsicht auf die *Bauern*massen noch relativ schwach bleibt. Diese Einschränkung wird äußerst wichtige Folgen haben, umso mehr, als es für die bolschewistische Partei danach sehr schwierig wird, die Situation in diesem Punkt *radikal zu verändern.* Gewiß akzeptiert ein entscheidender Teil der Bauernschaft die *politische* Führung der bolschewistischen Partei (vor allem auf militärischem Gebiet). Sie kämpft unter ihrer Führung, und dies ermöglicht der Sowjetmacht, den Sieg über die weißen Garden und die ausländischen Interventionstruppen zu erringen. Aber daß sich die Bauernmassen unter der Führung der Partei zusammenschließen, bedeutet nicht, daß sie sich die von der bolschewistischen Partei vertretenen Ideen in großem Umfang zueigen gemacht hätten, und zwar weder in bezug auf den revolutionären Marxismus, noch in bezug auf einen Teil der unmittelbaren Maßnahmen.

Die zweite Einschränkung der führenden Rolle der bolschewistischen Partei liegt in der Tatsache, daß die ideologisch führende Rolle der Partei selbst innerhalb der Arbeiterklasse eine vorwiegend politische ist. Nicht die grundlegenden Ideen des revolutionären Marxismus sind nämlich in einem entscheidenden Teil der Arbeitermassen breit eingedrungen – Ideen, die die Perspektiven des Sozialismus erklären und die ermöglichen, die Erfordernisse des Wegs zum Kommunismus zu erkennen –, sondern vor allem diejenigen Ideen, die den "unmittelbaren Aufgaben" (40), wie Lenin sie nennt, entsprechen.

40 Es ist hier unmöglich, die Ursachen für die Einschränkungen der führenden Rolle der bolschewistischen Partei im einzelnen zu erforschen. Einige Hinweise sind jedoch notwendig:
a) Die führende Rolle einer revolutionären Partei ist jedenfalls vor der Machtergreifung notwendigerweise Einschränkungen unterworfen; was sich je nach den konkreten Bedingungen verändert, ist die Art dieser Einschränkungen, sind die Klassen, in bezug auf die sich die Einschränkungen am meisten bemerkbar machen, ihre Formen usw.
b) Was die bolschewistische Partei 1917 betrifft, so sind die Einschränkungen ihrer führenden Rolle umso größer, als sie eine noch relativ junge Partei war (die erste Konferenz der bolschewistischen Gruppe war erst dreizehn Jahre vorher abgehalten worden, und der Bolschewismus stand unter dem enormen ideologischen Druck kleinbürgerlicher Vorstellungen der II. Internationale, gegen die er

Infolge dieser verschiedenen Einschränkungen der führenden Rolle der Partei und aufgrund der unmittelbaren Aufgaben der Revolution konnte es sich die bolschewistische Partei (nachdem die Sowjetmacht einmal errichtet war) nicht zum Ziel setzen, sofort an die Aufgaben der sozialistischen Umwälzung heranzugehen. Daher war die Partei 1917 und Anfang 1918 zu Recht der Meinung, daß es utopisch und folglich in tödlicher Weise gefährlich sei, zu versuchen, die sozialistischen Ziele, ausgenommen in bestimmten Punkten, rasch zu erfüllen. Diese notwendige und zeitweilige Einschränkung der Aufgaben ist zu dieser Zeit Gegenstand zahlreicher Aufrufe Lenins (und anderer bolschewistischer Führer). Lenin weist zum Beispiel in den *Aprilthesen* darauf hin; dort heißt es:

> "Nicht 'Einführung' des Sozialismus als unsere *unmittelbare* Aufgabe, sondern augenblicklich Übergang zur *Kontrolle* über die gesellschaftliche Produktion und die Verteilung der Erzeugnisse durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten." (41)

Diese Aufgabe wird kurz vor der Oktoberrevolution erneut hervorgehoben (42); am Tag des Aufstands (43) wird sie nochmals proklamiert und sechs Monate später (44) nachdrücklich wiederholt.

Man sieht, Lenin erinnert in dieser Zeit beständig daran, daß Rußland den Übergang zum Sozialismus eben erst beginnt. Er betont, daß das, was im Oktober 1917 und dann zwischen Oktober 1917 und April 1918 erreicht wurde, zwar von wesentlicher Bedeutung sei, aber lediglich erlaubt, erste Schritte in Richtung auf den Sozialismus hin zu unternehmen.

Sicher, man stellt beim Lesen der meisten Texte Lenins fest, daß seiner Meinung nach die *Haupt*ursache dafür, daß man nicht schneller und weiter zum Sozialismus gehen kann, in der aktuellen Lage begründet sei, in der ökonomischen Zerrüttung, der Desorganisation, der Hungersnot usw. Aber diese Hauptursache ist selber die Wirkung einer *grundlegenden* Ursache, die

unter sehr schwierigen Bedingungen ankämpfte) und als sie mit sehr wenigen erfahrenen aktiven Parteimitgliedern einer Situation gegenübertreten mußte, die sich mit ungeheurer Geschwindigkeit entwickelte: jede Woche des imperialistischen Kriegs kam für die Massen mehreren Jahren gleich.

c) Was schließlich die Tätigkeit der bolschewistischen Partei unter den Bauern betrifft, so wurde sie durch die Natur der gesellschaftlichen Verhältnisse Rußlands auf dem Land, durch den vorherrschenden Einfluß, den die kleinbürgerliche Ideologie der Sozialrevolutionäre dort gewinnen konnte, eingeschränkt und dadurch, daß die bolschewistische Partei selber die bestimmende Rolle der revolutionären Bauernbewegung unterschätzte.

Man sieht sofort, wie unterschiedlich die führende Rolle der kommunistischen Partei Chinas 1949 sein konnte. Die KP Chinas hatte damals achtundzwanzig Jahre Tätigkeit hinter sich, davon ungefähr zwanzig Jahre der Führung der roten Stützpunktgebiete und befreiten Gebiete, in denen sie eine politische, militärische, ideologische und ökonomische Massenaktivität hatte entwickeln können.

41 LW 24, S. 6

42 Lenin, *Aus dem Tagebuch eines Publizisten,* in: LW 25, S. 307

43 Lenin hob damals vor dem Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten hervor, daß die neue Etappe der russischen Revolution "in ihrem Endergebnis zum Sieg des Sozialismus führen (muß)." (LW 26, S. 228)

44 Lenin, *Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht,* in: LW 27, S. 235

damit zu tun hat, wie die bolschewistische Partei jetzt die Führung ausüben kann, das heißt, wie zu diesem Zeitpunkt die führende Rolle der Partei eingeschränkt ist. So stellt man fest, wie leicht die Partei bereits im zweiten Halbjahr 1918 dem Glauben verfällt, "sofort zum Kommunismus übergehen zu können", während sich doch die ökonomischen Bedingungen sogar noch verschlechtert haben; der Partei dagegen scheinen sich die politischen und ideologischen Bedingungen tiefgehend verändert zu haben, da die Bauernmassen sich jetzt um die Sowjetmacht zusammenschließen, um sich damit erfolgreich den weißen Garden und den imperialistischen Truppen entgegenzustellen.

In dieser Phase des Bürgerkriegs hat sich die führende Rolle der Partei in der Tat beträchtlich erweitert, aber nicht so weit, daß es der Partei möglich gewesen wäre, sich ohne ernste Gefahr grundlegend von der 1917 festgelegten Linie (45) zu entfernen. Die bolschewistische Partei hat diese Sachlage 1921 erkannt; das veranlaßte sie, das Problem der Bedingungen des Fortschreitens zum Sozialismus wesentlich so zu analysieren – wenn auch in einigen wichtigen Punkten modifiziert –, wie sich das fast vier Jahre vorher als notwendig erwiesen hatte.

Im Licht dessen, was soeben über die führende Rolle der bolschewistischen Partei, ihre Besonderheiten und Einschränkungen während und nach dem Oktober 1917 ausgeführt wurde, läßt sich nun die Frage nach den Formen der proletarischen Macht stellen und nach ihren spezifischen Merkmalen in diesem Zeitraum.

2. Die Formen der proletarischen Macht im Oktober 1917 und ihre spezifischen Merkmale

Durch den von der bolschewistischen Partei geführten revolutionären Kampf der Arbeiter der Großstädte entsteht eine proletarische Hegemonie, eine erst ideologische, dann politische Macht des Proletariats. *Diese Macht ist in erster Linie ein Verhältnis zwischen den Klassen.* Sie kann nicht mit einer *besonderen politischen Institution* identifiziert werden; dieselbe Macht kann sich je nach den konkreten Zeitpunkten und Bedingungen in dieser oder jener konkreten "politischen Institution" (46) "verkörpern".

Nach dem Oktober 1917 wird die Macht des Proletariats, seine Organisation als herrschende Klasse, von der bolschewistischen Partei als ihr Instrument ausgeübt; diese Partei ist es, die die proletarische Macht "verkörpert". Die proletarische Macht umfaßt die Staatsmacht; aber sie *beschränkt sich nicht darauf; die proletarische Macht beherrscht vielmehr die Staatsmacht.* Daher muß man unterscheiden zwischen der *politischen*

45 Es ist übrigens bekannt, daß in China, wo 1949 die ideologischen und politischen Bedingungen für eine schnelle sozialistische Entwicklung viel günstiger waren als 1917 in Rußland, eine solche Entwicklung in großem Maßstab erst von 1956 an eingeleitet wurde.

46 LW 24, S. 27

Macht und der bolschewistischen Partei (die diese Macht "verkörpert"), zwischen der Staatsmacht (über die die Gewalt gegen die Bourgeoisie und die konterrevolutionären Elemente ausgeübt wird), den *Formen* dieser Macht und den *Apparaten* und *Organisationen,* die es der Macht konkret ermöglichen, bestimmte Aktivitäten zu entfalten (die aber *auch* die proletarische Macht *in dem Maß behindern können,* wie sie sich ihr – unter dem Druck anderer Klassen oder infolge von Fehlern der Partei – entziehen, indem sie sich "verselbständigen").

a) Das System der Diktatur des Proletariats

Die proletarische Macht, die Diktatur des Proletariats, bildet ein System: Lenin nennt dieses System genau "das System der Diktatur des Proletariats".

In diesem System nehmen *das Proletariat und die mit ihm verbündeten Klassen,* die Klassen*organisationen* und die Klassen*apparate* verschiedene Stellungen ein. Diese Stellungen sind nicht "unveränderlich". Sie können variieren infolge des Klassenkampfs und seiner Wirkungen auf die Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse, auf die Klassenverhältnisse und besonders auf die ideologischen Verhältnisse, denen das Proletariat, die proletarische Partei und die mit der Arbeiterklasse verbündeten Klassen unterworfen sind.

In den Jahren nach der Oktoberrevolution weist das *System der Diktatur des Proletariats* bestimmte Merkmale auf, die Lenin in dem schon zitierten Text über *die Gewerkschaften und die gegenwärtige Lage* beschrieben hat.

In diesem System, so wie es damals existiert, nimmt die Partei die führende Stellung ein, weil, wie Lenin sagt, die Partei "die revolutionäre Energie der Klasse in sich aufgenommen hat"; daher kann die Diktatur des Proletariats "nur durch die Avantgarde verwirklicht werden", und das stellt sie über die "Staatsmacht" (47).

Zwischen der Staatsmacht und der Partei stehen nach Lenin die Gewerkschaften, insofern sie Organisationen sind, die alle Industriearbeiter umfassen, und insofern sie fähig sind, "die *Verbindung* der Avantgarde mit den Massen" (48) herzustellen. Diese Verbindung muß sich in *zwei Richtungen* entwickeln: von der "Spitze" zur Basis und von der Basis zur "Spitze". Tatsächlich haben die sowjetischen Gewerkschaften die ihnen so zugewiesene Stellung niemals wirklich eingenommen, und die Frage bleibt offen: können die Gewerkschaften (wenn man ihre Struktur, die eine bestimmte *Teilung* der Arbeiterklasse reproduziert, in Rechnung stellt) diese Stellung einnehmen, und wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Was die *"Staatsmacht"* anbetrifft, so *hat diese unter den gegebenen Bedingungen keinen authentisch proletarischen Charakter,* woraus sich für Lenin die Notwendigkeit ergibt, "die Maßnahmen der Staatsmacht zum Schutz der materiellen und geistigen Interessen des in seiner Gesamtheit

47 LW 32, S. 3
48 ebd.

vereinigten Proletariats *gegenüber* dieser Staatsmacht auszunutzen" (49).

Die Gründe, warum das Proletariat an der Macht vor der Staatsmacht geschützt werden muß, gehen aus den zitierten und auch aus anderen Texten Lenins oder der Partei nicht genau hervor.

In dem zitierten Text gibt Lenin zwei Erklärungen. Die erste bezieht sich auf das *Klassenbündnis,* das das Proletariat mit der Bauernschaft schließen mußte, um die Diktatur in einem in der Mehrzahl bäuerlichen Land auszuüben; deshalb Lenins Bemerkung: "Wir haben in Wirklichkeit keinen Arbeiterstaat, sondern einen Arbeiter- und Bauernstaat." (50)

Die zweite Erklärung Lenins bezieht sich auf die "bürokratischen Auswüchse" (51) des Sowjetstaats. Diese "Auswüchse" betreffen die Staats*apparate.* Sie müssen zu dem in Beziehung gesetzt werden, worauf Lenin seit Anfang 1918 hinwies (und was bis Dezember 1920 nicht besser wurde), daß nämlich innerhalb des Systems der Diktatur des Proletariats es in den "Sowjets noch viel Rohes, Unentwickeltes" gibt und mit der Erfüllung der Aufgaben des *Sowjet*systems "eben erst begonnen und schlecht begonnen" (52) wurde.

Die offenen und klaren Hinweise, die Lenin zwischen 1918 und 1920 (und noch in seinen letzten Äußerungen) über die Grundzüge der sowjetischen "Staatsmacht" gibt, sind von außerordentlicher Bedeutung. Sie heben sich scharf von dem apologetischen Ton ab, der später um sich greift, und sie helfen, den "rohen" und "unentwickelten" Charakter des Sowjetsystems in diesem Zeitraum zu erkennen. Gleichzeitig, und darüber braucht man sich nicht zu wundern, da eine zureichend lange Praxis fehlt, durch die Lenin zu einem tieferen Verständnis der Verhältnisse, denen diese Grundzüge entspringen, hätte gelangen können – gleichzeitig bieten Lenins Formulierungen nicht immer wirkliche Erklärungen, sondern enthalten eher eine Reihe von Tatsachenfeststellungen.

Eins der Ziele der vorliegenden Arbeit ist es gerade zu versuchen – was heute aufgrund der Kenntnis dessen, was sich im weiteren Verlauf ereignet hat, möglich ist –, zu einer vollständigeren Beschreibung des Systems der Diktatur des Proletariats, wie es in Rußland zwischen 1917 und 1923 und später existierte, zu gelangen, wodurch es auch möglich wird, den Charakter der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Klassenkämpfe zu erfassen, die die Besonderheiten des Systems bestimmt und zu seiner weiteren Entwicklung beigetragen haben.

In diesem Zusammenhang ist es notwendig, auf die oben zitierte Formulierung Lenins zurückzukommen, wo er sagt: "Wir haben keinen Arbeiterstaat, sondern einen Arbeiter- und Bauernstaat."

49 ebd., S. 8
50 ebd., S. 7
51 ebd.
52 Lenins Referat über die Revision des Parteiprogramms, gehalten auf dem VII. Parteitag am 8. März 1918; in: LW 27, S. 120

b) Die "Staatsmacht" und das Arbeiter- und Bauernbündnis

Diese Formulierung wirft aufgrund ihrer mangelnden Klarheit mehr Probleme auf, als sie erklärt. Lenin greift sie daher in einem Hinweis wieder auf, den er "Berichtigung" nennt, verbunden mit einem kurzen Kommentar. Diese "Berichtigung" steht in einem Artikel der *Prawda* vom 21. Januar 1921, mit der Überschrift *Die Krise der Partei.*

Lenin antwortet darin mit einigen Sätzen auf einen Zwischenruf Bucharins. Bucharin hatte tatsächlich auf der Sitzung der KPR(B)-Fraktion des VIII. Sowjetkongresses am 30. Dezember 1920 (auf der Lenin die Formulierung "Arbeiter- und Bauernstaat" gebrauchte) Lenin unterbrochen und dazwischengerufen: "Was für einen Staat? Einen Arbeiter- und Bauernstaat?"

Lenin erklärt in dem Artikel vom 21. Januar: ich "sehe nun, daß ich unrecht und Genosse Bucharin recht hatte." Lenin erläutert:

> "Der Arbeiterstaat ist eine Abstraktion. In Wirklichkeit haben wir nämlich einen Arbeiterstaat, erstens mit der Besonderheit, daß im Lande nicht die Arbeiter-, sondern die Bauernbevölkerung überwiegt; und zweitens haben wir einen Arbeiterstaat mit bürokratischen Auswüchsen."

In dieser Äußerung verwendet Lenin – worauf er übrigens hinweist – Begriffe, die denen, die er in der Diskussion auf dem VIII. Sowjetkongreß benutzte, eher entsprechen; aber *praktisch hält er fest* an dem, was er vorher gesagt hatte, und er betont das, indem er abschließend bemerkt: "(...) durch diese Richtigstellung (ändern sich) weder der Gang meiner Argumentation noch meine Schlußfolgerungen" (53).

In der Tat *präzisiert* Lenin seinen Gedanken in dieser "Berichtigung"; denn sie hebt hervor (was gewisse Bolschewiki gerne vergaßen), daß die konkrete *Wirklichkeit* des Sowjetstaats notwendig vom Charakter jener Beziehungen bestimmt ist, die die bäuerliche Bevölkerung – die *bestimmende gesellschaftliche Kraft* in einem Land, dessen Bevölkerung in der Mehrheit aus Bauern besteht – mit dem Proletariat – die durch seine Partei *führende gesellschaftliche Kraft* – unterhält.

In der Tat stellt sich das hier aufgeworfene Problem auf zweifache Weise: einerseits als Problem des Widerspruchs zwischen den in großer Zahl vorhandenen *nichtproletarischen Volkskräften* (im wesentlichen den Bauernmassen) und dem zugleich proletarischen und demokratischen Charakter dieser Macht (54), und andererseits als Problem der *korrekten Behandlung dieses Widerspruchs.*

Es handelt sich um einen unter den gegebenen Bedingungen notwendigen Widerspruch: wenn das System der Diktatur des Proletariats von der

53 vgl. den in LW 32, S. 32 zitierten Artikel

54 Es ist sinnvoll, darauf hinzuweisen, daß in allen Ländern das eigentliche Proletariat im allgemeinen in der Minderheit ist: die Besonderheit Rußlands in jener Periode – die man aber in allen schwach industrialisierten Ländern wiederfindet – besteht darin, daß innerhalb der nicht-proletarischen Volksmassen die Bauernmassen das vorherrschende Element bilden.

proletarischen Partei wirksam *geführt* werden soll, *ist es auch notwendig,* daß dieses System von den *großen, auch nicht-proletarischen Volksmassen getragen wird,* und diese müssen folglich in großem Umfang *in die Organe der proletarischen Macht einbezogen werden,* in erster Linie in die Selbstverwaltungs- und Regierungsorgane, unter Umständen auch *in die Sowjets.*

Dieser Widerspruch spitzt sich mehr oder weniger zu, je nach den Grundzügen der vom Proletariat und seiner Partei *über die Volksmassen* ausgeübten *ideologischen und politischen Führung.* Er gewinnt eine besondre Schärfe, wenn diese Führung, das heißt diese Führungsaktivität in bezug auf einen Teil der Volksmassen schwach oder relativ schwach ist, was – mit Ausnahme einiger kurzer Phasen – in Rußland im allgemeinen gegenüber den Bauernmassen der Fall war.

Wie man weiß, ist die Schwäche der Führungsaktivität der Partei gegenüber der Bauernschaft verbunden mit der davon *scheinbar unabhängigen* Form, die die revolutionäre Tätigkeit der Bauernschaft und ihre Erfolge annehmen. In der Tat *konnten diese Erfolge nur deshalb erreicht und konsolidiert werden, weil die Arbeitermassen und die bolschewistische Partei den Erfolg der proletarischen Revolution in den Städten sichergestellt und damit die revolutionäre Bewegung der Bauern geschützt hatten* (55); aber die enge Verbindung zwischen der proletarischen Revolution in den Städten und der demokratischen Revolution auf dem Land war für die Bauern nicht voll ersichtlich, weil die bolschewistische Partei weder im Dorf, noch innerhalb der Bauernschaft präsent war. Daher die immer wieder betonte Notwendigkeit, die bäuerlichen Massen von der Identität ihrer grundlegenden Interessen mit denen des Proletariats zu *überzeugen;* daher

55 Es ist eine historische Tatsache, daß eine sich selbst überlassene Bauernbewegung nicht in zureichendem Maß vereinte Kräfte aufbringen kann, um einen entscheidenden Sieg über die Kräfte eines zentralisierten Staatsapparats zu erringen. Auch in China war es nur durch die Präsenz der KPCh und der militanten Arbeiter innerhalb der Bauernschaft möglich, eine richtige Armee aufzustellen. In der Zeit der ersten roten Stützpunkte beharrte Mao Tse-tung auf diesem Punkt: "Allein mit der örtlichen Roten Garde, jedoch ohne reguläre Armee, kann man nur mit den Hofwehren der Grundherren fertig werden, nicht aber mit den regulären weißen Truppen. Deshalb ist es, selbst wenn sich die Arbeiter- und Bauernmassen vortrefflich halten, jedoch keine regulären Streitkräfte von entsprechender Stärke vorhanden sind, absolut unmöglich, eine selbständige Macht zu schaffen, geschweige denn eine solche, die von dauerhaftem Bestand ist und sich tagtäglich entwickelt." (*Ausgewählte Werke* I, S. 71) In Rußland war es zwischen Oktober 1917 und Mai 1918 nicht notwendig, die revolutionäre Bauernbewegung durch eine reguläre Armee vor der Konterrevolution zu schützen, aber das änderte sich, sobald die Konterrevolution mithilfe der imperialistischen Mächte zur Offensive überging. In diesem Moment empfanden die Bauernmassen die Notwendigkeit der Führung durch die bolschewistische Partei (auch wenn sie mit dieser oder jener von ihr getroffenen Maßnahme nicht einverstanden waren); jedoch wirkte sich die führende Aktion der Partei auf die Bauernmassen mangels ausreichender Verankerung der bolschewistischen Partei auf dem Land nur relativ oberflächlich aus; sie gewann nur in geringem Maß den Charakter einer ideologischen Führung und verflüchtigte sich tendenziell, sobald ihre Notwendigkeit nicht mehr unmittelbar einsehbar war.

auch die vielen Spannungen, die sich zwischen der Sowjetmacht und den breiten Schichten der Bauernschaft entwickelten (56).

So bezeichnet Lenins Formel "Arbeiter- und Bauernstaat" in erster Linie jene Auswirkungen auf das Leben der Sowjetorgane – der Dorf-, Kreis-, Bezirkssowjets usw. –, einem integralen Bestandteil des Systems der Diktatur des Proletariats, die eine Bauernschaft ausüben kann, die zahlenmäßig stark ist und *imstande, eine von der Diktatur des Proletariats unabhängige politische Tätigkeit zu entfalten.* Es besteht dann die Gefahr, daß die Tätigkeit der Sowjetorgane eine Wendung nimmt, die die Diktatur des Proletariats schwächt.

Man kann eine solche Gefahr nicht umgehen, indem man sich darauf beschränkt, die Massen von den Sowjetorganen auszuschließen. Ein solcher Ausschluß würde nur die Volksbasis der Diktatur des Proletariats schmälern; er würde die notwendigen Bindeglieder innerhalb des Bündnisses zwischen Proletariat und Bauernschaft schwächen; er würde der Erfüllung der Aufgaben der demokratischen Revolution schaden und die Entfaltung der führenden Rolle der Partei unmöglich machen. Diese Rolle kann sich nur in dem Maß entwickeln, wie die proletarische Partei selbst auf die Volksmassen vertraut und ihnen *so ermöglicht, sich aufgrund eigener Erfahrung* immer mehr unter der Führung der proletarischen Partei zusammenzuschließen.

Wenn man sich von diesem Weg entfernt, *wenn man den Widerspruch zwischen dem proletarischen Charakter der Macht und der Notwendigkeit, die großen nicht-proletarischen Massen in die Organe der Macht einzubeziehen, nicht korrekt behandelt,* läuft man außerdem Gefahr, daß die Führung der Staatsgeschäfte in den Händen einiger weniger konzentriert wird. Eine solche Konzentrierung verstärkt die *staatliche* Seite der Organisation der Macht, die *Trennung* der Staatsapparate von den Massenorganen und die *nicht-demokratischen Formen der Zentralisierung;* er führt zur Ausdehnung und nicht zur Zurückdrängung der bürgerlichen politischen Verhältnisse und gefährdet *daher auch* den proletarischen Charakter der Macht. Diese ist bekanntlich *nicht nur* eine Staatsmacht; denn die politische Macht des Proletariats entspricht nicht der Existenz eines "Staats im eigentlichen Sinn", sondern einer Macht, die "kein Staat im eigentlichen Sinne mehr" (57) ist.

Lenins Formel vom *"Arbeiter- und Bauernstaat" bezeichnet also auch die Notwendigkeit, die Widersprüche, die sie aufzeigt, korrekt zu behandeln.*

56 Wie sich später zeigt, wurden diese Spannungen durch die Fehler gefördert, die die Partei mit ihrer Bauernpolitik, insbesondre während des "Kriegskommunismus", machte.

57 vgl. dazu Lenin in *Staat und Revolution,* LW 25, insbesondre S. 477, und in zahlreichen anderen Texten, zum Beispiel in der Schrift *Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution,* LW 24, S. 71. Lenin nimmt hier übrigens nur die Schlußfolgerungen von Marx und Engels wieder auf, die – nach der Erfahrung der Pariser Kommune – vorschlagen, das Wort "Staat" durch das Wort "Gemeinwesen" als Bezeichnung für die politische Macht der Arbeiter zu ersetzen (vgl. den *Brief von Engels an Bebel vom 18./28. März 1875,* in: MEW 19, S. 7).

Die Geschichte hat die Fehler, die bei der Behandlung dieses Widerspruchs in Rußland begangen worden sind, aufgedeckt.

Die Existenz einer zahlreichen Bauernschaft, auf die sich die Führung des Proletariats nur schwach auswirkt, hat nach der Oktoberrevolution zu verschiedenen Maßnahmen und Entscheidungen Anlaß gegeben, die die Arbeitsweise der Machtorgane betreffen.

Die *formal* bedeutsamste Entscheidung bestand darin, daß man die Repräsentanz eines Delegierten der Bauernbevölkerung auf 125.000 Einwohner, die Repräsentanz eines Delegierten der Stadtbevölkerung auf 25.000 Wähler festlegte (58). Nach Lenins Ansicht rechtfertigt sich der so institutionalisierte Unterschied zwischen Stadt und Land durch die Tatsache, daß die Organisierung des Proletariats raschere Fortschritte machte als die der Bauernschaft, was – so fügt er hinzu – den Arbeitern faktisch eine Vorzugsstellung eingeräumt habe (59).

Diese die Bauernschaft diskriminierende Maßnahme ist nicht ohne Bezug zu den Ergebnissen der Wahlen zur Konstituierenden Versammlung beschlossen worden (die, kaum daß sie am 5./6. Januar zusammentrat, wieder aufgelöst wurde). Bei diesen Wahlen, die unter der Sowjetmacht organisiert wurden, erhielten die Bolschewiki von den 707 Sitzen nur 175 gegenüber 410 für die Sozialrevolutionäre, 17 für die Kadettenpartei (60), 16 für die Menschewiki und 86 für verschiedene nationale Gruppierungen (61).

Aus denselben Gründen wurde die Tätigkeit anderer Parteien als der bolschewistischen (62) stark eingeschränkt und später praktisch verboten. Das gilt insbesondre für die Partei der Sozialrevolutionäre, die fest mit den wohlhabenden Schichten der Bauernschaft verbunden waren.

Es ist schwierig, zu bestimmen, wie sich diese verschiedenen Maßnahmen auf die Einstellung der Bauern zu den Sowjetorganen auswirkten. Auf jeden

58 Man muß von der Vertretung der "städtischen" und nicht der "Arbeiter"-Bevölkerung sprechen, weil sich die Wählerschaft aus den Einwohnern in den Städten zusammensetzt; davon sind "diejenigen, die andere ausbeuten, um Profit zu machen", ausgenommen, die "Geschäftsleute", diejenigen, "die ihr Einkommen nicht aus eigener Arbeit beziehen", die Kriminellen, Mönche, Pfaffen und die Geisteskranken. Die Intellektuellen und freiberuflich Tätigen sind ebenso Wähler wie die Spezialisten und die Regierungsangestellten (vgl. dazu E.H. Carr, *La Formation de l'URSS,* Paris 1969, S. 146–147).

59 vgl. Lenins Rede über das Parteiprogramm auf dem VIII. Parteitag der KPR(B), in: LW 29, insbesondre S. 170. In dieser Rede faßt Lenin die Bestimmungen der Verfassung über das Wahlrecht zusammen: "Unsere Verfassung sieht die Bevorzugung des Proletariats gegenüber der Bauernschaft vor und entzieht den Ausbeutern das Wahlrecht." (ebd., S. 169) Diese letzte Maßnahme hängt nach Lenins Darstellung von den jeweiligen Umständen ab; denn er erklärt: "Wenn es aber notwendig ist, die Bourgeoisie als Klasse zu unterdrücken, so ist es nicht notwendig, ihr Wahlrecht und Gleichstellung zu entziehen." (ebd., S. 170)

60 Die Kadettenpartei (für K.D. oder Konstitutionelle Demokraten) ist eine typisch bürgerliche Partei. Nach Lenin "ist der Kadett ein echter Makler. Sein Ideal ist die Verewigung der bürgerlichen Ausbeutung in geregelten, zivilisierten, parlamentarischen Formen." (vgl. *Versuch einer Klassifizierung der russischen politischen Parteien,* in: LW 11, S. 219) Diese Charakterisierung von 1906 gilt auch für 1917.

61 vgl. E. H. Carr, a.a.O., S. 114

62 s. unten, S. 215 f.

Fall kann man feststellen, daß in den Bezirkssowjets (in denen sich der Einfluß der Bauernschaft am stärksten bemerkbar machen konnte und über die es ausreichende Informationen gibt) der Anteil der kommunistischen Delegierten 1918 fast 61% beträgt, der dann ständig fällt – auf 43% 1920 und 44% 1921. Das Verschwinden der Delegierten der andern Parteien ist nicht von einem wirklichen Anwachsen der bolschewistischen, sondern der parteilosen Delegierten begleitet. 1920 und 1921 sind diese sogar zahlreicher als die kommunistischen Delegierten (63).

Die wichtigsten politischen Auswirkungen des Widerspruchs zwischen der proletarischen Macht und dem Überwiegen *einer Bauernbevölkerung, auf die sich die Führung des Proletariats relativ schwach auswirkt,* beziehen sich natürlich nicht auf die Wahlen. Am stärksten wirkt sich dies auf die schlechte Funktionsweise der Sowjetorgane aus (64).

Diese Situation ist nicht das Resultat eines langen historischen Prozesses: sie existiert seit der Proklamierung der Sowjetmacht. Sie entspricht (nach einer Äußerung Lenins) der "Übergangsform" der Diktatur des Proletariats.

Die Auswirkungen dieser Situation werden klar, sobald man die charakteristischen Merkmale und Verhältnisse der beiden Hauptelemente des Systems der Diktatur des Proletariats analysiert, nämlich die Organisation der Sowjets, wie sie sich nach der Oktoberrevolution etabliert, und die bolschewistische Partei als das beherrschende Element der Diktatur des Proletariats; eine Partei, deren Ideologie, politische Linie, Führungsstil und deren Fähigkeit, das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft zu entfalten, also deren Beziehungen zu den Volksmassen, die letzte Garantie des proletarischen Charakters der Macht bilden.

3. Die Errichtung der Sowjetorgane und der Sowjetregierung

Die Stellung, die die Sowjetorgane nach der Oktoberrevolution einnehmen, in erster Linie die auf dem II. Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte gebildeten zentralen Sowjetorgane, ist Ergebnis des Verlaufs der Revolution selbst und der führenden Rolle, die die bolschewistische Partei in der Erhebung gespielt hat.

Tatsächlich waren es nicht die Sowjetorgane (von denen viele noch von den Sozialrevolutionären und rechten Sozialisten beherrscht wurden und die Teilnahme am II. Kongreß verweigert hatten), die die provisorische Regierung stürzten, sondern die Arbeitermassen unter der Führung der bolschewistischen Partei. Wie Stalin einige Jahre nach der Oktoberrevolution feststellte, "hat der Sowjetkongreß die Macht lediglich aus den Händen des Petrograder Sowjets empfangen" (65), das heißt aus den Händen der bolschewistischen Partei, die dessen Entscheidungen anleitete (66).

63 vgl. die statistische Tabelle in Anweilers Buch, *Die Rätebewegung in Rußland,* a.a.O., S. 324
64 vgl. LW 29, S. 167–169
65 Stalin, *Trotzkismus oder Leninismus,* SW 6, S. 310

Es wurde bereits ausgeführt, daß die Macht ein Klassenverhältnis ist und keine "Sache"; sie "wechselt" nicht aus einer Hand in die andere. Die Dynamik der Revolution selbst und die Initiativen der bolschewistischen Partei an der Spitze der Arbeitermassen haben die Partei und nicht die Sowjets wirklich an die Macht gebracht; und wenn die Staatsmacht zum Teil – unter noch zu untersuchenden Bedingungen – von den Organen ausgeübt wird, die auf dem II. Sowjetkongreß und danach auf den späteren Kongressen entstanden sind, so ist dies eine Folge der von der bolschewistischen Partei selbst eingeschlagenen Politik.

Die Beziehungen, die so zwischen den Sowjetorganen und der Partei entstehen, entsprechen dem wirklichen Kräfteverhältnis der Klassen; sie entsprechen zugleich der Auffassung der bolschewistischen Partei und vor allem der Lenins (67) über die Stellung, die die Partei und die Sowjets im System der Diktatur des Proletariats einnehmen sollten.

Lenin hat niemals eine "fetischistische" Vorstellung von der Rolle der Sowjets gehabt. Als sich im Verlauf des Jahrs 1917 die Gefahr herausstellt, daß die Sowjets mehr oder weniger von den kleinbürgerlichen und chauvinistischen Parteien beherrscht werden, die bereit sind, eine antibolschewistische Politik zu betreiben, nimmt Lenin die Losung "Alle Macht den Sowjets" zurück; dabei zeigt er, daß sich die Sowjets in ein "Feigenblatt der Konterrevolution" (68) verwandeln können.

Daher betont Lenin im Sommer 1917:

> "Die Losung 'Alle Macht den Sowjets' war die Losung der friedlichen Entwicklung der Revolution, die möglich war im April, im Mai und im Juni, bis zum 5. – 9. Juli (...). Jetzt ist diese Losung bereits falsch, denn sie zieht nicht in Betracht, (...) daß die Sozialrevolutionäre und Menschewiki die Revolution in der Tat glatt verraten haben." (69)

Jetzt vertritt Lenin (ohne jedoch auf die mit der illegalen Arbeit *verknüpfte* legale Tätigkeit zu verzichten und verbunden mit der Empfehlung, jede Überstürzung zu vermeiden) die Losung des bewaffneten Aufstands, dessen Ziel "nur der Übergang der Macht an das von der armen Bauernschaft unterstützte Proletariat sein (kann), um das Programm unserer Partei zu verwirklichen" (70).

66 Als Trotzki am 26. Oktober vor dem Petrograder Sowjet bekanntgibt, daß die provisorische Regierung gestürzt worden sei, damit der II. Sowjetkongreß die Macht übernehmen kann, fügt er hinzu: "Wir als Partei sehen unsere Aufgabe darin, eine reale Möglichkeit für den Sowjetkongreß zu schaffen, damit er die Macht in seine Hände nehmen kann. (...) Um diese Aufgabe zu verwirklichen, war eine Partei nötig, welche die Macht aus den Händen der Konterrevolutionäre reißen und euch sagen konnte: Hier ist sie – und ihr seid verpflichtet, sie zu übernehmen." Vgl. Trotzki, *Werke* (russ.), Bd. III, 2, S. 65 f., zit. bei O. Anweiler, a.a.O., S. 241 f.
67 Über diesen und andere Punkte besteht innerhalb der Partei bei weitem keine Einmütigkeit. Einige bolschewistische Führer, die wie Sinowjew und Kamenew gegen den bewaffneten Aufstand stimmten, sprechen sich auch gegen die bevorzugte Stellung aus, die die Partei nach dem Aufstand einnimmt.
68 vgl. Lenin, *Die politische Lage,* in: LW 25, S. 175
69 ebd., S. 175 f.
70 ebd., S. 176

Im September, nach der Zerschlagung des Putschversuchs Kornilows und aufgrund der Verstärkung der bolschewistischen Vertretung in den Sowjets, wird von Lenin die Losung "Alle Macht den Sowjets" erneut befürwortet.

Die Politik der bolschewistischen Partei gegenüber den *Sowjetorganen* besteht also darin, ihnen im System der Diktatur des Proletariats zwar einen Platz einzuräumen, aber Sowjetorgane nicht mit der Diktatur des Proletariats gleichzusetzen. Sie können also keine beherrschende Stellung einnehmen. Umso weniger, als die Bauernsowjets in ihrer Zusammensetzung nicht differenziert sind und die Landarbeiter und armen Bauern in den Sowjets keine maßgebende Rolle spielen.

Die Verhältnisse, die sich zwischen der bolschewistischen Partei und den Sowjetorganen entwickeln – und besonders zwischen dem Rat der Volkskommissare und dem Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitee der Sowjets (die beiden zentralen Regierungsorgane) –, erklären sich im wesentlichen aus dem, was zuvor ausgeführt wurde.

a) Der Rat der Volkskommissare

Schon am Abend des 26. Oktober 1917 beschließt der Gesamtrussische Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte auf seiner zweiten und letzten Versammlung die Bildung eines Rats der Volkskommissare (russische Abkürzung: *Sownarkom*), "der ersten Arbeiter- und Bauernregierung".

Dieser erste Rat der Volkskommissare setzt sich ausschließlich aus Bolschewiki zusammen. Seine Mitglieder werden von der Partei bestimmt. Während einer kurzen Periode, zwischen Ende November 1917 und Sommer 1918, wurden einige linke Sozialrevolutionäre aufgefordert, sich am *Sownarkom,* das heißt an der Regierung, zu beteiligen. Aber die wachsende Feindschaft der linken Sozialrevolutionäre gegen die Politik der bolschewistischen Partei (besonders gegen den Friedensvertrag von Brest-Litowsk mit Deutschland) führt zu ihrem Ausschluß aus dem Rat der Volkskommissare (71). Seitdem besteht er ausschließlich aus Bolschewiki.

Lenin ist bis zu seinem Tod der Vorsitzende des *Sownarkom.*

b) Das Gesamtrussische Zentralexekutivkomitee (ZEK)

Das Gesamtrussische Zentralexekutivkomitee der Sowjets (nach den russischen Initialen VCIK) ist juristisch das höchste Organ der Macht; es ist aus dem Sowjetkongreß hervorgegangen.

Das ZEK, das auf dem II. Kongreß der Arbeiter- und Soldatensowjets gewählt wurde, besteht aus 62 Bolschewiki, 29 linken Sozialrevolutionären und 10 anderen Sozialisten. Es widerspiegelt so die Zusammensetzung des Kongresses nach dem Rücktritt der rechten Sozialrevolutionäre und der

71 s. unten, S. 221 f.

Delegierten anderer Parteien, die sich weigerten, weiterhin am Kongreß teilzunehmen, um gegen den Aufstand zu protestieren.

Nach diesem Kongreß wuchs die Mitgliederzahl dieses Komitees durch die *Hinzuziehung von Bauerndelegierten, die auf dem Kongreß der Bauerndeputierten gewählt wurden* (in gleich großer Zahl wie die Arbeiterdelegierten des II. Kongresses), um 100 Delegierte aus *Armee und Flotte* und um 50 Delegierte der *Gewerkschaften.* Das neue, am 15. November 1917 auf diese Weise gebildete Komitee hat mehr als 350 Mitglieder und nennt sich offiziell *"Zentralexekutivkomitee der Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten".* Die erste sowjetische Verfassung, die Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR), die im Juli 1918 vom V. Sowjetkongreß verabschiedet wurde, bestätigt die gleichen Anteile für die Delegierten von Stadt und Land (72), sie legt jedoch die Mitgliederzahl des ZEK auf 200 fest. Die Verfassung bestimmt, daß das ZEK die Funktionen des Kongresses zwischen dessen Sitzungen zu erfüllen hat und daß es auch die Mitglieder des *Sownarkom* ernennt. Theoretisch müßte das ZEK mehr oder weniger in Permanenz tagen. Tatsächlich ist es ein von ihm gewähltes Organ, das *Präsidium des ZEK,* das zumeist dessen Funktionen erfüllt. In einer vom VIII. Parteitag der bolschewistischen Partei 1919 angenommenen Resolution hat der Sowjetkongreß diese Praxis bestätigt.

c) Die Beziehungen zwischen dem ZEK und dem Sownarkom

Der Rat der Volkskommissare (Sownarkom) ist dem ZEK rechtlich untergeordnet. In der Tat werden, wie erwähnt, die Mitglieder des Sownarkom durch das ZEK ernannt. Die Verfassung bestimmt ebenfalls, daß die Verkündung von Dekreten, Befehlen und Instruktionen Sache des ZEK ist, daß "in der RSFSR die oberste Gewalt beim Gesamtrussischen Sowjetkongreß und zwischen dessen Tagungen beim Zentralexekutivkomitee der Sowjets liegt" (Artikel 12), während der Rat der Volkskommissare mit der "allgemeinen Führung der Staatsgeschäfte" beauftragt wird.

In Wirklichkeit sah die Praxis ganz anders aus. Schon am 30. Oktober 1917 verabschiedete der Rat der Volkskommissare ein Dekret, durch das er die gesetzgebende Gewalt sich selbst übertrug. Dieses Dekret sollte grundsätzlich nur bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung gelten, blieb aber nach deren Auflösung in Kraft. Mit der Annahme der Verfassung sind die Dinge definitiv entschieden: der Rat der Volkskommissare hat das ZEK faktisch zurückgedrängt, das kaum mehr ist als ein Organ für die Bestätigung von Beschlüssen oder Anträgen, die es im allgemeinen nicht selbst initiiert. Die Regierungsgewalt ist im Sownarkom konzentriert. Nachdem die linken Sozialrevolutionäre nunmehr aus dem Sownarkom ausgeschlossen sind, liegt die Regierungsgewalt bei der bolschewistischen Partei,

72 s. oben, S. 70

in wachsendem Maß beim Zentralkomitee (ZK) und später schließlich beim Politbüro der Partei. Das Politbüro überprüft die Mehrzahl der wichtigen Entscheidungen, zunächst gleichzeitig mit dem Sownarkom, später öfter sogar vor ihm.

Der Prozeß, durch den die tatsächliche Regierungsgewalt dem ZEK zugunsten des Sownarkom und des ZK der bolschewistischen Partei entzogen wurde, ist von großer Bedeutung. In der Tat wird durch ihn die Frage der "Lokalisierung" der höchsten politischen Instanz zugunsten der bolschewistischen Partei und zum Nachteil des aus den Sowjetorganen hervorgegangenen ZEK entschieden.

Vor dem Sieg der Oktoberrevolution ist praktisch niemals daran gedacht worden, ein Regierungsorgan wie den Rat der Volkskommissare zu schaffen, das einen von der Sowjetorganisation unterschiedenen Organismus darstellt. Alle Gewalten sollten anscheinend in den eigentlichen Sowjetorganen konzentriert werden. Am Ende des soeben beschriebenen Prozesses stellt sich das anders dar: die Regierungsgewalt wird vom Rat der Volkskommissare ausgeübt, der nicht (wie das ZEK) direkt aus den Sowjetorganen hervorgegangen ist und dessen Mitglieder von der bolschewistischen Partei ausgewählt werden. Damit wird eine Machtstruktur etabliert, die sich wesentlich von derjenigen unterscheidet, die vor der Oktoberrevolution auch von der bolschewistischen Partei selbst geplant war.

Man könnte meinen, der Bildungs- und Konsolidierungsprozeß dieser Regierungsstruktur sei hauptsächlich aus der besonderen politischen Kräftekonstellation zu erklären, die die Oktoberrevolution kennzeichnet, insbesondere aus dem nicht zu unterschätzenden Einfluß der Menschewiki und Sozialrevolutionäre auch in den Sowjetorganen. Nach dieser Betrachtungsweise wäre das von den Bolschewiki und durch die Initiative des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei gebildete Sownarkom "aus Gründen der aktuellen Lage" "zum Schutz" der Regierungsgewalt vor jedem möglichen unmittelbaren Eingriff der Vertreter der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien geschaffen und in der Tat in eine im Verhältnis zum ZEK dominierende Position gebracht worden.

Diese Sichtweise berücksichtigt zwar zureichend den konkreten historischen Prozeß; sie geht aber den Dingen nicht auf den Grund, sie bleibt "den Ereignissen verhaftet", sie betrachtet nur die rein äußerliche Seite der Klassenverhältnisse, während es hier gerade darum geht, sie grundsätzlich zu hinterfragen.

Die Errichtung der Diktatur des Proletariats bedeutet in der Tat, daß sich die Arbeiterklasse als herrschende Klasse konstituiert; dies kann nicht über die Organe sowjetischen Typs, die *Massenorganisationen* sind, geschehen, auch nicht über die staatlichen Organe, die ausschließlich aus ihnen hervorgegangen sind. Daher vollzieht sich die Konstituierung des Proletariats als herrschende Klasse notwendigerweise über einen spezifischen Apparat, der proletarisch ist aufgrund seiner Ideologie, seiner Ziele und aufgrund seiner Rolle der Führung und Vereinheitlichung, die er gegenüber den Volksmassen

spielt; das heißt, die Konstituierung des Proletariats als herrschende Klasse vollzieht sich über eine proletarische Partei, die diese politisch und ideologisch *führende* Rolle spielt, und zwar auch in bezug auf die staatlichen Apparate, die aus den Massenorganisationen hervorgegangen sind.

Demnach können die konkreten Formen des Verhältnisses zwischen den staatlichen Apparaten der Diktatur des Proletariats und der Partei des Proletariats, dem Instrument seiner Diktatur, sehr vielfältig sein. Diese Vielfalt spiegelt sich in der außerordentlichen Vielfalt der möglichen Beziehungen zwischen den Klassen und den Auswirkungen des Klassenkampfs auch auf die Partei wider.

Im Fall Sowjetrußlands waren die spezifischen Formen des Verhältnisses zwischen den staatlichen Apparaten und der proletarischen Partei ohne Zweifel weitgehend durch den schwachen direkten Einfluß der bolschewistischen Partei auf die breiten Schichten der Volksmassen, in erster Linie auf die Bauern, bestimmt, und andererseits durch eine gewisse Tendenz der Partei, die Lösung von Führungsproblemen eher in organisatorischen Maßnahmen als im ideologischen Kampf zu suchen. Diese Tendenz wird übrigens durch die Dringlichkeit der Aufgaben verstärkt, die die Partei erfüllen muß, um die Diktatur des Proletariats zu konsolidieren.

d) Zentrale und örtliche Macht

Die Organisation der Regierung in sowjetischer Form wirft auch das Problem der Beziehungen zwischen den *zentralen* Sowjetorganen und den *örtlichen* Organen und das Problem ihrer jeweiligen Macht auf. Die Verfassung der RSFSR von 1918 regelt diese Probleme nicht wirklich. Sie erklärt gleichzeitig, daß "jede Gewalt auf dem Territorium der RSFSR in der gesamten arbeitenden Bevölkerung verankert und in städtischen und ländlichen Sowjets organisiert ist" (Artikel 10) und daß "die höchste Gewalt im Gesamtrussischen Sowjetkongreß (...) und (...) im ZEK verankert ist" (Artikel 12). Die erste Formulierung schließt ein, daß jeder örtliche Sowjet "souverän" ist, die zweite ordnet die örtlichen Sowjets der Gewalt der zentralen Instanzen unter. In Wirklichkeit hat die Zahl der Befugnisse der Zentralgewalten und mehr noch die tägliche Praxis die Unterordnung der örtlichen Sowjets unter die zentralen Organe in allen wichtigen Fragen rasch durchgesetzt. Parallel dazu setzt sich die führende Rolle der proletarischen Partei auch auf lokaler Ebene durch, was in der Vorrangstellung des Parteikomitees auf den verschiedenen Landesebenen über die örtlichen Verwaltungsorgane zum Ausdruck kommt. Diese Vorrangstellung ist jedoch zu Lebzeiten Lenins noch nicht wirklich gesichert. Tatsächlich sind die Basisorganisationen der Partei selbst nach Ende des Bürgerkriegs sehr schwach. Sie sind nicht überall wirklich präsent; und selbst, wo sie es sind, verfügen sie nicht immer über die tatsächliche Fähigkeit, die Verwaltungsorgane des Staats zu führen: diese behalten und verstärken sogar manchmal ihre Autonomie gegenüber den zentralen Organen der Partei.

e) Die staatlichen Verwaltungsapparate

Seit seiner Entstehung versucht der Rat der Volkskommissare auf neuen Grundlagen seine eigenen Verwaltungsorgane aufzubauen. In Wirklichkeit kommt er damit nicht sehr weit. Die verschiedenen Volkskommissariate sind praktisch gezwungen, einen großen Teil des alten Verwaltungsapparats, der nur relativ geringe interne Veränderungen erfährt, sich unterzuordnen (oder zu versuchen, ihn sich unterzuordnen).

Dies ist eine sehr wichtige Tatsache, auf die wir zurückkommen werden. Es muß jedoch schon jetzt darauf hingewiesen werden, daß die staatlichen Verwaltungsapparate aufgrund ihrer klassenmäßigen Zusammensetzung und – tiefer verstanden – aufgrund des Charakters ihrer Beziehungen zu den Massen, ihrer inneren Hierarchie und ihrer Beziehungen zu dem führenden Organ der Diktatur des Proletariats (der bolschewistischen Partei) gegen die von der Spitze der Macht kommenden Anordnungen starken Widerstand leisten. *Daher besteht häufig eine mehr oder weniger tiefe Kluft zwischen der formal vom Zentralkomitee beschlossenen Politik,* die der Rat der Volkskommissare zu verwirklichen sucht, *und der tatsächlichen Tätigkeit der staatlichen Verwaltungsapparate.* Außerdem tendieren diese Apparate dahin, die Sowjetmacht von den Massen abzuschirmen. Deshalb sind die bolschewistischen Führer, sobald die Parteibasis nicht mehr in der Lage ist, sie direkt zu informieren, sehr schlecht darüber unterrichtet, was im Land, insbesondre auf den Dörfern und – selbstverständlich – im Staatsapparat selbst vor sich geht.

Die Partei versucht wiederholt, diesem Zustand abzuhelfen. Ein erster Versuch wurde schon im März 1918 mit der Bildung des Volkskommissariats für Staatsaufsicht unternommen. Dieser Versuch hat sich verständlicherweise nicht wirklich durchgesetzt; tatsächlich zielte er darauf ab, die staatlichen Verwaltungsapparate der Machtkontrolle durch einen anderen Verwaltungsapparat zu unterwerfen.

In dieser in bezug auf die Staatsapparate schwierigen Situation gibt es drei Ausnahmen: das Kommissariat für Auswärtiges, die Rote Armee und die neue politische Polizei, die Tscheka (73). Auf letztere werden wir noch zurückkommen; an dieser Stelle beschränken wir uns auf einige Bemerkungen über die Rote Armee.

f) Die Rote Armee

Auf militärischem Gebiet verfügt die Sowjetmacht anfänglich nicht über einen Apparat, der sich vor der Revolution entwickelt und innerhalb dessen

73 Tscheka (die "Gesamtrussische Außerordentliche Kommission zum Kampf gegen Konterrevolution, Sabotage und Spekulation") ist die erste von der Sowjetmacht aufgestellte politische Polizei. Sie ging aus dem revolutionären Militärkomitee des Petrograder Sowjet hervor. Nachdem dieses Komitee aufgelöst worden war, wurde die Existenz der "Außerordentlichen Kommission" durch ein Dekret des Sownarkom vom 7. Dezember 1917 aufrechterhalten.

sich die führende Rolle der bolschewistischen Partei organisch entwickelt hätte. Die Bedingungen, unter denen die Oktoberrevolution stattfand, ließen eine solche Entwicklung nicht zu.

Gewiß verfügte die bolschewistische Partei seit 1905 über eine "militärische Organisation", aber diese war keineswegs, auch nicht im Keim, eine Armee. Ihre Rolle bestand darin, die bolschewistische Propagandaarbeit innerhalb der zaristischen Armee zu koordinieren. Zwischen Februar und Oktober 1917 spielt diese "militärische Organisation" eine aktive Rolle, indem sie innerhalb der Armee der provisorischen Regierung bolschewistische Organisationen bildet. Sie beginnt damit, eine Zeitung herauszugeben, *Die Wahrheit des Soldaten.* Kurz vor der Oktoberrevolution trägt sie zur Bildung des Revolutionären Komitees von Petrograd bei, das den Aufstand vorbereitet.

Andererseits beginnen kurz vor der Oktoberrevolution die Arbeiter in Petrograd und anderen Großstädten, sich mithilfe der Bolschewiki militärisch zu organisieren; auf diese Weise entsteht die *Rote Garde.* Sie spielt von Oktober 1917 bis März 1918 eine wichtige Rolle angesichts konterrevolutionärer Unternehmen verschiedener Offiziere. In der Tat sind die Roten Garden, die von den *bäuerlichen Partisanen* und den *Arbeitermilizen* unterstützt werden, zunächst die einzige bewaffnete Kraft, über die die proletarische Macht verfügt. Gewiß existiert die alte Armee nach der Oktoberrevolution noch formal, und sie steht zu einem großen Teil theoretisch unter dem Befehl der Sowjetmacht. Diese Armee befindet sich jedoch in völliger Zersetzung; daher beschließt die Sowjetmacht im März 1918 ihre Auflösung. Im gleichen Monat wird die Aufstellung einer Roten Armee beschlossen. Trotzki wird mit ihrer Organisierung beauftragt. Sie wird anfänglich auf der Grundlage der Freiwilligkeit gebildet, aber ab April 1918 geht man zur Wehrpflicht über. Wir werden später sehen (74), welche Grundzüge diese Armee kennzeichnen, insbesondre in bezug auf das Verhältnis zwischen Offizieren und Soldaten.

Wenn die so entstandene Rote Armee ein im Kampf gegen die weißen Garden und die bewaffneten Kräfte der Imperialisten höchst wirksames Instrument war – und die Tatsachen haben das erwiesen –, dann im wesentlichen aufgrund des Heroismus, des Opfermuts und der Selbstverleugnung der Arbeiter und Bauern, die die Revolution verteidigten; aber diese Armee war kein Apparat – und sie konnte es nicht werden –, der zur Revolutionierung der ideologischen Verhältnisse und zur Entwicklung einer proletarischen Praxis beitrug. Im Gegenteil, es wurden bürgerliche, ja sogar feudale Praktiken aufrechterhalten. Schon 1918 wurden die "äußeren Formen der Ehrenbezeugung" (militärischer Gruß, besondere Umgangsformen gegenüber den "Vorgesetzten") wieder eingeführt, und die Offiziere erhielten verschiedene Privilegien, vor allem was die Unterbringung anbetraf. Später reproduzieren die Offiziersschulen die hierarchischen und ideologischen Verhältnisse bürgerlicher Armeen, obwohl sich ihre Jahrgänge aus der

74 s. unten, S. 231 ff.

Arbeiterklasse und der Bauernschaft rekrutierten (aber auch aus der früheren Intelligenz und aus den Nachkommen des früheren Offizierskorps, das sich der Sowjetmacht angeschlossen hatte).

4. Die bolschewistische Partei und ihre führende Rolle

Die führende Rolle der bolschewistischen Partei in der Oktoberrevolution und bei der Errichtung der Diktatur des Proletariats resultiert nicht allein aus den "Wechselfällen der Geschichte". Sie entspricht einer tiefen Notwendigkeit: der Sieg der proletarischen Revolution erfordert die Führung einer Partei, die vom revolutionären Marxismus geleitet ist. Dies ist eine durch die Erfahrung immer wieder bestätigte Tatsache, die Lenin in dem Satz zusammenfaßt: "Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben." (75)

In der Tat setzt Lenin die Notwendigkeit der Theorie für die revolutionäre proletarische Bewegung in unmittelbaren Bezug zur Notwendigkeit einer mit dem Marxismus gewappneten Partei, wenn er hinzufügt: "(...) daß die Rolle des Vorkämpfers nur eine Partei erfüllen kann, die von einer fortgeschrittenen Theorie geleitet wird" (76).

Die führende Rolle der bolschewistischen Partei wird durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats nicht beendet, ganz im Gegenteil. So hat die bolschewistische Partei nach der Oktoberrevolution ebenso wie vorher den Kampf um die Aufrechterhaltung ihrer ideologisch und politisch führenden Rolle geführt. Zu diesem Zweck mußte sie sich auf die revolutionäre Theorie stützen und ihre politische Linie ausarbeiten, indem sie aus dem Handeln der Volksmassen selbst ihre Lehren zog.

1917 und 1918 beruhen die Kraft der bolschewistischen Partei und ihre führende Rolle nicht hauptsächlich auf der Ausübung des Zwangs, sondern auf ihrer Fähigkeit, richtige theoretische Analysen zu erstellen *und* diese in eine politische Linie, in Maßnahmen und Losungen *umzusetzen*, die ihre engen Beziehungen zu den kämpferischsten Elementen der Volksmassen gewährleisten. Geht man in der Analyse bis zur letzten Konsequenz, so beruht die führende Rolle der Partei auf der revolutionären Weiterentwicklung des Marxismus in Verbindung mit den Kämpfen des Proletariats und der Bauernschaft.

Über die Rolle, die die bolschewistische Partei 1917 spielte, darf jedoch nicht vergessen werden, daß die Partei als solche erst seit *fünf Jahren*

75 vgl. Lenin, *Was tun?*, in: LW 5, S. 379

76 ebd., S. 380. Lenin erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß F. Engels in seiner Schrift *Der deutsche Bauernkrieg* die Bedeutung der Theorie hervorhob, indem er *nicht von zwei* Formen des Kampfs (dem politischen und ökonomischen Kampf) der deutschen Sozialdemokratie (der politisch organisierten Bewegung des damaligen Proletariats) spricht, sondern *von drei* Formen, wobei er *dem theoretischen Kampf dieselbe Bedeutung zugestand wie den beiden anderen* Formen. Engels sah sogar in "der Gleichgültigkeit gegen alle Theorie (...) *eine der Hauptursachen* (...), weshalb die englische Arbeiterbewegung (...) so langsam vom Fleck kommt" (1874), in: MEW 18, S. 516. Ähnlich äußert er sich über Frankreich, Belgien usw.; vgl. Lenin, a.a.O., S. 381 ff.

existierte. Sie entstand auf dem Prager Parteitag vom 5. bis 17. Januar 1912, auf dem die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki) oder SDAPR(B) gegründet wurde. Dieser Parteitag ermöglichte die Schaffung einer Partei, die nicht bloß die Vereinigung einiger Aktivisten oder einiger revolutionärer Intellektueller darstellte; denn ihrer Gründung gingen mehr als zehn Jahre *theoretischer und organisatorischer Tätigkeit* voraus, eine Tätigkeit, die hauptsächlich Lenin, insbesondere an der theoretischen Front, leistete.

Um die führende Rolle der bolschewistischen Partei im Oktober 1917 und danach zu begreifen, und um darüber hinaus zu verstehen, wie die Partei die Probleme anging, die sich nach der Oktoberrevolution stellten, ist es daher notwendig, die Hauptetappen des von Lenin und den Bolschewiki geführten Kampfs in Erinnerung zu rufen, durch den die Partei die Stellung eroberte, die sie 1917 einnahm.

a) Der theoretische Kampf um das Primat des revolutionären Marxismus in der russischen Arbeiterbewegung

1894 greift Lenin, der spätere Gründer und Führer der bolschewistischen Partei, zum ersten Mal mit seinen Schriften in den theoretischen Kampf ein. Er ist 24 Jahre alt und seit sechs Jahren politisch aktiv. Er ist schon oft öffentlich aufgetreten, vor allem gegen die Volkstümler (77).

Zu diesem Zeitpunkt war der Kampf des Marxismus gegen die Volkstümler schon seit mehreren Jahren hauptsächlich aufgrund der Initiative Plechanows entbrannt. Plechanow hatte 1883 – zusammen mit anderen Revolutionären, namentlich mit Vera Sassulitsch – die Gruppe "Befreiung der Arbeit" gegründet; er trägt zur Verbreitung des Marxismus in Rußland bei, sowohl durch eigene Publikationen, als auch durch die Übersetzung mehrerer Werke von Marx und Engels.

In seiner Schrift von 1894 *Was sind die "Volksfreunde" und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?* (78) geht Lenin in der Kritik an den Volkstümlern weiter als Plechanow. Zugleich betont er die Rolle, die die mit dem Proletariat verbündete Bauernschaft in der zukünftigen Revolution spielen kann.

Während seiner Verbannung seit Dezember 1895 (wegen seiner organisatorischen Tätigkeit in der von ihm gegründeten Gruppe "Kampfbund für die Befreiung der Arbeiterklasse") und seit 1900 dann im Exil setzt Lenin den

77 Die Volkstümler oder die Bewegung der *Narodniki* ist eine im 19. Jahrhundert entstandene revolutionäre russische Bewegung. Sie weist im wesentlichen auf die Möglichkeiten einer Bauernrevolution hin, die den nationalen Besonderheiten und Traditionen die Treue hält. Die *Narodniki* versuchten unter den Bauern zu agitieren; als sie damit scheiterten, wandten sie sich dem Terrorismus zu. Im 20. Jahrhundert sind die Sozialrevolutionäre ihre faktischen Nachfolger; diese finden im Kleinbürgertum und in der ländlichen Intelligenz ihre wirkliche soziale Basis.

78 LW 1, S. 119–338

ideologischen Kampf fort. Zunächst gegen die Volkstümler, danach gegen den "Ökonomismus" und den "legalen Marxismus". Der "legale Marxismus" behauptete, daß Rußland "in die Schule des Kapitalismus gehen" müsse und daß das russische Proletariat angesichts der schwachen Industrialisierung des Landes nur ökonomische Kämpfe führen dürfte; gleichzeitig seien "demokratische Forderungen" der Bourgeoisie zu unterstützen.

In der ideologischen Auseinandersetzung mit diesen Vorstellungen war der entscheidende Eingriff Lenins (ein Eingriff, der der bolschewistischen Partei erlaubte, Gestalt anzunehmen) seine Schrift *Was tun?*. Sie erschien 1902 (79). Lenin definiert in dieser Arbeit die Prinzipien, die den Aufbau und die Arbeit der bolschewistischen Partei leiten (und die die leitenden Prinzipien der Arbeit jener kommunistischen Parteien bleiben, die die Positionen des revolutionären Marxismus nicht verlassen haben). Er legt die Fehler des "Ökonomismus" und des mit ihm verbundenen "Spontaneismus" dar. So betont er,

> "daß *jede* Anbetung der Spontaneität der Arbeiterbewegung, jede Herabminderung der Rolle des 'bewußten Elements' (...) zugleich – *ganz unabhängig davon, ob derjenige, der diese Rolle herabmindert, das wünscht oder nicht – die Stärkung des Einflusses der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiter bedeutet*" (80).

Die Schrift *Was tun?* und ihre Aneignung durch die revolutionären Kämpfer markiert eine wichtige Niederlage jener Spielart des "Ökonomismus" und "Spontaneismus", in der diese Tendenzen damals in Rußland auftraten.

In der Publikation *Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück* (81) von 1904 entwickelt und präzisiert Lenin die Prinzipien der Organisation der zukünftigen bolschewistischen Partei. Er definiert in dieser Schrift die Beziehungen zwischen Klasse und Partei, und er betont die entscheidende Rolle der *Organisation,* die Notwendigkeit einer *engen Verbindung* zwischen Partei und Massen und die Notwendigkeit des *demokratischen Zentralismus, der Disziplin und der Einheit.* (Diese Einheit und diese Disziplin sind nicht mit einer künstlichen Einstimmigkeit zu verwechseln; denn sie setzen die offene Diskussion voraus, durch die allein der Marxismus sich fortentwickeln kann.)

Mit der Veröffentlichung seiner Schrift *Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution* im Juli 1905 entfaltet Lenin den Kampf gegen den Menschewismus, der jetzt die Hauptform des Opportunismus in Rußland darstellt.

In dieser Broschüre (82) hält Lenin an der entscheidenden Aufgabe fest: Beteiligung an der demokratischen Revolution der Bauernschaft unter der

79 LW 5, S. 355–551
80 ebd., S. 394 (Hervorhebung – Lenin)
81 LW 7, S. 197–430
82 LW 9, S. 1–130

Führung des Proletariats und nicht, wie die Menschewiki vorschlagen, unter der Führung der Bourgeoisie. Lenin schreibt dazu:

> *"Das Proletariat muß die demokratische Umwälzung zu Ende führen, indem es die Masse der Bauernschaft an sich heranzieht, um den Widerstand der Selbstherrschaft mit Gewalt zu brechen und die schwankende Haltung der Bourgeoisie zu paralysieren. Das Proletariat muß die sozialistische Umwälzung vollbringen, indem es die Masse der halbproletarischen Elemente der Bevölkerung an sich heranzieht, um den Widerstand der Bourgeoisie mit Gewalt zu brechen und die schwankende Haltung der Bauernschaft und der Kleinbourgeoisie zu paralysieren."* (83)

Der gesamte Text der *Zwei Taktiken* unterscheidet klar zwei Etappen der Revolution; er zeigt dabei die Möglichkeit des Übergangs von einer Etappe in die andre auf und bestimmt die entsprechende Ausrichtung der Klassen (84). Er legt die *führende Rolle* des Proletariats gegenüber den Volksmassen dar und die Bedeutung der Losung der *revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft.*

Lenin hat damit die Grundlagen gelegt, von denen aus er – unter Berücksichtigung der durch die Februarrevolution verursachten Veränderungen – die *Aprilthesen* von 1917 formuliert (denn die Theorie der Umwandlung der demokratischen in die sozialistische Revolution ist damit entwickelt). So ist die bolschewistische Partei in der Lage, die politische Linie in ihren Grundzügen auszuarbeiten, dergemäß sie nach der Oktoberrevolution handeln wird.

Die Schrift *Zwei Taktiken* entfaltet die *Theorie der sozialistischen Revolution, die vom Proletariat durchgeführt wird, das die Hegemonie ausübt und eine führende Rolle spielt.* Diese Theorie bricht mit den überkommenen Vorstellungen Lassalles, die damals in Westeuropa vorherrschen und im Proletariat die einzige revolutionäre Klasse sehen.

Die Revolution von 1905 ist eine *schlagende Bestätigung* der Analysen Lenins in den *Zwei Taktiken,* besonders in bezug auf die Rolle der "politischen Massenstreiks" zu Beginn und im Verlauf eines Aufstands. Die Rolle solcher Streiks wird 1917 erneut bestätigt.

Während der Revolution von 1905 kehrt Lenin für einige Zeit nach Rußland zurück. Er leitet weiterhin den theoretischen Kampf, den die Anhänger des Bolschewismus an zwei Fronten führen: gegen die "Liquidatoren", die aufgrund der Schläge der von Stolypin geleiteten Reaktion bereit sind, die gesamte sozialdemokratische Partei Rußlands aufzulösen; und gegen die "Otsowisten" (die Anhänger der Abberufung (85) der sozialdemokratischen Abgeordneten, die 1906 in die Duma gewählt worden waren). 1909 wird der "Otsowismus" von den Bolschewiki ausdrücklich verurteilt.

83 ebd., S. 90 (Hervorhebung – Lenin)
84 In der Schrift *Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Bauernbewegung* (September 1905, in: LW 9, S. 225–234) kommt Lenin auf diese Frage zurück und stellt fest: "wir sind für die ununterbrochene Revolution" (S. 232).
85 otsowat = abberufen

Gleichzeitig führt Lenin auch den Kampf an der philosophischen Front mit der Abfassung von *Materialismus und Empiriokritizismus*, das 1909 erscheint. Dieses Buch greift antimaterialistische Auffassungen an, die versuchen, sich unter der Maske des Marxismus darzubieten. Lenin entlarvt diese Anschauungen als "subtile Verfälschung" des Marxismus, *eine Verfälschung, die charakteristisch für den Revisionismus ist*, und zwar in der politischen Ökonomie genauso wie in Fragen der Taktik und der Philosophie allgemein.

Mit dieser Reihe von Texten verfügt die bolschewistische Partei bei ihrer Gründung 1912 über eine *ideologische Waffe*, die nicht zu vergleichen ist mit jener, über die zur gleichen Zeit die anderen sich auf den Marxismus berufenden Arbeiterparteien verfügen.

Das ideologische Rüstzeug der bolschewistischen Partei wird schließlich zu wesentlichen Fragen durch zwei weitere Bücher Lenins vervollständigt: *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* (86) und *Staat und Revolution* (87).

Die erstere dieser Schriften liefert eine konkrete Analyse der Entwicklung des Kapitalismus zu jener Zeit und eine Darstellung seiner Widersprüche und seiner Grundzüge. Diese Analyse war Wegweiser für einen wesentlichen Teil der Praxis der bolschewistischen Partei und der III. Internationale während der ersten Jahre ihres Bestehens.

Der zweite Text vertieft die Theorie des Staats und der Diktatur des Proletariats; er vollzieht einen radikalen Bruch mit bestimmten kautskyanischen Auffassungen, die in der bolschewistischen Partei noch eine Rolle spielen.

Auf diese Weise ideologisch gerüstet, kann die bolschewistische Partei das Proletariat zu einer Reihe von Siegen von historischer Tragweite führen. Es war jedoch unvermeidlich, daß die Theorie der bolschewistischen Partei in bezug auf Probleme, über die noch keine Erfahrung vorlag, Lücken enthielt. Diese Lücken verursachten fehlerhafte Eingriffe in den revolutionären Prozeß. Einige dieser Fehler konnten berichtigt werden, andere nicht; oder die theoretischen Berichtigungen wurden nicht in eine entsprechende Praxis umgesetzt, was dazu führte, daß die russische Revolution in ernste Schwierigkeiten geriet.

b) Der politische Kampf um den Aufbau und die Entwicklung der Partei

Der Aufbau der bolschewistischen Partei vollzieht sich im wesentlichen auf der Grundlage der theoretischen Prinzipien und Ideen, die Lenin sowohl in seinen größten Abhandlungen, als auch in zahlreichen anderen Verlautbarungen, wie Schriften, Broschüren, Artikel, Reden, Briefe usw. dargestellt hat. Diese Prinzipien und Ideen entstanden ihrerseits in der täglichen politischen und organisatorischen Arbeit der Bolschewiki. Diese entfalten,

86 vgl. LW 22, S. 189–309
87 vgl. LW 25, S. 393–507

vor allem ab 1905, eine intensive politische Tätigkeit und vollbringen eine gewaltige Arbeit auf organisatorischem Gebiet: Organisierung der aktiven Parteimitglieder selbst, ihrer Zeitungen und Zeitschriften, Organisierung immer größerer Massen, die sich der revolutionären Bewegung zuwenden.

Diese organisatorische Arbeit ist eng mit der Verschärfung der Widersprüche der russischen Gesellschaft verbunden und mit den ökonomischen und politischen Klassenkämpfen, die – mit Phasen des Aufschwungs und Phasen des Rückzugs – die Vertiefung der gesellschaftlichen Widersprüche begleiten. Eine wichtige Etappe dieser Kämpfe ist der Aufschwung der Massenbewegung, die in der Revolution 1905 ihren Höhepunkt erreicht. Andere Kämpfe großen Ausmaßes fanden in den Jahren 1912–1914 statt. Schließlich entsteht im Gefolge der Kriegswirren gegen Ende 1916 ein neuer Aufschwung, der 1917 in den großen Brand der beiden Revolutionen vom Februar und Oktober mündet.

Für die Arbeit der bolschewistischen Partei und Lenins ist charakteristisch, daß die Massenkämpfe ständig in theoretischen Analysen kommentiert werden. Zeitweise gehen solche Analysen den Kämpfen voraus und erhellen sie, zeitweise folgen sie den Kämpfen und ermöglichen, ihre Bilanz zu ziehen. Die Entwicklung des revolutionären Marxismus, die sich auf diese Weise vollzieht, ist nicht einfach eine "Summe von Ideen" und neuen "Theorien". Es handelt sich um eine dialektische Entwicklung; sie vollzieht sich in Brüchen. Diese Brüche machen möglich, was falsch war zu verwerfen und zu berichtigen – auf der Grundlage der lebendigen Erfahrung. Dieser Prozeß von Bruch und Berichtigung, dieser Prozeß einer dialektischen Entwicklung ermöglicht die Schaffung einer in der Geschichte noch nicht dagewesenen revolutionären Partei, die theoretisch gut gerüstet ist und sich mit den Massen immer enger verbindet. Mit Hilfe dieser Partei kann sich das russische Proletariat 1917 als herrschende Klasse konstituieren. Im Oktober ist diese Partei das Produkt eines ununterbrochenen Kampfes, eines Kampfs, dessen erstes Ziel die Gründung dieser Partei selbst war, und der danach, ab 1912, ihre Entwicklung und Konsolidierung gewährleistete.

Der Kampf um den Aufbau der Partei

Der Kampf um die Gründung der bolschewistischen Partei spielte sich innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR) ab. Er hatte die Form eines *Kampfs um ihre Umwandlung* in eine vom revolutionären Marxismus geleitete Partei.

Die SDAPR hält im März 1898 (als Lenin in Sibirien in der Verbannung war) ihren ersten Parteitag ab. Es handelt sich dabei noch um einen mißlungenen Versuch. Der Parteitag beschließt weder ein Programm noch ein Parteistatut, und aus ihm geht keine Führung hervor, die fähig wäre, unter den marxistischen Gruppen, die seit mehreren Jahren in Rußland existieren, einen Prozeß der Vereinheitlichung zu organisieren. Übrigens

haben diese Gruppen, von einigen Ausnahmen abgesehen, praktisch keine Verbindung mit der in den Tageskämpfen stehenden Arbeiterbewegung. Eine der ersten Vereinigungen der marxistischen Gruppen mit der Arbeiterbewegung war indessen schon 1895 von Lenin herbeigeführt worden – mit der Gründung des *Kampfbunds für die Befreiung der Arbeiterklasse* in Petersburg. Nach einem Satz von Lenin war dieser *Bund* "der Keim einer revolutionären Partei, die sich auf die Arbeiterklasse stützt".

Der wirkliche Beginn der Bildung einer revolutionären Partei fällt mit der Gründung der Zeitung *Iskra* im Jahr 1900 zusammen, die Lenin gemeinsam mit der Gruppe um Plechanow aufbaute. Die *Iskra (Der Funke)* hat Korrespondenten in ganz Rußland. Trotz der Illegalität kann sie mehr oder weniger regelmäßig verbreitet werden. Im wesentlichen entwickelt sie dieselben Thesen, die Lenin in *Was tun?* abhandelt, und sie leistet einen entscheidenden Beitrag zur Vorbereitung des II. Parteitags der SDAPR.

Der II. Parteitag wird im Juli 1903 in Brüssel und dann in London abgehalten. Während der Debatten findet eine Auseinandersetzung zwischen den Anhängern der *Iskra*-Linie und ihren Gegnern statt; aber auch die *Iskra*-Gruppe ist in bestimmten Fragen gespalten. Insgesamt jedoch erringt die von Lenin vertretene Linie in wesentlichen Punkten die *Mehrheit* (russisch: "bolschinstwo"), woher der Ausdruck *Bolschewiki* als Bezeichnung für die Anhänger dieser Linie und der Ausdruck *Menschewiki* (Minderheitler) als Bezeichnung für ihre Gegner herrührt.

Nach dem Parteitag schließen sich Plechanow und seine Gruppe jedoch den Menschewiki an, und die *Iskra* wird von ihnen übernommen. Die Bolschewiki wenden sich gegen die Spalter, indem sie die organisatorische Arbeit entwickeln und 1905 eine eigene Zeitung, den *Wperjod (Vorwärts)* gründen. So verfügen die Bolschewiki in dem Augenblick, als die Bewegung der Massenkämpfe einen neuen Aufschwung nimmt, über eine neue Zeitung, und sie haben den Grundriß für die Schaffung einer bolschewistischen Fraktion innerhalb der SDAPR gelegt.

Anfang 1905 haben die Bolschewiki ungefähr 8.000 Mitglieder; aber sie trachten nicht danach, ihre Mitgliederzahlen zu schnell zu erhöhen. Sie sind und wollen Kämpfer sein, die ihr Leben völlig in den Dienst der Revolution stellen.

Der III. Parteitag der SDAPR findet im Januar 1905 statt. Da die Menschewiki die Spaltung praktisch vollzogen haben, ist dies in Wirklichkeit ein bolschewistischer Parteitag.

Infolge der Revolution von 1905 erweitert sich der Einfluß der Bolschewiki beträchtlich. Die legale Tätigkeit wird jetzt vorübergehend möglich. Die Bolschewiki verändern folglich bestimmte Arbeitsformen, was sie dann erneut ab Februar 1917 wieder tun werden. Natürlich halten sie ihren illegalen Apparat weiterhin aufrecht; aber ihre Propaganda machen sie praktisch in aller Öffentlichkeit. Sie nehmen neue Mitglieder auf und wählen auf den verschiedenen Ebenen die verantwortlichen Kader, was in der Illegalität fast unmöglich war.

Während des revolutionären Aufschwungs wird von einem Teil der aktiven Mitglieder, vor allem der Neuzugänge, unter dem Drang nach Einheit ein Vorstoß mit dem Ziel einer Vereinigung der menschewistischen und bolschewistischen Organisationen vorgenommen. Die Führer des Menschewismus, in erster Linie Martow (mit dem Trotzki seit dem II. Parteitag zusammenarbeitet), machen ein paar formale Zugeständnisse. Infolgedessen wird im April 1906 in Stockholm der IV. Parteitag der SDAPR abgehalten, der die Wiedervereinigung der beiden Organisationen besiegelt. Zu diesem Zeitpunkt zählen die Bolschewiki 14.000 und die Menschewiki (die keine so hohen Anforderungen als Eintrittsbedingungen stellen) 94.000 Mitglieder. In dem auf dem Parteitag gebildeten neuen Zentralkomitee sind die Bolschewiki in der Minderheit.

Die Wiedervereinigung bleibt formal. Die Bolschewiki kämpfen darum, die Mehrheit in der SDAPR wiederzugewinnen. Sie sind fraktionell organisiert und verfügen über ein eigenes Presseorgan, *Der Proletarier*, ein Organ des Parteikomitees von St. Petersburg, das von Sinowjew geleitet wird.

Zum V. Parteitag der SDAPR, der im Mai 1907 in London stattfindet, werden die Delegierten (zu denen man die polnischen, lettischen und jüdischen Delegierten des Bunds hinzuzählen muß) von 77.000 aktiven Mitgliedern der russischen Partei gewählt. Aufgrund ihrer starken Aktivität und ihrer um zahlreiche Arbeiterkader aus den Sowjets von 1905 angewachsenen Mitgliederzahl haben die Bolschewiki auf dem Parteitag und im Zentralkomitee die Mehrheit. Zu den Mitgliedern des ZK gehören Lenin, Rykow und Sinowjew. Der Parteitag beschließt das Prinzip des *demokratischen Zentralismus*, das die Unterordnung der Minderheit unter die nach breiter Diskussion mehrheitlich getroffenen Entscheidungen impliziert.

Die Bolschewiki bleiben fraktionell organisiert und haben eine eigene gewählte Führung. Diese Führung hat fünfzehn Mitglieder. Ihre Aufgabe besteht darin, die Einheit der Bolschewiki aufrechtzuerhalten. Sie sollen einen Block bilden, der innerhalb der Partei eine einheitliche Taktik verfolgt.

Ab Mitte 1907 zeichnet sich ein Rückgang der Arbeiterbewegung ab. Dieser Rückgang nimmt aufgrund der Stolypinschen Unterdrückung ernste Ausmaße an. Die Mitgliederzahl der SDAPR verringert sich (1910 sind es weniger als 10.000 aktive Mitglieder), und die Spaltungen sowohl zwischen Menschewiki und Bolschewiki als auch innerhalb der Bolschewiki selbst nehmen zu. Lenin kämpft jetzt gegen mehrere negative Tendenzen innerhalb des Bolschewismus, vor allem gegen den Otsowismus (88) und die idealistischen Tendenzen von Gorki und Bogdanow. Die Führung der bolschewistischen Fraktion muß jetzt energisch vorgehen (89).

Nach dieser Phase der Spaltung akzeptiert Lenin einen Einigungsversuch mit den Menschewiki, der im Januar 1910 stattfindet. Lenin beurteilt diesen Versuch in einem Brief an Maxim Gorki vom April 1910 in folgender Weise:

88 s. oben, S. 103

89 Anhand von Lenins Briefwechsel kann man den "nicht öffentlichen" Teil der Debatten unter den Bolschewiki verfolgen (vgl. LW 34, vor allem den Briefwechsel von 1907 bis 1910).

"Zur Vereinigung der Partei führten und führen ernste, tiefgreifende Faktoren: auf ideologischem Gebiet die Notwendigkeit, die Sozialdemokratie vom Liquidatorentum und vom Otsowismus zu reinigen; auf praktischem Gebiet die furchtbare schwierige Lage, in der sich die Partei und die gesamte sozialdemokratische Arbeit befindet, sowie das Heranreifen eines neuen Typs des sozialdemokratischen Arbeiters. Auf dem Plenum des ZK (dem 'langen Plenum' – drei Wochen dauerte die Quälerei ...) kamen zu diesen ernsten und tiefgreifenden Faktoren ... kam eine Stimmung 'allgemeiner Versöhnung' (ohne den klaren Gedanken, mit wem, wozu, wie), kam der Haß auf das Bolschewistische Zentrum hinzu wegen seines schonungslosen ideologischen Kampfes, kamen Gezänk und bei den Menschewiki der Wunsch, Skandal zu machen, hinzu – und was dabei herauskam, war ein Kind mit Eiterbeulen." (90)

In der Tat scheitert dieser Versuch. Vor dem Wiederanwachsen der Arbeiterbewegung (es finden wieder Streiks und Kundgebungen in großem Umfang statt) hält Lenin es für unbedingt notwendig, die Einheit des Bolschewismus zu festigen, seine Presseorgane zu erhalten und eine Kaderschule zu gründen. Diese wurde 1911 in Frankreich, in Longjumeau, unter der Leitung von Sinowjew eingerichtet. Viele bolschewistische Kader wurden hier ausgebildet, die dann illegal nach Rußland zurückkehrten.

Im Januar 1912 ist die Situation reif für einen entscheidenden Schritt vorwärts. Die Bolschewiki können sich als Partei konstituieren. Dies findet während einer nationalen Konferenz in Prag statt. Die Konferenz schließt die Menschewiki aus und arbeitet danach als Parteitag. Sie beschließt ein Minimalprogramm, das folgende unmittelbare Forderungen enthält: demokratische Republik, Achtstundentag, Beschlagnahme aller Ländereien der Grundbesitzer. Sie beschließt die Beteiligung der Bolschewiki am Wahlkampf zur IV. Reichsduma und wählt ein Zentralkomitee, dem neben Lenin vor allem Ordshonikidse, Stalin und Swerdlow angehören. So entsteht die SDAPR(B), die bolschewistische Partei.

Der Kampf um die Entwicklung der Partei

Von 1912 bis 1914 entwickelt sich die gerade entstandene Partei rasch in Verbindung mit dem Aufschwung der Arbeiterkämpfe in dieser Phase. Durch den Ausbruch des Ersten Weltkriegs wird sie sowohl organisatorisch als auch in ihrer ideologischen Einheit zunächst geschwächt. Die schon zuvor brutale Unterdrückung erreicht mit dem Krieg ein bis dahin nicht gekanntes Ausmaß. Im November 1914 überrascht die Polizei eine Konferenz des russischen Büros des Zentralkomitees mit bolschewistischen Abgeordneten der Duma und verhaftet alle Teilnehmer; sie werden ins Gefängnis geworfen und in die Verbannung geschickt.

90 Lenin, *Brief an Gorki vom 11.4.1910,* in: LW 34, S. 413 f.

Erst eineinhalb Jahre später konnte ein neues russisches Büro wiederaufgebaut werden, dem vor allem Molotow und Schljapnikow angehören. Im ganzen Land bilden sich wieder die zuvor von der Unterdrückung schwer getroffenen bolschewistischen Organisationen, vor allem 1916; aber ihre Kontakte untereinander sind sehr gering.

Der Krieg verursacht auch neue ideologische Spaltungen, und nur sehr langsam entsteht wieder eine gewisse Einheit um die von Lenin schon 1914 formulierten Losungen: "Umwandlung des imperialistischen Kriegs in den Bürgerkrieg", "Niederlage der eigenen Regierung im imperialistischen Krieg". Auf der Zimmerwalder Konferenz, auf der sich Bolschewiki und "internationalistische" Sozialdemokratie treffen, werden Lenins Losungen abgelehnt, während in Rußland die verhafteten bolschewistischen Abgeordneten sich in verschworener Gemeinschaft um einige bolschewistische Führer scharen. Die Verwirrung, die innerhalb der Partei zur Zeit der Februarrevolution herrscht, als Stalin sich zunächst für die Unterstützung der provisorischen Regierung ausspricht, ist für die Situation charakteristisch. Sie wird erst, und zwar nicht ohne Schwierigkeiten, durch Lenins Eingreifen bereinigt, vor allem nach seiner Rückkehr, als er die *Aprilthesen* formuliert.

Selbst während der schwersten Jahre der Unterdrückung setzen immerhin einige Gruppen aktiver Kämpfer, die sich auf den Bolschewismus berufen, ihre Aktionen in den Fabriken, vor allem in der Kriegsproduktion und in der Armee, fort. Im Februar zählt die bolschewistische Partei daher ungefähr 40.000 Mitglieder (91). Ihr Einfluß ist zu dieser Zeit schwächer als der der Menschewiki (die ihre Organisation weiterhin SDAPR nennen); aber er wächst schnell und übertrifft in der zweiten Hälfte des Jahrs 1917 den der Menschewiki bei weitem.

Im April 1917 hat die bolschewistische Partei 80.000 Mitglieder, im August sind es schon 240.000. Aus einer Kaderpartei wird jetzt tendenziell eine Massenpartei: zum Zeitpunkt des Oktoberaufstands zählt die Partei ungefähr 300.000 Mitglieder.

Lenin ist jedoch nicht für ein zu rasches Anwachsen der Mitgliederzahlen. Ein solches Anwachsen bedeutet einen Zulauf von politisch unerfahrenen Parteimitgliedern. Daher zählt die Partei auf dem VIII. Parteitag im März 1919 immer noch nur wenig mehr als 300.000 Mitglieder (92).

Wenn die bolschewistische Partei, was ihre Disziplin betrifft, im allgemeinen fest mit ihrer Führung, das heißt dem Zentralkomitee, verbunden ist, bedeutet das nicht, daß die Entscheidungen dort einmütig gefaßt werden. Man wird später sehen, daß es innerhalb der Partei in Wirklichkeit zahlreiche Meinungsverschiedenheiten gibt. Lenin spielt dabei unbestreitbar

91 Eine Schätzung aus der 1. Auflage der *Großen Sowjetenzyklopädie,* S. 531. Vgl. T. H. Rigby, *Communist Party Membership 1917–1967,* P.U.P., Princeton 1968, S. 61. Nach früheren Quellen hatte die bolschewistische Partei im Januar 1917 nur 10.000 bis 20.000 Mitglieder.

92 vgl. *Enciklopedičeskij slovar,* Moskau 1963, zit. nach *Problèmes économiques et sociaux* (La Documentation française), 28. Mai 1971, S. 33

eine hervorragende Rolle, aber er kann seinen Standpunkt bei weitem nicht immer leicht durchsetzen, und er stößt häufig auf starken Widerstand, wenn er es für notwendig hält, die zuvor befolgte Linie oder einige der bis dahin akzeptierten Analysen zu berichtigen. Die bolschewistische Partei kann nur in dem Sinn "leninistisch" genannt werden, als sie Lenin als den theoretisch beschlagensten Führer anerkennt, als denjenigen, dem die Partei weitgehend das verdankt, was sie ist. Dagegen kann der Ausdruck "leninistisch" nicht bedeuten, daß sich die bolschewistische Partei "spontan" oder freiwillig den neuen Richtlinien anschließt, die Lenin zu bestimmten Zeiten angibt, und auch nicht, daß Lenins Analysen der "Ausdruck" dessen sind, was schon mehr oder weniger die Meinung der Partei oder ihrer Führung ist (93). Das ist bei weitem nicht der Fall. Man darf das nicht aus den Augen verlieren, wenn man bestimmte Probleme, die sich zwischen 1918 und 1923 stellen, verstehen will.

Man darf auch nicht aus den Augen verlieren, daß im Oktober 1917 und in den folgenden Jahren die bolschewistische Partei in zahlreichen Orten und Fabriken, ganz zu schweigen von den Dörfern, sehr schwach verankert ist. In vielen Orten gibt es keine aktiven Mitglieder, die fähig sind, an Ort und Stelle die Linie der Partei zu erklären, sie in lebendige Wirklichkeit umzusetzen und auch – was mindestens ebenso wichtig ist – der Parteiführung die konkreten Probleme zu vermitteln und die Art und Weise, wie die Politik der Partei von den Volksmassen aufgenommen wird. In dieser Beziehung ist die bolschewistische Partei noch eine junge und unerfahrene Partei, und auch von daher sind die Schwierigkeiten zu verstehen, die sich bei der Konsolidierung der Diktatur des Proletariats in Rußland ergeben.

Zu der Bemerkung muß hinzugefügt werden, daß die Unterstützung der bolschewistischen Partei durch die Volksmassen wesentlich auf dem Zusammentreffen des Friedenswillens der Massen und des Kampfs der Bauern um den Boden mit den unmittelbaren politischen Losungen der bolschewistischen Partei beruht. Dagegen hat sich ein Teil der Massen, vor allem der Bauern, keineswegs den sozialistischen Zielen der Partei angeschlossen. Die Partei ist daher der Auffassung, daß die Situation, zumindest bis zum Sommer 1918, nur für *einige Schritte* "in Richtung Sozialismus" reif sei. Im Gegensatz dazu ändert sich von diesem Zeitpunkt an – nach dem Ausbruch des Bürgerkriegs und der ausländischen Intervention – die Politik der Partei, und die Revolution geht in die Phase des "Kriegskommu-

93 Der Ausdruck "leninistische" Partei darf nicht vergessen lassen, daß sich die bolschewistische Partei, die in der Oktoberrevolution die Führung innehat, gegenüber der von Lenin 1914 geleiteten Partei sehr unterscheidet. Einerseits fehlt seit dem Krieg eine große Zahl früherer aktiver Mitglieder; sie wurden durch neue, weniger gute ersetzt. Andererseits vollzog sich auf der Ebene der Führungskader selbst eine Verschmelzung zwischen den alten bolschewistischen Führern (die übrigens längst nicht alle "leninistisch" waren, wie ihre zahlreichen Meinungsverschiedenheiten mit Lenin zeigen) und den aus verschiedenen andern revolutionären Organisationen kommenden Führern. In der Tat machen im Oktober 1917 die letzteren ungefähr die Hälfte der "bolschewistischen" Führer aus (vgl. dazu G. Haupt und J.-J. Marie, Les Bolcheviks par eux-mêmes, a.a.O., S. 16).

nismus" über. Während dieser Phase werden die Bedingungen des Kampfs in Rußland und die Klassenverhältnisse verändert durch den Druck der militärischen Erfordernisse, den Raum, den die staatliche Zentralisierung einnimmt, und die Tragweite, die dieser Zentralisierung von der Partei beigemessen wird. Hauptsächlich dieser Umwandlungsprozeß ist es, der jetzt analysiert werden muß;

ZWEITER TEIL

DIE SOWJETMACHT UND DIE UMWÄLZUNG DER KLASSENVERHÄLTNISSE 1917 – 1921

Nach der Oktoberrevolution setzt ein Prozeß außerordentlich komplexer revolutionärer Umwälzungen ein. Er folgt aus der Konstituierung des Proletariats als herrschende Klasse und aus dem Kampf, den die Volksmassen unter Leitung oder mit Unterstützung des Proletariats und seiner Partei führen. Bekanntlich haben die sich nun vollziehenden Umwälzungen prinzipiell Doppelcharakter: demokratischen Charakter auf dem Land, wo die Bauernmassen in Bewegung sind, sozialistischen Charakter in den Städten, wo die Arbeitermassen die Herrschaft der Kapitalisten über die Produktionsmittel angreifen. Diese Umwälzungen entwickeln sich in Etappen und berühren mehr oder weniger tiefgreifend die verschiedenen gesellschaftlichen Verhältnisse und die Elemente, aus denen diese sich zusammensetzen. Sie rufen Veränderungen in den Klassenverhältnissen hervor.

Bevor man ein Gesamtbild der wichtigsten Umgestaltungen der ökonomischen und juristischen Verhältnisse der ersten Jahre der russischen Revolution entwirft, muß man die Umwälzungen jener Beziehungen zwischen Bourgeoisie und Proletariat untersuchen, die aus der Errichtung der Diktatur des Proletariats hervorgehen.

KAPITEL I

Die Umwälzung der Beziehungen Bourgeoisie/Proletariat unter der Diktatur des Proletariats

Die Errichtung der Diktatur des Proletariats wälzt die Beziehungen zwischen den Klassen tiefgreifend um und verändert die Klassen selber. Gemäß der von Lenin in seiner Schrift *Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats* formulierten Bemerkung kann man

> "auf einen Schlag (...) die Klassen nicht abschaffen. Und die Klassen *sind geblieben* und *werden* für die Dauer der Epoche der Diktatur des Proletariats *bestehenbleiben.* Die Diktatur wird nicht mehr gebraucht werden, wenn die Klassen verschwunden sind. Sie werden nicht verschwinden ohne die Diktatur des Proletariats.
>
> Die Klassen sind geblieben, aber *jede* Klasse hat sich in der Epoche der Diktatur des Proletariats *verändert, auch ihr Verhältnis zueinander hat sich verändert.* Der Klassenkampf verschwindet nicht unter der Diktatur des Proletariats, er nimmt nur *andere Formen* an" (1).

Wenn die Klassen bestehenbleiben, obwohl sie sich und ihr Verhältnis zueinander verändern, dann geschieht das, weil die *alten* gesellschaftlichen Verhältnisse, insbesondere die *kapitalistischen Produktionsverhältnisse,* durch die Diktatur des Proletariats nicht "abgeschafft", sondern *verändert* werden.

In der gleichen Schrift betont Lenin, daß während der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus ein Kampf stattfindet "zwischen dem besiegten, aber nicht vernichteten Kapitalismus und dem geborenen aber noch ganz schwachen Kommunismus" (2).

Fortbestehen des besiegten Kapitalismus heißt selbstverständlich auch Fortbestehen von Bourgeoisie und Proletariat: diese beiden Klassen stehen sich weiterhin gegenüber, obwohl ihre gesellschaftlichen Existenzbedingungen tiefgehend verändert sind.

Die erste und grundlegende Veränderung in den Existenzbedingungen dieser Klassen steht im Zusammenhang mit der Tatsache, daß die Bourgeoisie die Macht verloren hat. Konkret bedeutet das, daß die Bourgeoisie nicht mehr die alten politischen und administrativen Apparate beherrscht; sie sind zerbrochen, zersetzt und mehr oder weniger vollständig durch Apparate und Organisationen ersetzt, die mit den revolutionären Massen verbunden sind; sie werden vom Proletariat und seiner Vorhut geleitet, der proletarischen Partei: ein Klassenapparat, der nunmehr die beherrschende Rolle spielt. Konkret bedeutet das auch, daß die Kapitalisten und die Grundbesitzer im wesentlichen die Macht verloren haben, über die Produktionsmittel "frei zu verfügen". In der Industrie werden durch die Aktivität der Fabrikkomitees,

1 LW 30, S. 99 (Hervorhebung – Ch.B.)
2 ebd., S. 91

die Arbeiterkontrolle, die Enteignungen usw. die Anwendungsbedingungen der wichtigsten Produktionsmittel tiefgreifend umgewälzt. Sie sind nicht mehr unmittelbar den Erfordernissen der Kapitalverwertung unterworfen. Allerdings sind diese Erfordernisse nicht "abgeschafft", sondern durch die Existenz der Diktatur des Proletariats verändert.

Wenn die Bourgeoisie und das Proletariat ihren Kampf unter neuen Bedingungen fortsetzen, so deshalb, weil die bürgerlichen gesellschaftlichen Verhältnisse, auf denen die Existenz dieser Klassen und ihre Praxis beruhen, eben nicht "abgeschafft", sondern verändert sind. Obwohl die Bourgeoisie den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß nicht mehr beherrscht, wird der kapitalistische Charakter dieses Prozesses zunächst nur teilweise durch die Existenz der Diktatur des Proletariats modifiziert: die Grundstruktur dieses Prozesses ist noch nicht wirklich zerbrochen. In jeder Produktionseinheit sind die Arbeiter weiter in den gleichen Typus von Arbeitsteilung eingefügt, der insbesondre Trennung von Kopf- und Handarbeit sowie von Leitungs- und Ausführungsaufgaben bedeutet. Neu ist, daß diejenigen, die den unmittelbaren Produktionsprozeß leiten, ihre Funktion nur unter der Kontrolle des Proletariats, der proletarischen Massenorganisationen, der neuen staatlichen Apparate und der proletarischen Partei ausüben können.

Die Nationalisierung der Produktionsmittel durch einen proletarischen Staat hat als erstes und wesentliches Resultat die Schaffung von *politisch-juristischen Bedingungen zur Folge, die für die sozialistische Veränderung der Produktionsverhältnisse und dadurch für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel günstig sind; aber sie ist nicht mit einer solchen Veränderung identisch.*

Man weiß, daß die Produktionsverhältnisse bestimmte, "notwendige", vom Willen der Menschen "unabhängige" Verhältnisse sind. Die Menschen gehen diese Verhältnisse in der, wie Marx sagt, "gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens" (3) ein.

Diese Verhältnisse werden den Agenten der Produktion durch die Struktur der Produktions- und Zirkulationsprozesse, das heißt durch den wirklichen Prozeß der gesellschaftlichen Produktion *aufgezwungen.* Diese Struktur ist selber in die Arbeitsteilung und in die Arbeitsinstrumente (von denen Marx sagt, sie seien die "Anzeiger der gesellschaftlichen Verhältnisse") *eingeprägt* (4). Wohlgemerkt, die spezifischen Formen, die die Arbeitsteilung und die Arbeitsinstrumente annehmen, fallen nicht vom Himmel; diese Formen sind Resultat der vorausgegangenen Klassenkämpfe und Resultat des Charakters, den diese Kämpfe der Entwicklung der Produktivkräfte aufgezwungen haben. In jeder Epoche bewirken diese Kämpfe (die immer auf bestimmten *materiellen Grundlagen* stattfinden), daß die Beherrschung des Produktionsprozesses und der Verteilung der Arbeitskräfte auf verschiedene Aufgaben "innerhalb des Produktionsverhältnisses selbst bestimmten Agenten des-

3 Marx, *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*, MEW 13, S. 8

4 eingeprägt – im frz. Original: inscrite; vgl. Marx, *Das Kapital*, Bd. 1, MEW 23, S. 195. S. a. oben, S. 26

selben (...) im Gegensatz zu den unmittelbaren Produzenten" (5) zufällt.

Die "materielle Einprägung" der Produktionsverhältnisse (in die Arbeitsteilung und in die Arbeitsmittel) hat zur Folge, daß es für die Veränderung der bestehenden Produktionsverhältnisse nicht ausreicht, wenn eine neue Klasse die andere politisch beherrscht. Sie kann diese Veränderung nur dadurch verwirklichen, daß sie den wirklichen Produktionsprozeß aufsprengt und neu strukturiert (das heißt "revolutioniert"). Was den kapitalistischen Charakter jener Produktionsverhältnisse anbetrifft, die nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats bestehen, so ist selbstverständlich auch er in die Struktur selbst des Produktionsprozesses eingeprägt.

Durch die Errichtung seiner Klassenherrschaft und durch die Nationalisierung bestimmter Betriebe gewinnt das Proletariat die Möglichkeit – aber auch nur die *Möglichkeit* –, den wirklichen Produktionsprozeß zu revolutionieren, also neue Produktionsverhältnisse, eine neue gesellschaftliche Arbeitsteilung und neue Produktivkräfte hervorzubringen. In dem Maß, wie diese Aufgabe noch nicht erfüllt ist, bleiben die alten kapitalistischen Produktionsverhältnisse bestehen, ebenso wie die Erscheinungsformen und die ideologischen Formen, in denen diese Verhältnisse erscheinen. In dem Maß, wie diese Aufgabe erfüllt wird, werden die alten Verhältnisse teilweise verändert, der *sozialistische Übergang* findet statt und man kann von einer *"sozialistischen Gesellschaft"* sprechen.

Der Sozialismus ist also nicht – das hervorzuheben ist unbedingt notwendig wegen der Verwirrung, die das ideologische Gerede von der "sozialistischen Produktionsweise" in die Welt gesetzt hat – die *"Abschaffung"* der kapitalistischen Produktionsverhältnisse; der Sozialismus ist – unter politischen und ideologischen Bedingungen, die im Rußland der Jahre 1918–1922 kaum gegeben sind – ihre *Umwälzung, ihr Niederreißen und Wiederaufbauen* in *Übergangs*verhältnissen, die als Kombination von *kapitalistischen* und *sozialistischen* oder *kommunistischen Elementen* analysiert werden können. Das Fortschreiten zum Sozialismus ist die wachsende Herrschaft der sozialistischen Elemente über die kapitalistischen, das "Auslöschen" der kapitalistischen und die Konsolidierung der sozialistischen Elemente, die immer stärker dominieren.

Dieses Fortschreiten umfaßt notwendigerweise eine *lange Geschichtsperiode.* Sie entspricht einer Revolutionierung der Produktionsbedingungen, die selber das Produkt eines *langwierigen* und *von einer richtigen politischen Linie geleiteten Klassenkampfs* ist, das heißt einer Linie, die in jeder Etappe Ziele festsetzt, die eine *wirkliche sozialistische Umwälzung* der Produktionsverhältnisse erlauben. Die Ausarbeitung einer solchen Linie setzt die Existenz einer proletarischen Partei voraus, die mit der revolutionären Theorie ausgerüstet ist und ihre führende Rolle zu spielen weiß. Diese Rolle ist wesentlich. Denn es ist weder die Partei noch der Staat der Diktatur des Proletariats, die eine sozialistische Umwälzung der Produktionsverhältnisse "unmittelbar hervorbringen" können, sondern allein der Kampf, der von den ehemals be-

5 Marx, *Das Kapital*, Bd. III, MEW 25, S. 886

herrschten und ausgebeuteten Klassen geführt wird. Indem dieser Kampf die *Produktionsprozesse* und die Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse *revolutioniert,* kann er – und kann er *allein* – die Privilegien abschaffen, über die vorher die jeweils herrschende Klasse verfügte.

Solange die kapitalistischen Verhältnisse nur teilweise umgewälzt sind, reproduzieren sich weiterhin die *Formen,* in denen diese Verhältnisse Ausdruck finden: daher die Reproduktion der Geld-, Preis-, Lohn-, Profitformen usw., die ebenfalls nicht durch einfache "Dekrete" "abgeschafft" werden können. Allein die sozialistische Umgestaltung der Produktionsverhältnisse kann ein Absterben dieser Formen nach sich ziehen; diese Veränderung beinhaltet, daß die Vergesellschaftung der Produktion immer stärker das Resultat der koordinierten Aktion der Arbeiter ist, die sich auf gesellschaftlicher Stufenleiter als Kollektivarbeiter konstituieren. Der Konstitutionsprozeß dieses Kollektivarbeiters ist gerade ein langwieriger Prozeß, der in Etappen vor sich geht und der die Revolutionierung der Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse erfordert: der ökonomischen, ideologischen und politischen Verhältnisse, da die verschiedenen Aspekte dieser Revolutionierung in komplexer Weise einander bedingen.

Solange die bürgerlichen Elemente in den verschiedenen gesellschaftlichen Verhältnissen fortbestehen – bis zum Kommunismus – ist Raum für die Existenz des Proletariats und der Bourgeoisie, und es besteht für letztere die Möglichkeit – wenn der proletarische Klassenkampf keiner richtigen Linie folgt –, die bürgerlichen Elemente der gesellschaftlichen Verhältnisse zu fördern, die bürgerlichen Seiten der politischen und ideologischen Apparate zu konsolidieren und schließlich den Kapitalismus zu restaurieren (unter den spezifischen Formen, die sich aus den vorher veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen notwendig ergeben, und die die Bourgeoisie nicht zerstören kann).

Insbesondere da die Entwicklung staatlichen Eigentums, selbst unter der Diktatur des Proletariats, kapitalistische Elemente fortbestehen läßt (die nur teilweise umgestaltet werden), ist die *Enteignung der Bourgeoisie nicht identisch mit ihrem Verschwinden.* Solange noch kapitalistische Elemente in den Produktionsverhältnissen vorhanden sind, besteht auch die Möglichkeit *kapitalistischer Funktionsausübung.* Und die *Bourgeoisie kann,* vor allem innerhalb der Staatsapparate, in veränderter Form *weiterbestehen.* Sie nimmt dann die Form einer *Staatsbourgeoisie* an.

Das läßt sich genauer bestimmen, wenn man von der Definition der Klassen bei Lenin ausgeht, in seiner Schrift *Die große Initiative:*

> "Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen." (6)

6 LW 29, S. 410

Dieser Text läßt einige wesentliche Punkte deutlich hervortreten:

1. Die *Distributionsverhältnisse* sind eine *Folge* der *Produktionsverhältnisse* (der in der Produktion und im Verhältnis zu den Produktionsmitteln eingenommenen Stellungen). Die Analyse der Distributionsverhältnisse (der "Art der Erlangung" eines bestimmten Anteils am gesellschaftlichen Reichtum und der Größe dieses Anteils) kann also zur Aufdeckung des Charakters der Produktionsverhältnisse und der durch sie bestimmten Klassenverhältnisse beitragen, aber sie allein könnte weder zur Erkenntnis der einen noch der anderen führen.

2. Die durch Gesetz bewirkte "Fixierung" bestimmter Verhältnisse in bezug auf die Produktionsmittel kann diese Verhältnisse "bestätigen", sie existieren aber unabhängig vom "Gesetz". Das Gesetz kann in der Tat Verhältnisse verschleiern, die von den "bestätigten" verschieden sind. So gehören in der kapitalistischen Gesellschaft jene Produktionsmittel, die "Staatseigentum" sind, in Wirklichkeit der Kapitalistenklasse; sie sind ein Teil ihres "gemeinsamen" Kapitals (7).

3. Die Klassen unterscheiden sich *zugleich* durch das *Verhältnis* ihrer Mitglieder zu den Produktionsmitteln, also durch die *Stellung,* die ihre Mitglieder einnehmen, *und* durch die *"Rolle",* die sie in *"der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit"* spielen.

Die Unterscheidung zwischen der von den Produktionsagenten *"eingenommenen Stellung"* und ihrer *"Rolle"* – und daher auch der *klassenspezifischen Praxis,* die sie betreiben – ist von ganz besonderer Bedeutung für die Analyse einer Gesellschaftsformation, in der das Proletariat an der Macht ist. Das Bestehen der Diktatur des Proletariats verändert in der Tat die Stellung und die Rolle der Bourgeoisie und des Proletariats in jeweils unterschiedlicher Weise: die Ausübung der Diktatur des Proletariats erlaubt es, diese Stellung, diese Rolle sowie das System der herrschenden gesellschaftlichen Praktiken mehr und mehr zu verändern. So können zu der anfänglichen Veränderung, die die proletarische Macht durchführt, die aber verschiedene Formen der Trennung des Proletariats von den Produktionsmitteln fortbestehen läßt, weitere Veränderungen hinzutreten. Wenn der Klassenkampf richtig geführt wird, nimmt das Proletariat – durch eine Revolutionierung der gesellschaftlichen Verhältnisse – in fortschreitendem Maß die Verwaltung der Wirtschaft und der Produktionseinheiten, die Leitung der Umwälzungen im System der Produktivkräfte, die Leitung der Erziehungsapparate (8) usw. in die Hand.

Diese Umwälzungen sind das Resultat von revolutionären Kämpfen, die es dem Proletariat ermöglichen, immer weniger Proletariat zu sein: sich als Proletariat abzuschaffen – durch die *Aneignung* aller gesellschaftlichen Kräfte, von denen die kapitalistische Produktionsweise es getrennt hat. Im Verlauf dieses revolutionären Umwälzungsprozesses wird die Gesamtheit der "Stellungen" und Rollen, die denen der Bourgeoisie entsprechen, umgestaltet,

7 s. oben, S. 47
8 s. oben, S. 35, Anmerkung 47

und auch die Agenten der Produktion und der Reproduktion, die diese "Stellungen" einnehmen und diese Rollen ausführen, sind in immer geringerem Maß eine Bourgeoisie, obwohl sie ständig in der Lage sind, *bürgerliche gesellschaftliche Praktiken* zu entwickeln, durch die das Proletariat die von ihm bereits eingenommenen Positionen wieder verlieren kann.

Alle diejenigen, die im System der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion eine Stellung einnehmen, die der der Bourgeoisie entspricht, und die dort trotz des Bestehens der Diktatur des Proletariats eine *bürgerliche gesellschaftliche Praxis* entwickeln, bilden die Bourgeoisie.

Nach der Oktoberrevolution und zu Beginn der zwanziger Jahre in Rußland, ist die Bourgeoisie massiv präsent in den staatlichen Wirtschaftsapparaten, in den leitenden Stellungen auf der Ebene der Produktionseinheiten und der Verwaltung der Gesamtwirtschaft; sie ist präsent in den Verwaltungs- und Erziehungsapparaten. Historisch hat diese Situation ihre Ursache in der klassenmäßigen Herkunft der Mehrheit derjenigen, die in diesen Apparaten arbeiten; aber über diese Herkunft hinaus sind die *bürgerlichen Praktiken* derjenigen, die leitende Stellungen einnehmen, entscheidend sowie die *Struktur der Staatsapparate selber.* Diese Praktiken und diese Strukturen verstärken tendenziell die kapitalistischen Verhältnisse, also die Existenz einer Bourgeoisie, die die Form einer Staatsbourgeoisie annimmt.

Diese Situation ist selbstverständlich an die Etappe gebunden, in der sich während jener Epoche die russische Revolution befindet. Sie fängt erst an, *einige der Aufgaben der sozialistischen Revolution zu erfüllen.* Damit diese Aufgaben weiterhin verwirklicht werden können, muß *die revolutionäre Aktion des als herrschende Klasse organisierten Proletariats* fortgesetzt werden. Das erfordert *die Ausarbeitung und Umsetzung einer revolutionären politischen Linie,* also die Existenz einer führenden proletarischen Partei.

Um die Veränderungen zu analysieren, die sich nach der Oktoberrevolution 1917 in bezug auf die Stellung und die Rolle der verschiedenen Klassen vollziehen, muß man zwischen den Auswirkungen des revolutionären Prozesses in der Stadt und seinen Auswirkungen auf dem Land unterscheiden.

KAPITEL II

Die Umwälzung der Klassenverhältnisse in den Städten

Die Umwälzung der Klassenverhältnisse in den Städten ergibt sich zunächst aus der Führung der Kämpfe der Arbeitermassen durch die bolschewistische Partei; sobald dann die neuen staatlichen Apparate etabliert sind, hängt sie auch von deren Handeln ab.

Grundlegendes Ergebnis der Umwälzungen, die nach der Oktoberrevolution und bis zu Beginn des Jahrs 1923 stattfinden (also im Verlauf der hier analysierten Periode) ist die Ausschaltung der Bourgeoisie (und der Großgrundbesitzer) *aus den beherrschenden Stellungen, die sie vorher einnahm.* Aber wie wir gesehen haben, wird diese Ausschaltung nicht vollständig und sofort durchgeführt; das ist auch nicht möglich. Man sieht daher, wie sich trotz der weitgehenden Ausschaltung der privaten Bourgeoisie während dieser Jahre eine Staatsbourgeoisie herausbildet, deren Existenz wesentlich durch den niedrigen Grad der Umwälzung des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses bestimmt wird; was zusammenhängt mit den Bedingungen des Klassenkampfs selber, mit der Dringlichkeitsstufe der verschiedenen Aufgaben, die das Proletariat vollbringen muß, mit der Art, in der die bolschewistische Partei die Widersprüche analysiert und behandelt, usw.

Da die Änderungen, die die verschiedenen Klassen der Gesellschaft in dieser Periode betreffen, sehr vielfältig sind, können nur die hauptsächlichen näher betrachtet werden. Wir werden zuerst diejenigen untersuchen, die unmittelbar nach der Errichtung der proletarischen Macht auftreten, danach jene Änderungen, die sich in den darauffolgenden Jahren vollziehen.

1. Die Sofortmaßnahmen in Industrie und Handel

In der unmittelbar auf die Errichtung der Sowjetmacht folgenden Periode geht es den Arbeitermassen und der bolschewistischen Partei nicht darum, "den Sozialismus zu errichten". Wichtig ist vor allem die Konsolidierung der proletarischen Macht: es müssen Umgestaltungen durchgeführt werden, die es erlauben, "Zeit zu gewinnen", und indem ein "Staatskapitalismus" entwickelt wird, der einige Schritte in Richtung auf den Sozialismus ermöglichen soll, ohne daß jedoch diese Umgestaltungen schon sozialistischen Charakter trügen.

Dieser Typus von Umgestaltung betrifft eine Reihe wichtiger Maßnahmen in bezug auf Industrie und Handel.

Die wichtigsten dieser Maßnahmen sind folgende: das am 19. November 1917 veröffentlichte Dekret über die Arbeiterkontrolle, das Dekret über die Bildung des Obersten Volkswirtschaftsrats (OVWR), die am 28. Dezember

veröffentlichten Dekrete über die Nationalisierung der Banken, das am 16. April 1918 veröffentlichte Dekret über die Konsumorganisation (die Bildung der Konsumgenossenschaften unter der Kontrolle der Sowjets) und das am 23. April veröffentlichte Dekret über das Außenhandelsmonopol.

a) Die Enteignungen

Gleichzeitig mit diesen Maßnahmen beschließt die Sowjetregierung die Enteignung einer Reihe von Betrieben, vor allem Industrie- und Handelsbetriebe. *Diese Enteignungen stellen jedoch in keiner Weise den Hauptaspekt der in diesem Zeitraum praktizierten Politik dar,* einer Politik, die Lenin mit dem Ausdruck "Staatskapitalismus" (9) kennzeichnet.

Zwischen Oktober 1917 und Mai 1918 ist die Politik der bolschewistischen Partei in keiner Weise auf die Ausweitung der Nationalisierungen und Enteignungen ausgerichtet. Entgegen den Illusionen und Forderungen der "Linkskommunisten" (10), unter ihnen vor allem Bucharin, weiß die Mehrheit der Partei sehr gut, daß *die Ausweitung der Nationalisierungen und Enteignungen nicht näher an den Sozialismus heranführt, wenn nicht die politischen und ideologischen Bedingungen vorhanden sind, die es ermöglichen, daß diese Nationalisierungen zu einer tatsächlichen Vergesellschaftung führen.* Das ist es, was Lenin erklärt, wenn er schreibt:

> "Man kann in der Frage der Nationalisierung, der Konfiskation entschlossen oder unentschlossen sein. Aber das ist es ja gerade, daß selbst die allergrößte 'Entschlossenheit' nicht hinreicht, um den Übergang *von* der Nationalisierung und der Konfiskation *zur* Vergesellschaftung zu vollziehen." (11)

Einige Zeilen weiter präzisiert Lenin:

> "Die Vergesellschaftung aber unterscheidet sich gerade dadurch von einfacher Konfiskation, daß zum Konfiszieren bloße 'Entschlossenheit', ohne die Fähigkeit, richtig zu registrieren und richtig zu verteilen, genügt, *während man ohne eine solche Fähigkeit nicht vergesellschaften kann."* (12)

Es ist diese zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel notwendige "Fähigkeit", die das Proletariat und seine Partei erwerben müssen, um die Produktionsmittel auf gesellschaftlicher Stufenleiter in koordinierter Weise anzuwenden; daher zielen die Enteignungen vor allem darauf ab, *die Bourgeoisie ökonomisch und politisch zu schwächen und ihre Sabotage zu brechen.* Es handelt sich um eine Waffe im Klassenkampf.

9 vgl. unten, S. 382 ff.
10 vgl. unten, S. 313 f.
11 vgl. *Über "linke" Kinderei und Kleinbürgerlichkeit,* in: LW 27, S. 315–347; Zitat S. 325 f.
12 ebd., S. 326

Von Beginn des Frühjahrs 1918 an ist die Sowjetmacht aufgrund des Drucks der Werktätigen und der Feindschaft der industriellen Kapitalisten in wachsendem Maß gezwungen, diese Waffe auf einer Stufenleiter anzuwenden, die nicht der Fähigkeit entspricht, die Produktion wirklich auf einer neuen Grundlage zu organisieren. Das hat eine wachsende Desorganisierung der Industrie zur Folge. Gerade die gleichzeitige Einrichtung der Arbeiterkontrolle und des OVWR scheint nun die beiden Mittel zu bieten, über die die Sowjetmacht verfügen kann, um die zur koordinierten, gesellschaftlichen Anwendung der Produktionsmittel notwendige "Fähigkeit" zu erwerben.

b) Die Arbeiterkontrolle

Die Arbeiterkontrolle wird durch eine Gesamtheit von Maßnahmen gebildet, die der Arbeiterklasse die Möglichkeit geben sollen, die Anwendung der Produktionsmittel durch Körperschaften zu überwachen, die aus der Arbeiterklasse selber hervorgehen. Diese Organe sollen sowohl in den noch im Besitz des privaten Kapitals befindlichen als auch in den enteigneten Betrieben arbeiten.

Die Rolle, die Lenin 1918 der Arbeiterkontrolle beimißt, ist im wesentlichen die einer *vorläufigen Maßnahme,* die darauf abzielt, die Arbeiterklasse auf das Voranschreiten zum Sozialismus vorzubereiten. So schreibt Lenin in den *Nächsten Aufgaben der Sowjetmacht:*

> "Solange aber die Arbeiterkontrolle nicht zur Tatsache geworden ist (...), solange kann man nicht (...) den zweiten Schritt zum Sozialismus machen, das heißt zur Regulierung der Produktion durch die Arbeiter übergehen." (13)

Die konkrete Entwicklung des Klassenkampfs während des Jahrs 1917 führte dazu, das Problem der Arbeiterkontrolle in der Form einer *Entwicklung der Bewegung der Fabrikkomitees* zu stellen. Diese Bewegung hatte ihren Aufschwung bereits zwischen Februar und Oktober 1917 genommen, und die bolschewistische Partei hatte sie entschlossen unterstützt.

In den Wochen, die dem Oktoberaufstand 1917 folgen, versucht die bolschewistische Partei, die verstreute und anarchische Aktivität von hunderten und tausenden von Fabrikkomitees in eine koordinierte Arbeiterkontrolle umzuwandeln, die den Erfordernissen einer proletarischen Politik entsprechen könnte.

Diese Aufgabe ist nicht leicht, weil zur gleichen Zeit, da die Zahl der Fabrikkomitees wächst, jedes Komitee die Tendenz hat, seine Vorrechte zu vermehren und jeden Betrieb als eine unabhängige Produktionseinheit zu behandeln, die kollektiver Besitz der eigenen Arbeiter ist und selber bestimmt, was sie produziert und wem und zu welchem Preis sie verkauft.

13 LW 27, S. 245

Dagegen würde die *gesellschaftliche Herrschaft der Arbeiterklasse* über die Produktionsmittel die Unterordnung der atomisierten und widersprüchlichen Befugnisse der Fabrikkomitees unter ein gemeinsames politisches Ziel verlangen.

Eine gesellschaftliche Koordinierung der Produktion ist besonders unerläßlich in der Industrie, wo jede Produktionseinheit nur eine beschränkte Zahl von Verarbeitungsprozessen vollzieht und nur ein Kettenglied innerhalb eines in hohem Maß vergesellschafteten Gesamt-Produktionsprozesses darstellt. Das Überleben der sowjetischen Industrie und der Kampf gegen die Kräfte des Marktes sowie gegen die Vorherrschaft der partikularen Interessen der verschiedenen Betriebe verlangen also ein Minimum an vorausgehender Koordination der Aktivitäten der verschiedenen Produktionseinheiten. Wird kein Eingriff *im voraus* vorgenommen, findet die Koordination recht und schlecht *im Nachhinein* über den Markt statt oder sie ist das Resultat der Kräfteverhältnisse zwischen den verschiedenen Industriezweigen oder zwischen den verschiedenen Betrieben. In der Praxis kann es sogar vorkommen, daß sie überhaupt nicht realisiert wird. In diesem Fall wird die Produktion in zunehmendem Maß paralysiert. Genau das spielt sich im Lauf des Winters 1917/18 ab.

Die bolschewistische Partei versucht also, das Problem der Koordinierung der Aktivität der Fabrikkomitees gerade durch die Errichtung der "Arbeiterkontrolle" zu lösen.

Diese soll ihre Tätigkeit umfassender ausüben als das einzelne Fabrikkomitee. Sie soll die gespaltene und parzellierte (und daher illusorische) "Autorität", die die Kollektive der verschiedenen Betriebe ausüben, durch eine koordinierte und vereinheitlichte Klassenkontrolle ersetzen.

Die nach der Oktoberrevolution herrschenden Bedingungen erleichtern den Übergang zu einer solchen einheitlichen Kontrolle nicht. In der Tat sehen die Arbeiter von selbst nicht die Notwendigkeit ein, daß die Befugnisse der Fabrikkomitees durch deren Unterordnung unter eine äußere Instanz eingeschränkt werden. In den Augen der Arbeiter erscheint die Errichtung einer mehr oder weniger zentralisierten Kontrolle als eine Art "Konfiszierung der Macht", die sie eben der Bourgeoisie entrissen haben und die sie auf der Ebene ihres eigenen Betriebs behalten möchten. Diese Auffassung wird von den Gegnern der Diktatur des Proletariats gefördert, insbesondre von den Menschewiki, die die gewerkschaftlichen Organisationen, auf die sie Einfluß haben, zur Verteidigung der Autonomie der Fabrikkomitees, ja sogar der "Eisenbahnerkomitees" bei den Eisenbahnen drängen.

Bereits vor der Oktoberrevolution hatte Lenin die Notwendigkeit der Arbeiterkontrolle auf nationaler Ebene und die Schwierigkeiten ihrer Durchführung vorhergesehen. So schreibt Lenin beispielsweise in seiner Schrift *Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?:*

> "Die Hauptschwierigkeit der proletarischen Revolution liegt in der Verwirklichung einer vom ganzen Volk getragenen genauesten und gewissenhaftesten Rechnungsführung und Kontrolle, der *Arbeiterkontrolle* über die Produktion und die Verteilung der Produkte." (14)

Der Übergang zur Arbeiterkontrolle und das Abrücken vom Typus der anarchischen und "dezentralisierten Verwaltung", an dem sich die Fabrikkomitees orientieren, stößt vor allem auf die in den Massen noch tief verwurzelte bürgerliche und kleinbürgerliche Ideologie, die die Parole "jeder für sich", die den Betriebsegoismus und eine abstrakte Vorstellung von "Freiheit" hochhält. Dazu schreibt Lenin:

> "Die Kleinbourgeoisie widersetzt sich *jeder* staatlichen Einmischung, Rechnungsführung und Kontrolle, mag sie nun staatskapitalistischer oder staatssozialistischer Natur sein." (15)

Trotz des politischen Einflusses, den die bolschewistische Partei auf die kämpferischsten Arbeiter ausübt, bleiben ihr ideologischer Einfluß und ihre Verankerung in den Betrieben noch schwach angesichts der Überzeugungsarbeit, die die Umwandlung der Fabrikkomitees in Organe der Arbeiterkontrolle verlangt. Nach der Oktoberrevolution stößt diese Umwandlung auf große Schwierigkeiten. Sie werden noch verschärft durch die Bedenken, die selbst einige Bolschewiki angesichts der Beschränkungen haben, die die Arbeiterkontrolle den Befugnissen der Fabrikkomitees auferlegt. Die folgenschwersten Widerstände sind jedoch auf den Einfluß zurückzuführen, den die Menschewiki und verschiedene anarchistische Tendenzen auf einen Teil der Massen haben, und dessen sie sich bedienen, um der bolschewistischen Politik so viele Hindernisse wie möglich in den Weg zu legen.

Diese Widerstände und Bedenken erklären die Verzögerungen, die notwendig waren, um die Beschlüsse zur Arbeiterkontrolle zu fassen, und sie erklären die Heftigkeit der Kontroversen, die diese Beschlüsse hervorriefen. Um das zu illustrieren, sei auf einige Tatsachen verwiesen.

Ursprünglich war vorgesehen, daß der II. Sowjetkongreß die Errichtung der Arbeiterkontrolle bei seinem Zusammentreten unmittelbar nach dem 25. Oktober proklamieren sollte. Das Dekret über die Arbeiterkontrolle und das Dekret über den Boden hätten gleichzeitig veröffentlicht werden sollen. Das war jedoch nicht der Fall. Der II. Sowjetkongreß geht auseinander, ohne daß irgendeine in die Richtung der Arbeiterkontrolle gehende Maßnahme getroffen worden wäre. Während die Prawda am 3. November einen von Lenin verfaßten und von dieser Kontrolle handelnden Entwurf eines Dekrets veröffentlicht, wird das Dekret selbst nicht sofort (und auch später nie in seiner ursprünglichen Form) den Regierungsorganen vorgelegt. Schließlich wird erst am 14. November eine revidierte Fassung des Entwurfs Lenins durch das Gesamtrussische ZEK geprüft. Dieser Text wird dann mit einigen Änderungen angenommen.

14 LW 26, S. 88

15 *Über "linke" Kinderei,* in: LW 27, S. 329. Lenin verwendet in dieser Schrift ausnahmsweise den Ausdruck "staatssozialistisch", was ein begrifflicher Widerspruch ist. Lenin tut das, um ihm den Ausdruck "staatskapitalistisch" gegenüberzustellen in dem vorher geläufigen Sinn, das heißt im Sinn eines Staatskapitalismus unter der Diktatur der Bourgeoisie. Um das zu bezeichnen, was er hier "Staatssozialismus" nennt, benutzt Lenin in der Regel die Wendung "Staatskapitalismus unter der Diktatur des Proletariats". Wir werden später den Sinn dieser Wendung untersuchen und ihren Gebrauch bei Lenin.

Im wesentlichen übernimmt jedoch das verabschiedete Dekret die hauptsächlichen Bestimmungen von Lenins Entwurf (16), insbesondre was den *bindenden Charakter der Beschlüsse* der Arbeitervertreter und die *Verantwortlichkeit* dieser Vertreter und der Fabrikbesitzer gegenüber dem Staat betrifft. Die Arbeiterkontrolle wird in das Sowjetsystem eingefügt; die Fabrikkomitees oder die Fabrikräte werden auf diese Weise höheren Instanzen untergeordnet, die auf Orts-, Gouvernements- oder Gebietsebene fungieren; die Einrichtung eines *Gesamtrussischen Rats der Arbeiterkontrolle* ist im Dekret vorgesehen.

Eines der Probleme, die dieses Organ lösen sollte, ist das der *jeweiligen Stellung* der Fabrikkomitees einerseits und des *Gewerkschaftsapparats* andererseits in der Organisation der Arbeiterkontrolle. Das Problem ist nicht ohne Bedeutung, denn die Fabrikkomitees gehen unmittelbar von den Arbeitern jedes Betriebs aus, während die Gewerkschaften (in denen weitaus nicht alle Arbeiter aktiv sind) eine *zentralisierte Struktur* haben, was sie in besondrer Weise befähigt, zur Einrichtung einer *ebenfalls zentralisierten Kontrolle* beizutragen, was sie aber dem direkten Einfluß der Basis entzieht. Das Dekret löst das Problem, indem es den Gewerkschaften einen wichtigen Platz in der Organisation der Arbeiterkontrolle einräumt. Diese Lösung ruft die Unzufriedenheit verschiedener Arbeiter hervor, die hierin eine Art von Bevormundung erblicken; dagegen erscheint sie einer in der Gewerkschaftsbewegung arbeitenden Fraktion von Bolschewiki unzureichend. Sie sind der Ansicht, daß nicht klar genug zugunsten der Gewerkschaften entschieden wurde. In ihren Augen *führt das dazu, die Teilung der Betriebe in unabhängige Einheiten zu verewigen.* So sagt beispielsweise der Sprecher der Gewerkschaften im Gesamtrussischen ZEK, Losowski:

> "Es ist notwendig, die Dinge in einer absolut klaren und kategorischen Weise zu formulieren, damit die Arbeiter jedes Betriebs nicht den Eindruck haben, der Betrieb gehöre ihnen." (17)

Zu Beginn des Jahrs 1918 werden die Texte des Dekrets vom November 1917 fast unverändert von der "Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes" wieder aufgenommen. Diese Deklaration ist von Lenin verfaßt und wird am 3. Januar 1918 vom Gesamtrussischen ZEK angenommen. Sie bestätigt, daß die Arbeiterkontrolle "als erster Schritt zum völligen Übergang der Fabriken, Werke, Bergwerke, Eisenbahnen und sonstigen Produktions- und Verkehrsmittel in das Eigentum des Arbeiter- und Bauernstaates" (18) bestimmt wird.

Dieser Text bestätigt, daß die bolschewistische Partei in dieser Phase anerkennt, daß das Staatseigentum an den Produktionsmitteln solange kein gesellschaftliches Eigentum sein kann, wie die Kontrolle der Fabriken,

16 vgl. dazu LW 26, S. 267 f.
17 A. Losowski, *Die Arbeiterkontrolle* (russ.), Moskau 1918, S. 20; zit. bei E.H. Carr, *The Bolshevik Revolution 1917–1923*, Penguin Books 1966, Band 2, S. 74
18 LW 26, S. 422

Werke, Bergwerke, Eisenbahnen usw. durch die Arbeiter selber nicht verwirklicht ist. Kurz bevor er diesen Text verfaßte, hatte Lenin übrigens nachdrücklich die Idee vertreten, daß "die Rechnungsführung und Kontrolle, die für den Übergang zum Sozialismus unentbehrlich ist, (...) nur das Werk der Massen sein" (19) kann.

Im März/April betont Lenin erneut und mehrfach – insbesondere in der Schrift *Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht* –, daß die *Kontrolle* durch die Massen, wie er sie sich vorstellt, anders aussieht als die Tätigkeit der Fabrikkomitees, die *"jedes für sich"* ihren Betrieb zu verwalten suchten. Die Arbeiterkontrolle, sagt Lenin, ist die Kontrolle durch den *Sowjet*staat, nicht jedoch eine Vielfalt zersplitterter Kontrollen. Um eine Kontrolle im *Gesamtinteresse* auszuüben, ist es, wie Lenin hinzufügt, notwendig, daß "das Proletariat und die arme Bauernschaft genügend Bewußtheit, Überzeugungskraft, Selbstaufopferung und Beharrlichkeit aufbringen, (nur dann) wird der Sieg der sozialistischen Revolution gesichert sein" (20).

Infolge der verschiedenen Beschlüsse werden mögliche unkontrollierte Initiativen auf der Ebene der Betriebseinheiten spürbar verringert. In dem Maß, wie diese Beschlüsse tatsächlich umgesetzt werden, verlieren die Fabrikkomitees praktisch ihre *Autonomie.* Sie hören auf, über wirkliche eigene Machtbefugnisse zu verfügen, und sie werden in die zentrale Arbeiterkontrolle integriert.

In allen Betrieben von einer gewissen Bedeutung (die als Betriebe von "nationaler Bedeutung" bezeichnet werden) werden die Fabrikkomitees dem Staat gegenüber "für die strengste Ordnung und Disziplin und für den Schutz der Vermögenswerte" (21) verantwortlich gemacht. Diese *Verantwortung* tragen die *gewählten Vertreter* der Arbeiter und Angestellten, die zur Ausübung der Arbeiterkontrolle bestellt werden.

Die verschiedenen Anordnungen rufen die Unzufriedenheit der Anarchisten und der Anarcho-Syndikalisten hervor, die aus den Fabrikkomitees Komitees für autonome Betriebsführung machen wollten, die nach Möglichkeit in föderativer Form organisiert werden sollten, aber ohne den Staatsorganen verantwortlich zu sein. Die Gegner jener Maßnahmen erklären insbesondere, die Reglementierung der Arbeiterkontrolle dehne den Begriff des Betriebs von "nationaler Bedeutung" derart aus, daß die Anwendung der offiziellen Regeln der Arbeiterkontrolle zur völligen Unterwerfung der Fabrikkomitees unter eine außer ihnen stehende Gewalt führe.

Diese Gewalt wird durch die verschiedenen Organe gebildet, denen die Grundorganisationen der Arbeiterkontrolle (im allgemeinen die früheren Fabrikkomitees) untergeordnet sind, nämlich die regionalen Räte und der Gesamtrussische Rat für Arbeiterkontrolle. In diesen Räten sind die Vertreter der Arbeiterkontrolle in der Minderheit. So sind im Gesamtrussischen

19 *Wie soll man den Wettbewerb organisieren?*, in: LW 26, S. 409
20 *Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht*, in: LW 27, S. 231
21 Entwurf von Bestimmungen über die Arbeiterkontrolle, in: LW 26, S. 268

Rat für Arbeiterkontrolle nur fünf Vertreter des Gesamtrussischen Rats der Fabrikkomitees, während fünf Vertreter des ZEK, fünf Vertreter des zentralen Gewerkschaftsrats, fünf Vertreter der Vereinigung der Ingenieure und Techniker, zwei Vertreter der Agronomen, zwei Vertreter des Petrograder Gewerkschaftsrats und ein Vertreter jedes Gewerkschaftsverbands mit weniger als 100.000 Mitgliedern (22) (zwei Vertreter für Verbände mit einer größeren Mitgliederzahl) einen Sitz haben.

In den höheren Organen der Arbeiterkontrolle sind die Vertreter der Gewerkschaftsorganisationen also zahlreicher als die Vertreter der Grundorganisationen, die in der Minderheit sind.

Selbst die derart umgewandelte Struktur der Arbeiterkontrolle erweist sich als unfähig, die Koordinierung zu gewährleisten, die die industrielle Großproduktion verlangt. Nun befindet sich jedoch Rußland in einer Situation, in der die Versorgung von Stadt und Land und bald auch der Front eine regelmäßige Produktion unumgänglich macht, eine Produktion, die vor allem soweit wie möglich Anforderungen entspricht, wie man sie mit Blick auf die Gesamtlage einschätzen mußte.

Die bolschewistische Partei beschließt, das System der Arbeiterkontrolle zu "verdoppeln", indem sie weitere Formen der Koordinierung und Leitung der Produktion einführt. Die Hauptform dabei ist der OVWR.

In der Tat erhalten diese Formen der Koordinierung und Leitung unter den Bedingungen, die sich mit dem Beginn des Bürgerkriegs entwickeln – und wo die Losung "Alles für die Front" an erster Stelle steht – den Vorrang vor der Arbeiterkontrolle (23). Diese fällt schließlich ungefähr zur gleichen Zeit auseinander wie die früheren Fabrikkomitees. Dieser Zerfall steht offenbar im Zusammenhang mit der nicht ausreichenden Anzahl echter Arbeiterorganisatoren, die in den Betrieben die Probleme wirklich anpacken. Umgekehrt ist das Fehlen von Arbeiterorganisationen an der Basis in Beziehung zu setzen mit der relativen zahlenmäßigen Schwäche der bolschewistischen Partei, mit der (ohne Zweifel unumgänglichen) Eingliederung eines wachsenden Teils der aktivsten Arbeiter in die Organisationsaufgaben der Partei, der staatlichen Apparate und vor allem in die Armee. Das Fehlen systematischer Anstöße seitens der bolschewistischen Partei und die wachsende Gleichgültigkeit der Werktätigen in bezug auf die Fabrikkomitees haben ebenfalls ihre Rolle gespielt. Schließlich fiel die Arbeiterkontrolle, so wie sie in den ersten Monaten des Sowjetregimes konzipiert war, in einen Schlaf, aus dem sie nie mehr erwachte. Leitung und Koordinierung der industriellen Produktion werden auf anderen Grundlagen gewährleistet.

22 vgl. dazu die Broschüre *Les Bolcheviks et le controle ouvrier* (Die Bolschewiki und die Arbeiterkontrolle) von M. Brinton und der Gruppe "Solidarity" aus London, in dem Heft von Sept.–Dez. 1973 der Zeitschrift *Autogestion*, S. 74

23 vgl. E.H. Carr, *The Bolshevik Revolution*, a.a.O., Bd. 2, S. 78

c) Der Oberste Volkswirtschaftsrat (OVWR) und die Koordinierung des Produktionsprozesses

Schon am 17. November (das heißt drei Tage nach der Veröffentlichung des Dekrets über die Arbeiterkontrolle) wird die zukünftige Schaffung eines Rats der Volkswirtschaft in einem Dekret erwähnt, das den Wirtschaftsrat und die Hauptwirtschaftskommission auflöst, die durch die Provisorische Regierung gebildet worden waren. Diese Organe sollen durch den Volkswirtschaftsrat ersetzt werden. Bucharin wird nun beauftragt, die Texte bezüglich dieses neuen Rates vorzubereiten. Er verfaßt dann auch den Entwurf des Dekrets, dessen Text am 5. Dezember veröffentlicht wird (24).

Durch dieses Dekret wird der "Oberste Volkswirtschaftsrat", der OVWR, geschaffen. Dieser Rat hat den Auftrag, "die wirtschaftlichen Aktivitäten der Nation und die finanziellen Mittel der Regierung zu organisieren", in einheitlicher Weise die Aktivität sämtlicher bestehender zentraler und lokaler Wirtschaftsbehörden zu kontrollieren, einschließlich der Funktionen des Gesamtrussischen Rats für Arbeiterkontrolle. Er verdoppelt in der Tat die Funktionen des letzteren, die ebenfalls darin bestehen, "die planmäßige Regulierung der Volkswirtschaft" zu sichern. Das Dekret integriert übrigens die Arbeiterkontrolle in den OVWR (denn es legt fest, daß die Mitglieder des Gesamtrussischen Rats für Arbeiterkontrolle ebenfalls Mitglieder des Obersten Volkswirtschaftsrats sind), und der OVWR setzt sie in eine ihm gegenüber untergeordnete Position.

Die Unterordnung der Arbeiterkontrolle unter das System der Wirtschaftsräte bereitet ihr Verschwinden vor. Als Lenin die Bilanz der in den ersten Monaten der Sowjetmacht gefaßten Beschlüsse zieht, stellt er selbst fest, daß man von der Arbeiterkontrolle zur Schaffung des Obersten Volkswirtschaftsrats übergegangen sei (25).

Verschiedene der konkreten Anordnungen, die die Organisierung des OVWR betreffen und die Beziehungen, die er mit den Produktionseinheiten unterhalten soll, sind stark von den spezifischen Bedingungen jener Periode geprägt, in die die Bildung des OVWR fällt. Diese Bedingungen begünstigen eher eine administrative Zentralisierung als den demokratischen Zentralismus. Der wesentliche Kern dieser Anordnungen wird jedoch später weiter aufrechterhalten: in der Organisation der *Staatlichen Plankommission* oder dem *Gosplan*. Der am 22. Februar 1921 als Verlängerung der Gesamtrussischen Kommission für Elektrifizierung oder *Goelro* (die am 21. Februar 1920 eingerichtet worden war) gebildete Gosplan ist anfangs nur ein kleines "technisches Organ", das beauftragt ist, Untersuchungen im Hinblick auf die Vorbereitung eines Wirtschaftsplans vorzunehmen. Erst viel später, im Februar 1925, wird der Gosplan über "dezentralisierte" Organe verfügen und teilweise an die Stelle des OVWR treten (26).

24 ebd., Bd. 2, S. 79 f.

25 vgl. dazu Lenins Rede auf dem III. Sowjetkongreß, am 11. Januar 1918, in: LW 26, S. 468

26 vgl. *Kleine Sowjetenzyklopädie* (russ.), Moskau 1929, Artikel "Gosplan"

Jedenfalls wird das System der Wirtschaftsräte (dessen höchstes Organ der OVWR ist) im Lauf der Jahre 1918 bis 1923 zum *Instrument der Zentralisierung und der zentralisierten Leitung der Industrie.*

Die dem OVWR verliehenen Befugnisse sind bedeutend: er darf jeden Betrieb oder jeden Produktions- oder Handelszweig konfiszieren, erwerben und der Zwangsverwaltung unterstellen. Er ist beauftragt, die Arbeit sämtlicher Wirtschaftsorgane zu zentralisieren und zu leiten und die die Wirtschaft betreffenden Gesetze und Dekrete vorzubereiten, um sie dem Rat der Volkskommissare vorzulegen. Von diesem Rat hängt er übrigens unmittelbar ab.

Der OVWR ist mehrheitlich aus Vertretern der Volkskommissare zusammengesetzt, die von Experten unterstützt werden, die aufgrund ihrer sachlichen Kompetenz ernannt werden. Der OVWR besitzt eine doppelte Struktur: einmal hat er zentrale Organe, oder *Glawki* (welche die verschiedenen Industriezweige leiten), dann hat er regionale Organe, die Örtlichen Volkswirtschaftsräte (*Sownarchos*). "Verwaltungstechnisch" sollen das Dekret, das den OVWR bildet, ebenso wie die späteren Anwendungsbestimmungen grundsätzlich die Koordinierung der Tätigkeit der verschiedenen Betriebe durch den Staat gewährleisten. Gleichzeitig geben diese Maßnahmen der Schicht der Ingenieure, Techniker und Spezialisten großen Einfluß; denn diese nehmen im OVWR und in dessen Nebenorganen die beherrschenden Stellungen ein. Durch dieses Dekret wird diese von den Spezialisten gebildete "bürgerliche Schicht" (27) in leitende Stellungen wiedereingesetzt. Aber sie nehmen diese Stellungen kraft der von der Sowjetmacht getroffenen Entscheidungen ein, und die Sowjetmacht kann ihnen ihre Befugnisse jederzeit wieder entziehen.

Die Rolle, die somit dieser bürgerlichen Schicht zukommt, wird verstärkt durch die wirtschaftliche Desorganisation, gegen die die Sowjetmacht kämpfen muß, um den Zusammenbruch der Diktatur des Proletariats zu verhindern. Das wird in einer Resolution des IV. Gesamtrussischen Sowjetkongresses (März 1918) hervorgehoben, die in der Tat "den Kampf gegen das Chaos, die Desorganisation und den Zerfall, was als Folge eines verheerenden Kriegs geschichtlich unvermeidlich ist und was zugleich das größte Hindernis ist für den Endsieg des Sozialismus und die Stärkung der Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft" (28) auf die Tagesordnung setzt.

Um gegen den wirtschaftlichen Zerfall anzukämpfen, betont eine weitere Resolution des IV. Sowjetkongresses die Notwendigkeit, praktisch und in alle Richtungen "starke und feste Organisationen, die soviel wie möglich die gesamte Produktion und die gesamte Verteilung der Güter einschließen" (29), zu bilden.

27 Für Lenin gab es keinen Zweifel, daß die Ingenieure, Techniker, Verwaltungsleute und andere von dem alten Regime übernommenen "Spezialisten" eine "bürgerliche Schicht" bildeten, wie er es beispielsweise in seiner Schrift *Alle zum Kampf gegen Denikin!* sagt. (LW 29, S. 439)

28 *Siezdy soveto RSFSR v postanovlenijach* (1939) (Beschlüsse der Kongresse der RSFSR), S. 69; zit. nach E.H. Carr, *The Bolshevik Revolution,* a.a.O., Bd. 2, S. 90

29 ebd.

In Verbindung mit dieser Resolution wird die Leitung des OVWR umbesetzt. Bucharin und einige andere "Linkskommunisten" werden aus ihr entfernt. Unter den neuen Leitern befinden sich Miljutin, ein alter Bolschewik, Larin, ein ehemaliger Menschewik und Anhänger der staatlichen Industriekonzentration und der Planung.

Auf diese Weise entwickelt sich ein System ökonomischer und politischer Verhältnisse, das einen Aspekt dessen bildet, was Lenin den "Staatskapitalismus" genannt hat. Wie Lenin sagt, haben die Arbeiter vor diesem Staatskapitalismus keine Angst; denn sie wissen, daß die "Organisatoren der wirklich großen und größten Betriebe, der Trusts" – Organisatoren, die der Kapitalistenklasse angehören –, als "technische Fachleute" eingestellt werden und eine "hohe Bezahlung" erhalten müssen (30).

Diese Konzeption wird von Lenin mit besonderer Klarheit in der Schrift *Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht* vertreten. In dieser Schrift erklärt Lenin, daß die Rekrutierung von "bürgerlichen Spezialisten" durch den Sowjetstaat einen mit der Bourgeoisie eingegangenen Kompromiß darstellt, der seinem Umfang nach ursprünglich nicht vorgesehen war. Aber dieser Kompromiß wurde durch die Tatsache erzwungen, daß die Arbeiterräte, die Sowjets und die Fabrikkomitees nicht fähig waren, die Produktion auf gesellschaftlicher Stufenleiter zu organisieren. So schreibt Lenin:

> "Wenn das Proletariat vermittels der Sowjetmacht es *vermocht hätte,* die Rechnungsführung und Kontrolle im gesamtstaatlichen Maßstab oder zumindest die Grundlagen einer solchen Kontrolle zu organisieren, dann wären derartige Kompromisse nicht nötig." (31)

d) Die Ernennung der Leiter der Produktionseinheiten und das Problem des Einzelleiters

Eine der ersten Entscheidungen des OVWR betrifft die Bedingungen der *Leitung* der Produktionseinheiten und die Formen der *Ernennung der Leiter der enteigneten Betriebe.* Diese Entscheidung stimmt mit einem Dekret vom 3. März 1918 überein, das auf die gesamte Industrie anwendbar ist. Aufgrund dieses Dekrets wird jede "Hauptabteilung" (*Glawk*) beauftragt, in den von ihr abhängigen Betrieben einen *Kommissar* zu ernennen, der die Regierung vertritt, und zwei *Direktoren* (einen technischen und einen Verwaltungsdirektor). Nur die Entscheidungen des Verwaltungsdirektors können durch die Fabrikkomitees oder wer an ihrer Stelle steht, in Frage gestellt werden. Der technische Direktor ist ausschließlich vom OVWR abhängig. In den verstaatlichten Betrieben unterliegen die Entscheidungen der Fabrik- und Abteilungskomitees der

30 vgl. Lenin, *Über "linke" Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit,* in: LW 27, S. 342

31 *Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht,* in. LW 27, S. 246





Demonstrationszug auf dem Roten Platz, am 1. Jahrestag der Oktoberrevolution. *"Heute weiß es die ganze Masse der Arbeiterschaft, wissen es nicht nur die Führer und Vorkämpfer, sondern tatsächlich die breitesten Schichten, daß sie selbst mit eigenen Händen den Sozialismus aufbauen, daß sie das Fundament errichtet haben und daß keine Macht im Lande sie daran hindern kann, dieses Werk zu Ende zu führen".* (Lenin, in seiner Rede auf dem VI. Gesamtrussischen Außerordentlichen Sowjetkongreß, am 6. Nov. 1918)

Bewilligung durch einen administrativen Wirtschaftsrat, in dem sich die Arbeiter und Angestellten nicht in der Mehrheit befinden können (32). Im allgemeinen sind die von den *Glawki* ernannten Direktoren Ingenieure oder ehemalige Betriebsleiter, auch ehemalige Kapitalisten.

Ohne der Darstellung der ideologischen Kampfe, die sich innerhalb der bolschewistischen Partei entwickeln (33), vorgreifen zu wollen, ist es hier doch notwendig, kurze Angaben über die Positionen zu machen, die einige der bolschewistischen Führer in bezug auf die Ernennung der Fabrikdirektoren durch ein zentrales Verwaltungsorgan einnahmen. In der Tat wird das Prinzip einer solchen Ernennung nicht nur von einem Teil der Gewerkschaftsführer, die auch in der Partei sind, lebhaft kritisiert, sondern auch von denjenigen, die sich "Linkskommunisten" nennen. Letztere, unter ihnen Bucharin, sind während des Frühjahrs 1918 sehr aktiv (ihre Gruppe löst sich später auf). Sie wenden sich gegen die Ernennung der Fabrikdirektoren, gegen die ihnen verliehene Macht und gegen die relativ hohen Gehälter, die ihnen gezahlt werden. Für die "Linkskommunisten" handelt es sich dabei um eine Verletzung der in den *Aprilthesen* formulierten Grundsätze, denen zufolge die Beamten kein höheres Gehalt als einen mittleren Arbeitslohn erhalten dürfen, sie gewählt werden und von ihren Wählern abberufbar sein müssen.

Lenin verneint selbstverständlich nicht, daß die Umsetzung des Dekrets über die Betriebe in Widerspruch zu verschiedenen in den *Aprilthesen* ausgesprochenen Grundsätzen steht; aber er betont, daß es sich dabei um *provisorische Maßnahmen* handelt, die durch die Notwendigkeit, die Betriebe in Gang zu setzen, aufgezwungen wurden, und die ermöglichen sollen, gegen "die Praxis eines breiartigen Zustands der proletarischen Macht" (34) anzukämpfen.

Für Lenin entsprechen diese Maßnahmen einem *"Schritt zurück"*, der vorübergehend, aber unvermeidbar ist unter den bestehenden Bedingungen, die *"noch nicht"* den Vormarsch des Sozialismus *"auf seine Art* (...) mit *sowjetischen* Methoden" (35) erlauben. Der "Schritt zurück", von dem

32 Angaben über die hier erwähnten und über einige weitere Maßnahmen findet man im Anhang zum 22. Band der *Sämtlichen Werke* Lenins (in russisch, 3. Auflage); im Buch von E.H. Carr, *The Bolshevik Revolution 1917–1923,* Bd. 2, insbesondere S. 73 f.; in den Protokollen der Sitzungen des OVWR; in der Sammlung von Dekreten und Beschlüssen zur Volkswirtschaft, die 1918 in Moskau (auf russisch) veröffentlicht wurde und die den Zeitraum vom 25. Oktober 1917 bis zum 25. Oktober 1918 umfaßt – insbesondere S. 171 f. und S. 311–315; in einem Artikel von D.L. Limon, "Lenin und die Arbeiterkontrolle", in der Dezembernummer 1967 der Zeitschrift *Autogestion.* Die Maßnahmen der Sowjetregierung im Bereich der Arbeiterkontrolle und der Wirtschaftsverwaltung aus den Jahren 1917 bis 1921 sind in allgemeiner Weise zusammengefaßt in der Broschüre von Maurice Brinton, *Les Bolcheviks et le contrôle ouvrier* (Die Bolschewiki und die Arbeiterkontrolle), a.a.O. Siehe auch Labry, *Une législation communiste. Recueil des lois, décrets, arrêtés principaux du gouvernement bolcheviste* (Eine kommunistische Gesetzgebung. Sammlung der wichtigsten Gesetze, Dekrete und Erlasse der bolschewistischen Regierung), Paris 1920, insbesondere S. 131–136.

33 Diese werden später untersucht; s. S. 342 ff.

34 vgl. *Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht,* in: LW 27, S. 250

35 ebd., S. 238

Lenin hier spricht, wird als eine Stärkung des *Kapitals* bestimmt (obwohl es keine Wiederherstellung des juristischen Eigentums der Kapitalisten in den staatlichen Betrieben gibt), *"denn Kapital ist nicht eine Summe Geldes, sondern ein bestimmtes gesellschaftliches Verhältnis"* (36). Die prinzipielle Position Lenins ist also klar, und sie festzuhalten ist umso wichtiger, als der *"Schritt zurück"*, der nun gemacht wurde, und die ihm entsprechende Stärkung der kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnisse, später keinen Raum mehr für Maßnahmen zuließ, die mit "sowjetischen Methoden" (37) und den *Aprilthesen* übereingestimmt hätten.

In der bereits zitierten, 1918 erschienenen Schrift *Über "linke" Kinderei und Kleinbürgerlichkeit* kommt Lenin auf das Problem der Ernennung der Betriebsdirektoren zurück und auf die Tatsache, daß manchmal ehemalige Kapitalisten in diese Funktionen ernannt werden:

> "Die Sowjetmacht erteilt den Kapitalisten die 'Leitung' nicht als Kapitalisten, sondern als technischen oder organisatorischen Fachleuten gegen hohe Bezahlung. Und die Arbeiter wissen sehr wohl, daß die Organisatoren der wirklich großen und größten Betriebe, Trusts oder anderen Einrichtungen zu 99 Prozent zur Kapitalistenklasse gehören, ebenso wie die erstklassigen Techniker – aber gerade sie müssen wir, die proletarische Partei, als 'Leiter' des Arbeitsprozesses und der Organisation der Produktion nehmen, denn andere Leute, die diese Sache aus der Praxis, aus der Erfahrung kennen, *gibt es nicht.* Denn die Arbeiter (...) haben keine Angst vor dem größten 'Staatskapitalismus', sie schätzen ihn als ihr *proletarisches* Instrument, das *ihre* Staatsmacht, die *Sowjet*macht, tatkräftig anwenden wird gegen den kleinbesitzenden Zerfall und Zusammenbruch." (38)

Dieses Zitat macht deutlich, daß für Lenin die Ernennung von "technischen Fachleuten" an die Spitze der Staatsbetriebe, die sie mit erheblichen Machtbefugnissen und hohen Gehältern ausstattet, auch einen Aspekt dessen ausmacht, was er den "Staatskapitalismus" nennt.

Später (von 1918 bis 1920) veranlassen die Bedingungen des Bürgerkriegs und der ausländischen Intervention die Sowjetmacht, den erfahrenen Verwaltungsfachleuten einen größeren Stellenwert einzuräumen und dementsprechend die Funktionen der Fabrikkomitees einzuschränken. Die Resolutionen des IX. Parteitags der bolschewistischen Partei bekräftigen diesen Kurs. Auf diesem Parteitag besteht Lenin auf der Notwendigkeit, "für die Verwaltung, für den Aufbau des Staats Menschen zu haben, die die Verwaltungstechnik beherrschen, die in Staat und Wirtschaft erfahren sind",

36 ebd., S. 239 (Hervorhebung – Ch.B.)

37 Verschiedene Aspekte dieses Problems werden diskutiert (in Verbindung mit den im Lauf der Kulturrevolution in China stattgefundenen Umwälzungen) in Ch. Bettelheim, *Révolution culturelle et Organisation industrielle en Chine,* Paris 1973, S. 83–86. Deutsche Ausgabe: *China nach der Kulturrevolution: Industrielle Organisation, dezentralisierte Planung und Wertgesetz,* München 1974, S. 85–89

38 LW 27, S. 342

und er fügt hinzu, "solche Menschen aber können wir nirgendwo anders hernehmen als aus der früheren Klasse" (39).

Der IX. Parteitag bestimmt auch, daß sich die Fabrikkomitees in Zukunft im wesentlichen mit Fragen der Arbeitsdisziplin, der Propaganda und der Erziehung der Arbeiter befassen sollen (40).

Trotzki und Bucharin (letzterer bricht nun mit seinen Positionen von 1918) gehören zu denen, die am intensivsten versucht haben, die in diesem Zeitraum eingeführten Organisationsformen zu "theoretisieren" (41). Sie bemühen sich nun, solchen Maßnahmen, die sich vor allem auf eine ganz besondere aktuelle Lage beziehen, eine allgemeine "sozialistische" Tragweite zuzuschreiben.

Bucharin will in diesen Maßnahmen einen direkten Übergang zum Kommunismus sehen. Bei seinem Versuch, seine im März/April 1918 eingenommenen "linkskommunistischen" Positionen mit seinen jetzigen zu versöhnen, die einen extremen Zentralismus und die Einzelleitung befürworten, schreibt er, daß es in einer Periode, in der sich der Schwerpunkt der proletarischen Aufgaben – ihm zufolge – "auf das Gebiet des wirtschaftlichen Aufbaus übertragen" hat, notwendig sei, die aus der ersten Phase der Arbeiterkämpfe hervorgegangenen wirtschaftlichen Organe umzustrukturieren. Diese Umstrukturierung müsse "eine Abnahme der Kameradschaftlichkeit und in manchen Fällen (in einzelnen Betrieben usw.) die Einsetzung der Einzelverwaltung" nach sich ziehen. Letzteres, so Bucharin, "bedeutet weder eine Verringerung der Rechte der Klasse noch eine Herabsetzung der Rolle ihrer Organisationen. Dies ist die zusammengepreßte, verdichtete *Form* der proletarischen Verwaltung der Industrie" (42).

Bucharin sagt weiter, daß von dem Augenblick an, wo "das Problem der Festigung der Klassenposition des Proletariats (...) im wesentlichen gelöst" sei, "das Schwergewicht nicht in der prinzipiellen Veränderung der Produktionsverhältnisse (liegt), sondern in dem Auffinden einer solchen Form der Verwaltung, die ein Maximum von Tüchtigkeit garantiert. Das Prinzip der weitgehenden Wählbarkeit von unten herauf (gewöhnlich sogar durch die Arbeiter nach Fabriken) wird ersetzt durch das Prinzip der sorgfältigen *Auslese* in Abhängigkeit von dem technischen und administrativen Personal, der Kompetenz und der Zuverlässigkeit...". In Zukunft, setzt Bucharin noch hinzu, stellt man an die Spitze der Betriebe "verantwortliche Personen", Berufsingenieure und -techniker eingeschlossen; denn diese könnten, so schließt er, "keine anderen Funktionen erfüllen als diejenigen, die das Proletariat von ihnen verlangt" (43). Das Problem der Umwälzung der

39 LW 30, S. 450

40 Man findet die Resolution des IX. Parteitags der KPR(B) in der deutschen Ausgabe von 1930 (Verlag für Literatur und Politik, Wien und Berlin), Bd. 25, S. 671 ff.

41 vgl. unten, S. 321 f.

42 vgl. Nikolai Bucharin, *Ökonomik der Transformationsperiode*, Hamburg (rowohlt)

43 ebd., S. 128/129

Produktionsverhältnisse und die Möglichkeit, daß Direktoren, denen die proletarische Weltanschauung fremd ist, selbst nicht der Führung und der direkten Kontrolle durch die Grundorganisationen der Partei und der Werktätigen unterliegen, findet sich auf diese Weise wie durch Zauberei "gelöst".

Die Entwicklung der Ansichten Bucharins darf nicht überraschen. Sie zeugt von der tiefgreifenden Einheit der "rechtsabweichlerischen" mit den "linksabweichlerischen" Positionen; eine solche Einheit rechtfertigt die Charakterisierung dieser Position als tatsächliche "Rechts-Links"-Abweichung (44).

Lenin hat den Extremismus der "Rechts-Links"-Abweichungen Trotzkis und Bucharins scharf verurteilt, insbesondere in seiner am 30. Dezember 1924 gehaltenen Rede, die unter dem Titel *Über die Gewerkschaften, die aktuelle Lage und die Fehler Trotzkis* (45) veröffentlicht wurde. In dieser Schrift hebt Lenin besonders hervor, daß sich Widersprüche zwischen den Werktätigen und den Betriebsleitern entwickeln können. Er führt später genauer aus, daß unter bestimmten Bedingungen der Rückgriff auf den Streik selbst unter der Diktatur des Proletariats gerechtfertigt sein kann (46).

Die gleichen "Rechts-Links"-Abweichungen Trotzkis und Bucharins erscheinen später, vor allem im Verlauf der Fünfjahrpläne wieder, besonders in einigen Schriften Stalins (47) (der sich in der Auseinandersetzung vom Winter 1920/21 allerdings gegen Trotzki und Bucharin wandte und Lenin unterstützte). So nimmt eine ganze Ansammlung von Auffassungen, die in Widerspruch zum revolutionären Marxismus stehen, immer mehr Gestalt an. Diese Auffassungen finden eine ihrer entfaltetsten Formen im *Lehrbuch der Politischen Ökonomie* der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (48). Von da an ist es nur noch ein Schritt bis zu den revisionistischen Thesen.

44 Der Wechsel in den Positionen Bucharins zwischen 1918 und 1920 zeugt von ein und derselben "mechanistischen", undialektischen Auffassung des Marxismus. Aufgrund dieser Auffassung haben Basis und Überbau keine relative Autonomie, sie bilden keine widersprüchliche Einheit, sondern eine Totalität, von der jeder Teil die Gesamtstruktur zum Ausdruck bringt. 1918 führt diese Auffassung Bucharin dazu, zu behaupten, daß die Existenz einer kapitalistischen Disziplin in den Betrieben einer Negierung der Diktatur des Proletariats gleichkäme; 1920 führt ihn die gleiche Auffassung dazu, zu behaupten, daß die Diktatur des Proletariats den sozialistischen Charakter der Betriebsführung garantiere. Ohne die dialektische Auffassung dessen, was eine widersprüchliche Einheit ist, kann Bucharin in seiner Diskussion mit Lenin Ende 1920 ebensowenig begreifen, daß der Sowjetstaat in dieser Periode ein Arbeiter- *und* Bauernstaat ist; in seinen Augen muß er *entweder* ein Arbeiter- *oder* ein Bauernstaat sein.

45 LW 32, S. 1 ff.

46 LW 33, S. 172

47 In seinem Bericht über die sowjetische Verfassung 1936 behauptet Stalin, die Klassen in der UdSSR wären verschwunden und er verkündet als einen Grundsatz: "Die Kader entscheiden alles."

48 *Politische Ökonomie, Lehrbuch*, Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Institut für Ökonomie; 1. deutsche Ausgabe, Berlin (DDR) 1955, Reprint Frankfurt 1971

2. Die Lage der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums in den Städten am Ende des "Kriegskommunismus"

Die in den ersten Monaten der Sowjetmacht eingeleiteten Umwälzungen der Lage der Bourgeoisie setzen sich mit Beginn des weißen Aufstands und der ausländischen Intervention beschleunigt fort. Das verschärfte Verbot so gut wie aller privatwirtschaftlichen Tätigkeiten, das die nun beginnende Periode kennzeichnet, trifft auch das städtische Kleinbürgertum, insbesondere den Kleinhandel.

Es vollzieht sich nun tatsächlich ein zweifacher Prozeß: der Einfluß der privaten Bourgeoisie wird zerschlagen und es entwickelt sich eine Staatsbourgeoisie.

a) Die Unterbindung der Tätigkeit der privaten Bourgeoisie

Nach der Gründung des OVWR und seiner Reorganisierung führt die zunehmende Sabotage der Produktion durch die Bourgeoisie zwischen April und Juni 1918 zu einer gewissen Beschleunigung in den Enteignungen der Betriebe, Bergwerke usw. Kurz nach Beginn des Bürgerkriegs setzen sich die Enteignungen überall durch; ein Dekret vom 28. Juni 1918 erlaubt die rasche Nationalisierung aller Großbetriebe, deren Kapital eine Million Rubel oder darüber beträgt (49).

Das Dekret vom 28. Juni 1918 legt die Nationalisierung nur als Prinzip fest; sie muß aber von Fall zu Fall beschlossen werden. In der Praxis findet die Nationalisierung der Großbetriebe rasch statt. Die Zahl der staatlichen Industriebetriebe steigt von weniger als tausend im Mai 1918 auf drei- bis viertausend im Herbst 1918 (50).

Die weitere Durchsetzung dieser Maßnahmen und die Entscheidung, den privaten Betrieben und Handelsunternehmen praktisch jede Aktivität zu verbieten, haben zur Folge, daß die russische Bourgeoisie gegen Ende des Bürgerkriegs (zu Beginn des Jahrs 1921) fast alle Positionen in Industrie und Handel, über die sie noch im Frühjahr 1918 verfügte, verloren hat. Von nun an verfügt sie nicht mehr über die materielle und gesellschaftliche Basis, die sie zu einer Fraktion der imperialistischen Weltbourgeoisie machte; die mächtigen Bande, die sie mit dem internationalen Bank- und Finanzkapital vereinte, sind zerschlagen, ebenso wie der frühere Staat, dessen Wirtschafts- und Militärpolitik ihren grundlegenden Interessen entsprach, verschwunden

49 vgl. Maurice Dobb, *Soviet Economic Development since 1917* (Die sowjetische ökonomische Entwicklung seit 1917), Routledge and Kegan, London 1948, S. 95. Dobb zufolge zielt dieses Dekret vor allem darauf ab, die sofortige Nationalisierung der ukrainischen Großbetriebe zu ermöglichen und damit zu verhindern, daß in den von der deutschen Armee besetzten Gebieten das deutsche Kapital diese Betriebe von den russischen und ukrainischen Kapitalisten "aufkauft".

50 ebd., S. 96

ist. Viele Mitglieder der alten Bourgeoisie und auch eine große Zahl ehemaliger Grundbesitzer sind emigriert; vor allem diejenigen, die früher die reichsten waren.

Dennoch ist die Bourgeoisie aus der Zeit vor der Revolution, trotz dieser Umwälzungen, nicht einfach "verschwunden". In erster Linie ist es einem Teil der ländlichen Bourgeoisie, den *Kulaken* und anderen reichen Bauern gelungen, mehr oder weniger gut davonzukommen. Das werden wir in einem der folgenden Kapitel behandeln.

Dann ist eine große Fraktion der bürgerlichen Intelligenz (Ärzte, Akademiker, Anwälte, Ingenieure, Spezialisten, Lehrer usw.) in Rußland geblieben. Zwar lebt sie im allgemeinen mit geringen Mitteln. Sie hat fast alles verloren, was nicht "berufliche Einkünfte" sind (und sogar einen Teil davon); aber sie versucht sich in die neue Sowjetgesellschaft einzugliedern, wobei sie die gleiche Tätigkeit wie vorher ausübt. Ihr ideologischer Einfluß ist nicht geringzuschätzen, was man zum Beispiel angesichts der Debatten über den Erziehungsapparat feststellen kann, und wenn man den Charakter jener Veränderungen untersucht, die dieser Apparat erfährt. Verschiedene Mitglieder dieser Intelligenz dringen in die staatlichen Verwaltungsapparate ein, namentlich in die ökonomischen Apparate, in das neue Justizsystem, in die politische Polizei und die *Prokuratura* (51).

Auf wirtschaftlicher Ebene setzt die Bourgeoisie ihre Tätigkeit zugleich auf "legale" und auf "illegale" Weise fort.

Zunächst auf illegale Weise; denn die Bourgeoisie verfügt nach Lenins Ausdruck über "die Kunst der Verwaltung" (52), und sie unterhält weiterhin enge Beziehungen zum *Staatsapparat*. Daher nimmt sogar während des "Kriegskommunismus" ein Teil der Bourgeoisie weiter an (für ihn) sehr einträglichen wirtschaftlichen Operationen über den illegalen Handel teil, dessen Umfang erheblich ist, – wenn auch unmöglich zu schätzen. Durch diese Operationen konnte sich die Bourgeoisie eine wirtschaftliche Stärke bewahren, die keineswegs als gering anzusehen ist. Das erklärt, daß nach der Periode des "Kriegskommunismus", während der NEP, relativ leicht eine gewisse private städtische Bourgeoisie (die NEP-Leute) "wiedererstehen" konnte. Sie wird jedoch nie zu einer gesellschaftlichen Kraft werden, die für die Diktatur des Proletariats *unmittelbar* gefährlich wäre. Dagegen haben ihre Existenz und ihre Verbindung mit den staatlichen Apparaten mit Sicherheit eine Rolle bei der späteren Stärkung der Staatsbourgeoisie gespielt.

51 Die Prokuratura spielt teilweise die Rolle einer öffentlichen Anklagebehörde und überwacht die Tätigkeit des Justizsystems. Zahlreiche ehemalige menschewistische Anwälte (wie Wyschinski, der spätere öffentliche Ankläger der Prozesse der dreißiger Jahre) dringen sie ein. Bedeutend ist vor allem auch das Eindringen ehemaliger Sozialrevolutionäre in die politische Polizei.

52 vgl. Lenin, *Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats.* Dieser Text wurde aus Anlaß des zweiten Jahrestags der Oktoberrevolution in der *Prawda* vom 7. November 1919 veröffentlicht; in: LW 30, S. 91 ff., insbesondere S. 100

b) Die Schwächung des privaten Kleinbürgertums und das Schicksal der kleinen Verwaltungsbourgeoisie

Der größte Teil des russischen Kleinbürgertums wurde durch die Mittelbauernschaft gebildet; die sie betreffenden Probleme werden später untersucht. Hier beschränken wir uns auf einige Bemerkungen über die anderen Fraktionen des Kleinbürgertums.

Ihre zahlenmäßige Bedeutung ist schwer abzuschätzen, aber man kann annehmen, daß sie vor der Revolution etwa 15 bis 18% der Bevölkerung ausmachten, davon ungefähr ein Fünftel Angestellte (53). Zu Beginn der zwanziger Jahre sieht sich ein erheblicher Teil dieses Kleinbürgertums, vor allem die kleinen Geschäftsleute, deklassiert. Verschiedene haben sich während des "Kriegskommunismus" dem illegalen Handel gewidmet, andere haben mehr oder weniger feste Anstellungen in den Verwaltungen und in den Genossenschaften gefunden, andere schließlich arbeiten in den Betrieben.

Auch die Lage der Handwerker hat sich während des "Kriegskommunismus" sehr verschlechtert. Die Reglementierung der Transporte und der Verteilung der Rohstoffe hat die meisten von ihnen gezwungen, ihre Tätigkeit einzustellen. Einer kleinen Zahl ist es gelungen, eine industrielle Beschäftigung zu finden, und einige haben Produktionsgenossenschaften (*Artel*) gebildet, um ein Minimum an Rohstoffen zu erhalten.

Die politische Haltung dieser beiden Fraktionen des Kleinbürgertums zur Sowjetmacht ist alles andere als positiv. Die NEP veranlaßt sie dazu, immer stärker eine neutrale Haltung ohne Wohlwollen einzunehmen.

Die Haltung der kleinen Verwaltungsbourgeoisie (kleine und mittlere Beamte, Angestellte in Industrie, Handel und Banken usw.) ist nicht wesentlich anders. Zu Beginn hat sich ihre Feindschaft zur Sowjetmacht sogar in einem "Verwaltungsstreik" ausgedrückt. Als die Volkskommissare die Ministerien in Besitz nahmen, fanden sie die Büros ohne Beamte und Angestellte vor und bisweilen auch die Akten verstreut. Aber da sie in wachsendem Maß auf ihren Lohn angewiesen waren, nahmen sie ihre Arbeit wieder auf. Zu Beginn der NEP scheinen sie mindestens so zahlreich zu sein wie vor der Revolution. Diese tief von der bürgerlichen Ideologie beherrschten kleinbürgerlichen Schichten sind lange Zeit der Sowjetmacht feindlich gesinnt geblieben. Es stellt sich heraus, daß sie oft eine Art "bürokratischer Sabotage" praktizierten, indem sie die administrative Trägheit und den Schlendrian vermehrten. Alles weist darauf hin, daß diese zum Teil von der Vergangenheit ererbten Praktiken weiterhin die Tätigkeit der kleinen Verwaltungsbourgeoisie bestimmten, selbst nachdem diese – teilweise durch Rekrutierung erneuert – schließlich die Existenz der Sowjetmacht "akzeptiert" hatte.

Die Techniker, Spezialisten und Ingenieure der mittleren Ebene sind ebenfalls Teil des Kleinbürgertums. Ursprünglich war ihre Feindschaft gegen die Sowjetmacht (mit Ausnahme von Einzelfällen, wie anderswo auch)

53 vgl. zum Beispiel *Narodnoe chozjajstvo v 1970 g.*, Moskau 1971, S. 22

genauso ausgeprägt wie die anderer kleinbürgerlicher Fraktionen. Es scheint dagegen, daß ihre "Neutralität" wohl eher durch die ihnen zugestandenen materiellen Vorteile gewonnen wurde. Infolge dieser Zugeständnisse liegen ihre Einkünfte spürbar über denen der kleinen Verwaltungsbourgeoisie, deren unterste Schicht die niedrigsten Einkommen bezieht, welche oft deutlich niedriger sind als die Arbeiterlöhne.

c) Die Entwicklung der Staatsbourgeoisie

Der Prozeß des Eindringens eines Teils der alten Bourgeoisie in die Verwaltungs- und Wirtschaftsapparate des Staats setzt sich während des "Kriegskommunismus" fort. Gleichzeitig sichern diese Apparate die Reproduktion bürgerlicher Praktiken und bürgerlicher Distributionsverhältnisse. Diese sind, nach dem bereits zitierten Ausdruck von Marx, die "Kehrseite" der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die sich ihrerseits auch weiter reproduzieren (54), wenn auch in einer teilweise durch die Existenz der Diktatur des Proletariats veränderten Form. Bekanntlich schafft die Existenz dieser Praktiken und dieser Verhältnisse die Entwicklungsmöglichkeit für eine Staatsbourgeoisie.

Die Entwicklung der Staatsbourgeoisie ist somit das Gegenstück zur Existenz objektiver gesellschaftlicher Verhältnisse, die nicht im Lauf eines kurzen Zeitraums "abgeschafft" oder "zerstört" werden können; und dies umso weniger, als der Stand der Klassenkämpfe und der Charakter der zu behandelnden Widersprüche es nicht erlauben, diese Verhältnisse vorrangig anzupacken. (Der wichtigste Widerspruch zu diesem Zeitpunkt ist der zwischen der Sowjetmacht einerseits und den Grundbesitzern, den russischen Kapitalisten und dem Weltimperialismus andererseits; dieser Widerspruch hat die Form eines bewaffneten Kampfs angenommen.)

Zur gleichen Zeit, wo (noch in Keimform) eine Staatsbourgeoisie auftaucht, entwickeln sich Verteilungsverhältnisse, die die Leiter der Betriebe, die Organisatoren der Industriezweige und hochqualifizierte Ingenieure und Techniker begünstigen. So eignet sich diese neue Bourgeoisie einen Teil des in der Industrie produzierten Mehrwerts an.

Das Dekret vom 21. Februar festigt die Existenz eines allgemeinen Systems von Lohn- und Gehaltsstufen, die einer viel breiteren "Lohn"-Skala entsprechen (das heißt die viel größere Ungleichheiten einschließen) als kurz nach der Oktoberrevolution als vertretbar angesehen worden war; trotzdem war diese Lohn- und Gehaltsskala "enger" als die von vor 1914. Dem Dekret vom Februar 1919 zufolge sind der Mindestlohn auf 600 Rubel und die Höchstbezüge für das "hochqualifizierte Verwaltungspersonal" auf 3.000 Rubel festgesetzt; dies für die Stadt Moskau und ihre Umgebung. Anderen-

54 Das betont Lenin, wenn er daran erinnert, daß das Kapital keine Summe Geldes, sondern "ein bestimmtes gesellschaftliches Verhältnis" ist (vgl. oben, S. 119); in diesem Fall handelt es sich um Verhältnisse, die in die kapitalistische Arbeitsteilung eingeprägt sind.

orts müssen dieselben Ungleichheitskoeffizienten angewendet werden. Der Grundlohn ist jedoch entsprechend den örtlichen Bedingungen veränderlich. In der Tat können für das "hochqualifizierte" technische und administrative Personal Löhne von über 3.000 Rubel gewährt werden.

Die Zahlung solcher Löhne ruft eine gewisse Unzufriedenheit in der Arbeiterklasse und Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei hervor (55). Daher kommt Lenin des öfteren auf das Problem der "Spezialisten" und der ihnen gezahlten Löhne zurück. Er erklärt, es sei unmöglich, die Industrie ohne sie in Gang zu setzen und es sei ebenfalls unmöglich, sie schlicht und einfach zur Arbeit für die Sowjetmacht zu zwingen: "Eine ganze Schicht mit dem Stock zur Arbeit zu zwingen, ist unmöglich (...)." (56) Die an die Spezialisten gezahlten hohen Löhne werden auf diese Weise klar als *durch den Klassenkampf erzwungener Kompromiß* erkannt und nicht – wie heute die sowjetischen Revisionisten formulieren – als die Anwendung des Prinzips "Jedem nach seiner Leistung".

Im Tätigkeitsbericht des ZK, den Lenin auf dem gleichen Parteitag, am 18. März 1919, vorlegt, betont er gerade, daß zahlreiche von der Regierung gefaßten Beschlüsse ihr "von den tatsächlichen Erfordernissen vorgeschrieben" worden seien, und er erinnert daran, daß es in den Augen von Marx gerade ein Verdienst der Pariser Kommunarden gewesen sei, daß sie es verstanden hätten, den Erfordernissen Rechnung zu tragen, das heißt, daß sie "Beschlüsse in die Tat umgesetzt hätten, die nicht irgendeiner vorgefaßten Doktrin entlehnt (...) waren" (57).

In der Praxis wurden die in bezug auf die Löhne der "bürgerlichen Spezialisten" getroffenen Maßnahmen rasch auf andere "verantwortliche Werktätige" ausgedehnt, und sie erzeugten Ungleichheiten, die nicht nur die Geldlöhne betrafen.

Im April 1919 setzt ein Dekret die Gehälter der "verantwortlichen politischen Arbeiter" fest und entscheidet, daß die Volkskommissare, die Mitglieder des Gesamtrussischen ZEK und einige hohe Beamte ein Gehalt von 2.000 Rubel monatlich erhalten sollen. Das bedeutet teilweise ein Abgehen vom *partmax*, das heißt von der Regel, derzufolge die Parteimitglieder keinen höheren Lohn als einen Arbeiterlohn beziehen dürfen.

Infolge der Preissteigerungen von 1919 und 1920 werden die Löhne und Gehälter mehrere Male erhöht. Diese Erhöhungen werden von einer schwachen Tendenz zur "Verengung der Lohnskala" begleitet. Aber die Geldlöhne verlieren in diesen Jahren immer mehr an Bedeutung aufgrund des allgemeinen Mangels, der Rationierung und der raschen Preissteigerung, insbesondere auf dem "parallelen Markt" (58).

55 vgl. den von Lenin am 19. März 1919 dem VIII. Parteitag der bolschewistischen Partei vorgelegten Bericht, LW 29, insbesondere S. 163

56 ebd., S. 165

57 ebd., S. 137

58 Weitere Einzelheiten zu diesem Punkt siehe E.H. Carr, *The Bolshevik Revolution*, a.a.O., Bd. 2, S. 205/206

Die Entwertung der Geldlöhne wird von der Entwicklung anderer Formen der Ungleichheit begleitet; so werden den bürgerlichen Ingenieuren, Spezialisten und Verwaltungsfachleuten verschiedene materielle Vorteile zuerkannt. Die gleiche Entwicklung findet in der Roten Armee statt, wo die Offiziere (die weitgehend aus der alten zaristischen Armee stammen) eine Reihe von Privilegien erhalten; nicht nur, was ihre Geldbezüge angeht, sondern auch in der Form von besonderen Wohnungen, von Mahlzeiten, die von denen der Soldaten verschieden sind, usw.

1920 ist es praktisch unmöglich, die "durchschnittlichen" Abstände zwischen den Löhnen und Zuwendungen abzuschätzen. In der Tat werden die individuellen Abweichungen bedeutend. Außerdem bestehen zu diesem Zeitpunkt auch "Naturalprämien", die nicht auf ein einheitliches Preissystem übertragen werden können; denn die Preise selber schwanken stark und schnell. Diese "Naturalprämien" bestehen entweder aus Nahrungsmitteln (aber diese Prämienart wird aufgrund der Unzulänglichkeit der staatlichen Versorgung kaum angewandt) oder aus Produkten der einzelnen Betriebe selber (solche Produkte wie Transmissionsriemen für Maschinen, Metallstücke, kleine Arbeitswerkzeuge usw. eingeschlossen). Die auf diese Weise verteilten Produkte werden selbstverständlich nicht unmittelbar von denjenigen verbraucht, die sie erhalten, sondern sie versorgen einen parallelen Markt, auf dem diese Produkte gegen andere ausgetauscht werden (59).

Diese Verteilung von Produkten bildet auch einen Teil der Löhne der Arbeiter; aber die "bürgerlichen Spezialisten" sind die Hauptnutznießer. Während jener Periode, in der diese "Naturallöhne" einen breiten Raum eingenommen haben, ist es unmöglich, die Größe des Abstands zwischen den Löhnen der Produzenten und denen der "Spezialisten", Ingenieure usw. zu messen. Es gibt jedoch zahlreiche Hinweise dafür, daß sich die Verwaltungsfachleute und Techniker den "Löwenanteil" der Naturalentnahmen von Produkten zuteilen und auf breiter Ebene am illegalen Handel teilnehmen.

Später konsolidiert die NEP diese Verteilungsverhältnisse, indem sie die durch das Dekret vom 21. Februar 1919 festgesetzte Lohnskala sowie zahlreiche "Prämien" bestätigt, die künftig an die Direktoren, Chefingenieure usw. ausbezahlt werden.

Die sich im Lauf dieser Jahre herausbildende Staatsbourgeoisie ist zahlenmäßig noch sehr schwach; es ist allerdings unmöglich, ihre Stärke genau abzuschätzen, da keine entsprechenden Statistiken existieren. Ihr Bestand kann jedoch einige Tausend nicht übersteigen. In der Tat tritt das System des vom OVWR ernannten Einzelleiters erst nach und nach in Kraft; ebenso werden die Ingenieure und Techniker in den Betrieben, Trusts und *Glawki*, den Kommissionen des OVWR, erst nach und nach ernannt. So arbeiten gegen Ende des Jahrs 1920 von den 2.051 wichtigen Betrieben, für

59 In den Jahren 1919 und 1920 hat Lenin diese Situation mehr als einmal bloßgestellt. Bereits ab Mai 1918 wurde mit der Verteilung eines Teils der Produktion in Naturalform begonnen. Vgl. zu diesem Punkt auch E.H. Carr, a.a.O., Bd. 2, S. 243–245

die eine Statistik angelegt wurde, 1.783 nach dem System der Einzelleitung (60).

In verschiedenen wirtschaftlichen Apparaten des Staats, insbesondere im OVWR, ist das Eindringen der Bourgeoisie bedeutend. Dieses Eindringen wird zum Beispiel von einem "weißen" Universitätsangehörigen beschrieben, der zu diesem Zeitpunkt nach Omsk kommt:

> "An der Spitze vieler Zentren und Hauptleitungen (des OVWR) befinden sich ehemalige Besitzer und ehemalige Verwalter oder Leiter von Privatbetrieben. Der mit diesen Zentren nicht vertraute Besucher, der persönlich die alte Welt des Handels und der Industrie kennt, wäre überrascht, die ehemaligen Besitzer der Leder-Großindustrie in der Hauptleitung dieses Industriezweiges, die ehemaligen Großindustriellen in den zentralen Organisationen der Textilbranche usw. sitzen zu sehen." (61)

Auf diese Weise konstituiert sich konkret eine Staatsbourgeoisie, die zu diesem Zeitpunkt hauptsächlich aus Mitgliedern der alten Bourgeoisie gebildet wird (62).

Diese erst aufkeimende Bourgeoisie bildet sich in erster Linie in den Städten und stellt die treibende Kraft der Organe des Staatskapitalismus dar. Sie taucht jedoch auch auf dem Land auf, wo die Leiter der *Sowchosen* (Staatsgüter) sich im allgemeinen eine privilegierte Stellung sichern. Auf dem VII. Sowjetkongreß (Dezember 1919) werden die Sowchosen beschuldigt, durch Zahlung hoher Löhne Spezialisten anzulocken. Man klagt ebenso einige ihrer Leiter an, die in luxuriöser Weise in den früheren Wohnungen der Grundbesitzer leben. Es kommt im übrigen oft vor, daß die letzteren sich wieder als "Leiter der Staatsgüter" einsetzen. Ein Delegierter des VII. Kongresses geht soweit, zu erklären, daß die Sowchosen "sich in Instrumente der konterrevolutionären Agitation gegen die Sowjetmacht verwandelt haben" (63).

60 vgl. *Narodnoe chozjajstvo SSSR*, Nr. 4 von 1921, S. 56 (zit. nach E.H. Carr, *The Bolshevik Revolution*, a.a.O., Bd. 2, S. 194, Fußnote 5). Während der zwanziger Jahre wurde ein Versuch unternommen, die Autorität des Leiters einzuschränken, indem man ihn verpflichtete, den Sekretär des Betriebsparteikomitees und den Sekretär der Gewerkschaftssektion in allen wichtigen Fragen zu konsultieren; man nannte das "Dreieckssystem". Es arbeitete unbefriedigend. Zu Beginn der Periode der Fünfjahrpläne herrscht die Autorität des Leiters (der nun immer häufiger Parteimitglied ist und aus der Arbeiterklasse stammt) wieder vor, wenn auch in zahlreichen Fällen der Sekretär des Betriebsparteikomitees eine mindestens ebenso große Autorität haben mag.

61 vgl. J.K. Gins, *La Sibérie, les Alliés et Koltchak* (Sibirien, die Alliierten und Koltschak); eine in Peking 1921 veröffentlichte Arbeit, Band 2, S. 429; zit. nach Maurice Brinton, *Les Bolcheviks et le controle ouvrier* (Die Bolschewiki und die Arbeiterkontrolle), a.a.O., S. 65

62 Spielt die Klassenherkunft der Mitglieder dieser Staatsbourgeoisie anfangs eine wichtige Rolle bei deren Entstehung, so ist das später nicht mehr der Fall. Als sich die Staatsbourgeoisie konsolidiert, wird die Klassenherkunft ihrer Mitglieder bedeutungslos; von da an ist die Stellung entscheidend, die diese neue Klasse im Verhältnis zu den Produktionsmitteln einnimmt, ihre Rolle in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der von ihr aus dem produzierten Reichtum entnommene Teil und die Klassenpraxis, die sie entwickelt.

63 vgl. den Bericht des VII. Sowjetkongresses, S. 199 und 219 der russischen Ausgabe; zit. nach E.H. Carr, a.a.O., Bd. 2, S. 170, Fußnote 1

Der nur keimhafte Charakter der Staatsbourgeoisie während des "Kriegskommunismus" und zu Beginn der NEP ist in einer Reihe von Tatsachen begründet: in erster Linie darin, daß sie erst kurz vorher entstanden ist; dann auch darin, daß ein Teil derselben Stellen, die sonst mit "bürgerlichen Spezialisten" besetzt sind, von bolschewistischen Aktivisten eingenommen werden, die, angetrieben von den Ideen des revolutionären Marxismus, Träger einer proletarischen Praxis sind, die die Gesamtinteressen der Revolution voranstellt. Sie arbeiten in enger Verbindung mit den Arbeitern und den Klassenorganisationen – Partei und Gewerkschaften. Schließlich schränkt zu diesem Zeitpunkt auch die Schärfe des Klassenkampfs selber die Aktionsmöglichkeiten der alten Bourgeoisie innerhalb der Wirtschaftsapparate des Staats bis zu einem gewissen Grad ein. Die Mitglieder der alten Bourgeoisie sind bei weitem nicht in der Lage, die bürgerlichen Praktiken, deren Träger sie sind, voll zu entwickeln; sie sind das nicht aufgrund des Argwohns, den ihnen die Arbeiter entgegenbringen, und aufgrund des Widerstands der Arbeiter gegen die Konsolidierung einer Reihe von Hierarchie- und Autoritätsverhältnissen.

Der Widerstand der Arbeiter bildet eines der Hindernisse, die die Möglichkeit der Konsolidierung einer Staatsbourgeoisie einschränken. Die Beweise eines solchen Widerstands sind zahlreich. So führt die Verbitterung der Werktätigen oft genug dazu, daß sie mit den bürgerlichen Elementen, die die Betriebe leiten, nicht – wie man es von ihnen verlangt – "zusammenarbeiten". Es führt auch dazu, daß sie bei ihnen Haussuchungen vornehmen und ihre Vorräte beschlagnahmen. Solche Vorgänge spiegeln sich in der sowjetischen Presse von damals und in den Werken Lenins, zum Beispiel in seiner am 28. März 1919 in der *Prawda* veröffentlichten *Antwort auf den offenen Brief eines Spezialisten* (64). Diese Formen des Widerstands der Arbeiter gegen die Politik der Integration bürgerlicher Spezialisten und Techniker in die staatlichen Wirtschaftsapparate verschwinden nie ganz; sie setzen sich später mehr oder weniger verschärft fort, auch während der NEP (65).

Aber es handelt sich dabei um eine unentwickelte Form des Klassenkampfs, die von sich aus weder geeignet ist, die Produktionsverhältnisse zu verändern, noch diejenigen, die leitende Stellungen in den staatlichen Wirtschaftsapparaten einnehmen, daran zu hindern, bürgerliche Praktiken zu entwickeln und eine Staatsbourgeoisie zu bilden.

Auf jeden Fall wäre es vollkommen falsch, anzunehmen, daß alle diejenigen zur Staatsbourgeoisie gehören, die zu diesem Zeitpunkt leitende Stellungen in der Industrie oder in den Wirtschafts- und Verwaltungsapparaten einnehmen. In der Tat wird ein Teil dieser Stellungen von Kommunisten eingenommen, die darin so weit wie möglich proletarische Praktiken entwickeln und die den Werktätigen so viel wie möglich helfen, sich von den bürgerlichen Verhältnissen zu befreien und ihren Initiativen freie Bahn zu schaffen. Diese Leiter, deren *Hauptfunktion* einen revolutionären proletari-

64 LW 29, S. 214 ff.

65 s. insbesondere zu diesem Punkt LW 33, S. 179 f.

schen Charakter aufweist (und die es im allgemeinen ablehnen, einen höheren als einen Arbeiterlohn zu beziehen – wie es zu diesem Zeitpunkt das Statut der bolschewistischen Partei vorsieht), gehören nicht der Staatsbourgeoisie, sondern dem Proletariat an, in das sie ideologisch und materiell integriert sind und aus dem sie sehr oft herkommen.

d) Die Erziehungsapparate und die spätere Konsolidierung der Bourgeoisie (66)

Eine nicht gering zu schätzende Rolle – obwohl sie im Vergleich zur Reproduktion der kaum veränderten Produktionsverhältnisse zweitrangig ist – werden bei der späteren Konsolidierung der Bourgeoisie die alten Erziehungsapparate spielen, die praktisch keine revolutionären Veränderungen erfahren haben. So bleiben diese Organe eine Bastion der bürgerlichen Intelligenz und der bürgerlichen Ideologie. Sie unterwerfen in zunehmendem Maß die Arbeiter- und Bauernkinder, die aus den sowjetischen Schulen hervorgehen und in wachsender Zahl leitende Stellungen einnehmen, der bürgerlichen Ideologie.

Der alte, vom Zarismus und von der provisorischen Regierung Kerenskis hinterlassene Erziehungsapparat, hatte seine eigenen Träger der bürgerlichen Ideologie stark unterworfen: nach dem Oktober 1917 und während mehrerer Jahre lehnt es die Masse der Lehrkräfte und der Schulbürokratie ab, die Sowjetmacht "anzuerkennen". Wie Daniel Lindenberg zeigt,

> "findet das *Narkompros* (Volkskommissariat für Volksaufklärung), das mit Lunatscharski als Volkskommissar am 22. November 1917 gebildet wurde, keine einzige Akte, keine Statistik vor; die alte Schulbürokratie (...) praktiziert die Sabotage durch Leerlauf. Die große Mehrheit der Lehrer bleibt taub gegenüber den Aufrufen der Bolschewiki; sie weigern sich jahrelang, die Empfehlungen der Partei anzuwenden: Sabotage durch Passivität". (67)

Unmittelbar nach der Oktoberrevolution befindet sich der Erziehungsapparat in folgender Situation: die Grundschule wird durch die von den Menschewiki und den Sozialrevolutionären geleitete Lehrergewerkschaft beherrscht. Die Sekundarschulen werden von der eng mit der Kadettenpartei verbundenen "Vereinigung der Sekundarschullehrer" beherrscht; das gleiche gilt für die Hochschulen (68).

66 im frz. Original: appareils scolaires

67 vgl. zu diesem Punkt Daniel Lindenberg, *L'Internationale Communiste et L'Ecole de classe* (Die Kommunistische Internationale und die Klassenschule), Paris, Maspero 1972, S. 289

68 Über die Lage des sowjetischen Erziehungsapparats nach der Oktoberrevolution siehe auch den Artikel von Daniel Lindenberg, *Sur la prehistorie de l'ecole soviétique* (Über die Vorgeschichte der Sowjetschule), in *Politique aujourd' hui*, Septembernummer 1971, S. 57 f. Über die Stellung der "Schule" in der Reproduktion bürgerlicher ideologischer Praktiken und Verhältnisse siehe:

Nach dem Bürgerkrieg wird ein *modus vivendi* gefunden zwischen der Sowjetmacht und den politischen und ideologischen Kräften, die de facto den Erziehungsapparat beherrschen, aber dieser modus vivendi wird auf der Grundlage der bürgerlichen Schulideologie und nicht auf der Grundlage der proletarischen Ideologie gefunden.

1917 hatte die bolschewistische Partei übrigens keine einheitliche Meinung darüber, was der Inhalt ihres Eingreifens im Bereich der "Erziehung" sein sollte. Wie in anderen Fällen standen sich hier mehrere Auffassungen gegenüber. Den stärksten Einfluß übten die Auffassungen N. Krupskajas einerseits und vor allem die Auffassungen Lunatscharskis andererseits aus.

Auf dem Gebiet der Beziehungen zwischen dem Erziehungsapparat und dem staatlichen Verwaltungsapparat halten sich die Auffassungen Nadeshda Krupskajas an die These von Marx, die die direkte Einmischung des Staatsapparats in die Angelegenheiten des Bildungswesens ablehnt. In Anwendung dieser Auffassung sollen besondere Sowjets, die "Schulräte", das Grundschulwesen in die Hand nehmen. Diese Räte wählen die Lehrer und verwalten die Schule unter Beteiligung der Schulkinder (69). Grundsätzlich wird der Inhalt des Bildungswesens tiefgehend verändert durch die Schaffung einer "Einheitsschule der Arbeit", deren Grundlage "die produktive Arbeit sein soll, nicht aufgefaßt als im Dienst der materiellen Erhaltung der Schule oder lediglich als Erziehungsmethode, sondern als produktive und gesellschaftlich notwendige Tätigkeit" (70).

Infolge der fehlenden Mitarbeit der Lehrer, des aus dem imperialistischen Krieg resultierenden wirtschaftlichen und finanziellen Chaos, des Bürgerkriegs und der ausländischen Intervention, und auch aufgrund der Konzentration der bolschewistischen Partei auf andere Probleme *bleibt jedoch die praktische Tragweite dieser Einrichtungen sehr begrenzt.* Als die Schulen zu Beginn der NEP wieder eine wirkliche Tätigkeit aufnehmen, geschieht das unter Bedingungen, die sehr verschieden sind von denen, die N. Krupskaja ins Auge gefaßt hatte.

Die revolutionären Konzeptionen Nadeshda Krupskajas stießen im übrigen dauernd auf die etatistischen und zentralistischen Ansichten einer bedeutenden Gruppe der bolschewistischen Partei, namentlich auf die Lunatscharskis, der bürgerlich-humanistische Ansichten vertrat. Diese konservativen Auffassungen lassen ab 1917 ganz deutlich ihre Wirkung in bezug auf die Apparate der Mittel- und Hochschulen spüren.

In der Tat ist auf der Ebene der Mittel- und Hochschulen nach der Oktoberrevolution nichts geändert worden. Das System der Gymnasien bleibt praktisch intakt bis 1928 und das gleiche gilt für die Zulassungsbestimmungen zu den Universitäten: diese bleiben den Arbeitern und Bauern praktisch mehr oder weniger versperrt.

> Christian Baudolet und Roger Establet, *L'Ecole capitaliste en France* (Die kapitalistische Schule in Frankreich), Paris 1971, Maspero Cahiers Libres Nr. 213/214

69 vgl. zu diesem Punkt Daniel Lindenberg, *L'Internationale Communiste et l'Ecole de classe*, a.a.O., S. 306/307

70 ebd., S. 304

Während des Sommers 1918, zu einem Zeitpunkt, da der Bürgerkrieg tatsächlich schon begonnen hatte, wurde andeutungsweise der Versuch gemacht, diesen Tatbestand durch die Eröffnung von "Arbeiterfakultäten" (oder *Rabfak*) am 6. August 1918 zu ändern. In diesen Fakultäten ist das Studium verhältnismäßig kurz und der Unterricht erstreckt sich hauptsächlich auf industrielle Techniken und politische Arbeit. Diese Rabfaks haben großen Erfolg; jedoch wird ab Ende 1918 ihre Rolle verändert, um die Zahl der ausgebildeten Spezialisten zu erhöhen. Aus den gleichen Gründen führen die Universitäten die alten Auswahlregeln wieder ein. Im Prinzip sind die Diplominhaber der Rabfaks von einem Aufnahmeexamen für die Universitäten entbunden, aber der Inhalt der Abschlußexamen ist derart, daß aus der Arbeiterklasse kommende Diplominhaber auf der Universität selten sind. Im übrigen sind diese wenigen Diplominhaber allgemein diejenigen, die sich die bürgerliche Ideologie angeeignet haben, die durch das Universitätssystem reproduziert wird.

So hat also die Sowjetmacht nach der Oktoberrevolution die Erziehungsapparate praktisch kaum revolutioniert und sie nur sehr bruchstückhaft umgestaltet. Durch den Inhalt und die Form der Lehre, durch die Art des bevorzugten Verhältnisses von Theorie und Praxis, sind diese Apparate grundsätzlich bürgerliche Apparate geblieben. Sieht man von einigen folgenlos gebliebenen Versuchen ab, so war es später nicht anders. Die Reproduktion bürgerlicher Verhältnisse und Praktiken durch die Erziehungsapparate und deren Funktionieren sollten so bei dem fortschreitenden Aufstieg der bürgerlichen Kräfte in der UdSSR eine bedeutende Rolle spielen.

3. Die Lage des Proletariats am Ende des "Kriegskommunismus"

Die Lage des Proletariats am Ende des Kriegskommunismus ist zutiefst widersprüchlich.

Einerseits verfügt es über die Staatsmacht; betrachtet man das Ungleichgewicht der materiellen Kräfte, dann hat es Seite an Seite mit der Bauernschaft außerordentliche Siege über den Kapitalismus, die russischen Großgrundbesitzer und den ausländischen Imperialismus errungen. Dazu kommt, daß seine materielle Situation vergleichsweise "privilegiert" (71) ist, obwohl es sich infolge der allgemeinen Not im Elend befindet.

71 So werden ab August 1918 jeweils unterschiedliche Rationen in Moskau und Petrograd eingeführt. Die Bevölkerung wird in drei Kategorien eingeteilt: Handarbeiter, die Schwerarbeit verrichten; andere Werktätige und die Familien aller Werktätigen; Mitglieder der alten Bourgeoisie. Die Rationen der ersten Gruppe sind viermal und die der zweiten Gruppe dreimal höher als die Rationen der dritten Gruppe. Ein ähnliches, aber oft komplexeres System erstreckt sich zunehmend auf alle städtischen Zentren. In der Tat werden die Rationen schnell für alle unzureichend: vor der Einführung der NEP bekommen die Arbeiter mit den größten Rationen nur 1.200 bis 1.900 Kalorien am Tag, während die Mindestration 3.000 Kalorien betragen müßte. Vgl. E.H. Carr, *The Bolshevik Revolution*, a.a.O., Bd. 2, S. 233 und 243.

Andererseits sind seine Reihen geschwächt und es ist von fremden Elementen – bürgerlichen und kleinbürgerlichen – durchsetzt. Ein Teil der alten Arbeiterklasse ist tiefgehend demoralisiert und wird oft durch ein strenges Disziplinarsystem zur Arbeit angehalten.

Will man die Besonderheit der Stellung des Proletariats im System der Klassenverhältnisse am Ende des "Kriegskommunismus" erfassen, so muß man diese widersprüchliche Situation sowie einige der Etappen, die zu ihr geführt haben, sehr sorgfältig untersuchen.

a) Die "physische" Schwächung des sowjetischen Proletariats und seine partielle "Zersetzung"

Zu Beginn des Jahrs 1920 hatte das russische Proletariat einen furchtbaren Blutzoll entrichtet. Es war im Laufe der Bürgerkriegsjahre buchstäblich zusammengeschmolzen, und diese Entwicklung ging noch unmittelbar zu Beginn der NEP weiter. So ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter 1922 um die Hälfte geringer als vor dem Krieg, nämlich 4,6 Millionen gegenüber 11 Millionen 1913, und dies innerhalb der gleichen Grenzen; von den 4,6 Millionen Beschäftigten im Jahr 1922 sind nur etwa 2 Millionen in der Industrie tätig und 1,2 Millionen sind Teil des ländlichen Proletariats (72).

Die Zusammensetzung dieser zahlenmäßig derart reduzierten aktiven Arbeiterklasse hat sich zudem tiefgehend verändert. Zahlreiche ehemalige Arbeiter, unter ihnen die kämpferischsten, sind an den verschiedenen Fronten gefallen. Andere werden von den Apparaten der Partei, der Gewerkschaften und des Staats absorbiert. Wieder andere, vor allem in den großen industriellen Zentren, haben die Reihen der Arbeiterklasse verlassen aufgrund der Arbeitslosigkeit oder der Ernährungskrise und sind in die Dörfer zurückgekehrt, aus denen sie stammten. Gleichzeitig haben sich Männer und Frauen bürgerlicher und kleinbürgerlicher Herkunft, die im allgemeinen der Diktatur des Proletariats feindlich gegenüberstehen, in die Reihen der Arbeiterklasse gedrängt, weil sie die Rationen der Handarbeiter erhalten oder weil sie versuchen wollen, ihre Klassenherkunft in Vergessenheit geraten zu lassen.

Innerhalb einer Bevölkerung von 136 Millionen Menschen, von denen ungefähr die Hälfte in arbeitsfähigem Alter steht, sind also die Kräfte des aktiven Kerns der neuen Klasse, die an der Macht ist, schwach. Daran ändert sich auch nichts, wenn man den 1922 tatsächlich beschäftigten Arbeitern die ehemaligen Arbeiter hinzurechnet, die bereit sind, ihren früheren Platz in der Produktion wiederaufzunehmen. Die Stabilität der Diktatur des Proletariats wird im übrigen nicht hauptsächlich durch den jeweiligen Umfang der Arbeiterklasse bestimmt. Sie hängt vor allem von der Klassenorganisation ab, die sie sich gegeben hat, und von deren Fähigkeit, die Volksmassen politisch und ideologisch zu führen.

72 *Narodnoe chozjajstvo SSSR, 1922–1972 gg.*, Moskau 1972, S. 345 und 346

b) Das Lebensniveau der Arbeiterklasse und das Problem der Löhne

Nach den Tagen der Oktoberrevolution hatten sich die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse tiefgreifend verbessert. Die wichtigsten Änderungen betreffen zu diesem Zeitpunkt die Abschaffung der Geldstrafen, die die Kapitalisten unter allen möglichen Vorwänden von den Löhnen der Arbeiter abzogen sowie die Aufrechterhaltung des gleichen Lohns für einen kürzeren Arbeitstag. In der Tat wird der Arbeitstag auf 8 Stunden herabgesetzt gegenüber dem früheren, der in zahlreichen Fällen 10 bis 12 Stunden betrug. Diese Änderungen sind eine Fortsetzung derjenigen, die durch den ökonomischen Kampf der Arbeiterklasse der Unternehmerschaft seit Februar 1917 abgerungen worden waren.

Die durch den Krieg und den Bürgerkrieg hervorgerufene ökonomische Desorganisation verringert jedoch rasch das Konsumtionsniveau der Werktätigen. Zwar werden zahlreiche Lohnanpassungen vorgenommen, um zu versuchen, dem Anstieg der offiziellen Preise, vor allem der rationierten Produkte, Rechnung zu tragen; aber die Rationen werden immer kleiner und immer seltener täglich zugeteilt. 1919 wird die Konsumtion nur um weniger als die Hälfte zu den offiziellen Preisen gedeckt. Der Rest wird zu hohen und schwankenden Preisen auf dem Schwarzmarkt bezogen.

Das Problem der Löhne – der Bedingungen ihrer Festsetzung und der Erweiterung der Lohnskala – ist Gegenstand zahlreicher Diskussionen innerhalb der Gewerkschaftsorganisationen und der bolschewistischen Partei während des gesamten "Kriegskommunismus" (und ebenfalls noch zu Beginn der NEP). Die in diesem Zeitraum getroffenen Entscheidungen werden weitgehend durch eine Situation bestimmt, die durch den Verlust der besten Elemente der aktiven Arbeiterklasse und den Zustrom zahlreicher bürgerlicher und kleinbürgerlicher Elemente in ihre Reihen gekennzeichnet ist. In Verbindung mit den allgemeinen ökonomischen Bedingungen führt diese Situation zu einem katastrophalen Rückgang der Produktivität und der Industrieproduktion, zu der Tatsache, daß die Arbeiter den Fabriken in bedeutendem Umfang willkürlich fernbleiben und zur Desorganisation der Industrie.

Das Arbeitsrecht der RSFSR, das am 10. Oktober 1918 beschlossen wurde, bestätigt die seit Oktober 1917 getroffenen Arbeitsschutzbestimmungen und überträgt den Gewerkschaftsorganisationen die Festsetzung der Löhne. Diese Festsetzung soll nach Beratung mit den Betriebsleitern geschehen, wobei das Kommissariat für Arbeit korrigierend eingreifen soll (73).

Seit Anfang April 1918 hat sich der Zentralrat der Gewerkschaften für eine Ausdehnung des Stücklohns ausgesprochen. In der Tat sieht das Arbeitsrecht vor, daß die Lohnraten "differenziert" sein sollen, um nicht nur der mehr oder weniger großen Schwere der Arbeit, sondern auch dem "Verantwortungsgrad" und der "Qualifikation" Rechnung zu tragen. Der Stücklohn

73 vgl. E.H. Carr, *The Bolshevik Revolution,* a.a.O., S. 201

und die Prämien werden außerdem als die "normale" Lohnform angesehen.

In der Tat ist der Stücklohn in der russischen Industrie weit verbreitet und seine Aufrechterhaltung begünstigt die bereits lange beschäftigten Arbeiter im Verhältnis zu den neu hinzugekommenen. Die Mehrheit der bolschewistischen Führer befürwortet diese Form der Entlohnung. Sie sehen darin – unter den damals herrschenden Bedingungen – eines der Mittel, das die Wiederherstellung der Produktion und der Produktivität der industriellen Arbeit ermöglichen soll. Lenin schreibt dazu:

> "Man muß den Stücklohn, die Anwendung von vielem, was an Wissenschaftlichem und Fortschrittlichem im Taylorsystem enthalten ist, die Abstimmung des Verdienstes mit den Gesamtergebnissen der Produktionsleistung bzw. mit dem Betriebsertrag der Eisenbahnen, der Schiffahrt usw. usf. auf die Tagesordnung setzen, praktisch anwenden und erproben." (74)

Diese Stellungnahme Lenins ist Gegenstand einer breiten Debatte innerhalb der bolschewistischen Partei. Diese Diskussion nimmt umso größeren Umfang an, als eine Fraktion der Partei (die der "Linkskommunisten", unter denen sich Führer wie Bucharin, Radek und Ossinski befinden) jene Maßnahmen als einen Versuch kritisiert, der auf die Restauration einer "kapitalistischen Betriebsführung" abziele.

In seiner Broschüre *Über "linke" Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit* (75) greift Lenin die von den "Linkskommunisten" eingenommenen Positionen heftig an. Wie er sagt, fallen diese Positionen mit denen der Menschewiki zusammen, die ebenfalls gegen die Einführung des Stücklohns und die dem Taylorsystem entliehenen Vorschriften sowie gegen die Reorganisierung der Betriebsleitung und der Industriezweige unter Leitung der "Industrietrusts" protestieren. Für Lenin sind diese Maßnahmen von den augenblicklichen objektiven und subjektiven Bedingungen bestimmt; sie stehen im Rahmen des "Staatskapitalismus" unter der Diktatur des Proletariats als der einzigen Produktionsform, die unmittelbar rasch entwickelt werden kann.

Die von Lenin vertretene Richtung setzt sich durch. Sie wird während des ganzen "Kriegskommunismus" und dann während der NEP aufrechterhalten, wiewohl sie sich 1918 und Anfang 1919 mit einer Tendenz zur Verengung der Lohnskala im Vergleich zur Situation vor 1914 verbindet (76).

Das bereits zitierte Dekret vom 21. Februar 1919 über die Löhne unterteilt diese in eine größere Anzahl von Gruppen und innerhalb jeder Gruppe in zwölf Kategorien. Innerhalb jeder Gruppe entspricht das Verhältnis vom höchsten zum niedrigsten Lohn einem Koeffizienten von 1,75. Der Stücklohn und die Prämien werden verallgemeinert. Nur wenn die Anwendung des Stücklohns unmöglich ist, wird ein Zeitlohn als annehmbar angesehen, aber in diesem Fall müssen "Produktionsnormen" geschaffen werden.

74 vgl. *Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht,* in: LW 27, S. 249
75 vgl. LW 27, S. 315 ff.
76 vgl. E.H. Carr, *The Bolshevik Revolution,* a.a.O., Bd. 2, S. 205

Auf dem III. Gesamtrussischen Kongreß der Gewerkschaften im April 1920 wird die Skala der Arbeiterlöhne ein wenig erweitert. Innerhalb jeder Gruppe steigt der Koeffizient von 1,75 auf 2. Tatsächlich verlieren zu diesem Zeitpunkt die Geldlöhne rasch einen beträchtlichen Teil ihrer praktischen Bedeutung (mangels Produkten, die zu offiziellen Preisen ständig gekauft werden könnten). Daher wird beschlossen, die vom Staat verteilten Rationen entsprechend der Qualifikation und des Ertrags zu ändern. In der Praxis machte dieses System im allgemeinen einem in Naturalform ausgezahlten Lohn Platz, ein Lohn, der ebenfalls entsprechend dem "Ertrag" und der "Qualifikation" festgesetzt wurde.

Parallel zu den wachsenden Versorgungsschwierigkeiten und zur Geldentwertung (die die Bedeutung des Geldlohns immer mehr verringert) entwickelte sich also schließlich eine Richtung, die die Lohndifferenzierung – den Stücklohn und die Prämien fördert. Mit der Entwicklung der NEP gewinnen sowohl die Differenzierung der Geldlöhne als auch die Prämien ihre volle Bedeutung.

Um die Bedeutung der vorstehenden Maßnahmen und derjenigen, von denen jetzt die Rede sein wird, zu erfassen, darf man nicht vergessen, daß die meisten Maßnahmen zu dem Zeitpunkt, da sie getroffen werden, Übergangscharakter tragen: sie sollen dem nachkommen, was als unmittelbare und schreiende Forderung angesichts des Bedarfs der Front erscheint. Sie sollen die Menge der verfügbaren Industriegüter sicherstellen und erhöhen, wenn die Arbeitsdisziplin ernsthaft gefährdet ist, und wenn, als Folge davon, häufige Unterbrechungen in der Produktion vorkommen. Die Untersuchung jener Probleme, die mit der Arbeitsdisziplin aufgeworfen sind, darf jedoch nicht losgelöst werden von dem Hinweis auf ein ganzes Bündel von Tatsachen, die mit dem ideologischen Klassenkampf zusammenhängen.

c) Der ideologische Klassenkampf und die Arbeitsdisziplin

Die industrielle Produktion als eine in hohem Maß vergesellschaftete Produktion verlangt eine strikte Koordinierung der elementaren Arbeitsprozesse und die Durchführung dieser Prozesse nach strengen qualitativen Normen. Eine wirkliche Arbeitsdisziplin ist notwendig, um diesen Erfordernissen zu genügen; diese Disziplin hat aber immer Klassencharakter. Sie kann von oben den Arbeitern auferlegt werden, die versuchen, der Ausbeutung oder administrativ festgelegten Normen zu "entgehen", indem sie ihre produktive Anstrengung verringern. In diesem Fall handelt es sich um eine bürgerliche Disziplin. Die Arbeiter, die sich assoziieren und ihre Anstrengungen selber koordinieren, können einer Disziplin freiwillig zustimmen. In diesem Falle hat sie proletarischen Charakter. Die erste hat despotischen Charakter und sichert die Reproduktion kapitalistischer gesellschaftlicher Verhältnisse, die Reproduktion des Verhältnisses von *Kapital* und *Lohnarbeit.* Die zweite entspricht der sozialistischen Kooperation, was nicht heißt, daß eine Koordinierungsfunktion nicht von einem bestimmten Arbeiter wahrgenommen werden soll, der dann die Rolle eines "Musikdirektors" spielt; aber dieser "braucht nicht Eigentümer der Instrumente des Orchesters zu sein" (77), und er führt nur den kollektiven Willen der Arbeiter aus.

Der Übergang von einer Art der Disziplin zur anderen kann jedoch nicht "nur einen Augenblick dauern", auch wenn die wesentlichen Produktionsmittel einem Staat der Diktatur des Proletariats gehören. Dieser Übergang fügt sich ein in den Prozeß des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus. Er hat Etappen, in deren Verlauf die Fabrikdisziplin widersprüchliche Züge aufweist, die die Entstehung kommunistischer Verhältnisse und das Absterben der kapitalistischen Verhältnisse zum Ausdruck bringen. Ebenso wie die Gesamtheit des Übergangsprozesses ist auch dieser Übergang kein spontaner Prozeß: er hängt vom ideologischen und politischen Klassenkampf ab. Es ist ein revolutionärer Prozeß, der eine objektive und eine subjektive Seite hat, und wie jeder derartige revolutionäre Prozeß muß er von einer revolutionären Theorie geleitet werden, durch die es möglich ist, die Lehren aus den Erfahrungen und Initiativen der Massen zu ziehen.

Der subjektive Aspekt dieses revolutionären Prozesses ist wesentlich, denn die Agenten der Produktion müssen sich von den ideologischen Verhältnissen befreien, denen sie durch die kapitalistische Ausbeutung unterworfen wurden, sowie von den gesellschaftlichen Praktiken, die dieser Ausbeutung entsprechen. Wie Marx sagt, ist

> "die Revolution nicht nur nötig (...), weil die *herrschende* Klasse auf keine andre Weise gestürzt werden kann, sondern auch, weil die *stürzende* Klasse nur in einer Revolution dahin kommen kann, sich den ganzen alten Dreck vom Halse zu schaffen und zu einer neuen Begründung der Gesellschaft befähigt zu werden" (78).

Die Revolution, durch die *sich* die alte ausgebeutete Klasse "den ganzen alten Dreck vom Halse schafft", ist selbstverständlich viel *mehr* als eine *politische Revolution,* es ist eine *ideologische Revolution,* von der man heute weiß, daß sie nur durch mehrere *"Kulturrevolutionen"* vollbracht werden kann. Solange das Proletariat nicht von der bürgerlichen Ideologie befreit ist, *entwickelt es selber Praktiken, die in Widerspruch zu seinen eigenen Klasseninteressen stehen.* Es sind dies Praktiken, die zur Konsolidierung der kapitalistischen Elemente der Produktionsverhältnisse führen, und nicht zu ihrem Verschwinden.

Zur Zeit der Oktoberrevolution und in den darauffolgenden Jahren sind die ideologischen Grundlagen der politischen Herrschaft der Bourgeoisie in genügendem Maß erschüttert, so daß die Bourgeoisie die Macht verliert und es ihr nicht gelingt, sie wiederzuerobern. Denn die russischen Werktätigen sind bereit, gegen sie mit der Waffe in der Hand zu kämpfen und die größten Opfer zu bringen, um den militärischen Sieg über den Klassenfeind zu sichern. Gleichzeitig ist jedoch die ideologische Revolutionierung des russischen

77 vgl. Marx, *Das Kapital,* Bd. III, MEW 25, S. 400
78 Marx, *Die deutsche Ideologie,* MEW 3, S. 70

Proletariats (das zu diesem Zeitpunkt in großem Maß von kleinbürgerlichen Elementen durchsetzt ist) nicht weit genug fortgeschritten *und* die Fähigkeit der bolschewistischen Partei, diese Revolutionierung voranzutreiben (unter den damaligen außerordentlich komplexen Bedingungen) ist nicht hinreichend entwickelt, um in der Industrie eine Disziplin mit überwiegend proletarischem Charakter durchzusetzen.

Nach der Oktoberrevolution unternimmt die bolschewistische Partei eine Reihe von Versuchen, um in die Richtung einer proletarischen Disziplin voranzuschreiten. Sie tut das, indem sie die Anwesenheit zahlreicher "Praktiker und Organisatoren" aus den Reihen der Arbeiter und Bauern ausnützt. Die Partei versucht, sie zu veranlassen, eine führende Rolle zu spielen, indem sie ihnen ein Maximum an Initiativen überläßt.

So hebt Lenin die entscheidende Bedeutung der spontanen Initiative der Werktätigen hervor. In der Schrift *Wie soll man den Wettbewerb organisieren?* schreibt er:

> "Organisatorische Talente gibt es unter der Bauernschaft und in der Arbeiterklasse eine Menge, und diese Talente beginnen eben erst, sich ihrer selber bewußt zu werden, zu erwachen, nach lebendiger, schöpferischer, großer Arbeit zu streben, den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft selbständig in Angriff zu nehmen.
>
> Eine der wichtigsten Aufgaben, wenn nicht die wichtigste, besteht jetzt darin, diese selbständige Initiative der Arbeiter und überhaupt aller Werktätigen und Ausgebeuteten bei der schöpferischen *organisatorischen* Arbeit in möglichst breitem Umfang zu entwickeln. Mit dem alten, *albernen,* unsinnigen, schändlichen und niederträchtigen Vorurteil, nur die sogenannten 'höheren Klassen', nur die Reichen oder diejenigen, die durch die Schule der reichen Klassen gegangen sind, seien imstande, den Staat zu verwalten, (...) muß unter allen Umständen aufgeräumt werden." (79)

Lenin fügt hinzu, daß die allgemeine, umfassende und für den Sozialismus unentbehrliche Rechnungsführung und Kontrolle "nur das Werk der Massen sein" kann. Um sie zu entwickeln, muß

> "jede Schablone und jeder Versuch, von oben her ein Schema festzulegen, wozu die Intellektuellen so sehr neigen (...), bekämpft werden. Mit demokratischem und sozialistischem Zentralismus haben weder die Schablone noch das Festlegen eines Schemas von oben her irgend etwas gemein. (...) Die Pariser Kommune war ein großes Vorbild dafür, wie Initiative, Selbständigkeit, Freiheit der Bewegung, Schwungkraft von unten mit einem freiwilligen, dem schablonenhaften fremden Zentralismus verbunden sein können." (80)

Wie wir vorher gesehen haben, werden jedoch zu dem Zeitpunkt, da Lenin diese Zeilen schreibt, Maßnahmen getroffen, die die Befugnisse der

79 vgl. LW 26, S. 407
80 ebd., S. 411 f.

Fabrikkomitees einschränken und die Arbeiterkontrolle den zentralen Verwaltungsorganen unterordnen. In Lenins Augen sind diese Maßnahmen durch die dringende Notwendigkeit gerechtfertigt, eine Zentralisierung in der Form des Staatskapitalismus vorzunehmen, und auch durch die "Zaghaftigkeit", mit der die Arbeitermassen an das Problem der Kontrolle herangehen (81).

Lenin rechtfertigt diese Maßnahmen ebenfalls mit der Tatsache, daß der Einfluß der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideen im Zusammenhang mit dem Elend "Tausende und aber Tausende auf den Weg des Rowdytums, der Bestechlichkeit, der Gaunerei stieß und sie aller menschlichen Züge beraubte" (82), was die Einrichtung einer strikten Disziplin und einer streng zentralisierten Kontrolle notwendig mache.

Im Dezember 1917 scheint Lenin anzunehmen, der Hauptfaktor der Situation sei der enorme Druck der Massen, die sich von den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideen befreien, die ihre "Zaghaftigkeit" überwinden und so ihr Selbstvertrauen und ihre Selbstdisziplin entwickeln. Lenin meint, daß die Massen am besten durch den Klassenkampf in dieser Richtung voranschreiten können. Er schreibt:

> "In dem Maße, wie der Widerstand der Bourgeoisie und ihrer Kostgänger zunimmt, wächst auch die Kraft des Proletariats und der sich ihm anschließenden Bauernschaft. Die Ausgebeuteten erstarken, reifen heran, wachsen, lernen, werfen den 'alten Adam' der Lohnsklaverei von sich ab in dem Maße, wie der Widerstand ihrer Feinde, der Ausbeuter, wächst. Den Sieg werden die Ausgebeuteten davontragen, denn auf ihrer Seite ist das Leben, die Stärke der Zahl, die Stärke der Masse, der unerschöpfliche Kraftquell alles Selbstlosen, Ideellen, Ehrlichen, Vorwärtsstrebenden, alles zum Aufbau des Neuen Erwachenden, die Macht des ganzen gewaltigen Vorrats an Energie und Talenten des sogenannten 'einfachen Volkes', der Arbeiter und Bauern. Ihrer ist der Sieg." (83)

Einige Monate später, im März/April 1918, angesichts der wachsenden Desorganisierung der russischen Wirtschaft, angesichts der Entwicklung der anarchistischen oder anarcho-syndikalistischen Tendenzen, die eine der gefährlichsten Formen des Eindringens der kleinbürgerlichen Ideologie sind, glaubt Lenin, daß es dem sowjetischen Proletariat mangels Initiative, Entschlossenheit und Einheit weder gelungen ist, in sich selber die Fähigkeit zu finden, die Rechnungsführung und die Kontrolle der Produktion auf nationaler Stufenleiter zu organisieren, noch seine eigene Fabrikdisziplin zu errichten. Daher bestünde die Notwendigkeit, den Kapitalisten und den bürgerlichen Spezialisten in den zentralen Leitungsorganen der Wirtschaft und in der Verwaltung und der Führung der Betriebe einen größeren Platz einzuräumen.

81 Lenin schreibt zum Beispiel: "Die Arbeiter und Bauern sind noch 'zaghaft'; davon müssen sie sich befreien und werden sie sich *zweifellos* befreien." ebd., S. 411
82 ebd., S. 409
83 *Durch den Zusammenbruch des Alten Verängstigte und für das Neue Kämpfende,* ebd., S. 401

In der am 29. April 1918 vor dem Gesamtrussischen ZEK gehaltenen Rede bringt Lenin die ungenügende Disziplin in Zusammenhang mit den kleinbürgerlichen Ideen der Werktätigen, die nicht durch die Schule der Gewerkschaften gegangen sind. Er entlarvt die Illusionen der "Linkskommunisten", die glauben, man könnte sich der Kapitalisten entledigen, ohne die bürgerliche Disziplin durch eine proletarische Disziplin ersetzt zu haben. Bei diesem Anlaß macht Lenin darauf aufmerksam, daß das Schwierigste nicht der Sturz der Bourgeoisie sei, sondern die Aufrechterhaltung der Diktatur des Proletariats und durch sie "die Sicherung der Ordnung, der Disziplin, der Arbeitsproduktivität, der Rechnungsführung und Kontrolle" (84).

Während dieser Zeit glaubt Lenin, daß die *Hauptgefahr,* die die Sowjetmacht bedroht, nicht die offene Konterrevolution ist (was einige Wochen später der Fall sein wird), sondern die in den Massen vorhandenen *bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideen.* Er entwickelt denselben Gedanken, als er (in einer am 23. April 1918 im Moskauer Sowjet gehaltenen Rede) erklärt:

> "Wir haben einen außerordentlich gefährlichen geheimen Feind, der gefährlicher ist als viele offene Konterrevolutionäre; dieser Feind – ein Todfeind der sozialistischen Revolution und der Sowjetmacht (...) ist die Elementargewalt des Kleineigentümers, der nur dem Gedanken lebt: 'Ich reiße an mich, was ich kann, alles andere ist mir schnuppe', dieser Feind ist stärker als alle Kornilow, Dutow und Kaledin zusammengenommen." (85)

Diesen Gedanken nimmt Lenin wieder auf in der Schrift *Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht:*

> "Die Restauration der bürgerlichen Ausbeutung bedrohte uns gestern in der Person der Kornilow, Goz, Dutow, Gegetschkori, Bogajewski. Wir haben sie besiegt. Diese Restauration, dieselbe Restauration bedroht uns heute in einer anderen Form, in Form der kleinbürgerlichen Zügellosigkeit und des Anarchismus, des kleinbesitzerlichen 'Was kümmert es mich?' in der Form der alltäglichen, kleinen, dafür aber zahlreichen Angriffe und Invasionen dieser Elementarkraft gegen die proletarische Disziplinierheit. Wir müssen diese elementare kleinbürgerliche Anarchie besiegen, und wir werden sie besiegen." (86)

Es ist also ein Gesamtkomplex von Ursachen, der Lenin und die bolschewistische Partei veranlaßt, eine Reihe von Maßnahmen zu treffen, um eine möglichst strikte Arbeitsdisziplin "von oben" durchzusetzen.

Natürlich stellt sich die Frage, ob diese Maßnahmen nicht dazu beigetragen haben, die Initiative der Arbeiterbasis noch stärker einzuschränken, ihr Vertrauen in die eigene Kraft zu schwächen und sie zu veranlassen, eine

84 LW 27, S. 290

85 ebd., S. 222. Die drei angeführten Namen sind die von Weißgardisten, die konterrevolutionäre Armeen geführt hatten.

86 ebd., S. 262 f. Die angeführten Namen sind ebenfalls die weißer Generäle, außer Gegetschkori, ein menschewistischer Anwalt aus Transkaukasien, der an einer provisorischen menschewistischen Regierung in Tiflis teilgenommen hatte.

passive Haltung einzunehmen, die schwer mit der Ausübung ihrer führenden Rolle als Klasse zu vereinbaren ist. Sicherlich, es ist berechtigt, sich diese Frage zu stellen, aber man kann sie offenbar nicht beantworten. Andererseits weiß man, daß – denkt man an die wirtschaftliche Desorganisation und die Zersetzung der Arbeiterklasse – die sowjetische Industrie aufgrund der ungenügenden Wiederherstellung der Disziplin in den Betrieben und aus Mangel an Koordinierung ihrer Arbeit nicht mehr hätte funktionieren können.

Wir wissen auch, daß die Politik des "Staatskapitalismus" es tatsächlich ermöglicht hat, den industriellen Apparat teilweise wieder ingangzusetzen. Das gelang so gut, daß er die Kriegslasten durchstehen konnte, die die Sowjetmacht ab Mai 1918 tragen mußte.

d) Die Arbeitsdisziplin und die Rolle der Gewerkschaften

Die Berufung ehemaliger Kapitalisten und bürgerlicher Spezialisten in leitende Stellungen in den Betrieben, den Sowjettrusts, den Glawki und dem OVWR führt zur Wiederherstellung einer kapitalistischen Disziplin und Betriebsführung. Das ruft oft wirkliche Unzufriedenheit unter den Werktätigen hervor. Vom 2. Halbjahr 1918 an äußert sich diese Unzufriedenheit häufig in Gewaltakten und sogar in Revolten, was sich in der sowjetischen Presse und auf den Gewerkschaftskongressen von damals widerspiegelt. Gleichzeitig zeichnet sich die Entwicklung ab, daß infolge der Lebensmittelknappheit in den Städten Werktätige willkürlich den Fabriken fernbleiben und aufs Land abwandern. In den Fabriken und Bergwerken fehlen daher Arbeiter, deren regelmäßige Anwesenheit unabdingbar ist, um durch die Gewährleistung einer hinreichenden Produktion die schweren Kämpfe der Arbeiter und Bauern an den verschiedenen Fronten für die Verteidigung der Sowjetmacht zu unterstützen. Angesichts dieser Lage sieht sich die bolschewistische Partei veranlaßt, Maßnahmen zu treffen, die auf eine tiefgehende Veränderung der gewerkschaftlichen Funktionen hinauslaufen. Diese Veränderung beginnt im 2. Halbjahr 1918, zu dem Zeitpunkt, als die militärischen Operationen sich stark ausdehnen und die Nationalisierung der Betriebe voranschreitet. Die Gewerkschaften werden nun immer häufiger dazu aufgefordert, in administrativer Weise mit dem Volkskommissariat für Arbeit (*Narkomtrud*) und mit den Leitern der nationalisierten Betriebe zusammenzuarbeiten, um die Arbeitsbedingungen und die Disziplinarregeln festzulegen, die auf die Arbeiter angewendet werden sollen.

Der II. Gesamtrussische Kongreß der Gewerkschaften (Januar 1919) billigt grundsätzlich, was damals offiziell die "Verstaatlichung" der Gewerkschaften genannt wurde, nämlich ihre tatsächliche Unterordnung unter den zentralen staatlichen Verwaltungsapparat durch das Volkskommissariat für Arbeit (*Narkomtrud*).

Das Prinzip der Unterordnung unter den Verwaltungsapparat (ein Prinzip, das nicht mit der führenden politischen und ideologischen Rolle der Partei

gleichgesetzt werden kann) wird durch die bolschewistische Partei selbst formuliert (87) und dem II. Gesamtrussischen Kongreß der Gewerkschaften durch die bolschewistische Fraktion zur Ratifizierung vorgelegt.

Die Auswirkungen dieser Unterordnung mögen gering erscheinen, bedenkt man, daß das zentrale Leitungskollegium des *Narkomtrud* selber aus Gewerkschaftsvertretern zusammengesetzt ist. Die Aufgabe der Gewerkschaftsvertreter beim Narkomtrud ist eine zweifache: die Regeln der Arbeitsdisziplin festzusetzen und darauf zu achten, daß die bürgerlichen Betriebsleiter, die Ingenieure, die Spezialisten usw. nicht ihre Macht mißbrauchen. Grundsätzlich handelt es sich also darum, dieser Massenorganisation der Lohnarbeiter, den Gewerkschaften, ein formelles Kontrollrecht über die Tätigkeit der "bürgerlichen Spezialisten" zu geben, ebenso wie das Recht, die Arbeitsdisziplin selbst durchzuführen.

Tatsächlich ändert die Anwesenheit der Gewerkschaftsvertreter im Zentralen Leitungskollegium des Narkomtrud unter den gegebenen konkreten Bedingungen nicht viel. Denn mit der *tatsächlichen lokalen Kontrolle* über die bürgerlichen Betriebsleiter, die Spezialisten usw. sind in der Praxis die lokalen Organe des Narkomtrud betraut, d.h. ein *Funktionärskorps, das vom vorangegangenen Regime übernommen worden war* und das in die gleichen administrativen Strukturen eingegliedert bleibt. Dazu kommt, daß die lokalen Organe des Narkomtrud *nicht den lokalen Gewerkschaftssektionen untergeordnet sind.* Damit ist es ein nicht wirklich von den Werktätigen kontrollierter Apparat, der mehr und mehr dazu neigt, über die Beschäftigungsbedingungen und die Arbeitsdisziplin zu entscheiden.

Die "Verstaatlichung" der Gewerkschaften führt zu ihrer faktischen Verschmelzung mit dem staatlichen Verwaltungsapparat, und diesem wird ein Teil der Aufgaben übertragen, die eigentlich den Gewerkschaften zukommen. Das ist der Fall bei der *Arbeitsmobilisierung,* die während des ganzen Jahrs 1919 fortgesetzt wird.

Die Entwicklung dieser Mobilmachung veranlaßt den IX. Parteitag der bolschewistischen Partei (März 1920) dazu, unter anderem eine Resolution über die Gewerkschaften zu verabschieden. Diese Resolution über die Gewerkschaften (88) stellt eine Reihe wichtiger Grundsätze auf, einige von allgemeiner Bedeutung, andere zugeschnitten auf die unmittelbaren Probleme. Eine der grundsätzlichen Forderungen betrifft die Aufgaben der Gewerkschaften. Dort wird gesagt, daß unter dem Regime der Diktatur des Proletariats es nicht die Hauptaufgabe der Gewerkschaften ist, Kampforgan der Werktätigen zu sein, sondern daß ihre Hauptaufgaben "organisatorisch-wirtschaftliche und erzieherische" sind. In der gleichen Resolution

87 Siehe zum Beispiel Lenins Bericht auf dem II. Kongreß der Gewerkschaften Rußlands, in: LW 28, S. 423 ff., insbesondere S. 433 ff. Lenin gebraucht hier den Begriff "Verstaatlichung", während der Übergang der Industriebetriebe in Staatseigentum als "Nationalisierung" bezeichnet wird. Auf russisch heißen die entsprechenden Begriffe *ogosudarstvlenie* und *nacionalisacija.*

88 vgl. den Anhang zum Band 25 der *Sämtlichen Werke* Lenins, Verlag für Literatur und Politik, Wien und Berlin 1930, S. 671 f.

wird erklärt, daß die Gewerkschaften ihre Aufgaben nicht unabhängig und "nicht als eine in sich abgeschlossene, isolierte Organisation durchführen, sondern als einer der Hauptapparate des Sowjetstaats, der unter der Führung der Kommunistischen Partei arbeitet". Die Resolution definiert die Gewerkschaften als "Schule des Kommunismus" und als "Bindeglied zwischen den zurückgebliebensten (...) Massen des Proletariats und seiner Avantgarde, der Kommunistischen Partei". Sie fügt hinzu, daß die Gewerkschaften "die Massen organisieren und kulturell, politisch, organisatorisch erziehen" sollen.

Im übrigen hebt die Resolution hervor, daß die Gewerkschaften ihre Verwaltungsfunktionen in Unterordnung unter den gesamten Staatsapparat erfüllen und daß sie *nicht unmittelbar* in die Betriebsführung *eingreifen sollen.* Sie können Kandidaten für die Betriebsleitung vorschlagen; das Wahlprinzip wird jedoch beseitigt, um dem Prinzip "der Auswahl nach einer praktischen Probezeit Platz zu machen, die erlaubt, die technische Kompetenz, die Entschlossenheit, die organisatorischen Fähigkeiten und die Eignung des Kandidaten für Wirtschaftsangelegenheiten zu prüfen".

Die konkreten Hauptfunktionen der Gewerkschaften werden wie folgt angegeben: sie müssen "alle Maßnahmen ergreifen (bis zur Einsetzung von kameradschaftlichen Disziplinargerichten), um die Arbeitsdisziplin zu heben"; sie treiben "Produktionspropaganda (...) und erziehen die Arbeiter und erwecken unter ihnen das Verständnis für die Rolle des Betriebs".

Bei der Aufzählung der "aktuellen Aufgaben der Gewerkschaften" betont die Resolution die Idee einer "militärisch organisierten" Arbeit.

Die alten Gewerkschaftsführer, die sich weigern, dem in der Resolution über die Gewerkschaften vorgezeichneten Weg zu folgen, können ihrer Funktionen enthoben und durch eine "politische Leitung" ersetzt werden, die direkt ernannt und nicht mehr gewählt wird. Diese Art von Entscheidung wird tatsächlich in verschiedenen Bereichen angewandt, insbesondere bei den Eisenbahnen, wo einer umfangreichen Desorganisierung begegnet werden muß. So wird die frühere Gewerkschaftsleitung der Eisenbahnen, die der bolschewistischen Partei feindlich gegenübersteht, auf Initiative Trotzkis durch eine "politische Leitung des Transportwesens" ersetzt, die als provisorisches Organ der Partei und der Sowjetmacht begriffen wird.

Eine andere, ebenfalls vom IX. Parteitag angenommene Resolution legt in ihrem 12. Absatz fest, daß derartige Bestimmungen *provisorisch sind und Übergangscharakter haben* (89).

Der Widerstand eines Teils der alten Gewerkschaftsführer gegen die in dieser Resolution entwickelte Linie hat offenbar zahlreiche Ursachen. Für bestimmte Gewerkschaftsführer (insbesondere für die Menschewiki) handelt es sich darum, *die Kriegsanstrengungen zu sabotieren;* für andere geht es um den Widerstand gegen Maßnahmen, die in einseitiger Weise die administrative und disziplinarische Rolle der Gewerkschaftsorganisation ausbauen. Dieser Widerstand ist umso größer, als der IX. Parteitag mehrere Resolutionen über

89 ebd., S. 669

die *aktuellen Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus* (90) verabschiedet. Deren Inhalt wird von einem großen Teil der Werktätigen nicht ohne weiteres akzeptiert.

Diese Resolutionen (deren Umsetzung ebenfalls Aufgabe der Gewerkschaften ist) zielen auf die Einführung einer Reihe von Anordnungen mit Zwangscharakter: Arbeitspflicht, Militarisierung der Wirtschaft, die Verpflichtung für die Parteiorganisationen und die Gewerkschaften, alle qualifizierten Arbeiter zu registrieren (um sie mit der gleichen Strenge zur Arbeit anzuhalten "wie die Kommandeure zur Arbeit der Armee"); Mobilisierung aller Werktätigen einschließlich der ungelernten Arbeiter in der Form *großer Arbeitseinheiten*, die von einem "technisch kompetenten (...) Instrukteurpersonal" geführt werden sollen; Einrichtung eines Systems der "wissenschaftlichen Organisierung der Industrie".

Die Rolle der bürgerlichen Spezialisten, des administrativen und technischen Personals und die Bedingungen der Entlohnung ihrer Arbeit werden in einigen Punkten näher bestimmt:

> "Individuelle Berücksichtigung der Arbeitsproduktivität und individuelle Prämierung müssen in entsprechender Form auch auf das administrative und technische Personal angewandt werden. Die besten Administratoren, Ingenieure und Techniker müssen günstige Arbeitsbedingungen erhalten, damit sie ihre Kräfte in vollem Umfang in den Dienst der sozialistischen Wirtschaft stellen (...). Die Vorurteile gegen die Aufnahme des höheren technischen Personals der Betriebe und Institutionen in die Gewerkschaften müssen endgültig überwunden werden. Indem die Gewerkschaften Ingenieure, Ärzte, Agronomen usw. aufnehmen, verhelfen sie diesen Elementen auf Grund kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit dem organisierten Proletariat zur aktiven Teilnahme am sowjetischen Aufbau und erwerben Kräfte mit wissenschaftlichen Spezialkenntnissen und Erfahrungen, die sie so dringend brauchen." (91)

Der Inhalt dieser Resolution zeugt von den großen Schwierigkeiten, in denen sich zu diesem Zeitpunkt die sowjetische Industrie befindet und spiegelt die Existenz widersprüchlicher Tendenzen in der bolschewistischen Partei wider. Diese Widersprüche – die Ende 1920 offen aufbrechen, während der "Gewerkschaftsdebatte", in der Lenin Trotzki und Bucharin entgegentritt (92) – betreffen die Bedeutung der auf die aktuelle Lage bezogenen oder auch der grundsätzlichen Aussagen eines Teils der Resolution des IX. Parteitags; sie betreffen auch die Rolle, die dem auf die Arbeiter ausgeübten Zwang zukommen kann. Tatsächlich wird auf solche Zwangsmaßnahmen bis Ende 1920 im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Desorganisierung und den Erfordernissen der Versorgung der revolutionären Streitkräfte zurückgegriffen.

90 ebd., S. 659 ff.
91 ebd., S. 668
92 vgl. unten, S. 324 f.

e) Der Rückgriff auf Zwangsmaßnahmen gegenüber den Arbeitern

Von der zweiten Hälfte des Jahrs 1918 an entwickelt sich ein wachsender Widerspruch zwischen den Anforderungen, die die Kriegsanstrengung an die verschiedenen Industriezweige stellt und der tatsächlichen Arbeit, die ein bedeutender Teil der Arbeiter "spontan" zu leisten gewillt wäre. Da die bolschewistische Partei nicht in zureichendem Maß imstande ist, die Aufgabe der Überzeugung der Massen anzupacken, werden Zwangsmaßnahmen getroffen.

In erster Linie handelt es sich darum, das Beschäftigungsverhältnis zu reglementieren, zu vermeiden, daß die Werktätigen zu oft den Betrieb wechseln und sie zu zwingen, die ihnen angebotenen Stellen anzunehmen. Das ist zum Beispiel Gegenstand eines Dekrets vom September 1918, das jedem Arbeitslosen verbietet, die Stelle abzulehnen, die ihm angeboten wird, will er nicht sein Recht auf Arbeitslosenunterstützung verlieren. Ende Oktober 1918 werden die "Arbeitsämter" in lokale Sektionen des Narkomtrud umgewandelt. Seitdem muß jeder Arbeitsvertrag (93) über diese Arbeitsämter laufen, die so zu einer obligatorischen Vermittlungsstelle sowohl für die Werktätigen als auch für die Betriebsleitungen werden.

Im März 1919 macht der VIII. Parteitag der bolschewistischen Partei einen wichtigen Schritt in die gleiche Richtung. In dem damals verabschiedeten Programm wird ausdrücklich erklärt:

> "Die höchstmögliche Nutzung aller verfügbaren Arbeitskräfte (...), die richtige Verteilung und Neuverteilung dieser Kräfte sowohl auf die verschiedenen Regionen als auch auf die verschiedenen Zweige der Volkswirtschaft sind unabdingbar für die Verwirklichung einer planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft, was die nächste Aufgabe der Wirtschaftspolitik der Sowjetmacht sein muß; diese Aufgabe kann nur in enger Verbindung mit den Gewerkschaften verwirklicht werden. Die individuelle Mobilisierung der gesamten arbeitsfähigen Bevölkerung durch die Sowjetmacht, unter Beteiligung der Gewerkschaften, um eine genau bestimmte gesellschaftliche Arbeit zu vollbringen, muß in unvergleichlich breiterer und systematischerer Weise angewandt werden, als das bisher der Fall war." (94)

Gemäß den Beschlüssen des VIII. Parteitags wird *die den Gewerkschaften zufallende Rolle der planmäßigen Leitung der Arbeitskräfte in der Praxis durch den staatlichen Verwaltungsapparat ausgeübt*, in den die Gewerkschaften integriert sind. Aber angesichts der Stellung, die den gewerkschaftlichen Organisationen formal zukommt, wird die auf diese Weise geplante Leitung der Arbeitskräfte gleichgesetzt mit der Einführung einer neuen *"sozialistischen Disziplin"* (95).

93 vgl. die Sammlung von Gesetzestexten 1917–1918 (russisch), Nr. 64, Artikel 704, und Nr. 80, Artikel 838; zit. nach E.H. Carr, *The Bolshevik Revolution*, Bd. 2, a.a.O., S. 202, Anmerkungen 1 und 2
94 vgl. zu diesem Punkt *KPSS v rezoljucijach*, Bd. 1, Moskau 1953, S. 422
95 ebd.

Ungefähr einen Monat nach dem VIII. Parteitag beschließt der Rat der Volkskommissare (Sovnarkom) einen "Befehl der Generalmobilmachung" und überträgt von neuem den Gewerkschaften die Aufgabe, diejenigen Arbeiter zu bestimmen, die an die Front geschickt werden sollen. In der Praxis ist die Betriebsleitung dafür zuständig (die diejenigen auswählt, von denen sie sich trennen zu können glaubt). Gleichzeitig veröffentlicht der STO (Rat für Arbeit und Verteidigung), an dessen Spitze Trotzki steht, ein Dekret, das die nicht an die Front geschickten Bergarbeiter an Ort und Stelle mobilisiert.

Weitere Maßnahmen werden den vorhergehenden ständig hinzugefügt, um eine bessere Kontrolle der Beschäftigung der Arbeitskräfte zu gewährleisten.

Im Juni 1919 werden den Werktätigen Moskaus und Petrograds *Arbeitsbücher* zugeteilt, in denen alle Angaben über ihr jeweiliges Arbeitsverhältnis eingetragen werden. Man hofft so, die unerlaubten Ortswechsel der Werktätigen wirkungsvoller zu verhindern. Diese im allgemeinen durch die Suche nach besseren Arbeitsbedingungen hervorgerufenen Ortswechsel nehmen in der Tat einen für das Funktionieren der Industrie gefährlichen Umfang an, also auch für die Verteidigungsanstrengungen. Nach und nach wird diese Maßnahme auf andere Städte ausgedehnt. Übrigens erweisen sich die Gewerkschaftsorganisationen als unfähig, eine Kontrolle über die Werktätigen durchzusetzen; sie wird ihnen daher im November 1919 entzogen. Von diesem Augenblick an wird das Recht, die Arbeiter zu mobilisieren und sie bestimmten Fabriken oder Aufgaben zuzuweisen, ganz dem Narkomtrud und seinen lokalen Organen übertragen. Dieses Recht der *Mobilisierung der Arbeitskräfte* findet von nun an auch auf die Bauern Anwendung.

Im Januar 1920 proklamiert der Sovnarkom die Notwendigkeit, "die Industrie, die Landwirtschaft, das Transportwesen und die anderen Wirtschaftszweige auf der Grundlage eines allgemeinen Wirtschaftsplans mit Arbeitskräften zu versorgen" (96). Nun wird praktisch ein allgemeiner Arbeitsdienst eingerichtet, der nicht mehr vom Narkomtrud, sondern vom STO abhängt. Dieser richtet seine eigenen lokalen Organe ein, besonders in Hinsicht auf die Zwangsverpflichtung der Arbeiter für dringende Aufgaben. Arbeiter, die versuchen, sich den zugewiesenen mißliebigen Arbeiten zu entziehen und die in ihr Heimatdorf zurückkehren, können gesucht, verhaftet und als Deserteure behandelt werden (97). Im April 1920 geht ein Bericht an den III. Gewerkschaftskongreß sogar soweit, die Zerstörung des alten Polizeiapparats durch die Revolution zu bedauern, "der wußte, wie man die Bürger nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande erfaßte" (98). Tatsächlich waren der STO und der Narkomtrud den

96 *Sammlung von Gesetzestexten, 1920,* Nr. 8, Artikel 49; zit. nach E.H. Carr, *The Bolshevik Revolution,* a.a.O., Bd. 2, S. 211, Anmerkung 4

97 ebd.; im April 1919 wurden Arbeitslager eingerichtet. Grundsätzlich waren diese Arbeitslager, die zuerst von der Tscheka, dann vom Volkskommissariat für Inneres (NKWD) verwaltet wurden, für abgeurteilte konterrevolutionäre Elemente vorgesehen. (Vgl. E.H. Carr, *The Bolshevik Revolution,* a.a.O., Bd. 2, S. 212/213

98 vgl. *III. Gesamtrussischer Kongreß der Berufsgewerkschaften* (russisch) 1920, Bd. I, S. 50/51; zit. nach E.H. Carr, a.a.O., S. 212, Anmerkung 2

Erfordernissen der Situation gewachsen; allein für die Forstwirtschaft konnten sie im ersten Halbjahr 1920 fast 6 Millionen Menschen im Arbeitsdienst mobilisieren (99).

Als sich im Frühjahr 1920 der Bedarf der Armee an Menschen verringert, beschließt Trotzki, den nicht mehr an der Front gebrauchten Teil der Armee nicht zu demobilisieren, sondern ihn in eine "Arbeitsarmee" umzuwandeln, die bei besonders schweren Arbeiten eingesetzt werden soll.

In der bereits erwähnten Resolution über *Die aktuellen Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus* systematisiert und entwickelt der IX. Parteitag zahlreiche Maßnahmen, die in den vorangegangenen Monaten getroffen worden waren. Dies betrifft sowohl die Aufstellung der *"Arbeitsarmeen"*, von denen gerade die Rede war, als auch die Einführung der *"Arbeitsdesertation"* als strafbares Delikt. Der 15. Punkt der oben erwähnten Resolution erklärt unter anderem:

> "Da ein großer Teil der Arbeiter auf der Suche nach besseren Lebensverhältnissen, nicht selten auch zu Spekulationszwecken, die Betriebe eigenmächtig verläßt und von Ort zu Ort zieht (...), erklärt der Parteitag für eine der dringendsten Aufgaben der Sowjetmacht und der Gewerkschaftsorganisationen, den planmäßigen, hartnäckigen, rücksichtslosen Kampf gegen die Arbeitsdesertion, insbesondere durch Veröffentlichung von Deserteur-Straflisten, durch Bildung von Strafarbeitskolonnen aus Deserteuren und endlich durch Einsperrung in Konzentrationslager." (100)

f) Der Hauptaspekt der Lage des Proletariats: seine Konstituierung als herrschende Klasse

Die Sowjetmacht befindet sich in einer Situation äußerster Not und allgemeinen physischen Elends, während sie der internationalen Koalition konterrevolutionärer Kräfte entgegentreten muß. Daher muß der Notwendigkeit, auf strenge Zwangsmaßnahmen nicht nur gegen die feindlichen Klassen, sondern auch gegen die schwankenden Elemente der Arbeiterklasse und der Bauernschaft zurückzugreifen, der richtige Stellenwert zugesprochen werden. Dieser Rückgriff auf Zwangsmaßnahmen ist in der Tat nur der Nebenaspekt einer Situation, deren Hauptaspekt die Konstituierung des Proletariats als herrschende Klasse ist. Wenn man das nicht versteht, erliegt man den Phrasen der Menschewiki, der Sozialrevolutionäre, der Anarchisten und der anderen Ideologen des Kleinbürgertums und der Bourgeoisie, die behaupten, daß das, was zu diesem Zeitpunkt in Rußland besteht, nicht die Diktatur des Proletariats sei, sondern eine Diktatur über das Proletariat. Da die ideologischen Gegner der Sowjetmacht unfähig sind, eine Gesamtanalyse der Klassenverhältnisse vorzunehmen, sind sie selbstverständlich

99 vgl. L. Kritzmann, *Die heroische Periode der Großen russischen Revolution,* Frankfurt/M. 1971, S. 173

100 vgl. Lenin, *Sämtliche Werke,* Bd. 25, Wien und Berlin 1930, S. 670

auch unfähig anzugeben, *welche Klasse,* ihnen zufolge, zu diesem Zeitpunkt *ihre Diktatur* über das Proletariat *ausgeübt* habe.

Wer keine Gesamtanalyse der Klassenverhältnisse vornimmt und sich darauf beschränkt, *einige Aspekte der Wirklichkeit zu isolieren* – wie die Ausübung von Zwang gegenüber verschiedenen Fraktionen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft – *kann selbst über den Ablauf der geschichtlichen Ereignisse keine Rechenschaft ablegen.* In der Tat muß dieser Ablauf all denen unverständlich bleiben, die darüber hinwegsehen wollen, daß die *Stärke der Sowjetmacht – ihre Fähigkeit, den feindlichen Kräften, die über unendlich überlegenere materielle Kräfte verfügen, standzuhalten und sie zu besiegen – auf ihrer Klassennatur,* d.h. auf der Tatsache *beruht,* daß sie die Macht der breiten werktätigen Massen ist. Weil es *ihre Macht* ist, kämpfen die Arbeiter und Bauern für sie mit einer Leidenschaft und einem Heroismus, die bisher in der Geschichte ohne Beispiel sind.

Man muß sich schon außerhalb der wirklichen geschichtlichen Bewegung stellen, um zu behaupten, die Sowjetmacht, die *aus den Kämpfen der Volksmassen hervorgegangen ist und die weiterhin einen Kampf auf Leben und Tod* gegen die politischen und sozialen Kräfte der Bourgeoisie, der Grundbesitzer und der Imperialisten führt, die sich in internationalem Maßstab gegen sie zusammengeschlossen haben, *hätte plötzlich ihre Natur geändert,* sie würde zwar weiter gegen ihre alten Feinde kämpfen, trotzdem aber zu einem Unterdrückungsorgan der Volksmassen geworden sein. Es ist kein Argument, aufgrund der Ausübung von Zwang gegenüber bestimmten Elementen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft zu behaupten, die Macht, die diesen Zwang ausübt, wäre nicht diejenige der Arbeiter und Bauern. Denn gerade die *Gesamtheit der* von dieser Macht entfalteten *Aktivitäten* und ihre *Handlungsfähigkeit* selber zeugen von der tiefen Verwurzelung in den Volksmassen und von der führenden Rolle des als herrschende Klasse organisierten und mit der Bauernschaft verbündeten Proletariats.

Die von der Sowjetmacht über die Bourgeoisie, die Grundbesitzer und den Weltimperialismus errungenen Siege waren nur möglich, weil die Sowjetmacht damals eine *proletarische Macht* war, *die den Willen der Volksmassen zusammenfaßte.* "Sieht" man das nicht, dann kann man den Ausgang der von der schlecht ausgerüsteten und schlecht versorgten Sowjetarmee geführten Kämpfe gegen die von den imperialistischen Großmächten versorgten Weißen Armeen nicht verstehen. Man kann nicht verstehen, wie und weshalb Sowjetrußland den Sieg über mächtige Gegner errungen hat, obwohl es von Hunger und Krankheit ausgezehrt und verwüstet war. Über alle abstrakten Überlegungen hinaus *beweist* der Ablauf der Ereignisse selbst *durch die Praxis* die Existenz der Diktatur des Proletariats, die Verwirklichung der grundlegenden Einheit der Volksmassen, geführt von der bolschewistischen Partei, die den revolutionären Marxismus in die Tat umsetzt.

Diese proletarische Diktatur ist wie alle geschichtliche Wirklichkeit komplex und widersprüchlich. Dank der Arbeit der bolschewistischen Partei, ihrer tiefen Verankerung in der Arbeiterklasse, ihrer Handhabung des Marxismus,

die ihr zu jedem Zeitpunkt erlaubt, die *wesentlichen revolutionären Aufgaben* durchzuführen, verwirklicht die proletarische Diktatur die Kampfeinheit des Proletariats und der Bauernschaft. Gleichzeitig ist jedoch die so verwirklichte Einheit der Massen den zu erfüllenden Aufgaben nicht voll gewachsen, da vor der Errichtung der Diktatur des Proletariats kein langer politischer und ideologischer Kampf auf breiter Basis geführt wurde und da es an vorhergehender Erfahrung mangelt. Ein Teil der Bauernschaft und selbst ein Teil der Arbeiterklasse bleiben durch die Ideen und die Praxis des Kleinbürgertums und der Bourgeoisie stark beeinflußt. Sie geben somit ihren persönlichen Interessen den Vorrang vor den Interessen der Revolution. Sie lassen sich vorübergehend von ideologischen Strömungen beeinflussen, die die revolutionäre Einheit der Massen zu untergraben versuchen, von den Sozialrevolutionären, den Menschewiki und den verschiedenen Formen des Anarchismus. Es handelt sich dabei nur um einen Nebenaspekt der Situation; denn es ist diesen Strömungen niemals gelungen, mehr als einen begrenzten und unbeständigen Einfluß auszuüben; im allgemeinen treten sie nicht einmal offen auf. Dieser Nebenaspekt erklärt bestimmte *besondere Züge,* die die Diktatur des Proletariats in diesen Jahren annimmt. Er erklärt die schwache Aktivität eines Teils der Massenorganisationen (insbesondere der örtlichen Sowjets und bis zu einem gewissen Grad der Gewerkschaften) und die relativ hohe Zahl der Fälle von Disziplinlosigkeit, die – in einer Situation äußerster Anspannung – die proletarische Macht nötigen, Zwang auf schwankende Elemente auszuüben.

Unter diesen Bedingungen wird der proletarische Charakter der Macht wesentlich durch die Verbindung der bolschewistischen Partei mit den revolutionären Massen bestimmt, durch ihre Praktizierung einer *Massenlinie* und des revolutionären Marxismus und durch die *Verschmelzung dieser Partei,* der Vorhut des Proletariats, mit dem *kämpferischsten Teil der Arbeiterklasse.*

Was auch immer die Rolle des Zwangs gegenüber einem Teil der Werktätigen gewesen sein mag – Zwangsmaßnahmen, die übrigens oft von *Arbeiterbataillonen* und nicht durch ein spezialisiertes Korps durchgeführt wurden –, die Macht wird zu diesem Zeitpunkt vor allem aufgrund des Vertrauens der breitesten Volksmassen in die bolschewistische Partei ausgeübt. Die Volksmassen sehen die Partei als diejenige an, die siegreich die Oktoberrevolution geführt hat, die sich mit dem Willen des Volks, aus dem Krieg auszuscheiden und mit den Bestrebungen der Bauern, Herr über den Boden zu werden, identifiziert und es verstanden hat, sie zusammenzuschliessen, um gegen die Feinde der Revolution zu kämpfen. Mehr noch: dieses Vertrauen beruht nicht nur auf der Fähigkeit der Partei, auf die grundlegenden Wünsche des Volks einzugehen und die ihnen entsprechenden Beschlüsse zu fassen. Es beruht auch auf der Praktizierung der *Massenlinie;* denn die Massenlinie ist wesentlich für die *Konsolidierung der Diktatur des Proletariats.*

g) Diktatur des Proletariats und Massenlinie

Lenin hat oft bestimmte, für die Praxis einer Massenlinie notwendige Bedingungen benannt und betont, diese Praxis unterscheide eine proletarische revolutionäre Partei von den sozialdemokratischen Parteien der II. Internationale. So schreibt Lenin in seiner Schrift *Eine der Kernfragen der Revolution:*

> "Fürchtet nicht die Initiative und Selbständigkeit der Massen, vertraut den revolutionären Organisationen der Massen, und ihr werdet *auf allen* Gebieten des staatlichen Lebens dieselbe Kraft, dieselbe Größe und Unbesiegbarkeit der Arbeiter und Bauern sehen, die sie in ihrem gemeinsamen Handeln, in ihrem Elan gegen den Kornilowputsch offenbart haben.
>
> Die Schuld der sozialrevolutionären und menschewistischen Führer besteht vor allem darin, daß sie nicht an die Massen glauben, Angst vor ihrer Initiative, Angst vor ihrer Selbständigkeit haben, daß sie vor der revolutionären Energie der Massen zittern, statt sie allseitig und rückhaltlos zu unterstützen. Hier liegt eine der tiefsten Ursachen für die Unentschlossenheit der sozialrevolutionären und menschewistischen Führer, ihrer Schwankungen, ihrer endlosen und endlos unfruchtbaren Versuche, neuen Wein in die alten Schläuche des alten, bürokratischen Staatsapparats zu gießen." (101)

Zu den verschiedensten Zeitpunkten kommt Lenin auf die gleichen Gedanken und Grundsätze zurück.

So stellt Lenin in der Schrift *Der "linke" Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus* (102) mit besonderem Nachdruck die Bedeutung des Prinzips der Verbindung mit den Massen heraus, und er betont die Bedingungen seiner Umsetzung. Er weist ebenfalls darauf hin, daß die proletarische Disziplin (im Gegensatz zu einer bürokratischen Disziplin, die von oben auferlegt wird) nur auf der Fähigkeit beruhen kann,

> "sich mit den breitesten Massen der Werktätigen, in erster Linie mit den proletarischen, *aber auch mit den nichtproletarischen* werktätigen Massen zu verbinden, sich ihnen anzunähern, ja, wenn man will, sich bis zu einem gewissen Grade mit ihnen zu verschmelzen." (103)

In der gleichen Schrift kommt Lenin auf ein weiteres Prinzip zurück, das in engem Zusammenhang damit steht: daß die Rolle der Partei *nicht* darin besteht, den Massen eine politische Linie *aufzuzwingen,* sondern daß sich die Massen *"durch eigene Erfahrung"* (104) von der Richtigkeit dieser Linie *überzeugen.* Lenin fügt hinzu, daß unter diesen Bedingungen eine proletarische Disziplin verwirklicht werden kann. "Ohne diese Bedingungen werden die Versuche, eine Disziplin zu schaffen, unweigerlich zu einer Fiktion, zu einer Phrase, zu einer Farce." (105)

101 LW 25, S. 318 f., ebd. S. 382 f.
102 LW 31, S. 1 ff.
103 a.a.O., S. 9
104 ebd. 105 ebd.

In Hinsicht auf die Bedingungen, die es der Partei ermöglichen, die Massen zu überzeugen, betont Lenin, daß sie sich *nicht aus dem Stegreif herstellen* lassen, daß sie

> "nicht auf einmal entstehen (können). Sie werden nur durch langes Bemühen, durch harte Erfahrung erarbeitet; ihre Erarbeitung wird erleichtert durch die richtige revolutionäre Theorie, die ihrerseits kein Dogma ist, sondern nur in engem Zusammenhang mit der Praxis einer wirklichen Massenbewegung und einer wirklich revolutionären Bewegung endgültige Gestalt annimmt." (106)

Diese letzte Bemerkung ist offenbar von erheblicher Tragweite. Sie bedeutet, daß das Bestehen einer mit den Massen verbundenen revolutionären Partei nur das geschichtliche Produkt einer richtigen Praxis und einer richtigen Theorie sein kann. Sie bedeutet ebenfalls, daß, wenn das allmählich erarbeitete Ergebnis einer solchen Theorie und einer solchen Praxis – nämlich eine Partei, die Vertrauen zu den Massen hat und in die die Massen Vertrauen setzen – durch eine gewisse Anzahl von Fehlern zerstört wird, nichts weniger als eine sehr langwierige politische Arbeit notwendig ist, um eine solche Partei wiedererstehen zu lassen. Ohne eine solche Arbeit wird jeder Aufruf zur Disziplin und zum Vertrauen zu einer "hohlen Phrase".

Die Fähigkeit der Partei, "die Stimmung der Massen zu verfolgen" (107) und aus ihren Erfahrungen zu lernen (108), gehört zur Beachtung jenes Grundsatzes einer engen Verbindung der Partei mit den Massen, ihrer beiderseitigen Verschmelzung, oder, wenn man will, ihrer inneren Beziehungen.

Eine der Existenzbedingungen der Diktatur des Proletariats war die Beachtung der grundsätzlichen Erfordernisse der Massenlinie durch die bolschewistische Partei. Das heißt wohlgemerkt nicht – und das wurde vorher gezeigt –, daß die bolschewistische Partei zu jedem Zeitpunkt und unter allen Umständen diesen Erfordernissen wirklich gerecht werden konnte. Die Schnelligkeit, mit der sie an die Macht kam, ihre Zusammensetzung, ihr Mangel an Erfahrung und die Besonderheiten des ideologischen Kampfs, der sich in ihr abspielte, bewirkten, daß nur teilweise eine Massenlinie verfolgt werden konnte. Daher stammen auch die tatsächlichen Spannungen, die sich zu verschiedenen Zeitpunkten zwischen der Sowjetmacht und verschiedenen Teilen der Volksmassen, insbesondere auf dem Lande, entwickelt hatten. Wie groß auch immer indessen der Abstand der Praxis der bolschewistischen Partei von den Erfordernissen einer Massenlinie gewesen sein mag, so war doch der *vorherrschende Aspekt* dieser Praxis die Beachtung jener Erfordernisse gewesen. Andernfalls wäre die bolschewistische Partei unfähig gewesen, an der Spitze der Sowjetmacht zu bleiben und den Sieg zu sichern.

106 ebd.
107 ebd., S. 29
108 Siehe zu diesem Punkt insbesondere den letzten Teil der von Lenin auf der Moskauer Gouvernementskonferenz der KPR(B) gehaltenen Rede vom 21. November 1920, in: LW 31, S. 423 ff., insbesondere S. 421

h) Diktatur des Proletariats und "Verschmelzung" der bolschewistischen Partei mit den fortgeschrittenen Elementen der Arbeiterklasse

Die bolschewistische Partei erfüllte ihre Rolle als Instrument der Diktatur des Proletariats durch eine rasche Erhöhung der Mitgliederzahl und durch Verschmelzen mit den fortgeschrittenen Elementen der Arbeiterklasse.

Bis zum Ende des Jahrs 1920 zeigt die Entwicklung des Mitgliederstands der Partei in breitem Maß eine wachsende Verwurzelung in den Volksmassen. Sie zieht eine tiefgreifende Änderung in der Zusammensetzung der Partei nach sich. Von den 24.000 Mitgliedern im Januar 1917 (109) steigt die Mitgliederzahl auf 612.000 im März 1920 und auf 732.000 im März 1921. Ab 1921 wird die Mitgliederzahl durch Säuberungen stark verringert. 1923 beträgt sie 499.000. Bei diesem Mitgliederbestand steigt die Zahl der Arbeiter (110) von 14.000 im Jahr 1917 auf ungefähr 270.000 im Jahr 1920 und auf 300.000 1921. Zwischen 1917 und 1920 steigt die Zahl der bäuerlichen Mitglieder von 1.800 auf mehr als 200.000 im Jahr 1921 (111). Der Anteil bäuerlicher Mitglieder (oder genauer, die Mitglieder bäuerlicher oder einfach ländlicher Herkunft) bleibt gering und das in einem Land, das zu mehr als 70% bäuerlich ist; die Mitgliederzahl der Arbeiter dagegen macht im Jahr 1921 *einen beträchtlichen Prozentsatz der aktiven Arbeiterklasse* aus. Von der Rolle der Arbeiterklasse in den *staatlichen Apparaten* her gesehen ist die Bedeutung des proletarischen Mitgliederbestands der bolschewistischen Partei umso bezeichnender, als damals (1919) 60% der Parteimitglieder in den Verwaltungen des Staats und der Partei arbeiten und ein Viertel sich in der Roten Armee befindet, sehr oft mit einer politischen oder militärischen Verantwortung (112). So hat die Anwesenheit von *kommunistischen Arbeiteraktivisten* in den wichtigsten staatlichen Apparaten eine erhebliche Bedeutung.

Im Lauf der Jahre 1919 und 1920 hat die Zugehörigkeit zur bolschewistischen Partei im allgemeinen eine unbestreitbar politische Bedeutung. Zwar übt die Partei die Macht aus, was die Karrieristen anlockt, aber es gibt zahlreiche Säuberungen; und vor allem wird die von der Partei ausgeübte Macht oft ernsthaft von den militärischen Offensiven der Weißen Armee bedroht,

109 Außer wenn anders angegeben, beziehen sich die Zahlen auf den 1. Januar jeden Jahres. Angeführt nach *Partijnaja Zisn* (Parteileben) Nr. 19, Oktober 1967, S. 8–10; zit. nach T.H. Rigby, *Communist Party Membership 1917–1967* (Die Mitgliederschaft der Kommunistischen Partei 1917–1967), Princeton 1968, S. 52/53. Ab 1919 gibt es Bewerber oder "Kandidaten" (die einer Probezeit unterliegen). Diese erscheinen als solche in den Statistiken erst ab 1922. Grundsätzlich sind sie in den früheren Statistiken nicht enthalten; das steht jedoch in Gegensatz zu anderen Schätzungen, zum Beispiel in der ersten Ausgabe der *Großen Sowjetenzyklopädie.*

110 Die Frage der sozialen Zusammensetzung der bolschewistischen Partei und die Bedeutung der verfügbaren Statistiken wird später behandelt (s. unten, S. 269).

111 vgl. das bereits angeführte Buch von T.H. Rigby, S. 85, in dem die klassenmäßige Zusammensetzung der Partei angegeben ist; die Prozentsätze sind dort nach verschiedenen sowjetischen Quellen berechnet.

112 ebd., S. 81

die in den besetzten Gebieten aktive Parteimitglieder massenweise ermorden. Außerdem sind die Pflichten, die auf den Parteimitgliedern lasten, schwer.

Die *Verschmelzung* der Partei mit den fortgeschrittenen Arbeitern ist zu diesem Zeitpunkt *tatsächlich gegeben* und sie ist *tiefgreifend.*

Sie bildet *einen Aspekt des proletarischen Charakters der Macht.* Man muß allerdings festhalten, daß auf die Dauer die Eingliederung einer großen Zahl von Arbeitern in *Verwaltungsfunktionen* negative Seiten hat – zu einer Zeit, da das Proletariat zahlenmäßig schwach ist und seine Reihen sich lichten und sogar von kleinbürgerlichen und bürgerlichen Elementen durchsetzt werden. Diese Arbeiter laufen Gefahr, sich nach einigen Jahren in Funktionäre umzuwandeln, und ihre proletarische Herkunft verliert nach und nach ihre Bedeutung. 1919 arbeiten allem Anschein nach nur noch 11% der Parteimitglieder in den Fabriken (113). Allerdings, in dieser Phase haben die aus der aktiven Arbeiterklasse Stammenden deren Reihen erst seit zu kurzer Zeit verlassen, als daß ihre Klassenherkunft keine Bedeutung mehr hätte. Die Gefahr der "Entproletarisierung" wird aber trotzdem als real empfunden (Lenin macht die Partei drei Jahre später eindringlich darauf aufmerksam). Daher wird vom VIII. Parteitag vorgesehen, daß ab 1919 jene Arbeiter, die Verwaltungsfunktionen ausüben, von je vier Monaten einen Monat lang zur Arbeit in ihre Fabrik zurückkehren müssen (114).

Diese Verpflichtung scheint unter den Bedingungen des Bürgerkriegs nicht beachtet worden zu sein. Später ist sie offenbar "vergessen" worden. Die negativen Auswirkungen dieses "Vergessens" konnten in der Folge umso bedeutender werden, als ungefähr 30% der Parteimitglieder weder Arbeiter noch Bauern waren, und als in der Verwaltung die kommunistischen Arbeiter an der Seite einer großen Zahl von alten Funktionären oder Verwaltern arbeiteten, deren ideologischem Einfluß sie immer stärker ausgesetzt waren. Das ist gemeint, wenn man sagt, sie hätten sich "bürokratisiert" (es wäre jedoch richtiger, zu sagen, sie hätten sich "verbürgerlicht"). Jedoch ist der Klassenkampf während und unmittelbar nach dem Bürgerkrieg zu intensiv, als daß die kommunistischen Arbeiter, die verantwortliche Posten bekleiden, durch die von ihnen ausgefüllten Funktionen massiv "verbürgerlicht" wären. Daher bilden sie durch ihre Zahl, ihre Energie und ihre Hingabe eine der Garantien der Diktatur des Proletariats.

Gerade die Verschmelzung der Partei mit den fortgeschrittenen Elementen der Arbeiterklasse sowie die Schärfe des Klassenkampfs erklären, daß man während des Bürgerkriegs das Entstehen vollständig neuer Produktionsverhältnisse durch die Initiative der Volksmassen beobachten kann, obwohl diese Produktionsverhältnisse sich natürlich noch in keimförmigem Zustand befinden.

113 ebd.

114 Rechenschaftsbericht des VIII. Parteitags (russisch), Moskau 1959, S. 423/424; zit. nach T.H. Rigby, a.a.O., S. 82

4. Das Entstehen neuer sozialistischer und kommunistischer Produktionsverhältnisse

Die kommunistischen Samstage stellen einen besonders bedeutsamen Aspekt des proletarischen Charakters der russischen Revolution dar. Denn sie bringen die tiefe Zustimmung der kämpferischen Werktätigen zu den Aufgaben der Diktatur des Proletariats zum Ausdruck. Im Lauf der Jahre 1918 bis 1921 führt die ideologische Revolutionierung dieser Werktätigen unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats zur örtlichen und vorübergehenden Entstehung von Produktionsverhältnissen neuen Typs, von kommunistischen Verhältnissen. Sie sind das Resultat ideologischer Vorstöße der bolschewistischen Partei, ganz besonders einer Reihe ihrer Aktivisten an der Basis – in einem Prozeß scharfer Klassenkämpfe.

a) Die "kommunistischen Samstage"

Eine der ersten Schriften, in denen Lenin das konkrete Erscheinen neuer, kommunistischer Produktionsverhältnisse behandelt, ist seine Broschüre *Die große Initiative* (115). Diese Schrift ist wichtig, weil sie in bemerkenswerter Weise die historische Tragweite der "kommunistischen Samstage" zum Ausdruck bringt. Sie zeigt auch Lenins Fähigkeit, *alles wirklich Neue und Revolutionäre zu erfassen,* was den kleinbürgerlichen und bürgerlichen Philistern unbegreiflich bleibt, für die eine "menschliche Natur" existiert, deren "vollendeter" Ausdruck der egoistische und berechnende Kleinbürger ist.

Die "kommunistischen Samstage" bilden eine Form der freiwilligen Arbeit der Massen. Sie sind im allgemeinen dazu bestimmt, gewisse Produktionsaufgaben rasch zu lösen, insbesondere im Bereich der Reparatur und des Baus der Straßen und Verkehrsmittel (hauptsächlich der Eisenbahnen); aber das nicht ausschließlich. Sehen wir, wie Lenin die Tragweite *dieser von den Arbeitern selbst ergriffenen Initiative* einschätzt:

> "Von geradezu gigantischer Bedeutung ist es (...), daß die Arbeiter aus eigener Initiative *kommunistische Subbotniks* veranstalten. Offenbar ist das lediglich erst ein Anfang, aber es ist ein Anfang von ungewöhnlich großer Tragweite. Es ist das der Anfang einer Umwälzung, die schwieriger, wesentlicher, radikaler, entscheidender ist als der Sturz der Bourgeoisie, denn das ist ein Sieg über die eigene Trägheit, über die eigene Undiszipliniertheit, über den kleinbürgerlichen Egoismus, über diese Gewohnheiten, die der fluchbeladene Kapitalismus dem Arbeiter und Bauern als Erbe hinterlassen hat. Erst wenn *dieser* Sieg verankert sein wird, dann und nur dann wird die neue gesellschaftliche Disziplin geschaffen sein, dann und nur dann wird eine Rückkehr zum Kapitalismus unmöglich, wird der Kommunismus wirklich unbesiegbar werden." (116)

115 vgl. LW 29, S. 397 ff. Diese Broschüre wurde zum erstenmal im Juli 1919 in Moskau herausgegeben.

Einige Seiten weiter bestimmt Lenin noch genauer, welche Tragweite die kommunistischen Samstage in seinen Augen haben. Er schreibt:

> "(...) der erste (...) kommunistische Subbotnik (ist) von größerer historischer Bedeutung (...) als ein beliebiger Sieg Hindenburgs oder Fochs und der Engländer im imperialistischen Krieg 1914–1918. Die Siege der Imperialisten bedeuten die Abschlachtung von Millionen Arbeitern um der Profite der englisch-amerikanischen und französischen Milliardäre willen, sie sind Bestialitäten des untergehenden, überfressenen, bei lebendigem Leibe verfaulenden Kapitalismus. Der kommunistische Subbotnik der Eisenbahner der Moskau-Kasaner Strecke ist eine der Keimzellen der neuen, der sozialistischen Gesellschaft, die allen Völkern der Erde Befreiung vom Joch des Kapitals und von den Kriegen bringt." (117)

Sicher übersieht Lenin nicht die Schwäche der gesellschaftlichen Verhältnisse, die auf diese Weise beginnen, sich herauszubilden. Aber er weiß, daß das Wesentliche, das *Aufmerksamkeit verdient,* nicht diese Schwäche ist, sondern das *Neue* an diesen Verhältnissen. Daher erklärt er:

> "Hohn darüber, daß die Keime des Neuen schwach sind, billiger Intellektuellen-Skeptizismus und dergleichen mehr, all das sind im Grunde Methoden des Klassenkampfes der Bourgeoisie gegen das Proletariat, ist Verteidigung des Kapitalismus gegen den Sozialismus. Wir müssen die Keime des Neuen sorgfältig untersuchen, ihnen die größte Aufmerksamkeit entgegenbringen, mit allen Mitteln ihr Wachstum fördern und diese schwachen Keime 'hegen und pflegen'." (118)

Lenin übersieht auch nicht, daß verschiedene dieser "Keime" verschwinden müssen, und daß das auch vielleicht das Schicksal der "kommunistischen Samstage" sein wird. Denn unter den bestehenden Bedingungen ist es nicht sicher, ob sie eine besonders große Rolle spielen werden. Aber, wie Lenin hervorhebt, ist das nicht die entscheidende Frage: "Nicht darauf kommt es an. Worauf es ankommt, das ist die Unterstützung aller und jeder Keime des Neuen, von denen das Leben die lebensfähigsten auslesen wird." (119)

Um den Kapitalismus zu besiegen, wiederholt Lenin, muß man genügend Ausdauer haben, "um Hunderte und Tausende neuer Methoden, Verfahren, Kampfmittel auszuprobieren, um die geeignetsten von ihnen herauszuarbeiten" (120).

Das ist die Sprache des *Anti-Dogmatismus,* die Sprache des Vertrauens in die revolutionären Initiativen der Massen, die Sprache eines proletarischen politischen Führers, der weiß, daß – wie Mao Tse-tung später sagt – "die richtigen Ideen nicht vom Himmel fallen", daß sie aus der gesellschaftlichen Praxis kommen. Es ist auch die Sprache eines marxistischen Theoretikers,

116 ebd., S. 399
117 ebd., S. 413 f.
118 ebd., S. 415
119 ebd.
120 ebd.

der weiß, daß der Aufbau einer neuen Welt notwendig hunderte von Versuchen durchläuft, von denen nur einige dazu bestimmt sind, wirklich jene Früchte hervorzubringen, die sie alle zu versprechen scheinen.

Für Lenin ergibt sich die historische Tragweite der kommunistischen Samstage zunächst daraus, daß sie ihren Ursprung in einer wirklichen Initiative der Massen haben; insbesondere der Arbeitermassen und hiervon wieder der Teile, die den *schwierigsten Bedingungen* ausgesetzt sind. Sie ergibt sich auch aus der Tatsache, daß, wenn die Arbeiter – wie das im Rahmen der kommunistischen Samstage der Fall ist – *"bezahlte Arbeit"* zurückweisen, dies davon zeugt, daß der Übergang zum Kommunismus *bereits begonnen hat.* Daher erklärt Lenin:

> "Die kommunistischen Subbotniks sind außerordentlich wertvoll als *faktischer* Beginn des *Kommunismus,* und das ist etwas ganz Seltenes, denn wir befinden uns auf einer Stufe, da 'lediglich die *ersten Schritte* zum Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus getan werden' (...).
>
> Der Kommunismus beginnt dort, wo *einfache Arbeiter* in selbstloser Weise, harte Arbeit bewältigend, sich Sorgen machen um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, um den Schutz *eines jeden Puds Getreide, Kohle, Eisen* und anderer Produkte, die nicht den Arbeitenden persönlich und nicht den ihnen 'Nahestehenden' zugute kommen, sondern 'Fernstehenden', d.h. der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit (...)." (121)

In dieser außerordentlich ideenreichen Schrift berührt Lenin auch das Problem der Emanzipation der Frau und die Frage, wie "mustergültige kommunistische Arbeit" entstehen kann, die von "krämerhaften Unternehmungen" frei ist (122).

b) Kommunistische Arbeit und sozialistische Disziplin

Einer der wesentlichen in dieser Schrift verwendeten Begriffe ist der der *"kommunistischen Arbeit".* Dieser Begriff bezeichnet eine von den Arbeitern und Bauern "unentgeltlich", "im Interesse der Gesellschaft, im Interesse aller Werktätigen" (123) geleistete Arbeit. Das ist eine Arbeit, in die "die ganze Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten sowie alle kleinbürgerlichen Schichten" mitgerissen werden, und die "den Weg eines neuen wirtschaftlichen Aufbaus, (...) den Weg der Schaffung einer neuen gesellschaftlichen Bindung, einer neuen Arbeitsdisziplin, einer neuen Arbeitsorganisation" (124) eröffnet.

Die neuen Formen der Disziplin und Arbeitsorganisation, von denen Lenin spricht, bilden die grundlegende Basis kommunistischer Produktionsverhältnisse, die eine Revolutionierung des Arbeitsprozesses selbst einleiten.

121 ebd., S. 417
122 ebd., S. 419 f.
123 ebd., S. 421 f.
124 ebd., S. 412

Eine solche Revolutionierung zielt darauf ab, die Trennung zwischen Leitungs- und Ausführungsaufgaben aufzuheben, die *besondere Arbeit in allgemeine Arbeit umzuwandeln* und die Lohnarbeit absterben zu lassen, eine "*wesentliche* und durch das kapitalistische Produktionsverhältnis selbst stets von neuem produzierte *Form* der Vermittlung desselben" (125).

Ungefähr acht Monate nach der Veröffentlichung der Broschüre über *Die große Initiative* kommt Lenin in seiner Schrift *Von der Zerstörung einer jahrhundertealten Ordnung zur Schaffung einer neuen* (126) auf das Thema der kommunistischen Arbeit zurück. Hier entwickelt Lenin folgenden Gedanken:

> "Deshalb kann und muß die Frage der kommunistischen Arbeit konkret gestellt werden – übrigens, richtiger wäre es, nicht der kommunistischen, sondern der sozialistischen Arbeit zu sagen, denn wir haben es nicht mit der höheren, sondern mit der niederen, der ersten Entwicklungsstufe der neuen Gesellschaftsordnung zu tun, die aus dem Kapitalismus hervorwächst. Kommunistische Arbeit im engeren und genauen Sinne des Wortes ist unbezahlte Arbeit zum Nutzen der Gesellschaft, die man leistet, nicht um eine bestimmte Dienstpflicht zu erfüllen, nicht um Anspruch auf bestimmte Produkte zu erhalten, Arbeit, die nicht nach vorher festgelegten, gesetzlichen Normen geleistet wird, sondern freiwillige Arbeit, Arbeit ohne Norm, Arbeit, die geleistet wird, ohne auf Entlohnung zu rechnen, ohne die Bedingung der Entlohnung, aus der

125 Marx, *Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses,* Frankfurt/M. 1969, S. 88 (es handelt sich bei diesem Text um das ursprünglich nicht veröffentlichte letzte (= 6.) Kapitel des 1. Bandes des *Kapitals*). In den *Grundrissen der Kritik der Politischen Ökonomie* betont Marx, daß "die Notwendigkeit, das Produkt oder die Tätigkeit der Individuen erst in die Form des Tauschwerts (...) zu verwandeln (...) zweierlei beweist: 1) daß die Individuen nur noch für die Gesellschaft und in der Gesellschaft produzieren; 2) daß ihre Produktion nicht *unmittelbar* gesellschaftlich ist, nicht the offspring of association (Ergebnis der Gemeinschaft), die die Arbeit unter sich verteilt. Die Individuen sind unter die gesellschaftliche Produktion subsumiert, die als ein Verhängnis außer ihnen existiert; aber die gesellschaftliche Produktion ist nicht unter die Individuen subsumiert, die sie als ihr gemeinsames Vermögen handhaben".

Daher die Bemerkung: "Es kann also nichts falscher und abgeschmackter sein, als auf der Grundlage des *Tauschwerts,* des *Geldes,* die Kontrolle der vereinigten Individuen über ihre Gesamtproduktion vorauszusetzen, wie es oben mit der Stundenzettelbank geschah" (und, so kann man heute hinzufügen, wie es in der gegenwärtigen sowjetischen Wirtschaftspraxis geschieht). (Karl Marx, Grundrisse, Frankfurt/M. – Wien, o.J., S. 76) Einige Seiten später präzisiert Marx noch einmal, daß allein mit der gemeinschaftlichen Produktion, wenn "die Gemeinschaftlichkeit Grundlage der Produktion (ist)", die Arbeit "*allgemeine* Arbeit und nicht besondre Arbeit" ist, so daß, was der Einzelne "mit seiner Arbeit gekauft hat, nicht ein bestimmtes besondres Produkt (ist), sondern ein Anteil an der gemeinschaftlichen Produktion". (ebd., S. 88)

Eben diesen Typ von Verhältnissen bringen die "Kommunistischen Samstage" hervor.

126 LW 30, S. 509 ff.

Gewohnheit, für das Gemeinwohl zu arbeiten, und aus der (zur Gewohnheit gewordenen) Erkenntnis von der Notwendigkeit der Arbeit für das Gemeinwohl (...)." (127)

Auch hier kommt Lenin auf die enge Beziehung zurück, die den Aufschwung der kommunistischen Arbeit mit der Entwicklung neuer gesellschaftlicher Verhältnisse verbindet. Er hebt hervor, daß ein solcher Aufschwung ein langandauerndes Werk ist, das Jahrzehnte erfordert. Denn es ist ein Werk, das an eine ideologische Massenrevolution gebunden ist; sie führt zu einer Arbeit, die ohne Erwartung einer besonderen Entlohnung verrichtet wird.

Einige Tage nach der Veröffentlichung der oben zitierten Schrift, am 1. Mai 1920, erklärt Lenin, daß mit dem Sieg über den weißen Aufstand und die ausländische Intervention "das Feld frei (wird) für den wirklichen Aufbau des Sozialismus, für die Schaffung neuer gesellschaftlicher Beziehungen, einer neuen Disziplin gemeinsamer Arbeit, einer neuen welthistorischen Ordnung der ganzen Volkswirtschaft (und dann auch der Weltwirtschaft)" (128). Er fügt hinzu: Um dieses Feld freizumachen, muß man "die alten wirtschaftlichen Verhältnisse" niederreißen, was auch heißt, die Arbeitsgewohnheiten und Sitten umwandeln, "zu allen Opfern bereit" sein und jene Gewohnheit ausmerzen, die "die Arbeit nur für eine Fron und nur dann für rechtmäßig (hält), wenn sie nach einer bestimmten Norm bezahlt wird" (129).

c) "Kriegskommunismus" und kommunistische Arbeit

Lenin hat der kommunistischen Arbeit nur wenige Schriften gewidmet, aber die meisten von ihnen haben große theoretische Bedeutung. Das gilt auch für seine Bestimmung des Verhältnisses zwischen der *Veränderung der Gewohnheiten* und dem *Aufbau neuer ökonomischer Verhältnisse.* Keineswegs also erwartet Lenin hier eine Veränderung der ökonomischen Verhältnisse durch den Druck der Entwicklung der Produktivkräfte.

Das gilt auch für Lenins Anmerkungen, in denen er den Gedanken entwickelt, daß die wirklich "schöpferische Aufgabe", die dem revolutionären Sturz der Ausbeuter folgt, in der Schaffung "neuer ökonomischer Verhältnisse" bestehe (130).

Unter den wenigen Schriften, die diese Frage behandeln, muß man ebenfalls das *Referat über die Naturalsteuer* erwähnen, das Lenin in der Versammlung der Sekretäre und verantwortlichen Vertreter der Zellen der KPR(B) der Stadt und des Gouvernements Moskau am 9. April 1921 hält. Dieses Referat ist von besonderer Bedeutung, weil es aus der Zeit nach dem

127 ebd., S. 509 f.
128 *Vom ersten Subbotnik an der Moskau-Kasaner Eisenbahn zum Gesamtrussischen Subbotnik am 1. Mai,* in: LW 31, S. 111 ff.; Zitat S. 111 f.
129 ebd., S. 112 f.
130 vgl. *Unsere außen- und innenpolitische Lage und die Aufgaben unsrer Partei,* in: LW 31, S. 412

"Kriegskommunismus" stammt. Lenin schlägt darin eine allgemeinere Definition der *sozialistischen ökonomischen Verhältnisse* vor, wenn er schreibt:

"Wir dürfen auf keinen Fall vergessen, was wir oft beobachten: die sozialistische Einstellung der Arbeiter in den dem Staat gehörenden Betrieben, wo die Arbeiter selbst Brennmaterial, Rohstoffe und Produkte herbeischaffen, oder wo die Arbeiter bemüht sind, die Industrieerzeugnisse richtig unter der Bauernschaft zu verteilen und sie selber hinbefördern. Das ist Sozialismus." (131)

Aus verschiedenen Gründen verschwinden jedoch allmählich die neuen Verhältnisse, die zwischen 1918 und 1921 auf Initiative der Massen entstanden waren. Solche Gründe sind die Entwicklung des administrativen Zentralismus, die Vermehrung der staatlichen Reglementierungen und Zwangsmaßnahmen (die für Initiativen der Basis ungünstig sind) sowie das Eindringen "bürgerlicher Spezialisten" in den Staatsapparat und die daraus resultierende "Bürokratisierung". Eine Auswirkung der Bürokratisierung ist das Aufkommen "kommunistischer Samstage", die nur noch dem Namen nach "kommunistisch" sind, denn sie wurden zur Pflicht gemacht. Eine solche Praxis (die sogar indirekt durch gewisse Formulierungen der Resolution des IX. Parteitags über die "aktuellen Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus" (132) unterstützt wird) droht die Keime des Neuen, das die kommunistischen Samstage enthielten, zu zerstören. Eine derartige Praxis ist Ausdruck des Widerspruchs zwischen zwei Arten von Disziplin: die in den kommunistischen Samstagen verwirklichte kollektive Selbstdisziplin und die aufgezwungene Disziplin, verknüpft mit der Errichtung und Entwicklung eines zentralisierten Apparats, der zu Zwangsmaßnahmen gegenüber den Massen greift.

Dennoch können die "Auswüchse" der Zentralisierung und Reglementierung allein das Absterben der kommunistischen Arbeit (133) nach 1920/21 nicht erklären. In Wirklichkeit stirbt die kommunistische Arbeit nach Beendigung der Periode äußerst scharfer Klassenkämpfe des Bürgerkriegs ab aufgrund des sehr beschränkten Charakters der Veränderung der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse. Diese Beschränkung ergibt sich notwendig aus der *Phase, in der sich die russische Revolution zu diesem Zeitpunkt befindet.*

In der Industrie wurde die kapitalistische Arbeitsteilung nicht erschüttert (was in dem Übergangsstadium, in dem sich die Diktatur des Proletariats zu diesem Zeitpunkt befindet, auch gar nicht möglich wäre). Daher trägt die kommunistische Arbeit nur "marginalen Charakter". Sie erscheint im

131 vgl. LW 32, S. 305
132 vgl. insbesondere Lenin, *Sämtliche Werke,* Bd. 25, Wien und Berlin 1930, S. 670
133 Gewiß, selbst heute gibt es noch "kommunistische Samstage" in der Sowjetunion, aber sie haben nicht mehr das geringste mit den kommunistischen Samstagen zu tun, die auf der Initiative der Massen beruhen. Es handelt sich vielmehr um einen ritualisierten Zwang, der die Auspressung zusätzlicher Arbeit von den Werktätigen ermöglicht.

wesentlichen außerhalb des industriellen Produktionsprozesses. Entsprechend ist auch das System bürgerlicher ideologischer Verhältnisse nur sehr partiell erschüttert. Auf dem Land kam man nicht über die Etappe der demokratischen Revolution hinaus, und diese ist weder ein guter Nährboden für die Entwicklung sozialistischer Verhältnisse noch für die Entwicklung kommunistischer Arbeit.

Es bestehen also objektive Bedingungen für die engen Grenzen, in denen sich einige schwache Ansätze kommunistischer Arbeit entwickeln können. Die Ausweitung und selbst die Konsolidierung dieser "Inseln" hätten eine umfangreiche Umwälzung der Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse vorausgesetzt, sowohl in den Städten als auch auf dem Land. Aber zu Beginn der NEP steht eine solche Umwälzung nicht auf der Tagesordnung.

KAPITEL III

Die Umwälzung der Klassenverhältnisse auf dem Land

Auch die Umwälzung der Klassenverhältnisse auf dem Land im Lauf der Jahre 1917 bis 1923 ist das Resultat eines revolutionären Prozesses; aber dieser Prozeß hat grundsätzlich einen demokratischen Charakter. Er ist das Resultat des Bündnisses zwischen Proletariat und Bauernschaft. Seine Triebfeder sind die Aktionen der Bauernmassen, Aktionen, die durch die Diktatur des Proletariats abgesichert und gefestigt sind, die die demokratische Revolution auf dem Land unterstützt.

Eine der ersten und wichtigsten Maßnahmen der Sowjetmacht gleich nach ihrer Errichtung ist das "Dekret über den Grund und Boden" (das am 26. Oktober 1917 durch den II. Sowjetkongreß Rußlands ratifiziert wurde). Dieses Dekret schafft jeden privaten Grundbesitz ab: die Ländereien der Grundbesitzer, des Staats und der Kirche werden den Distriktkomitees und den Bauernsowjets zur Verfügung gestellt. Mit diesem Dekret zeigt die Sowjetregierung konkret, daß sie die Regierung der Arbeiter und Bauern ist. Der Sowjetstaat zeigt so mit großer Klarheit, daß er im Gegensatz zum vorherigen Staat nicht die Interessen der Grundbesitzer und der Bourgeoisie schützt, sondern daß er sie enteignet. Mehr noch: die Sowjetmacht ermuntert die Bauern, den Mut zu fassen, das Land *selbst* zu nehmen und sich zu *organisieren,* um die Nutzungsbedingungen zu regeln.

Die Tragweite des Dekrets der Oktoberrevolution ist also unermeßlich. Indem es durch die Praxis bestätigt, daß die neue Macht nicht die der Ausbeuterklassen ist, trägt es dazu bei, jene noch schwankenden Schichten der Bauernschaft ins revolutionäre Lager zu ziehen, für die das Landproblem (ebenso wie das Problem des Friedens, zu dessen sofortigem Abschluß sich die Sowjetregierung bereit erklärt) schlechthin eine Lebensfrage ist. Die proletarische Revolution in den Städten sichert so der revolutionären Bauernbewegung eine neue Entwicklung.

Der Inhalt selbst des "Dekrets über den Grund und Boden" und die Anwendungsbestimmungen, die es begleiten und ihm folgen, entsprechen nicht dem früheren Programm der bolschewistischen Partei. Es stimmt fast völlig mit einem ersten Entwurf eines Dekrets überein, der im August 1917 vom Gesamtrussischen Bauernkongreß ausgearbeitet worden war. Dieser Kongreß wurde weitgehend von den Sozialrevolutionären beherrscht.

Zahlreiche Bolschewiki protestieren gegen die Annahme dieser Bestimmungen durch die Partei; hatte sie doch vorher den nicht-sozialistischen, bürgerlich-demokratischen Charakter der Bestimmungen angeprangert, weil die Bestimmungen nur die Vervielfachung der Kleinbetriebe begünstigen, anstatt die private Nutzung des Bodens abzuschaffen und die Entwicklung großer, sozialistischer Produktionseinheiten zu fördern. Lenin antwortet

ihnen, daß diese Bestimmungen "Ausdruck des unbedingten Willens der gewaltigen Mehrheit der aufgeklärten Bauern" ganz Rußlands seien (134).

Einer der bemerkenswertesten Aspekte des Oktoberdekrets – und in kaum geringerem Maß des am 19. Februar 1918 veröffentlichten Gesetzes, das als Gesetz "zur Vergesellschaftung des Bodens" (135) bezeichnet wurde – ist der Umstand, daß es den Bauern keine strikten Regeln der Landzuteilung von oben vorschreiben möchte. Die bolschewistische Partei begünstigt selbstverständlich die Formen kollektiver Bewirtschaftung des Bodens; aber sie möchte, daß die Bauern sie aufgrund ihrer eigenen Erfahrung akzeptieren. Auch hier verlangt Lenin nochmals von der bolschewistischen Partei, *den Bauern zu vertrauen.* In seiner Rede auf dem II. Gesamtrussischen Sowjetkongreß erklärt er zum Beispiel:

> "Wenn die Bauern das Dekret in der Praxis anwenden und an Ort und Stelle durchführen, so werden sie in der lebendigen Wirklichkeit selbst erkennen, wo die Wahrheit liegt (...). Das Leben ist der beste Lehrmeister, es wird zeigen, wer recht hat; mögen die Bauern an die Lösung dieser Frage von dem einen Ende herangehen und wir von dem anderen. Das Leben wird es mit sich bringen, daß wir in dem allgemeinen Strom der revolutionären schöpferischen Arbeit, bei der Ausarbeitung der neuen Staatsformen einander näherkommen. Wir müssen mit dem Leben Schritt halten, wir müssen der schöpferischen Kraft der Volksmassen volle Freiheit gewähren." (136)

Die von der Sowjetmacht Ende 1917/Anfang 1918 gefaßten Beschlüsse sind also etwas ganz anderes als einfache "Gesetzestexte". Es sind Aufrufe an die Massen. Sie vertrauen auf die Erfahrung und auf die geduldige Arbeit der Bolschewiki, die den Bauern helfen sollen, herauszufinden, welche gesellschaftliche Organisationsform für sie am besten ist. Die Beschlüsse eröffnen den Weg zu mehr als einer einfachen Eigentumsübertragung, nämlich zu einem Umbruch der Produktionsverhältnisse. Stellt man die objektiven und subjektiven Bedingungen in Rechnung, so ist es die Massenbewegung, die jene neuen Produktionsverhältnisse bestimmt, die aus den Klassenkämpfen auf dem Land hervorgehen. Da diese neuen Verhältnisse auf der Zerstörung der alten aufbauen, kann man den Charakter des revolutionären Prozesses, der sich in Rußland auf dem Land abspielt, nur dann erfassen, wenn man die konkreten Bedingungen der Kämpfe und der besonderen Umstände der früher herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse berücksichtigt; diese werden im übrigen im Lauf der Jahre 1917 bis 1922 nur teilweise zerstört.

134 vgl. dazu den Bericht Lenins über die Bodenfrage vom 26. Oktober 1917, in: LW 26, S. 248 ff., ebd., S. 252

135 Die Sozialrevolutionäre waren ebenfalls Anhänger der Nationalisierung des Bodens, die Lenin bis zur Errichtung der Diktatur des Proletariats nur als das "letzte Wort" der bürgerlichen Revolution betrachtete.

136 vgl. ebd.

137 Der *Semstwo* war eine Orts- oder Gouvernementsverwaltung des alten Rußland. An seiner Spitze stand eine vom Adel und den besitzenden Klassen des zaristischen Rußlands gewählte Versammlung. Die landwirtschaftlichen Statistiken des alten Rußlands wurden von den *Semstwo*beamten ausgearbeitet.

1. Die Eigenart der alten gesellschaftlichen Verhältnisse auf dem Land in Rußland

Die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Klassenverhältnisse, die am Vorabend der Revolution auf dem Land in Rußland bestehen, sind von äußerster Komplexität und überdies nur wenig bekannt. Wesentliche Bereiche, die eine gewisse Kenntnisnahme der bäuerlichen Wirklichkeit des vorrevolutionären Rußland erlauben, sind von bürgerlichen Spezialisten "dokumentiert", von Statistikern der *Semstwos* (137) und von Agrarökonomen. Die einen wie die anderen beschreiben jenen Teil der bäuerlichen Wirklichkeit, mit dem sie durch ihre Klassenpraxis in Beziehung stehen; sie beschreiben sie in den Ausdrücken ihrer eigenen Ideologie. Daher die große Schwierigkeit für die Bolschewiki, die von diesen Spezialisten stammenden "Kenntnisse" in Begriffe der Produktionsverhältnisse zu übersetzen.

Lenin ist mit Sicherheit derjenige bolschewistische Führer, der am systematischsten dieses vorliegende Material ausgewertet hat. So gelingt es ihm, die Bedeutung der Tendenzen zur Entwicklung des Kapitalismus auf dem Land im zaristischen Rußland in bemerkenswerter Weise kenntlich zu machen. Er widmet sich der Analyse dieser Probleme von seinen ersten Schriften an, so zum Beispiel in *Neue wirtschaftliche Vorgänge im bäuerlichen Leben,* in *Zur sogenannten Frage der Märkte* (138) usw. Lenin widmet dieser Frage eines seiner ökonomischen Hauptwerke, *Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland,* und er kommt darauf in seinen zahlreichen Polemiken gegen die Volkstümler und die Sozialrevolutionäre zurück.

Lenin zeigt, daß die Komplexität der auf dem Land in Rußland bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und die Vielzahl der Formen, unter denen die kapitalistische Entwicklung am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts sich vollzieht, aus der Existenz einer dynamischen Schicht kapitalistischer Bauern resultieren, die die alten Dorfgemeinschaften verlassen haben. Sie resultieren ferner aus der Umwandlung verschiedener Großgrundbesitzer in kapitalistische Unternehmer. Lenin zeigt ebenfalls, wie *selbst innerhalb der bäuerlichen Gemeinschaften* der Kapitalismus Gestalt annimmt.

Das Bestehen der bäuerlichen Gemeinschaft, des *Mir,* stellt eine der Besonderheiten des ländlichen Rußland dar und war ständig Gegenstand zahlreicher Illusionen und Diskussionen.

Der *Mir* ist eine Gemeinschaft, die auf der Ebene des Dorfs funktioniert. Er hat die bäuerlichen Ländereien (139) in der Hand und verteilt sie unter

138 vgl. LW 1 (S. 1–118), S. 65 ff.

139 Allgemein wird angenommen, daß zu Beginn des Jahrhunderts diese Ländereien ungefähr die Hälfte des bebauten Bodens ausmachten. Der Rest entsprach dem Land der Großgrundbesitzer, der Bauern, die den *Mir* verlassen hatten, dem "Kolonisierungsland" (das hauptsächlich in den seit einem Jahrhundert vom zaristischen Rußland eroberten Gebieten lag), sowie den Ländereien des Staats, der Krone und der kirchlichen Institutionen.

seine Mitglieder nach verschiedenen Kriterien, die eine gewisse "Gleichheit" unter den verschiedenen Bauernfamilien aufrechterhalten sollen. Vom letzten Viertel des 19. Jahrhunderts an sind Verteilungen im Abstand von weniger als zwölf Jahren gesetzlich verboten.

Die Verteilungseinheit ist die Familie. Die Fläche, die jede Familie erhält, ist im Prinzip ein bestimmter Bruchteil an Grund und Boden des Dorfs, zu dem diese Familie gehört (Wälder und Weiden nicht gerechnet, die den Gemeindegrund bilden, der nicht aufgeteilt wird). Dieser Bruchteil wird gemäß der "Zahl" der Familienmitglieder errechnet. Aber diese "Zahl" entspricht je nach dem Dorf entweder den "Mündern", die die Familie zu ernähren hat, oder der Zahl der arbeitsfähigen Personen; und sie kann auch gemäß den Produktionsmitteln errechnet werden, über die die Familie verfügt, insbesondere gemäß der Zahl der Zugtiere, die sie besitzt. Die damals vorgenommenen Untersuchungen zeigen, daß sehr oft die reichen Familien (die im allgemeinen am größten sind, vor allem, weil sie Adoption praktizieren) bei der Landverteilung am meisten begünstigt sind. Im übrigen sind die armen Familien (diejenigen, die nur über ungenügende Arbeitsinstrumente verfügen) in zahlreichen Fällen gezwungen, die ihnen zugeteilten Ländereien zu verpachten. Ihre Familienmitglieder müssen sich als Lohnarbeiter verdingen. Daher beherrscht eine kleine Zahl reicher Familien das Dorf.

Die Ungleichheiten, die sich so entwickeln, beruhen darauf, daß hinter der "gemeinschaftlichen" Fassade des *Mir* die grundlegende Realität steht, nämlich die *parzellierte Arbeit,* der *individuelle* Ackerbau, die *individuelle* Viehzucht (das *Privateigentum* an den Arbeitsinstrumenten, insbesondere der Zugtiere). Wie Marx bereits 1881 bemerkt, zersetzt sich der *Mir* von innen her; denn "das Wesentliche ist die parzellierte Arbeit als Quelle der privaten Aneignung", die "der Akkumulation beweglicher Güter Raum (läßt)" (140), d.h. zu einer *gesellschaftlichen Differenzierung* führt. Diese wirkt sich notwendigerweise auf das Funktionieren der Bauernversammlung aus, die die "gemeinsamen Angelegenheiten" und die Neuverteilung der Ländereien regelt. Nach und nach wird der *Mir,* der ursprünglich "egalitär" war, zu einem Instrument der Konsolidierung und der Reproduktion der ökonomischen und gesellschaftlichen Ungleichheiten. Am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts wird diese Entwicklung begünstigt durch die Grundbesitzer, denen der *Mir* praktisch untergeordnet ist, und durch die allgemeine Entwicklung des Kapitalismus.

Die Volkstümler und die Sozialrevolutionäre versuchen diese Entwicklung zu leugnen, indem sie in einseitiger Weise das Vorwort zur russischen Ausgabe von 1882 des *Kommunistischen Manifests* auslegen, in dem Marx und Engels (141) schreiben:

140 Marx, *Entwürfe einer Antwort auf den Brief von V.I. Sassulitsch, 3. Entwurf* (März 1881), in: MEW 19, S. 404

141 MEW 19, S. 296. Die wichtigsten dieser Schriften sind zuerst zwei 1875 von F. Engels für den *Volksstaat* am 16. und 21. April geschriebene Artikel. Diese Artikel, mit deren Inhalt Marx einverstanden war, wurden zusammen mit einigen anderen Artikeln unter dem Titel *Soziales in Rußland* mit einem umfangreichen Vorwort herausgegeben. Das Ganze wurde in russischer Sprache 1894 in Genf unter dem Titel *Friedrich Engels o Russji* (Friedrich Engels über Rußland) mit einem Nachwort von Engels und einem Vorwort von Plechanow herausgegeben. Dann der Briefwechsel von Marx mit Vera Sassulitsch. Das Hauptstück dieses Briefwechsels ist ein Brief von März/April 1881, von dem es vier Entwürfe gibt. Der letzte dieser Entwürfe stimmt praktisch mit dem schließlich abgeschickten Brief überein. Zur gleichen Zeit verfaßte Marx nichtveröffentlichte Notizen, die als *Notizen zur Reform von 1861 und der damit verbundenen Entwicklung in Rußland* bekannt sind. Man findet die Schriften von Engels in MEW 18, S. 556–567 und S. 584–586 sowie in MEW 22, S. 421–435; die Schriften von Marx in MEW 19, S. 242 f., S. 384–406 und S. 407–424.

"Wird die russische Revolution das Signal einer proletarischen Revolution im Westen, so daß beide einander ergänzen, so kann das jetzige russische Gemeineigentum am Boden zum Ausgangspunkt einer kommunistischen Entwicklung dienen."

Hier findet man übrigens das wieder, was Marx bereits ein Jahr früher in einem Brief an Vera Sassulitsch gesagt hatte. Marx betont jedoch in diesem Brief den Umfang der inneren Kräfte der *Zersetzung des Mir, ebenso wie die Kräfte, die ihn von außen angreifen.* Marx sieht bereits 1881, daß "die 'Dorfgemeinde' schon bis an den Rand des Untergangs gebracht" ist (142).

Dreizehn Jahre später, 1894, bemerkt Engels, daß im Lauf der vergangenen Jahre "sowohl der Kapitalismus wie die Auflösung der Bauerngemeinde in Rußland enorme Fortschritte gemacht" haben (143).

Indem Lenin die Auswirkungen der Entwicklung des Kapitalismus in Rußland aufzeigt, führt er durch eine konkrete Untersuchung die Bemerkungen von Marx und Engels weiter. Gleichzeitig warnt er (zum Beispiel in dem 1905 geschriebenen Artikel *Von der Volkstümlerrichtung zum Marxismus*) vor den Illusionen der Volkstümler, die glauben, den alten bäuerlichen Gemeinschaften wieder Kraft geben zu können, indem sie verschiedene "Reformen" befürworten. Lenin schreibt:

> "Die aus 'bürgerlichen Eigentümern' (die zugleich Werktätige sind) bestehende Bauernschaft hat sich ja bereits die sozialistischen Phrasen der volkstümlerischen, demokratischen Intelligenz nutzbar gemacht, die mit ihren Artels und Genossenschaften, ... mit Semstwolagern und Banken die 'Traditionen und Lebensformen der werktätigen Bauern' zu unterstützen wähnte, während sie in Wirklichkeit die Entwicklung des Kapitalismus innerhalb der Dorfgemeinde unterstützte." (144)

Die zahlreichen, von Lenin zitierten Statistiken zeigen die Entwicklung des Kapitalismus auf dem Land. Es ist vielleicht zweckmäßig, weitere Statistiken von Autoren anzuführen, die "beweisen" wollen, daß der *Mir wirklich* als ein Instrument der "Gleichmachung" funktionierte, die jedoch nur das Gegenteil beweisen. Das ist der Fall mit den Statistiken T. Shanins, die zeigen, daß im Gouvernement Kaluga im Jahre 1894 die Fläche *pro*

142 Brief an Vera Sassulitsch, MEW 19, S. 394

143 MEW 22, S. 432

144 LW 8, S. 73 f.

Kopf im Verhältnis von 1 zu 26 variierte (oder im Verhältnis von 1 zu 3, wenn man die Kategorie der landlosen Bauern nicht einbezieht). Das zeigt, daß es die mitgliederreichsten Haushalte sind – die der *reichen Bauern* (die bekanntlich durch die Adoptionspraxis vergrößert wurden) – die über das *meiste Land pro Kopf* verfügen (145).

Obwohl die Statistiken über die "Geschichte der Familien" im allgemeinen auch angelegt wurden, um zu beweisen, daß diese eine "zyklische Entwicklung in ihrer Größenordnung" durchmachen (infolge der Neuverteilung der Ländereien unter die Familien), zeigen sie, daß das tatsächlich nicht stimmt. So zeigt eine dieser Statistiken, daß nach 30 Jahren (zwischen 1882 und 1911) 75% der Haushalte, die ursprünglich weniger als 6 Deßjatinen besaßen, sich noch in der gleichen Kategorie befinden, und daß das gleiche für die zwei Fünftel jener Familien gilt, die mehr als 9 Deßjatinen besaßen (146).

Die Analyse der gesellschaftlichen Differenzierung im russischen Dorf macht klar, daß der *Mir* kein wirkliches Hindernis für die Entwicklung des Kapitalismus darstellt. Seine Existenz wirft jedoch eine Anzahl von Problemen auf. Denn er *sichert die Reproduktion spezifischer gesellschaftlicher Verhältnisse,* denen man Rechnung tragen muß, um jene Formen zu erfassen, die der Klassenkampf auf dem Land vor und nach der Oktoberrevolution in Rußland annehmen konnte. Obwohl der *Mir* stark von inneren Widersprüchen ausgehöhlt war, besteht er tatsächlich noch zum Zeitpunkt der Revolution von 1917. Auch danach hat er nicht zu unterschätzende Auswirkungen auf die Art und Weise, wie sich die Revolution auf dem Land entwickelt, und auf das spätere Funktionieren der NEP.

Der *Mir* bildet einen politischen und ideologischen Apparat, der der Bauernschaft die Möglichkeit gibt, relativ "autonom" zu handeln. Da es auf dem Land keine starke Präsenz der bolschewistischen Partei gibt, ermöglicht diese relative "Autonomie" nach dem Oktober 1917 den reichen Elementen des Dorfs, die armen und die Mittelbauern leichter zu beherrschen. Man darf in der Tat nicht vergessen, daß gegen Ende des Jahrs 1917 die bolschewistische Partei nur 203 bäuerliche Zellen mit 4.122 Mitgliedern und 1918 2.304 Zellen mit nur 14.792 Mitgliedern hat. Selbst zu diesem Zeitpunkt ist die Zahl der "bäuerlichen" Zellen also unendlich gering und ihr Mitgliederbestand (der in breitem Maß durch ländliche Beamte wie die Lehrer gebildet wird) macht kaum 5% der gesamten Mitgliedschaft der Partei aus.

Die Auswirkungen der Existenz des *Mir* und die besonderen Umstände der ihm entsprechenden gesellschaftlichen Verhältnisse müssen umso mehr Aufmerksamkeit finden, als die Illusion, der *Mir* sei eine spezifische "Produk-

145 vgl. T. Shanin, *The Awkward Class* (Die häßliche Klasse), Oxford 1972, S. 64; zit. von M. Grumbach in einer Dissertation der E.P.H.E. *Contribution à l'étude du developpement du capitalisme en Russie* (Zum Studium der Entwicklung des Kapitalismus in Rußland), S. 42

146 vgl. A. Chayanov, *The Theory of Peasant Economy* (Die Theorie der bäuerlichen Wirtschaft), Homewood 1966, S. 67. Diese Statistiken wurden in einem Distrikt (Ouezd) erstellt. Eine Deßjatine = 1,0925 Hektar.

tionsweise" und ein Instrument gesellschaftlicher "Gleichmachung", weiterhin verbreitet wird. Man muß kurz folgende Punkte hervorheben:

1. Der *Mir entspricht nicht einer Produktionsweise* (einer bestimmten Art und Weise *zu produzieren*): er ist ein *politischer Apparat* der Neuverteilung des Landes, der *nicht einen kollektiven, sondern einen individuellen Anbau* sichert. Folglich macht jeder Produzent mit seiner Produktion "was er will"; insbesondere kann er seine Produkte *verkaufen* und "frei" *akkumulieren.* Zwar erlegt der *Mir* seinen Mitgliedern gewisse Regeln auf, was aber nichts mit kollektivem Anbau zu tun hat, weil diese Regeln den *individuellen Anbau* der verschiedenen Parzellen *erleichtern sollen.* Der einzige "Überrest" einer alten gemeinschaftlichen Produktionsweise sind einige Praktiken gegenseitiger nachbarlicher Hilfe. Diese sind jedoch begrenzt. Die Entwicklung des Austauschs führt auch oft dazu, die geleisteten Dienste *bezahlen zu lassen.*

2. Als politischer Apparat ist der *Mir* selbstverständlich nicht "neutral". Er ist das Feld von Klassenauseinandersetzungen und er ist den Auswirkungen jener Klassenkämpfe ausgesetzt, die sich im gesamtgesellschaftlichen Maßstab abspielen. Im allgemeinen wird der *Mir* von den wohlhabendsten Bauern beherrscht (die oft als Dorfvorsteher oder als Mitglieder der ständigen Verwaltungsorgane gewählt werden), die diese Vormachtstellung ausnutzen, um ihre privilegierte Situation zu verewigen. Das ist auch hinsichtlich der Neuverteilung der Ländereien spürbar, trotz der "egalitären Grundsätze", die sie angeblich leiten sollen. Die *relativ begrenzten* Auswirkungen der Landaufteilung zwischen 1917 und 1922 scheinen zu bestätigen, daß sich die Herrschaft der wohlhabendsten Bauern über den *Mir selbst* in diesen Jahren des scharfen Klassenkampfs erhalten hat.

3. *Mir* und *Schod* (Generalversammlung der Bauern) treten dennoch in der *Form einer Dorfgemeinschaft* auf, die dahin tendiert, jedes Dorf zu einer *kleinen isolierten Welt* zu machen, die von anderen getrennt ist und die eigene Befugnisse hat. Die historische Erfahrung zeigt, daß diese Form einen "Dorfpatriotismus" (einen lokalen Egoismus) nährt, dessen Gegenstück eine tiefe Gleichgültigkeit gegenüber dem ist, was sich außerhalb des Dorfs abspielt. Historisch ist der *Mir* der Boden gewesen, auf dem sich die *zaristische Autokratie* entwickelt hat. Der Zarismus war das Instrument der wesentlich formalen "Vereinigung" der Dorfgemeinschaften. Indem der Zarismus deren "militärische Verteidigung" sicherte, stellte er eine äußerliche Verbindung zwischen ihnen her, die es ihm erlaubte, sie zu *unterwerfen.* Es ist übrigens bezeichnend, daß die Mehrzahl der Bauernaufstände gegen die Grundbesitzer und nicht gegen den Zaren gerichtet war. Bis zur imperialistischen Epoche *erschien* der Zar den Bauern als eine "Zuflucht" vor den Grundbesitzern. Waren sie in die Armee eingezogen worden, so glaubten die Bauern, nicht "für Rußland" zu kämpfen, sondern "für den Zaren". Der *Mir,* der auf die *Familie* als *Produktionseinheit* ausgerichtet ist, trägt zur Verstärkung des "kleinbürgerlichen Individualismus" bei. Dieser Individualismus, in Verbindung mit dem durch die Funktionsweise des *Mir* hervorgerufenen lokalen

Egoismus, erklärt die relative Gleichgültigkeit, die die Bauern während des "Kriegskommunismus" gegenüber den erdrückenden Schwierigkeiten der Städte zeigten, die ohne Nahrungsmittel waren.

4. Während bedeutende Ungleichheiten sich auf erweiterter Stufenleiter durch die egalitären *Formen* (die ja übrigens praktisch nur den Grund und Boden betreffen) hindurch reproduzieren, tragen diese Formen nichtsdestoweniger dazu bei, auf ideologischer Ebene einen kleinbürgerlichen Egalitarismus und Individualismus zu verstärken. Beide nehmen auf *Kosten der Interessen der Bauern* außerordentliche Ausmaße an. Das führt insbesondere zu einer "Miniparzellierung" (damit jeder Bauer ein Eckchen Land *jeder Qualitätsstufe* hat). Diese Parzellierung zwingt etliche Bauern dazu, gewaltige Strecken zurückzulegen und bringt den Verlust bedeutender Flächen für den Anbau mit sich. Sie trägt auch dazu bei, während Jahrhunderten (und sogar nach der Revolution) die Anbaumethoden erstarren zu lassen. Sie ist so eine der Quellen der niedrigen Erträge und der Hungersnöte, die die Bauernschaft treffen.

Man kann nicht ganz ausschließen, daß der *Mir* – hätte die bolschewistische Partei in größerem Maß auf dem Land gearbeitet und hätte sie die gemeinschaftlichen Traditionen im *Mir* auszunützen verstanden – der Ausgangspunkt einer kollektiven Landwirtschaft hätte sein können. Aber wenn schon Ende des 19. Jahrhunderts Marx und Engels Grund haben, hier Zweifel anzumelden, so gibt es noch mehr Gründe, daran zu zweifeln, eine solche Hypothese sei während der Oktoberrevolution sinnvoll gewesen: der *Mir* war inzwischen einem noch größeren Zerfall ausgesetzt gewesen; er hatte sich zu einer Form entwickelt, die eine Wirklichkeit verschleierte, die ganz anders war als ihre Erscheinungsform.

2. Die demokratische Agrarrevolution und die Hoffnung auf eine sozialistische Agrarrevolution

Das "Dekret über den Grund und Boden" und die späteren Veröffentlichungen der Sowjetmacht gaben einen zusätzlichen Anstoß für die Bewegung, die die Bauern aus sich selber heraus schon während des Jahrs 1917 unternommen hatten, um sich der Ländereien der Grundbesitzer zu bemächtigen.

a) Die demokratische Agrarrevolution vom Winter 1917/18

Im Lauf des Winters 1917/18 und in den folgenden Monaten eignen sich die Bauern – die nun von der Sowjetmacht unterstützt werden – den größten Teil (147) der Ländereien der Grundbesitzer, des Staats und der Kirche wieder an (dies geschieht im wesentlichen im Rahmen des *Mir*). Die

147 Ein anderer Teil dieser Ländereien bildet praktisch einen "Staatsfonds", der als Grundlage für "Sowjetfarmen" (oder Staatsfarmen) dienen soll.

auf diese Weise wiederangeeigneten Ländereien stellen eine bedeutende Fläche dar, denn die Großgrundbesitzer verfügten 1916 über 40% der gesamten als bebaubar angesehenen Fläche Rußlands (148).

Gleichzeitig ziehen die Bauern auch (im allgemeinen im Rahmen des *Mir*) einen (nicht geschätzten) Teil der Ländereien der reichen Bauern wieder an sich. Es handelt sich um die Ländereien jener reichen Bauern, die sich vom *Mir* nach den Reformen von 1861 und 1906 getrennt hatten. Übrigens weiß man kaum, über welche Flächen die Bauern vor der Oktoberrevolution verfügten (149), und man weiß noch weniger über jene Flächen, die ihnen nach der Oktoberrevolution weggenommen wurden (150). Auf jeden Fall tragen diese Rückenteignungen auch dazu bei, die Situation eines Teils der Bauernschaft spürbar zu verbessern (151).

Das Land, das jeder *Mir* sich wieder aneignet, wird von ihm zum Zweck der individuellen Bebauung unter die Bauernfamilien des Dorfs aufgeteilt. Da die Förderung des gemeinschaftlichen Anbaus durch die bolschewistische Partei und durch die Sowjetmacht zu diesem Zeitpunkt nur sehr geringe Erfolge hatte, blieb die individuelle Landbestellung aufrechterhalten.

Eine quantitative Einschätzung der Resultate dieses revolutionären Umgestaltungsprozesses, der durch die Bewegung der Bauernmassen ausgelöst und von der Sowjetmacht unterstützt wurde, ist erst 1919 möglich. Zu diesem Zeitpunkt sollen – gemäß den sowjetischen Statistiken, die zweifellos nur Annäherungswerte liefern – 96,8% des bebauten Bodens sich in der Hand von Bauern befinden, die sie (innerhalb oder außerhalb des *Mir*) *individuell* bewirtschaften; 0,5% sollen durch landwirtschaftliche Genossenschaften und

148 A.M. Anfimow, *Das russische Land während des ersten Jahres des Weltkriegs* (russisch), Moskau 1961, S. 88–91; zit. nach einer Diplomarbeit der Ecole pratique des hautes etudes: Sigrid Großkopf, *La Problème des cereales en Russie et la NEP* (Das Getreideproblem in Rußland und die NEP); die Arbeit wurde im September 1970 eingereicht; s. S. 73

149 Man schätzt, daß am Vorabend der Oktoberrevolution in 47 Gouvernements des europäischen Rußlands ungefähr 10% der Bauernfamilien den *Mir* verlassen hatten; aber in verschiedenen Gebieten erreichte dieser Prozentsatz 20–30%. Vgl. Olga A. Narkiewicz, *The Making of the Soviet State Apparatus* (Die Entstehung des sowjetischen Staatsapparats), Manchester University Press 1970, S. 118

150 Die Mittelwerte haben hier sehr wenig Bedeutung, denn der Umfang der Rückenteignungen schwankt je nach den Gebieten enorm. Diese Schwankungen sind abhängig von der relativen Bedeutung der Höfe, die sich vor der Revolution vom *Mir* getrennt hatten sowie von (in ziemlich geringem Maße, denn ihre Verankerung war ebenfalls sehr gering) der Aktion der bolschewistischen Partei. Es scheint, daß in den Gebieten, wo die "getrennten" Höfe ("Otruby" und "Khutora") verhältnismäßig zahlreich waren, diese weniger betroffen waren als anderswo (denn dort stellte der aus dem *Mir* ausgetretene Teil der Bauernschaft eine wirkliche gesellschaftliche Kraft dar. Das gilt zum Beispiel für das Gouvernement Petrograd, wo diese Art Höfe (von denen eine beträchtliche Anzahl richtige kapitalistische Farmen bildeten) 1916 28,7% der gesamten Höfe und 1922 immer noch 22,7% ausmachten. (Vgl. G. Chaparov, *Die Agrarfrage in Rußland nach der Oktoberrevolution* (russisch), Moskau 1966, S. 140–150.)

151 Für das europäische Rußland insgesamt soll der Zuwachs an Land, über das die Bauernschaft verfügte, ungefähr 50% betragen haben. (Vgl. L. Volin, *A Century of Russian Agriculture* (Ein Jahrhundert russischer Landwirtschaft), Cambridge, Mass., 1970, S. 133.)

2,7% durch Staatsfarmen bewirtschaftet werden (152). Die Agrarrevolution hatte also sehr wohl den Charakter einer *demokratischen und nicht einer sozialistischen Umwälzung.*

Diese Agrarrevolution hat die Funktionsweise des *Mir* nicht tiefgreifend umgewandelt. Die Landverteilung wird weiterhin auf der Grundlage der "Familie" (des bäuerlichen "Herds") und nach den gleichen Kriterien wie früher vorgenommen. Die wenigen Informationen, über die wir verfügen, legen nahe, daß während der Durchführung der Landaufteilung die "Autorität" der reichen Bauern (die Vieh und Gerät besaßen) sich weiterhin spürbar machte. Insgesamt jedoch geht infolge der Schärfe des Klassenkampfs und der Wiederaneignung eines großen Teils der Ländereien außerhalb des *Mir* die Zahl der armen Bauern zurück; ebenso verringern sich die gesellschaftlichen Ungleichheiten. Aber trotz allem, die Anzahl armer Bauern ist weiterhin beträchtlich. Besonders auf sie versucht sich die bolschewistische Partei ab Juni 1918 zu stützen, um den Klassenkampf auf dem Land zu entwickeln und um die reichen Bauern (die *Kulaken*) und ihren politischen und ökonomischen Einfluß zu bekämpfen.

b) Der Versuch der Entwicklung einer autonomen Bewegung der armen Bauern im Sommer 1918

Der Wille der bolschewistischen Partei, sich auf dem Land vorrangig auf die Landarbeiter und die armen Bauern (das ländliche Halbproletariat) zu stützen, wird in ihrem Programm hervorgehoben – ebenso wie schon in den *Aprilthesen.* Im Juni 1918 ist die bolschewistische Partei der Auffassung, daß der Augenblick gekommen sei, um diesen beiden Bauernklassen zu helfen, unmittelbar für den Sozialismus zu kämpfen. Die Partei glaubt in der Tat, daß die demokratische Agrarrevolution im wesentlichen beendet sei, was die Vorbereitung der sozialistischen Etappe auf die Tagesordnung setze. Gleichzeitig will sie in den Dörfern jene gesellschaftlichen Kräfte mobilisieren, von denen sie glaubt, die proletarische Macht müsse sich auf sie stützen, um der wirtschaftlichen Desorganisation entgegenzuwirken. Für die bolschewistische Partei sind diese Kräfte vor allem die armen Bauern, die das unmittelbarste Interesse am Sozialismus haben.

Im Lauf des Sommers 1918 hat der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion ernste Ausmaße angenommen (und das gerade zu dem Zeitpunkt, wo die weißen Kräfte und die ausländischen Interventionstruppen in Aktion zu treten beginnen). Die Versorgung der Städte ist ernsthaft infragegestellt; denn die Bauern verfügen nur noch über geringe Mengen von Produkten, die in den Handel gegeben werden könnten, und sie wollen sie nicht mehr verkaufen. Die Inflation, die sich entwickelt hat, bringt mit sich, daß sie ihre

152 vgl. A. Poliakow, *Die sozio-ökonomischen Umwälzungen der Oktoberrevolution in der Landwirtschaft (1917–1920),* in: *Geschichte der sowjetischen Bauernschaft und des Aufbaus der Kolchosen in der UdSSR* (russisch), S. 15; zit. bei Olga A. Narkiewicz, a.a.O., S. 27

Steuern ohne weiteres zahlen können (wie man zu diesem Zeitpunkt sagt, ist "das Dorf von Geld überschwemmt") und es gibt übrigens auch fast nichts mehr, was sie in den Städten kaufen könnten.

Unter diesen Bedingungen versuchen die bolschewistische Partei und die Sowjetregierung mit jener Politik zu brechen, die sie bis dahin gegenüber der Bauernschaft verfolgt hatten. Diese Politik behandelte die "gesamte" Bauernschaft "undifferenziert" als Verbündeten des Proletariats, als einen Verbündeten, in dem die Klassendifferenzierungen noch zweitrangig sind und der für die Durchführung seiner eigenen Aufgaben, nämlich der demokratischen Agrarrevolution, kämpft.

Ein Dekret vom 11. Juni 1918 konkretisiert diesen Versuch. Es sieht die Bildung von *Machtorganen vor, die sich von den Bauernsowjets unterscheiden und die ausschließlich aus armen Bauern gebildet werden.* Dieser Text verpflichtet die bolschewistische Partei und die Sowjetregierung offiziell, systematisch den Weg einer *unterschiedlichen Behandlung* der verschiedenen Bauernklassen zu gehen. Eine Verlautbarung vom 11. Juli 1918 führt dazu näher aus, daß *allein jene Bauern, die keine Lohnarbeiter beschäftigen und die keinen für die staatliche Erhebung verfügbaren Getreideüberschuß haben,* sich an den Komitees (der Dorfarmut) beteiligen können. Am 15. Juli 1918 wird beschlossen, daß die Komitees der Dorfarmut ein *Instrument der Sowjetpolitik auf dem Land* sein sollen. Sie können insbesondere dabei helfen, *Getreide bei den Kulaken zu beschlagnahmen* und für sich selber einen Teil des Getreides zu behalten (153).

Für Lenin zeugt – zumindest im Jahr 1918 – die Bildung der Komitees der Dorfarmut von der Entwicklung des Klassenkampfs auf dem Land, dem endlich durchgeführten Bruch zwischen den Landarbeitern und den armen Bauern einerseits und den wohlhabenden Schichten der Bauernschaft andererseits. Für ihn hat es den Anschein, daß endlich die praktische Möglichkeit des Bündnisses zwischen dem städtischen Proletariat und der Dorfarmut besteht, wobei das städtische Proletariat den armen Bauern hilft, sich zu organisieren und ihnen eine *besondere Führungsrolle im Dorf* zuerkennt.

In der Rede, die er am 8. November 1918 vor den Delegierten der Komitees der Dorfarmut des Moskauer Gebiets hält, erklärt Lenin:

> "(...) wir (haben) uns entschlossen, das Dorf zu spalten (...). Die Arbeiter sind den armen Bauern im Kampf gegen die Kulaken zu Hilfe gekommen und helfen ihnen weiter. Im Bürgerkrieg, der im Dorfe entbrannt ist, stehen die Arbeiter auf der Seite der armen Bauernschaft, wie sie auch damals auf ihrer Seite standen, als sie das sozialrevolutionäre Gesetz über die Sozialisierung des Grund und Bodens zur Annahme brachten." (154)

Lenin fügt hinzu, es sei notwendig, Rußland mit einem Netz von Komitees der Dorfarmut zu überziehen, die sich in *Sowjets* umwandeln sollen, das

153 vgl. zu diesem Punkt Maurice Dobb, *Soviet Economic Development since 1917* (Die sowjetische Wirtschaftsentwicklung seit 1917), London 1948, und E.H. Carr, *The Bolshevik Revolution,* a.a.O., Bd. 2, S. 59/60

154 LW 28, S. 170

heißt in Organe, die voll von der politischen Macht anerkannt werden. Gleichzeitig betont er den *Übergang zur kollektiven Arbeit,* den Übergang zu den *Kommunen,* also die *sozialistische Umwälzung der Produktionsverhältnisse* auf dem Land.

Im gleichen Zeitraum, im Oktober/November 1918, hebt Lenin in seiner Broschüre *Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky* hervor, daß mit der Bildung der Komitees der Dorfarmut *die Revolution endlich auf dem Land die bürgerlichen Schranken überwinden kann, über die sie bis dahin nicht hinausgekommen sei.* In der gleichen Broschüre charakterisiert Lenin die Situation vor dem Juni 1918 als die einer "proletarischen Revolution in den Hauptstädten" und einer "bürgerlich-demokratischen Revolution" auf dem Land (155).

Zu diesem Zeitpunkt denkt die Mehrzahl der bolschewistischen Führer, daß *der Klassenkampf innerhalb der Bauernschaft selber* eine solche Entwicklungsstufe erreicht habe, daß das Abgehen von der individuellen Bewirtschaftung und der Übergang zum "eigentlichen sozialistischen Aufbau" nunmehr möglich und notwendig werde (156). In den Augen Lenins verbietet "die Zerrüttung, die der Krieg (...) hinterlassen hat (...), es geradezu, diese alte, bäuerliche Kleinwirtschaft wiederherzustellen" (157); dieser Krieg hat in den Bauernmassen den Gedanken wach werden lassen, daß die Wunder der Technik, die der Zerstörung dienten, in den Dienst der Produktion auf der Grundlage der kollektiven Arbeit gestellt werden können. Lenin zieht daraus die Schlußfolgerung, daß "die *Mehrheit der werktätigen Bauernschaft* nach der Einführung der gemeinschaftlichen Bodenbestellung strebt" (Hervorhebung – Ch.B.) und daß es in Zukunft möglich sei, kollektive Formen des Bodenbesitzes, landwirtschaftliche Kommunen und Staatsgüter zu entwickeln (158).

In allen Reden betont Lenin, daß die sozialistische Umwälzung der Produktionsverhältnisse das Werk der Bauern selbst sein müsse. Es genüge nicht, daß die revolutionären Führer von der Notwendigkeit einer solchen Umwälzung überzeugt seien, damit sie sich wirklich vollziehe; auch die Propaganda genüge nicht, um Millionen Menschen zu überzeugen: *diese könnten eine solche Überzeugung nur durch die praktische Erfahrung gewinnen* (159).

Lenin verbindet also ausdrücklich die sozialistische Umwälzung der ökonomischen Verhältnisse auf dem Land nicht nur mit der Abschaffung des Privateigentums an Grund und Boden (die, wie er sagt, unvermeidlich nur "auf dem Papier" bleibt, solange "die Dorfarmut, die werktätige

155 LW 28, S. 225 ff., Zitat S. 304 f.

156 *Rede auf dem I. Gesamtrussischen Kongreß der Landabteilung des Komitees der Dorfarmut und der Kommunen,* 11. Dezember 1918, in: LW 28, S. 341 ff., Zitat S. 344

157 a.a.O., S. 346–351; Zitat S. 346

158 a.a.O., S. 348

159 Dieses Thema taucht sowohl in der bereits zitierten Rede auf dem VI. Sowjetkongreß (insbesondere LW 28, S. 152 f.) wieder auf, als auch in der Rede an die Delegierten der Komitees der Dorfarmut (insbesondere LW 28, S. 170).

Bauernschaft" nicht selbst zum Kampf gegen den Kapitalismus übergehen) (160). Er verbindet sie ebenfalls mit der *Umwälzung der politischen Verhältnisse im Dorf selbst* (durch die Bildung der Komitees der Dorfarmut) und mit der *Umwälzung der ideologischen Verhältnisse,* die es den Bauernmassen ermöglichen werde, zur kollektiven Bestellung des Bodens überzugehen.

Die Hoffnung, die Lenin und die bolschewistische Partei in einen raschen Übergang zu einer sozialistischen Agrarrevolution setzten, ist durch die Ereignisse nicht bestätigt worden. Die Mehrheit der werktätigen Bauernschaft war in Wirklichkeit nicht bereit, zu diesem Zeitpunkt diesen Weg einzuschlagen, und es stellte sich heraus, daß die Komitees der Dorfarmut nicht lebenskräftig genug waren. Sie verbreiteten sich nicht über das Land, und diejenigen Komitees, die existierten, vertraten oft nur eine Minderheit der armen Bauern. Selbst diese Minderheit wurde nicht immer von den kämpferischsten Elementen dieser Klasse gebildet; unter ihnen waren deklassierte Elemente, die von der Aussicht angezogen wurden, sich einen Teil der bei den reichen Bauern beschlagnahmten Produkte anzueignen, und die keineswegs gewillt waren, den Aufbau von Kollektivwirtschaften anzupacken.

Die ideologische und politische Differenzierung der Bauernschaft ist also zu diesem Zeitpunkt nicht soweit fortgeschritten, wie es zu Beginn des zweiten Halbjahrs 1918 hätte scheinen können.

In Wirklichkeit hat die Landaufteilung die Zahl der armen Bauern etwas verringert und die der Mittelbauern gesteigert. Vor allem hat sie – da die bolschewistische Partei auf dem Land nicht genügend verankert war – zu einer gewissen *Wiederbelebung des Mir* beigetragen (aufgrund der Rolle, die er bei der Landaufteilung spielte, deren Instrument er war). Dieser Prozeß festigt eine gewisse "Einheit" des Dorfs gegenüber der Stadt, eine "Einheit", die die wohlhabenden Bauern und die Mittelbauern begünstigt.

Dem Versuch der bolschewistischen Partei, Komitees der Dorfarmut zu bilden, folgt daher nur eine nichtrepräsentative Minderheit der Klasse der armen Bauern. Die bolschewistische Partei erkennt diese Tatsache an und zieht daraus die Schlußfolgerung, daß es gefährlich wäre, auf dem gleichen Wege weiterzugehen, insbesondere zu dem Zeitpunkt, da sich die Offensive der Weißgardisten und der Interventionisten verstärkt und *die Konsolidierung des Bündnisses des Proletariats mit der Gesamtheit der Bauernschaft* unabdingbar macht.

Ende 1918 wird der fehlgeschlagene Versuch, die Bildung von Komitees der Dorfarmut allgemein durchzusetzen, aufgegeben (aber nicht überall). Anfang 1919 werden fast alle dieser Komitees mit den Bauernsowjets zusammengelegt. So wird eine neue Etappe der Bauernpolitik der bolschewistischen Partei eröffnet: in Zukunft wird der Akzent in viel stärkerem Maß auf die *Mittelbauern* gelegt, die im übrigen infolge der demokratischen Revolution auf dem Land zahlenmäßig zugenommen haben.

160 vgl. die Rede auf dem I. Gesamtrussischen Kongreß der Landabteilungen, in: LW 28, S. 343 f.

3. 1919–1920: Die Ausrichtung auf die Mittelbauern zum Aufbau des Sozialismus

Auf dem VIII. Parteitag der bolschewistischen Partei (18.–23. März 1919) lenkt Lenin die Aufmerksamkeit ganz besonders auf "das Problem der Stellung zur Mittelbauernschaft". Dieses Problem, schreibt Lenin, konnte nicht in den Vordergrund gerückt werden, "solange die Existenzgrundlagen der Sowjetrepublik nicht gesichert waren"; in der nächsten Zeit müsse es aber direkt angepackt werden, um "feste Grundlagen für die kommunistische Gesellschaft (zu) schaffen" (161).

Um zu bestimmen, welche Haltung dazu eingenommen werden muß, erklärt Lenin:

> "Diese Stellung kann nicht mit der einfachen Antwort: Kampf oder Stütze umrissen werden. Wenn in bezug auf die Bourgeoisie unsere Aufgabe in den Worten 'Kampf', 'Niederhaltung' zum Ausdruck kommt, wenn sie in bezug auf das Proletariat und das Halbproletariat des Dorfes in den Worten 'unsere Stütze' zum Ausdruck kommt, so ist hier die Aufgabe zweifellos komplizierter. Was die Frage anbelangt, so sprachen die Sozialisten, die besten Vertreter des Sozialismus der alten Zeit, als sie noch an die Revolution glaubten und ihr theoretisch und ideologisch dienten, von der *Neutralisierung der Bauernschaft,* das heißt davon, aus der Mittelbauernschaft eine gesellschaftliche Schicht zu machen, die die Revolution des Proletariats, wenn sie sie schon nicht aktiv unterstützt, so doch wenigstens nicht behindert, neutral ist, sich nicht auf die Seite unserer Feinde stellt. Diese abstrakte, theoretische Aufgabenstellung ist für uns vollkommen klar. Doch genügt sie nicht. Wir sind in ein Stadium des sozialistischen Aufbaus eingetreten, wo es gilt, konkret, detailliert, *an den Erfahrungen der Arbeit im Dorf überprüfte* (Hervorhebung – Ch.B.) grundlegende Regeln und Anweisungen auszuarbeiten, nach denen wir uns richten müssen, um uns in bezug auf den Mittelbauern *auf den Boden eines festen Bündnisses zu stellen,* um die Möglichkeit der wiederholt vorgekommenen Abweichungen und Verstöße auszuschließen, die den Mittelbauern von uns getrennt haben." (162)

Diese wenigen Sätze haben eine grundlegende Bedeutung. Sie stellen das Problem dessen dar, was man später *"die Integrierung des Mittelbauern in den Sozialismus"* nennt. Sie weisen die frühere Meinung zurück, demzufolge der Mittelbauer kein Verbündeter beim Aufbau des Sozialismus sein könne, so daß das Proletariat nur darauf abzielen könnte, ihn zu "neutralisieren". Sie stellen damit fest, daß beim Aufbau der kommunistischen Gesellschaft der Mittelbauer ein *fester Verbündeter* sein kann und muß. Sie verurteilen die "Abweichungen und Verstöße", die in der Vergangenheit

161 vgl. die Eröffnungsrede zum VIII. Parteitag, die am 18. März 1919 gehalten wurde, in: LW 29, S. 128
162 ebd., S. 128 f.

vorgekommen sind und die darin bestanden, nur die Proletarier und Halbproletarier als mögliche Verbündete auf dem Land für den Aufbau des Sozialismus anzusehen. Sie stellen die Frage nach den konkreten Bedingungen, unter denen dieses noch nicht verwirklichte feste Bündnis erarbeitet werden kann. Lenin gibt nicht vor, diese Frage unmittelbar beantworten zu können. Er hält es für notwendig, die *Erfahrung* der Arbeit im Dorf zu *studieren;* er warnt jedoch ausdrücklich vor "Hiebe(n), die dem Kulaken zugedacht waren", jedoch "vielfach die Mittelbauernschaft" trafen, wobei "außerordentlich gesündigt" wurde (163).

Der Zusammenhang zeigt, daß dieser Fehler nicht ohne Bezug zu der Art und Weise ist, in der die Komitees der Dorfarmut gebildet wurden, und zu der Rolle, die die Komitees auf dem Gebiet der Requisitionen und der Versorgung gespielt haben.

Die Fehler in der Ausrichtung des zweiten Halbjahrs 1918 erklären sich zwar aus der Stellung, die die Idee der einfachen "Neutralisierung" der Mittelbauern vorher einnahm, aber sie erklären sich vor allem aus dem Nichtvorhandensein vorhergehender praktischer Erfahrung und aus der Existenz einer Tendenz zu "Rechts-Links"-Abweichungen in der bolschewistischen Partei. Diese Tendenz möchte jede Veränderung in den Arbeitsverhältnissen, aus der kollektive Produktionsformen hervorgehen, so auffassen, als gehe sie in Richtung Sozialismus; selbst dann, wenn diese Veränderung von oben, durch Zwang, durchgesetzt wird, wenn nur der Staat der Diktatur des Proletariats Agent dieser Veränderung ist.

Bereits Anfang März greift Lenin auf dem I. Kongreß der Landarbeiter die Neigung gewisser verantwortlicher Parteifunktionäre, Bauern gegen ihren Willen zur kollektiven Bewirtschaftung "hinzustoßen", scharf an. Er erinnert daran, daß

> "von Seiten der Sowjetmacht (...) keinerlei Zwang ausgeübt werden (darf) (...). Die landwirtschaftliche Kommune wird freiwillig gegründet. Der Übergang zur gesellschaftlichen Bodenbestellung kann nur ein freiwilliger sein, von Seiten der Arbeiter- und Bauernregierung darf es in dieser Hinsicht nicht den geringsten Zwang geben, und das Gesetz gestattet ihn nicht" (164).

Wenn Lenin an diese Grundsätze erinnert, dann ist klar, daß ihn nicht der *formale* Aspekt der Legalität beschäftigt; er will hervorheben, daß die zwangsweise Gründung landwirtschaftlicher Kommunen nicht zur Entstehung kommunistischer Formen der Arbeit führen kann.

Auf diesem gleichen Kongreß der Landarbeiter wendet sich Lenin auch *gegen den Kompromiß,* kollektive Wirtschaften zu gründen, gleichzeitig jedoch die *individuellen Parzellen* beizubehalten. Er ist der Auffassung, daß, wenn solche Parzellen existieren, diese ein Keim der Zersetzung der kollektiven Wirtschaften sind. Er erklärt zum Beispiel:

163 ebd., S. 145
164 LW 29, S. 27 f.

"Wenn wieder private Gemüsegärten angelegt werden, privates Vieh, Geflügel usw. gehalten werden, dann kehrt doch alles wieder zum Kleinbetrieb zurück, so wie es bisher war. Wozu dann erst die ganze Aufregung? Lohnt es sich dann, die Sowjetwirtschaft aufzubauen?" (165)

In dem Bericht vom 23. März an den VIII. Parteitag der bolschewistischen Partei hebt Lenin erneut die Bedeutung der Politik des Bündnisses mit den Mittelbauern für den Aufbau des Sozialismus hervor. Er betont noch einmal, daß man nicht zu Zwangsmaßnahmen greifen dürfe, um die Mittelbauern nicht auf einen Weg zu zwingen, den einzuschlagen sie nicht bereit sind. Er legt sehr starken Nachdruck auf diesen Gedanken, weil er von verschiedenen Parteimitgliedern nicht ohne weiteres akzeptiert wird. Lenin erklärt:

"Wollte man aber auf ähnliche Weise mit den Mittelbauern verfahren (wie mit der Bourgeoisie), dann wäre das eine solche Idiotie, ein solcher Stumpfsinn, ein solches Verhängnis für die Sache, daß nur Provokateure bewußt so arbeiten können (...). Hier ist mit Gewalt nichts auszurichten. *Gewaltanwendung gegen die Mittelbauernschaft ist in höchstem Grade schädlich.*" (166)

Und weiter:

"Vor allem müssen wir von der Wahrheit ausgehen, daß man hier der Natur der Sache nach mit Gewaltmethoden nichts erreichen kann (...) *Hier mit Gewalt vorgehen hieße, die ganze Sache zugrunde richten.* Hier bedarf es einer lang dauernden Erziehungsarbeit (...) (wir) müssen (...) die Kommunen fördern, aber sie müssen so eingerichtet sein, *daß sie das Vertrauen der Bauern gewinnen (...). Es gibt nichts Dümmeres, als an Gewalt auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Beziehungen des Mittelbauern auch nur zu denken.* Die Aufgabe läuft hier nicht darauf hinaus, den Mittelbauern zu expropriieren, sondern darauf (...), von den Bauern zu lernen, wie man zu einer besseren Ordnung übergeht, aber *wagt nicht zu kommandieren!*" (167)

Die Prinzipien sind klar: keine Gewalt gegenüber den Mittelbauern, die Überzeugungsarbeit unter ihnen entwickeln, ihr Vertrauen gewinnen, damit *sie selbst* die ökonomischen Verhältnisse umgestalten, *von den Bauern lernen, nicht darauf verfallen, sie zu kommandieren.*

Die bolschewistische Partei schließt sich diesen Grundsätzen formal an, aber die Verwaltungsapparate berücksichtigen sie nur teilweise im Lauf der Jahre 1919 und 1920. In der Frage der Requisitionen gehen sie sogar soweit, diese Grundsätze zu verletzen (168). Erst von der NEP an werden diese

165 ebd., S. 27
166 ebd., S. 196 (Hervorhebung – Lenin)
167 ebd., S. 197 (Hervorhebung – Lenin) Die "Kommunen", von denen die Rede ist, sind nicht die Dorfgemeinschaften (*Mir*), sondern die *landwirtschaftlichen Kommunen*, in denen sich die Bauern zur kollektiven Arbeit zusammenschließen.
168 s. unten, S. 195

Grundsätze eingehalten; zum Zeitpunkt der Kollektivierung Ende der zwanziger Jahre wird dann wieder von ihnen abgegangen.

Die Tatsache, daß sich die Partei dem von Lenin vertretenen Standpunkt anschließt, findet Ausdruck in der Annahme einer "Resolution über die Stellung zur Mittelbauernschaft" (169). Diese Resolution verurteilt die "Willkür der örtlichen Behörden" gegenüber den Mittelbauern; sie ruft in Erinnerung, daß "die Mittelbauernschaft nicht zu den Ausbeutern gehört, da sie keinen Profit aus fremder Arbeit zieht"; sie ermutigt die Bildung landwirtschaftlicher Kommunen (170) auf ausschließlich freiwilliger Grundlage; sie verurteilt die gegen die Mittelbauern gerichteten Requisitionen und betont nachdrücklich, daß die Mittelbauern nur maßvoll besteuert werden dürfen; schließlich legt sie sehr starken Nachdruck auf die *Hilfe und Unterstützung,* die die Sowjetmacht den Mittelbauern gewähren muß, damit diese ihre *Einzelwirtschaft* verbessern können und durch Dienstleistungs- und Finanzierungsgenossenschaften unterstützt werden. Diese Resolution hat eine umso größere grundsätzliche Bedeutung, als sie zu einem Zeitpunkt beschlossen wird, wo die Illusionen des "Kriegskommunismus", das heißt eines "direkten" Übergangs zum Kommunismus, vorherrschen.

In der Praxis wird diese Resolution sehr uneinheitlich angewendet. Der objektive Prozeß des Klassenkampfs, der sich in der gesamten russischen Gesellschaft entwickelt, die schwache Verankerung der bolschewistischen Partei auf dem Land und die scharfe Versorgungskrise der Städte bewirken, daß die bolschewistische Partei die Beschlüsse des VIII. Parteitags in bezug auf die Mittelbauern nur zum Teil einhalten kann.

a) Die Herausbildung sozialistischer Verhältnisse auf dem Land

Die Beschlüsse des VIII. Parteitags der bolschewistischen Partei wirken sich am stärksten aus in bezug auf den Übergang zur kollektiven Bodenbestellung und auf die Notwendigkeit, in dieser Hinsicht keinen Zwang anzuwenden.

In seiner Schrift *Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats* (171) stellt Lenin im Oktober 1919 fest, daß Rußland auf diesem Gebiet nur die "ersten Schritte" gemacht habe (172).

In der Tat gibt es 1919 kaum mehr als 2.100 landwirtschaftliche Kommunen mit ungefähr 350.000 Mitgliedern, und ihre Zahl geht später noch zurück. Im März 1920 sind es nur noch 1.520. Verschiedene landwirtschaftliche Kommunen mußten sich auflösen angesichts der Feindschaft, die ihnen die anderen Bauern entgegenbrachten. Diese durch die Kulaken geschürte Feindschaft führt in einzelnen Fällen zur Ermordung von Kommunemitgliedern durch Bauern der benachbarten Dörfer.

169 LW 29, S. 203–206
170 vgl. Anmerkung 167, S. 192
171 vgl. LW 30, S. 89 ff.
172 ebd., S. 93

Die *landwirtschaftlichen Kommunen* werden hauptsächlich von landlosen und armen Bauern und nicht von Mittelbauern gebildet. Einige der ersten dieser Kommunen werden von Arbeitern der Industriellen Zentren geschaffen, insbesondre ab 1918 in den Vororten Petrograds (das zeugt von den Beziehungen, die die Industriearbeiter mit der Landwirtschaft bewahrt hatten (173)).

Eine andere sozialistische Produktionsform wird von diesem Zeitraum an mit den "Sowjetwirtschaften" oder den "Staatsgütern" (*Sowchosen*) geschaffen. Diese werden durch den Sowjetstaat und nicht direkt durch die Werktätigen gebildet. Diejenigen, die dort arbeiten, erhalten Lohn. Ihr sozialistischer Charakter hängt ab vom Grad der tatsächlichen Unterordnung unter den Staat der Diktatur des Proletariats.

1919 ist die Zahl der Sowjetwirtschaften etwas höher als die der landwirtschaftlichen Kommunen; sie beträgt 3.500 (1920 sind es sogar 4.400). Es sind noch Betriebe von verhältnismäßig geringen Ausmaßen: die meisten verfügen über weniger als 200 Hektar Land, im allgemeinen mit schlechtem Boden, von dem weniger als die Hälfte bebaut wird.

Neben diesen beiden Formen gibt es schließlich noch die Artels, also Produktionsgenossenschaften niederen Typs, die eine kollektive Bodenbestellung auf privatgebliebenen Feldern durchführen. Die Artels sind etwas zahlreicher als die Kommunen: es gibt 1.900 im Jahre 1919 und 3.800 1920 (174).

Insgesamt bedeuten diese Produktionsformen fast nichts in dem gewaltigen Meer der Einzelproduktion. Deswegen ist ihre *grundsätzliche Bedeutung* jedoch nicht geringer.

Die schwache Entwicklung der verschiedenen Formen kollektiver Produktion zeigt, daß die sozialistischen Ideen kaum bis aufs Land vorgedrungen sind. Sie erklärt sich auch aus der Tatsache, daß die bolschewistische Partei nunmehr diese Produktionsformen im allgemeinen nicht mehr aufzwingt, dies umso weniger, als sie darin *nicht* das *Gebot der Stunde* sieht, zu einem Zeitpunkt, wo der Hauptwiderspruch noch der ist zwischen Arbeitern und Bauern auf der einen und den Weißgardisten (die die Grundbesitzer und Kapitalisten verteidigen) und den Imperialisten auf der anderen Seite.

b) Die Hilfe für die Mittelbauern

Die vom VIII. Parteitag für die Mittelbauern vorgesehene Hilfe konnte nicht in die Tat umgesetzt werden. In dem Zustand, in dem sich zu diesem Zeitpunkt die russische Wirtschaft befindet, ist es praktisch unmöglich, den

173 Über diese landwirtschaftlichen Arbeiterkommunen vgl. G. Schaparow, *Die Agrarfrage nach der Oktoberrevolution* (russisch), a.a.O., S. 212 f.

174 Diese Zahlenangaben sind entnommen E.H. Carr, *The Bolshevik Revolution*, a.a.O., Bd. 2, S. 160 und O.A. Narkiewicz, *The Making of the Soviet State Apparatus*, a.a.O., S. 42/43

Mittelbauern hochwertiges Saatgut, Kunstdünger und Zuchtvieh zu liefern sowie Reparaturwerkstätten für landwirtschaftliche Maschinen und Versuchsstationen einzurichten. Alle diese Absichten bleiben schlichte Wünsche.

In der Tat ist die hauptsächliche Hilfe für die Mittelbauern eine politische. Die lokalen Behörden behandeln sie, hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Situation, im allgemeinen nicht mehr wie Kulaken. Durch ein Dekret, das im Lauf des Sommers 1920 beschlossen wird, wird ihnen versprochen, daß ihnen nicht wieder Land abgenommen wird – was innerhalb zahlreicher *Mir* gängige Praxis war –, solange sie es mit ihren eigenen Händen bestellen, selbst wenn die Fläche, über die sie verfügen, größer ist, als es den regionalen Verteilungsnormen entspricht (175).

Dieses Dekret zielt darauf ab, die Mittelbauern selbst gegenüber den Forderungen der armen Bauern zu unterstützen. In der offiziellen Erläuterung heißt es:

> "(Dieses Dekret) sichert die Stabilität des landwirtschaftlichen Betriebs. Jeder Bauer muß davon überzeugt sein, daß sein Teil Land in seinem Besitz bleiben wird, daß er ihm nicht wieder abgenommen wird, weil die Mehrheit eine Neuverteilung vornehmen will." (176)

Der Mittelbauer, der einer der Hauptnutznießer der Agrarrevolution ist, erhält letzten Endes zu diesem Zeitpunkt (zwischen 1919 und 1921) keine materielle Hilfe von der Sowjetmacht. Aber die offiziellen Stellungnahmen führen dazu, ihm Sicherheit über seine Zukunft zu geben, während er sich früher durch die einseitige Betonung des Bündnisses mit den armen Bauern und durch die Tätigkeit der von einem Teil dieser Bauern gebildeten Komitees bedroht fühlte.

c) Das Problem der Requisitionen

In bezug auf die Requisitionen wurden die Beschlüsse des VIII. Parteitags nicht eingehalten: die Mittelbauern, die im übrigen die Sowjetmacht mit der Waffe in der Hand verteidigen (ohne sie hätte der Sieg über die Weißgardisten und die imperialistischen Truppen nicht errungen werden können), liefern fast nichts an den Sowjetstaat von jenen Produkten, die sie nicht selber verbrauchen. Sie verkaufen einen großen Teil dieser Produkte auf dem schwarzen Markt. Sie stellen auf diese Weise ihr unmittelbares materielles Interesse voran, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Front und der kämpfenden Arbeitern und Bauern.

In seiner Rede auf der I. Gesamtrussischen Konferenz über die Parteiarbeit auf dem Land, am 18. November 1919, betont Lenin in diesem Zusammenhang den *Doppelcharakter* des Mittelbauern. Einerseits, sagt

175 vgl. die *Iswestja* vom 10. Juni 1920

176 vgl. *Derevienskaja Kommuna* (Die landwirtschaftliche Kommune), Nr. 98, 1920; zit. nach O.A. Narkiewicz, a.a.O., S. 43

Lenin, ist der Mittelbauer Werktätiger, der von seiner Hände Arbeit lebt und der daher auf der Seite des Arbeiters steht, aber andererseits, wenn er über seine eigenen Bedürfnisse hinaus Getreide produziert, ist er ein Eigentümer, der gewohnt ist, die Getreideüberschüsse "als sein Eigentum zu betrachten, das er frei verkaufen kann"; und, fügt Lenin hinzu, "Getreideüberschüsse in einem hungernden Land verkaufen heißt aber zum Schieber, zum Ausbeuter werden, weil ein Hungriger für Brot das Letzte hergibt" (177).

Ausgehend von dieser Formulierung zeigt Lenin, daß der Mittelbauer eine *zweifache Behandlung* erfahren muß, je nachdem, ob er ein Werktätiger oder ein Ausbeuter ist. Lenin erinnert daran, daß das Fehlen von Zwang gegenüber dem Mittelbauern sich nicht auf die Freiheit bezieht, das Proletariat auszubeuten, sondern nur auf "den Übergang zum Sozialismus durch Gewalt", wovon "keine Rede sein könne" (178).

Im Dezember 1919 nimmt der VII. Sowjetkongreß eine Resolution an, die ausdrücklich empfiehlt, die Requisitionsmaßnahmen zu verstärken und sie auf alle landwirtschaftlichen Produkte auszudehnen. In der Praxis treffen diese Maßnahmen fast alle Betriebe, von denen anzunehmen ist, daß sie über einen "Überschuß" über die Konsumtionsbedürfnisse hinaus verfügen.

Solche Maßnahmen sind unbedingt notwendig, um das *Überleben* der Soldaten an der Front und der Arbeiter in den Fabriken zu sichern (deren Rationen bereits sehr gering sind). Zu diesem Zeitpunkt und in diesem Bereich wird der Rückgriff auf Zwangsmaßnahmen durch die wirtschaftliche und militärische Situation und durch den Charakter der Beziehungen zwischen den Bauernmassen und der Sowjetmacht erzwungen. Diese Beziehungen verhindern, daß die Mehrzahl der Bauern aus freien Stücken ihre landwirtschaftlichen Produkte den Staatsorganen abliefern, da diese nichts besitzen, was sie "zum Tausch" anbieten könnten.

Die allgemeinen Requisitionsmaßnahmen, die Ende 1919 getroffen werden, tragen jedoch zur Verschlechterung der politischen Beziehungen zwischen der Bauernschaft und der Sowjetmacht, des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Mittelbauern, bei; letztere sehen sich in ihrer Mehrheit so behandelt, als seien sie Schieber und "Ausbeuter". Dazu kommt, daß diese Requisitionen die Agrarproduktion, die bedeutend zurückgeht, wirtschaftlich lähmen.

Die Sowjetmacht versucht, diesen Rückgang dadurch zu bekämpfen, daß sie *den Bauern Saatpläne aufzwingt*, das heißt, indem sie hier wieder auf Zwangsmaßnahmen zurückgreift (179). Es ist in der Tat auf der Grundlage der individuellen Produktion unmöglich, diese Pläne zu verwirklichen. Die Situation verschlechtert sich also; und da die Requisitionen fortgesetzt werden und immer mehr Bauern treffen, rufen sie eine wachsende Unzufriedenheit der Bauernschaft gegenüber der Sowjetmacht hervor.

177 LW 30, S. 128 ff., Zitat S. 131

178 ebd., S. 131 f.

179 Später wird erläutert (s. unten, S. 295 ff.), wie während des Sommers 1920 die Illusion aufkommt, es sei möglich, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern, und zwar durch Zwangsmaßnahmen, die sogar den Aufbau des Sozialismus erlauben würden.

Auf einer Konferenz der Vorsitzenden der Exekutivkomitees der Kreis-, Amtsbezirks- und Dorfsowjets des Moskauer Gouvernements, am 15. Oktober 1920, stellt Lenin diese Unzufriedenheit fest. Die Unzufriedenheit kam während dieser Konferenz so stark zum Ausdruck, daß die Wortführer der Sowjetmacht oft Mühe hatten, ihre Meinungen vorzutragen. In einem seiner Redebeiträge erklärt Lenin:

> "Wenn hier so oft äußerste Unzufriedenheit und Ungeduld zum Ausdruck gebracht worden sind, so wissen wir doch alle, daß die Verfahrensform der Versammlung vor allem das freie Wort ist. Und in dieser Versammlung haben Sie diese Form verletzt, weil die Mehrzahl der Bauern allzu stark die äußerste Schwere der Lage fühlt, die im Land draußen entstanden ist. Allzu schmerzlich spürt die Mehrzahl der Bauern den Hunger, die Kälte und die untragbaren Steuern." (180)

So wird das Jahr 1920 entgegen dem Wunsch der bolschewistischen Partei zu einem Jahr, in dem die überwiegende Mehrheit der Bauernschaft strengen Requisitionen unterworfen wird, die zur Versorgung der Bedürfnisse der Front und der Städte dienen sollen. Das zieht schwere politische Folgen nach sich. Ende Herbst und im Winter 1920/21, als die weißen Armeen und die Interventionstruppen praktisch geschlagen sind, finden in verschiedenen Gegenden Bauernaufstände statt, besonders im Süden und im Südosten Rußlands. Diese Aufstände zwingen das Volkskommissariat für Ernährungswesen, alle Erhebungen und Requisitionen von Getreide in 13 Gouvernements einzustellen (181).

Die Krise bei der Getreideerhebung gegen Ende 1920 hat ihre Ursache selbstverständlich nicht nur in der Weigerung der Bauern, einen Teil ihrer Produktion zu *verkaufen*. Sie hat ihre Ursache auch im Verfall der landwirtschaftlichen Produktion, die mit dem Krieg, der wirtschaftlichen Desorganisation und der Unzufriedenheit der Bauern zusammenhängt, von denen viele ihre Produktion auf das für ihren eigenen Verbrauch Notwendige reduzieren. Nach allgemein anerkannten Schätzungen fällt infolge dieser Situation die jährliche Getreideproduktion von 72,5 Millionen Tonnen in den Jahren 1909–1913 auf weniger als 35 Millionen Tonnen im Jahr 1920. Der bäuerliche Verbrauch selber liegt unter 17 Millionen Tonnen, was einen katastrophalen Rückgang (von ungefähr 40%) gegenüber den Vorkriegsjahren (182) bedeutet.

180 vgl. LW 31, S. 326 f.

181 Auf dem X. Parteitag der bolschewistischen Partei abgegebene Erklärung; zit. bei E.H. Carr, *The Bolshevik Revolution*, a.a.O., Bd. 2, S. 173, Anmerkung 2

182 Die Produktionsziffer für Getreide der Periode 1909–1913 ist der Statistik in *Narodnoe Khoziaistvo SSSR v 1958 g.*, Moskau 1959, S. 70, entnommen. Die Angabe für 1920 steht bei Krischanowski, *Zehn Jahre sozialistischer Aufbau in der UdSSR 1917–1927* (russisch), Moskau 1928. Die Höhe des bäuerlichen *Vorkriegs*verbrauchs entspricht hier den üblichen *Schätzungen;* die Angaben über den Verbrauch von 1920–1921 stehen bei P. Popov, *Die Getreideproduktion in der RSFSR* ... (russisch), Moskau 1921; zit. bei S. Großkopf in einer Diplomarbeit an der Ecole pratique des hautes etudes (VI. section), mit dem

Die ernste Lage der Landwirtschaft, die Unzufriedenheit der Bauern, die sich in verschiedenen Gouvernements erheben und schließlich auch der Sieg über die Weißen und die imperialistischen Armeen veranlassen die bolschewistische Partei, ihre Bauernpolitik zu berichtigen, *wozu sie jetzt auch wirklich in der Lage ist.*

Diese Berichtigung ist Teil einer neuen Konzeption der allgemeinen Wirtschaftspolitik, die bekanntlich dem entspricht, was man die NEP nennt. Sie wird im letzten Teil dieses Bands analysiert. Wir werden hier nur einige Beschlüsse und Maßnahmen untersuchen, die besonders die Bauernpolitik der bolschewistischen Partei und ihre unmittelbaren Auswirkungen auf den Klassenkampf auf dem Land betreffen.

4. Die Berichtigung der Bauernpolitik der bolschewistischen Partei und die Klassenverhältnisse auf dem Land am Ende des "Kriegskommunismus" und zu Beginn der NEP

Ende 1920 und Anfang 1921 betont Lenin die Notwendigkeit einer gründlichen Berichtigung der Bauernpolitik. Diese Berichtigung wird jedoch praktisch erst im März 1921 vorgenommen, als die von den Sozialrevolutionären und den Menschewiki geschürte Unzufriedenheit der Bauern bereits zu Bauernaufständen geführt und zum Aufstand von Kronstadt beigetragen hatte.

In seinem Bericht über die politische Tätigkeit des ZK an den X. Parteitag der bolschewistischen Partei vom 8. März 1921 betont Lenin, wie er das bereits vorher getan hatte, daß die Politik der Requisitionen, die ohne genügende Kenntnis der Bedürfnisse und Möglichkeiten der Bauernschaft der verschiedenen Regionen durchgeführt worden sei, "die Krise der bäuerlichen Wirtschaft außerordentlich verschärft" (183) habe. Das habe zu einem Anwachsen der "Unzufriedenheit dieser Bauernschaft mit der proletarischen Diktatur" (184) geführt; das wiederum mache eine Berichtigung der Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft notwendig.

a) Die Forderungen der Bauernschaft und die Wiederherstellung des "freien Handels"

In seinem Referat über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer am 15. März 1921 spricht Lenin lange und ausführlich über

Titel *Die Getreideproduktion in Rußland und die NEP*, S. 122. Obwohl diese Zahlen nicht streng vergleichbar sind, auf unsicheren statistischen Grundlagen beruhen und zur *Überbewertung des Produktions- und Verbrauchsrückgangs* tendieren, vermitteln sie doch einen Eindruck vom Umfang dieses Rückgangs. Was die gesamte landwirtschaftliche Produktion anbetrifft, s. unten, S. 202, Anmerkung 193.

183 LW 32, S. 174

184 ebd., S. 177

diese notwendige Berichtigung der Politik der Partei gegenüber der Bauernschaft. Er erklärt:

> "Jedenfalls dürfen wir nicht trachten, etwas zu verheimlichen, sondern müssen offen sagen, daß die Bauernschaft mit der Form der Beziehungen zu ihr, die sich bei uns herausgebildet hat, unzufrieden ist, daß sie diese Form der Beziehungen nicht will und so nicht weiterleben wird. Das ist unbestreitbar. Dieser Wille der Bauernschaft ist eindeutig zum Ausdruck gekommen. Das ist der Wille der ungeheuren Massen der werktätigen Bevölkerung. Dem müssen wir Rechnung tragen, und wir sind hinreichend nüchterne Politiker, um geradeheraus zu sagen: Laßt uns unsere Politik gegenüber der Bauernschaft revidieren. So wie es bisher war – dieser Zustand ist nicht länger haltbar."

Und er fügt hinzu:

> "Wir müssen uns bemühen, die Forderungen der Bauern zu erfüllen, die unbefriedigt, die unzufrieden sind, mit Recht unzufrieden sind und nicht zufrieden sein können. Wir müssen ihnen sagen: 'Jawohl, eine solche Lage ist nicht länger haltbar.' Wie soll man den Bauern zufriedenstellen, und was heißt es, ihn zufriedenzustellen? Woher können wir die Antwort auf die Frage erhalten, wie er zufriedenzustellen ist? Natürlich aus den Forderungen der Bauernschaft selbst." (185)

Diese letzten Formulierungen beleuchten noch einmal, daß in den Augen Lenins neben der Theorie, die Anleitung zum Handeln ist, noch ein weiteres Element existiert, das wesentlich zur Herausarbeitung einer richtigen politischen Linie ist: *die Bilanz der Erfahrungen und die Forderungen der Volksmassen selber.*

Lenin und die bolschewistische Partei erkennen an, daß man zur Befriedigung der Forderungen der Bauernschaft in der augenblicklichen Situation den Bauern die Freiheit zugestehen müsse, über ihre Produktion frei zu verfügen (wenn sie ihre Steuern gezahlt haben) und man müsse eine gewisse Freiheit des Kleinhandels und der Kleinindustrie zulassen. Gleichzeitig werden dem ausländischen Kapital beschränkte "Konzessionen" (186) angeboten. Unter den zu diesem Zeitpunkt gegebenen Bedingungen erscheint dieser Weg der bolschewistischen Partei der einzige zu sein, auf dem das Land vor der Hungersnot und dem wirtschaftlichen Zerfall bewahrt und die Diktatur des Proletariats gefestigt werden kann; sie ist nämlich ernsthaft durch die Unzufriedenheit der Bauern bedroht, die einen beginnenden Bruch im Bündnis der Arbeiter und Bauern anzeigt.

Die konkreten Formen der späteren Wiederherstellung des "freien Handels" wechseln mit dem jeweiligen Zeitpunkt. So geht man von der

185 ebd., S. 217 ff.

186 "Konzessionen" nennt man zu dieser Zeit die dem ausländischen Kapital angebotenen Möglichkeiten, unter sehr strengen Kontrollbedingungen in bestimmte Industrien zu investieren (insbesondere in den Fabriken); sie dürfen fehlende Produktionsmittel nach Sowjetrußland einführen und die Profite abführen.

ursprünglichen Direktive eines noch "reglementierten" Handels zu "freien" Handelsbeziehungen und zur Wiederherstellung einer umfangreichen Warenzirkulation über (187). Dieser Wechsel entspricht der Weiterführung der ursprünglichen Berichtigung, die Politik des "Kriegskommunismus" aufzugeben und die NEP einzuführen.

Die wichtigsten Dekrete, die die NEP einleiten, werden in den Tagen nach dem X. Parteitag veröffentlicht. Am 21. März erscheint das Dekret, das die Ablieferungspflicht für Nahrungsmittel aufhebt, und am 28. März unterschreibt Lenin jenes Dekret, das den Handel, den Kauf und Verkauf von Lebensmitteln "freigibt" und die Beschränkungen für den Transport von Lebensmitteln abschafft.

b) Die Agrargesetzgebung von 1922

Wir werden weiter unten (188) sehen, wie sich auf der Grundlage der praktischen Erfahrung selbst die ursprüngliche Konzeption der NEP verändert hat. An dieser Stelle, wo wir die Klassenverhältnisse auf dem Land behandeln, ist es jedoch unbedingt notwendig, einiges zum Dekret vom 22. Mai 1922 über die Bodenvereinigungen oder Bodengesellschaften (*Zemielnoe Obchestwo*) zu sagen.

Dieses Dekret erkennt praktisch die Existenz des *Mir* an, obwohl versucht wird, ihn zu verändern, um sein Funktionieren in bessere Übereinstimmung mit dem der verschiedenen Apparate der Sowjetmacht zu bringen. Tatsächlich ist dieser Versuch jedoch kaum erfolgreich: es bleibt mehr oder weniger der alte *Mir*, der unter dem neuen Namen der "Bodenvereinigung" überlebt. Wie der *Mir*, *arbeitet* die Bodenvereinigung tatsächlich *auf der Ebene des Dorfs*.

Das Bodengesetzbuch vom 15. November 1922 nimmt die Bestimmungen des Dekrets vom 22. Mai wieder auf. Es versucht insbesondre zufriedenstellende Bedingungen für die *individuelle Bodenbestellung* zu schaffen; denn diese herrscht innerhalb des umgewandelten *Mir* allgemein vor. Gleichzeitig legt das Bodengesetzbuch von 1922 genauere Grundlagen für die Bildung *landwirtschaftlicher Kommunen* fest; diese können innerhalb einer Bodenvereinigung oder von mehreren Dörfern gebildet werden.

Die Bodenvereinigung, das heißt der umgestaltete *Mir*, wird von einer Generalversammlung (*Schod*) *all derjenigen, die das Stimmrecht haben*, und von gewählten Organen verwaltet. Diese Änderung in der Zusammensetzung ist von grundsätzlicher Bedeutung. In der Tat nahmen früher nur die Familienoberhäupter (das heißt die Bauern, die an der Spitze einer Familie stehen) am *Schod* teil. Nunmehr nehmen theoretisch alle diejenigen am *Schod* teil und wählen die führenden Organe, die mindestens 18 Jahre alt sind und Land besitzen. Der *Schod* beschließt darüber, wer das Recht hat,

187 s.unten, S. 392 f.
188 s.unten, S. 397

dem *Mir* anzugehören und wer ihn verlassen kann; er kann über die Arten der Bodenbestellung und über die Verteilungsweise des Bodens beschließen. Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefaßt. Der erneuerte *Mir* ist eine juristische Person; er kann verkaufen und kaufen.

Die Wirklichkeit des erneuerten *Mir* hebt sich von diesen Grundsätzen spürbar ab. Tatsächlich liegt die wirkliche örtliche politische Macht nach der Veröffentlichung des Bodengesetzbuchs wie zuvor meist in den Händen der reichen und wohlhabenden Bauern, die diese Macht über den *Schod* und dessen gewähltes oder "bevollmächtigtes" Oberhaupt, im allgemeinen auch ein reicher Bauer, ausüben.

Der in dieser Weise von den reichen und wohlhabenden Bauern allgemein beherrschte *Schod* ist mächtiger als die Bauernsowjets. Er hat praktisch die Landverteilung in der Hand. Bisweilen geht er soweit, den ärmsten Bauern jedes Stück Land zu entziehen (189) unter dem Vorwand, sie seien nicht fähig, einen landwirtschaftlichen Betrieb zu führen. Diese Situation dauert bis zur Kollektivierung an; dies wird zum Beispiel in einer Ende 1928 erstellten Analyse über die Lage auf dem Land eingestanden: "Der Dorfschod nimmt im Dorfleben weiterhin eine vorherrschende Rolle ein." (190)

Verschiedene sowjetische Autoren (191) sind demzufolge der Ansicht, daß die Konsolidierung des *Mir* die reichen Bauern begünstigte, daß sie sogar deren Hauptanhänger gewesen seien, da sie aufgrund der mangelnden Präsenz bolschewistischer Kader in den Dörfern ihre vorherrschende Rolle im *Schod* ausnutzen konnten. Diese Aussage erscheint zutreffend. Die reichen Bauern waren im allgemeinen nicht die besten Landwirte, aber sie verbanden ihre landwirtschaftliche Tätigkeit geschickt mit Handels- und sogar Wuchertätigkeit sowie mit der Verpachtung von Zugtieren und landwirtschaftlichen Arbeitsmitteln oder Maschinen.

Das Gesetzbuch von 1922 versucht, gegen die Kleinparzellierung anzugehen und die Zusammenlegung der Felder innerhalb jeder Wirtschaft zu begünstigen; damit soll einem Zustand abgeholfen werden, der beträchtliche Verluste verursacht, weil der Boden oft in Wege oder Grenzmarkierungen umgewandelt wird. Außerdem zwingt dieser Zustand die Bauern, sehr große Strecken zurückzulegen (bisweilen sind die verschiedenen Felder, die zu derselben Wirtschaft gehören, 15 bis 20 km vom Hof entfernt (192), was die Transportkosten erhöht). Diese Bemühungen treten jedoch in Widerspruch zu den Umverteilungen von Land, die der *Mir* von Zeit zu Zeit vornimmt, und die das Gesetz ebenfalls – mit allerdings bescheidenem Erfolg – einzuschränken sucht.

189 s. E.H. Carr und R.W. Davies, *Foundations of a Planned Economy* (Grundlagen einer Planwirtschaft), a.a.O., Bd. 1, S. 121, Anmerkung 2
190 *Sovietskoe Stroitelstvo*, Nr. 12, Dezember 1928, S. 73; zit. bei E.H. Carr und R.W. Davies, *Foundations of a Planned Economy*, a.a.O., Bd. 2, S. 248, Anmerkung 7
191 vgl. den Artikel von M. Ustinov, "Die Frage der Formen der Bodenbestellung", in: *Bolschevik*, Nr. 19/20 (1927)
192 Diese Zahl führt S. Großkopf in ihrer Diplomarbeit an, a.a.O., S. 55

Schließlich erlaubt das Gesetzbuch die Pachtung von Boden für einen Zeitraum, der drei Jahre nicht übersteigen darf, und unter der Bedingung, daß er ohne Lohnarbeit bewirtschaftet wird. Zu Beginn des Jahrs 1923 wird die Beschäftigung von Lohnarbeitern innerhalb bestimmter Grenzen erlaubt.

Auf diese Weise wurden verschiedene "bäuerliche Forderungen" befriedigt. Berücksichtigt man jedoch die Kräfteverhältnisse auf dem Land, so entsprachen diese Forderungen weitgehend den Wünschen der reichen Bauern, die die Masse der Bauern beeinflussen konnten.

c) Die wirtschaftliche Stellung der Bauernschaft nach dem Bürgerkrieg und die Klassendifferenzierung auf dem Land zu Beginn der NEP

Die Bauernschaft ist die gesellschaftliche Gruppe, deren *wirtschaftliche Stellung* sich *grundlegend* durch die Revolution verbessert hat. Das Land, über das sie verfügt, ist um 50% gewachsen. Die Abgaben, die sie vorher an den Staat zu zahlen hatte, sind abgeschafft und sie braucht nicht länger an die Grundbesitzer für die gepachteten Felder Pachtzins zu zahlen, da diese enteignet sind. Deshalb unterstützte die Bauernschaft aktiv die Revolution und ermöglichte auf diese Weise der Roten Armee, die weißen und die imperialistischen Armeen zu besiegen. Ohne diese Unterstützung einer Volksmasse, *die mehr als zwei Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachte,* wäre der Sieg unmöglich gewesen. Der Sieg der Roten Armee, die materiell außerordentlich schlecht ausgerüstet war, war ein politischer Sieg und konnte nur ein *politischer Sieg* sein: ein Sieg des Bündnisses von Arbeitern und Bauern.

Wenn sich auch durch die Ausdehnung der Bodenfläche, über die die Bauernschaft verfügt, und durch die Ausschaltung der Grundbesitzer die Stellung der Bauernschaft grundlegend verbessert, so hat ihre *unmittelbare wirtschaftliche Lage* doch eine *große Verschlechterung* erfahren. Zunächst, weil die Preise der Industrieprodukte (die man praktisch nur noch auf dem Schwarzmarkt bekommt) sehr viel schneller als die Preise der landwirtschaftlichen Produkte gestiegen sind; dann, weil die landwirtschaftliche Produktion selbst zusammengebrochen ist (193) und weil die bis Ende 1920 durchgeführten Requisitionen den Bauern derartige Mengen an Produkten wegnahmen, daß sie Hunger litten.

Von 1922 an beginnt sich die Lage der Bauern zu verbessern, aber erst nach einigen Jahren der NEP sind die Ernten höher als vor dem Krieg.

193 Der Rückgang der gesamten landwirtschaftlichen Produktion wird offiziell auf 40% geschätzt (gegenüber 1913) (vgl. N.K., 1958, S. 52). Für Getreide wird der Rückgang sogar noch höher geschätzt (vgl. oben, S. 197, Anmerkung 181). Es wird in der Tat angenommen, daß ein Viertel der tatsächlichen Produktion der schlechtesten Jahre versteckt wurde, was den Rückgang der Produktion um 20% verringern würde; das scheint eine "optimistische" Schätzung zu sein.

1. Die Stärkung der wirtschaftlichen Stellung der Dorfarmut und der Mittelbauern

Die Revolution hat einen Teil der früheren Dorfarmut zu Mittelbauern gemacht und ihre Stellung verbessert.

Die "Einschätzung" der Veränderungen, die innerhalb der Bauernschaft zwischen 1917 und 1922 stattfanden, ist außerordentlich schwierig. Ein ernsthafter Versuch müßte sich auf detaillierte Untersuchungen stützen, die aber nicht vorliegen. Man muß sich also auf einige globale Angaben beschränken, deren Bedeutung nicht überschätzt werden darf, umso weniger, als sich diese Schätzungen im wesentlichen auf die *Verteilung des Bodens* unter die verschiedenen "Bauernwirtschaften" (und nicht auf die Aufteilung der Bauern in Klassen) beziehen.

Von den Schätzungen mit den wahrscheinlichsten Zahlen sei hier die von N.D. Kondratiew und N.P. Oganowski (194) angeführt:

Anbaufläche pro Gut	1900	1922
von 0 bis 2,7 Deßjatinen (195)	15,8	15,1
von 2,7 bis 5,4 "	34,7	35,2
von 5,4 bis 13,1 "	40,0	45,8
über 13,1 "	10,5	3,9

Wohlgemerkt, die Klassifizierung der Güter entsprechend ihrer Ausdehnung kann nicht mit einer Aufteilung in arme Bauern, Mittelbauern, wohlhabende und reiche Bauern gleichgesetzt werden. In der Tat können Bauern, die über eine gleichgroße Bodenfläche verfügen, trotzdem verschiedenen Kategorien zugeordnet werden, je nach der Bodenqualität, nach den Produktionsmitteln, über die sie verfügen, oder nach weiteren Kriterien. Vom Standpunkt der Veränderungen, die sich innerhalb der Bauernschaft vollziehen, müssen also die Schlußfolgerungen, die aus der obenstehenden Tabelle und aus anderen Quellen gezogen werden können, mit der größten Vorsicht gezogen werden.

Bei Rücksicht auf diesen Vorbehalt kann man feststellen, daß die Gruppe der landärmsten Bauern sich etwas verringert hat; die Zahl der landärmsten Mittelbauern leicht, dagegen die Zahl der anderen Mittelbauern stark gestiegen und die Zahl der landreichen Bauern um ungefähr zwei Drittel zurückgangen ist.

Man darf jedoch aus dieser Tabelle keine voreiligen Schlußfolgerungen ziehen; denn die Gesamtheit der konkreten Bedingungen, unter denen 1920–1922 zahlreiche arme Bauern und sogar Mittelbauern stehen, bewirkt, daß sie nicht alle Felder bestellen, über die sie verfügen. Eine der

194 N.P. Oganowski und N.D. Kondratiew, *Perspektiven der landwirtschaftlichen Entwicklung in der UdSSR* (russisch), Moskau 1924, S. 115; zit. nach S. Großkopf, "Appropriation, utilisation et partage des terres à l'époque de la NEP" (Aneignung, Nutzung und Aufteilung des Bodens in der Epoche der NEP), in: *Cahiers du monde russe et sovietique,* Okt.–Dez. 1973

195 1 Deßjatine = 1,1 Hektar

Ursachen liegt darin, daß *im wesentlichen nur der Boden aufgeteilt wurde und selten die anderen Produktionsmittel.* Das war in der Tat die Tradition des *Mir* und im allgemeinen wurde diese Tradition weiterhin von den wohlhabendsten Bauern (den beherrschenden Figuren des *Mir*) durchgesetzt und von den ärmsten Bauern akzeptiert.

In der Tat herrschte unter den armen Bauern im allgemeinen die Auffassung, daß die Hauptursache ihrer Armut der Mangel an Land sei, und daß das überwunden werden müßte. Während der Periode des Aufschwungs der Komitees der Dorfarmut *befassen sich diese kaum mit der Frage der landwirtschaftlichen Geräte* (196).

Infolge der Tatsache, daß die Landverteilung nicht einer Verteilung der anderen Produktionsmittel entspricht (aber auch aus anderen Ursachen, die mit dem Warencharakter eines Teils der landwirtschaftlichen Produktion zusammenhängen (197)), beträgt der Anteil der nicht bewirtschafteten Felder 1922–1923 ungefähr 30% der Anbaufläche von 1913. Daher sieht man, *wenn man die tatsächlich bewirtschaftete Fläche in Rechnung stellt,* daß der *Anteil der kleinen Höfe* (die annähernd den armen Bauern und den armen Mittelbauern entsprechen) *steigt,* und zwar von 43,8 auf 49,6% zwischen 1917 und 1922, während sich der Anteil der Zwischengruppe (von 42,7 auf 39,2%) und auch der Anteil der wohlhabenden und reichen Bauern (198) (von 13,5 auf 11,2%) verringert.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die russische Revolution es den armen Bauern und armen Mittelbauern – vom Standpunkt des verfügbaren Bodens aus gesehen – ermöglicht hat, ihre *wirtschaftliche Stellung* zu verbessern (sie erhöhen ihren Landbesitz um durchschnittlich 30%). Nichtsdestoweniger hat sie 1922 die *unmittelbare wirtschaftliche Lage* dieser Bauern nicht verbessert. Eine solche Verbesserung wird erst zu Beginn der NEP (zwischen 1923 und 1926) spürbar.

Da jedoch für die meisten Bauern der Landbesitz das Wesentliche ist, bedeutet das Anwachsen der Ländereien, über die sie verfügen, für sie einen entscheidenden Sieg. Das ist auch der Grund für die unbestreitbare politische Unterstützung, die die Bauernmassen der Sowjetmacht während des Bürgerkriegs gewähren. Wie man weiß, begann trotzdem – gegen Ende des Bürgerkriegs – ein Teil der Bauernschaft, sich gegen diese gleiche Macht zu erheben, die die Ablieferungspflicht und das Verbot des freien Handels zu weit getrieben hatte. Zu diesem Zeitpunkt äußert die Bauernschaft die Wünsche, die durch die NEP zufriedengestellt werden, wodurch die Verbindung zwischen den breiten Bauernmassen und der Sowjetmacht erneut gefestigt wird.

196 vgl. *Komitetny Bednoty,* Bd. 2, S. 26; zit. nach der Diplomarbeit von S. Großkopf, a.a.O., S. 87

197 vgl. unten, S. 205

198 vgl. die Schätzungen von Kondratiew und Oganowski, a.a.O., S. 118

2. *Die russische Bauernschaft und das dörfliche Kleinbürgertum*

In ihrer großen Masse – das heißt selbstverständlich mit Ausnahme der armen Bauern und des Landproletariats einerseits und der reichen Bauern andererseits – ist die russische Bauernschaft zu dieser Zeit ein Teil des Kleinbürgertums. Sie steht in Warenverhältnissen und nimmt in der russischen Gesellschaftsformation (in der weiterhin kaum umgestaltete kapitalistische Verhältnisse herrschen) die *Zwischenstellung* des Kleinbürgertums ein.

Zwar ist ein Teil der Produktion der Mittelbauern zu ihrer eigenen Konsumtion bestimmt, aber ein weiterer Teil dieser Produktion für den Austausch gegen die Geldsummen, die die Bauern zu ihrer produktiven und unproduktiven Konsumtion benötigen. *Diese Produktion wird also beherrscht durch die Erfordernisse der Reproduktion von Produktionsbedingungen, die sich über die Zirkulation herstellen.*

Die Produktion jenes Teils der Bauernschaft, der das dörfliche Kleinbürgertum bildet, wie übrigens auch die Produktion der dörflichen Bourgeoisie, wird tiefgreifend durch die Bedingungen des Markts beherrscht. So ist der Produktionsrückgang, der die Periode von 1917 bis 1922 kennzeichnet, teilweise verbunden mit der Entwertung des Rubels und dem Fehlen industrieller Produkte, die im Austausch mit den landwirtschaftlichen Produkten erworben werden können. Diese Situation hat die *gesellschaftlichen Bedingungen* der landwirtschaftlichen Produktion in ihrer Wirkung blockiert und zum Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion beigetragen. Die ersten Jahre der NEP haben gezeigt, bis zu welchem Punkt die russische Landwirtschaft von den Preis- und Marktbedingungen betroffen werden konnte.

Die Zugehörigkeit der Mittelgruppe der Bauernschaft zum Kleinbürgertum ist die *Folge ihrer Stellung in den Produktionsverhältnissen.* Da es keine ideologische und politische Tätigkeit der bolschewistischen Partei gab, die es erlaubt hätte, die *gesellschaftliche Praxis dieses Teils des Kleinbürgertums zu verändern,* bleibt diese Praxis ebenfalls kleinbürgerlich, sowohl auf ökonomischer als auch auf politischer Ebene. So entsprach auf ökonomischer Ebene der abrupte Rückgang der von der Landwirtschaft gelieferten Produktenmenge nur zum Teil einer Verschlechterung der *materiellen Bedingungen* der Produktion. In der Tat waren fast überall die materiellen Mittel vorhanden, durch die die Produktion auf einem verhältnismäßig hohen Niveau hätte gehalten werden können.

Wenn zwischen 1917 und 1921 ein dramatischer Rückgang der Produktenmengen zu verzeichnen ist, so deshalb, weil die Masse der Bauern, die für die Versorgung der Städte, der Betriebe und der Front hätten produzieren können, die Produktion mehr oder weniger auf das Niveau ihrer eigenen Konsumtion gesenkt hat; und zwar deshalb, weil die Bauern nichts (oder fast nichts) im Austausch für ihre Lieferungen erhalten konnten. In dieser Hinsicht war die *kleinbürgerliche Praxis des "Geben und Nehmen"* ausschlaggebend. Da die Städte im Augenblick nichts hergeben konnten, wurde

ihnen freiwillig nichts oder fast nichts geliefert. Die kleinbürgerliche Tauschpraxis gewann so die Überhand über die Solidarität mit den Soldaten (den Arbeitern und Bauern der Front) und den Arbeitern der Städte (die Brüder und Vettern der Dorfbauern), ja sogar über die Solidarität mit den Bauern der Gegenden, die das Opfer von Mißernten waren.

Dies festzustellen heißt selbstverständlich nicht, irgendeine "Anklage" gegen die russischen Bauern dieser Zeit zu erheben, sondern heißt, eine *Klassenpraxis* zu konstatieren und die Unfähigkeit der bolschewistischen Partei, sie zu verändern (die spätere geschichtliche Erfahrung der chinesischen Revolution liefert dagegen den Beweis, daß das möglich ist).

Auf politischer Ebene zeugen auch die Episode der Bauernerhebungen vom Winter 1920/21 und die Episode des Kronstädter Aufstands, der deren Ausläufer ist, vom *kleinbürgerlichen Klassencharakter* der Unterstützung, die die Bauernschaft dem Staat der Diktatur des Proletariats gewährt. Diese Unterstützung ist *unbeständig* in dem Maß, wie sie von den Mittelbauern ausgeht (die die große Masse der Bauernschaft ausmachen und einen Teil der armen Bauern beeinflussen). Die Mittelbauern unterstützen die Sowjetmacht, soweit diese ihnen hilft, sich der Grundbesitzer zu entledigen und sich einer gewissen Menge Lands zu bemächtigen, aber die Unterstützung bröckelt nach Beendigung des Kriegs ab, sobald die Sowjetmacht sie an der freien Entwicklung ihrer Tauschbeziehungen hindert. Man hat es also offenbar mit der schwankenden Unterstützung eines Kleinbürgertums zu tun, das "frei" über "seine" Produkte verfügen und mit ihnen Handel treiben möchte. Diese Art von Unterstützung wird symbolisiert durch die von den russischen Bauern gebrauchte Formel: "Hoch die Bolschewiki! (die geholfen haben, den Zarismus zu stürzen und die Grundbesitzer zu schlagen) Nieder mit den Kommunisten!" Um zu verstehen, was die NEP der russischen Bauernschaft zu Beginn der zwanziger Jahre bedeutet, muß man den Klassencharakter ihrer ökonomischen und politischen Praxis erkennen, muß man auch festhalten, daß die bolschewistische Partei nicht in der Lage gewesen war, diese Praxis zu verändern.

Diese Unfähigkeit der bolschewistischen Partei hat viele Gründe. Einige hängen mit der Geschichte der Partei zusammen: schwache Verankerung auf dem Land, zu starre Auffassung des Verhältnisses von *Klassenlage* und *Klassenpraxis* (daher die Tatsache, daß die führende Rolle *hauptsächlich politisch* und *nicht ideologisch bestimmt war*), usw. Die anderen Gründe hängen mit der Situation Rußlands zusammen: mit den Formen gesellschaftlicher Differenzierung, die im russischen Dorf bestehen, mit dem Einfluß der kleinbürgerlichen Ideen der Sozialrevolutionären Partei und mit den Auswirkungen der Funktionsweise des *Mir*, selbst in seiner erneuerten Form.

3. *Die ländliche Bourgeoisie*

Hält man sich an die Veränderungen in der Verteilung der landwirtschaftlichen Nutzfläche, so kommt man zu ungenauen Schlußfolgerungen über die Umwälzungen, die sich in den Klassenverhältnissen auf dem Dorf vollzogen hatten. Diese Schlußfolgerungen sind besonders irreführend, was die reichen Bauern anbetrifft, deren Anteil an bestellbarem Land zwischen 1917 und 1922 (199) zurückgegangen war. Um die ökonomische Stellung der ländlichen Bourgeoisie zu beurteilen, müßte man vor allem die Verteilung der übrigen Produktionsmittel (außer der Verteilung des Bodens) in Rechnung stellen. Leider verfügen wir über keine Gesamtstatistiken zu diesem Punkt. Die verfügbaren, fragmentarischen Angaben legen nahe, daß die ungleiche Verteilung der Produktionsmittel etwas gemildert wurde, daß sie aber fortbesteht und weiterhin eine der wesentlichen materiellen Grundlagen der Ausbeutungsverhältnisse ist, die sich innerhalb des Dorfs reproduzieren. Das heißt, daß sie eine Grundlage für die Differenzierung der Bauernschaft in eine arme, mittlere und reiche Bauernschaft ist, wobei letztere den Kern der *ländlichen Bourgeoisie* bildet.

Man muß zuallererst mit der Idee abrechnen, allein die Verteilung des Bodens würde zählen, weil die Bauern die anderen Produktionsmittel aufgrund ihrer "Einfachheit" "selber produzieren" könnten. Diese Auffassung ist selbstverständlich unrealistisch. Ein Holzpflug kann bisweilen *individuell* produziert werden, keineswegs aber ein Eisenpflug, eine Sense oder gar ein Wagen; was die Tiere anbelangt, so müssen sie in der Tat gekauft werden (da sie nicht aufgeteilt werden), was große Summen erfordert (für die meisten Haushalte armer und mittlerer Bauern bedeutet es eine wirtschaftliche Katastrophe, wenn das einzige Zugtier eingeht: der Haushalt sinkt dann auf die niedrigste Stufe des Elends.

Die Produktionsmittel, über die die armen Bauern verfügen, sind also in bedrohlicher Weise unzureichend. So besitzen im Nordwesten Rußlands – eine Region, für die einige brauchbare Zahlen vorliegen – 29% der Wirtschaften, die zum *Mir* gehören, überhaupt kein Arbeitswerkzeug und für 100 Wirtschaften stehen nur 35 Stück Vieh zur Verfügung. Insgesamt kommen auf 100 Deßjatinen Saatfläche 1920 nur 9,6 Holzpflüge und 11,2 Eisenpflüge (1923 sind es nur noch 9,6 Eisenpflüge).

Die Ungleichheiten in der Ausrüstung der Wirtschaften haben im übrigen einen entscheidenden Einfluß auf den *Ertrag pro Deßjatine*. In ein- und derselben Gegend ist der Ertrag bei einigermaßen gut ausgerüsteten Wirtschaften oft um 60% höher als in den Wirtschaften mit *mittlerer* Ausrüstung (200).

Das Problem der Differenzierung der Bauernschaft beschränkt sich jedoch nicht nur auf das Problem der "Ungleichheit": es ist ein Problem der *Klassen*differenzierung. Auf einem der gesellschaftlichen Pole des Dorfs

199 s. oben, S. 203

200 vgl. zu diesen verschiedenen Punkten das Buch von Oganowski und Kondratiew, insbesondere S. 60/61 und S. 123

befindet sich das *landwirtschaftliche Halbproletariat* und die armen Bauern, die von den reichen Bauern (bisweilen auch von den wohlhabenden Mittelbauern) ausgebeutet werden, bei denen sie die Pferde, den Eisenpflug und andere landwirtschaftliche Geräte mieten müssen. Auf dem anderen Pol befindet sich die *ländliche Bourgeoisie*, die *Kulaken*, die die Halbproletarier, die armen Bauern und einen Teil der Mittelbauern ausbeuten.

Es gibt keine Angaben, durch die man diese Ausbeutung zahlenmäßig erfassen kann, aber man weiß, daß sie hart war (so war es üblich, daß ein armer Bauer ein Drittel der auf seinem Boden erwirtschafteten Ernte an den abführen mußte, der ihm ein Pferd für die Bestellung verpachtet hatte); man weiß auch, daß unter der Sowjetmacht die Ausbeutung oft versteckte Formen annahm, um den Unterdrückungsmaßnahmen zu entgehen; aber auf jeden Fall *war diese Ausbeutung Realität und eine schwere Last.*

Man hat es mit einem *kapitalistischen Schmarotzertum* zu tun, das mit einer langsamen kapitalistischen Entwicklung der Landwirtschaft zusammenhängt. Der Kulak erhöht seine Einkünfte vor allem dadurch, daß er seine Arbeitsinstrumente vermietet und mit dem Getreide spekuliert, und weniger dadurch, daß er seinen eigenen "landwirtschaftlichen Betrieb" verbessert. Das sind Beobachtungen, die Marx und Engels bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gemacht hatten und die auch für 1920 bis 1922 grundsätzlich gelten (201).

Die Existenz der ländlichen Bourgeoisie hat einen erheblichen wirtschaftlichen und politischen Einfluß. Sie droht über den *Mir* das Dorf zu beherrschen und die Masse der Bauern zu manipulieren, die wirtschaftlich teilweise von ihr abhängt. Das ist umso mehr der Fall, als die Sowjetverwaltung weit entfernt ist (sie befindet sich in der Kreisstadt) und als sie selber örtlich stark durch die Kulaken beeinflußt wird. Die Proletarisierung des Dorfs, die sich aus diesem Zustand ergibt, macht die Mittelbauern zu einem Kleinbürgertum, das sich zu bereichern sucht und das darum kämpft, nicht in die Reihen des Halbproletariats und der armen Bauernschaft abzusinken. Dieses Kleinbürgertum wird daher dazu getrieben, die armen Schichten der Bauernschaft, soweit ihm das möglich ist, ebenfalls auszubeuten.

Auf der Grundlage dieser gesellschaftlichen Verhältnisse, dieser Klassenverhältnisse und dieser Klassenpraxis, vollziehen sich die Veränderungen in den staatlichen Apparaten, die es jetzt zu untersuchen gilt.

201 Engels verwendet in der Schrift *Soziales in Rußland* den Ausdruck "kapitalistisches Schmarotzertum" in bezug auf die reichen Bauern Rußlands, die Kulaken.

DRITTER TEIL

DIE UMWANDLUNG DER WICHTIGSTEN APPARATE DER DIKTATUR DES PROLETARIATS

Durch die Analyse jener Umwandlungen, die sich zwischen 1917 und 1922 in den wichtigsten Apparaten vollziehen, lassen sich einige der politischen Veränderungen erfassen, die sich in dieser Zeit ankündigen (übrigens Veränderungen, die Lenin oft beschrieben hat) und deren spätere Entwicklung für das Proletariat immer ungünstigere Auswirkungen haben wird. Die Analyse zeigt auch, daß diese Umwandlungen das Ergebnis eines *objektiven sozialen Prozesses* sind, das Produkt eines *Klassenkampfs* und nicht das "Produkt" der theoretischen oder organisatorischen Vorstellungen der bolschewistischen Partei.

Und wenn auch manche dieser – teilweise "unangemessenen" – Vorstellungen nicht dazu geeignet waren, die Auswirkungen der sich vollziehenden Umwandlungen *vorauszusehen* oder ihre Konsequenzen zu *vermeiden, so darf man andererseits den partiellen Verlust der Kontrolle über einen objektiven Prozeß nicht verwechseln mit dem Motor dieses Prozesses.*

Um das Wesentliche zu erfassen, muß man darauf hinweisen, daß die politischen Verhältnisse niemals "dekretiert" werden; in letzter Instanz sind sie immer die Form der grundlegenden gesellschaftlichen Verhältnisse, die auf der Ebene der Produktion zu suchen sind. Wie Marx in der *Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie* schreibt: "Jede Form der Produktion erzeugt ihre eignen Rechtsverhältnisse, Regierungsform" (1). Dieses Verhältnis der Bestimmung der politischen Formen durch die Formen der Produktion läßt erkennen, daß die Beschränktheit der auf der Ebene der Produktionsverhältnisse vorgenommenen Umwandlungen (besonders in der Arbeitsteilung innerhalb der Fabriken, in der Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land und in der Klassenstruktur im Dorf) in *letzter Instanz* dahin tendiert, die Ergebnisse der Oktoberrevolution zu blockieren. Für einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten erklärt dieses Bestimmungsverhältnis auch, daß das Fehlen einer neuen, revolutionären, die Produktionsverhältnisse radikal angehenden Offensive und das Fehlen einer politischen, diese Offensive erfolgreich entwickelnden Linie schließlich zur Zerstörung der Diktatur des Proletariats selber führt. So kann man heute beobachten, wie in Rußland unter neuen Bedingungen innere politische Beziehungen und politische Beziehungen zur übrigen Welt wieder entstehen, die sich als die "Neuauflage" der bürgerlichen politischen Beziehungen, ja sogar solcher der zaristischen Zeit herausstellen.

1. s. Marx, *Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie,* in: MEW 13, S. 620. Marx entwickelt denselben Gedanken im *Kapital,* MEW 25, S. 799 f.

Die Bestimmung der politischen Ebene durch die ökonomische Ebene (dieses Verhältnis faßt Lenin bewundernswert in der berühmten Formel zusammen: "Politik ist der konzentrierte Ausdruck der Ökonomik." (2)) ist selbstverständlich ein Bestimmungsverhältnis in *letzter Instanz,* kein "Ausdrucksverhältnis" (das aus den politischen Verhältnissen den einfachen "Ausdruck" – ein "anderes Gesicht" – der ökonomischen Verhältnisse machen würde). Außerdem besitzt die politische Ebene eine *relative Autonomie* gegenüber der ökonomischen Ebene.

Diese relative *Autonomie* erklärt die Tatsache, daß der revolutionäre Kampf den Zusammenbruch der politischen Macht der Bourgeoisie herbeiführen und die Diktatur des Proletariats errichten kann – wie das im Oktober 1917 der Fall war –, ohne daß vorher oder gleichzeitig die Produktions- und Eigentumsverhältnisse umgewälzt worden wären. Im übrigen kann diese Umwälzung auch erst vollzogen werden, wenn die Bourgeoisie ihrer Macht beraubt ist und wenn sich das Proletariat zur herrschenden Klasse formiert hat.

Die *Notwendigkeit einer ununterbrochenen Revolution,* der Weiterführung des revolutionären Kampfs unter der Diktatur des Proletariats, rührt genau daher, daß die grundlegenden ökonomischen Verhältnisse ohne einen solchen Kampf nicht gründlich umgestaltet werden können. Solange sie nicht radikal umgestaltet sind (zerbrochen und wiederhergestellt), solange sie Elemente kapitalistischer Verhältnisse verbergen, liefern die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse eine objektive Basis für *bürgerliche gesellschaftliche Praktiken.* Diese tendieren dazu, die Reproduktion der alten politischen Verhältnisse zu bestärken, die Diktatur des Proletariats zu schwächen und schließlich (durch die Konsolidierung solcher Positionen, von denen aus die Bourgeoisie ihren Klassenkampf führen kann) sämtliche Bedingungen der Diktatur der Bourgeoisie und diese Diktatur selbst wiederherzustellen.

Was im Klassenkampf unter der Diktatur des Proletariats unter anderem auf dem Spiel steht, ist die Herausbildung von Formen *proletarischer gesellschaftlicher Praxis.* Allein mit ihrer Hilfe kann die Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse auf revolutionäre Weise umgestaltet werden. Ohne sie reproduzieren sich die *bürgerlichen gesellschaftlichen Praktiken* und gewährleisten auf allen Ebenen der Gesellschaft günstige Bedingungen für den von der Bourgeoisie geführten Klassenkampf, für die Konsolidierung und die Wiederherstellung der bürgerlichen gesellschaftlichen Verhältnisse.

Die Erfahrung der Geschichte zeigt, daß eine der wesentlichen und unersetzlichen Aufgaben einer revolutionären Partei in der *Hilfestellung* bei der Entfaltung proletarischer Praktiken besteht. Sie muß sich dazu in jedem Augenblick auf das Heranreifen der Klassenwidersprüche stützen und dabei jeden einzelnen Aspekt dieser Widersprüche berücksichtigen. Die Partei der Bolschewiki ging an diese Aufgabe in sehr unterschiedlicher Weise heran; so hat sie es zugelassen, daß sich die bürgerlichen gesellschaftlichen Praktiken reproduzierten und daß sich der Konsolidierungsprozeß der kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnisse, denen die Oktoberrevolution nur einen ersten Stoß versetzt hatte, vor allem auf politischer und juristischer Ebene fortsetzte. Der Konsolidierungsprozeß dieser Verhältnisse hat zunächst die Gestalt eines Umwandlungsprozesses der wichtigsten Machtorgane der Diktatur des Proletariats angenommen. Wir untersuchen nun die wesentlichen Aspekte dieses Prozesses, dessen Bedeutung und dessen Auswirkungen die Partei der Bolschewiki nur teilweise verstanden hatte, nur teilweise verstehen konnte, war sie doch die erste revolutionäre Partei, die sich der *unvergleichlichen historischen Aufgabe konfrontiert sah, den Aufbau von sozialistischen gesellschaftlichen Verhältnissen anzuführen.*

2 *Noch einmal über die Gewerkschaften,* in: LW 32, S. 73

KAPITEL I

Die Umwandlung der zentralen Machtorgane und der staatlichen Verwaltungsapparate

Die Sowjetmacht entwickelte sich sehr schnell zu einem System politischer Verhältnisse, das sich zutiefst von demjenigen unterschied, dessen Grundzüge Lenin in *Staat und Revolution* beschrieben hatte. Nach einem Ausdruck von Engels, den Lenin aufgriff, hätte die Sowjetmacht anders aussehen müssen als ein "Staat im eigentlichen Sinne" (3). Tatsächlich sollte die Sowjetmacht wesentlich auf den *örtlichen Sowjets* beruhen, während die zentralen staatlichen Organe vor allem ein Ort der *Zentralisierung* sein sollten. In der Praxis hatten sich jedoch solche, teilweise nichtstaatlichen Verhältnisse, wie sie sich keimhaft im System der Sowjets zu bilden begannen, nicht konsolidiert. Die *Konzentrierung* der Macht innerhalb der zentralen staatlichen Machtorgane gewann über die *Zentralisierung* das Übergewicht. Die örtlichen Sowjets beginnen entweder gar nicht erst, eine Rolle zu spielen, oder sie tendieren dahin, diese Rolle abzubauen; ebenso wie auch der Sowjetkongreß immer mehr an Bedeutung verliert. Diese Entwicklung geht weiter, ja, beschleunigt sich in der Phase des "Kriegskommunismus", sie bewirkt eine immer deutlichere Tendenz zur *Verselbständigung* der staatlichen Verwaltungsapparate. Diese werden nämlich nicht wirklich von den Volksmassen kontrolliert und entgleiten sogar ansatzweise der wirksamen Autorität der Partei der Bolschewiki.

1. Die Umwandlung der Beziehungen zwischen den einzelnen zentralen Regierungsorganen

Nach den ursprünglichen Vorstellungen der Partei der Bolschewiki sollte die zentrale Staatsmacht beim Sowjetkongreß liegen, der alle drei Monate zusammentreten sollte. In der dazwischenliegenden Zeit sollte die zentrale Staatsmacht vom Gesamtrussischen Zentralen Exekutivkomitee der Sowjets ausgeübt werden (abgekürzt: Zentralexekutivkomitee, ZEK; russ.: VCIK), das vom Kongreß gewählt wurde. Tatsächlich aber tritt der Kongreß der Sowjets nach 1918, ohne daß eine neue formelle Regelung angenommen worden wäre, nur noch einmal im Jahr zusammen. 1921 faßt der IX. Kongreß der Sowjets den formellen Beschluß, daß die künftigen Kongresse nur noch jährlich stattfinden, was sowohl den Gesamtrussischen Kongreß als auch den der Bezirkssowjets betrifft.

Nicht nur die Häufigkeit der Versammlungen der Kongresse der Sowjets nimmt ab, sondern auch deren Autorität. Ab Juli 1918 unterlassen es der

3 vgl. den Brief von Engels an Bebel vom 18.–28. März 1875 (MEW 19, S. 6 f.) und Lenins Kommentar zu diesem Brief in *Staat und Revolution* (LW 25, S. 453 ff.)

Vorsitzende des ZEK und der des Sownarkom, dem Kongreß über die Tätigkeit dieser Organe zu berichten; vorher mußte dieser Bericht vom Kongreß diskutiert und verabschiedet werden.

Das ZEK selbst, direkt aus dem Gesamtrussischen Kongreß der Sowjets hervorgegangen, ist immer weniger aktiv (gleichzeitig wächst die Zahl seiner Mitglieder auf 300 im Jahr 1920) (4). Ursprünglich sollte das ZEK ständig tagen; praktisch tritt es aber immer seltener zusammen; 1921 fanden nur noch drei Sitzungen jährlich statt.

Was dem ZEK an Macht verblieben war, hat im übrigen im Dezember 1919 praktisch dessen Vorsitzender übernommen; aber auch dieser bekleidet sehr bald nur noch eine formale Ehrenposition: er erfüllt die Aufgaben eines "Staatsoberhaupts" (5).

Im Verlauf der Phase des "Kriegskommunismus" ist das Staatsorgan mit der wirklich entscheidenden Rolle nicht das aus dem Gesamtrussischen Kongreß der Sowjets hervorgegangene, sondern eben der Sownarkom, in dem Lenin bis zu seinem Tod den Vorsitz innehat. Formal gesehen werden die wichtigsten Entscheidungen ohne Unterschied entweder im Namen des Sownarkom oder des Zentralkomitees der Partei gefällt, oder auch gemeinsam durch eines dieser Organe und durch das ZEK. Wie wir später sehen werden, existiert darüber hinaus ein erheblicher Spielraum zwischen der formalen Konzentrierung der Macht innerhalb einiger zentraler Organe und der wirklichen Ausübung dieser Macht: tendenziell verlagert sie sich in die Verwaltungsorgane, die theoretisch eine untergeordnete Position einnehmen. Mehr als einmal sollte Lenin das feststellen und Wege suchen, diese Situation zu verändern.

2. Der Prozeß der Ausschaltung der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Presse

Die Partei der Bolschewiki hatte kein von vornherein festgelegtes "Programm" in bezug auf die Frage, welche Stellung die demokratischen und bürgerlichen Parteien und deren Presse im System der Diktatur des Proletariats einnehmen könnten. Dennoch wird schon vor der Oktoberrevolution genau unterschieden zwischen jenen Parteien und jener Presse, die direkt die Interessen der Bourgeoisie vertreten (wie die Partei der "Konstitutionellen", die "Kadetten") – gegen die Unterdrückungsmaßnahmen getroffen werden müssen – und denjenigen demokratischen Parteien und Zeitungen, die Ausdruck der Bestrebungen des Kleinbürgertums sind. In bezug auf diese letzteren ist die Partei der Bolschewiki der Ansicht, der Hauptaspekt des Kampfs, der geführt werden müsse, um die Volksmassen dem kleinbürgerli-

4 Der V. Kongreß der Sowjets hatte die Mitgliederzahl des ZEK auf 200 verringert (s. oben, S. 94).

5. s. zu diesem Sachverhalt E.H. Carr, *La Formation de l'URSS* (Die Gründung der UdSSR), Paris 1950, S. 217 f. und 227

chen Einfluß zu entreißen, sei der *ideologische Klassenkampf*. Dieser Kampf schließe die Konfrontation mit diesen Parteien innerhalb der Sowjets ein sowie die Möglichkeit für sie, über Zeitungen zu verfügen.

Unmittelbar nach der Oktoberrevolution ermöglichte die Partei der Bolschewiki an der Macht den demokratischen Parteien tatsächlich, ihre Aktivitäten zu entfalten. Sie verhandelte sogar mit ihnen über eine eventuelle Regierungsbeteiligung; sie unterdrückte die bürgerliche Presse und bürgerliche Parteien nur in Grenzen.

a) Die Kadettenpartei und ihre Presse

Nach der Oktoberrevolution wird die Kadettenpartei nicht sofort verboten. Erst Ende November 1917, als sie offen Kaledins konterrevolutionäre Aufstandsvorbereitungen unterstützt, wird sie zur "Partei von Volksfeinden" erklärt und durch ein Dekret des Sownarkom verboten (6). Abgeordnete der Kadetten (wie auch anderer bürgerlicher Parteien) waren dennoch in die Konstituierende Versammlung (7) gewählt worden und nahmen an deren kurzer Zusammenkunft teil.

Der bürgerlichen Presse gegenüber hat sich die Sowjetregierung in der Praxis zunächst toleranter gezeigt als in ihren Erklärungen. Im Grunde hätte die bürgerliche Presse nicht mehr zugelassen sein dürfen. Lenin erinnert daran in seiner *Rede zur Pressefrage* vom 4. November 1917:

> "Wir haben auch früher erklärt, daß wir die bürgerlichen Zeitungen verbieten werden, wenn wir die Macht übernehmen. Duldet man das Erscheinen solcher Zeitungen, so heißt das, daß man aufhört, Sozialist zu sein. (...) Wir können der Bourgeoisie nicht die Möglichkeit geben, uns zu verleumden." (8)

Lenin fügt allerdings in seiner Rede hinzu, daß man das Gesetz nicht bürokratisch anwenden, sondern örtliche Gegebenheiten berücksichtigen werde. In dieser Zeit also strebt die Sowjetmacht keine harten Verbote an.

In der Praxis verbietet die Sowjetmacht während des Winters 1917/18 und im Frühjahr 1918 nicht alle bürgerlichen Zeitungen. So erscheint die Zeitung der Kadettenpartei *Swoboda Rossii* selbst dann noch, als diese Partei aufgelöst wird; die Zeitung wird sogar noch im Sommer 1918, mitten im Bürgerkrieg, verbreitet (9). Erst später verschwindet sie, als der militärische Kampf eine solche Schärfe annimmt, daß es unmöglich wird, das Erscheinen des Sprachrohrs von bewaffneten feindlichen Kräften zuzulassen.

Offiziell tauchen die Kadetten ein letztes Mal bei der Bildung eines gesamtrussischen Hilfskomitees für die Hungernden auf; dieses Komitee bildet sich aufgrund eines Dekrets vom 21. Juli 1921, um sich an den Geldsammlungen einer internationalen Hilfsaktion für die vom Hunger heimgesuchten Regionen Rußlands zu beteiligen. Die Sowjetregierung fordert mehrere bekannte Kadetten auf, an der Arbeit des Komitees teilzunehmen. Die Kadetten tagen dort Seite an Seite mit den Menschewiki, Sozialrevolutionären und natürlich den Bolschewiki (von denen einer den Vorsitz führt). Schnell stellt sich heraus, daß die bürgerlichen Mitglieder dieses Gremiums versuchen, direkt mit dem Ausland zu verhandeln, um sich dabei als "Gegenregierung" zu konstituieren. Das Komitee wird daraufhin durch ein Dekret vom 27. August 1921 aufgelöst und seine wichtigsten bürgerlichen Mitglieder werden verhaftet (10). Von da an verschwinden die Kadettenpartei und ihre Mitglieder von der politischen Bildfläche. 1922, also zu Beginn der NEP, stellen die letzten bürgerlichen Publikationen, darunter eine "liberale" ökonomische Zeitschrift (*Ekonomist*), ihr Erscheinen ein (11). Diese Umstände zeigen, daß die Partei der Bolschewiki wesentlich im Zusammenhang mit der politischen Situation, der kritischen Lage der Kriegsjahre und der späteren ernsten Schwierigkeiten nach und nach die Aktivitäten der bürgerlichen Organisationen und ihrer Presse unterbunden hat, da sich diese nicht auf den ideologischen Kampf beschränkten, sondern zu jeder Zeit zur offenen Konterrevolution drängten. Die "demokratischen" Parteien und Zeitungen betrifft ein ähnlicher Vorgang, der jedoch komplizierter ist und langsamer verläuft.

b) Die anfänglichen Verhandlungen mit den "demokratischen" Parteien

Wenn auch der Oktoberaufstand gegen die Bourgeoisie und zugleich gegen die Politik der Unterstützung der provisorischen Kerenski-Regierung durch die "demokratischen" Parteien gerichtet war, so behandelte doch die Partei der Bolschewiki zunächst diese Parteien keineswegs als konterrevolutionäre Parteien. Sie erließ nicht nur kein Verbot, sie unternahm vielmehr Anstrengungen, diese Parteien in die Regierung aufzunehmen. Als die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre den Kongreß der Sowjets verlassen hatten, erklärte Lenin am 29. Oktober 1917 (vor einer Versammlung der Regimentsvertreter der Petrograder Garnison):

> "Es ist nicht unsere Schuld, daß die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki gegangen sind. Wir haben ihnen angeboten, die Macht zu teilen, aber sie wollen abwarten, bis der Kampf mit Kerenski beendet sein wird."

6 vgl. die Sammlung von Dekreten von 1917–1918, Nr. 4, Artikel 64; zit. nach E.H. Carr, *La Formation de l'URSS*, a.a.O., S. 117
7 s. oben, S. 91
8 LW 26, S. 280
9 E.H. Carr, *La Formation de l'URSS*, a.a.O., S. 173
10 ebd., S. 181 f.
11 vgl. E.H. Carr, *Socialism in One Country (1924–1926)* (Der Sozialismus in einem Land, 1924–1926), Bd. 1, London 1964, S. 65

Und er fügt hinzu:

"Hier wissen alle, daß die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki gegangen sind, weil sie in der Minderheit geblieben waren. Die Petrograder Garnison weiß das. Sie weiß, daß wir eine Koalitions-Sowjetregierung wollten." (12)

In der Tat weigern sich in der Nacht vom 25. zum 26. Oktober die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre, anzuerkennen, daß von nun an die Macht von den Sowjets ausgeübt wird. Sie beschließen, den Kongreß zu verlassen und stellen sich damit auf die Seite der Konterrevolution. Dennoch ist am 29. Oktober das Zentralkomitee – in Abwesenheit von Lenin, Stalin und Trotzki – bereit, mit diesen Parteien (13) über die Bildung einer Koalitionsregierung (14) zu verhandeln. Aber diese Parteien stellen sich in offene Feindschaft zur Sowjetmacht: sie fordern die Aufnahme einer starken *bürgerlichen* Fraktion ins ZEK (bestehend aus Stadträten von Petrograd und Moskau) und den Ausschluß Lenins und Trotzkis aus der Koalitionsregierung. Am 1. November gesteht Lenin zu, daß die Verhandlungen als "diplomatische Maskierung der militärischen Handlungen" dienen können. Er ist aber der Meinung, daß man jetzt die Verhandlungen abbrechen muß: man geht "entweder mit den Agenten Kaledins oder mit den Massen" (15). Er unterbreitet dem Zentralkomitee eine Resolution entsprechenden Inhalts; sie wird jedoch mit zehn gegen vier Stimmen *abgelehnt* (16). Den Befürwortern der Fortsetzung der Verhandlungen mit solchen Parteien, die sich weigern, die aus der Oktoberrevolution und dem Kongreß der Sowjets hervorgegangene Macht anzuerkennen, wirft Lenin einen Tag später, am 2. November, vor, "alle grundlegenden Positionen des Bolschewismus sowie des proletarischen Klassenkampfes überhaupt voll und ganz" preiszugeben. In der Resolution, die er dem Zentralkomitee unterbreitet, erklärt er:

"Zugeständnisse gegenüber ultimativen Forderungen und Drohungen der Minderheit der Sowjets (kommen) einem völligen Verzicht nicht nur auf die Sowjetmacht gleich, sondern auch auf den Demokratismus, denn solche Zugeständnisse bedeuten, daß die Mehrheit Angst hat, ihre Mehrheit zu nutzen, bedeuten Unterwerfung unter die Anarchie, bedeuten, daß jede beliebige Minderheit ultimative Forderungen wiederholen wird." (17)

12 LW 26, S. 260 f.
13 P. Broué, *Le Parti bolchévique* (Die bolschewistische Partei), Paris 1963, S. 99
14 Es fällt auf, daß Lenin *an diesem Tag* den Regimentsvertretern der Petrograder Garnison erklärt: "Wir *wollten* eine Koalitions-Sowjetregierung" (Hervorhebung – Ch.B.); das bedeutet, daß Lenin sie nicht mehr will.
15 vgl. die Ausführungen Lenins im ZK am 1. November 1917, in: LW 26, S. 270
16 M. Liebman, *Le Leninisme sous Lénine* (Der Leninismus unter Lenin), Paris 1973, Bd. 2, S. 50
17 LW 26, S. 272

Nach drei Wahlgängen wird diese Resolution Lenins mit nur acht gegen sieben Stimmen angenommen. Im Anschluß an diese Abstimmung zieht sich die Minderheit des Zentralkomitees aus dem ZK zurück (18), und mehrere Volkskommissare verlassen die Regierung. In der Tat scheitert der Versuch der Minderheit, die Gespräche mit den Menschewiki und den Sozialrevolutionären fortzuführen, an deren Antisowjetismus: nach der Forderung, daß die bolschewistische Partei praktisch auf die Kontrolle der Regierung verzichten solle, beschließen sie endlich, definitiv die Verhandlungen abzubrechen (19). Die Minderheit des Zentralkomitees schließt sich daraufhin dem ZK wieder an.

Es muß betont werden, daß das ZK in der am 2. November angenommenen Resolution in keiner Weise den Ausschluß der aus dem Kongreß der Sowjets ausgezogenen Parteien beschließt. In Lenins Resolution heißt es nämlich:

"Das Zentralkomitee stellt fest, daß es niemanden vom II. Gesamtrussischen Sowjetkongreß ausschließt und auch jetzt durchaus bereit ist, diejenigen, die gegangen sind, wieder zuzulassen und eine Koalition mit ihnen im Rahmen der Sowjets einzugehen, daß also die Behauptungen, die Bolschewiki wollten mit niemandem die Macht teilen, absolut unwahr sind." (20)

Nach dem Abbruch der Verhandlungen mit den Menschewiki und den Sozialrevolutionären bemühen sich die Bolschewiki, Lenin eingeschlossen, die Verhandlungen noch mit den linken Sozialrevolutionären fortzusetzen (die nicht aus dem Kongreß der Sowjets ausgezogen waren). Als die Sowjetregierung gebildet worden war, hatte man ihnen übrigens die Teilnahme angeboten, was sie aber abgelehnt hatten (21). Am Tag nach dem Rücktritt jener Volkskommissare, die mit der Minderheit des Zentralkomitees übereinstimmten, macht man nun den linken Sozialrevolutionären neue Angebote. Als Abschluß langer Verhandlungen wird am 12. Dezember 1917 ein Abkommen getroffen und eine *Koalitionsregierung* gebildet, die aus elf Bolschewiki und sieben linken Sozialrevolutionären besteht. Außerdem wird ein linker Sozialrevolutionär stellvertretender Vorsitzender der Tscheka. Diese Koalitionsregierung besteht bis Ende Februar 1918; das Abkommen zwischen den beiden Parteien wird zu diesem Zeitpunkt annulliert, weil sich die linken Sozialrevolutionäre gegen die Friedensverhandlungen mit Deutschland aussprechen. Dennoch bleibt das Verhältnis zu dieser Partei auch einige Zeit lang nach dem Rücktritt der aus ihren Reihen stammenden Volkskommissare noch ziemlich gut. Die Sozialrevolutionäre Partei ist weiterhin repräsentiert in den Ausschüssen des ZEK, in verschiedenen Abteilungen der Volks-

18 Zu dieser Minderheit gehören Kamenew, Sinowjew, Nogin, Rykow und Miljutin; vgl. LW 26, S. 299
19 M. Liebman, *Le Léninisme sous Lénine*, a.a.O., S. 52
20 LW 26, S. 272
21 ebd.

kommissariate und sogar in der Tscheka. Aber nach dem Abschluß des Friedens von Brest-Litowsk und zu Beginn des Bürgerkriegs verschlechtern sich die Beziehungen zu den linken Sozialrevolutionären erheblich.

Die bolschewistische Partei bestimmt also ihr Verhalten gegenüber den "demokratischen" Parteien im Zusammenhang mit *deren tatsächlich verfolgter* Politik, mit deren Ablehnung oder Anerkennung der Sowjetmacht. In der Tat werden die Aktivitäten dieser Parteien nicht gestört, solange sie nicht gefährlich konterrevolutionär sind; je nach Schärfe der Widersprüche und – vor allem – je nach der militärischen Lage während des Bürgerkriegs, läßt man diesen Parteien mehr oder weniger große Aktionsmöglichkeit. Sie werden nicht über einen Kamm geschoren, denn was zählt, ist ihre reale Haltung zur Sowjetmacht.

c) Die Politik der Sozialrevolutionären Partei

Unter den "demokratischen" Parteien ist der unmittelbarste und offenste Gegner der Sowjetmacht die Sozialrevolutionäre Partei (von der sich, wie wir später sehen werden, die linken Sozialrevolutionäre abgespalten haben). Zur Zeit der Oktoberrevolution setzt sich die soziale Basis dieser Partei aus der ländlichen Intelligenz, den Angestellten der Semstwos und der Genossenschaften, den Lehrern und den Dorf- oder Bezirksbeamten zusammen. Zwischen Februar und Oktober 1917 nähern sich die Sozialrevolutionäre immer mehr den Kadetten an, sprechen sich gegen die Sowjetmacht aus und widersetzen sich der Verteilung des Bodens durch die Bauern. Die russischen Banken tragen, als sie noch nicht verstaatlicht sind, zur Finanzierung der Partei bei; sie erhält auch Zuwendungen von amerikanischen Geschäftsleuten (22). Unmittelbar nach dem 26. Oktober 1917 beschließt sie eine *bewaffnete Aktion* gegen die Sowjetmacht und verhandelt mit Kosakenregimentern und Offiziersschülern. Nach der Auflösung der Konstituierenden Versammlung greift sie zum individuellen Terror und begeht mehrere Morde. Während des Bürgerkriegs unterstützt sie offen die Konterrevolution und beteiligt sich an mehreren, gegen die Bolschewiki gerichteten "Regierungen" (23).

Trotz dieser konterrevolutionären Aktivitäten wird die Sozialrevolutionäre Partei von der Sowjetregierung nicht aufgelöst. Bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs beteiligt sie sich an der Arbeit der Sowjets (denn sie ist nur aus dem Sowjetkongreß ausgezogen), und ihre Zeitungen erscheinen weiter; allerdings werden sie immer häufiger der Zensur unterworfen, die im März 1918 eingeführt wird. Als sich dann aber der Bürgerkrieg ausweitet, werden die Sozialrevolutionäre wegen ihrer "Verbindung mit den notorischen Konterrevolutionären" (24) aus den Sowjets ausgeschlossen. Formal wird

22 vgl. M. Liebman, *Le Leninisme sous Lenine*, a.a.O., Bd. 2, S. 55 ff.
23 ebd.
24 vgl. E.H. Carr, *La Formation de l'URSS*, a.a.O., S. 165

ihre Partei aber nicht aufgelöst. Je nach den Ereignissen werden ihre Aktivitäten mehr oder weniger geduldet.

Diese Toleranz trägt auch einige Früchte. So verurteilen im Februar 1919 die Petrograder Sozialrevolutionäre die Konterrevolution und die ausländische Intervention. Ein Beschluß des ZEK vom 25. Februar 1919 verfügt die Wiederaufnahme derjenigen Sozialrevolutionäre in die Sowjetorgane, die diese Haltung einnehmen (25). Die Sozialrevolutionäre können wieder einige Veranstaltungen durchführen. Ende 1920 nehmen sogar Delegierte der Sozialrevolutionäre ohne Stimmrecht am XIII. Sowjetkongreß teil.

d) Die linken Sozialrevolutionäre

Die Partei der linken Sozialrevolutionäre erfährt eine gewisse Zeit lang eine andere Behandlung als die Sozialrevolutionäre. In der Tat haben sich die linken Sozialrevolutionäre während des Kriegs von den Sozialrevolutionären getrennt. Sie haben auch eine andere soziale Basis: sie üben großen Einfluß auf die Mittelbauern aus.

Im Oktober 1917 nehmen die linken Sozialrevolutionäre weiter am Sowjetkongreß teil und gründen bald danach eine eigene Partei (ihr Gründungskongreß findet im November 1917 statt) (26). Die Partei beteiligt sich dann zwar an der Sowjetregierung und ist im ZEK vertreten, aber der Bruch mit der bolschewistischen Partei wird zu Beginn des Jahrs 1918 unvermeidlich; dies vor allem aufgrund des Friedensschlusses von Brest-Litowsk, dessen absoluter Gegner sie ist. Vom Sommer 1918 an verurteilt sie den Beschluß, Komitees der Dorfarmut zu bilden und bewaffnete Arbeiterabteilungen aufs Land zu schicken. Im Juli 1918 brechen die linken Sozialrevolutionäre auf spektakuläre Weise mit der Sowjetmacht.

Der offene Bruch ereignet sich auf dem V. Sowjetkongreß im Juli 1918. Der Kongreß setzt sich aus 1.132 Delegierten zusammen, darunter 754 Bolschewiki und 352 linke Sozialrevolutionäre. Letztere benutzen das Forum des Kongresses für einen Aufruf zum Aufruhr. Einer ihrer Sprecher feiert jene militärischen Einheiten, die sich über die Disziplin hinweggesetzt hatten. Eine Führerin der linken Sozialrevolutionäre, Maria Spiridonowa, erklärt: "Es gibt zwischen uns Differenzen, die nur begrenzt sind; wenn es aber um die Bauernfrage geht, so sind wir zum Kampf bereit."

Sie verkündet den Entschluß der linken Sozialrevolutionäre, zu terroristischen Aktionen überzugehen und erklärt, sie selbst werde mit Pistole und Bombe in der Hand gegen die Bolschewiki vorgehen. Daraufhin wird ihr das Wort entzogen. Einen Tag später wird der deutsche Botschafter in Moskau ermordet. Die Täter sind, eigenen Angaben zufolge, linke Sozialrevolutionäre, die hofften, mit ihrer Tat den Krieg wieder in Gang zu bringen. Danach zetteln sie einen bewaffneten Aufstand in Moskau an. Von nun an werden

25 ebd., S. 175
26 vgl. LW 26, S. 545 f.

die linken Sozialrevolutionäre zum Lager der Konterrevolution gerechnet. Ihre Partei spaltet sich. Mitglieder, die sich konterrevolutionären Aktivitäten anschließen, werden aus den Sowjets ausgeschlossen und, sofern sie an Aufständen beteiligt sind, verhaftet. Die Aktivitäten derjenigen linken Sozialrevolutionäre jedoch, die sich nicht terroristisch betätigen, wird – man muß es betonen – keineswegs unterbunden; sie werden nur begrenzt unterdrückt: diejenigen, die entschlossen sind, weiterhin in den Sowjets zu arbeiten, werden nicht ausgeschlossen (27). Offensichtlich berücksichtigt die bolschewistische Partei die soziale Basis der linken Sozialrevolutionäre und möchte den endgültigen Bruch verhindern. Dies gelingt ihr nicht. Denn immer mehr linke Sozialrevolutionäre beteiligen sich an konterrevolutionären Aktivitäten; andere fallen dem Sektierertum gewisser Bolschewiki zum Opfer.

e) Die Anarchisten

Auch die Beziehungen zu den Anarchisten bezeugen die Bereitschaft der Sowjetmacht und der bolschewistischen Partei, mit denjenigen zusammenzuarbeiten, die sich nicht konterrevolutionär betätigen. Allerdings gibt es eine extreme Variationsbreite an Tendenzen unter den Anarchisten: einige unterstützen bedingt die Sowjetregierung, andere dagegen bekämpfen sie aufs schärfste. Daher gestalten sich diese Beziehungen ziemlich verwirrend. Auch die Tatsache, daß sich unter ihnen deklassierte Elemente und Abenteurer befinden, erschwert die Zusammenarbeit. Jedenfalls haben die Anarchisten bis April 1918 freien Handlungsspielraum, besonders in den beiden Hauptstädten. Im April 1918 wird eine Polizeiaktion gegen ein Moskauer Büro der Anarchisten geführt, da sich bei ihnen konterrevolutionäre Offiziere eingeschlichen hatten. Im Juli 1918 beteiligen sich Anarchisten an dem Aufstandsversuch der Sozialrevolutionäre, und im September greift eine Gruppe Anarchisten den Moskauer Sitz der bolschewistischen Partei an, wobei sie zwölf Todesopfer und fünfzig Verletzte zu verantworten hat (28).

Von 1918 bis 1920 bemüht sich Lenin trotz allem, gute Beziehungen zu jenen anarchistischen Strömungen zu behalten, die mit gewissen proletarischen Schichten in Verbindung standen. Im August 1919 betont er in einem Brief an Sylvia Pankhurst, daß zahlreiche anarchistische Arbeiter "zu aufrichtigsten Anhängern der Sowjetmacht" werden; Lenin schreibt:

> "Sie (sind) unsere besten Genossen und Freunde, gute Revolutionäre, die nur auf Grund von Mißverständnissen Feinde des Marxismus waren (...), weil der herrschende offizielle Sozialismus der Epoche der II. Internationale (...) den Marxismus verraten hat." (29)

27 vgl. M. Liebman, *Le Léninisme sous Lénine*, a.a.O., Bd. 2, S. 75 f. und 157
28 ebd., S. 69
29 LW 29, S. 554

Im Juli 1920 zeigt Lenin in den Thesen über die Aufgaben des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale, daß es "die Pflicht aller Genossen (ist), den Übergang aller Elemente der proletarischen Massen vom Anarchismus zur III. Internationale in jeder Weise zu unterstützen" (30). Die Politik der bolschewistischen Partei gegenüber den anarchistischen Elementen des Proletariats verfolgt das Ziel, günstige Bedingungen zu schaffen, um den ideologischen Kampf gegen den Anarchismus zu führen. Dabei sollten Unterdrückungsmaßnahmen vermieden und Werktätige, die durch die anarchistischen Theorien beeinflußt waren, zu der Einsicht geführt werden, daß diese falsch und zur siegreichen Vollendung der Revolution ungeeignet sind (31).

Eine der "bäuerlichen" Strömungen, an ihrer Spitze steht Nestor Machno, ist in der Ukraine besonders stark. Eine Zeitlang ist Machno Anführer einer Bauernarmee, und die bolschewistische Partei verhandelt mit ihm über die Organisierung gemeinsamer Aktionen gegen die weißen Armeen. Diese Zusammenarbeit kann jedoch nicht andauern, da die Politik der "Machnowisten" scharf antibolschewistisch ist: in den Dörfern, die sie kontrollieren, lassen sie keine kommunistische Propaganda zu und ermorden die Parteimitglieder (32). Im November 1920 wird das Abkommen zwischen der Sowjetmacht und Machnos Truppen gebrochen; die Machnotruppen werden ziemlich schnell besiegt und von der Roten Armee aufgerieben.

Nach Beendigung des Bürgerkriegs führt der Kronstädter Aufstand zu neuen Zusammenstößen mit den Anarchisten; aber später gewinnen sie eine gewisse Meinungsfreiheit zurück; ihre Organisation verfügt über einen Sitz in Moskau und bringt verschiedene Publikationen heraus. Erst gegen Ende der NEP werden die letzten anarchistischen Organisationen praktisch aufgelöst.

f) Die Menschewiki

Auch die Beziehungen zu den Menschewiki waren hauptsächlich durch ihre Haltung zur Sowjetmacht bestimmt. Wie die Sozialrevolutionäre verlassen die Menschewiki nach der Oktoberrevolution den Sowjetkongreß. Ihre Partei wird aber ebenfalls nicht verboten, und die Menschewiki beteiligen sich an der Arbeit der Sowjets bis Juli 1918. Nach dem Aufstandsversuch der Sozialrevolutionäre werden auch die Menschewiki wegen ihrer konterrevolutionären Aktivitäten aus den Sowjetorganisationen ausgeschlossen. Militante Menschewiki, die eine besondere antisowjetische Aktivität entwickeln, werden im Lauf des Sommers 1918 verhaftet. Dagegen wird die Tätigkeit der menschewistischen Organisationen, die sich auf den ideologischen Kampf beschränken, nicht systematisch behindert; denn die Sowjet-

30 LW 31, S. 189
31 LW 31, S. 188 f.
32 vgl. M. Liebman, *Le Léninisme sous Lenine*, a.a.O., Bd. 2, S. 69

macht will den Kampf gegen die kleinbürgerliche Ideologie eben nicht auf der Ebene der Unterdrückung führen, sondern auf der der Überzeugung und der Argumentation.

Ende Oktober 1918 tritt das Zentralkomitee der Menschewiki für fünf Tage in Moskau zusammen und verabschiedet eine Resolution zur Unterstützung der Sowjetregierung, um damit die Errungenschaften der Revolution verteidigen zu helfen. Obgleich der Text dieser Resolution verworren und widersprüchlich ist, sieht die bolschewistische Partei in ihm das Anzeichen dafür, daß die menschewistische Führung ihre konterrevolutionären Positionen aufgegeben hat; daher wird am 30. November 1918 durch ein Dekret des ZEK der frühere Beschluß annulliert, durch den die Menschewiki aus den Sowjetorganen ausgeschlossen worden waren. Dieser Beschluß gilt selbstverständlich nicht für diejenigen "Gruppen von Menschewiki, die in ihrem Bündnis mit der russischen und ausländischen Bourgeoisie gegen die Sowjetmacht verharren" (33).

Im Lauf des Jahrs 1919 bleiben die Beziehungen zu den Menschewiki gespannt, da sie unklare Positionen beziehen; dennoch werden menschewistische Führer zum VII. Sowjetkongreß im Dezember 1919 geladen. Einige von ihnen, zum Beispiel Dan und Martow, ergreifen das Wort. Dan spricht sich für eine "revolutionäre Einheitsfront" aus, während Martow "die Wiederinkraftsetzung der Verfassung, ... Presse-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit ..." (34) fordert. Lenin erinnert daraufhin an den Kampf auf Leben und Tod zwischen der Sowjetmacht und der Weltbourgeoisie und erwidert Martow, daß dieser im Grunde "die Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie" fordere; Lenin fügt hinzu:

> "Wenn wir solche Erklärungen aus dem Munde von Leuten hören, die versichern, an unserer Seite zu stehen, sagen wir uns: der Terror und die Tscheka sind beide unentbehrlich." (35)

Im Lauf des Jahrs 1920 entwickelt sich die Tätigkeit der menschewistischen Partei in Moskau und in der Provinz. Sie verfügt über Büros, druckt verschiedene Zeitungen, beteiligt sich an den Wahlen der örtlichen Sowjets und gewinnt mehrere hundert Mandate, obwohl ihre Tätigkeit streng überwacht wird. Die Menschewiki veranstalten Meetings, organisieren Sitzungen ihres Zentralkomitees, im August 1920 eine Parteikonferenz (über die die sowjetische Presse berichtet) und sind auch in der Gewerkschaftsarbeit sehr aktiv, wo sie als organisierte Gruppe eingreifen. Zum VIII. Sowjetkongreß werden menschewistische Delegierte geladen. Durch diese Einladung kann sich der ideologische Kampf vor einem großen Forum entwickeln; außerdem ermöglicht diese Einladung, über die Haltung derjenigen Grundorganisationen der bolschewistischen Partei hinwegzugehen, die es für richtig halten, die

33 E.H. Carr, *La Formation de l'URSS,* a.a.O., S. 177
34 Protokoll (russ.) des VII. Kongresses, Moskau 1920, S. 60–63; zit. bei E.H. Carr, *La Formation de l'URSS,* a.a.O., S. 177
35 zit. nach E.H. Carr, ebd.

Wahl von menschewistischen Delegierten auf höherer Ebene als der örtlichen Sowjets zu verhindern.

Der VIII. Sowjetkongreß ist der letzte, an dem Delegierte der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre teilnehmen. Im Winter 1920/21 wird die antibolschewistische Tätigkeit beider Organisationen tatsächlich zu einem nicht unerheblichen Faktor für das Heranreifen der Bedingungen, die zum Kronstädter Aufstand führen: die Menschewiki benutzen ihre Stellung in den gewerkschaftlichen Organisationen dazu, die Ausbreitung der Petrograder Streiks zu begünstigen, und die Sozialrevolutionäre fördern in bestimmten Gebieten die Entwicklung eines aktiven Widerstands der Bauern gegen die Sowjetmacht.

g) Die Entwicklung der Unterdrückungsmaßnahmen gegen die "demokratischen" Parteien und gegen die "demokratische" Presse

So wie die konterrevolutionäre Tätigkeit etlicher Menschewiki und Sozialrevolutionäre in der zweiten Jahreshälfte 1918 durch Gefängnis geahndet wird, trägt ihnen ihre subversive Aktivität im Winter 1920/21 ebenfalls Unterdrückungsmaßnahmen ein; die Sowjetmacht entschließt sich nun, die Arbeitsmöglichkeiten nicht nur ihrer Organisationen sondern auch ihrer Presse immer mehr einzuschränken.

Hier ist ein erheblicher Unterschied festzustellen zwischen der Praxis der bolschewistischen Partei ab 1921 und den von Lenin – sogar während des Bürgerkriegs – eingenommenen Positionen. So erklärte Lenin im November 1918 in bezug auf die Menschewiki, die ihren Verzicht auf eine antisowjetische Haltung bewiesen hatten: "Wir dürfen sie nicht von uns stoßen, sondern müssen sie im Gegenteil heranziehen und ihnen die Möglichkeit geben, mit uns zusammenzuarbeiten." (36) Zur selben Zeit hält es Lenin für "absurd und lächerlich, gegenüber der kleinbürgerlichen Demokratie einzig und allein auf der Taktik der Niederhaltung und des Terrors zu beharren, wenn der Lauf der Dinge sie zwingt, sich uns zuzuwenden" (37).

Es ist auch bekannt, daß Lenin sich dafür aussprach, die bürgerliche Presse zu verbieten (bürgerlich aufgrund ihrer Finanzierungsquellen oder aufgrund ihrer offen konterrevolutionären Haltung), gleichzeitig aber die Freiheit der "demokratischen" Presse zu gewährleisten, das heißt einer Presse, die von Organisationen der Volksmassen gemacht wurde oder von Parteien, die den politischen Kampf innerhalb des Sowjetsystems zu führen bereit waren.

So verkündet ein von Lenin gleich nach der Oktoberrevolution verfaßter Resolutionsentwurf, daß die vom Kapital nicht abhängige Presse frei sein werde. Dieser Entwurf vom 4. November 1917 bestimmt:

> "Die Arbeiter- und Bauernregierung versteht unter Pressefreiheit die Befreiung der Presse vom Joch des Kapitals, die Überführung der Papier-

36 LW 28, S. 194
37 LW 28, S. 186

fabriken und Druckereien in Staatseigentum, das gleiche Recht für jede Gruppe von Staatsbürgern, die eine bestimmte zahlenmäßige Stärke erreicht (z.B. 10.000), über einen entsprechenden Teil der Papiervorräte und der Druckereikapazität zu verfügen." (38)

Der Entwurf wurde niemals realisiert; zunächst wegen ernster Papierknappheit, später, ab 1918, wegen immer gespannterer politischer Verhältnisse vor allem infolge der Entwicklung des Bürgerkriegs. In der Tat wird im März 1918 die Zensur eingeführt (sie wird allerdings noch nicht bei vervielfältigten Blättern oder Flugschriften angewendet, wie es dann später geschieht); ab Juli desselben Jahrs werden zahlreiche menschewistische, sozialrevolutionäre oder anarchistische Publikationen verboten. Aber bis 1921 genügt im allgemeinen ein neuer Titel, damit diese Veröffentlichungen wieder erscheinen können; dabei kritisieren sie oft heftig die bolschewistische Partei.

Ab 1921, angesichts der überwiegend katastrophalen Lage in diesem Jahr, und ebenso nach dem Versuch des im Juli 1921 gegründeten Komitees, direkte Verhandlungen mit den imperialistischen Regierungen aufzunehmen (39), verschärft sich die Unterdrückung gegen die "demokratischen" Parteien und gegen die "demokratische" Presse in der Tat und wird immer systematischer. Es scheint allerdings nicht so, als habe Lenin zu diesem Zeitpunkt ein Verbot der "demokratischen" Parteien ins Auge gefaßt, die seiner Meinung nach "durch die kleinbürgerlichen Wirtschaftsverhältnisse unvermeidlich erzeugt (werden)" (40); es scheint sogar, als habe Lenin 1922 "die Rückkehr zu einer gewissen Freiheit der Presse" (41) geplant.

Die tatsächliche Praxis der bolschewistischen Partei ist einen anderen Weg gegangen, teilweise aufgrund der konterrevolutionären Tätigkeit zahlreicher Sozialrevolutionäre und Menschewiki. So werden im Februar 1922 47 führende Sozialrevolutionäre der antisowjetischen Verschwörung beschuldigt. Im Juni 1922 wird der Prozeß gegen die angeklagten Sozialrevolutionäre eröffnet; er endet mit zahlreichen Verurteilungen (42). Die Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki sehen sich jetzt in ihrer Arbeit immer umfassender behindert. Verboten werden sie allerdings nicht. Das Dekret des ZEK vom 8. August 1922, das die gegen die Sozialrevolutionäre verhängten Urteile bestätigt (aber die Vollstreckung der Strafen einstweilen aufhebt), erkennt sogar implizit die legale Existenz ihrer Partei an, wenn es heißt:

"Sollte die Partei der Sozialrevolutionäre tatsächlich und praktisch ihre geheimen Aktivitäten beenden, ihre terroristischen Verschwörungen und

38 LW 26, S. 277
39 s. oben, S. 216 f.
40 LW 32, S. 234
41 M. Liebman, *Le Léninisme sous Lénine*, a.a.O., Bd. 2, S. 92 .
42 E.H. Carr, *La Formation de l'URSS*, a.a.O., S. 185

militärische Spionage, die zum Aufstand gegen die Arbeiter- und Bauernmacht führen sollen, so würde sie denjenigen ihrer Führer die Todesstrafe ersparen, die in der Vergangenheit Anführer dieser Aktivitäten waren."(43)

Die legale Existenz dieser "demokratischen" Parteien wird jedoch künftig immer mehr zur Fiktion: auch wenn sie formal nicht aufgelöst werden, wird ihre Arbeit praktisch unmöglich. Ihre Führer werden immer wieder verhaftet, und schließlich emigrieren die meisten. Ihre Presse kann in Rußland nicht mehr erscheinen, auch wenn sie noch mehrere Jahre lang im Land verbreitet wird. Nach und nach treten eine Anzahl Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die nicht emigriert sind, der bolschewistischen Partei bei. Auf diese Weise entwickelt sich die bolschewistische Partei sehr früh, bereits in den ersten Jahren der NEP, zu einer "Einheitspartei".

Der ursprüngliche Versuch, den "demokratischen" Parteien einen bestimmten Platz innerhalb der politischen Verhältnisse einzuräumen, die unter der Diktatur des Proletariats entstehen, ist also gescheitert. Dieser Mißerfolg erklärt sich vor allem aus den Illusionen dieser Parteien, die meinten, die proletarische Macht durch subversive Umtriebe stürzen zu können. Sie selbst weigerten sich, sich in die neuen politischen Verhältnisse einzufügen. Sicher wurde eine solche Haltung durch Fehler der bolschewistischen Partei begünstigt, die häufig lieber die Unterdrückungsapparate in Bewegung setzte, statt den ideologischen Kampf zu betonen.

Die gewaltigen Schwierigkeiten, denen die Sowjetmacht zum Jahresbeginn 1920 gegenüberstand – Schwierigkeiten, die eine scheinbar ausweglose Situation schufen – spielten eine wesentliche Rolle: in einer solchen Lage konnte bei den kleinbürgerlichen Organisationen die Illusion entstehen, man könne die Diktatur des Proletariats stürzen; so wählten sie den Weg der Subversion, anstatt sich in die Ordnung der Diktatur des Proletariats zu integrieren. Diese Parteien waren selbst die ersten, die die daraus entstehenden Folgen zu tragen hatten; sie wurden unterdrückt und sind schließlich von der politischen Bühne verschwunden. Diese Tatsache aber hat weder auf das Funktionieren des Sowjetsystems noch auf die bolschewistische Partei einen günstigen Einfluß ausgeübt. Die Partei wäre gezwungen gewesen, einen anderen ideologischen Kampf zu führen, wenn es die "demokratischen" Parteien noch gegeben hätte. Sie mußte auf deren Kritik jetzt keine Antwort mehr suchen (44); das aber hätte der Entwicklung des revolutionären Marxismus nur dienlich sein können.

43 Prozeßprotokoll; zit. bei E.H. Carr, ebd., S. 186
44 Es ist nützlich, hier ein Zitat von Mao Tse-tung aus einer Schrift vom April 1956 anzuführen, die am 27. Dezember 1965 vom ZK der Kommunistischen Partei Chinas erneut aufgelegt wurde. In dieser Schrift mit dem Titel *Über zehn wichtige Beziehungen* behandelt Mao Tse-tung die Beziehungen der Kommunistischen Partei Chinas zu den demokratischen Parteien und den parteilosen Demokraten. Auf die Frage "Ist es besser, nur eine Partei oder mehrere Parteien zu haben?", gibt er folgende Antwort: "Es zeigt sich jetzt, daß es besser ist, mehrere Parteien zu haben. Das war in der Vergangenheit so und wird auch in Zukunft so sein, so lange, bis es überhaupt keine Parteien mehr gibt. Die Koexistenz auf lange Sicht und die gegenseitige Kontrolle

3. Die Umwandlung der Rolle der Sowjetorgane

Parallel zu dem Prozeß der Umwandlung der Beziehungen zwischen den zentralen Regierungsorganen, der auch die Rolle der gewählten Versammlungen, das heißt der Sowjets, zu einer lediglich formalen macht, vollzieht sich ein ähnlicher Prozeß auf der Ebene der Provinz-, der Bezirks- und Stadtsowjets und in den örtlichen Sowjets.

Auch hier verlagert sich die eigentliche Macht von den Kongressen auf die Exekutivkomitees; innerhalb dieser wiederum einerseits auf die bolschewistische Partei (aber auch da, wie wir sehen werden, oft nur formal) und andererseits in Wirklichkeit auf einen *permanenten Verwaltungsapparat.*

Es ist wichtig zu betonen, wie sehr dieser Prozeß objektiven Charakter trägt, daß er Umwandlungen mit sich bringt, die nicht "gewollt" sind, sondern sich von selbst durchsetzen. Dieser Prozeß setzt übrigens schon *vor* der Errichtung der Diktatur des Proletariats ein. So konnte man schon im April 1917 beobachten, daß sich der Petrograder Sowjet

> "in einen wohlorganisierten Verwaltungsapparat verwandelt (hatte). Für die Bewältigung seiner Geschäfte brauchte er mehrere hundert Angestellte, meistens Schreibkräfte, in den einzelnen Abteilungen (...). Die Sowjetexekutive verselbständigte sich zusehends, auch wenn sie nach wie vor einer gewissen Kontrolle durch die Deputierten unterstand, die das Recht hatten, sie abzulösen" (45).

Nach der Oktoberrevolution setzte sich dieser Prozeß fort und veränderte auf allen Ebenen (den örtlichen wie denen der Provinzen) die Beziehungen zwischen den Verwaltungsapparaten und den Delegierten der Sowjets und dadurch auch das Interesse der Volksmassen an der Tätigkeit ihrer Delegierten. Diese Entwicklung führt zur Aufblähung des Verwaltungsapparats, der mehr und mehr in die Hände der alten Bourgeoisie gerät (vor allem von Mitgliedern der alten Beamtenschaft), und der zu einer *Verselbständigung* gegenüber der proletarischen Macht tendiert.

1920 stellt Lenin diesen Sachverhalt fest, wenn er erklärt:

> "Jeder Vertreter der Macht, der als Delegierter, als Bevollmächtigter des ZK ins Dorf kommt, muß stets daran denken, daß wir einen riesigen Staatsapparat haben, der noch schlecht arbeitet, weil wir es nicht verstehen, nicht vermögen, ihn gut auszunutzen (...). Die Sowjetmacht verfügt über Hunderttausende von Sowjetangestellten, die entweder Bourgeois oder Halbbourgeois oder dermaßen verängstigt sind, daß sie an unsere Sowjetmacht überhaupt nicht glauben." (46)

zwischen der kommunistischen Partei und den verschiedenen demokratischen Parteien sind eine gute Sache." (Zit. nach der Zeitschrift *Communiste*, Nr. 1, Nov./Dez. 1972, S. 90, eigene Übersetzung)

45 O. Anweiler, *Die Rätebewegung in Rußland*, a.a.O., S. 133

46 vgl. Lenins Rede vom 12. Juni 1920 auf der II. Gesamtrussischen Konferenz der Verantwortlichen Organisatoren für die Arbeit auf dem Lande; in: LW 31, S. 156–168, hier S. 166 f.

Die Autorität der örtlichen und der Bezirkssowjets wird noch nachhaltiger durch eine weitere Entwicklung beeinträchtigt: durch die zunehmende Konzentrierung der Macht in den Händen der *verschiedenen zentralen Regierungsorgane.* Diese Konzentrierung, die zunächst mit den Erfordernissen des militärischen Kampfs, später aber, und nachhaltiger, mit der Schwäche der örtlichen politischen Kader zusammenhängt, ruft von Zeit zu Zeit Proteste der "unteren" Sowjetorgane hervor, die es nicht immer einfach hinnehmen, daß sie den zentralen Instanzen untergeordnet sind.

Der Prozeß, in dessen Verlauf die örtlichen Sowjets ihre tatsächliche Macht an die zentralen Regierungsorgane und mehr noch, an einen zentralen Verwaltungsapparat verlieren, wirkt sich negativ auf das Interesse der Werktätigen an der Arbeit der untersten Sowjetorgane aus. Die Folge ist, daß die Sowjets kein Regierungsapparat in den Händen der Massen sind. Lenin konstatiert das im März 1919:

> "Die Sowjets, die nach ihrem Programm Organe der Verwaltung *durch die Werktätigen* sein sollen, (sind) in Wirklichkeit Organe der Verwaltung *für die Werktätigen,* einer Verwaltung durch die fortgeschrittene Schicht des Proletariats, nicht aber durch die werktätigen Massen selbst." (47)

Ein Dekret des Rats der Volkskommissare vom April 1921 strebt eine Ausweitung der Teilnahme der Frauen – der Arbeiterinnen und Bäuerinnen – an den Sektionen der Exekutivkomitees der Sowjets an. Sie sollten zeitweise oder kontinuierlich zu Verwaltungsaufgaben herangezogen werden. Das Dekret ändert nichts an der Gleichgültigkeit der Massen gegenüber den Sowjetorganen, die nur noch eine sehr geringe Rolle spielen, denn die tatsächliche Verwaltungsarbeit ist in den Händen eines ständigen bürokratischen Apparats konzentriert, über den die Sowjets überhaupt keine wirksame Kontrolle ausüben.

So entwickelt sich zwischen 1918 und 1921 ein Verfallsprozeß der Sowjetorgane. Diese bieten den Werktätigen immer weniger Möglichkeiten, ihre Kritik vorzubringen oder die Beamtenschaft zu kontrollieren. Der staatliche Verwaltungsapparat erfährt einen Verselbständigungsprozeß, einen Prozeß der wachsenden Trennung von den Massen. Die Rolle dieses Apparats hat darüberhinaus zur Folge, daß auch die bolschewistische Partei nur mit Mühe die Kontrolle und politische Führung über den Staatsapparat ausübt.

4. Die Verselbständigung des staatlichen Verwaltungsapparats gegenüber Partei und Regierung

Auf zentraler Ebene wurde die führende Rolle der Partei gegenüber der Regierung bereits am 16. Oktober 1917 sichtbar, und zwar durch die Bedingungen, unter denen der von Lenin geführte Rat der Volkskommissare

47 vgl. Lenins Bericht über das Parteiprogramm auf dem VIII. Parteitag der KPR(B) vom 19. März 1919; in: LW 29, S. 169

gebildet wurde und durch die Rolle, die bei dieser Gelegenheit das Zentralkomitee der SDAPR(B) spielte. Die führende Rolle der Partei stellt ein Prinzip dar; allerdings reicht die Verkündigung dieses Prinzips nicht aus, damit die bolschewistische Partei die konkrete Führung des Landes *tatsächlich* innehat. In der Tat entzieht sich in der ersten Zeit der Sowjetmacht ein wichtiger Teil der tatsächlichen Tätigkeit des Verwaltungsapparats in ziemlich breitem Maß der Führung durch die Partei und die Regierung. Das ist nicht nur in den entfernten Provinzen so, sondern sogar in den Städten, einschließlich der beiden Hauptstädte Petrograd und Moskau.

So erwähnt Jacques Sadoul, daß Anfang 1918 die bolschewistischen Kader, die sich aus ergebenen Kämpfern zusammensetzen, von Verwaltungsangestellten bürgerlicher Herkunft umgeben sind, von "Arrivierten und Geschäftemachern, die kein anderes eindeutiges Ziel zu haben scheinen, als nur rasch ihre Tasche zu füllen". Sadoul schreibt weiter, daß diese Leute "mit Bravour das System der Schmiergelder entwickelt haben, das im zaristischen Rußland schon berühmt war", und daß sich aus diesem Grund die Korruption auch auf gewisse Stellen in der Partei ausweitet. Sadoul berichtet konkret darüber, daß Mitglieder der alten Bourgeoisie durch Provisionsgelder von 10 bis 15% sämtliche von ihnen gewünschten Wertsachen oder Summen aus ihren Vermögen erhalten, die eigentlich gesperrt sind (48).

Die Beziehungen zwischen den zentralen Regierungsorganen und dem staatlichen Verwaltungsapparat ändern sich im Lauf des "Kriegskommunismus", aber sie bleiben dennoch dergestalt, daß man ein häufiges Auseinanderklaffen zwischen den *Befehlen* der Regierungsspitze und der *tatsächlichen Arbeit* des Verwaltungsapparats beobachten kann.

Ab März 1918 wird der Versuch unternommen, die Kontrolle der Zentralregierung über die Gesamtheit des Verwaltungsapparats zu erweitern. Zu diesem Zweck wird das Volkskommissariat für Staatskontrolle geschaffen. Dieser Schritt hat keine wirklichen Folgen. Daher beschließt der im März 1919 zusammengetretene VIII. Parteitag der KPR(B), "von Grund auf die Kontrolle in der Sowjetrepublik mit dem Ziel zu reorganisieren, eine praktische, echte, sozialistische Kontrolle zu schaffen". Die führende Rolle in der Ausübung dieser Kontrolle sollte den "Organisationen der Partei und der Gewerkschaften" zukommen (49).

Als Folge dieses Beschlusses wird am 9. April 1919 ein neues Volkskommissariat für Staatskontrolle gebildet. Es wird unter die Leitung Stalins gestellt, der gleichzeitig leitende Funktionen in zwei weiteren neugegründeten Gremien innehat, dem *Politbüro* und dem *Orgbüro* (50).

In Wirklichkeit ist das Volkskommissariat für Staatskontrolle nicht in der Lage, viel an der Situation zu ändern. Ein Dekret vom 7. Februar 1920 versucht erneut, die Kontrolle über die Verwaltung zu verbessern, indem es das

48 s. Jacques Sadoul, *Notes sur la revolution bolchevique* (Anmerkungen zur bolschewistischen Revolution), Paris 1971, S. 217

49 VKP(B), Bd. 1, S. 306; zit. bei E.H. Carr, *The Bolshevik Revolution,* a.a.O., S. 228

50 s. unten, S. 253

Kommissariat in eine "Arbeiter- und Bauerninspektion" (ABI; russisch: RKI oder *Rabkrin*) umwandelt, die ebenfalls unter Stalins Leitung steht. Dieses Organ sollte neue Formen der Beziehungen zu den Volksmassen entwickeln. Das Dekret sieht nämlich vor, daß "der Kampf gegen Bürokratismus und Korruption in den Sowjetinstitutionen" von nun an von Arbeitern und Bauern geführt werden muß, die von denselben Versammlungen gewählt werden, die auch die Delegierten der Sowjets bestimmen. Es handelt sich also im Prinzip darum, *eine Massenkontrolle über den staatlichen Verwaltungsapparat zu organisieren.* Im April 1920 werden auch die Gewerkschaften an die Tätigkeit der ABI angeschlossen. Dadurch aber, daß die Tätigkeit der Sowjetorgane sich rückentwickelt, ist die ABI tatsächlich dazu verurteilt, ein bürokratisches Organ zu bleiben, von dem Lenin einige Jahre nach dessen Gründung sagt:

> "Das Volkskommissariat der Arbeiter- und Bauerninspektion genießt gegenwärtig nicht die geringste Autorität. Jedermann weiß, daß es keine schlechter organisierten Institutionen als die unserer Arbeiter- und Bauerninspektion gibt und daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen von diesem Volkskommissariat rein gar nichts zu erwarten ist." (51)

5. Die Entwicklung der Roten Armee

Mit der Oktoberrevolution stürzt der alte feudal-bürgerliche Militärapparat des Zarismus in sich zusammen. Er wird buchstäblich *auseinandergenommen.* Der Befehl zur Demobilisierung aller Jahrgänge der alten Armee – offiziell am 2. März 1918 verkündet – bestätigt einen bestehenden Sachverhalt, einen *gewaltigen Sieg der Kräfte des Volks:* einer der Unterdrückungsapparate in der Hand der Ausbeuterklassen war zerschlagen.

Aus Gründen jedoch, die in starkem Maß mit dem bereits analysierten Gesamtprozeß zusammenhängen, aber auch aus anderen Gründen, die später untersucht werden, hat die Oktoberrevolution nicht zum Aufbau einer Armee mit wirklich proletarischem Charakter geführt, einer Armee, die durch neue ideologische und politische Beziehungen gekennzeichnet gewesen wäre und die ein Instrument im Kampf um die sozialistische Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und gegen einen späteren Wiederaufstieg bürgerlicher Kräfte hätte sein können.

a) Die Gründung der Roten Armee

Die Rote Armee ist nicht das Resultat einer Verschmelzung von Brigaden oder Bataillonen der Arbeiter und Bauern. Es gab solche bewaffneten Verbände; sie waren direkt aus den Kämpfen vor der Oktoberrevolution

51 *Lieber weniger, aber besser;* in: LW 33, S. 477

hervorgegangen. Ihr Kern waren die Roten Garden (52). Diese Streitkräfte waren jedoch nicht zahlreich genug, als daß die Sowjetmacht sich auf sie allein hätte stützen können, um den gewaltigen militärischen Anforderungen zu genügen, die an sie gestellt wurden. Die Roten Garden und die anderen revolutionären Bataillone bilden also nur eine Minderheit in der Sowjetarmee. Die ganze Armee mußte schnell und von "oben" aufgebaut werden.

Bei diesem Aufbau spielte der alte Apparat des Kriegsministeriums, umgewandelt in das Volkskommissariat des Kriegs und der Roten Armee, eine bedeutende Rolle. Er wurde von seinen offen konterrevolutionären Elementen befreit, der Kontrolle der bolschewistischen Partei unterstellt und – wie Trotzki es formuliert – mit der Aufgabe betraut, "den gewaltigen Militärapparat der Vergangenheit, der desorganisiert und zerstört, aber noch mächtig ist durch die Werte, die er umfaßt, zu registrieren, zu organisieren und an die Armee anzupassen, die wir jetzt schaffen wollen" (53).

Dieses Zitat Trotzkis zeigt deutlich, daß sich der Aufbau der Roten Armee ziemlich eng an die Traditionen des "militärischen Apparats der Vergangenheit" anlehnt. Die "Werte", die die Rote Armee auf diese Weise bewahrt, sind Teil der *Disziplinarvorschriften*, der hierarchischen *Verhältnisse* usw. der alten zaristischen Armee.

Die Befehlsgewalt über diese Armee liegt teilweise bei revolutionären Offizieren, die aus den unteren Rängen kommen, darüberhinaus aber auch bei zahlreichen ehemaligen Offizieren der zaristischen Armee. Ein Teil dieser letzteren hat sich aus verschiedenen Gründen der Sowjetmacht "angeschlossen", andere wurden auf Entscheidung des Sowjetstaats (54) in die Rote Armee übernommen; alle sind sie ernannt.

Die Stellung, die diesen alten Offizieren eingeräumt wird, erklärt sich bis zu einem gewissen Grad aus "technischen Erfordernissen", mehr aber noch aus dem eindeutigen Gewicht, das auf die "militärischen Kompetenzen" gelegt wird, die, wie man meint, vor allem beim alten Offizierskorps konzentriert seien. Hier setzt sich die Idee einer gewissen "Neutralität" der Technik durch; ein Gedanke, den Trotzki wiederholt darlegt.

So erklärt Trotzki in seinem Bericht auf der Moskauer städtischen Konferenz der KPR(B) am 28. März 1918:

> "Wie in die toten Maschinen, so ist auch in diese Techniker, Ingenieure, Ärzte, Lehrer, gestrigen gewesenen Offizieren, in sie alle ein gewisses Kapital (55) von unserem nationalen Volksvermögen hineingesteckt, das wir zu exploitieren, auszunutzen verpflichtet sind, wenn wir die Grundfragen, die vor uns stehen, überhaupt lösen wollen." (56)

52 s. oben, S. 99

53 Rede über die Rote Armee vom 22.4.1918; in: L. Trotzki, *Die Geburt der Roten Armee*, Wien 1924, S. 30

54 ebd., S. 66 f.

55 Auffallend ist der Gebrauch des Begriffs "Kapital", der im empirischen Sinn verwendet ist (im Sinne einer Akkumulation, hier von Kenntnissen); ein Gebrauch des Begriffs, der die zugrundeliegende Realität verschleiert: die sozialen Verhältnisse (und die *sozialen Praktiken*), deren Träger und Agenten alle diese "Spezialisten" sind.

Diese Vorstellung ist eng mit dem Gedanken verbunden, daß es keine spezifisch proletarische Art und Weise des Kampfs und der Kriegsführung gebe. Für Trotzki scheint die militärische Taktik nicht durch den Klassencharakter der Macht, die die militärischen Operationen organisiert, bestimmt, sondern durch den Entwicklungsstand der Produktivkräfte. So versichert er, daß "auf dem niedrigsten technischen und kulturellen Niveau (– dem Rußlands –, es unmöglich ist,) eine wesentlich neue und vollkommenere Taktik zu entwerfen als die, zu der die Armeen der zivilisiertesten unter den kapitalistischen Geiern gelangt sind" (57).

Gleichzeitig hat Trotzki eine mechanistische Vorstellung von den Beziehungen zwischen dem Charakter der herrschenden Klasse und der Armee, die unter der Führung dieser Klasse steht. Diese Vorstellung kommt in folgender Formulierung zum Ausdruck:

> "Die Zusammensetzung der Armee und ihrer Kommandokorps wird bestimmt durch die Struktur der Gesellschaft; der Verwaltungsapparat und die Intendantur hängen von der Struktur des Staates ab, die ihrerseits durch den Charakter der herrschenden Klasse bestimmt wird." (58)

Diese undialektische Art der Problemstellung schließt *von vornherein* die Entwicklung jeglicher Widersprüche zwischen der herrschenden Klasse und ihren eigenen Apparaten aus, seien sie staatlicher, verwaltender, militärischer oder sonstiger Art.

Der neue Militärapparat wird stark geprägt durch die den früheren Offizieren eingeräumte Stellung, besonders aber durch Offiziere der jüngeren Generation, die aus dem Offizierskorps der alten Armee stammen, durch die Funktion, die den alten Militärschulen bei der Ausbildung der neuen Kader zukommt und durch die Beibehaltung zahlreicher Prinzipien der alten aufgelösten Armee. Hier ist eine "technizistische" Konzeption am Werk, die eine "institutionelle Form" der Armee voraussetzt, einen Sachzwang der vorhandenen Techniken. Trotzki bringt diese Konzeption klar zum Ausdruck, wenn er erklärt:

> "Wir brauchen eine wirksame, auf der Grundlage der Militärwissenschaft aufgebaute bewaffnete Kraft. Die aktive und systematische Beteiligung militärischer Spezialisten an unserer ganzen Arbeit ist deshalb lebensnotwendig. Man muß den militärischen Spezialisten die Möglichkeit garantieren, ehrlich ihre Kräfte bei der Arbeit der Schaffung der Armee miteinzusetzen." (59)

Es fehlt eine wirklich praktische militärische Erfahrung, die vor der Einsetzung der Sowjetmacht gewonnen worden wäre. So verhindert diese

56 *Arbeit, Disziplin und Ordnung werden die sozialistische Sowjet-Republik retten*, Basel 1918, S. 14

57 L. Trotzki, *Le Chemin de L'Armée rouge* (Der Weg der Roten Armee), in: *Que faire*, Nr. 3/4, 1970, S.8

58 ebd., S. 4

59 L. Trotzki, *Ecrits militaires* (Militärische Schriften), Paris 1967, Bd. 1, S. 165 f.

"technizistische" Konzeption der Armee und der militärischen Taktik, wie sie in der bolschewistischen Partei weithin vorherrscht, den Aufbau einer Armee neuen Typs. Sie begünstigt im Gegenteil die Entstehung und Konsolidierung von hierarchischen Verhältnissen feudal-bürgerlichen Typs innerhalb der Roten Armee, und dies umso rascher, als im Frühjahr 1918 ein allgemeiner Verselbständigungsprozeß der staatlichen Apparate in Gang kommt.

Bei Trotzki verbindet sich diese Konzeption mit einem tiefen Mißtrauen gegenüber den Volksmassen. Als er über ihre jüngste Vergangenheit spricht, erklärt er zum Beispiel, sie seien nichts anderes gewesen als "eine kompakte Masse, die dahinlebte, zugrundeging, starb, wie eine kompakte Heuschreckenmasse lebt und zugrundegeht" (60); gegenwärtig aber führten ihre "elementarsten Instinkte" dazu, daß der Mensch der Masse "bestrebt (ist), alles was er kann, für sich zu nehmen; er denkt nur an sich und ist nicht geneigt, mit dem allgemeinen Klassenstandpunkt zu rechnen" (61).

Die alten hierarchischen Verhältnisse, die (in mehr oder weniger verwandelter *Form*) in der Roten Armee beibehalten werden, setzen sich bei den ihr integrierten revolutionären Kadern ebenso durch wie bei den Jahrgängen, die aus den sowjetischen Militärschulen entlassen werden. In der Tat nehmen die jungen Offiziere gleich nach ihrer Beförderung eine gewisse Stellung innerhalb der hierarchischen Verhältnisse ein; sie genießen materielle Privilegien und lernen, ihren technischen Kenntnissen mehr zu vertrauen als den bewaffneten Massen der Werktätigen.

Die Kontrolle eines Staats der Diktatur des Proletariats über diese Armee wirft natürlich ernste Probleme auf. Die Kontrolle der Soldaten über die Offiziere ist in der Praxis ausgeschaltet, umso mehr, als die Rekrutierung durch die allgemeine Wehrpflicht gewährleistet wird und dadurch große Massen von Bauern einberufen werden, die bisher nur wenig von der bolschewistischen Partei beeinflußt worden waren. Unter diesen Bedingungen werden die Aufgaben der *politischen Kontrolle politischen Kommissaren* übertragen, die von der Sowjetmacht ernannt werden. Während die politischen Kommissare danach ausgewählt werden, wie sie ihre Ergebenheit gegenüber der Diktatur des Proletariats bewiesen haben, geschieht die Ernennung der Offiziere vor allem in Zusammenhang mit ihrer "technischen Kompetenz". Eine der Hauptaufgaben der politischen Kommissare ist es demnach, darüber zu wachen, daß die Armee von den Offizieren nicht zu konterrevolutionären Operationen benutzt wird; dagegen mischen sie sich im Prinzip nicht in die Konzeption militärischer Operationen ein. Diese werden (außer auf höchster strategischer Ebene) als wesentlich "technisch" angesehen. Es ist Sache der Offiziere, sie zu führen, wie sie es für richtig halten. Trotzki erklärt zu diesem Punkt: "In rein militärischen, operativen Fragen und umso mehr in Fragen rein kriegerischen Charakters haben die Militärfachleute in allen Ämtern das entscheidende Wort zu sagen." (62)

60 *Arbeit, Disziplin und Ordnung werden die sozialistische Sowjet-Republik retten,* a.a.O., S. 17

b) Das Problem der lokalen Milizen

Im Sommer 1918 hatte die Sowjetmacht beschlossen, eine "Miliz im militärischen Hinterland" aufzubauen (Dekret vom 20. Juli 1918). In der Praxis gab es jedoch Hindernisse für eine wirkliche Entwicklung dieser Milizen: einmal die gleichen Vorstellungen, die beim Aufbau der Roten Armee vorherrschten; zum anderen die Sorge, den Sozialrevolutionären und Menschewiki, die immer noch aktiv gegen die Sowjetmacht auftraten, könnten militärische Mittel an die Hand gegeben werden. Der Preis für diese Unzulänglichkeit war sehr hoch. 1919 war das Hinterland nicht auf die feindlichen Kavallerieangriffe vorbereitet, die immer zahlreicher wurden, und man mußte ein System lokaler Milizen improvisieren. Sie waren, zumindest in einigen Regionen, mit Erfolg aufgebaut worden, was tendenziell beweist, daß es möglich war, auch andere Formen des bewaffneten Kampfs zu entwickeln als die, die der Roten Armee möglich waren, und daß eine solche Entwicklung bei der Verteidigung der Sowjetmacht große Dienste geleistet hätte. Trotzki mußte das einräumen:

> "Der tiefe Einbruch der Mamontowschen Kavallerie in unsere Reihen hat es dringend notwendig gemacht, lokale Einheiten aus dem Boden zu stampfen. Man kann sagen, daß unser Sowjetapparat dieses Mal genügend Anpassungsfähigkeit und Befähigung bewiesen hat, indem er seine ganze Kraft auf eine unerwartete Aufgabe richtete; in vielen Gegenden (...) entstanden Gruppen, Bataillone, nicht nur zu Fuß, sondern auch zu Pferd, buchstäblich 'aus dem Nichts'." (63)

An diesem Beispiel werden die bemerkenswerten Eigenschaften der Arbeiter- und Bauernmassen, ihr Initiativvermögen und ihre "militärischen Fähigkeiten" bestätigt, indem sie aus eigener Kraft, "aus dem Nichts", Probleme selbst lösen, Probleme, die aus einer "unerwarteten Aufgabe" entstehen.

Aber die herrschenden Vorstellungen über die "Militärwissenschaft" und die Form der bewaffneten Streitkräfte, ebenso wie der Widerstand des neuen Offizierskorps gegenüber Initiativen, die von ihnen nicht kontrolliert wurden, hatten zur Folge, daß das System der lokalen Milizen nicht breit entfaltet wurde. Es wurde mit Mißtrauen beobachtet. Das gleiche gilt für die Partisanentrupps, deren Notwendigkeit Trotzki angesichts der feindlichen Einfälle ebenfalls eingestehen mußte, deren Rolle er aber gleichzeitig zu schmälern suchte, um den Forderungen der "militärischen Autoritäten" nachzukommen (64).

61 ebd.
62 *Die Geburt der Roten Armee,* a.a.O., S. 30
63 L. Trotzki, *Écrits militaires,* a.a.O., S. 775
64 ebd., S. 769

c) Die Siege der Roten Armee und ihr Charakter als Volksarmee

Die Rote Armee, deren Entstehungsbedingungen kurz benannt wurden, hat Siege von gewaltiger historischer Bedeutung erfochten. Obwohl sie sich nur auf geringe materielle Kräfte, auf eine desorganisierte und mit halber Kraft arbeitende Industrie stützen konnte; obwohl sie kaum Verpflegung zur Verfügung hatte, schlug sie die weißen Garden, die von Interventionstruppen der imperialistischen Mächte unterstützt wurden. Die russischen Soldaten hatten sich noch wenige Monate zuvor einer Fortsetzung des imperialistischen Kriegs der Provisorischen Regierung widersetzt und bewiesen nun ein außerordentliches Heldentum und den unbezähmbaren Willen zur Verteidigung der Sowjetmacht. Ohne diesen Willen wäre kein einziger Sieg möglich gewesen.

Diese Siege, die die Rote Armee über weitaus besser ausgerüstete Heere davontrug, beweisen, wie grundlegend die Oktoberrevolution eine Sache des Volks war. Sie zeigen auch, daß diese Revolution *aufgrund ihres proletarischen und demokratischen Doppelcharakters* von einer Armee verteidigt werden konnte, die nicht nach proletarischen Prinzipien aufgebaut war: unter der Bedingung, daß sie der politischen Führung des Proletariats wirksam unterstellt war und daß die Generallinie in der Politik der führenden Partei grundsätzlich richtig war. Daher müssen die Fehler des "Kriegskommunismus", weil sie nicht grundsätzlich den Kampf- und Siegeswillen der Soldaten der Roten Armee erschütterten, als zweitrangig betrachtet werden.

Lenin erinnert daran in der Rede vor Arbeitern und Soldaten am 13. Mai 1920:

> "In jedem Krieg hängt der Sieg in letzter Instanz vom Kampfgeist der Massen ab, die auf dem Schlachtfeld ihr Blut vergießen. Die Überzeugung, daß der Krieg gerecht ist, und die Einsicht in die Notwendigkeit, zum Wohl unserer Brüder das Leben zu opfern, heben den Kampfgeist der Soldaten und veranlassen sie, unerhörte Schwierigkeiten zu überwinden. Die zaristischen Generale sagen, daß unsere Rotarmisten Strapazen ertragen, die von keiner Armee des Zarenreichs ausgehalten worden wären. Das ist damit zu erklären, daß jeder unter den Waffen stehende Arbeiter und Bauer weiß, wofür er in den Kampf geht, und bewußt sein Blut vergießt für den Triumph der Gerechtigkeit und des Sozialismus." (65)

Wenn in der konkreten Situation des Bürgerkriegs und des Kampfs gegen die imperialistische Intervention der revolutionäre Wille der Soldaten und der Volksmassen der entscheidende Faktor bei den Siegen der Roten Armee sein konnte, so ändert das doch nichts daran, daß diese Armee als staatlicher Apparat nicht die Grundzüge einer proletarischen Armee hatte.

In der Tat entsprechen die politischen Beziehungen innerhalb dieser Armee grundsätzlich den Erfordernissen einer *demokratischen Revolution*

65 LW 31, S. 125

(der Bauern, die um den Boden und gegen die Grundbesitzer kämpfen), *die vom Proletariat geführt wird.* Diese Verhältnisse erlauben die Lösung der *wichtigsten Aufgaben* der russischen Revolution *in ihrer damaligen Etappe;* so wie sie organisiert ist, ist die Rote Armee jedoch kein angemessenes Instrument für den Übergang zur nächsten Etappe der Revolution. Sie ist *keine proletarische Armee, sie ist eine Volksarmee, die der Diktatur des Proletariats untergeordnet ist.* So unterscheidet sie sich stark von dem, was später von Anfang an die Volksbefreiungsarmee (VBA) in China sein wird. Diese wurde nämlich direkt von der Kommunistischen Partei Chinas *von der Basis aus* aufgebaut, indem die kämpferischsten Elemente des Proletariats und der Bauernschaft zum Armeekorps zusammengeschmolzen wurden, die bereits unter der Führung der Partei in den Kampf eingetreten waren. So wird die VBA gleich bei ihrer Gründung unter die *ideologische und politische Führung* der chinesischen Kommunistischen Partei gestellt, während die Soldaten, unterstützt von den politischen Kommissaren, die Offiziere kontrollieren.

Was die sowjetische Rote Armee betrifft, so sind vor allem zwei Punkte hervorzuheben:

Es handelt sich um eine zentralisierte Armee (wie auch die VBA), und nicht um eine Ansammlung von Volksmilizen. Dieser Typ von Armee scheint notwendig zur Bildung von militärischen Kräften, die in breitem Maß über die *Beweglichkeit* und die *Einheit* verfügen, wie sie im Kampf gegen die Armeen zentralisierter und imperialistischer Staaten unerläßlich sind. Genau diese Erfordernisse haben in Rußland wie in China zur Entstehung einer regelrechten Armee geführt (66).

Andererseits ist die Unterordnung der sowjetischen Roten Armee unter die Diktatur des Proletariats ursprünglich mehr an die *politische Führung* als an die *ideologische Führung* der bolschewistischen Partei gebunden (aus mehreren Gründen, vor allem infolge der Bedingungen, unter denen das Offizierskorps rekrutiert wurde). Diese politische Führung wird hauptsächlich durch die Anwesenheit der politischen Kommissare bei den Offizieren der sowjetischen Armee gewährleistet.

Die Tatsache, daß die ideologische Führung des Proletariats in der sowjetischen Roten Armee so schwach war, ist Ergebnis eines historischen Prozesses, das heißt der konkreten Bedingungen, unter denen diese Armee aufgebaut werden mußte. Diese Schwäche findet ihre Entsprechung in dem noch überwiegend bürgerlichen Charakter der herrschenden ideologischen und politischen Verhältnisse innerhalb der Roten Armee; so erklären sich der

66 In China wurde die Notwendigkeit des Aufbaus einer Armee erkannt, sobald sich das Problem der roten Macht stellte. So schreibt Mao Tse-tung in seiner Schrift *Warum kann die chinesische rote Macht bestehen?*: "Das Vorhandensein einer regulären Roten Armee von angemessener Stärke (ist) eine unerläßliche Voraussetzung für das Bestehen der roten Macht. Allein mit der örtlichen Roten Garde (die Kämpfer der Roten Garde taten ihren Dienst, ohne ihre Berufstätigkeit zu unterbrechen – Ch.B.), jedoch ohne reguläre Rote Armee, kann man nur mit den Hofwehren der Grundherren fertig werden, nicht aber mit den regulären weißen Truppen." (Mao Tse-tung, Ausgewählte Werke, Bd. 1, S. 71; Text vom 5. Oktober 1928)

wichtige Stellenwert der "äußeren Ehrenbezeigungen", die erheblich unterschiedlichen Lebensbedingungen (Unterkunft, Verpflegung usw.) von Offizieren und Soldaten.

Die inneren politischen Beziehungen innerhalb der Roten Armee waren nicht überwiegend proletarische Beziehungen, ebensowenig wie ihre Beziehungen zu den Massen. Einer der bezeichnendsten Hinweise darauf war Trotzkis Initiative zur Gründung von "Arbeitsarmeen", die in der Hauptsache aus demobilisierten Soldaten bestanden, die jederzeit wieder einberufen werden konnten. Trotzkis Entschluß zeigt, daß die Teilnahme an der produktiven Arbeit nicht eine der *normalen* Aufgaben der sowjetischen Roten Armee war. Er deckt auch die Furcht davor auf, die ehemaligen Soldaten könnten "sich zerstreuen", könnten "herumvagabundieren" und ließen sich nicht leicht wiedereingliedern, wenn man sie wieder zu militärischen Aufgaben einsetzen müßte. Das beweist, daß die Disziplin dieser Armee mehr auf der Erhaltung bürgerlicher Formen beruhte als auf der Vorherrschaft der proletarischen Ideologie.

Wenn der Aufbau der Roten Armee im Grunde die gleichen Züge aufweist wie der des staatlichen Verwaltungsapparats, so macht eine Anzahl besonderer Merkmale sie doch zu einem Apparat, der sehr viel direkter der politischen Macht unterstellt ist. Die Institution der politischen Kommissare ist eins der Instrumente dieser politischen Unterordnung, die wegen der lebenswichtigen Aufgaben der Roten Armee absolut notwendig ist: sie muß den bewaffneten Kampf gegen die Bourgeoisie und den Imperialismus führen, um damit erst einmal das *Überleben* der Sowjetmacht zu gewährleisten. Diese Aufgabe erfordert von der bolschewistischen Partei unvergleichlich mehr Aufmerksamkeit und Anstrengungen für die Rote Armee, als gleichzeitig für den staatlichen Verwaltungsapparat.

Während der Phase des "Kriegskommunismus", und sogar lange danach, beobachtet und überwacht die bolschewistische Partei darum ganz besonders die Vorgänge im militärischen Apparat. Sie widmet ihm einen großen Teil ihrer besten politischen Kräfte. Dennoch können diese außerordentliche Wachsamkeit und Aufmerksamkeit allein die politischen Beziehungen nicht verändern – insbesondere die Beziehungen zwischen Soldaten und Offizieren – die den sowjetischen Militärapparat kennzeichnen. Daher ist die Rote Armee kein proletarischer Apparat geworden; im Gegenteil haben sich unter dem Zwang eines allgemeinen Prozesses ihre bürgerlichen Merkmale immer mehr verstärkt.

Nach dem "Kriegskommunismus" besteht eine der wichtigsten Leistungen der Roten Armee in der Versorgung der staatlichen Verwaltungs- und Wirtschaftsapparate mit energischen und erfahrenen Beamten; sie verstärken dort die Formen einer "Effektivität", die sich durch eine strikte Disziplin herkömmlicher Art erreichen läßt, aber alles andere ist als die proletarische Disziplin.

6. Die Bildung und Entwicklung der Tscheka

Der proletarische Charakter der Oktoberrevolution hat sich in ihrer Fähigkeit gezeigt, den zaristischen und bürgerlichen Unterdrückungsapparat zu zerbrechen. Genau wie die alte Armee zerspringt auch der alte Polizeiapparat während der Oktobertage buchstäblich in Stücke. Dasselbe geschieht mit dem alten Justizapparat (der durch ein Dekret vom 24. November 1918 formal abgeschafft wird (67)). Die Aufgaben dieses Apparats werden nun von den Revolutionstribunalen, direkten Vertretern der Volksmassen, übernommen.

Unter den konkreten Entwicklungsbedingungen des revolutionären Prozesses hat sich die Sowjetmacht sehr schnell einen Sicherheitsapparat zur Unterdrückung der Konterrevolution geschaffen. Dieser Apparat ging unmittelbar aus dem Revolutionären Militärkomitee hervor; er war einer seiner Ausschüsse, die "Außerordentliche Kommission" oder, auf russisch, *Tscheka.* Während ein Dekret des Sownarkom vom 7. Dezember 1917 das Komitee auflöst, wird die Tscheka beibehalten. Und im März 1918, als der Sitz der Sowjetregierung von Petrograd nach Moskau verlegt wird, folgt ihr auch die Tscheka nach. Sie hat ihr Büro am Lubjankaplatz. Ihr Einfluß nimmt im Lauf des Bürgerkriegs zu.

Die Diktatur des Proletariats kämpft damals ums Überleben, und die Tscheka ist eines der Instrumente, deren sie sich in ihrem Kampf gegen die Bourgeoisie und den Imperialismus bedient. In der zweiten Hälfte des Jahrs 1918, als die Tätigkeit der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki immer mehr den Interessen der Konterrevolution dient, beschließt man, die Tscheka auch zur Überwachung ihrer Organisationen einzusetzen (68).

In einer Situation äußerster Spannung, im Herbst 1918, gibt ein offizieller Beschluß vom 19. September der Tscheka die Vollmacht, Verhaftungen und Hinrichtungen vorzunehmen, ohne den Revolutionstribunalen verantwortlich zu sein. Damit wird eine vorher schon geübte Praxis legalisiert. Einer der Führer der Tscheka, Peters, schreibt:

> "In ihrer Tätigkeit ist die Tscheka vollkommen unabhängig; sie nimmt Haussuchungen, Verhaftungen und Hinrichtungen vor und legt erst danach dem Rat der Volkskommissare und dem Exekutivkomitee der Sowjets Rechenschaft ab." (69)

Der Ausgang des Jahrs 1918 und das Jahr 1919 sind eine Phase, in der der Kampf der Diktatur des Proletariats um ihr Überleben ausdrücklich die Form des "revolutionären Terrors" annimmt, nach dem Vorbild des

67 Einzelheiten zu diesem Punkt s. Colette Begaux-Francotte, "La prokurata sovietique", in: *Revue du Centre d'Etudes des pays de l'Est,* Université libre de Bruxelles, Nr. 1 und 2, 1970, S. 52 f.

68 s. oben, S. 228

69 zit. nach Pierre Broué, *Le parti bolchévique*, a.a.O., S. 124

"Terrors" (70) des Wohlfahrtskomitees von 1793 (71). Die Tscheka ist der Apparat, der mit der Ausübung dieses revolutionären Terrors beauftragt wird. Weil er diejenigen physisch zerbrechen kann, die sich ihm widersetzen, und weil seine Tätigkeit geheim ist, ist dieser Apparat besonders dafür anfällig, eine relativ autonome Rolle zu spielen. Tatsächlich kommt es ab 1919 vor, daß er über die Grenzen, die eigentlich seiner Tätigkeit gesteckt sind, hinausgeht: er verfolgt nicht nur konterrevolutionäre Handlungen, sondern auch einfache Kundgebungen der Unzufriedenheit. So weitet sich insbesondere die Unterdrückung auf die Mittelbauern aus, die gegen übermäßige Requisitionen protestieren. Gewisse Handlungen der Tscheka – deren Eingriffsmöglichkeiten sich im Lauf der Zeit ausweiten, vor allem durch die Ausstattung mit eigenen bewaffneten Kräften – geraten so in Widerspruch zu der politischen Linie, wie sie von den höchsten Instanzen der bolschewistischen Partei formuliert wurde.

Auf dem VIII. Parteitag im März 1919 warnt Lenin die Partei und die Unterdrückungsorgane vor den Zwangsmaßnahmen gegen die Mittelbauern. In der Resolution, die zu dieser Frage verabschiedet wird, steht folgende Passage:

> "Die Mittelbauern mit dem Kulakentum verwechseln, die gegen das Kulakentum gerichteten Maßnahmen auf sie in diesem oder jenem Maße ausdehnen heißt, in gröbster Weise nicht nur gegen alle Dekrete der Sowjetmacht und ihre ganze Politik, sondern auch gegen alle Grundprinzipien des Kommunismus verstoßen, die besagen, daß in der Periode des entscheidenden Kampfes des Proletariats für den Sturz der Bourgeoisie die Verständigung des Proletariats mit der Mittelbauernschaft eine der Bedingungen ist für den schmerzlosen Übergang zur Beseitigung jeder Ausbeutung." (72)

Durch diese Resolution gelingt es jedoch so wenig wie durch die früheren Beschlüsse des VI. Sowjetkongresses (Ende 1918) und die späteren Resolutionen des IX. Parteitags der bolschewistischen Partei, die Aktivitäten der

70 im französischen Text "Terreur" (großgeschrieben), als feststehender historischer Begriff zur Kennzeichnung der Phase der Herrschaft des Wohlfahrtskomitees (Anm. der Übersetzer)

71 Daß die Sowjetmacht zum Terror griff wird oft mit der Bezugnahme der bolschewistischen Führer auf die Erfahrung der Französischen Revolution von 1789–1793 "erklärt". Diese Bezugnahme konnte jedoch eine wirkliche Rolle nur spielen aufgrund des ganz bestimmten Charakters der russischen Revolution, nämlich der *besonderen Form der Verbindung* des proletarischen Revolutionsprozesses und des demokratischen Revolutionsprozesses, und aufgrund der beachtlichen Stellung, die der letztere im Verhältnis zum ersteren einnahm (aufgrund der Schwäche der ideologischen Führungsrolle der bolschewistischen Partei in bezug auf den demokratischen revolutionären Prozeß). Die Stellung, die in der russischen Revolution die staatliche Zentralisierung und der durch die spezialisierten Apparate ausgeübte Zwang einnahmen, läßt sich ebenso erklären. Diese *besondere Form* der Verbindung der beiden revolutionären Prozesse gibt es in der chinesischen Revolution nicht: dort spielt die proletarische Ideologie als Führerin der KPCh auch eine führende Rolle auf dem Land.

72 LW 29, S. 203

Tscheka in die Grenzen zu verweisen, die die Sowjetmacht ihr stecken will.

Die Tscheka gewinnt auf diese Weise sehr schnell eine relative Selbständigkeit; dies wird zum Beispiel durch die Tatsache bezeugt, daß jene Resolution des VI. Sowjetkongresses, in der angeordnet wurde, daß Gefangene der Tscheka zwei Wochen nach ihrer Verhaftung freizulassen seien, wenn gegen sie nicht *präzise* Vorwürfe wegen konterrevolutionärer Betätigung erhoben werden könnten, ein weiteres Mal beschlossen werden mußte (73). Ebenso scheint jene weitere Resolution kaum respektiert worden zu sein, derzufolge das ZEK und die örtlichen Exekutivkomitees der Sowjets das *Recht haben, die Tätigkeit der Tscheka zu kontrollieren;* diese Resolution ruft auch in Erinnerung, daß "alle Angestellten der Sowjetmacht" zur strikten Einhaltung der Gesetze verpflichtet sind, und sie gibt den Bürgern ein Einspruchsrecht gegen Verletzungen ihrer Rechte durch diese Angestellten.

Das Jahr 1919 ist durch das Anwachsen konterrevolutionärer Offensiven gekennzeichnet. In dieser Lage überträgt die bolschewistische Partei der Tscheka neue Vollmachten, die die Beschlüsse über die bessere Kontrolle ihrer Tätigkeit unwirksam machen.

Am 15. April 1919 werden die Machtmittel der Tscheka noch erweitert, mit dem Ziel, die Fälle von Raub und Verletzung der sowjetischen Disziplin zu unterbinden. Zu diesem Zweck werden "Arbeitserziehungslager" gegründet, wohin die Verurteilten der Revolutionstribunale, der örtlichen Sowjets und der Tscheka geschickt werden können. Die Provinzabteilungen der Tscheka werden mit der Gründung dieser Lager beauftragt; die Häftlinge werden zur Arbeit für die sowjetischen Institutionen eingesetzt. Eigene Lager gibt es für Kinder und Minderjährige (74).

Am 21. Oktober 1919 wird in einem weiteren Dekret die Gründung eines "besonderen Revolutionstribunals" beschlossen, das direkt der Tscheka unterstellt wird. Dieses Tribunal soll einen "gnadenlosen Kampf" gegen die Diebe und die Spekulanten führen. In dieser Zeit kann Spekulation bedeuten, wenn jemand zum Beispiel auch nur eine kleine Menge Lebensmittel vom Land in die Stadt bringen will.

Anfang 1920 wird das "besondere Tribunal" aufgelöst; aber im November erhalten die örtlichen Organe der Tscheka dieselbe Vollmacht wie die revolutionären Militärtribunale, einschließlich des Rechts, Urteile sofort zu vollstrecken; die Urteile müssen nur dem Volkskommissariat der Justiz zur Kenntnis gebracht werden (75).

Allgemein gesehen weist die Tätigkeit der Tscheka in den Jahren 1917 bis 1921 immer deutlicher zwei Merkmale auf. Einerseits ist sie ein Werkzeug zur "Aufrechterhaltung der Ordnung"; sie greift in zahlreichen Fällen ein,

72 LW 29, S. 203

73 E.H. Carr, *La Formation de l'URSS*, a.a.O., S. 173

74 E.H. Carr, *The Bolshevik Revolution*, a.a.O., S. 212 f.

75 vgl. zu diesen Punkten die Sammlung von Beschlüssen und Befehlen der Arbeiter- und Bauernregierung der RSFSR (russ.), Volkskommissariat der Justiz, Moskau 1919, S. 504; 1920, S. 22/23, S. 115 und 454

mit dem Ziel, Diebstahl und Spekulation zu bekämpfen, verschiedene Beschlagnahmemaßnahmen auf dem Land durchzuführen oder die Arbeitsdisziplin durchzusetzen. Andererseits ist sie ein Werkzeug im politischen Kampf, und zwar gegen die offenen Vertreter der Konterrevolution, wie auch gegen Mitglieder der Parteien, die sich an konterrevolutionären Aktivitäten beteiligen.

In diesen Jahren bleiben die Einmischungen der Tscheka in die inneren Angelegenheiten der bolschewistischen Partei die Ausnahme. In gewissen Fällen (besonders gegen Ende dieser Zeit und dann bei der Vorbereitung des X. Parteitags der KPR(B) sowie gleich nach dem Parteitag) war jedoch diese Einmischung so stark, daß sie Reaktionen von Parteimitgliedern hervorrief und daß auf dem IX. Sowjetkongreß (vom 23. bis 28. Dezember 1921) ein bolschewistischer Sprecher die vollständige Neuordnung der Organe der Tscheka forderte, mit dem Ziel "einer Begrenzung ihrer Kompetenzen und der Stärkung der Prinzipien der revolutionären Legalität". Der IX. Sowjetkongreß nimmt eine entsprechend lautende Resolution an (76).

Etwas später, am 8. Februar 1922, veröffentlicht das ZEK ein Dekret zur Auflösung der Tscheka und ihrer örtlichen Ausschüsse. Dieses Dekret überträgt die Befugnisse der Tscheka dem Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten und schafft innerhalb dieses Kommissariats eine "Staatliche Politische Verwaltung" (russische Abkürzung: GPU), die mit den Aufgaben der alten Tscheka unter der Kontrolle des Kommissariats für Innere Angelegenheiten betraut wird. Es ist vorgesehen, daß die politischen Abteilungen der GPU in den Gouvernements, den autonomen Republiken und den Regionen den örtlichen Exekutivkomitees der Sowjets verantwortlich sind. Diese Maßnahme soll den Sowjetinstitutionen eine bessere Kontrolle über die Tätigkeit der Sicherheitsorgane ermöglichen. Gleichzeitig werden der GPU "Sondereinheiten der Armee" zur Verfügung gestellt. Eine der Aufgaben dieser Einheiten ist "die Bekämpfung von Verbrechen in der Armee und innerhalb der staatlichen Eisenbahnen".

Theoretisch sollte die Handlungsfreiheit der GPU im Vergleich zu den tatsächlichen Möglichkeiten der Tscheka sehr eingeschränkt werden; insbesondere sollte die Untersuchungshaft nicht länger als zwei Monate dauern; nach dieser Frist sollte jede von der GPU verhaftete Person entweder freigelassen oder der Justiz überwiesen werden; es sei denn, das ZEK hätte Gegenteiliges beschlossen. Diese einschränkenden Vorschriften wurden nicht beachtet; "politische Delikte" wurden weiterhin der regulären Justiz vollständig vorenthalten. Hier nahm sich die GPU sogar weitergehende und willkürlichere Vollmachten als die der früheren Tscheka (obwohl die Unterordnung der GPU unter das Volkskommissariat des Innern zur Einschränkung der Vollmachten dieser Polizei beschlossen worden war). Tatsächlich entzieht sich ab 1923, nach der Gründung der Union der Sozialistischen Sowjet-

76 vgl. das Protokoll (russ.), Moskau 1922, S. 254; zit. bei E.H. Carr, *La Formation de l'URSS*, a.a.O., S. 183

republiken, die GPU wieder jeglicher auch formalen Kontrolle durch das Volkskommissariat des Innern (77).

Ein weiterer wichtiger Punkt muß hervorgehoben werden: unmittelbar nach dem X. Parteitag der KPR(B) beteiligen sich die Tscheka und dann die GPU direkt und offiziell an der Arbeit der Parteikontrollkommissionen: es ist hier die wachsende Einmischung eines Unterdrückungsorgans in die Arbeit der bolschewistischen Partei zu beobachten, eines Organs, das über einen eigenen Apparat, eigene Akten und Karteien (aus unkontrollierbaren Quellen) verfügt. Mehr und mehr besteht eine der Aktivitäten der GPU darin, innerhalb der bolschewistischen Partei einzugreifen, "Abweichler" in der Partei zu suchen und zu verfolgen (78).

Die Ausdehnung der Tätigkeit der GPU und die willkürliche Art ihrer Entscheidungen tragen zur Schaffung eines Klimas bei, das der freien Meinungsäußerung und der freien Entwicklung der Initiativen abträglich ist. Auf dem XI. Parteitag (27. März bis 2. April 1922), dem letzten, an dem er teilnehmen kann, greift Lenin selbst die mißbräuchliche Ausdehnung der Tätigkeit der GPU an, was aber den weiteren Stärkungsprozeß dieser Institution nicht verhindern kann; ebensowenig wie die immer engere Verschmelzung ihrer Tätigkeit mit der der zentralen Parteikontrollkommission und des Volkskommissariats der Arbeiter- und Bauerninspektion verhindert werden kann, dem Lenin, wie man weiß, kurz vor seinem Tod nachsagte, daß es "gegenwärtig nicht die geringste Autorität genießt".

Schließlich schaffen 1921 – und diese Tendenz wird in den folgenden Jahren noch deutlicher – die Stellung der Unterdrückungsorgane und die Ausdehnung ihrer Eingriffe eine vollständig andere Situation, als Lenin sie 1917 und Anfang 1918 anstrebte.

77 vgl. E.H. Carr, *La Formation de l'URSS*, a.a.O., S. 183 f.
78 ebd., S. 215

KAPITEL II

Die Umwandlungen innerhalb der bolschewistischen Partei, des Führungsapparats der Diktatur des Proletariats

Vor der Oktoberrevolution 1917 war die bolschewistische Partei im wesentlichen eine Partei von aktiven revolutionären Kämpfern, die politische und ideologische Aufgaben unter den Massen erfüllen mußten: sie propagierten die revolutionären Ideen des Marxismus, organisierten die Werktätigen, untersuchten die politische Lage und die Klassenwidersprüche und lenkten den Klassenkampf in die Richtung der Revolution, indem sie die Stimmung unter den Massen berücksichtigten und die Bilanz ihrer Erfahrung zogen. Die Partei war klein; ihre Mitglieder waren in der Hauptsache erprobte Kämpfer, die zu den größten Opfern bereit waren (79).

Nach der Oktoberrevolution muß die Partei die gleichen Aufgaben lösen, hat aber auch neue Aufgaben zu erfüllen. Als wichtigstes Werkzeug der Diktatur des Proletariats muß sie an der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten teilnehmen, muß in den Machtorganen aller Ebenen arbeiten, in den gewählten Organen ebenso wie in den Verwaltungsorganen; sie muß ökonomische, militärische und administrative Ziele setzen und dabei helfen, diese Ziele zu erreichen. Diese neuen Aufgaben und die Stellung, die die Partei in den Machtorganen hat, erfordern eine Erhöhung ihrer Mitgliederzahl und eine Verbesserung ihrer Arbeitsmöglichkeiten.

Die bolschewistische Partei erfährt einen gewaltigen Zustrom neuer Mitglieder (wie schon erwähnt, hat sie im März 1920 nahezu 612.000 Mitglieder, gegenüber 24.000 im Jahr 1917 (80)). Ein Teil der neuen Mitglieder ist ohne Zweifel von dem Willen beseelt, der Revolution zu dienen, andere jedoch betrachten den Parteiausweis als nützlich für die Befriedigung ihres Ehrgeizes. Die Gefahr des Zustroms solcher Mitglieder ist ab Ende 1920 in hohem Maß gegeben. 1922 schätzt Lenin trotz der Säuberungen die Mitgliederzahl der Partei als zu hoch ein; er ist der Ansicht, daß die Auswahlverfahren ungenügend sind. Er glaubt, daß unter den bestehenden Bedingungen (das sowjetische Proletariat ist durch Krieg und Bürgerkrieg stark verringert und die Arbeitslosigkeit schwächt seine Reihen) 300.000 bis 400.000 Parteimitglieder immer noch eine "übermäßig hohe" (81) Zahl ist. Die Veränderungen innerhalb der bolschewistischen Partei in diesen Jahren sind jedoch keineswegs nur quantitative; sie sind auch nicht in der Hauptsache durch den Zustrom karrieristischer und ehrgeiziger Elemente bestimmt. Die Veränderungen stehen damit in Zusammenhang, daß sich zwischen dem Parteiapparat und dem staatlichen Verwaltungsapparat immer engere Beziehungen knüpfen, wobei sich der proletarische Charakter des

79 s. oben, S. 101
80 s. oben, S. 168
81 LW 33, S. 241

staatlichen Verwaltungsapparats als besonders schwach erweist. Die Praktiken, die sich in diesen Apparaten sowie auch in der Roten Armee und in der Tscheka entwickeln, üben auf das Funktionieren der Partei, auf die Beziehungen zwischen ihren verschiedenen Organen und auf ihre Beziehungen zu den Massen ihren Einfluß aus.

1. Die Beziehungen der bolschewistischen Partei zum Staatsapparat

Die Führungsrolle der Partei, die die Macht ausübt, erfordert, wie Lenin richtig bemerkt, eine gewisse "Verschmelzung der 'Spitzen' der Partei" mit denen der anderen Organe der proletarischen Macht (82).

Es gibt jedoch verschiedene Formen, in denen sich eine solche Verschmelzung vollziehen kann. Die Verschmelzung der "Spitzen" kann das Resultat einer Massenarbeit sein; eine solche Arbeit bringt aktive Mitglieder hervor, die Verantwortlichkeiten in den verschiedenen Apparaten übernehmen und dort die führende ideologische und politische Rolle der Partei festigen können; die "Verschmelzung" kann aber auch so erreicht werden, daß aktive Parteimitglieder in verantwortliche Stellungen ernannt werden, die dann aber wenig mit den Massen verbunden sind. Nach der Oktoberrevolution sind in vielen Gegenden die Bedingungen so, daß sehr oft jener zweite Typ der "Verschmelzung" zur Anwendung kommt.

Tatsächlich ist die bolschewistische Partei in den ländlichen Gegenden, den kleinen und mittleren Städten und über weite Regionen hin kaum verankert. In unzähligen Orten verfügt sie über keine Grundorganisation, hat nicht einmal Aktivisten, die schon mit den Massen verbunden sind und die unter ihnen eine führende Rolle spielen können. Die Parteiführung muß durch das ganze Land Organisatoren und Kader aus den großen Industriezentren schicken. In Ermangelung genügender Kräfte muß sie den Aktivisten, die durchs Land reisen, gleichzeitig eine Vielzahl von Funktionen übertragen, wozu auch Verwaltungsaufgaben gehören. Oft gibt es keine Sowjetorgane oder sie sind so zusammengesetzt, daß sie keine Kräfte hergeben, denen man vertrauen könnte und die die unerläßlichen Verwaltungsaufgaben erfüllen würden.

Podbielski, ein nationaler Kommissar, der auf Reisen durch das Land geschickt wurde, beschreibt in seinem Bericht die Situation in der Provinz Tambow, im Juli 1919:

> "Streng genommen gibt es in den meisten ländlichen Bezirken keine Sowjetregierung (das heißt Sowjets, die örtliche Regierungsfunktionen ausfüllen). Zur Zeit existieren die Sowjets in den meisten Orten nur auf dem Papier; unter dem Namen von Sowjets sieht man Kulaken und

82 vgl. zum Beispiel Lenins *Bericht über die politische Tätigkeit des ZK* auf dem X. Parteitag vom 8. März 1921; in: LW 32, S. 168 – 191, hier S. 176

Spekulanten arbeiten, Leute, die persönliche Ziele verfolgen oder solche ohne Charakter, die tun, was ihnen gerade Spaß macht." (83)

Diese Pseudo-Sowjets "verfügen" (wie übrigens auch die meisten der regulär gewählten Sowjets) über einen bürokratischen Apparat von Beamten des alten Regimes, die korrupt und pedantisch sind oder denen ihre Arbeit vollkommen gleichgültig ist. Unter solchen Bedingungen müssen dann die wenigen Aktivisten, die die zentralen Organe und die Armee entbehren können, einer Vielzahl von Verantwortlichkeiten Herr werden. Sie können sich dabei auf örtlicher Ebene nicht auf ein Kollektiv von mit den Massen verbundenen Kommunisten stützen: an vielen Orten gibt es ein solches Kollektiv nicht oder es ist erst im Aufbaustadium. Angesichts der Dringlichkeit der Aufgaben muß gehandelt werden, bevor noch die Vorformen der Parteiorganisationen in wirkliche Organisationen umgewandelt und bevor richtige Sowjets errichtet sind.

Eine solche Situation hat notwendigerweise eine Reihe von Auswirkungen auf das Funktionieren der Partei selbst. Sie führt auf örtlicher Ebene in einer Vielzahl von Städten und Bezirken zu einer Ämterhäufung; sie hat zur Folge, daß eine *Kontrolle der Grundorganisationen* über die aktiven Parteikader, die mit einer Vielzahl von Verantwortlichkeiten betraut sind, *nicht gegeben ist* (da diese Organe gar nicht oder fast gar nicht existieren); auch führt diese Situation oft dazu, daß diese Aktivisten durch die wesentlich administrativen Aufgaben völlig in Beschlag genommen werden und sich nicht mehr den politischen und ideologischen Aufgaben, das heißt der Arbeit unter den Massen widmen können.

Einige Delegierte des VIII. Parteitags (1919) beschreiben genau, was sich damals abspielte. Sie weisen zum Beispiel darauf hin, daß in der Provinz sehr oft der Vorsitzende des Parteikomitees auch der Vorsitzende des Sowjets, der Tscheka, des Revolutionstribunals und anderer Gremien ist. Sie zeigen auf, daß diese Ämterhäufung die Tendenz der Exekutivkomitees verstärkt, sich an die Stelle der Sowjets zu setzen (wenn es diese gibt) und die Tendenz der Parteikomitees, die Parteiorganisationen zu ersetzen (84).

Mit anderen Worten: der Parteiapparat tendiert zur Verschmelzung mit den Verwaltungsapparaten (deren besondere Merkmale ja bereits beschrieben wurden); gleichzeitig hat er die Tendenz, "die Parteiorganisationen zu ersetzen", das heißt, an ihrer Stelle zu wirken und sich nicht der Kontrolle der Parteibasis zu beugen (die in zahlreichen Gegenden auf ihre einfachste Existenz reduziert ist).

Diese Bedingungen führen dazu, daß die Partei zusehends von einem immer schwerfälligeren Verwaltungsapparat beherrscht wird, anstatt daß sie

83 Nach Snamenski *Geschichte der Entwicklung des Sowjetapparats in der Provinz Tambow* (russ.), Bd. 1 der Sammlung *Der sowjetische Aufbau*, Moskau 1925, S. 266; zit. nach O. Narkiewicz, *The Making of the Soviet State Apparatus* (Die Bildung des sowjetischen Staatsapparats), Manchester, University Press 1970, S. 64 f.

84 vgl. dazu das Protokoll des VIII. Parteitags der KPR(B)

ihn wirklich selbst führt. Diese Lage beschreibt Lenin in seinem Bericht vom 27. März 1922 auf dem XI. Parteitag, wobei er die Metapher vom "Menschen am Steuer" benutzt (dieser "Mensch" ist die führende Partei, die an der Spitze des Staats steht):

"(Der Staat) hat nicht nach unserem Willen funktioniert. Wie hat er denn funktioniert? Das Steuer entgleitet den Händen: Scheinbar sitzt ein Mensch da, der den Wagen lenkt, aber der Wagen fährt nicht dorthin, wohin er ihn lenkt, sondern dorthin, wohin ein anderer ihn lenkt (...)." (85)

Nach Lenin ist dieser "andere" ein Kapitalist, ein Spekulant; es sind Verwaltungsapparate unter bürgerlichem Einfluß, die zur "Verselbständigung" gegenüber der Diktatur des Proletariats tendieren.

Der weitere Text zeigt, daß Lenin klar sieht, wohin die Entwicklung führen kann, die in den vorhergehenden Jahren begonnen hatte. Kurz nach der Stelle, wo Lenin vom "Menschen am Steuer" spricht, problematisiert er nämlich den Weg, den die Sowjetmacht einschlagen kann; Lenin analysiert die neue Taktik gewisser russischer Emigranten um Ustrjalow (86) und erklärt in diesem Zusammenhang ohne Zögern, eine der Gefahren für die Sowjetmacht sei es, schließlich "bei der gewöhnlichen bürgerlichen Staatsmacht" zu landen (87).

1922 beschreibt Lenin dann den Typ von Beziehungen, der sich zwischen Partei und Staatsapparat herausgebildet hat, folgendermaßen:

"Man nehme doch Moskau – die 4.700 verantwortlichen Kommunisten – und dazu dieses bürokratische Ungetüm, diesen Haufen, wer leitet da und wer wird geleitet? (...) Um die Wahrheit zu sagen, nicht sie leiten, sondern sie werden geleitet." (88)

Und hier wiederholt Lenin noch einmal:

"Die Kommunisten, die an die Spitze von Institutionen treten – und manchmal werden sie absichtlich von Saboteuren, die sich ein Aushängeschild verschaffen wollen, geschickt vorgeschoben –, erweisen sich häufig als die Übertölpelten. (...)

85 LW 33, S. 266

86 Ustrjalow ist ein emigrierter ehemaliger Kadett. Mit anderen Emigranten – darunter ehemaligen "Ministern" der Weißgardisten"regierung" unter Koltschak – veröffentlichte Ustrjalow einen Sammelband mit dem Titel *Smena Wech (Wechsel der Wegzeichen)*, in dem er sich dafür aussprach, daß seine Anhänger in die Apparate der Sowjetmacht eindringen sollten; er ist der Ansicht, daß mit der NEP (die zur Zeit der Gründung dieser Gruppe beginnt) die Entwicklung zum Kapitalismus hin unvermeidlich sei. Daher erklärt er: "Die Bolschewiki (...) werden zum gewöhnlichen bürgerlichen Staat kommen, und wir müssen sie unterstützen. Die Geschichte geht verschiedene Wege." (von Lenin zitiert in seinem Bericht auf dem XI. Parteitag; LW 33, S. 273)

87 LW 33, S. 273

88 *Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPR(B) auf ihrem XI. Parteitag*, in: LW 33, S. 275

Werden die verantwortlichen Kommunisten der RSFSR und der KPR begreifen können, daß sie die Kunst der Verwaltung nicht beherrschen? Daß sie sich einbilden zu leiten, während sie in Wirklichkeit geleitet werden?" (89)

Lenin sieht hier eine Parallele zwischen der Lage der bolschewistischen Partei, die die führenden Staatspositionen innehat, aber den Staat nicht wirklich führen kann, und der eines Eroberervolks, das scheinbar ein anderes Volk unterworfen hat, das aber, obwohl es weiter sein Territorium besetzt hält, auf lange Sicht in Wirklichkeit von diesem beherrscht wird, da es seine "(höhere) Kultur dem Eroberer aufzwingt" (90).

Die "Unterwerfung", von der Lenin hier spricht, ist nichts anderes als die Herrschaft der Bourgeoisie über die Partei, besonders durch deren Anwesenheit in den Staatsapparaten, mit denen die Partei, unter den schon genannten Bedingungen, immer mehr "verschmilzt". Eine solche "Unterwerfung" kann nichts anderes sein als die Umwandlung der bolschewistischen Partei in ihr Gegenteil, ihre Umwandlung von einer proletarischen in eine bürgerliche Partei.

1922 ist die Gefahr noch in weiter Ferne; aber es ist nicht unwichtig, daß Lenin in der Lage war, sie zu erkennen. Interessant ist auch, daß Bucharin ungefähr ein Jahr nach dem XI. Parteitag Lenins Bemerkung wiederaufnimmt und weiterentwickelt, und zwar in Formulierungen, die Aufmerksamkeit verdienen, da sie auf erstaunliche Weise beschreiben, was später eingetreten ist.

Bucharins Schrift, die diese Beschreibung enthält, trägt den Titel *Proletarische Revolution und Kultur* (91). Bucharin geht von Lenins Bemerkung aus, "die grundlegende und wirkliche Gefahr" (92) sei nicht ein direkter Angriff, sondern eine Entmachtung der Klasse in den Apparaten des Staats und der Partei, die zur vollständigen Wiederherstellung der bürgerlichen Herrschaft führen würde. Wie Lenin verweist Bucharin auf Ustrjalow und seine Anhänger, die "Smena Wech"-Leute (93). Deren Ratschlag an die bürgerliche Intelligenz, sich der russischen Revolution anzuschließen, ist eins der Leitmotive der Zeitung, die sie damals in Paris (unter dem gleichen Titel *Smena Wech*) herausgaben. In der Tat hoffen sie, daß die Revolution nunmehr den "Weg des Thermidor" (94) einschlagen werde. Ihre Zeitung

89 ebd., S. 275 f.
90 ebd., S. 275
91 Es handelt sich um eine Rede, die Bucharin am 3. Februar 1923 in Petrograd gehalten hat; sie wurde ins Deutsche übertragen und erschien 1923 im Verlag C. Hoym Nachf., L. Cahnbley, in der "Kleinen Bibliothek der Russischen Korrespondenz", Nr. 82/83, Hamburg 1923.
92 LW 33, S. 274
93 Der Begriff "Smena Wech"-Leute stammt von *Smena Wech* (Wechsel der Wegzeichen), s. oben, S. 247, Anmerkung 86; s. auch E.H. Carr, *Socialisme in One Country, 1924–1926*, Bd. 1, S. 56 f.
94 Am 9. Thermidor des Jahrs II (27. Juli 1794) wird der Wohlfahrtsausschuß der Französischen Revolution durch die politischen Vertreter der Bourgeoisie gestürzt.

lobt die Intellektuellen, die in Sowjetrußland geblieben sind und die der Partei beitreten oder sich in den Dienst der Regierung stellen.

Bucharin erwägt mit bemerkenswerter Präzision die Möglichkeit einer Wiederherstellung der bürgerlichen Macht in Sowjetrußland, und zwar auf kaltem Wege unter dem Deckmantel des "Wissensmonopols", das – wie allgemein angenommen wird – die Bourgeoisie und ihre Intelligenz innehaben. Bucharin zeigt, daß die "Smena Wech"-Leute "Freunde" einer ganz bestimmten Sorte sind, die die Ansicht vertreten, daß die Oktoberrevolution eine unumgängliche historische Aufgabe erfüllt habe, woraus nun eine neue Bourgeoisie ihren vollen Nutzen ziehen müsse. In ihren Augen hat die Oktoberrevolution das gewaltige Verdienst, die "entschlossenen, mutigen, unerbittlichen und gestählten Gegner" des alten verfaulten zaristischen Regimes aufzuspüren und zu mobilisieren. "Sie (...) zerschmetterten vollständig die morsch gewordenen russischen Intelligenzschichten, die nur lange Gespräche zu führen und über Gott, den Teufel und ähnliche Dinge, die zu nichts nutze sind, zu diskutieren imstande waren." Auf diese Weise machten sie "die Bahn frei (...) für die Schaffung einer neuen (...) Bourgeoisie". Eine Bourgeoisie, die durch viele Prüfungen hindurch "ihren Willen und ihren Charakter stählte und jetzt als ein neuer Typ von Bourgeoisie – eine (...) frischere, jüngere, energischere, 'amerikanische' Bourgeoisie – den historischen Schauplatz betritt".

Diese "Frische" und die "Energie" der neuen Bourgeoisie gab es natürlich nur in der Phantasie der "Smena Wech"-Leute; ihre Vision jedoch, daß die neue Bourgeoisie von innen heraus die Sowjetmacht und die bolschewistische Partei zerstören könnte, entsprach, wie wir heute wissen, einem Aspekt des Kampfs zwischen Bourgeoisie und Proletariat, des Kampfs zweier Linien – und zweier Wege der Entwicklung.

Bucharin entlarvt und verurteilt diesen Weg der "Smena Wech"-Leute und zeigt, wie die Bourgeoisie auf eine sehr eigenartige Weise die Sowjetmacht "unterstützt", indem sie "allmählich in die Poren des Sowjetorganismus eindringt", ihre Leute einschleust und langsam aber beharrlich die Züge des Sowjetstaats umwandelt. Bucharin beschreibt nun denselben Prozeß, der ein Jahr vorher schon Lenin beunruhigte – damals zeigte Lenin, daß es sehr oft nicht die Kommunisten sind, die das Ruder wirklich in der Hand haben, sondern die Bourgeoisie – und Bucharin umreißt, was passiert, wenn diesem Prozeß kein Ende gesetzt wird:

"So werden wir denn eine Sachlage erhalten, bei der alle unsere Dekorationen, die roten Fahnen, das Singen der Internationale, die sowjetische Regierungsform usw., äußerlich erhalten bleiben werden, während der innere Gehalt von alledem bereits ein anderer sein wird (...), er wird die Erwartungen und Wünsche, die Hoffnungen und Interessen jener neuen Bourgeoisieschicht widerspiegeln, die beständig wächst, die fortwährend stärker werden wird, und die auf dem Wege langsamer organischer Veränderungen das ganze Gefüge des Sowjetstaates umgestalten und ihn allmählich in das Geleise der rein kapitalistischen Politik führen wird.

(Die) alte morsche Bourgeoisie, die von den Almosen der Zarenregierung lebte, (wurde) infolge der russischen Revolution durch eine neue mächtige Bourgeoisie amerikanischen Musters ersetzt, die vor nichts zurückschrecken wird, die sich ihren Weg unter dem Zeichen der nationalen, aber in internationale Phraseologie gehüllten Fahne, vorwärts zu einem mächtigen, großen, neuen, bürgerlichen, kapitalistischen Rußland bahnen wird." (95)

Bucharin faßt seine Analyse in einer allgemeinen Schlußfolgerung zusammen: "Jeder Arbeiterrevolution, in jedem beliebigen Lande, treten unvermeidlich im Laufe ihrer Entwicklung die ungeheuren Gefahren der inneren Entartung der gegebenen Revolution, des gegebenen proletarischen Staates und der gegebenen Partei entgegen" (96); Bucharin betont, es sei eine der wesentlichen Aufgaben in der Epoche der Diktatur des Proletariats, eine "Kulturrevolution" zu initiieren (97).

In diesem Zusammenhang übernimmt Bucharin auch Lenins Vergleich von der Unterwerfung eines "zivilisierten" Volks durch ein "barbarisches". Lenin hatte dieses Beispiel gebracht, um zu zeigen, wie die Arbeiterklasse Gefahr laufe, die Macht zu verlieren, wenn sie immer deutlicher die Formen sozialer Organisierung der gestürzten Klasse übernimmt. Bucharin fügt hinzu:

"Die Arbeiterklasse kann den Gegner mechanisch unterdrücken (...), kann physisch von allem Besitz ergreifen, kann aber von unten her durch die kulturellen Kräfte ihres Gegners aufgezehrt werden (...). Diese Gefahr (erhebt sich) unvermeidlich vor jeder Arbeiterklasse, die sich der Staatsmacht bemächtigt hat. Wenn dieser Fall eintreten würde, so würden wir uns aus der technischen Intelligenz, aus einem Teil der Bourgeoisie (...), plus sogar einem gewissen Teil unserer eigenen Arbeiterpartei, in eine neue Klasse verwandeln, indem wir uns in unauffälliger Weise vollständig von der allgemein-proletarischen Basis loslösen und uns in ein neues soziales Gebilde verwandeln würden." (98)

Bucharin greift die Illusion an, die proletarische Klassenherkunft der Kader sei schon eine hinreichende Garantie dafür, daß diese sich nicht in eine neue Bourgeoisie verwandelten; denn man könne sich, wie er sagt, ohne weiteres eine Situation vorstellen, in der sich ein Teil der Arbeiterklasse von den werktätigen Massen abhebt, eine Monopolstellung einnimmt und sich in eine neue Klasse verwandelt (99).

Die Bemerkung über den allgemeinen Charakter des Prozesses der Rückeroberung der Macht durch die Bourgeoisie, das heißt über den ganz allgemeinen Charakter des Kampfs zweier Wege und zweier Linien, ist außerordentlich interessant, ebenso wie Bucharins Gedanke (in der Nachfolge früherer Hinweise von N. Krupskaja), allein eine "Kulturrevolution" könne den kapitalistischen Weg überwinden – auch wenn Bucharin nur äußerst ungenaue Formulierungen über die Bedingungen und die Formen einer solchen Kulturrevolution entwickelt.

95 Die Zitate entstammen alle der zuvor zitierten Schrift *Proletarische Revolution und Kultur,* Hamburg 1923, S. 7–10
96 ebd., S. 48
97 ebd., S. 49
98 ebd., S. 62 f.
99 ebd., S. 64

Wenn nun der Prozeß der bürgerlichen Aushöhlung der Sowjetmacht von innen heraus, wie er im Bürgerkrieg einsetzte und sich danach weiterentwickelte, universellen Charakter trägt, also allgemeine Lehren vermittelt, so ändert das nichts daran, daß die *spezifische Form* dieses Prozesses zu Beginn der NEP – entgegen Bucharins Voraussagen – zu einem Zeitpunkt vollkommen umgewälzt wurde, als man die NEP aufgab und als die bolschewistische Partei den Weg der Kollektivierung und der Fünfjahrpläne einschlug.

2. Die Umwandlung der Beziehungen innerhalb der bolschewistischen Partei

Während des Bürgerkriegs verändern sich die Beziehungen innerhalb der bolschewistischen Partei immer stärker. Diese Umwandlung hängt zumindest teilweise mit den neuen und dringenden Aufgaben zusammen, die jetzt der führenden Partei zufallen. Sie rührt aber auch – mehr noch – daher, daß die bolschewistische Partei diese Aufgaben unter *besonderen Bedingungen* lösen muß: sie ist auf Leben und Tod gezwungen, von heute auf morgen eine Vielzahl umfangreicher ökonomischer und militärischer Probleme anzugehen, während zugleich der staatliche Verwaltungsapparat, ihr Werkzeug, wesentlich nichtproletarisch ist und seine Beziehungen zu den Bauernmassen alles andere als eng und vertrauensvoll sind.

Um sich vom Ausmaß der Umwandlungen nach der Oktoberrevolution ein Bild machen zu können, muß man berücksichtigen, daß die Fraktion der Bolschewiki und dann die bolschewistische Partei jahrelang intensiv politisch tätig war und selbst in den schwierigsten Augenblicken ausführliche Diskussionen geführt hatte. Angesichts komplexer oder neuer Probleme traf die Parteiführung im allgemeinen erst eine Entscheidung, nachdem, dem Charakter der Probleme entsprechend, tiefgehende Diskussionen gründlich und so offen wie möglich geführt worden waren (100). Die Diskussionen waren nicht nur sehr offen; die Mitglieder, die einen anderen Standpunkt als die Mehrheit des Zentralkomitees vertraten, konnten sich auch direkt an die ganze Partei wenden. Sie konnten das in den offiziellen Organen der Partei tun oder in eigenen, periodisch oder nicht periodisch erscheinenden Veröffentlichungen (101).

Die Prinzipien, nach denen die Diskussionen und die ideologischen und politischen Kämpfe geführt wurden, waren *praktisch* solche, wie sie später

100 Auf den Inhalt dieser Diskussion und Kämpfe wird im Vierten Teil dieses Bandes eingegangen.
101 Zum Beispiel die Zeitschrift *Kommunist,* die die "Linkskommunisten" in den ersten Monaten des Jahrs 1918 herausgaben.

die Kommunistische Partei Chinas ausdrücklich proklamieren sollte: Einheit – Kritik – Einheit. Aufgrund dieser Prinzipien werden Parteimitglieder, die zu anderen Schlüssen kommen als die Mehrheit des Zentralkomitees, nicht zum Objekt eines "erbitterten Kampfes" oder "schonungsloser Schläge" (102). Die Partei erwartet von den Diskussionsteilnehmern konkrete Analysen und eine theoretische Erforschung der Lage, um wirklich zu einer ernstzunehmenden Lösung der Probleme zu kommen.

Auch wenn bei gewissen Fragen nur eine kleine Zahl *aktiv* an den Diskussionen teilnahm, so bedeutet das in keinem Fall, daß diese Einschränkung durch administrative oder reglementierende Maßnahmen zustandekam. Auf jeden Fall sah sich die Basis der Partei häufig veranlaßt, sich zu Wort zu melden, was heißt, daß die Diskussion mit der Masse der aktiven Parteimitglieder geführt wurde. Ab Mitte 1918 verändert sich das jedoch zusehends.

a) Die Veränderungen in den Beziehungen zwischen der Basis der Partei und den höheren Instanzen

Die ersten Veränderungen treten im Kampf gegen den Aufstand der Weißen und die imperialistische Intervention auf. Sie werden durch das Auseinandergehen einer großen Zahl führender Parteimitglieder begünstigt; deren Zeit wird mehr und mehr durch präzise und dringende Aufgaben in Anspruch genommen, Aufgaben von äußerster Wichtigkeit und absolutem Vorrang, vor allem an der militärischen Front.

In den letzten Monaten des Jahrs 1918 ist die Parteiführung gezwungen, zahlreiche Entscheidungen von hoher Wichtigkeit selber zu fällen, häufig ohne die Grundorganisationen der Partei zu konsultieren. Die *Partei funktioniert* zu der Zeit *als Organismus* umso weniger, als die politische Führung praktisch über keinen zentralen Apparat verfügt, der eine regelmäßige Verbindung zu den Grundorganisationen aufrechterhalten könnte. Anfang 1919 besteht der Stab des Zentralkomitees nur noch aus fünfzehn Aktivisten um Swerdlow, den Sekretär des Zentralkomitees.

Von Juni 1918 bis Anfang 1919 treten die führenden Instanzen nur ausnahmsweise zusammen; fast alle Entscheidungen werden durch direkte Kontakte zwischen Lenin, dem Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare, Swerdlow und den Verantwortlichen der verschiedenen Bereiche gefällt.

In dieser Zeit ist die Tendenz zur Verschmelzung der Partei mit dem Staatsapparat so stark, daß Preobrashenski (ohne daß dies einen Proteststurm hervorgerufen hätte) so weit gehen kann, die Auflösung der Partei vorzuschlagen, da sie mit dem Staatsapparat verschmolzen sei. Ossinski, ihm

102 Mit diesen Ausdrücken charakterisiert Mao Tse-tung jene Formen des "ideologischen Kampfs", in dem Beschimpfungen und Einschüchterungen benutzt werden. Vgl. dazu die beiden Schriften *Den Arbeitsstil der Partei verbessern* und *Gegen den Parteischematismus;* in: Mao Tse-tung, Ausgewählte Werke, Bd. 3, S. 35–73

zur Seite, schlägt praktische Maßnahmen mit gleicher Stoßrichtung vor: zum Beispiel die Verschmelzung des Zentralkomitees, des ZEK und des Rats der Volkskommissare. Diese Vorschläge werden jedoch nicht befolgt (103).

Der VIII. Parteitag (im März 1919) steht im Zeichen einer wichtigen Wende. Er ergreift die Initiative, um die *Partei neu aufzubauen,* um ihr eine *geeignete Struktur zu geben, die ihre Führungsrolle besser gewährleisten kann.* Das Zentralkomitee muß nun wenigstens zweimal im Monat zusammentreten; in dem Zeitraum zwischen den Sitzungen hat ein neues Organ die Entscheidungsgewalt inne: das *politische Büro* oder *Politbüro.* Vorher hatte ein ähnliches Organ nur ganz provisorisch zur Vorbereitung des Oktoberaufstands bestanden.

Das erste nichtprovisorische Politbüro wird im März 1919 während des VIII. Parteitags gebildet. Es besteht aus fünf ständigen Mitgliedern (Lenin, Kamenew, Trotzki, Stalin, Krestinski) und drei stellvertretenden Mitgliedern (Sinowjew, Bucharin, Kalinin). Das Politbüro entwickelt sich schnell zur eigentlichen politischen Führung der Partei, die die wichtigen Entscheidungen trifft; seine Beschlüsse sind sofort vollstreckbar.

Der VIII. Parteitag beschließt auch die Bildung eines "Volkskommissariats für Staatliche Kontrolle" (unter der Leitung Stalins). Wie bereits erwähnt, wird aus diesem Organ 1920 (weiterhin unter der Leitung Stalins) die "Arbeiter- und Bauerninspektion" (russische Abkürzung: *Rabkrin* oder RKI).

Der VIII. Parteitag trifft eine weitere für das künftige Funktionieren der Partei wichtige Entscheidung. Es handelt sich um die Schaffung des *Orgbüros* (Organisationsbüro). Auch dieses Gremium besteht aus fünf Mitgliedern (darunter Stalin). Es muß dreimal in der Woche zusammentreten, um "die ganze Organisationsarbeit der Partei zu leiten". Außerdem wird ein "Sekretariat des Zentralkomitees" geschaffen, das im Prinzip Ausführungsaufgaben hat. Stalin ist auch Mitglied dieser Gremien; denn er wird nach Swerdlows Tod, kurz vor dem VIII. Parteitag, Sekretär des Zentralkomitees.

1919 war das Sekretariat des Zentralkomitees theoretisch als "einfaches technisches Organ" gedacht. Mehr und mehr wird jedoch aus dem Sekretariat und dem Orgbüro eine Art "*administrativer Führung*", parallel zur politischen Führung der Partei. Diese Entwicklung wird drei Jahre später bestätigt, als am 4. April 1922 die Stellung eines Generalsekretärs entsteht, die Stalin auf Beschluß des Zentralkomitees des XI. Parteitags einnehmen sollte.

Der VIII. Parteitag ist somit der Ausgangspunkt einer raschen Veränderung in den Arbeitsbedingungen der bolschewistischen Partei und ihren inneren Verhältnissen. Immer mehr wird die Partei zu einem strukturierten Körper, der einer Disziplin ganz anderen Typs unterworfen wird, als die

103 außer im besonderen Fall Sowjetlettlands (vgl. dazu Pierre Broué, *Le Parti bolchévique,* a.a.O., S. 129)

Partei sie früher kannte, einer Disziplin, die durch einen gewissen Verwaltungszentralismus beherrscht wird (der sich übrigens noch im Stadium der Entstehung befindet).

Unter den Bedingungen von 1919 – heftige Klassenkämpfe und Schwierigkeiten bei der Beherrschung eines staatlichen Verwaltungsapparats mit überwiegend bürgerlicher Arbeitsweise – beginnen die Auswirkungen der Tendenz hin zum *Verwaltungszentralismus* stark fühlbar zu werden.

So beginnt nun ein Verselbständigungsprozeß der Verwaltungsorgane der Partei gegenüber ihren führenden politischen Gremien, ein Prozeß, der in engem Zusammenhang steht mit der Verselbständigungsbewegung des staatlichen Verwaltungsapparats gegenüber der Diktatur des Proletariats. Im Lauf der Jahre verstärkt sich diese Tendenz immer mehr. Der wachsenden Rolle der zentralen Verwaltungsorgane der Partei entspricht eine Aufblähung der Verwaltung beim Zentralkomitee. Die Mitarbeiterzahl steigt von ungefähr 15 Ende 1919 auf 150 im März 1920 und noch später auf 602 (104). Die Verwaltung wird in stark strukturierten Abteilungen organisiert. Die beiden wichtigsten, mit Verwaltungsaufgaben der Partei betrauten Abteilungen sind das *Orgotdel* (Organisierung und Herausgabe von Verordnungen) und das *Utschraspred* (Verwaltung von Protokollen, Registern und Karteien, sowie Aufgabenverteilung und Stellenzuweisung an die Mitglieder der Partei). Darüber hinaus gibt es noch einige weitere Abteilungen, Gruppen und Büros, die immer genauer die Aktivitäten der Parteikader verfolgen.

In der Praxis nehmen das Parteisekretariat und das Utschraspred die meisten Ernennungen vor, nur ein Teil davon geht über das Orgbüro, ein Organ, das gewählt ist. So gab es zwischen April und November 1919 2 182 Ernennungen des Utschraspred gegenüber 544 des Orgbüros (105). Zwischen April 1920 und Mitte Februar 1921 nimmt das Utschraspred 40 000 Ernennungen vor.

Eine Zeitlang erfolgen diese Ernennungen ziemlich wahllos. Dann geschieht jedoch die Auswahl mit Hilfe immer besser geführter zentraler Karteien. Im November 1921 verfügt das Utschraspred über Berichte, die ungefähr 23 500 Parteikader betreffen, wobei diese Kader je nach ihrer Spezialisierung in Gruppen eingeteilt sind. Einige Monate später hat das Utschraspred bereits eine Kartei über ungefähr 26 000 Kader, was ihm erlaubt, weitgehend "Karrieren" zu verfolgen und zu bestimmen. Im Juni 1922 wird das Utschraspred mit dem Orgotdel zusammengelegt; es wird auf diese Weise zu einer noch mächtigeren Abteilung. Es steht jetzt unter der Leitung von L.M. Kaganowitsch. Das Orgotdel hat nun seinen

104 vgl. die *Iswestija* des Zentralkomitees der KPR(B) (ein Bulletin, das auf russisch veröffentlicht wurde und von Mai 1919 bis Oktober 1929 regelmäßig erschien), insbesondere die Ausgaben vom 2. Dezember 1919, vom 5. März 1921 und vom März 1923 (zit. bei L. Schapiro, *The Communist Party of the Soviet Union*, London 1970, S. 250; deutsche Ausgabe: *Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion*, Frankfurt 1962)

105 vgl. die Ausgabe vom Januar 1923 der *Iswestija* des Zentralkomitees; zit. bei L. Schapiro, a.a.O., S. 253

eigenen Stab von "Instrukteuren", die damit beauftragt sind, die lokalen Parteiorganisationen zu inspizieren, und die Zugang zu allen Dokumenten und zu allen Sitzungen haben, auch zu den Geheimsitzungen. Die Instrukteure können alle möglichen Empfehlungen abfassen, wie Entscheidungen der Provinzkomitees zu modifizieren seien. Die Provinzkomitees haben jedoch weiterhin das Recht, sich ans Zentralkomitee zu wenden.

So entwickelt sich ein Prozeß, der den Parteikonferenzen auf regionaler, städtischer und auf Bezirksebene immer mehr reale politische Macht nimmt. Die zunehmend schwächer werdende Rolle der regionalen Parteikonferenzen findet auch darin ihren Ausdruck, daß immer mehr Zeit zwischen ihren einzelnen Sitzungen vergeht. Vor allem wird das aber daran deutlich, daß die Komitees zwar immer noch von den Konferenzen gewählt, praktisch aber durch die Inhaber einiger Schlüsselstellungen beherrscht werden, die von den zentralen Verwaltungsorganen ernannt werden. Das von der Konferenz gewählte Komitee spielt ziemlich rasch nur noch eine beratende Rolle, während die wirklichen Entscheidungen vom – ursprünglich Präsidium genannten – Büro des Komitees getroffen werden.

So entsteht allmählich eine Struktur, innerhalb derer die Beschlüsse der Basis sekundär, die wesentlichen Entscheidungen dagegen an der Spitze eines Verwaltungsapparats getroffen werden. Auch die Sekretäre der Parteikomitees der Provinzen werden immer häufiger vom Zentrum ernannt, und die Machtbefugnisse dieser politisch Verantwortlichen wachsen rapide. Der Provinzparteisekretär ist von der Parteikonferenz und vom Parteikomitee nicht mehr abhängig; im Gegenteil: die Mitglieder dieser Organe hängen immer mehr vom Provinzparteisekretär ab und durch ihn vom zentralen Verwaltungsapparat. Die Struktur des Verwaltungsapparats der Partei gleicht sich sogar derjenigen der staatlichen Verwaltung an; insbesondre werden Dienstgrade und Gehaltsgruppen (106) geschaffen, die wie bei den Angestellten fünf Stufen umfassen.

Theoretisch soll diese wachsende Machtfülle des zentralen Verwaltungsapparats gewährleisten, daß die Parteikader "besser verwaltet" und die Verantwortlichen nach vernünftigen Gesichtspunkten ausgewählt werden. In der Praxis wird daraus aber sehr schnell eine wachsende politische Kontrolle der inneren Parteiverwaltung (die selbst von Seiten der gewählten führenden Organe kaum zu kontrollieren ist) über die ganze Organisation und vor allem über ihre Kader. Diese Kontrolle wird insbesondere durch das System der "Ernennungen" und der Ämter"umbesetzungen" ausgeübt, Maßnahmen, die es erlauben, die politischen Kräfteverhältnisse in dieser oder jener Parteiorganisation zu verändern. Die "Umbesetzungen" können dazu benutzt werden, diejenigen zu isolieren, die nicht dieselben Vorstellungen wie die Führung der Parteiverwaltung haben. Zunächst entsprechen die Umbesetzungen wesentlich den realen Erfordernissen einer guten Kader-

106 vgl. das *Sprawochnik* (das Handbuch) des Parteiarbeiters, Nr. 1, S. 57 f.; Nr. 2, S. 49–51; Nr. 3, S. 110–112; zit. bei L. Schapiro, a.a.O., S. 258

politik oder sie sind gerechtfertigte administrative Sanktionen. Aber seit 1921, beispielsweise im Kampf gegen die "Arbeiteropposition", werden diese Maßnahmen immer mehr zum Mittel, diejenigen, die als Opponenten in den lokalen Parteiorganisationen einen gewissen Einfluß haben, auszuschalten; die Maßnahmen werden zum Mittel, die Meinungsfreiheit der Parteikader einzuschränken.

Die Gouvernements-, Stadt- und Bezirksorganisationen der Partei haben oft gegen diese Entwicklung protestiert. Um diesen Protesten Rechnung zu tragen, wird im September 1920 eine zentrale Kontrollkommission (ZKK) gegründet und dazu eine Pyramide von örtlichen Kontrollkommissionen, bei denen die Parteimitglieder gegen solche Entscheidungen des Verwaltungsapparats der Partei Einspruch erheben können, die sie für willkürlich halten. Dieser Rückgriff auf ein vom Verwaltungsapparat der Partei unabhängiges Organ ist bis 1922 mehr oder weniger erfolgreich; danach ändern sich aber die Verhältnisse. Um nämlich die Konflikte zwischen den Kontrollkommissionen und dem Verwaltungsapparat der Partei zu vermeiden, verabschiedet der XI. Parteitag (107) eine Resolution über die "Vereinheitlichung" der Arbeit der örtlichen Kontrollkommissionen. Damit werden sie praktisch zu einer neuen Abteilung des zentralen Verwaltungsapparats: anstatt zu dessen Kontrolle beizutragen, werden sie zum zusätzlichen Instrument in seinen Händen.

Die Umwandlung der Beziehungen zwischen der Verwaltungsspitze der Partei und ihrer Basis *verändert auch die Beziehungen der politischen Führung* – Zentralkomitee und Politbüro – *zur gesamten Partei.* Der Verwaltungsapparat, besonders der zentrale Kern dieses Apparats, wird zum *zweiten Führungszentrum der Partei:* ein formal "administratives" Zentrum (selbstverständlich ist es in Wirklichkeit auch ein politisches Zentrum), das die politische Führung der Partei beeinflussen, ja sogar ihre Beschlüsse und die Art, wie diese in die Tat umgesetzt werden, entscheidend ausrichten kann.

Auf dem X. Parteitag der bolschewistischen Partei 1921 warnt Lenin ausdrücklich vor dem Wachstum des "bürokratischen" Apparats, der die führenden Organe von der Wirklichkeit der Ereignisse und des Lands abzuschirmen droht. Später besteht Lenin immer wieder – aber praktisch ohne Erfolg – auf der Notwendigkeit, den bürokratischen Apparat zu reduzieren und die Kontrolle über die Arbeit der Partei nicht nur von Seiten der Basis, sondern sogar von Seiten der Parteilosen zu gewährleisten. So betont Lenin in seiner Schrift *Über die Parteieinigung* (108) die Notwendigkeit, die Partei von den bürokratisierten Elementen zu befreien und zu diesem Zweck Vorschläge der Massen zu sammeln:

> "Für die Beurteilung der Menschen, durch die negative Einstellung zu denjenigen, die sich 'angebiedert' haben, die 'kommissarisiert', die 'verbürokratisiert' sind, sind die Hinweise der parteilosen proletarischen Masse, und in vielen Fällen auch die Hinweise der parteilosen bäuerlichen Masse, im höchsten Grade wertvoll. Die werktätige Masse pflegt mit der größten Feinfühligkeit den Unterschied herauszufinden zwischen ehrlichen und ergebenen Kommunisten und solchen, die einem Menschen, der im Schweiße seines Angesichts sein Brot erwirbt, der keine Privilegien besitzt und keine 'Beziehungen zur Obrigkeit' hat, Widerwillen einflößen." (109)

107 vgl. *KPSS v rezoljucijach,* a.a.O., Bd. 1, S. 636
108 LW 33, S. 19–21

b) Der Begriff der "Überlagerung" der Partei durch den Verwaltungsapparat

Bis zum X. Parteitag erschien die Umwandlung der inneren Beziehungen innerhalb der bolschewistischen Partei vielen ihrer Mitglieder als Konsequenz der außerordentlichen Bedingungen des Bürgerkriegs und der imperialistischen Intervention; so ist der begrenzte Charakter jener Proteste (vor allem der alten Parteimitglieder) zu erklären, die die Auswirkungen dieser Umwandlung hervorriefen.

In den Resolutionen des X. Parteitags 1921 ist noch der Gedanke zu erkennen, daß diese Umwandlungen in den inneren Verhältnissen der Partei Übergangscharakter haben und von den Verhältnissen diktiert sind. Dieser Parteitag verabschiedet Resolutionen über die Schaffung demokratischerer Beziehungen, die es der Basis erlauben sollten, hörbarer zu Wort zu kommen, und gleichzeitig Resolutionen über die Einschränkung der Möglichkeiten zur Kritik. Der Parteitag verabschiedet diese Resolutionen zum großen Teil unter dem Einfluß von Befürchtungen, die durch die damalige politische Situation der wachsenden Unzufriedenheit der Bauern entstehen, einer Unzufriedenheit, die ihren Höhepunkt im Aufstand von Kronstadt findet.

Praktisch haben die Resolutionen des X. Parteitags, die die Entwicklung demokratischerer Verhältnisse innerhalb der Partei verlangen, keine Auswirkungen; daher wird auf dem XI. Parteitag 1922 erneuter Protest dagegen laut, daß Beziehungen administrativen und hierarchischen Typs immer noch vorherrschen. Eine Resolution dieses Parteitags erklärt:

> "Ein gewaltiger, den Parteiorganisationen schadender Apparat hat damit begonnen, diese systematisch zu überlagern. Dieser Apparat entwickelt sich schrittweise und unternimmt immer mehr bürokratische Eingriffe; er hat damit begonnen, einen äußerst großen Teil der Kräfte der Partei zu verschlingen." (110)

Der Protest des XI. Parteitags gegen die "Überlagerung" der Partei durch einen "gewaltigen Apparat" bleibt ohne Auswirkungen. Der Verwaltungsapparat der Partei, das heißt das Sekretariat des Zentralkomitees und die von ihm abhängigen zentralen Abteilungen und die Büros, ignoriert praktisch

109 ebd., S. 20
110 vgl. *KPSS v rezoljucijach,* a.a.O., Bd. 1, S. 621

den Text dieser Resolution: der Verwaltungsapparat dehnt sich nur immer weiter aus und vergrößert seinen Interventionsbereich.

Der Begriff der "Überlagerung" der Partei durch ihren Apparat bezeichnet in doppelsinniger Weise das Ergebnis eines zweifachen Prozesses: einerseits bewirkt dieser Prozeß, daß die zentralen Organe der Partei über ihre Basis dominieren, andererseits verlagert sich zusehends die Macht in den zentralen Organen selbst, die Stellung der Verwaltungsorgane wird stärker gegenüber der aus den Parteitagen hervorgegangenen politischen Führung. Später verschwinden scheinbar die Auswirkungen dieser zweiten Verlagerung: die Zusammensetzung der Parteitage selbst, also auch der aus ihnen hervorgegangenen politischen Führung, wird weitestgehend von den zentralen Verwaltungsorganen bestimmt. In den Jahren 1922–1923 ist es aber noch nicht so weit gekommen; die Unterscheidung zwischen der Macht des Verwaltungsapparats und der der politischen Führung der Partei ist noch eine reale.

Der erste Aspekt dieses "Überlagerungs"prozesses, gegen den der XI. Parteitag Front macht, entspricht in starkem Maß dem Willen, der Politik der Partei ihren proletarischen Charakter zu bewahren. Es geht darum, die lebenswichtigen Entscheidungen in den Händen einer erfahrenen, revolutionären "alten Garde" zu konzentrieren, weil man sich in einer Zeit befindet, da die Partei einen massenhaften Zulauf neuer Mitglieder erfährt. Diese neuen Mitglieder sind teilweise der Revolution ergeben, aber noch sehr unerfahren; andere treten aber der Partei bei, um Kaderstellungen zu erlangen oder um in den staatlichen Apparaten besser Karriere machen zu können.

Anfang 1922 stellt Lenin die Veränderungen in der Zusammensetzung der bolschewistischen Partei heraus, als er erklärt, daß

> "unsere Partei jetzt im allgemeinen und durchschnittlich (wenn man das Niveau der großen Mehrzahl ihrer Mitglieder nimmt) politisch weniger geschult ist, als dies für eine wirklich proletarische Führung in solch einem schwierigen Augenblick notwendig ist." (111)

Lenin war der Ansicht, daß sich dieser Zustand nur noch verschärfen könnte, wenn nicht rigorose Maßnahmen getroffen würden (was nicht getan wurde); andernfalls erwartete er, daß "der Andrang von kleinbürgerlichen und allem Proletarischen geradezu feindseligen Elementen in die Partei gigantisch zunehmen (wird)" (112).

Um den proletarischen Charakter der Politik der Partei wahren zu können, war es unter den historischen Bedingungen der Jahre 1918 bis 1923 notwendig geworden, die Macht in den Händen derer zu konzentrieren, die die historische Erfahrung gemacht und die Theorie der russischen und internationalen revolutionären Bewegung ausgearbeitet hatten. Das aber waren praktisch die Mitglieder des Politbüros und des Zentralkomitees.

111 LW 33, S. 242
112 ebd., S. 243

Der zweite Aspekt des "Überlagerungs"prozesses – der der Bewahrung des proletarischen Charakters der bolschewistischen Partei noch gefährlicher werden konnte – hängt damit zusammen, daß eine wachsende Zahl von Entscheidungen, vor allem solcher, die das Leben der Partei und ihre Zusammensetzung prägen, nicht nur bei den Leitern der zentralen Verwaltungsapparate, sondern, über deren Vermittlung, bei einem Korps von Parteifunktionären konzentriert werden. Eine solche Machtkonzentration hat nämlich zur Folge, daß zahlreiche wesentliche Entscheidungen nicht nur der Kontrolle durch die Basis, *sondern auch* der Kontrolle des Zentralkomitees und des Politbüros entgehen. Als Folge ihrer zahlenmäßigen Vergrößerung, ihrer komplexen Struktur, ihrer Einstellungsbedingungen (die immer mehr denen eines nichtrevolutionierten staatlichen Verwaltungsapparats ähneln), erlangen das Korps der Parteifunktionäre und ihr Verwaltungsapparat eine wachsende Selbständigkeit.

Der Umwandlungsprozeß der bolschewistischen Partei, der sich zwischen 1918 und 1923 entwickelt, hat somit einen zweifachen Aspekt: einerseits neigt er dazu, den proletarischen Charakter der Politik der Partei zu bewahren; andererseits verselbständigt er den Verwaltungsapparat der Partei und vergrößert dadurch die Unabhängigkeit eines Funktionärskorps, das unter den herrschenden Bedingungen immer stärker bürgerlichen und kleinbürgerlichen Charakter trägt.

Dieser zweite Aspekt gewinnt unmittelbar nach dem X. Parteitag wachsende Bedeutung. Notwendig entwickeln sich innerhalb der bolschewistischen Partei bürgerliche Verhältnisse (gekennzeichnet durch die Verselbständigung der Parteifunktionäre gegenüber der Parteibasis und den Massen); und diese bürgerlichen Verhältnisse nehmen immer mehr den Platz der proletarischen politischen Verhältnisse ein.

Kurz vor Lenins Tod ist die Konzentrierung der Macht in den Händen des Verwaltungsapparats der Partei und der Funktionäre schon sehr weit fortgeschritten. Als der XII. Parteitag vom 17. bis 25. April 1923 stattfindet, zu einem Zeitpunkt, da Lenin sehr schwer krank ist und nicht teilnehmen kann, fordern die alten Bolschewiki in einer Vielzahl von Redebeiträgen eine Umwälzung der inneren Verhältnisse, die Rückkehr zu Verhältnissen, die der gesamten Partei ein aktiveres und realeres politisches Leben ermöglichen würden. Auf diesem Parteitag greift ein alter Bolschewik wie W. Kossior die Art und Weise an, in der der Generalsekretär die Richtung der Partei beeinflußt, indem er Umbesetzungen vornimmt, Parteimitglieder entfernt, die Kritik auszusprechen wagen, und die Fügsamkeit den Fähigkeiten und der Festigkeit der proletarischen Positionen vorzieht. Andere, wie Bucharin und Rakowsky, prangern mit Lenins eigenen Worten (113) den großrussischen Chauvinismus an und kritisieren die Politik

113 Zum Beispiel in seinem Brief vom 6. Oktober 1922 an Kamenew, in dem Lenin schreibt: "Ich erkläre dem großrussischen Chauvinismus den Krieg, keinen kleinen Krieg, sondern einen Krieg auf Leben und Tod." (Der Brief wurde zum ersten Mal in der *Prawda* vom 21. Januar 1937 veröffentlicht.) Vgl. LW, 5. russische Ausgabe, Bd. 45, S. 214, oder auch in seiner Schrift *Zur Frage der Nationalitäten oder der "Autonomisierung"*; in: LW 36, S. 590 ff.

des Generalsekretärs der Partei, die Minderheiten zu russifizieren. Diese Reden bleiben ohne Folgen.

In den folgenden Monaten – Lenin ist jetzt außerstande, die öffentlichen Angelegenheiten anzuleiten – wächst die Zahl der Verhaftungen von Parteimitgliedern, die ihre Kritik vorbringen, stark an. Im September 1923 erklärt der alte Bolschewik Dzierzynski, der Gründer der Tscheka, vor einer Unterkommission des Zentralkomitees:

"Der Verfall unserer Partei, die Auslöschung unseres Parteilebens, die Ersetzung der Wahl durch die Ernennung, das alles ist auf dem besten Wege, eine politische Gefahr zu werden." (114)

Das hindert Dzierzynski selbst jedoch nicht, einige Zeit später die Repression gegen oppositionelle Arbeitergruppen zu verschärfen und vom Politbüro die Anweisung an alle Parteimitglieder zu verlangen, daß sie der GPU alles anzeigen, was als "oppositionelle Aktivität" angesehen werden kann (115).

Praktisch ist die Umwandlung der inneren Beziehungen der Partei schon so weit fortgeschritten, daß eine wirkliche Reaktivierung ihres internen politischen Lebens ohne Zweifel eine offene Intervention der Basis erfordert hätte: das breite Einwirken der Gesamtheit jener Werktätigen, die sich von einer proletarischen Vorstellung über die Arbeitsweise der Partei, über ihre Beziehungen zum Staatsapparat und zu den Massen leiten lassen. Die Bedingungen für einen Umschwung solcher Art waren nicht vorhanden. Die Führungskrise, die mit Lenins Tod aufbricht, führt im Gegenteil zur noch stärkeren Konzentrierung der Macht in den Händen des Verwaltungsapparats der Partei, wodurch sich Lenins Voraussagen in seinem Brief vom 26. März 1922 an Molotow (116) bestätigen.

Von nun an wächst die politische Macht des Verwaltungsapparats der Partei sehr schnell. Dennoch bedeutet das nicht, daß die politische Führung der Partei völlig auf ihren Verwaltungsapparat übergeht und nicht mehr vom Zentralkomitee und vom Politbüro beeinflußt wird; aber der Einfluß dieser Gremien nimmt ab, während der des Verwaltungsapparats immer stärker zunimmt, eines Apparats, der gerade durch seine Verselbständigung von der Basis und von den Massen dem Einfluß der Bourgeoisie zugänglich ist und ihr Eindringen nicht verhindern kann.

3. Die Auswirkungen der Veränderungen der bolschewistischen Partei auf ihre Arbeitsbedingungen

Die Tendenz der Partei, mit einem staatlichen Verwaltungsapparat zu verschmelzen, der sich gegenüber den Massen verselbständigt, und die Tendenz zur "Überlagerung" der bolschewistischen Partei durch ihren

114 zit. von Kamenew in der *Prawda* vom 13. Dezember 1923

115 s. dazu Pierre Broué, *Le Parti bolchévique*, a.a.O., S. 182

116 LW 33, S. 242 ff. Der Inhalt von Teilen dieses Briefs wird weiter unten diskutiert (s. S. 270).

eigenen Verwaltungsapparat sind nicht ohne Folgen für den Klassencharakter der innerhalb der Partei vorherrschenden *politischen Praxis* geblieben. Diese Folgen machen sich in erster Linie im "täglichen Leben" der Partei bemerkbar, das heißt vor allem in ihrem *Führungsstil* und der ihm zugrunde liegenden Ideologie.

a) Der Führungsstil

Die Verstärkung der beiden oben genannten Tendenzen schafft Bedingungen, die die Entwicklung von bürgerlichen politischen Praktiken begünstigen. So setzt sich an Stelle der demokratischen und proletarischen Parteiführung, wie sie Lenin sich bemüht aufrechtzuerhalten, einer Parteiführung, die das Schwergewicht auf die Zentralisierung richtiger Ideen, auf die Überzeugung und breite Diskussion legt, allmählich ein Führungsstil völlig anderer Art durch, bei dem die Vorschrift und die Forderung nach unkritischer Disziplin eine wesentliche Rolle spielen.

Dieser andere Führungsstil und die ihn stützenden ideologischen Verhältnisse (wie etwa die "Achtung" der "unteren" Ebenen vor dem Willen "höherer" Instanzen) zielen darauf ab, einen Teil der Parteimitglieder, in erster Linie die politischen Kader, aus aktiven Parteimitgliedern in solche Funktionäre zu verwandeln, die sich vor allen Dingen über die Erwartungen ihrer Vorgesetzten Gedanken machen, statt sich selbst um die Analyse einer Situation zu kümmern, die auf höchster Ebene begangenen Fehler wahrzunehmen und zu ihrer Berichtigung beizutragen, statt sich selbst Rechenschaft über die Gefühle der Massen abzulegen, um die Parteiführung rechtzeitig vor falschen Maßnahmen zu warnen usw. Auf diese Weise entsteht eine Gesamtheit von neuen politischen Praktiken, die die bolschewistische Partei früher so gut wie gar nicht kannte.

Dies sind die Praktiken derjenigen Parteimitglieder, die sich in "Funktionäre", in "Mitglieder des Apparats" verwandeln oder, wie man sie bereits zu nennen beginnt, in "Apparatschiki". Sosnowski, ein alter Bolschewik, beschreibt damals die Praktiken und das Verhalten der Apparatschiki folgendermaßen:

"Sie sind weder heiß noch kalt. Sie nehmen sämtliche Rundschreiben der Komitees zur Kenntnis. Sie machen alle ihre genauen Berechnungen für die vorgeschriebene Aufgabe, zwingen alle Aktivitäten der Partei dazu, sich in den mathematischen Plan ihrer sorgfältig abgefaßten Berichte einzufügen; sie sind zufrieden, wenn alle Punkte erfüllt worden sind und sie der Zentrale die ordnungsgemäße Erledigung ihrer Anordnungen mitteilen können. Bei dieser Art von Parteiarbeitern regnet es nur so mit allen möglichen Plänen, Programmen, Anleitungen, Thesen, Untersuchungen und Berichten. Sie sind zufrieden, wenn in ihrer Organisation Ruhe herrscht, wenn es keine 'Machenschaften' gibt und niemand sie bekämpft." (117)

Anfang 1921 hatte der X. Parteitag versucht, mit dieser Art Führungsstil und dem Mangel an Arbeiterdemokratie, typisch für diesen Stil, Schluß zu machen; ein Führungsstil, von dem man glaubte, er hinge mit der "Militarisierung der Partei" zusammen, die ihrerseits durch den Bürgerkrieg erzwungen sei. So erklärt Bucharin im Auftrag des Zentralkomitees:

> "Wir müssen unsere Kräfte im Sinn der Arbeiterdemokratie anspannen und sie mit der gleichen Energie verwirklichen, wie wir sie vorher zur Militarisierung der Partei entfaltet haben. (...) Unter Arbeiterdemokratie innerhalb der Partei ist eine Form der Organisation zu verstehen, die allen Mitgliedern eine aktive Beteiligung am Parteileben, an den Diskussionen aller sich darüber ergebenden Fragen und ihrer Lösung zusichert, ebenso eine aktive Teilnahme am Aufbau der Partei (...), die Arbeiterdemokratie macht das System der Ernennungen unmöglich und ist dadurch gekennzeichnet, daß alle höheren und niederen Ebenen wählbar, verantwortlich und kontrollierbar sind." (118)

Derselbe Bericht betont die Notwendigkeit "breiter Diskussionen über alle wichtigen Fragen, die Notwendigkeit der absoluten Freiheit der Kritik innerhalb der Partei und der kollektiven Erarbeitung der Entscheidungen der Partei".

Man weiß, daß die im Sinne Bucharins vom Zentralkomitee verabschiedeten Resolutionen den Führungsstil, der sich im Lauf der Jahre entwickelt hatte, nicht verändern konnten.

Gegen Ende des Jahrs 1921 kritisiert Lenin in einem Brief an Stalin mit dem Titel *Über die Aufgaben der Arbeiter- und Bauerninspektion, wie sie aufzufassen und durchzuführen sind* mit Nachdruck einen anderen Aspekt des autoritären Führungsstils, der sich allmählich in der Partei durchsetzt. Er brandmarkt eine der Praktiken des Verwaltungsapparats: "aufzuspüren" und zu "überführen" anstatt zu "verbessern" (119). In einem späteren Text kritisiert Lenin auch die Heuchelei der Mitglieder des Verwaltungsapparats und das von ihm ironisch so bezeichnete "kommunistische Geflunker" (120). In einem seiner letzten Aufsätze *Lieber weniger, aber besser* zögert Lenin nicht, "unsere ganze Bürokratie, die Sowjet- wie die Parteibürokratie" (121) scharf anzugreifen.

Mit der Kritik an der "Bürokratie" in Partei und Staat erneuert Lenin einen Angriff, den er schon seit mehreren Jahren führte.

117 vgl. L. Sosnowski, *Taten und Menschen* (Sammlung von Artikeln der *Prawda*, aus dem Russischen übersetzt), Wien 1924, S. 152; zit. nach Pierre Broué, *Le Parti bolchévique*, a.a.O., S. 165

118 Berichte und Beschlüsse des Parteitags; in: *Kommunist. Bulletin* Nr. 24 vom 9. Juli 1921, S. 401–405; zit. nach Pierre Broué, *Le Parti bolchévique*, a.a.O., S. 159

119 LW 33, S. 22

120 In seinem *Politischen Bericht auf dem XI. Parteitag* am 27. März 1922; LW 33, S. 273

121 LW 33, S. 482

Bekanntlich erfuhr der Ausdruck "Bürokratie" als ausschließlich beschreibender Ausdruck ein bemerkenswertes Schicksal. Er wurde zunächst dazu benutzt, das Verhalten gewisser Parteikader zu brandmarken: ihre Willkür, ihren "persönlichen" Führungsstil, ihren Karrierismus usw., was anscheinend mehr auf "Charakterzüge" als auf eine Organisationsform hinwies. Der Begriff nahm jedoch sehr schnell eine zweite Bedeutung an, die eine Organisationsform (die der proletarischen Demokratie entgegenarbeitet) und zugleich den daraus resultierenden Arbeitsstil kennzeichnete. Später wurde der Ausdruck "Bürokratie" zur Kennzeichnung einer sozialen Schicht verwendet; in diesem Sinn benutzt ihn Trotzki und befindet sich darin in Übereinstimmung mit einer namhaften Tradition (122). Schließlich wollten einige in der Bürokratie sogar eine neue gesellschaftliche Klasse und die Grundlage einer neuen Produktionsweise sehen (123).

Es ist hier nicht der Ort, diese verschiedenen Auffassungen zu diskutieren; deshalb beschränken wir uns auf die Erwähnung dessen, worauf der beschreibende Begriff "Bürokratie" im allgemeinen abzielt: es ist die durch eine Gesamtheit von Verhältnissen geschaffene Stellung von Funktionsträgern bestimmter gesellschaftlicher Apparate; diese Verhältnisse fassen solche Funktionsträger zu einer Gruppe zusammen, die eine Stellung relativer Selbständigkeit sowohl gegenüber der herrschenden Klasse (einen Teil von deren Macht bezieht sie in ihren Konzentrierungsprozeß ein) als auch gegenüber den ausgebeuteten Klassen einnimmt. In solcher Weise kritisieren Lenin und andere Bolschewiki seit 1921 das Aufkommen einer "Bürokratie"; sie kennzeichnen mit diesem Begriff eine Gesamtheit von Praktiken und Verhältnissen, die die führende Gruppe der Staats- und Parteifunktionäre in eine Stellung relativer Eigenständigkeit versetzen. Es handelte sich damals erst um den Beginn der Entwicklung von Praktiken, die später, indem sie sich verfestigten, das Proletariat um die Macht bringen sollten und sie in die Hände dieser führenden Gruppe geraten lassen konnten. Diese Gruppe wird dann insofern zu einer Staatsbourgeoisie, als sie *über die Gesamtheit oder über den wesentlichen Teil der Produktionsmittel verfügt* und als diese Produktionsmittel auf der Grundlage *kapitalistischer Produktionsverhältnisse* (besonders der kapitalistischen Arbeitsteilung) eingesetzt werden. 1921 ist man noch weit entfernt von einer solchen

122 Wie Christian Rakowski erinnerte, "gibt es keine kommunistische Broschüre, die über den Verrat der deutschen Sozialdemokratie vom 4. August 1914 berichtet, ohne nicht gleichzeitig auf die verhängnisvolle Rolle hinzuweisen, die die bürokratischen Führungsspitzen der Partei und der Gewerkschaften in der Geschichte des Untergangs dieser Partei gespielt haben". (*Die beruflichen Gefahren der Macht* von Chr. Rakowski, August 1928; vgl. S. 126 des Sammelbands *De la bureaucratie* (Über die Bürokratie); dieser Band versammelt Texte von Preobrashenski, Rakowski und Trotzki; darin finden sich die ersten der oben genannten Bedeutungen von "Bürokratie") (erschienen bei Maspero, Paris)

123 So versteht zum Beispiel Claude Lefort den Ausdruck in seinem Buch *Eléments d'une critique de la bureaucratie* (Grundzüge einer Kritik der Bürokratie), Genf 1971

Situation; und doch steht beim Kampf gegen die "Bürokratie" die Stellung des Proletariats als herrschender Klasse *ganz real und unmittelbar auf dem Spiel,* denn die "Bürokratie" ist der Keim einer neuen Bourgeoisie in den Staatsapparaten und in den Apparaten der führenden Partei.

b) Die Mitgliederzahlen und die klassenmäßige Zusammensetzung der bolschewistischen Partei

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß das Tempo, mit dem die Mitgliederzahl der Partei anwuchs, und das Ausmaß der Veränderungen, die sich zwischen 1917 und 1923 in ihrer klassenmäßigen Zusammensetzung vollzogen hatten, zur Umwandlung der Verhältnisse innerhalb der bolschewistischen Partei beitrugen. Hier liegen Umstände vor, die sich gegenseitig bedingen: einerseits brachten der sprunghafte und kaum kontrollierte Anstieg der Mitgliederzahlen und die Veränderung ihrer klassenmäßigen Zusammensetzung die erwähnten Auswirkungen mit sich, andererseits trugen die Veränderungen im Arbeits- und Führungsstil der Partei und ihre engen Verbindungen zu einem nicht wirklich proletarischen staatlichen Verwaltungsapparat dazu bei, bürgerliche oder kleinbürgerliche Elemente anzuziehen, ja sogar die Weltanschauung von Parteimitgliedern proletarischer Herkunft im bürgerlichen Sinne umzuwandeln. Die Veränderungen innerhalb der Partei weisen zwei wesentliche Aspekte auf:

Zum einen handelt es sich um das Eindringen bürgerlicher und kleinbürgerlicher Elemente in die Partei. Diese Tatsache greift Lenin schon 1919 auf dem VIII. Parteitag der KPR(B) an, wenn er hervorhebt, daß "die alten bürokratischen Elemente", die aus der Verwaltung verjagt worden waren, zurückgerufen werden mußten und daß gewisse Elemente, die sich als Kommunisten ausgaben, in die Partei eingedrungen seien (124).

Zwischen 1921 und 1923 kommt Lenin mehrfach auf dieses Problem zurück. Er beschwört die ständig wachsende Gefahr des "Andrangs von kleinbürgerlichen und allem Proletarischen geradezu feindseligen Elementen in die Partei" (125). Er unterstreicht die Notwendigkeit, sich an die parteilosen Massen zu wenden, um die "kommissarisierten" und die "verbürokratisierten" Parteimitglieder hinauszusäubern, und er fordert, daß nur diejenigen als Arbeiter betrachtet werden und damit eine reduzierte Kandidatenzeit von sechs Monaten ableisten sollen, bevor sie in die Partei aufgenommen werden, die "nicht weniger als zehn Jahre tatsächlich als Arbeiter in großen Industriebetrieben beschäftigt waren" (126).

Der andere Aspekt der Veränderungen in der Partei ist vielleicht noch schwerwiegender als der oben genannte, weil er weniger *direkt* kontrollierbar

124 LW 29, S. 168
125 LW 33, S. 243
126 LW 33, S. 240. Dieser Vorschlag Lenins wurde bekanntlich nicht befolgt.

ist: es handelt sich um die Umwandlung der *Weltanschauung* zahlreicher Parteimitglieder, vor allem der Kader.

Diese beiden Arten von Veränderungen stehen in engem Zusammenhang mit der Veränderung der Rolle der Partei, ihrer Stellung in der Gesamtheit der politischen Verhältnisse, besonders aber mit ihren engen Bindungen zu den staatlichen Verwaltungsapparaten und mit dem Anwachsen ihrer eigenen Verwaltungsfunktionen.

Diese Veränderungen tragen dazu bei, bürgerliche und kleinbürgerliche Elemente an die Partei heranzuziehen und ihren Eintritt bis zu einem gewissen Punkt "notwendig" zu machen. Gleichzeitig tragen diese Veränderungen und die Gesamtheit ihrer Auswirkungen dazu bei, daß revolutionäre aktive Parteimitglieder von der Partei abgestoßen werden, weil sie es ablehnen, sich den Anforderungen enger Verwaltungsvorschriften, der Routine und einer Disziplin zu beugen, wie sie eine zentralisierte Verwaltungsorganisation erzeugt, die sich immer mehr von den Massen isoliert. Die Ablehnung dieser Organisationsform, ihrer Vorschriften und ihrer besonderen Disziplin bildet den Nährboden für einen Teil der Auseinandersetzungen, die sich zwischen 1918 und 1923 innerhalb der Partei entwickeln. Diese Ablehnung findet auch ihren Ausdruck in vereinzelten, von gewissen Teilen der Basis der Partei ausgehenden Versuchen, sich ihrer "Bürokratisierung" zu widersetzen. Das Scheitern solcher Versuche führt zum Austritt enttäuschter Parteiarbeiter, ja sogar zu ihrem Ausschluß, weil sie den Verwaltungsapparat der Partei kritisiert hatten. Solche Ausschlüsse gab es vor allem anläßlich der Parteisäuberungen, über die weiter unten noch einiges gesagt werden wird.

Die Anhäufung einer bestimmten Art von Verwaltungsaufgaben trägt auch dazu bei, die *Existenzbedingungen* der Parteikader, die mit diesen Aufgaben betraut sind, grundlegend zu verändern und *ihre Weltanschauung umzuwandeln*; denn in letzter Instanz bestimmen die Existenzbedingungen das Bewußtsein.

Was hier gemeint ist, ist zunächst die "Spezialisierung" in den Verwaltungsfunktionen. Infolge dieser "Spezialisierung" werden diejenigen, die solche Funktionen innehaben, mehr und mehr durch Aufgaben in Beschlag genommen, die sie von der Produktion und den Arbeits- und Lebensbedingungen der großen Mehrheit der Bevölkerung trennen. Daher tendieren sie dahin, sich von den Massen zu isolieren und sie "von der Höhe ihrer Verantwortlichkeiten" herab zu betrachten. Diese Tendenz wird durch die Tatsache verstärkt, daß der größte Teil der Verwaltungsaufgaben außerhalb der Selbstverwaltungsorgane der Massen und ohne ihre Kontrolle ausgeführt wird, innerhalb eines zentralisierten Verwaltungsapparats, der hierarchisch aufgebaut ist und immer formalistischer arbeitet. Anfang 1923 greift Lenin diese Entwicklung scharf an; Lenin schreibt:

> "Was den Amtsrespekt betrifft, die Wahrung der Formen und Zeremonien in der Geschäftsführung, so ist es gang und gäbe, daß an Stelle unseres 'Revolutionismus' die muffigste Routine tritt." (127)

Im Lichte solcher Überlegungen gewinnen die statistischen Angaben über das Ansteigen der Mitgliederzahlen, über ihre klassenmäßige Zusammensetzung und über die Zuweisung der Mitglieder der bolschewistischen Partei zu diesem oder jenem Aufgabenbereich ihre wahre Bedeutung.

Wie schon erwähnt, stieg die Mitgliederzahl der bolschewistischen Partei von 24 000 im Jahr 1917 auf 612 000 im März 1920 an (128). Sie erreicht 732 000 im März 1921 und überschreitet drei Jahre später 860 000 (129).

Dieses schnelle Anwachsen der Mitgliederzahlen könnte als ein Zeichen von "Gesundheit" betrachtet werden, wenn man von den konkreten Bedingungen, unter denen diese Entwicklung vor sich geht, und ihren Auswirkungen absehen würde.

Um die konkreten Bedingungen dieser Zunahme zu erfassen, muß auf mehrere Punkte aufmerksam gemacht werden.

In einer ersten Phase (die bis zum VIII. Parteitag im März 1919 andauert) verfolgt die bolschewistische Partei praktisch eine Politik der "Öffnung", die einen raschen Anstieg der Mitgliederzahl zur Folge hat (sie erreicht zur Zeit des VIII. Parteitags ungefähr 350 000 Mitglieder). Der VIII. Parteitag beschließt, ein Verfahren zur Erfassung der Mitglieder einzuleiten, um diejenigen auszuschließen, die nicht wert sind, der Partei anzugehören. Damit beginnt eine zweite Phase, in deren Verlauf eine massive Säuberung vorgenommen wird. Im Herbst 1919 zählt die Partei nur noch etwa 150 000 Mitglieder. Ende 1919 (zu einem besonders kritischen Zeitpunkt des Bürgerkriegs, wo die Gefahr des Eindringens karrieristischer Elemente geringer erscheint) beginnt eine dritte Phase. Es werden Beitritte in großer Zahl zugelassen, wodurch die Mitgliederzahl der Partei bis zum IX. Parteitag wieder auf fast 612 000 ansteigt. Diese Politik wird bis zum Vorabend des X. Parteitags fortgesetzt.

Der X. Parteitag ist der Ausgangspunkt einer neuen Säuberung. Es ist das Ziel der vom Parteitag getroffenen Entscheidungen, durch den Ausschluß "nichtkommunistischer Elemente", durch die Reduzierung der Anzahl der Parteimitglieder in den Verwaltungspositionen und durch verstärkte Aufnahme von Arbeitern die Partei zu *"proletarisieren"*. Die verschiedenen Richtungen innerhalb der Partei sind sich darüber einig, daß die Verwirklichung dieses Ziels notwendig sei (130).

Die Anwendung der Beschlüsse des X. Parteitags trägt dazu bei, die Anzahl der Parteimitglieder auf weniger als 500 000 im Januar 1923 zu reduzieren. Nach Lenins Tod (und im Gegensatz zu seinen Anweisungen, denn Lenin strebte an, die Anzahl der Parteimitglieder zu diesem Zeitpunkt

127 LW 33, S. 484
128 s. oben, S. 168
129 vgl. Pierre Broué, *Le Parti bolchévique*, a.a.O., S. 131 und *Problèmes politiques et sociaux*, la Documentation française, Nr. 74 vom 28. Mai 1971, S. 33
130 vgl. *X. Parteitag der KPR(B)*, (März/April 1919), Moskau 1963 (russ.); besonders S. 230 f. und 330 f.; vgl. auch T.M. Rigby, *Communist Party Membership in the URSS* (Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion), Princeton 1968, S. 93 f.

auf weniger als 400 000 zu reduzieren) beginnt eine neue Eintrittskampagne, die die Anzahl der Parteimitglieder in etwas mehr als einem Jahr wieder sprunghaft um ungefähr 70% erhöht.

Die Veränderungen im Verhältnis der Arbeiter zur Gesamtzahl der Parteimitglieder bleiben allerdings relativ gering (131). Das "Rein-raus" in der Mitgliederpolitik und die Bedingungen, unter denen die Säuberungen stattfinden, haben eine Reihe negativer Konsequenzen zur Folge.

Ein wichtiger Aspekt der Säuberungskampagnen, der ihre negativen Auswirkungen zum Teil erklärt, ist ihr wesentlich "administrativer" Charakter. Die Säuberungen finden praktisch ohne die Hilfe vor allem der parteilosen Massen statt. 1921 wurde die Säuberung einer zentralen Überprüfungskommission übertragen, die über untergeordnete örtliche Kommissionen verfügte. Unter den gegebenen Bedingungen stärkte diese Vorgehensweise die Machtbefugnisse des Verwaltungsapparats der Partei beträchtlich. Dieser Verwaltungsapparat konnte Mitglieder, die an der Basis oder unter den Kadern seinen eigenen "bürokratischen" Arbeitsstil kritisierten, aus der Partei entfernen; oder er konnte sie zum Schweigen bringen, indem er ihnen mit der Hinaussäuberung drohte. Die Proteste, die sich zu diesem Zeitpunkt erhoben, legen den Schluß nahe, daß auf diese Weise viele Mitglieder oder Anhänger der früheren "linken" Oppositionen ausgeschlossen wurden. Natürlich erfährt man aus keiner Statistik, in welchem Verhältnis diese Art von "Säuberung" zu den politisch und moralisch gerechtfertigten Säuberungen steht. Man weiß jedoch aus den Erklärungen der früheren "Arbeiteropposition", daß sie auf diese Art und Weise zerschlagen wurde und daß viele aktive Mitglieder, die ähnliche Ansichten vertraten wie diese Opposition, vor allem Arbeiter, es vorzogen, aus der Partei auszutreten, um nicht zu riskieren, unter fadenscheinigen Vorwänden ausgeschlossen zu werden (132).

Das "Rein-raus" in der Mitgliederpolitik hat in gleicher Weise (wenn auch natürlich nicht als einziger Faktor) bei der Veränderung der Zusammensetzung der Partei selbst eine beträchtliche Rolle gespielt. Diese Zusammensetzung hat sich übrigens nicht immer so entwickelt, wie es die Parteitage und die führenden politischen Ebenen der KPR(B) anstrebten.

Eine der unvermeidlichen Folgen der erhöhten Gesamtzahl der Parteimitglieder ist der *relative Rückgang* der Zahl solcher Mitglieder, die eine kämpferische Vergangenheit aus der Zeit vor der Revolution hatten. Im März 1919 waren es nur noch 8% der Parteimitglieder, die vor dem Februar 1917, und nur 20%, die vor der Oktoberrevolution gekämpft hatten (133). Diese Zahlen zeigen, daß ab 1919 die meisten Parteimitglieder über keinerlei Erfahrung über das frühere Parteileben und über die in ihm

131 s. unten, S. 269
132 Zu diesen Punkten vgl. vor allem Nr. 4 (April 1923) der *Iswestija* des Zentralkomitees und die Nr. 2 des *Handbuchs des Parteiarbeiters*, S. 79; beides zit. bei L. Schapiro, *The Communist Party of the Soviet Union* (Die Kommunistische Partei der Sowjetunion), a.a.O., S. 237
133 ebd.

vorherrschenden politischen Verhältnisse verfügten. Diese Tatsache begünstigte den Umstand, daß die Vorherrschaft neuer Verhältnisse akzeptiert wurde, besonders die fehlende Basiskontrolle über die Wahl der Kader, und sie trug auch dazu bei, daß sich die Basis nicht an einer kritischen Untersuchung der Parteilinie, ihrer möglichen Fehler und des Verhaltens der Kader beteiligte. Mehr noch: durch die grundlegend neue Zusammensetzung der Partei (sie bestand jetzt aus etwa 80% neuen und unerfahrenen Mitgliedern) waren diejenigen Mitglieder völlig isoliert, die – angesichts der entstehenden neuen Verhältnisse – an der Basis oder unter den mittleren Kadern die Vorherrschaft der früheren inneren Verhältnisse aufrechterhalten wollten. Tatsächlich wurden seit 1921, im Kampf gegen die frühere "Arbeiteropposition", viele alte Parteimitglieder, die proletarischer Herkunft waren und in der Illegalität eine Rolle gespielt hatten, aus der Partei ausgeschlossen oder doch jeglicher Verantwortlichkeit enthoben.

Die Umwandlungen in der klassenmäßigen Zusammensetzung der bolschewistischen Partei gehen aus den verfügbaren Statistiken nicht immer sehr klar hervor. Diese mangelnde Klarheit liegt hauptsächlich in der Art und Weise der gesellschaftlichen Einstufung der Parteimitglieder begründet. Diese Einteilung basiert im allgemeinen auf der kurz vor oder im Augenblick des Beitritts ausgeübten beruflichen Tätigkeit. Es genügt also, sehr kurze Zeit Arbeiter gewesen zu sein, oft gerade zu dem Zweck, leichter Mitglied zu werden (eine, wie Lenin anmerkt, ziemlich verbreitete Praxis, um als "Proletarier" zu gelten und um in den Statistiken der Partei ein für allemal als "Arbeiter" zu erscheinen).

Man muß diese Beobachtung berücksichtigen, um die Statistiken über die Zusammensetzung der Partei richtig verstehen zu können. Diese Statistiken geben an, daß im Oktober 1919 (nach der ersten Säuberungsphase, während der eine bestimmte Anzahl bürgerlicher und kleinbürgerlicher Elemente ausgeschlossen wurden) 52% "Arbeiter" sind, was bedeutet, daß sie dies also zu einem gewissen Zeitpunkt gewesen sind. Dieselben Statistiken geben an, daß 15% der damaligen Parteimitglieder "Bauern" sind. (In Wirklichkeit werden mit diesem Ausdruck oft Parteimitglieder bezeichnet, die auf dem Land leben, das heißt auch Angehörige der ländlichen Intelligenz.) Aus den damaligen Statistiken geht jedoch auch hervor, daß die *Beschäftigungen sich tatsächlich so verteilen*, daß mehr als 53% der Parteimitglieder Regierungsangestellte, 8% Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre sind und von den 11% Beschäftigten in der Industrie eine große Anzahl Verwaltungs- oder Leitungsfunktionen innehaben (134). Weniger als drei Jahre später haben vermutlich etwa zwei Drittel der Parteimitglieder "verantwortliche" Funktionen inne, die ihnen eine bestimmte Autorität und gewisse materielle Vorteile gewähren.

Um einen Gesamtüberblick über jene Veränderungen zu gewinnen, die sich in der klassenmäßigen Zusammensetzung der Partei vollziehen (ohne

134 vgl. die *Iswestija* des Zentralkomitees, Nr. 15 vom 24. März 1920; zit. bei L. Schapiro, a.a.O., S. 238

die begrenzte Bedeutung dieser Statistiken außer acht zu lassen), kann man sich auf eine statistische Tabelle der *Großen Sowjetenzyklopädie* beziehen; diese Tabelle gibt folgende Prozentzahlen an:

Klassenmäßige Zusammensetzung der bolschewistischen Partei (135)

	Arbeiter	Bauern	Angestellte u.a.
1917	60,2	7,5	32,2
1918	56,9	14,5	28,6
1919	47,8	21,8	30,4
1920	43,8	25,1	31,1
1921	41,0	28,2	30,8
1922	44,4	26,7	28,9
1923	44,9	25,7	29,4

Betrachtet man die Jahre 1921–1923, in denen die Beschlüsse zur "Proletarisierung" der Partei angewandt wurden, so wird deutlich, daß die Zahl der Parteimitglieder proletarischer Herkunft tatsächlich prozentual wieder anstieg und daß der Prozentsatz der Mitglieder anderer als proletarischer oder bäuerlicher Herkunft sank.

Allerdings muß hinzugefügt werden, daß man nicht, indem man den Prozentsatz der proletarischen Mitglieder erhöht, "automatisch" zu einer *wirklichen Proletarisierung* der Partei gelangt, das heißt zu einer Vorherrschaft aktiver Mitglieder mit *proletarischer* Weltanschauung innerhalb der Partei. Ein gewisser "Arbeiterkult" kann sogar zum Eintritt von Arbeitern führen, die kein hohes politisches Bewußtsein haben. Lenin hat vor dieser Gefahr gewarnt; aber die Eintrittskampagnen innerhalb der Arbeiterklasse haben diese Gefahr nicht immer vermeiden können.

Trotz der Tatsache, daß die bolschewistische Partei siegreich die Oktoberrevolution und den Kampf gegen die Großgrundbesitzer, gegen die russischen Kapitalisten und gegen den Imperialismus geführt, und trotz der Tatsache, daß sie die kämpferischsten Vertreter der Arbeiterklasse in relativ großem Umfang zu sich herangezogen hatte, bewirken das rasche Anschwellen ihrer Mitgliederzahlen, die Form, die die Säuberungen annehmen, die Art der Aufgaben, mit denen eine große Anzahl ihrer aktiven Mitglieder betraut werden, und die Bedingungen, unter denen sie diese Aufgaben erfüllen müssen, daß im Lauf der Jahre 1917 bis 1923 der proletarische Charakter der Partei allmählich immer brüchiger wird.

c) Die Schwäche des proletarischen Charakters der Partei und ihrer Führung

1922 hält Lenin eine Bedrohung der bolschewistischen Partei keineswegs für fernliegend; er sieht die Gefahr, daß die Umwandlungen der inneren Verhältnisse in der Partei, ihres Führungsstils und ihrer klassenmäßigen

135 *Große Sowjetenzyklopädie* (russ.), Bd. 11, 1. Ausgabe, Moskau 1930, Spalte 534 (die Statistiken werden im allgemeinen kurz vor den Parteitagen aufgestellt, im März/April jeden Jahrs)

Zusammensetzung die Stabilität und Dauerhaftigkeit ihres proletarischen Charakters belasten. Daher sucht er nach geeigneten Mitteln, um sie vor dieser Gefahr zu bewahren.

Im März 1922 schreibt Lenin im Abstand weniger Tage zwei Briefe an Molotow; sie behandeln im wesentlichen Probleme, die die Aufrechterhaltung des proletarischen Charakters der Partei betreffen.

In dem ersten Brief (vom 24. März) bezieht sich Lenin auf die Tatsache, daß unter den gegebenen Bedingungen eine Reihe von Kleinbürgern als "Arbeiter" aufgeführt werden oder sich sogar als solche ausgeben. Er schreibt zu diesem Punkt:

> "Ohne Zweifel werden bei uns ständig Personen als Arbeiter bezeichnet, die nicht die geringste ernsthafte Schule im Sinne der Großindustrie durchgemacht haben. Unter die Kategorie der Arbeiter fallen sehr oft waschechte Kleinbürger, die sich zufällig und nur für ganz kurze Zeit in Arbeiter verwandelt haben. Alle klugen Weißgardisten berücksichtigen ganz bestimmt den Umstand, daß der angeblich proletarische Charakter unserer Partei in Wirklichkeit nicht die geringste Gewähr dafür bietet, daß in ihr nicht Kleinbesitzerelemente, und zwar in kürzester Frist, das Übergewicht bekommen." (136)

Um dieser Situation zu begegnen und der Gefahr einer Umwandlung der bolschewistischen Partei in eine bürgerliche und kleinbürgerliche Partei entgegenzutreten, schlägt Lenin eine ganze Reihe von Maßnahmen vor, die seiner Meinung nach dazu geeignet wären, diese Gefahr zu bekämpfen oder abzuwenden. Es ist bekannt, daß diese Vorschläge nicht befolgt wurden. Die Statuten, die auf der XII. Gesamtrussischen Parteikonferenz (4. bis 7. August 1922) angenommen wurden, zur gleichen Zeit, als sich Lenin krank in Gorki aufhielt, nehmen nur einige formale Seiten der Vorschläge Lenins auf und entfernen sich in ihrem wirklichen Inhalt von ihnen (137).

Am 26. März 1922 kommt Lenin in einem neuen Brief auf dasselbe Thema zurück:

> "Will man nicht vor der Wirklichkeit die Augen verschließen, so muß man zugeben, daß gegenwärtig die proletarische Politik der Partei nicht durch ihre Zusammensetzung, sondern durch die gewaltige, ungeschmälerte Autorität jener ganz dünnen Schicht bestimmt wird, die man die alte Parteigarde nennen kann. Es genügt ein kleiner innerer Kampf in dieser Schicht, und ihre Autorität wird, wenn nicht untergraben, so doch jedenfalls so weit geschwächt, daß die Entscheidung schon nicht mehr von ihr abhängen wird." (138)

136 LW 33, S. 240 f.
137 vgl. *KPSS v rezoljucijach i rečenijach*, 1. Teil, 7. Auflage, Moskau 1953, S. 655 f.
138 LW 33, S. 243

Diese Zeilen haben eine außerordentliche Bedeutung. Sie machen in bemerkenswerter Weise einen wesentlichen Charakterzug der revolutionären Bewegung des Proletariats deutlich: die Bedingung, unter der diese Bewegung siegen und zum Sozialismus voranschreiten kann, ist die Führung durch eine Partei, an deren Spitze mit der Theorie bewaffnete Revolutionäre stehen, denen die Arbeiter voll und ganz vertrauen. Die führende Rolle solcher Revolutionäre innerhalb der Partei (die, wie es später in China genannt wird, das "proletarische Hauptquartier" bilden) ist die letzte Garantie für den proletarischen Charakter der Partei und für die Möglichkeit, diesen Charakter zu bewahren.

Lenin erklärt, daß die proletarische Politik der Partei an der Einmütigkeit der "alten bolschewistischen Garde" hängt; er sieht darin mehrere Gefahren:

1. Die Gefahr einer offenen Spaltung, die es unmöglich machen würde, die Diktatur des Proletariats in einem Land aufrechtzuerhalten, dessen Bevölkerung zum größten Teil aus Bauern besteht. Unter den damaligen Bedingungen würde eine Spaltung in der Tat unweigerlich zur Entstehung von zwei Parteien führen: die eine würde noch versuchen, sich auf die Arbeiterklasse zu stützen, würde aber eine Politik des "Arbeiterkults" betreiben, die sie von den anderen Schichten des Volks isolierte. Die andere würde versuchen, sich hauptsächlich auf die Bauernschaft zu stützen, indem sie die Betonung auf die ihr gemachten "Zugeständnisse" legte. Wir werden später sehen, daß zahlreiche Elemente in der Plattform der "linken" Oppositionen aufgrund ihrer Tendenz zum "Arbeiterkult" vor allem die erste Gefahr einschließen. Diese Gefahr meint auch Lenin in seinem "Brief an den Parteitag" (139).

In diesem Brief benennt Lenin die Gefahr einer offenen Spaltung, die von der Entwicklung wachsender Widersprüche zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft herrührt. Er schreibt:

> "Unsere Partei stützt sich auf zwei Klassen, und deshalb ist ihre Instabilität möglich und ihr Sturz unvermeidlich, wenn es dahin käme, daß zwischen diesen beiden Klassen kein Einvernehmen erzielt werden könnte. Es ist zwecklos, für diesen Fall diese oder jene Maßnahme zu treffen und überhaupt von der Stabilität unseres ZK zu sprechen. Keinerlei Maßnahmen werden in diesem Fall eine Spaltung verhindern können." (140)

2. Die Gefahr einer verdeckten Spaltung, die sich nach dem Ausschluß eines Teils der damaligen Führung vollziehen würde. Über diese Art Spaltung schreibt Lenin im Anschluß an seinen "Brief an den Parteitag". Lenin verbindet die Gefahr einer solchen Spaltung nicht direkt mit Meinungsverschiedenheiten, die die politische Linie betreffen, sondern mit

139 Dieser Brief hätte dem Parteitag, der nach Lenins Tod stattfand, bekanntgemacht werden müssen. Das geschah nicht. Der Brief wurde lediglich teilweise auf einer erweiterten Sitzung des Zentralkomitees "mitgeteilt"; der vollständige Inhalt des Briefs wurde bis 1955 geheimgehalten.
140 LW 36, S. 578

dem Arbeitsstil zweier der wichtigsten Parteiführer: Stalin und Trotzki. Über den ersteren schreibt Lenin, er habe "unermeßliche Macht in seinen Händen konzentriert", und Lenin fügt hinzu, "ich bin nicht überzeugt, daß er es immer verstehen wird, von dieser Macht vorsichtig genug Gebrauch zu machen."

Was Trotzki betrifft, schreibt Lenin: "Persönlich ist er wohl der fähigste Mann im gegenwärtigen ZK, aber auch ein Mensch, der ein Übermaß von Selbstbewußtsein und eine übermäßige Vorliebe für rein administrative Maßnahmen hat." (141)

Diese Bemerkungen wurden oft so interpretiert, als sollten gewisse Züge der "Psychologie" beider Führer besonders betont werden; das ist nicht falsch. Lenins Bemerkungen verweisen aber vor allem auf einen bestimmten *Führungsstil*, der in seinen Augen für die Einheit der Partei gefährlich ist. Darum fährt Lenin nach diesen Bemerkungen fort:

> "Diese zwei Eigenschaften zweier hervorragender Führer des gegenwärtigen ZK können unbeabsichtigt zu einer Spaltung führen, und wenn unsere Partei nicht Maßnahmen ergreift, um das zu verhindern, so kann die Spaltung überraschend kommen." (142)

Zehn Tage, nachdem Lenin diesen Brief diktiert hat, fügt er eine Ergänzung hinzu, in der er ein noch schärferes Urteil über den Führungsstil und den Charakter Stalins fällt:

> "Stalin ist zu grob, und dieser Mangel, der in unserer Mitte und im Verkehr zwischen uns Kommunisten durchaus erträglich ist, kann in der Funktion des Generalsekretärs nicht geduldet werden. Deshalb schlage ich den Genossen vor, sich zu überlegen, wie man Stalin ablösen könnte, um jemand anderen an diese Stelle zu setzen, der sich in jeder Hinsicht von Gen. Stalin nur durch *einen* Vorzug unterscheidet, nämlich dadurch, daß er toleranter, loyaler, höflicher und den Genossen gegenüber aufmerksamer, weniger launenhaft usw. ist. Es könnte so scheinen, als sei dieser Umstand eine winzige Kleinigkeit. Ich glaube jedoch, unter dem Gesichtspunkt der Vermeidung einer Spaltung und unter dem Gesichtspunkt der von mir oben geschilderten Beziehungen zwischen Stalin und Trotzki ist das keine Kleinigkeit, oder eine solche Kleinigkeit, die entscheidende Bedeutung erlangen kann." (143)

3. Die Gefahr, daß die Parteilinie nicht mehr durch die "alte bolschewistische Garde", das heißt durch einen *führenden proletarischen* Kern bestimmt wird, der sich im Lauf harter Kampfjahre bewährt hat und eine große Autorität genießt. Träte dieser Fall ein, so würde das praktisch bedeuten, daß die politische Linie der Partei nicht mehr von einem wirklichen "proletarischen Hauptquartier" ausgearbeitet, sondern vom

141 LW 36, S. 579
142 ebd.
143 ebd., S. 580

Verwaltungsapparat der Partei vorbereitet würde; dies könnte den Weg dafür ebnen, daß das Proletariat die Macht verlöre und daß durch die Mithilfe der staatlichen Apparate, die keinen proletarischen Charakter mehr tragen, wieder eine bürgerliche Diktatur errichtet würde.

4. Schließlich sieht Lenin die Anzeichen für die Gefahr – selbst wenn weder eine offene, noch eine verdeckte Spaltung eintritt –, daß sich das Vertrauensverhältnis zwischen der Partei und den Volksmassen verschlechtert, sich so verschlechtert, daß die Ausarbeitung einer proletarischen Linie und die Berichtigung begangener Fehler immer schwieriger wird. Die Gefahr einer solchen Entwicklung konnte insofern näherliegen, als im Lauf der ersten Monate des Jahrs 1921, zur Zeit des Aufstands in Kronstadt, die Partei den *Beginn* einer solchen Verschlechterung erlebt hatte und ihre Auswirkungen 1923 noch nicht völlig überwunden waren. Welche politischen Schlußfolgerungen von *grundlegender Bedeutung* Lenin aus dieser Situation zieht, werden wir später sehen, wenn Lenin die Bilanz aus fünf Jahren Revolution zieht.

Um jedoch genau die Tragweite und Bedeutung der Umwandlungen innerhalb der bolschewistischen Partei zu erfassen, ist es unerläßlich, diese Umwandlungen im Zusammenhang mit dem gesamtgesellschaftlichen Prozeß zu sehen, der sich im Lauf der Jahre 1917–1923 vollzieht; danach muß analysiert werden, wie sich der Klassenkampf im Innern der bolschewistischen Partei auswirkt, wie die verschiedenen Tendenzen oder unterschiedlichen Linien oder Teilelemente politischer Linien aufeinanderprallen. Das wird im Vierten Teil untersucht, nachdem genau beschrieben worden ist, was bis jetzt unter dem Prozeß der "Verselbständigung" der staatlichen Apparate zu verstehen ist.

KAPITEL III

Der objektive Charakter des Verselbständigungsprozesses der staatlichen Apparate unter der Diktatur des Proletariats

Die Tendenz der staatlichen Verwaltungsapparate zur Verselbständigung, die Entwicklung von bürgerlichen Praktiken und Verhältnissen im Innern der Gewaltapparate der Diktatur des Proletariats und die Umwandlungen, die sich im Parteiinnern selbst vollziehen, stellen im Grunde nur verschiedene Aspekte ein und desselben Prozesses dar, den wir – um es einfacher auszudrücken – "Verselbständigungsprozeß" der staatlichen Apparate unter der Diktatur des Proletariats nennen werden.

Lenin stellt immer wieder fest, daß nicht die Arbeiter selbst die Sowjetorgane leiten. Er zeigt auf und kritisiert scharf, daß die Macht, die eigentlich die Sowjets ausüben müßten, von einem anonymen und unangreifbaren Apparat erobert wird. Lenin betont, daß den "Sowjets die Macht zurückgegeben" werden müsse. Aber der Verselbständigungsprozeß der staatlichen Apparate ist stärker als die Resolution der Parteitage, als die Entscheidungen leitender Ebenen der Partei und als Lenins Appelle. Bevor man die gesellschaftlichen Grundlagen dieses Prozesses untersucht, muß man seine klassenbezogenen Auswirkungen deutlich machen.

1. Die klassenbezogenen Auswirkungen des Verselbständigungsprozesses und die Notwendigkeit einer neuen Zerstörung der staatlichen Apparate

Die klassenbezogenen Auswirkungen dieses Prozesses bestehen darin, daß sich die Bedingungen für die Ausübung der Diktatur des Proletariats dadurch verschlechtern, daß bürgerliche Elemente in ihre Apparate eindringen und bürgerliche Praktiken sich häufen.

Schon 1919, auf dem VIII. Parteitag, konstatiert Lenin diese Tatsache; er stellt fest, daß die Sowjetmacht praktisch gezwungen war, die "alten bürokratischen Elemente" "auf neue Plätze zu stellen". Lenin fügt hinzu:

> "Zaristische Bürokraten begannen in die Sowjetbehörden hinüberzuwechseln und dort den Bürokratismus einzuführen, begannen sich als Kommunisten aufzumachen und sich der erfolgreichen Karriere wegen Mitgliedsbücher der KPR zu verschaffen. So kommen sie, nachdem man sie zur Tür hinausgejagt hat, durchs Fenster wieder herein." (144)

144 LW 29, S. 168

Die "bürokratischen Auswüchse", von denen Lenin im Dezember 1920 spricht, verleihen der Diktatur des Proletariats in der UdSSR einen besonderen Charakter, der auch mit der Stellung der Bourgeoisie und den bürgerlichen Praktiken in den Institutionen der Diktatur des Proletariats zusammenhängt.

Ein weiteres Jahr später, im Januar 1922, zieht Lenin präzise Schlüsse aus dem, was er im Dezember 1920 gesagt hatte, und zwar in seinen Thesen über die Rolle der Gewerkschaften und die NEP (die vom XI. Parteitag angenommen wurden). Denn Lenin bestimmt den sowjetischen Staat als "proletarischen Staat vom *Übergangstypus*", der einen proletarischen Klassenkampf "gegen seine Fehler und Schwächen, gegen die sich seiner Kontrolle entziehenden Klassengelüste der Kapitalisten", gegen die "Überreste der kapitalistischen Vergangenheit in seinen Institutionen" notwendig mache, wobei die "Anwendung des *Streikkampfes*" gerechtfertigt sein könne (145).

Ende 1922, auf dem IV. Kongreß der Kommunistischen Internationale, geht Lenin in der Charakterisierung des staatlichen Verwaltungsapparats noch weiter und vergleicht ihn mit dem zaristischen Staatsapparat; er erklärt:

> "Wir haben den alten Staatsapparat übernommen, und das war unser Unglück (...). Wir haben jetzt eine enorme Masse von Angestellten, aber wir haben noch nicht genügend gebildete Kräfte, um wirklich über sie zu verfügen. Tatsächlich geschieht es sehr oft, daß der Apparat hier oben, wo wir die Staatsmacht haben, einigermaßen funktioniert, während sie unten eigenmächtig schalten und walten, und zwar so, daß sie oft gegen unsere Maßnahmen arbeiten. (...) Unten haben wir Hunderttausende alter, vom Zaren, aber auch von der bürgerlichen Gesellschaft übernommener Beamter, die teils bewußt, teils unbewußt gegen uns arbeiten." (146)

Schließlich fällt Lenin, kurz bevor er durch seine Krankheit für immer zum Schweigen verurteilt ist, das schärfste Urteil über den "sowjetischen" Staatsapparat. Er sei nichts anderes, so Lenin, als der "vom Zarismus übernommene und nur ganz leicht mit Sowjetöl gesalbte" Apparat. Lenin fügt hinzu:

> "Wir (bezeichnen) einen Apparat als eigenen (...), der uns in Wirklichkeit noch durch und durch fremd ist und ein bürgerlich-zaristisches Gemisch darstellt." (147)

Auf diese Weise kritisiert Lenin bis zu seinen letzten schriftlichen Äußerungen das Ergebnis des Verselbständigungsprozesses der staatlichen Appa-

145 LW 33, S. 172 (Hervorhebung – Ch.B.)
146 vgl. Lenins Bericht auf dem IV. Kongreß der Kommunistischen Internationale am 13. November 1922; in: LW 33, S. 414 f.
147 LW 36, S. 591

rate und das Wiedererstehen eines "vom Zarismus übernommenen" Apparats. Schon Ende 1920 schrieb Lenin ohne Zögern zu diesem Punkt:

"Die Aufgabe der Sowjetmacht besteht darin, den alten Apparat vollständig zu vernichten, so wie er im Oktober vernichtet worden ist, und die Macht den Sowjets zu übergeben." (148)

Wie wir wissen, wurde der alte wiederhergestellte Staatsapparat niemals zerstört, so wie Lenin das forderte; er hat sich nur noch weiterentwickelt und verfestigt. Nach dem Ende der NEP, das heißt nach dem Verschwinden der Privatbourgeoisie, wird er eine der Stellen, an denen sich die bürgerlichen Kräfte konzentrieren.

Die klassenbezogenen Auswirkungen des Verselbständigungsprozesses der staatlichen Apparate bestehen in der Schwächung der führenden Rolle des Proletariats in seinen eigenen staatlichen Apparaten und in der entsprechenden Stärkung der Bourgeoisie. Es handelt sich also um einen *Prozeß von Klassenkämpfen.* Es stellt sich die Frage, welche objektiven Grundlagen dieser Prozeß hatte und welche Bedingungen eine solche Entwicklung ermöglichten.

2. Die objektive Grundlage des Prozesses

Die objektive Grundlage dieses Prozesses von Klassenkämpfen, der zur Verselbständigung der Apparate der Diktatur des Proletariats führt, kann nicht allein auf die Existenz von Klassen *allgemein* zurückgeführt werden. Diese objektive Grundlage muß in der Gesamtheit der *Verhältnisse* und *Praktiken* gesucht werden, die zu dieser Zeit *konkret existieren* und die den bestehenden Klassen ihre je spezifischen Merkmale verleihen. Tatsächlich sind es diese Verhältnisse und die Praktiken, die sich auf ihrer Grundlage entwickeln, welche sowohl die Existenzformen der Klassen als auch die Formen ihrer Kämpfe bestimmen.

Um die objektive Grundlage des Verselbständigungsprozesses zu erfassen, muß man von der *Etappe ausgehen, in der sich die russische Revolution* während der Jahre 1917–1923 *befindet.* In der Tat hängen von den Merkmalen dieser Etappe die Umwandlungen ab, die sich in den Praktiken und in den gesellschaftlichen Verhältnissen, und damit auch in den Formen des Kampfs zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu dieser Zeit vollziehen konnten.

Nun ist aber die Etappe, in der sich die russische Revolution zu dieser Zeit befindet, dadurch geprägt, daß ihre *Hauptaufgabe noch demokratischer Natur ist:* es geht für das Proletariat an der Macht vor allem darum, die bäuerlichen Massen *im Kampf gegen die Weißgardisten,* das heißt *gegen die Großgrundbesitzer,* zu unterstützen und *so das Bündnis von Arbeitern*

148 vgl. Lenins Rede auf der Moskauer Gouvernementskonferenz der KPR(B) vom 21. November 1920 *Unsere außen- und innenpolitische Lage und die Aufgaben der Partei;* in: LW 31, S. 401–422, hier S. 416

und Bauern unter Führung des Proletariats zu festigen. Das ist die wesentliche Aufgabe sowohl während des "Kriegskommunismus" als auch zu Beginn der NEP.

Wenn auch die bolschewistische Partei eine Zeitlang (von der zweiten Jahreshälfte 1918 an) glaubte, der "Aufbau des Kommunismus" stünde schon auf der Tagesordnung, so war das deshalb noch lange nicht richtig. Diese Illusion, die dann später von Lenin als solche erkannt wurde (149), hat die Erfüllung der Hauptaufgabe der Revolution lediglich erschwert; sie hat sie jedoch nicht "außer Kraft" gesetzt.

Der Charakter der damaligen Etappe der russischen Revolution und die konkreten Bedingungen ihrer vorherigen Entwicklung zogen die Grenzen für die möglichen Umwälzungen der gesellschaftlichen und der Klassenverhältnisse. Die Umwälzungen, die sich innerhalb dieser "Grenzen" vollzogen, sind von *grundlegender historischer Bedeutung:* sie bedeuten den Übergang der Macht in die Hände des Proletariats, die Enteignung der Großgrundbesitzer und eines großen Teils der Privatbourgeoisie. Dagegen kann sich die sozialistische Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse erst ansatzweise herausbilden: die *Vergesellschaftung* der Produktionsmittel *ist noch kaum in Angriff genommen.* Eine Umwälzung solchen Charakters kann nur im Lauf einer *relativ langen geschichtlichen Periode* bewerkstelligt werden; sie kann in breitem Umfang erst *in dem Augenblick* verwirklicht werden, *wo sie die Hauptaufgabe* des Proletariats und seiner Partei ist. Das kann aber erst dann der Fall sein, wenn solche Widersprüche, wie sie noch im Lauf der Jahre 1917–1923 vorherrschen, gelöst sind; das heißt, wenn die Aufgaben der *demokratischen Revolution* im wesentlichen erfüllt sind und das *Bündnis der Arbeiter und Bauern auf dieser Grundlage gefestigt worden ist.*

Im Lauf der Jahre 1917–1923 hat die russische Revolution die eigentliche sozialistische Etappe der Entwicklung des revolutionären Prozesses nicht erreicht und konnte sie auch nicht erreichen. Folglich herrschen die unveränderten oder kaum veränderten bürgerlichen oder vorbürgerlichen wirtschaftlichen Verhältnisse noch vor. Die kapitalistische Arbeitsteilung ist noch kaum angetastet, auf dem Land herrscht die individuelle oder patriarchalische Produktion vor. die Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land besteht unverändert. Auf der Grundlage dieser bürgerlichen und vorbürgerlichen Verhältnisse reproduzieren oder entwickeln sich bürgerliche oder vorbürgerliche ideologische und politische Verhältnisse. Nach einem bereits zitierten Ausdruck von Marx (150) sind diese ökonomischen Verhältnisse *"das Geheimnis"* der politischen Formen, die dann entstehen, nämlich des Verselbständigungsprozesses der Staatsapparate.

Was oben ausgeführt wurde, ermöglicht, die *Grundlage* des Prozesses zu erfassen, erhellt aber weder die *Bedingungen,* die den Prozeß ermöglicht haben, noch die *Bedingungen,* unter denen es möglich gewesen wäre, gegen ihn anzukämpfen. Man muß also auch diese Bedingungen analysieren.

149 vgl. den Fünften Teil dieses Bands
150 vgl. Marx, *Das Kapital,* MEW 25, S. 799

3. Die Entwicklungsbedingungen des Verselbständigungsprozesses der staatlichen Apparate und des Kampfs gegen diesen Prozeß

Die grundlegende Bedingung, die den *Verselbständigungsprozeß* der staatlichen Apparate unter der Diktatur des Proletariats ermöglicht, ist das Vorherrschen bürgerlicher oder vorbürgerlicher gesellschaftlicher Verhältnisse und die Entwicklung von bürgerlichen gesellschaftlichen Praktiken auf dieser Grundlage. Diese Praktiken ermöglichen die Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse oder die Umwälzung von "vorkapitalistischen" Verhältnissen in kapitalistische.

Wenn die Bourgeoisie an der Macht ist, ist sie für die erweiterte Reproduktion der kapitalistischen Verhältnisse die treibende Kraft; sie ist aber auch – gezwungen durch die Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise – die treibende Kraft einer *widersprüchlichen Praxis der Umwälzung der kapitalistischen Verhältnisse.* So enthält sie Elemente, die Vorformen sozialistischer Verhältnisse darstellen. Diese Elemente befinden sich in völlig *untergeordneter* Stellung, sind den Anforderungen der Reproduktion der Gesamtheit kapitalistischer Verhältnisse unterworfen und werden dies unverändert bleiben, solange eine proletarische Revolution ausbleibt, die sie zu dominierenden Elementen macht. Wie Marx des öfteren zeigt, wenn er von Aktiengesellschaften, der Börse, den Trusts, von kapitalistischen Nationalisierungen usw. spricht, vollzieht sich der Prozeß der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Verhältnisse über ihre formale Veränderung.

Unter Anwendung des historischen Materialismus konnte Marx den widersprüchlichen Charakter des kapitalistischen Reproduktionsprozesses herausarbeiten, eines Prozesses, der Reproduktionsprozeß, zugleich aber auch Prozeß der Umwandlung der herrschenden Verhältnisse ist. Damit begründete Marx, angesichts der verschiedenen "sozialistischen Utopien" und deren Unfähigkeit, die Welt zu verändern, den wissenschaftlichen Sozialismus, der im Schoß der gegenwärtigen Gesellschaft selbst die *Bedingungen für den Sozialismus aufdeckt, von dem das Proletariat diese Gesellschaft "entbinden" muß.* Genau das meint Marx, wenn er in den *Grundrissen* schreibt:

> "Aber innerhalb der bürgerlichen (...) Gesellschaft erzeugen sich sowohl Verkehrs- als Produktionsverhältnisse, die ebenso viel Minen sind, um sie zu sprengen. (Eine Masse gegensätzlicher Formen der gesellschaftlichen Einheit, deren gegensätzlicher Charakter jedoch nie durch stille Metamorphose zu sprengen ist. Andrerseits, wenn wir nicht in der Gesellschaft, wie sie ist, die materiellen Produktionsbedingungen und ihnen entsprechenden Verkehrsverhältnisse für eine Klassenlose Gesellschaft verhüllt vorfänden, wären alle Sprengversuche Donquichoterie.)" (151)

151 Marx, *Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie,* Berlin (Dietz) 1953, (Nachdruck Frankfurt/M.–Wien, o.J.), S. 77

Die ganze Bedeutung dieser Analyse wird in der Metapher von der *Entbindung* zusammengefaßt: die Entbindung von einer neuen Welt, mit der die gegenwärtige Gesellschaft "schwanger" geht; eine Entbindung, für die das Proletariat, unter der Bedingung, daß es eine *revolutionäre Praxis* entwickelt, zur treibenden Kraft wird.

Tatsächlich hat selbst auch die gesellschaftliche Praxis des Proletariats, das in die antagonistischen gesellschaftlichen Verhältnisse des Kapitalismus eingefügt ist, einen Doppelcharakter: seine Praxis ist auf Erhaltung und auf Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse gerichtet. In dem Maß, wie das Proletariat von der bürgerlichen Ideologie grundlegend beherrscht bleibt, bleiben seine Praktiken, auch die des Klassenkampfs, den Erfordernissen der kapitalistischen Reproduktion untergeordnet (und das sogar unter der Diktatur des Proletariats). Daher die Grenzen gewerkschaftlicher Tätigkeit, die nicht durch eine wissenschaftlich fundierte revolutionäre Linie geprägt ist (utopische Wünsche reichen nicht aus, um die Welt zu verändern). Nur in dem Maß, wie das Proletariat durch eine *revolutionäre Theorie* geleitet wird (die selbst Resultat der Analyse seiner eigenen Kämpfe, der Kämpfe aller unterdrückten Klassen ist und Resultat der Analyse der Bedingungen der Reproduktion und der Umwälzung der bestehenden Verhältnisse), nur dann also kann das Proletariat Praktiken zur Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse *zur Vorherrschaft bringen;* Praktiken, die, anstatt die Erhaltung der bestehenden Verhältnisse und die Fortsetzung der Herrschaft des Kapitalismus zu gewährleisten, diese Verhältnisse und diese Vorherrschaft zerbrechen, den *Weg zum Sozialismus öffnen* und deshalb nicht nur proletarische, sondern *revolutionäre proletarische Praktiken* darstellen.

Um auf den Verselbständigungsprozeß der staatlichen Apparate unter der Diktatur des Proletariats zurückzukommen (der der Beginn eines Prozesses der verdeckten bürgerlichen Herrschaft über diese Apparate ist), so sieht man nun, daß die *grundlegende Bedingung* eines wirksamen Kampfs gegen diesen Prozeß die Vorherrschaft revolutionärer proletarischer Praktiken in dem Bereich der umzuwälzenden Verhältnisse ist. Es sind diese Praktiken allein, die die revolutionäre Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse und die Herrschaft sozialistischer Elemente in diesen Verhältnissen ermöglichen; dies unter der Bedingung, daß diese Praktiken im geeigneten historischen Augenblick einsetzen, dann nämlich, wenn die Möglichkeit einer einheitlichen und koordinierten Aktion der revolutionären Kräfte gegeben ist.

Auf der allgemeinen Ebene dieser Ausführungen kann man also sagen, daß die Bedingungen für die Möglichkeit des beginnenden Verselbständigungsprozesses der staatlichen Apparate unter der Diktatur des Proletariats von 1917 bis 1923 die Vorherrschaft bürgerlicher Praktiken und die Schwäche revolutionärer Praktiken in den Bereichen der umzuwälzenden Verhältnisse sind. Diese Vorherrschaft bürgerlicher Praktiken steht in engem Zusammenhang mit dem *geschichtlichen Augenblick,* in dem sich die russische Revolution zu dieser Zeit befindet; das ist auch der Grund

dafür, warum sich dieser Prozeß mit der Geschwindigkeit und in den Formen entwickelt hat, wie sie schon beschrieben wurden. Allerdings verlangt ein umfassenderes Verständnis dieses Prozesses, ohne das keine *Lehre* aus seinem konkreten Verlauf gezogen werden kann, daß wir uns bemühen, über diese allgemeinen Aussagen hinauszukommen.

Dazu muß der *geschichtliche Augenblick* in Betracht gezogen werden, in dem dieser Prozeß abläuft, die *konkreten Merkmale* jener Periode also, in deren Verlauf der Prozeß stattfindet. Nun sind diese Merkmale derart, daß *es notwendig ist, die revolutionären Kräfte auf ein vorrangiges Ziel zu konzentrieren:* die Verteidigung der Diktatur des Proletariats. Sie erlauben es nicht, die sozialistische Umwälzung der gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse unmittelbar auf die Tagesordnung zu setzen.

a) Die dringendsten Tagesaufgaben

An dieser Stelle rückt die *entscheidende Bedeutung der dringendsten Tagesaufgaben* in den Vordergrund. Im Verlauf des "Kriegskommunismus" muß die gerade geschaffene Sowjetmacht der vereinten Offensive der Weißgardisten und der Interventionstruppen der meisten imperialistischen Mächte die Stirn bieten. Sie muß um jeden Preis die Versorgung der Städte gewährleisten und die Front *so schnell wie möglich* mit Nachschub versorgen, will sie nicht ganz einfach hinweggefegt werden.

Unter den Entstehungsbedingungen der proletarischen Macht und angesichts der Vorherrschaft der Warenverhältnisse und der *kleinbürgerlichen Praktiken* innerhalb der Bauernschaft (der Praxis des "Gibst-du-mir-geb-ich-dir"), in einer Situation, in der die Industrie den Dörfern nahezu nichts anzubieten hat und die *dringenden Anforderungen des Kriegs jedes Abwarten verbieten,* hat die Sowjetmacht praktisch keinen *anderen gangbaren Weg* als den, den sie einschlägt: sie muß auf Requisitionen und auf autoritäre Disziplin zurückgreifen, die durch die fortgeschrittensten Arbeiter oder durch die staatlichen Apparate durchgesetzt werden. Diese Maßnahmen sind notwendig, selbst wenn sie zu einer zeitweiligen Verschlechterung der Beziehungen zwischen dem Proletariat und einem Teil der Bauernschaft führen müssen, das heißt zur Entwicklung von Widersprüchen zwischen den Apparaten der Sowjetmacht und dem Teil der Massen, auf den diese Apparate Zwang ausüben.

Lenin greift im Juni 1920 die von ihm früher aufgestellte Losung "Alles für den Krieg" wieder auf und betont mit Nachdruck den Charakter der Dringlichkeit dieser Forderung:

> "Es geht darum, das Leben von zehntausend der besten Genossen zu retten, die an der Front in vorderster Stellung kämpfen und fallen. Es geht darum, das Land vor der Hungersnot zu retten, die jetzt nur deswegen auf uns zukommt, weil wir den Krieg nicht zu Ende führen. Wir aber können und müssen ihn zu Ende führen, und zwar rasch. Dazu ist erforderlich, daß um jeden Preis Disziplin und Unterordnung mit rücksichtsloser Strenge verwirklicht werden. Die geringste Fahrlässigkeit, die geringste Laschheit, die hier im Hinterland, auf einem beliebigen Gebiet der friedlichen Arbeit, geduldet wird, bedeutet den Untergang von Tausenden und Hungersnot hier." (152)

b) Die Beziehungen der bolschewistischen Partei zu den ländlichen Gebieten

Die dringendsten Tagesaufgaben erlauben es der bolschewistischen Partei nicht, andere Methoden zu entwickeln und die Bauernschaft bei der Veränderung ihrer eigenen Praktiken zu unterstützen; dies umso weniger, als die Partei ihrerseits in den Dörfern als Organisation praktisch nicht vorhanden ist. Bekanntlich ist der Versuch, wirkliche Komitees der Dorfarmut zu bilden, gescheitert. Bis auf wenige Ausnahmen haben sich diese Komitees weder entwickelt noch gefestigt, während die dörflichen Sowjets weitgehend von den bürgerlichen Elementen des Dorfs kontrolliert werden und unter dem Einfluß der Sozialrevolutionäre stehen, die oft in konterrevolutionäre Aktivitäten verwickelt sind. Es gibt noch zu wenig proletarische Kader, und ihre Anwesenheit an der Front ist viel zu wichtig, als daß sie massenhaft aufs Land geschickt werden könnten, um der armen und mittleren Bauernschaft zu helfen, dem ideologischen Einfluß der ländlichen Bourgeoisie zu entgehen, und ihr zu helfen, eine revolutionäre Praxis tiefer und systematischer Solidarität mit der Front und den Städten zu entwickeln.

Der geringe direkte Einfluß der bolschewistischen Partei auf dem Land kommt besonders in der schwachen Beteiligung der Bauern an den Wahlen zu den dörflichen Sowjets zum Ausdruck. Zwischen 1919 und 1922 beträgt diese Beteiligung 22%, und sie sinkt sogar manchmal auf 9% (153) ab; der Prozentsatz der Parteimitglieder in den dörflichen Sowjets schwankt zwischen 0,3 und 1,8% (154); ihr Einfluß ist also äußerst begrenzt. Auf der Ebene der Sowjets in den ländlichen Bezirken (*Wolost*) ist die Position der Partei etwas besser: 11,7% der Delegierten dieser Sowjets sind Parteimitglieder. Erst auf der Ebene der Distriktsowjets (*Ujesd*) ändert sich die Situation, vor allem in der Zusammensetzung der Exekutivkomitees, die 1922 81% Parteimitglieder oder Parteikandidaten zählen, von denen aber 76% erst nach der Revolution in die Partei eingetreten sind und von denen viele in den alten staatlichen Apparaten Verwaltungsbeamte

152 LW 31, S. 163

153 vgl. *Die Sowjets, die Sowjetkongresse und die Exekutivkomitees* (russ.), Veröffentlichung des NKWD, Moskau 1924, zit. bei O. Narkiewicz, *The Making ...*, a.a.O., S. 60

154 In den nichtrussischen Gouvernements, wo anscheinend besondere Anstrengungen unternommen worden waren, um den Einfluß der Partei in den Sowjets zu verstärken, schwankt der Prozentsatz zwischen 11 und 25% (ebd.)

gewesen waren. Was die Verwaltung anbetrifft, die den Sowjets und ihren Exekutivkomitees untersteht, so ist sie im wesentlichen aus den Resten der alten Verwaltung zusammengesetzt (155), die erst zerschlagen und dann wiederaufgebaut wurde, worauf Lenin immer wieder hinweist.

Die extrem schwache Verankerung der Partei auf dem Land ist also eines der Elemente, die die Vorherrschaft bürgerlicher und kleinbürgerlicher Praktiken über weite Gebiete Rußlands hin erklären. In den meisten Dörfern und sogar in vielen kleinen und mittleren Städten sind die Parteimitglieder bis dahin nur "ein Wassertropfen im Meer" (Lenin). Ihre zahlenmäßige Schwäche erlaubt ihnen nicht, große Aufklärungskampagnen durchzuführen oder die Meinungen und Vorschläge der Volksmassen zu systematisieren, um neue Praktiken entwickeln zu können. Folglich wiegt das Gewicht der alten wiederhergestellten Apparate (oder der neuen, die aber von den Massen genauso getrennt sind) umso schwerer, und im Schoß dieser Apparate entwickeln sich bürgerliche Praktiken.

Die Wiederherstellung staatlicher Apparate, die den zaristischen ähneln, und die Entwicklung autoritärer Beziehungen zwischen diesen Apparaten und den Massen haben ihrerseits ideologische Auswirkungen: zum Beispiel das Mißtrauen eines Teils der Arbeiter und der Bauern gegenüber den "eingesetzten Autoritäten" und sogar die Furcht vor Unterdrückung. Diese ideologischen Auswirkungen trugen dazu bei, jene Parteimitglieder von den Volksmassen mehr oder weniger zu isolieren, die weit entfernt von den Zentren und Sowjetorganen waren, in denen die Partei wirksam ihre führende Tätigkeit ausübte. Die Existenz dieser Zentren und Organisationen spielte bei der Verteidigung der proletarischen Macht eine entscheidende Rolle; sie konnte aber nicht hinreichen, um eine proletarische Umwälzung der gesellschaftlichen Praktiken im ganzen Land auszulösen.

c) Das Fehlen zureichender früherer Erfahrung über die Erfordernisse der sozialistischen Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und Praktiken

Im Verlauf der Jahre 1917 bis 1923 setzten sich in Rußland also objektive Bedingungen durch, die den Verselbständigungsprozeß der staatlichen Apparate, die Wiederherstellung von Apparaten bürgerlichen oder vorbürgerlichen Typs oder – nach der treffenden Bezeichnung Lenins – eines "rotgetünchten zaristischen Apparats" begünstigten. Zu diesen objektiven Bedingungen kommen jedoch noch weitere, die der Wirksamkeit der bolschewistischen Partei ebenfalls Grenzen setzen. Diese Grenzen hängen damit zusammen, daß die Partei in bezug auf die Bedingungen für die Umgestaltung der gesellschaftlichen Praktiken und Verhältnisse völlig unerfahren ist; diese Grenzen werden allerdings auch durch bestimmte theoretische Auffassungen der Partei bestimmt.

155 O. Narkiewicz, a.a.O., S. 61

Ohne nun behaupten zu wollen, das Vorgehen der bolschewistischen Partei hätte ganz anders sein können, als es tatsächlich war, kann man dennoch – wenn man die Etappe berücksichtigt, in der sich die russische Revolution befindet, die Vordringlichkeit und den Umfang der Aufgaben, denen die bolschewistische Partei ins Auge sehen muß, ihre Stärke und den Grad ihrer Verankerung – die Ansicht teilen, daß der Verselbständigungsprozeß der Apparate der proletarischen Macht besser hätte bekämpft und folglich verlangsamt werden können, wenn die Partei über *vorhergehende Erfahrungen über die Erfordernisse des Kampfs gegen einen derartigen Prozeß* verfügt hätte. Es ist eine historische Tatsache, daß diese *Erfahrung fehlte* und daß die aufgrund einer beschränkten Praxis sehr allgemeinen Hinweise unzureichend blieben.

Das, was man hätte tun können oder müssen, um den Verselbständigungsprozeß der staatlichen Apparate und damit die sich in neuen Formen verfestigenden bürgerlichen Positionen in der russischen Gesellschaft zu bekämpfen, konnte nicht "erfunden" werden. Man mußte es aus der Praxis selbst lernen, indem man aus den *begangenen Fehlern* lernte und *Bilanz* zog. Die Gedanken fallen nicht vom Himmel, sie kommen aus der Praxis. Nicht notwendigerweise aus den Erfolgen, sondern auch aus den Mißerfolgen; aber eben unter der Bedingung, daß diejenigen, die diese Mißerfolge erfahren (oder auch andere Mißerfolge, die sich unter mehr oder weniger gleichartigen Bedingungen abgespielt haben), daraus *die Lehren ziehen.* Erst von 1921 und 1922 an konnten die bolschewistische Partei und vor allem Lenin beginnen, aus ihren eigenen Erfahrungen Lehren zu ziehen. Wir werden darauf im Fünften Teil dieses Bands zurückkommen.

d) Die theoretischen Auffassungen der Partei und die Bilanz der Jahre 1917 bis 1922

Wir können heute mit Recht die Überlegung anstellen – wenn man die innerhalb der bolschewistischen Partei vorherrschenden Praktiken und theoretischen Äußerungen (der Jahre 1917–1922) mit den Äußerungen und Praktiken vergleicht, die das Denken und Handeln der Kommunistischen Partei Chinas bestimmen –, daß bestimmte Anschauungen, die in der bolschewistischen Partei vorherrschten, ein Hindernis darstellten auf dem Weg, der zu einem wirksamen Kampf gegen den Verselbständigungsprozeß der staatlichen Apparate der Sowjetmacht hätte führen können. Sicherlich ist eine "Geschichtsschreibung mit *wenn* und *hätte*" lächerlich und ebenso, sich vorstellen zu wollen, "was geschehen wäre, wenn die Bedingungen andere gewesen wären". Trotzdem ist es möglich zu behaupten – denn das ist eine *Tatsache* –, daß bestimmte theoretische Auffassungen der bolschewistischen Partei sie eine bestimmte Zeit lang daran hinderten, den wahren Charakter und die Tragweite eines Prozesses zu erkennen, zu verstehen und vorauszusehen, dessen Auswirkungen sie teilweise verurteilte.

Zu den Auffassungen, die diese *Verdunkelungs*rolle spielten, gehören die Vorstellungen – wir werden am Ende dieses Buches darauf zurückkommen – über die Rolle bestimmter Formen der Zentralisierung und bestimmter Formen des Staatskapitalismus. Bis zu einem bestimmten Punkt – und innerhalb der engen Grenzen, die durch die objektiven Bedingungen gezogen waren – konnten diese Auffassungen die bolschewistische Partei daran hindern, einen Weg einzuschlagen, der den Massen ermöglicht hätte, *auf der Grundlage ihrer eigenen Erfahrungen* andere Praktiken zu entwickeln als die, die damals in vielen Bereichen vorherrschten; revolutionäre Praktiken, die – innerhalb dieser Grenzen – den Sowjets und den Massenorganisationen mehr Lebendigkeit hätten verleihen können.

Einige ergänzende Bemerkungen sind sicherlich nützlich.

Vorweg muß betont werden, daß die falschen Auffassungen *niemals der ausschlaggebende Faktor eines gesellschaftlichen Prozesses sind.* Die Entwicklung eines solchen Prozesses wird durch die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmt und durch die bestehenden gesellschaftlichen Praktiken. *Nicht die Gedanken* (auch nicht solche, deren Träger eine Partei ist) *machen die Geschichte, sondern die Massen.*

Die Rolle der richtigen Auffassungen ist darum jedoch nicht weniger wesentlich: sie können *den Massen helfen, systematisch ihre revolutionären Praktiken zu entwickeln* und solche Praktiken aufzugeben, die sie unterjochen. Richtige Auffassungen *öffnen einen Weg,* aber sie "schaffen" nichts; sie schaffen allenfalls *Möglichkeiten* für die Massen, ihre revolutionären Praktiken zu festigen, sie zu vereinheitlichen und zu koordinieren. Sie leisten nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Genau das behauptet Lenin mit Recht in *Was tun?,* wenn er schreibt: "Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Bewegung." Dieser Satz bedeutet natürlich nicht, daß die Theorie diese Bewegung "schafft"; er bedeutet, daß die Theorie diese Bewegung *anleitet,* ihr also den *Weg* zeigt, wie sie vorwärtsschreiten kann. Das aber geschieht nicht dadurch, daß irgendetwas "erfunden" wird, sondern dadurch, daß man die *theoretischen Lehren* zieht, also Lehren von *allgemeiner Tragweite,* und zwar aus der Bewegung selbst, in ihrem ganzen historischen Ausmaß.

Um auf das Problem zurückzukommen, das wir hier untersuchen – der Verselbständigungsprozeß der staatlichen Apparate unter der Diktatur des Proletariats –, so müssen wir aus dem zuvor Gesagten den Schluß ziehen, daß *es nicht die schwachen Punkte der theoretischen Auffassungen des Bolschewismus sind, die "am Anfang" dieses Prozesses standen* (das wäre eine *idealistische Auffassung der Geschichte*), sondern daß die Existenz dieser Auffassungen und die Unzulänglichkeit späterer Berichtigungen eine Rolle spielten bei der Tatsache, daß die russischen Volksmassen nicht auf den Weg geführt wurden, der ihnen ermöglicht hätte, ihre revolutionären Praktiken im erforderlichen Maß zu entwickeln, zu vereinheitlichen und zu koordinieren, um "erneut den wiederhergestellten zaristischen Apparat zu zerstören".

Die theoretischen Auffassungen des Bolschewismus enthielten eine Anzahl schwacher Punkte; denn sie waren zum Teil das Erbe einer Arbeiterbewegung, die sich vom revolutionären Marxismus entfernt hatte. Tatsächlich hatte sich die aus der II. Internationale hervorgegangene bolschewistische Partei aus Mangel an praktischer Erfahrung nicht auf einen Schlag von *all dem,* was an den Auffassungen der II. Internationale falsch war, freimachen können. Das zu eliminieren konnte nur allmählich erreicht werden, um den Preis eines Klassenkampfs *um die Theorie selbst.*

In diesem Zusammenhang müssen wir auch noch einmal auf die historischen Bedingungen zurückkommen. Denn es ist nicht zu jedem beliebigen Zeitpunkt möglich, die Schwächen der revolutionären Theorie zu beseitigen (diejenigen Punkte, in denen noch der Einfluß der bürgerlichen Ideologie spürbar ist). Diese Beseitigung und die dadurch ermöglichte Korrektur sind selbst Teil eines objektiven Prozesses. Sie sind erst auf der Grundlage *herangereifter Widersprüche* möglich, die durch die Umsetzung einer unzulänglichen Theorie herausgebildet werden; sie finden dann statt, wenn die Widersprüche *wirksam gelöst* werden können.

Spricht man von dem "theoretischen Erbe" der II. Internationale, von dem sich die bolschewistische Partei nicht hat freimachen können, so muß man auch eine bestimmte Auffassung vom Zentralismus, der sich vom *demokratischen Zentralismus* unterscheidet, und eine bestimmte Auffassung von der Rolle der *zentralisierten staatlichen Apparate* mit einbeziehen. Ebenso, wenn man sich nach den Gründen fragt, warum es der bolschewistischen Partei nicht gelang, sich zwischen 1917 und 1922 von diesen Auffassungen freizumachen: man muß in Erinnerung rufen, daß diese Gründe zum Teil mit dem Charakter der *Etappe* zusammenhängen, in der sich die russische Revolution damals befindet; mit der damaligen Hauptaufgabe der Revolution, die demokratischen Charakter trägt. Im Charakter dieser vorrangigen Aufgabe *liegt aber gerade die Gefahr,* daß Methoden und Auffassungen die Oberhand gewinnen, die denen der Französischen Revolution ähnlich sind: *jakobinische* Auffassungen und Methoden, die eben zum Erbe der II. Internationale gehörten.

Rosa Luxemburg, die die Oktoberrevolution unterstützt, konstatiert die Ähnlichkeiten zwischen der Französischen Revolution und der Russischen Revolution, wenn sie Anfang 1919 von der Ausübung einer "Diktatur im bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft" spricht (156). Sie fügt hinzu, dieser Typ politischer Verhältnisse müsse "das Leben in den Sowjets erlahmen", das Leben in den öffentlichen Einrichtungen verkümmern lassen, während "die Bürokratie allein das tätige Element bleibt" (157).

Zugleich erkennt sie an, daß das bedeutet hätte, "von Lenin und seinen Genossen Übermenschliches verlangen, unter solchen Bedingungen wie durch Zauberei die schönste der Demokratien, die beispielhafteste der Diktaturen

156 Rosa Luxemburg, *Die Russische Revolution,* in: R. Luxemburg, *Politische Schriften III,* Frankfurt/M. und Wien 1968, S. 136

157 ebd.

des Proletariats zu schaffen“ (158). Indem Rosa Luxemburg die Rolle der *konkreten historischen Bedingungen* anerkennt, stellt sie sich auf den Boden des historischen Materialismus, nicht des Idealismus.

Die Tendenz zur Vorherrschaft jakobinischer Methoden während dieser Periode ist in der Tat das Resultat der *Verbindung* der Auswirkungen der konkret-historischen Bedingungen mit jakobinischen Auffassungen, die dem Bolschewismus keineswegs fremd waren (159), obgleich Marx und Engels vor der jakobinischen Nostalgie gewarnt hatten (160).

Wie dem auch sei, im Verlauf der Jahre 1917 bis 1922 ist der Verselbständigungsprozeß der wichtigsten staatlichen Apparate unter der Diktatur des Proletariats bereits eine Tatsache, und diese Tatsache spielt unweigerlich eine erhebliche Rolle bei den ideologischen und politischen Kämpfen, die sich innerhalb der bolschewistischen Partei abspielen.

158 ebd., S. 140

159 In der Schrift *Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück* (1903) begreift Lenin zum Beispiel die Rolle des ”revolutionären Sozialdemokraten“ als die des ”Jakobiner(s)“, der ”untrennbar verbunden ist mit der *Organisation* des Proletariats, das sich seiner Klasseninteressen *bewußt geworden* ist.“ (LW 7, S. 386)

160 vgl. zum Beispiel *Die heilige Familie*, MEW 2, S. 129 ff., oder den Brief von Engels an Marx vom 4. September 1870, MEW 33, S. 53

VIERTER TEIL

DIE IDEOLOGISCHEN UND POLITISCHEN KÄMPFE INNERHALB DER BOLSCHEWISTISCHEN PARTEI

Anhand der Analyse der sich innerhalb der bolschewistischen Partei abspielenden ideologischen und politischen Kämpfe kann man die ideologischen Grundlagen erfassen, auf denen die politische Linie und die politische Praxis der Partei beruhen; man kann also auch erkennen, wie die Partei die Kämpfe der Volksmassen zu unterstützen vermochte; denn eben diese Kämpfe sind das entscheidende Element aller historischen Umwälzungen.

Eine solche Analyse ist nicht nur von Interesse als bloßer "Rückblick". Sie trägt nicht nur zum Verständnis jener ideologischen Strömungen bei, die zu Lenins Zeit aufeinanderprallen – und die sämtliche revolutionäre Kämpfe dieser Periode beeinflussen –, sie erlaubt auch, die Bedeutung und die Tragweite jener ideologischen Kämpfe besser zu verstehen, die später in der bolschewistischen Partei, in der Kommunistischen Internationale und in der internationalen Arbeiterbewegung stattfinden, also die Kämpfe unmittelbar nach Lenins Tod, aber auch die wesentlich späteren, das heißt *auch* die Kämpfe *heute.* Eine solche Analyse zeigt die Auseinandersetzungen der Ideen des revolutionären Marxismus – Ideen, die gegenüber einer Bereicherung durch die praktische Erfahrung und die theoretische Reflexion stets offen sind – mit den in einem "marxistischen" Vokabular vorgetragenen bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Auffassungen, eine der "Quellen" des modernen Revisionismus.

Die Analyse der ideologischen und politischen Kämpfe, die sich zur Zeit Lenins innerhalb der bolschewistischen Partei abspielen, läßt auch die *außergewöhnliche Stellung Lenins* in der Partei, seine *entscheidende Rolle* bei der Durchsetzung einer revolutionären Linie besser verstehen. Der Ausdruck "außergewöhnlich" soll die Tatsache hervorheben, daß Lenin in entscheidend wichtigen Fragen Auffassungen vertrat, die sich als richtig erwiesen, *die er aber oft zunächst allein oder fast allein verteidigen* mußte. Es besteht nämlich ein beträchtliches Gefälle *zwischen dem lebendigen Marxismus Lenins* und der Tendenz der meisten anderen bolschewistischen Führer, sich mit dem Wiederholen von Formeln zu begnügen, die vom Lauf der Geschichte schon überholt waren. Bekanntlich prangerte Lenin, als er noch im Exil war – um hier nur ein Beispiel zu nennen –, jegliche Politik der "Unterstützung" an, sogar der "bedingten Unterstützung" gegenüber der provisorischen Regierung, die nach der Februarrevolution von 1917 gebildet worden war. Er gibt die Parole des Kampfs um die Diktatur des Proletariats aus; dies in einem Augenblick, da fast alle bolschewistischen Führer eine viel "vorsichtigere" Haltung einnahmen. Sie schlossen sich übrigens nur nach und nach der Position an, die Lenin von vornherein eingenommen hatte. Es ist nicht einfach, die besondere Stellung Lenins in der Partei zu erklären, obwohl diese Stellung – die ihn nicht nur *an die Spitze der Partei stellt,* sondern ihn zum *eigentlichen Kopf* der Partei macht – *jedesmal*

bestätigt wird, wenn die Lage eine wichtige Neuformulierung der Strategie und der Taktik oder eine Berichtigung der bis dahin verfolgten Linie erfordert. Soviel läßt sich jedoch sagen: die zwei grundlegenden Elemente, die Lenins besondere Stellung erklären, sind seine Fähigkeit, *auf die Massen zu hören,* und die *Solidität seiner theoretischen Ausbildung. Dazu kommt sein politischer Mut, es zu wagen, gegen den Strom zu schwimmen,* keine Angst zu haben, *zeitweise isoliert* zu sein. Die Verbindung dieser Elemente erklärt, warum Lenin seiner Partei häufig voraus war, auch in der Erkenntnis von Fehlern, seien es eigene oder die der Partei.

Die Analyse der ideologischen und politischen Kämpfe, die sich innerhalb der bolschewistischen Partei entwickelten, läßt auch den *Umfang der Berichtigungen* begreifen, die Lenin seit Ende 1920 vornimmt und die er bis 1923 weiter präzisiert. Er öffnet damit neue Perspektiven, die die anderen Parteiführer nur sehr begrenzt aufgenommen haben (1).

Bevor man zur Analyse der herausragendsten Aspekte jener ideologischen und politischen Kämpfe übergeht, die sich zu verschiedenen Zeitpunkten innerhalb der bolschewistischen Partei entwickeln, muß man einige der Veränderungen wieder in Erinnerung rufen, die sich im Verhältnis der Partei zu den Volksmassen vollziehen. Diese Wiederholung wird sehr kurz sein, da die grundlegenden Aspekte dieser Veränderung schon weiter oben untersucht wurden.

1 Dieser letzte Punkt wird vor allem im Fünften Teil dieses Buchs entwickelt.

KAPITEL I

Die Veränderungen in den Beziehungen der bolschewistischen Partei zu den Volksmassen

Die Veränderungen, die in den Beziehungen zwischen den Volksmassen und der bolschewistischen Partei auftreten, haben ihren Ursprung in der Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Klassenverhältnisse; sie hängen jedoch unmittelbar von der politischen Linie der Partei ab, von der richtigen oder falschen Ausrichtung ihres Handelns, also von ihrer Analyse der Widersprüche und von ihrer Fähigkeit, den Hauptwiderspruch jeder Etappe der Revolution richtig zu behandeln. Man muß also die Untersuchung der Veränderungen der Beziehungen zwischen der Partei und den Volksmassen mit der Untersuchung der Hauptaufgaben der Partei zu verschiedenen Zeitpunkten verbinden.

Bei der Untersuchung der Beziehungen der bolschewistischen Partei zu den Volksmassen ist es das Schwierigste, den Hauptaspekt dieser Beziehungen genau zu kennzeichnen. Diese Beziehungen sind notwendigerweise äußerst komplex; sie sind in der Tat stets außerordentlich *differenziert.* Die Beziehungen zur Arbeiterklasse sind nicht dieselben wie die zur Bauernschaft. Und innerhalb der Arbeiterklasse und der Bauernschaft sind sie verschieden, je nachdem ob man die fortgeschrittenen Elemente der Massen, die rückständigen (die mehr oder weniger von der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologie beherrscht werden) oder die eine Mittelstellung einnehmenden betrachtet. Im allgemeinen unterstützen während der Jahre unmittelbar nach der Oktoberrevolution die fortgeschrittenen Elemente der Massen und die eine Mittelstellung einnehmenden die bolschewistische Partei und bieten ihr Rückhalt. Wäre es anders gewesen, hätte die Sowjetmacht unmöglich Widerstand gegen die militärischen Offensiven der Weißen und der Imperialisten leisten können; es wäre unmöglich gewesen, den enormen, durch die verschiedenen von der Bourgeoisie praktizierten Formen des Widerstands und der Sabotage entstandenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, dem durch sechs Jahre Krieg verursachten wirtschaftlichen Chaos standzuhalten.

Was indessen in den Beziehungen zwischen der Partei und den Massen auf dem Spiel steht, ist die Festigung der Diktatur des Proletariats, die Fähigkeit der Partei, die Reihen der fortschrittlichen Elemente zu erweitern, indem sie nach und nach die Unterstützung derer erhält, die zunächst mittlere und rückständige Elemente waren. Das ist ein *fortwährender* Kampf, ein Kampf, der darauf abzielt, den Teil der Volksmassen, der dem Einfluß der Bourgeoisie noch unterliegt, diesem Einfluß zu entreißen. Es ist auch ein Kampf, der Höhepunkte und Niederlagen kennt, da die von der Partei oder von bestimmten Parteimitgliedern begangenen Fehler zu einem Rückgang der Unterstützung oder der Hilfe führen, die ihr ein Teil der Massen gewährt. Die Beziehungen zwischen der Partei und den Volksmassen unter-

suchen heißt daher nicht so sehr, die Unterstützung der Partei durch die fortgeschrittenen und kämpferischen Elemente zu beschreiben – eine Unterstützung, ohne die die Sowjetmacht zusammengebrochen wäre –, sondern heißt vor allem, die Haltung der eine Mittelstellung Einnehmenden zu untersuchen, deren Zögern und deren Schwankungen (die selbst wiederum mit den Veränderungen in den Lebensbedingungen und den ständig von der bolschewistischen Partei gefaßten Beschlüssen zusammenhängen) und die jeweilige Stärke der Diktatur des Proletariats und ihre Fähigkeit zu bestimmen, von ihrer ursprünglichen Übergangsform in eine höhere Form überzugehen. Die Veränderungen im Verhältnis der bolschewistischen Partei zu den Volksmassen müssen also unter diesem Blickwinkel untersucht werden.

Wir kommen hier auf die Phase von Februar 1917 bis Mai 1918 zurück, lediglich, um in Erinnerung zu rufen, daß sich im Lauf dieser Monate der Einfluß der bolschewistischen Partei auf die Volksmassen schnell entwickelt. Von Februar bis Oktober unterstützen immer mehr Arbeiter, vor allem in den Städten, die bolschewistische Partei dadurch, daß sie an den Aktivitäten der revolutionären Organisationen teilnehmen und die Initiativen der Bolschewiki unterstützen. Im Oktober 1917 entwickelt sich das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen so, daß die Macht der Bourgeoisie zusammenbricht und der Diktatur des Proletariats weicht.

Im Lauf der folgenden Monate führen die Maßnahmen der bolschewistischen Partei an der Macht (vor allem die Hilfe, die sie der demokratischen Revolution der Bauernschaft gewährt und die Unterzeichnung des Vertrags von Brest-Litowsk) zu einer Erweiterung ihrer Unterstützung durch die Volksmassen vor allem innerhalb der Bauernschaft; dies, obwohl die Schwierigkeiten des täglichen Lebens – die mit den Folgen des Kriegs und den Machenschaften der Kapitalisten zusammenhängen – natürlich von den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien ausgenutzt werden, und zwar vor allem von den Menschewiki und den Sozialrevolutionären. Diese sind indessen durch ihre Tätigkeit zur Zeit der provisorischen Regierung hinreichend in Verruf geraten, so daß ihr Einfluß zu diesem Zeitpunkt die Sowjetmacht nicht ernsthaft behindern kann. Die Situation ist in einigen wenigen, vom wirtschaftlichen Standpunkt jedoch wichtigen Sektoren anders; so tragen die menschewistischen Führer der Eisenbahnergewerkschaft dazu bei, die Desorganisierung des Transportwesens zu verschlimmern.

Seit dem Beginn des Bürgerkriegs traten die Beziehungen zwischen der Partei und den Volksmassen in eine schwierigere Phase, vor allem, weil die Partei den Grad der Verankerung der sozialistischen Ideen in der Bauernschaft überschätzte und weil sie Fehler machte in bezug auf die Beziehungen, unter denen damals eine sozialistische Umwälzung der Produktionsverhältnisse auf dem Land möglich war.

1. Vom Versuch der "proletarischen Offensive" auf dem Land hin zur Orientierung auf die Mittelbauern

In Verbindung mit der Massenmobilisierung, die von der bolschewistischen Partei durchgeführt wird, um den Aufständen der Weißen und den Interventionen des Auslands seit dem zweiten Halbjahr entgegenzutreten, entsteht in der Tat die Illusion, die Lage sei für die Auslösung einer "proletarischen Offensive" unter der Bauernschaft günstig geworden. Zu diesem Zeitpunkt hält die Partei den Augenblick schon für gekommen, den "eigentlichen Aufbau des Sozialismus" zu beginnen, weil sie annimmt, daß die "Mehrheit der werktätigen Bauernschaft nach der Einführung der gemeinschaftlichen Bodenbestellung strebt" (2).

Zu dieser Zeit glaubt die Partei, eine revolutionäre Bewegung unter der Dorfarmut entfachen zu können, die – von den Sowjets getrennt – in verschiedenen Komitees organisiert ist. Bekanntlich scheiterten diese Versuche einer "proletarischen Offensive". Die Situation war nicht reif. Die Revolution auf dem Land konnte nicht über die demokratische Etappe hinausgehen.

Der erste Anlauf, der abgebrochen wird, ist der Versuch, die Komitees der Dorfarmut aufzubauen. Er wird im Juni 1918 propagiert, zum Zeitpunkt des Bruchs zwischen der bolschewistischen Partei und den "linken" Sozialrevolutionären (die einen großen Teil der Dorfsowjets kontrollierten); er führt nicht zu einer fest in den Massen der Dorfarmut verankerten Bewegung. Nur eine Minderheit der armen Bauern beteiligt sich an der Bewegung; doch die so zusammengefaßten Bauern verfolgen oft rein persönliche Ziele und gehen gegen die Mittelbauern vor. In den Fällen, wo diese Komitees aktiv sind, stellen sie sich in Opposition zu den Bauernsowjets und versuchen, eine "zweite Macht" zu bilden. Sie spalten so die Bauernschaft zu einem Zeitpunkt, wo es gilt, gegen die Offensiven der weißen und imperialistischen Armeen die Arbeiterklasse und die Bauernschaft im gemeinsamen Kampf zusammenzuschließen.

Ab November 1918 werden in der bolschewistischen Partei und im Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitee (ZEK) Bedenken und Befürchtungen laut über die Folgen der Entwicklung der Komitees der Dorfarmut. Während eines Kongresses der Komitees der Dorfarmut aus der Petrograder Region, als die Vertreter dieser Komitees die Übertragung aller politischen Macht der Sowjets auf ihre eigenen Komitees fordern, trägt Sinowjew (offenbar mit der Zustimmung der Parteiführung) eine Resolution vor, in der er erklärt, daß die Komitees wohl gegen die Kulaken gekämpft hätten, daß sie aber bei der Erfüllung dieser Aufgabe "unvermeidlich dazu gezwungen waren, die Grenzen des Dekrets vom 11. Juni zu überschreiten (...) und so eine doppelte Macht auf dem Land herbeiführten, die zu einer unnötigen Energievergeudung und zur Verwirrung führt" (3).

2 s. oben, S. 184 f.; die Zitate stammen aus LW 28, vor allem S. 344 bis 351

3 Ein Bericht über diese Versammlung in Petrograd wurde von Sinowjew selbst

Eine Woche später nimmt der VI. Außerordentliche Kongreß der Sowjets Rußland einstimmig eine ähnliche Resolution an.

Am 2. Dezember 1918 beschließt das Gesamtrussische Zentralkomitee, die Komitees der Dorfarmut aufzulösen aufgrund der "Doppelherrschaft", die auf dem Land entstanden sei (4). In der Tat hat die in den verschiedenen Regionen ungleiche Entwicklung des Klassenkampfs zur Folge, daß in dem Augenblick, als die Komitees der Dorfarmut in Rußland abgeschafft werden, sie sich in der Ukraine entwickeln (die soeben – nach dem Zusammenbruch des deutschen Imperialismus – von der Sowjetmacht zurückerobert worden war).

Der Beschluß, die Komitees der Dorfarmut aufzulösen, ist kein "Zugeständnis an die Kulaken; er ist aus dem Willen entstanden, einen Bruch zwischen der proletarischen Macht und *den Mittelbauern* zu verhindern. In der Tat läßt es die Schwäche der bolschewistischen Partei auf dem Land nicht zu, die Bewegung des Komitees der Dorfarmut in die richtigen Bahnen zu lenken, zu verhindern, daß diese sich von den Mittelbauern isolieren. Eigentlich hätten letztere in den Komitees der Dorfarmut miterfaßt werden müssen (Anweisungen in dieser Richtung sind mehrmals von der Parteiführung erteilt worden), aber in der Praxis werden die Mittelbauern oft wie Kulaken behandelt.

Ab Dezember 1918 sucht die bolschewistische Partei mehr und mehr ihren Einfluß auf die Mittelbauern und, allgemeiner, auf das Kleinbürgertum auszudehnen. Ende November veröffentlichte Lenin seine Schrift *Wertvolle Eingeständnisse Pitirim Sorokins,* in der er über die am wenigsten proletarischen, über die kleinbürgerlichen Schichten der Werktätigen, die sich der Sowjetmacht zuwenden, über die Schwankenden und die Neutralen, schreibt: "Die Losung des Tages ist, die Wendung in ihren Reihen zu uns hin auszunutzen verstehen." Lenin betont in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit der "Verständigung mit den Mittelbauern, mit den Arbeitern, die gestern noch mit den Menschewiki gingen, mit den Angestellten oder Intellektuellen, die gestern noch Sabotage getrieben haben".

Während er erklärt, daß es nicht in Frage kommt, sich von der Linie des Aufbaus des Sozialismus zu entfernen oder die früheren Schwankungen der kleinbürgerlichen Demokraten zu vergessen, faßt Lenin zusammen:

> "Jetzt aber, wo tiefstgreifende welthistorische Veränderungen in den Massen der parteilosen, menschewistischen und sozialrevolutionären Demokratie die unvermeidliche Wendung zu uns hin hervorrufen, müssen und werden wir lernen, diese Wendung auszunutzen, sie zu unterstützen, sie in den entsprechenden Gruppen und Schichten hervorzurufen und alles in unsern Kräften Stehende zu tun, um eine Verständigung mit diesen Elementen herbeizuführen (...)." (5)

auf dem VI. Außerordentlichen Kongreß der russischen Sowjets vorgelegt (vgl. das Protokoll dieses Kongresses, zit. bei E.H. Carr, *The Bolshevik Revolution,* a.a.O., Bd. 2, S. 162)

4 ebd., S. 163

5 LW 28, S. 180 ff., Zitate S. 187–189

Die zwischen Dezember 1918 und März 1919 gefaßten Beschlüsse sind die Voraussetzungen eines erneuten Versuchs des direkten Bündnisses mit den Mittelbauern; dieser Versuch wird ab März 1918 verstärkt.

In der Tat bemüht sich nämlich Lenin auf dem VIII. Parteitag, eine neue Haltung gegenüber den Mittelbauern festzulegen, "einer zahlreichen und starken Schicht der Bevölkerung". Bei dieser Gelegenheit erklärt Lenin, daß man sich in dem von der sowjetischen Revolution erreichten Stadium nicht mit der *"Neutralisierung der Bauern"* begnügen kann, und daß es erforderlich sei, sich

> "in bezug auf den Mittelbauern *auf den Boden eines festen Bündnisses zu stellen,* um die Möglichkeit der wiederholt vorgekommenen Abweichungen und Verstöße auszuschließen, die den Mittelbauern von uns getrennt haben, während doch wir, die führende Kommunistische Partei, die als erste dem russischen Bauern geholfen hat, das Joch der Gutsbesitzer endgültig abzuwerfen und eine wirkliche Demokratie für ihn zu gründen, durchaus auf sein völliges Vertrauen rechnen könnten." (6)

Das neue, vom VIII. Parteitag beschlossene Programm, weist klar in die Richtung des Bündnisses mit den Mittelbauern. Es wiederholt ausdrücklich, daß die Mittelbauern nicht zu den ausbeutenden Klassen gehören und daß demnach kein Zwang auf sie ausgeübt werden darf. Es weist darauf hin, daß Maßnahmen getroffen werden müssen, um den Mittelbauern zu helfen, die Produktivität ihrer Betriebe zu erhöhen und daß sie nur mäßig besteuert werden dürfen.

2. Die Requisitionen und die Entwicklung der Widersprüche zwischen Sowjetmacht und Bauernschaft

Im Lauf des Jahrs 1919 und mehr noch 1920 stellt es sich als unmöglich heraus, die zu Beginn des Jahrs 1919 formulierten und vom VIII. Parteitag bestätigten Prinzipien wirkungsvoll in die Praxis umzusetzen; und zwar aufgrund des zunehmend ungleichen Verhältnisses zwischen der Produktion, den Lieferungen der Landwirtschaft und dem Bedarf der Front und der Städte an landwirtschaftlichen Produkten. Um diesem Mißverhältnis entgegenzuwirken, muß die Sowjetmacht, wie wir gesehen haben (7), die Requisitionen ausweiten; wobei sie, oft in undifferenzierter Weise, die Mittelbauern trifft (die im übrigen die meisten Produzenten stellen).

Solange der Krieg andauerte und die Masse der Bauernschaft die objektive Notwendigkeit der Requisitionen einsah, wurden diese wohl oder übel als notwendiger Verlust hingenommen. Die Situation ändert sich bedrohlich ab Mitte 1920, als der Sieg gewiß ist. Zu diesem Zeitpunkt führt die Fort-

6 vgl. Lenins Eröffnungsrede auf dem VIII. Parteitag der bolschewistischen Partei vom 18. März 1919; LW 29, S. 127 ff., Zitate S. 128 und 129. Vgl. auch oben, S. 190, wo der Anfang des hier zitierten Abschnitts abgedruckt ist.

7 s. oben, S. 197

setzung der Requisitionen – und sogar ihr Ansteigen angesichts eines Rückgangs der landwirtschaftlichen Produktion – zu starker Unzufriedenheit bei großen Teilen der Bauernschaft und zu schweren Spannungen zwischen ihr und der bolschewistischen Partei.

Ab Juni 1920 verschärfen sich die Spannungen umso schneller, als die Partei glaubt, die Politik der Requisitionen unbegrenzt fortsetzen zu können und darin sogar ein notwendiges Instrument zum "Aufbau des Sozialismus" sieht, der ihr eine unmittelbare Aufgabe zu sein scheint.

Bestimmte Texte Lenins zeugen von den Illusionen, die zu diesem Zeitpunkt bestehen. So ruft er auf der II. Gesamtrussischen Konferenz der für die Arbeit auf dem Land verantwortlichen Organisationen, am 12. Juni 1920, "den fortgeschrittensten, klassenbewußtesten Teil (...) der städtischen und industriellen Arbeiter (dazu auf), das ganze übrige Proletariat, dem es oft an Klassenbewußtsein mangelt, sowie die gesamten werktätigen Massen und die Bauernschaft (zu) erziehen, zu schulen und zu disziplinieren". Er tritt dafür ein, der Bauernschaft die Disziplin von außen aufzuerlegen, ohne "Sentimentalität"; denn "der Kapitalismus (hat) uns den Werktätigen in einem Zustand völliger Geducktheit, völliger Unwissenheit hinterlassen, so daß er nicht begreift, daß man nicht nur unter den Stockschlägen des Kapitals arbeiten kann" (8).

Zu diesem Zeitpunkt ist Lenin der Meinung, daß die Requisitionen *nicht nur eine vorübergehende Maßnahme* darstellten (die aufgrund der Kriegsverhältnisse angewandt werden müsse), sondern im Wesen der Diktatur des Proletariats lägen, im Wesen des Charakters der Beziehungen, die zwischen dem Proletariat an der Macht und den Bauernmassen bestehen können.

Es ist charakteristisch für die mit dem "Kriegskommunismus" verbundenen Illusionen, daß die Requisitionen der bolschewistischen Partei als wesentlicher Teil des "Frontalangriffs" auf den Kapitalismus erscheinen, den sie in dem Augenblick zu führen glaubt. Daher werden diese Maßnahmen, nachdem sie zunächst als von den Umständen aufgezwungen angenommen worden waren, von nun an als normale "sozialistische Maßnahmen" angesehen, und das nicht nur von Bucharin – der damals für Zwangsmaßnahmen gegenüber den Bauern eintrat, wie sein Buch *Ökonomik der Transformationsperiode* (9) zeigt – sondern auch von Lenin.

So macht Lenin zum Beispiel, als er im Sommer 1920 eine von Varga verfaßte Analyse der Erfahrungen der ungarischen Revolution liest, worin der Autor feststellt, daß "die Requisitionen es nicht erlauben, das gesteckte Ziel zu erreichen, da sie ein Sinken der Produktion mit sich bringen", an den Rand dieses Satzes zwei Fragezeichen (10). Kurze Zeit nach der Lektüre dieses Textes von Varga stimmt Lenin dem zu, was Bucharin in der *Ökonomik der Transformationsperiode* sagt, vor allem, wenn dieser behauptet,

8 LW 31, S. 165

9 vgl. N. Bucharin, *Ökonomik der Transformationsperiode*, Hamburg 1970, S. 153 ff.

10 Lenin, *Ausgewählte Werke* (russisch), Band 7, Ausgabe von 1928, S. 363, zit. bei E.H. Carr, *The Bolshevik Revolution*, a.a.O., Band 2, S. 173

der von der Diktatur des Proletariats auf die Bauernschaft ausgeübte Zwang dürfe nicht als "purer Zwang" angesehen werden, da er zur "allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung" beitrage; an den Rand dieses Textes notiert Lenin "sehr gut" (11).

Im November 1920 kommt Lenin sogar – vor allem aufgrund des starken Anstiegs der Getreidemengen, die der Staat durch die Beschlagnahmen erhalten hatte – zu der Auffassung, daß "wir die Bauernschaft davon überzeugt haben, daß ihr das Proletariat bessere Existenzbedingungen bietet, als die Bourgeoisie es getan hat, wir haben sie durch die Praxis überzeugt". Lenin fügt hinzu: "(Die Bauernschaft) verhält sich abwartend, ihre feindliche Neutralität uns gegenüber hat sich in eine wohlwollende Neutralität verwandelt." (12)

In Wirklichkeit war zu diesem Zeitpunkt die Unzufriedenheit der Bauern bereits seit etwa zwei Monaten offen zum Ausdruck gekommen (13). Im September kommt, in Verbindung mit der Demobilisierung der Armeen und dem Ende der Bedrohungen durch die Weißgardisten, die Erscheinung des "bäuerlichen Bandenwesens" auf, was nichts anderes als der Ausdruck einer tiefgehenden Unzufriedenheit auf dem Land ist. Dieses "Bandenwesen" entwickelt sich vor allem in den zentralen und südöstlichen Regionen; die Provinz Tambow ist von dieser Bewegung besonders betroffen.

Im Winter 1920/21 ist das Volkskommissariat für Ernährungswesen schließlich gezwungen, die Requisitionen in 13 Gouvernements aufgrund der Unruhen, die sich dort entwickeln, einzustellen (14). Von da an hören die Protestkundgebungen der Bauern bis zur offiziellen Einstellung der Requisitionsmaßnahmen im März 1921 nicht mehr auf.

Trotz dieser Situation erklärt Lenin noch im Dezember 1920, daß der gegen die Bauern ausgeübte Zwang notwendig und ein Mittel sei, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern.

Auf dem VIII. Sowjetkongreß betont Lenin zwar einerseits, daß eine *Überzeugungsarbeit unter den Bauern,* besonders den werktätigen Bauern, der Dorfarmut und den Mittelbauern geleistet werden müsse. Lenin betont aber auch, daß es "in einem kleinbäuerlichen Land unsere wichtigste und grundlegendste Aufgabe (ist), daß wir es verstehen, zum staatlichen Zwang überzugehen (...)", und er verlangt, daß der Zwangsapparat "belebt und gestärkt" werde (15).

Diese Erklärungen Lenins sind die letzten, die in diese Richtung gehen. Nach und nach gibt Lenin diese Position (Unterstützung der Zwangsmaß-

11 vgl. Lenin, Band 35 der Werke (russisch, Ausgabe von 1945), S. 175, ebenfalls zit. bei E.H. Carr, ebd.

12 LW 31, S. 412 f.

13 Lenin stellt diese Unzufriedenheit seit Oktober fest (s. oben, S. 196 f.), aber er schreibt sie nicht dem System der Requisitionen selbst zu, sondern nur den *Übertreibungen* bei der Anwendung dieser Maßnahmen.

14 vgl. das Protokoll vom X. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands (russ. Ausgabe von 1921), S. 231, zit. bei E.H. Carr, *The Bolshevik Revolution,* a.a.O., Band 2, S. 173

15 LW 31, S. 501

nahmen gegen die Bauern) auf und nimmt eine immer tiefer greifende *Berichtigung* seiner Konzeption über das Verhältnis der proletarischen Macht zur Bauernschaft vor. Wir werden im Fünften Teil dieses Buchs sehen, auf welche Art und Weise Lenin diese Vertiefung vornahm, welche Stelle sie in der Bilanz einnimmt, die Lenin nach fünf Jahren Revolution zieht und inwieweit seine damaligen Aussagen die innerhalb der bolschewistischen Partei vorherrschenden Positionen beinflussen. An dieser Stelle seien nur einige Hinweise auf den *Beginn der Neueinschätzung der Bauernpolitik* gegeben, die Lenin zu Beginn des Jahres 1921 vornimmt.

3. Die Unzufriedenheit der Bauernschaft und der Beginn einer Aufwertung der Bauernpolitik durch die bolschewistische Partei

Im Januar 1921 intensiviert Lenin die Kontakte mit den Bauerndelegationen. Er legt sich mehr und mehr über die Fehler Rechenschaft ab, die in bezug auf das Land gemacht wurden. Im Februar verfaßt er einen Thesenentwurf über die Bauernschaft. Um "dem Wunsch der parteilosen Bauernschaft" nachzukommen, schlägt er vor, "die Ablieferungspflicht (das heißt die mehr oder minder willkürliche Beschlagnahme der "Überschüsse" – Ch.B.) "durch eine *Getreidesteuer* zu ersetzen" und er weist darauf hin, daß es notwendig sei, "die Höhe dieser Steuer gegenüber den vorjährigen Pflichtablieferungen herabzusetzen". Weiterhin schlägt Lenin vor: "Die Freiheit des Bauern, die ihm nach Entrichtung der Steuer verbleibenden Überschüsse im örtlichen Wirtschaftsverkehr umzusetzen, ist zu erweitern." (16) Die *Prawda* veröffentlicht in ihren Ausgaben vom 17. und 26. Februar zwei Artikel, die die Notwendigkeit der von Lenin vorgesehenen Maßnahmen erklären; und das Zentralkomitee ernennt eine außerordentliche Kommission, die einen in die gleiche Richtung zielenden Entwurf verfassen soll. Auf diese Weise führt Lenin in den Wochen vor dem Aufstand von Kronstadt (17) die Partei auf einen neuen Weg, den Weg der NEP.

Am 7. März 1921 prüft das Zentralkomitee noch einmal den von der außerordentlichen Kommission ausgearbeiteten Entwurf und genehmigt ihn. Am 8. und 15. März meldet sich Lenin auf dem X. Parteitag zu Wort, um den Entwurf zu unterstützen (18). Lenin verwendet dabei seine Berichte, in denen er eine erste Neueinschätzung der bis dahin von der bolschewistischen Partei verfolgten Politik entwickelt; sie sind daher außerordentlich wichtig. Sie enthalten das ausdrückliche Eingeständnis der begangenen Fehler und die Benennung ihrer unmittelbaren Quelle: die frühere Fehleinschätzung der Stimmung unter den Bauernmassen.

16 LW 32, S. 128 (Hervorhebung – Ch.B.)
17 s. unten, S. 302 ff.
18 Auf den Seiten 601 ff. des Bands 26 der russischen Ausgabe von 1937 der Werke Lenins findet man eine Reihe von Angaben über diese grundlegenden Etappen des Übergangs zur NEP.

In dem Bericht vom 8. März spricht Lenin von den Fehlern nicht nur in bezug auf die Ausarbeitung der "Pläne" und "Berechnungen" der Partei, sondern auch "bei der Bestimmung des Kräfteverhältnisses zwischen unserer Klasse und denjenigen Klassen, mit denen unsere Klasse über die Geschicke der Republik zu entscheiden hat, indem sie mit ihnen zusammenarbeitet, sie aber manchmal auch bekämpft". Er fügt hinzu: "Von diesem Standpunkt ausgehend müssen wir uns den Ergebnissen des Erlebten (...) zuwenden." (19)

Die Offenheit und die Klarheit der Selbstkritik, die Lenin zu dieser Zeit vornimmt und zu der er die ganze Partei auffordert, entsprechen dem proletarisch-revolutionären Charakter von Lenins Führungsstil. Die Art und Weise, wie er sich einer neuen politischen Linie zuwendet, ist typisch für diesen Führungsstil. In einer schwierigen Situation, verursacht durch die vorhergehenden Fehler (allerdings *nicht allein* durch diese Fehler, *sondern auch durch die Erfordernisse* eines militärischen Kampfs, der unter außerordentlich schwierigen Bedingungen geführt werden mußte) *sucht und findet Lenin die Elemente einer neuen politischen Linie* (einer Linie, die den Anforderungen einer in gleicher Weise neuen Situation angepaßt ist) und zwar *genau in den Forderungen der Bauernschaft*, in ihren Bestrebungen.

Ausgehend davon und von der *ungeschminkten Analyse eines Mißerfolgs, der als solcher eingestanden und als wissenschaftliches Experiment behandelt wird, als objektiver Prozeß, dessen Bilanz man zieht,* macht Lenin einen *entscheidenden Schritt vorwärts* in der Berichtigung der Beziehungen der bolschewistischen Partei zur Bauernschaft. Wie sich später zeigt, eröffnet Lenin im Lauf der Jahre 1921 bis 1923 durch seine Vertiefung der *unerbittlichen Analyse* der während des "Kriegskommunismus" *begangenen Fehler radikal neue Perspektiven* für die Bauernpolitik der Diktatur des Proletariats. Damit nimmt Lenin in mehreren Etappen eine *wichtige Berichtigung* eines Teils seiner Auffassungen über das Verhältnis von Proletariat und Bauernschaft vor. *Diese Berichtigung ist so tiefgehend, daß es unzulässig ist, die Gesamtheit der früheren Schriften Lenins zur Bauernfrage so zu sehen, als drückten sie noch die Schlußfolgerungen aus, zu denen Lenin zu diesem Zeitpunkt gelangt, als er die Bilanz aus fünf Jahren Revolution zieht.*

Der Beginn der Berichtigung der ersten Monate des Jahrs 1921 und ihre spätere Vertiefung fallen natürlich nicht vom Himmel; sie sind das Produkt einer *konkreten Untersuchung* und einer *theoretischen Analyse* der schwersten Krise, die die Diktatur des Proletariats in Rußland bis dahin durchmachen mußte.

Bevor von dieser Krise gesprochen wird – die sich auch innerhalb der bolschewistischen Partei in einer noch nie dagewesenen ideologischen und politischen Krise niederschlägt –, sei kurz in Erinnerung gerufen, wie sich die Beziehungen zwischen der bolschewistischen Partei, der Vorhut des Proletariats, und den Arbeitermassen entwickelt hatten.

19 LW 32, S. 171

4. Die Beziehungen der bolschewistischen Partei zu den Arbeitermassen

Die Beziehungen der bolschewistischen Partei zu den Arbeitermassen gestalten und entwickeln sich grundverschieden von ihren Beziehungen zu den Bauernmassen. Die bolschewistische Partei ist nicht nur mit der Arbeiterklasse *organisch verwachsen,* zumindest in den großen Städten und Industriezentren – dort, wo die kämpferischsten Elemente der Arbeitermassen sind –, auch durch ihre Ideologie, ihre theoretischen Auffassungen und ihre politische Praxis werden stets enge Beziehungen zwischen ihr und dem Proletariat – vor allem mit dessen fortgeschrittensten Elementen – aufrechterhalten.

Diese sehr engen Beziehungen (sie schließen natürlich die Existenz von Widersprüchen zwischen der Partei und mehr oder weniger großen Teilen der Arbeiterklasse nicht aus, vor allem in einem Land wie Rußland, wo die Fehler in der Bauernpolitik unvermeidlich negative Auswirkungen gerade innerhalb des Proletariats haben) entsprechen ganz besonders den leninistischen Prinzipien des Führungsstils und der führenden Rolle der Partei gegenüber der Arbeiterklasse.

a) Das Verhältnis von Partei und Proletariat

Weiter oben (20) wurde schon die leninistische Parteikonzeption untersucht, die gebietet, bestimmte Prinzipien über das Verhältnis von Partei und Arbeitermassen einzuhalten: Beachtung der Arbeiterinitiativen als Quelle, aus der die Partei Lehren schöpft; Vertrauen in die revolutionäre Kraft des Proletariats; Arbeit der Partei innerhalb des Proletariats und enge Verbindung (die nach Lenin bis zur "Verschmelzung" geht) mit seinen fortgeschrittenen Elementen sowie die Notwendigkeit, die Werktätigen durch die Erfahrung sich selbst überzeugen zu lassen.

Der revolutionäre Marxismus Lenins umfaßt noch weitere Prinzipien in Verbindung mit der *Rolle der Partei* als Instrument der Ausarbeitung einer *politischen Linie* und als Träger der *revolutionären Theorie.* In diesem Zusammenhang ist das Wesentliche die Rolle der Partei als *politische Führerin und theoretische Erzieherin.* Für Lenin ist eine Partei, die diese Rolle nicht erfüllt, keine revolutionäre Partei; sie erhebt sich nicht über das Niveau des "Ökonomismus" und des "Spontaneismus", die so tun, als ob *jede beliebige* Initiative oder Bestrebung der Massen revolutionären Charakter trüge. Dieses Herausstellen der Erziehungs- und Führungsrolle der Partei verfolgt Lenin bereits in seinen ersten großen politischen Arbeiten, besonders in *Was tun?.* Dadurch unterscheidet sich der Bolschewismus radikal von der deutschen Sozialdemokratie, eingeschlossen ihr revolutionärer Flügel, der in Rosa Luxemburg einen seiner hervorragendsten Vertreter fand. So schreibt Lenin in seiner Schrift *Über die Junius-Broschüre:*

20 s. oben, S. 100 f.

> "Der größte Mangel des gesamten revolutionären Marxismus in Deutschland ist das Fehlen einer festgefügten illegalen Organisation, die systematisch ihre Linie verfolgt und die Massen im Geiste der neuen Aufgabe erzieht." (21)

Die Rolle der Partei als Erzieherin und Führerin des Proletariats entspricht der Stellung, die der Leninismus der *revolutionären Theorie* und dem als notwendig erkannten *Kampf gegen die bürgerliche Ideologie als herrschender Ideologie* zuspricht. Diese Rolle impliziert die Zurückweisung der "naiven" Auffassung, nach der das Proletariat jederzeit massiv bereit wäre, sich an revolutionären Aktivitäten zu beteiligen. Der Leninismus knüpft an dieser Stelle an die Analyse von Marx an, der unterscheidet zwischen der *Theorie des Proletariats* (einer Theorie, die *wissenschaftliche Schlußfolgerungen* aus *der Existenz des Proletariats* zieht, den Verhältnissen, in denen es steht und den *Kämpfen,* die es führt) und dem, was die Proletarier sich unter ihrer Rolle oder ihren Interessen in dieser oder jener Situation *vorstellen.* Bekanntlich schrieb Marx hierzu:

> "Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen *vorstellt.* Es handelt sich darum, *was* es *ist* und was es diesem *Sein* gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird." (22)

Diese leninistischen Prinzipien, die von der bolschewistischen Partei in die Praxis umgesetzt wurden, haben ihr ermöglicht, die Führung der revolutionären Bewegung der Massen zu übernehmen und diese wirkungsvoll zu unterstützen, die Diktatur der Bourgeoisie zu stürzen, indem sie im Oktober 1917 die Diktatur des Proletariats errichtete.

b) Die Führungspraxis der bolschewistischen Partei nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats

Nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats ist die tatsächliche Praxis der bolschewistischen Partei weit davon entfernt, die leninistischen Prinzipien immer zu befolgen, die fordern, daß die Partei die Arbeitermassen überzeugt, Vertrauen in sie setzt und daß sie die Massen sich von dem, was richtig ist, durch eigene Erfahrung überzeugen läßt.

Die Veränderungen innerhalb der Partei (23), die Anforderungen eines raschen Vorgehens, die Zersetzung des Proletariats (das die kämpferischsten Elemente verliert, während zahlreiche bürgerliche und kleinbürgerliche Elemente in das Proletariat eindringen), die dringend notwendigen militärischen Maßnahmen, die katastrophale wirtschaftliche Situation, der Hunger und die Kälte, die den am wenigsten fortgeschrittenen Teil der

21 LW 22, S. 310 ff., hier S. 308
22 Marx/Engels, *Die heilige Familie,* MEW 2, S. 38
23 s. oben, S. 251 f.

Arbeitermassen zur Verzweiflung bringen, erlauben nicht die umfassende und dauernde Anwendung dieser Prinzipien. Diese Prinzipien sind übrigens keine "Fetische", sondern *Anleitungen zum Handeln.* Es ist *wesentlich,* sie *soweit wie möglich* zu beachten. Es wäre absurd, sie auf alle möglichen und unmöglichen Bedingungen und Umstände "anwenden" zu wollen. Die bolschewistische Partei ist – zu Recht – der Auffassung, daß die Verjagung der Bourgeoisie von der Macht in Rußland ein Ereignis von Weltbedeutung ist und daß demzufolge alles dazu beitragen muß, die Bourgeoisie und den Imperialismus – die zu diesem Zeitpunkt den bewaffneten Kampf führen – daran zu hindern, ihre Diktatur zu restaurieren. Das ist der Sinn der Leninschen Losung: "Alles für die Front!"

Die fortgeschrittenen Elemente des Proletariats und breite proletarische Massen waren sich der objektiven Anforderungen der Situation bewußt. Sie haben mit außerordentlicher Energie an den Kämpfen an der militärischen und an der Produktionsfront teilgenommen, sie haben der bolschewistischen Partei vertraut und schließlich trotz der extremen materiellen Schwierigkeiten den Sieg errungen. Dieser *großartige politische Sieg* beweist konkret, daß die aktivsten Elemente des Proletariats und der proletarischen Massen (deren Widerstand gegen den imperialistischen Krieg einige Jahre zuvor zum Zusammenbruch des Zarismus geführt hatte), die bolschewistische Partei aktiv unterstützen; sie beweist auch, daß die politische Linie und die politische Praxis der Partei grundlegend richtig sind. Dieser grundlegend richtige Charakter der Politik der bolschewistischen Partei schließt nicht aus, daß Fehler begangen wurden. Nach dem Sieg über die weißen und imperialistischen Armeen führen diese Fehler – die von Lenin benannt werden, als er die kritische Bilanz des "Kriegskommunismus" zieht – nicht nur zur Verschlechterung der Beziehungen der Partei zu den Bauernmassen, von der vorher die Rede war, sondern auch zu einer Verschlechterung ihrer Beziehungen zu einem Teil der Arbeiterklasse. Diese ungünstige Entwicklung des Verhältnisses der Partei zu den Massen führt zur politischen Krise im Winter 1920/21.

5. Die politische Krise im Winter 1920/21

Die Tiefe der politischen Krise vom Winter 1920/21 resultiert aus dem Zusammenhang zwischen der Unzufriedenheit eines Teils der Bauernschaft, der von den Requisitionsmaßnahmen betroffen ist, und der dramatischen Verschlechterung der Lebensbedingungen in den Städten. Seit Beginn des Jahrs 1920 hat die Inflation gewaltige Ausmaße angenommen. Ab April bestehen die offiziellen Lebensmittelrationen der Arbeiter in den Städten (diese Rationen entsprechen dem Teil der abgelieferten Agrarprodukte, die nicht für die Soldaten der Roten Armee bestimmt sind) nur noch aus 30–50% der zum Überleben notwendigen Menge; daher spielt in dieser Zeit der Schwarzhandel eine sehr große Rolle (24).

Auf dem Schwarzmarkt sind die Preise vieler Produkte ab April 1920 40 bis 50mal höher, als die offiziellen Preise. Später verfällt das monetäre System noch mehr und die Werktätigen erhalten mehr und mehr ihren Lohn in Naturalien (25). Dieser Zusammenbruch des Geldes ist eines der Elemente, die zur Entwicklung der Illusionen des "Kriegskommunismus" beitragen. Ein Aspekt dieser Illusionen ist nämlich die Gleichsetzung zwischen dem "Verschwinden des Geldes" und der Errichtung von ganz neuen ökonomischen Verhältnissen, die zur Abschaffung der Lohnarbeit führen.

Die extreme Notlage liefert die Einwohner der Städte ebenso wie viele Bauern dem Hunger und der Kälte aus, während die Fabriken durch den Mangel an Brennmaterial lahmgelegt sind. Diese Situation verursacht eine tiefgehende Unzufriedenheit des Kleinbürgertums und der am wenigsten fortgeschrittenen Elemente der Arbeiterklasse, die die bolschewistische Partei für ihre Schwierigkeiten verantwortlich machen und nicht einsehen wollen, daß sie das Resultat mehrerer Jahre imperialistischen Kriegs, des Bürgerkriegs und der ausländischen Interventionen sind.

Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage ist der Ursprung der Bauernaufstände, die sich Ende 1920 entwickeln und der Streiks, die im Februar 1921 unter anderem in Petrograd, Moskau und anderen industriellen Zentren ausbrechen. Diese Streiks sind nicht gegen die Sowjetmacht gerichtet, sie sind wesentlich elementarer Ausdruck der Unzufriedenheit der Werktätigen, die unter einer absolut ungenügenden Lebensmittelversorgung leiden. Unter die Forderungen der Werktätigen mischen sich jedoch auch einige Parolen anarchistischen, sozialrevolutionären oder menschewistischen Ursprungs. Einige Führer dieser Bewegung glauben nämlich, der Zeitpunkt für sie sei gekommen, um erneut antibolschewistische Aktionen anzukurbeln. Die Hoffnungen dieser Führer schwinden jedoch schnell. So beginnen zum Beispiel in Petrograd die Arbeitsniederlegungen am 24. Februar und erstrecken sich über zwei Tage. Am 26. Februar starten der Petrograder Sowjet und das von Sinowjew geleitete Komitee für Verteidigung eine Aufklärungskampagne. Gleichzeitig werden Maßnahmen getroffen, um die Versorgung der Fabriken etwas zu verbessern (offensichtlich durch Entnahmen aus den Vorräten der Roten Armee) und um die Aktivitäten der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki einzudämmen. Beide versuchen nämlich, durch Subversion die Autorität der Sowjetmacht zu untergraben (so verlangt ein Flugblatt der Sozialrevolutionäre die Einberufung der Konstituierenden Versammlung, während die Menschewiki einen Aufruf vorbereiten, der eine "grundsätzliche Änderung der Politik" fordert). Die Aufklärungskampagne der bolschewistischen Partei und des Petrograder Sowjets führt zu einer Klärung der Situation; schon am 28. Februar hören

24 Daß die Höhe der Löhne und der Rationen ungenügend ist, wird wiederholt vom X. Parteitag (vgl. die russischen Protokolle dieser beiden Kongresse, besonders die Seiten 119 und 237; zit. bei E.H. Carr, *The Bolshevik Revolution,* a.a.O., Bd. 2, S. 243, Anmerkungen 2 und 3) anerkannt.

25 vgl. zu diesem Punkt E.H. Carr, a.a.O., Bd. 2, S. 260/261

die Streiks in Petrograd auf; das Signal zur Wiederaufnahme der Arbeit wurde von den Putilow-Werken, der "Arbeiterfestung" von Petrograd, gegeben (26). In den andern Städten ist die Situation ähnlich; was bestätigt, daß die Unzufriedenheit der streikenden Werktätigen nicht allgemeinen und tiefgreifenden Charakter trug, sondern hauptsächlich aus den Schwierigkeiten des täglichen Lebens herrührte.

Auf dem Land entwickelt sich jedoch eine echte politische Krise Anfang des Jahrs 1921. Diese Krise berührt auch verschiedene Truppenteile. Einige Tage nach dem Ende der Petrograder Streiks spitzt sie sich ernsthaft zu. Die Unzufriedenheit, die zu dieser Zeit im Marinestützpunkt von Kronstadt herrscht, nimmt dann in einer Reihe von Generalversammlungen der Matrosen und Werktätigen des Marinestützpunkts Gestalt an. Diese Versammlungen wählen eine Konferenz von ungefähr 300 Delegierten. Am 2. März 1921 wählt diese Konferenz ihrerseits ein Büro von 5 Mitgliedern, dem der Vorsitzende der Brigadenversammlung, Petritschenko, vorsteht. Kurze Zeit danach erklärt sich dieses auf 15 Mitglieder erweiterte "Büro" zum "Provisorischen Revolutionskomitee" und wendet sich gegen den Kronstädter Sowjet.

Danach überstürzen sich die Ereignisse: auf Befehl des Komitees werden drei bolschewistische Führer verhaftet, darunter der Abgeordnete Wasiljew, ein echter Revolutionär (der nichts von einem "Bürokraten" an sich hatte, wie sie das "Revolutionskomitee" zu bekämpfen vorgab). Auf die Mitglieder der bolschewistischen Partei wird Druck ausgeübt, damit sie aus der Partei austreten, was – in der Atmosphäre der Verwirrung, die in Kronstadt herrscht – von weniger als einem Drittel ihrer Mitglieder getan wird. Einige Tage später, als die Spannungen zwischen der Sowjetmacht und dem "Revolutionskomitee" anwachsen, werden mehrere hundert kommunistische aktive Parteimitglieder verhaftet (27).

Das Programm, das die Führer des Aufstands vertreten, ist eine Mischung verschiedener Losungen, die dazu dienen sollen, eine möglichst breite Unterstützung zu erhalten. Das gesteckte Ziel ist die Entwicklung einer Bewegung, die die Bolschewiki im ganzen Land von der Macht verdrängen soll. Einige Elemente dieses Programms sind besonders bezeichnend: man verlangt, den Sozialrevolutionären und den Menschewiki den Eintritt in die Sowjets zu öffnen (von denen bekanntlich viele mit der Konterrevolution paktiert hatten; oder sie hatten, als sie die Macht lokal und provisorisch zurückerobern konnten – durch die Rückzüge, die die Rote Armee während des Bürgerkriegs antreten mußte – als "Laufbrücke" für die Weißgardisten gedient, denen sie keinerlei Widerstand entgegenzusetzen vermochten, selbst wenn sie es gewollt hätten). Die Kronstädter forderten auch die Schaffung von "parteilosen Sowjets", und zwar weil das ebenfalls die Möglichkeit bot,

26 vgl. zu diesen Punkten *Pravda o Kronštadte* (Die Wahrheit über Kronstadt), Prag 1921, zit. bei O. Anweiler, *Die Rätebewegung in Rußland*, a.a.O., S. 314 f.

27 vgl. Paul Avrich, *Kronstadt 1921*, Princeton University Press, Princeton 1970, S. 186

die bolschewistischen Kandidaturen auszuschließen, wenn die Wahlen gemäß diesen Forderungen stattgefunden hätten.

Einer der wichtigsten Punkte des Kronstädter Programms ist die Forderung nach Abschaffung der Politkommissare der Roten Armee; genau deren Existenz ermöglichte nämlich eine Kontrolle über die alten zaristischen Offiziere in der Armee. Es ist nicht überraschend, daß Offiziere höchster Rangstufe aus der zaristischen Armee den Kronstädtern treu gedient haben, wobei sie sich natürlich nicht in den Vordergrund schoben; so zum Beispiel General Alexander N. Koslowski und Offiziere unter seinem Kommando (28).

Auf wirtschaftlicher Ebene verlangte das Kronstädter Programm vor allem die Handelsfreiheit und die Achtung des bäuerlichen Eigentums.

So kennzeichnend der Inhalt dieses Programms auch ist, er ist doch von zweitrangiger Bedeutung. Entscheidend sind die sozialen und politischen Kräfte, die die Kronstädter Bewegung unterstützen.

Um den Charakter dieser Kräfte zu begreifen, muß man zwischen den Führern der Bewegung und den Massen, die sie hinter sich bringen konnten, unterscheiden. Über die Führer ist ziemlich wenig bekannt. Man weiß jedoch, daß einer von ihnen, A. Lamonow, ein früherer maximalistischer Sozialrevolutionär war und vor allem, daß der Vorsitzende des "Revolutionskomitees", der Sozialrevolutionär Petritschenko, einige Monate lang der bolschewistischen Partei angehört hatte; danach war er aus der Partei ausgetreten und hatte konterrevolutionäre Aktivitäten entwickelt (aufgrund derer er mehrere Male verhaftet worden war). Später hatte er versucht, zu den Weißen überzutreten, aber diese hatten damals seine Dienste zurückgewiesen, weil er Mitglied der bolschewistischen Partei gewesen war (29).

Was die soziale Basis der Bewegung anbetrifft, muß man sagen, daß Anfang 1921 die alten Matrosen (die während der Oktobertage eine der festesten Stützen der Bolschewiki gewesen waren) nur noch eine Minderheit in Kronstadt darstellen. Der Hauptteil der Kräfte, die das "Revolutionskomitee" unterstützen, besteht aus jungen Rekruten aus der Ukraine, ohne jede politische Schulung, die unbedenklich auf die "antiautoritären" Parolen der Führer des "Revolutionskomitees" reagieren. Tatsächlich ist die herrschende ideologische Strömung bei den Kronstädtern anarchistisch-volkstümlerisch, antistaatlich, stark von slawischem Nationalismus, Antisemitismus und orthodoxer Religiosität geprägt; öfter taucht bei ihnen die von den Weißen propagierte Verbindung auf: Kommunisten = Juden(30).

Auf internationaler Ebene wurde die Kronstädter Bewegung voll und ganz von allen Strömungen der Konterrevolution unterstützt. Die wirklichen Beziehungen zwischen den Führern von Kronstadt und dem in Paris hauptsächlich von früheren Kadetten gebildeten "Nationalen Zentrum" konnten

28 Paul Avrich, *Kronstadt 1921*, a.a.O., S. 98/99. Bekanntlich erklärte Koslowski am 2. März 1921 dem bolschewistischen Kommissar: "Ihre Zeit ist um. Jetzt werde ich tun, was zu tun ist." (ebd., S. 100)

29 ebd., S. 94/95; Paul Avrich macht einige Angaben über andere Mitglieder dieses Komitees

30 ebd., S. 172–180

nie geklärt werden. Mehrere Dinge stehen jedoch fest. Einige Wochen vor dem Aufstand hatte das "Nationale Zentrum" ein Projekt ausgearbeitet, das als "Geheimes Memorandum" bekannt wurde und das Kronstadt als Basis für einen neuen konterrevolutionären Angriff auf Petrograd vorsah. Während des Aufstands wurden alle Kräfte dieses "Zentrums" sowie im Exil lebende Sozialrevolutionäre mobilisiert, um den Aufstand zu unterstützen (Millionen Francs wurden innerhalb weniger Tage aufgebracht). Schließlich, als der Aufstand niedergeschlagen wurde, flüchteten elf der fünfzehn Mitglieder des "Revolutionskomitees" (von dem die bolschewistische Partei den Verdacht hegte, daß es Beziehungen zum "Nationalen Zentrum" und zu seinen Vertretern in Finnland gehabt hatte) zu den konterrevolutionären Kräften (31).

Tatsächlich hat der Aufstand im Gegensatz zu den Hoffnungen seiner Führer praktisch keinen Widerhall im Land gefunden (32). In den Augen der Mehrheit der Massen blieb die bolschewistische Partei – welcher Art auch immer die begangenen Fehler gewesen waren – das einzige Bollwerk gegen die Wiederherstellung der bürgerlichen Ordnung.

Die bolschewistische Partei hat natürlich alles getan, um den Aufstand daran zu hindern, sich "auszudehnen" oder gar anzudauern. Die geographische Lage Kronstadts, einerseits in der Nähe von Petrograd, andererseits nahe bei den konterrevolutionären Kräften Finnlands, erlaubte es nicht, lange zu "verhandeln". *Der Aufstand mußte vor der Eisschmelze niedergeschlagen werden.* In der Tat konnte Kronstadt, sobald die Gewässer frei waren, über das Meer von weißen und imperialistischen Kräften erreicht werden, was eine direkte militärische Bedrohung für die wichtigste Stadt Rußlands bedeutet hätte.

Nach einem Ultimatum, das die Aufständischen aufforderte, sich zu ergeben, und nach der Weigerung des "Revolutionskomitees" geht die Rote Armee zur Offensive über. Am 17. März wird der eigentliche Angriff eingeleitet; am frühen Morgen des 18. erlischt jeder Widerstand in der als "uneinnehmbar" gerühmten Festung von Kronstadt. So endet eine besonders schmerzliche Episode der Krise vom Winter 1920/21. Sie verdient Aufmerksamkeit aus zwei Gründen.

Zunächst bestätigt die Tatsache selbst, daß der Aufstand überhaupt stattfinden konnte, daß die Unzufriedenheit eines Teils der Volksmassen, vor allem der bäuerlichen (oder der Massen bäuerlicher Herkunft, wie die jungen Rekruten von Kronstadt), zu dem Zeitpunkt stellenweise einen explosiven Grad erreicht hat; daraus folgt, daß ein Teil der Bauernschaft aufnahmebereit sein konnte für die kleinbürgerliche Propaganda der Sozialrevolutionäre, der Menschewiki und der Anarchisten oder sogar für die Propaganda von Leuten, die in Wirklichkeit von der Partei der Kadetten unterstützt werden, die aber eine "ultrarevolutionäre" Sprache benutzen.

31 vgl. a.a.O., S. 106–127 und S. 208/209

32 Nur einige anarchistische Klubs in Moskau und Petrograd verbreiteten Flugblätter, auf denen sie zur Unterstützung des Aufstands aufriefen. (O. Anweiler, *Die Rätebewegung in Rußland,* a.a.O., S. 318)

Weiter zeigt das *Ausbleiben jeglicher Ausdehnung des Kronstädter Aufstands im ganzen Land* (trotz der im Namen der Kronstädter erlassenen Aufrufe), daß die bolschewistische Partei in den Augen der breitesten Massen – welcher Art auch immer die Spannungen über bestimmte Fragen wie die der Requisitionen gewesen sein mochten – weiterhin die Partei ist, die die Revolution geleitet hat und deren Organisationsfähigkeiten den Sieg im Kampf gegen die Großgrundbesitzer, die Kapitalisten und den Imperialismus gewährleistet haben.

Die Episode von Kronstadt führt bei den Bolschewiki zu einer bisher nicht dagewesenen Verhärtung ihrer Haltung gegenüber den früheren "sowjetischen Parteien", deren Einverständnis mit den reaktionären politischen Emigranten und mit den englischen und französischen Imperialisten (die das "Nationale Zentrum" unterstützen) deutlich wurde. Mehr denn je wird der Gedanke, diese Parteien wieder bei der Arbeit der Sowjets miteinzubeziehen, zurückgewiesen. Innerhalb der bolschewistischen Partei selbst gibt es keine Zweifel in bezug auf die in der gegebenen Situation gegen den Aufstand zu ergreifenden Maßnahmen. In diesem Punkt zeigt sich eine bemerkenswerte Einheit in der Partei. Dagegen ruft die Unzufriedenheit, die sich in anderen Formen unter den Massen entwickelt hatte, Spaltungen in der Partei und das Aufeinanderprallen verschiedener Tendenzen hervor. Der ideologische und politische Kampf ist seit jeher Teil des Lebens der bolschewistischen Partei; aber die Tiefe der Krise im Winter 1920/21 veranlaßt die Parteiführung dazu, die Bedingungen dieses Kampfs zu verändern. Um die Tragweite der zu dieser Frage auf dem X. Parteitag gefaßten Beschlüsse zu verstehen und um die ideologische Lebenskraft der bolschewistischen Partei zu begreifen, ist es notwendig, kurz einige Aspekte der Kämpfe innerhalb des Bolschewismus in Erinnerung zu rufen. Es ist angebracht, die Untersuchung dieser Kämpfe etwas über den X. Parteitag hinauszuführen.

KAPITEL II

Die ideologischen und politischen Kämpfe innerhalb des Bolschewismus vor dem Bürgerkrieg

Die Tradition des Bolschewismus ist eine Tradition des ideologischen und politischen Kampfs. 1903, als der Bolschewismus seine eigene politische Existenz festigt, ein Jahr nach der Veröffentlichung von *Was tun?*, betont Lenin, es sei notwendig, "die Spalten des Parteiorgans (...) für den Meinungsaustausch zu öffnen", damit die Partei über alles, absolut alles notwendige Material verfügt, um sich eine unabhängige Meinung zu bilden; er verurteilt jene, die eine übertrieben starre und zwangshafte Haltung gegenüber dem "anarchistischen Individualismus" einnehmen; denn er sieht es als vorteilhaft für das Leben der Partei an, "einige(r) Abweichungen von den schönen Schemata des Zentralismus und von der unbedingten Unterordnung unter die Disziplin" zu dulden (33).

1904 betont Lenin erneut, daß ein breiter Meinungsaustausch und sogar Richtungskämpfe für das Leben der Partei wesentlich seien (34). Die Existenz von Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei ist in der Tat unausweichlich: sie ist eine Folge des Klassenkampfs. Denn die Partei ist keine "isolierte sozialistische Insel". Es ist unvermeidbar, daß Parteimitglieder zu bestimmten Zeitpunkten unter den Einfluß der bürgerlichen Ideologie geraten; gerade durch die innerparteiliche Diskussion kann man darum kämpfen, ideologische Vertreter der Bourgeoisie daran zu hindern, sich an die Spitze der proletarischen Bewegung zu stellen. Aber um das zu erreichen, muß man auf dem Boden der marxistischen Analyse bleiben und darf nicht von den Prinzipien abweichen. Selbstverständlich gelten die einmal gefaßten Beschlüsse für alle. Denn die Partei ist kein Debattierklub, sondern ein Kampforgan; als solches muß die Partei diszipliniert sein und alle müssen sich ihren führenden Instanzen unterordnen.

Die so von Lenin abgesteckte Linie in bezug auf den ideologischen Kampf wird von der gesamten Partei als notwendig angesehen, sowohl für das Funktionieren des demokratischen Zentralismus als auch für die Beachtung der Disziplin bei der Umsetzung von gefaßten Beschlüssen. Diese Linie hat nicht nur bis 1917, sondern auch in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution Geltung. Die Diskussionen innerhalb der Partei entwickeln sich sogar zu diesem Zeitpunkt außerordentlich lebhaft; sie spiegeln das Ausmaß des sich im Land entwickelnden Klassenkampfs wider.

Die Auseinandersetzungen, die am Vorabend der Oktoberereignisse und in den Jahren 1917/18 stattfinden, finden in einer Anzahl von

33 LW 7, S. 106

34 s. zum Beispiel Lenins Broschüre *Einen Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück*, LW 7, S. 197 ff.

Texten ihren Ausdruck, deren Analyse es ermöglicht, die wichtigsten Auffassungen, die zu diesem Zeitpunkt in der Partei bestehen, klarzumachen und ihren wesentlichen Klasseninhalt zu verstehen.

1. Die ideologischen und politischen Kämpfe innerhalb der Partei zwischen Februar und Oktober 1917

Zwischen Februar und Oktober behaupten sich innerhalb der bolschewistischen Partei zwei Linien. Zunächst, vor Lenins Rückkehr aus dem Exil, tritt eine Linie auf, die die Unterstützung der provisorischen Regierung befürwortet. Während Lenin *die Losung des revolutionären Kampfs gegen die Bourgeoisie und der Weigerung, unter ihrem Kommando zu kämpfen,* vertritt, gewährt ein Teil der bolschewistischen Führer der provisorischen Regierung bedingte *Unterstützung.*

Diese "auf Verteidigung hin orientierte" Linie wird ab 14. März 1917 von der *Prawda* unterstützt, deren Leitung zu der Zeit gerade von Kamenew und Stalin übernommen wurde. In der ersten unter dieser Leitung erschienenen Nummer ruft Stalin dazu auf, "die errungenen Rechte (der Revolution) (zu) behaupten, um die alten Kräfte endgültig zu vernichten und (...) die russische Revolution voranzutreiben" (35). In der *Prawda* vom folgenden Tag, dem 15. März, vertritt Kamenew eine Position, die noch klarer "auf Verteidigung hin orientiert" ist. Am 16. März schlägt Stalin vor, "Druck auf die provisorische Regierung (auszuüben), indem man von ihr forderte, der unverzüglichen Einleitung von Friedensverhandlungen zuzustimmen" (36). Das läuft auf die Annahme des menschewistischen Standpunkts hinaus, der "die Bourgeoisie von hinten stoßen" will, anstatt einer bolschewistischen Position, derzufolge man sich vor die Massen, an ihre Spitze stellt.

Sieben Jahre später, in einer Rede, die Stalin auf dem Plenum der kommunistischen Gruppe der Zentralkommission der Gewerkschaften hält, kommt er noch einmal auf diese Zeit zurück und gesteht seine Fehler ein. Stalin versucht in dieser Rede, sich zu rechtfertigen, indem er darauf hinweist, daß er nicht der einzige war, der diese Positionen einnahm. So erklärt er:

> "Die Partei (ihre Mehrheit) (...) schlug eine Politik des Drucks der Sowjets auf die provisorische Regierung in der Frage des Friedens ein und konnte sich nicht entschließen, sofort den Schritt vorwärts, von der alten Losung, Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, zu der neuen Losung, Macht der Sowjets, zu tun." (37)

35 vgl. den am 14. März 1917 in der *Prawda* publizierten Artikel mit dem Titel *Über die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten;* s. Bd. 3 der Werke Stalins (Dietz Verlag Berlin, 1951), S. 1 – 3. Zu diesem Punkt sollte man mit heranziehen: E.H. Carr, *La Révolution bolchévique, la formation de l'URSS* (Die bolschewistische Revolution, Die Entstehung der UdSSR), a.a.O., S. 81

36 SW 3, Berlin 1951, S. 7

37 SW 6, a.a.O., S. 298; Der Gedanke, daß es richtig gewesen sein könnte, "gegen den Strom zu schwimmen", taucht nicht einmal auf.

Mit Lenins Ankunft am 3. April 1917 konnte sich die von ihm vertretene revolutionäre Linie nach und nach (38), jedoch nicht widerstandslos, durchsetzen. Nach der Veröffentlichung der *Aprilthesen* Lenins, deren Perspektive die proletarische Revolution ist, erklärt Kamenew weiterhin:

> "Was Lenins Plan insgesamt betrifft, so scheint er uns unannehmbar, da er vom Grundsatz ausgeht, daß die bürgerliche Revolution *beendet sei* und er die unmittelbare Umwandlung dieser Revolution in eine sozialistische in Betracht zieht." (39)

Kamenew wird schnell isoliert, da Stalin und Sinowjew sich Lenins Thesen anschließen. Der Sieg der revolutionären Linie ist jedoch noch nicht vollständig. So bildet sich im September 1917 eine Mehrheit innerhalb des Zentralkomitees, die die Teilnahme der Bolschewiki an einer "demokratischen Konferenz" außerhalb der Sowjets befürwortet, während Lenin die Losung "Alle Macht den Sowjets!" ausgegeben hatte. Nur Lenins Drohung, vom Zentralkomitee zurückzutreten, veranlaßt das Zentralkomitee, seinen Beschluß rückgängig zu machen.

Kurze Zeit später fordert Lenin das Zentralkomitee auf, den Aufstand vorzubereiten. Das wird mit einer Mehrheit von 10 gegen 2 Stimmen, den Stimmen Sinowjews und Kamenews, angenommen. Diese führen gegen Lenins revolutionäre Linie eine öffentliche Kampagne. Zu der Zeit formuliert Stalin – der sieben Jahre später diese Kontroversen als "feine Meinungsverschiedenheiten" darstellt – folgendes Urteil:

> "Wir haben es hier mit zwei Linien zu tun; eine davon führt zum Sieg der Revolution und stützt sich auf Europa, die zweite glaubt nicht an die Revolution und sieht ihre Aufgabe nur in der Rolle der Opposition." (40)

Kamenew und Sinowjew wurden jedoch nicht aus der Partei ausgeschlossen, wie es Lenin damals forderte; mit einer Mehrheit von 5 gegen 3 Stimmen beschließt das Zentralkomitee (am 20. Oktober), lediglich ihre Demission anzunehmen. In der Praxis hat diese Demission keine Folgen. Nach den Oktoberereignissen sitzen Sinowjew und Kamenew erneut im Zentralkomitee, und man vertraut ihnen wichtige politische Verantwortlichkeiten an.

Nach der Oktoberrevolution wird der Kampf zweier Linien natürlich weitergeführt; aber die konkreten Probleme, um die es geht, sind andere.

2. Die Kämpfe in der Frage der "Koalitionsregierung"

Zu den Fragen, die ernsthafte Kontroversen verursachen, gehört bekanntlich auch die Frage der "Koalitionsregierung". Das Problem ist folgendes: Nach der Bildung einer einheitlichen bolschewistischen Regierung, sofort

38 s. oben, S. 72 f.
39 Zu diesem Punkt s. E.H. Carr, *La formation de l' URSS* (Die Entstehung der UdSSR), a.a.O., S. 67
40 zit. nach E.H. Carr, *La formation de l' URSS* (Die Entstehung der UdSSR), S. 104, s. auch S. 101/102

nach dem Sieg des Aufstands, wird diese Regierung von Seiten der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki stark unter Druck gesetzt. Beide fordern die Bildung einer "Koalitionsregierung", die sich aus allen in den Sowjets vertretenen Parteien zusammensetzt. Das Zentralkomitee akzeptiert die Eröffnung von Verhandlungen mit den Sozialrevolutionären und den Menschewiki. Aber während diese Verhandlungen für Lenin nur eine taktische Maßnahme sind (er verwendet den Ausdruck "diplomatisches Vorgehen, um die Aufmerksamkeit von den Kriegshandlungen abzulenken") (41), hatten sie für Kamenew und Sinowjew wirklich zur Bildung einer Koalitionsregierung führen sollen.

Eine neue Krise entsteht innerhalb der Parteiführung, als Lenin am 1. November 1917 vorschlägt, die Verhandlungen abzubrechen. Sinowjew, Kamenew und Rykow stellen sich gegen diesen Abbruch, der nichtsdestoweniger vom Zentralkomitee beschlossen wird. Kamenew und Rykow, die von der bolschewistischen Partei zu den Verhandlungen delegiert wurden, verletzen sogar den gefaßten Beschluß, indem sie nicht entsprechend handeln.

Im Lauf des Winters 1917/18 und dann im Frühjahr 1918 entsteht eine äußerst tiefgreifende Krise. Sie ist nicht nur Anlaß zu Kontroversen innerhalb des Zentralkomitees und einiger Parteiorganisationen, sondern sie entwickelt sich auf viel breiterer Ebene. Zu diesem Zeitpunkt entsteht die Gruppe der "Linkskommunisten". Der ideologische Kampf, der jetzt entfaltet wird, bezieht sich hauptsächlich auf die Frage des Friedens von Brest-Litowsk und auf die Konzeption des "Staatskapitalismus".

3. Die Kämpfe innerhalb der bolschewistischen Partei und der Friede von Brest-Litowsk

Die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk und der Vertrag selbst lösen eine Krise aus, die genau am 5. Januar 1918 einsetzt, als auf Beschluß des Zentralkomitees Friedensverhandlungen mit dem deutschen Imperialismus aufgenommen werden. Es wird zu diesem Zeitpunkt klar, daß der deutsche Imperialismus einen Friedensvertrag mit der Sowjetmacht nur gegen enorme Gebietsabtretungen unterzeichnen wird: Aufgabe Polens, Litauens, Weißrußlands und der Hälfte von Lettland, das die deutsche Armee weiterhin besetzt halten würde.

Lenin spricht sich für die Annahme dieser Bedingungen und den sofortigen Abschluß eines Vertrags aus. Er ist sich des Friedenswillens im Land bewußt. Er weiß überdies, daß die bewaffneten Kräfte so desorganisiert sind, daß sie einer neuen deutschen Offensive nicht standhalten könnten.

Trotzki ist für Aufschub ("Weder Frieden noch Krieg"). Bucharin ist Befürworter des "revolutionären Kriegs" (wenn es auch keine Kraft gibt, die ihn führen könnte); doch da er isoliert ist, schließt er sich Trotzkis These an,

41 Protokoll des Zentralkomitees, 1929 veröffentlicht, zit. bei E.H. Carr, a.a.O., S. 113

so daß Lenin sich im Zentralkomitee in der Minderheit befindet (9 Stimmen vertreten Trotzkis Auffassung und nur 7 die von Lenin).

Infolge dieses Beschlusses des Zentralkomitees nimmt die deutsche Armee die Offensive an allen Fronten wieder auf und dringt tief in das sowjetische Territorium ein. Am 17. Januar bringt Lenin seine Auffassung noch einmal vor und unterliegt wiederum (da Trotzki und Bucharin behaupten, die deutsche Offensive werde einen Einfluß auf die internationale Arbeiterbewegung haben und einen revolutionären Anlaß für die Unterstützung der Sowjetmacht geben). Diesmal stimmen 6 ZK-Mitglieder für Trotzkis und 5 für Lenins Auffassung.

Die deutsche Armee dringt so schnell vor, daß das Zentralkomitee am 18. Januar erneut zusammentritt. Jetzt schließt sich Trotzki der Auffassung Lenins an, die vom Zentralkomitee angenommen wird; aber nur mit 7 Stimmen bei 5 Gegenstimmen.

Die mehrere Tage lang von der Mehrheit des Zentralkomitees bezogenen Positionen (die scheinbar "links" sind, in Wahrheit aber nationalistisch und kleinbürgerlich) und die während dieser Zeit erlittenen Niederlagen haben zur Folge, daß Sowjetrußland nunmehr neue Ansprüche des deutschen Imperialismus akzeptieren muß. Zur Liste der von ihm verlangten Territorien kommen jetzt die Ukraine, Livland und Estland hinzu. Diesen Ansprüchen zufolge soll das von der Sowjetmacht kontrollierte Territorium um 26% seiner Bevölkerung, 27% seiner bebauten Fläche und um 75% seiner Produktionskapazität für Eisen und Stahl reduziert werden.

Lenin fordert, den Friedensvertrag ohne Diskussion zu unterschreiben. Das Zentralkomitee zögert. Stalin schlägt vor, nicht einfach die deutschen Ansprüche zu akzeptieren, sondern die Verhandlungen erneut aufzunehmen. Lenins Antrag setzt sich jedoch mit 7 Stimmen bei 4 Gegenstimmen durch (42).

Am 3. März 1918 wird der Vertrag von Brest-Litowsk formell unterzeichnet; aber *die vergangenen Wochen haben gezeigt, wie tief die Partei gespalten war.* Im Grunde setzt diese Spaltung zwei Gruppen zueinander in Opposition: die einen sind mit Lenin der Auffassung, daß die Aufrechterhaltung einer proletarischen Macht in Rußland wesentlich für die Zukunft der revolutionären Bewegung in der Welt sei, die anderen nehmen eher den Untergang dieser Macht in Kauf als ihr Weiterbestehen um den Preis von Zugeständnissen, die sie für unannehmbar halten. Daher beendet die Unterzeichnung des Vertrags nicht die offene Krise innerhalb der Partei, was insbesondre die Erklärungen der regionalen Parteiorganisationen deutlich zeigen, die nämlich zu dieser Zeit noch öffentlich ihren Widerspruch zur Unterzeichnung formulieren.

42 Es ist bezeichnend für die kleinbürgerliche Realitätstüchtigkeit der "Linkskommunisten", deren wichtigster Vertreter zu dieser Zeit Bucharin ist, daß sie es ablehnen, im Fall einer Wiederaufnahme der Kämpfe von den früheren "Alliierten", das heißt von Frankreich und England, Waffen anzunehmen, während Lenin bereit ist, "Kartoffeln und Munition von den imperialistischen Räubern" zu nehmen.

Nach dem Beschluß des Zentralkomitees stimmt das Parteibüro der Moskauer Region einer Resolution zu, worin es erklärt, es werde die Autorität des Zentralkomitees nicht mehr anerkennen bis zur Zusammenkunft eines außerordentlichen Parteitags und zur Wahl eines neuen Zentralkomitees.

Das amtierende Zentralkomitee erkennt formell jenen, die nicht mit dem Beschluß einverstanden sind, den es einen Monat zuvor gefaßt hat, das Recht auf freie Meinungsäußerung zu. In bezug auf den Beschluß des Moskauer Gebietsparteibüros schreibt Lenin:

> "Es ist ganz natürlich, daß Genossen, die in der Frage des Separatfriedens in scharfem Gegensatz zum ZK stehen, das ZK scharf verurteilen und erklären, von der Unvermeidlichkeit der Spaltung überzeugt zu sein. Das alles ist ein legitimes Recht der Parteimitglieder, das ist durchaus begreiflich." (43)

Am Tag nach der Unterzeichnung des Vertrags von Brest-Litowsk, am 4. März 1918, gibt das Parteikomitee von Petrograd die erste Nummer einer Tageszeitung mit dem Titel *Kommunist* heraus; diese Tageszeitung ist das Organ der "Linkskommunisten". Sie bilden zu dieser Zeit eine Opposition, die offen den Weg der Spaltung und der Konstituierung einer neuen Partei geht.

4. Die "Linkskommunisten" und der Staatskapitalismus

Nach Brest-Litowsk richten die "Linkskommunisten" ihre Angriffe nicht so sehr gegen die Außenpolitik und die Entscheidungen in der Kriegsfrage, sondern immer stärker gegen bestimmte Zugeständnisse, die die Parteiführung gegenüber jener Fraktion der Bourgeoisie für notwendig hält, die bereit ist, mit der Sowjetmacht zusammenzuarbeiten. Diese Angriffe spiegeln den Druck wider, den ein Teil der Arbeiterklasse auf die Partei ausübt; dieser Teil möchte die bestehenden Organisationsformen der Fabrikkomitees und der Arbeiterkontrolle erhalten und ist nicht damit einverstanden, daß verantwortliche Posten oder Führungsstellen in den Fabriken und den verschiedenen Organen des OVWR Kapitalisten und bürgerlichen Technikern, Ingenieuren und bürgerlichen Verwaltungsangestellten anvertraut werden.

Zu dieser Zeit beschließt bekanntlich die Mehrheit des Zentralkomitees, die Beziehungen der Sowjetmacht zu einem Teil der Bourgeoisie abzuändern, deren Kompetenz in Führung und Verwaltung der Staatsfabriken und in der Koordinierung der Wirtschaft als notwendig angesehen wird. Die alte kapitalistische Verwaltung der Betriebe wird also zum Teil beibehalten oder wiederhergestellt. In bezug auf die Löhne werden den bürgerlichen Spezialisten und Technikern Zugeständnisse gemacht, um sich ihre Mitarbeit zu sichern; das Prinzip der Einzelleitung der Betriebe wird angenommen; man beschließt

43 LW 27, S. 52

ebenfalls ein von den Gewerkschaften kontrolliertes Prämiensystem einzuführen, um eine Erhöhung der Produktivität der Arbeit zu erreichen.

Die "Linkskommunisten" prangern diese Maßnahmen an. In der ersten Nummer des *Kommunist* greifen sie "eine Arbeitspolitik (an), die hinzielt auf (...) die Einführung des Arbeitsdienstes für die Arbeiter, auf die Übernahme des Stücklohns und die Verlängerung des Arbeitstags". "Die Einführung dieser Disziplin", so der *Kommunist,* "in Verbindung mit der Restaurierung der kapitalistischen Verwaltung der Industrie, kann die Produktivität der Arbeit nicht wirklich ansteigen lassen", sie wird "nur die Klasseninitiative, die Aktivität und die Organisierung des Proletariats vermindern. Durch diese Maßnahmen droht eine Versklavung der Arbeiterklasse. Sie werden die Unzufriedenheit verstärken, sowohl unter den weniger bewußten Elementen, als auch unter der Vorhut des Proletariats. Um dieses System einzuführen, muß sich die kommunistische Partei angesichts der Unzufriedenheit des Proletariats gegenüber den kapitalistischen Saboteuren auf das Kleinbürgertum stützen, anstatt sich auf die Werktätigen zu stützen (...). Sie geht ihrem Untergang als Partei des Proletariats entgegen."

In derselben Nummer des *Kommunist* werden die "bürokratische Zentralisierung" und die Herrschaft der verschiedenen Kommissare angeprangert, sowie der Verlust der Unabhängigkeit der lokalen Sowjets und die praktische Preisgabe eines Staatstyps im Sinne eines Kommunestaats, der sich von der Basis her selbst verwaltet. Bucharin erinnert daran, daß Lenin in *Staat und Revolution* geschrieben hatte, daß "jede Köchin lernen müßte, den Staat zu lenken", und er fügt hinzu: "Aber was geschieht, wenn jede Köchin hinter sich einen Kommissar hat, der ihr dauernd Befehle erteilt?"

Die Nummer 2 des *Kommunist* enthält den Artikel eines anderen Mitglieds der Gruppe der "Linkskommunisten", Ossinski. Er schreibt:

> "Wir sind Befürworter des Aufbaus einer proletarischen Gesellschaft durch die Schöpferkraft der Werktätigen selbst und nicht durch die Befehle der Industriekapitäne (...). Wenn das Proletariat selbst die notwendigen Bedingungen einer sozialistischen Organisierung der Arbeit nicht zu schaffen weiß, kann niemand das an seiner Stelle tun! Und niemand kann es dazu zwingen. Wenn der Stock gegen die Arbeiter erhoben wird, muß er sich entweder in den Händen einer anderen gesellschaftlichen Kraft oder der Sowjetmacht selbst befinden. Aber die Sowjetmacht wird dann gezwungen sein, die Unterstützung einer anderen Klasse gegen das Proletariat zu suchen, und dadurch wird sie sich selbst als Diktatur des Proletariats zerstören. Der Sozialismus und die sozialistische Organisation werden vom Proletariat selbst geschaffen werden oder es wird sie nicht geben; an ihre Stelle wird etwas anderes treten: der Staatskapitalismus." (44)

44 zit. nach Maurice Brinton, *Les bolcheviks et le contrôle ouvrier* (Die Bolschewiki und die Arbeiterkontrolle), a.a.O., S. 110 f.

Lenin hat auf diese Behauptungen geantwortet, indem er aufzeigte, daß es in der Etappe, *in der sich die russische Revolution zu dieser Zeit befindet,* nicht darum geht, "den Sozialismus aufzubauen", also auch nicht darum, die tiefgreifende Umwälzung der Produktionsverhältnisse in Angriff zu nehmen, sondern so schnell wie möglich der zunehmenden wirtschaftlichen Desorganisierung entgegenzutreten. Gerade um diese unmittelbare Aufgabe zu erklären, führt Lenin den Begriff "Staatskapitalismus unter der Diktatur des Proletariats" ein.

Der VII. Parteitag, der Anfang März 1918 zusammentritt, verurteilt die Positionen der "Linkskommunisten" und spricht sich für die von Lenin vorgeschlagenen Maßnahmen aus. Nach diesem Parteitag schwinden die organisatorischen Kräfte, über die die "Linkskommunisten" bis dahin in der Partei verfügten, schnell (teils infolge administrativer Maßnahmen, Umbesetzungen von Kadern usw.). Der *Kommunist* erscheint nicht mehr täglich; er zieht um nach Moskau, wo noch einige Nummern erscheinen, aber die "Linkskommunisten" verlieren die Mehrheit, die sie in dieser Stadt und im Ural hatten. Sie geben die Idee auf, eine neue kommunistische Partei zu gründen, und bleiben in der bolschewistischen Partei.

Ein Jahr später zieht Lenin eine positive Schlußfolgerung aus dieser Krise, als er erklärt: "Der Kampf, der im verflossenen Jahr in unserer Partei entbrannte, (war) außerordentlich fruchtbar. Er führte zu zahlreichen scharfen Zusammenstößen, doch es gibt nun einmal keinen Kampf ohne scharfe Zusammenstöße." (45) Zu dieser Zeit haben die früheren "Linkskommunisten" ihren Platz in der Partei wieder eingenommen, auch in den Führungspositionen.

Die Krise innerhalb der bolschewistischen Partei, die Anfang 1918 ausbrach, zeigt die Fähigkeit, die die Partei damals hatte, die Entfaltung eines offenen ideologischen Kampfs in ihren Reihen zuzulassen; sie bringt auch die Verbindung zum Ausdruck, die sich zwischen "ultralinken" und kleinbürgerlichen Positionen herstellte (vor allem in der Frage von Frieden und Krieg) und Positionen, die ohne Zweifel den Willen eines Teils der Arbeiterbasis in der Partei widerspiegeln. In der Tat, es ist offensichtlich kein Zufall, daß die "Linkskommunisten" gerade in Moskau, Petrograd und im Ural (also in den großen industriellen Zentren) die meiste Unterstützung fanden.

Gegen Ende des Frühjahrs 1918 verschwindet die Gruppe der "Linkskommunisten" als solche, aber zahlreiche Elemente ihrer politischen Linie – zum Beispiel ihr Widerstand gegen einen administrativen Zentralismus, dem sie eine größere Initiative der Arbeiter gegenüberstellen wollte, ob in den Sowjets oder am Arbeitsplatz – tauchen noch sehr oft auf und sind Ursprung neuer Oppositionen. Wir werden darauf zurückkommen.

Auf jeden Fall treten die von der "Plattform" der "Linkskommunisten" aufgeworfenen Probleme in dem Moment in den Hintergrund, als infolge der Auslösung des von der imperialistischen Intervention unterstützten weißen

45 LW 29, S. 59; vgl. die Broschüre *Erfolge und Schwierigkeiten der Sowjetmacht*

Aufstands, der die Fragen des bewaffneten Kampfs in den Vordergrund rückt, eine Verschiebung des Hauptwiderspruchs stattfindet.

Bevor wir zur Untersuchung des nun beginnenden Zeitabschnitts übergehen, muß noch einmal der Umfang der Kämpfe betont werden, die Lenin vor und nach dem Oktober 1917 führen mußte, um seine Auffassungen durchzusetzen. Es muß darauf eingegangen werden, weil der Umfang der Diskussionen und Meinungsverschiedenheiten sowie die Tatsache, daß Lenin mehrere Male in die Minderheit gedrängt wurde, aufzeigen, daß im Gegensatz zu den Behauptungen der "offiziellen Geschichtsschreibung" des Bolschewismus, die offenen ideologischen und politischen Kämpfe zu dieser Zeit besonders heftig waren. Das muß auch deshalb betont werden, weil diese Kämpfe von dem Druck zeugen, den die sich in der gesamten russischen Gesellschaft entwickelnden Klassenwidersprüche auf die bolschewistische Partei ausübten.

Das Vorhergehende zeigt auch – und das ist wichtig für das Verständnis dessen, was nach Lenins Tod vorgeht –, daß es während dieser entscheidenden Phase von Februar 1917 bis Juni 1918 *keine Gruppe führender Bolschewiki innerhalb des Zentralkomitees gab, die unerschütterlich und beständig dieselben Positionen wie Lenin eingenommen hätte.* Es gab höchstens einige, die sich leichter oder schneller als die anderen seinen Thesen anschlossen.

Zwar gab es keine Gruppe führender Bolschewiki, von der man sagen könnte, sie habe fast immer dieselben Positionen wie Lenin vertreten, man kann aber *zwei* aufeinander folgende *Strömungen* ausmachen, die ernsthafte Auseinandersetzungen mit Lenin hatten.

Eine dieser Strömungen ist eine "rechte" Strömung. Sie ist vor allem zwischen Februar und Dezember 1917 in Erscheinung getreten. Ihr gehören nicht nur Kamenew und Sinowjew an, sondern auch zeitweise Stalin, das heißt diejenigen, die unmittelbar nach Lenins Tod den führenden Kern bildeten, das sogenannte "Triumvirat", das auf Lenin folgte.

Die andere Strömung entwickelt sich vor allem seit Januar 1918. Ihr gehören Trotzki, Bucharin und auch Stalin an (der Lenins Position im Fall der dringenden Vertragsschließung von Brest-Litowsk erst im letzten Augenblick unterstützt); dazu gehören vor allem auch die "Linkskommunisten". Diese Strömung verfügte übrigens über mehr als die zuvor genannten Kräfte; sie hat sich auch länger behauptet. Ihr nahestehende Auffassungen werden später von verschiedenen oppositionellen Strömungen vertreten.

Doch mit dem Eintritt Sowjetrußlands in eine Etappe des bewaffneten Kampfs gegen den Aufstand der Weißen und die Intervention des Auslands stellen sich zahlreiche Fragen in neuer Form. Im folgenden werden die wesentlichen Aspekte der ideologischen Kämpfe, die sich während der Etappe des Bürgerkriegs in der bolschewistischen Partei entwickeln, untersucht.

KAPITEL III

Die ideologischen und politischen Kämpfe während des "Kriegskommunismus"

Im allgemeinen sind zur Zeit des "Kriegskommunismus" die ideologischen und politischen Kämpfe weniger scharf ausgeprägt als während der Jahre zuvor. In dieser Zeit richtet die Partei im wesentlichen ihre Aufmerksamkeit und ihre Anstrengungen auf die Fragen der Verteidigung. Die bolschewistische Partei vertritt in ihrer Gesamtheit eine *relativ* einheitliche Auffassung in dieser Frage. Sie löst also keine großen Debatten aus, umso weniger, als diejenigen, die in dieser Frage von der Mehrheit abweichende Ansichten vertreten, im allgemeinen schnell einlenken, obwohl es auch Fälle von mangelnder Disziplin gegeben hat, die einer Art "verdeckter Opposition" zu der vom Parteitag und dem Zentralkomitee festgesetzten Politik entsprechen.

Ein Teil der von den "Linkskommunisten" aufgeworfenen Fragen taucht jedoch während dieser Phase wieder auf. Vor allem entstehen *neue Spaltungen* ab 1920, als der Sieg naht und als die Probleme der "Nachkriegszeit" angegangen werden müssen. Diese neuen Spaltungen zeichnen sich seit dem IX. Parteitag und noch deutlicher gegen Ende des Jahrs 1920 ab. Aber befassen wir uns zunächst mit dem vorhergehenden Zeitabschnitt.

1. Die oppositionellen Strömungen der Jahre 1918 und 1919

Noch vor dem Ausbruch des weißen Aufstands zeichnet sich eine Opposition zur leninistischen Nationalitätenpolitik ab. Diese Opposition ist keine "erklärte Opposition". Sie zeigt sich auf der Ebene der Praxis der Partei. Obwohl sie keine unmittelbaren Folgen hat, ist es wichtig, an ihre Existenz zu erinnern, da sie – mit schwerwiegenden Konsequenzen – nach der Beendigung des Bürgerkriegs wieder auftaucht. Diese Strömung tritt zum ersten Mal im April 1918 in Erscheinung, als die Sowjetregierung der Ukraine unter der Leitung des Bolschewiken N.A. Skrypnik gebildet wird.

Während Lenin am 3. April 1918 der Sowjetregierung der Ukraine ein Unterstützungstelegramm sendet, das seine "enthusiastische Sympathie für den heroischen Kampf der werktätigen und ausgebeuteten Massen der Ukraine" formuliert, "die heute ein Vorposten der sozialistischen Weltrevolution sind", wendet sich Stalin, der zu dieser Zeit Volkskommissar für die Nationalitäten war, gegen die Bildung dieser von Rußland unabhängigen Sowjetregierung der Ukraine. Diese Stellungnahme Stalins verursachte folgende Reaktion N.A. Skrypniks:

> "Wir protestieren aufs schärfste gegen die Verlautbarung des Kommissars Stalin. Wir erklären, daß das Zentrale Exekutivkomitee des Ukrainischen

Sowjets sich nicht von der Haltung eines Kommissars der russischen Föderation leiten läßt, sondern einzig vom Willen der werktätigen Massen der Ukraine, wie er im Erlaß des Zweiten Ukrainischen Sowjetkongresses zum Ausdruck kommt. Verlautbarungen wie die des Kommissars Stalin könnten der Sowjetherrschaft in der Ukraine ein Ende bereiten (...), sie unterstützen direkt die Feinde der werktätigen Massen der Ukraine." (46)

Die feindliche Haltung Stalins zur Bildung einer Sowjetrepublik, die nicht in die Sowjetrepublik Rußlands eingegliedert war, ist keine isolierte Episode geblieben. Es handelt sich um den Ausdruck einer politischen Auffassung, die noch häufig zutagetreten sollte; später sollte sie die Unterstützung der emigrierten russischen Bourgeoisie und ihrer Agenten in den Organen des sowjetischen Staats und der bolschewistischen Partei finden.

Dieselbe Auffassung tritt im Mai 1918 auf. Zu dieser Zeit sendet Stalin an Stepan Schaumian, den sowjetischen Vertreter in Daghestan (wo damals bewaffnete konterrevolutionäre Banden operierten) Instruktionen, die nicht zwischen den konterrevolutionären Führern und den von ihnen getäuschten Bauernmassen unterscheiden. Diese Instruktionen besagen, es sei ohne Zögern zu handeln und es seien "Beispiele zu statuieren durch das Einäschern einer Reihe von Dörfern" (47).

a) Die "militärische Opposition"

Seit dem Sommer 1918 entwickelt sich eine weitere Opposition, die dem Anschein nach "links" steht und die unter dem Namen "militärische Opposition" bekannt ist. Nur wenige Dokumente wurden über diese Strömung veröffentlicht, sie bestand jedoch *relativ* offen; zu ihren erklärten Befürwortern zählen Leute wie Woroschilow, E.N. Jaroslawski, A.Z. Kamenski und S. Milin, von denen einige damals enge Verbindungen zu Stalin hatten – die sie meist danach aufrechterhielten (48).

Einer der Programmpunkte der "militärischen Opposition" ist ihre Weigerung, der Rekrutierung militärischer Spezialisten in die Rote Armee zuzustimmen. Obwohl Stalin keine öffentlichen Erklärungen zugunsten der "militärischen Opposition" abgab, trifft er 1918 an der Front von Zarizyn, wo er politische Funktionen ausübt, Entscheidungen, die der von dieser Opposition verfolgten Linie entsprechen: so setzt er zahlreiche Offiziere ab,

46 Dieses Telegramm wurde am 6. April von N.A. Skrypnik, dem Leiter der Sowjetregierung der Ukraine, an die Sowjetregierung Rußlands gesandt. Es wurde von A.W. Snegow, einem alten Bolschewiken, im Verlauf einer vom Institut für Marxismus-Leninismus vom 26. bis 28. Juni 1966 organisierten Debatte erwähnt. Zit. nach Roy A. Medwedew, *Die Wahrheit ist unsere Stärke* (Geschichte und Folgen des Stalinismus), hrsg. von David Joravsky und Georges Haupt, Frankfurt/Main 1973, S. 28 f.

47 vgl. die *Prawda* vom 20. September 1963

48 D. Ju. Zorina hat vor einigen Jahren einen unveröffentlichten Artikel verfaßt mit dem Titel *Die Probleme der militärischen Opposition,* auf den sich Roy Medwedew in seiner obengenannten Schrift bezieht; vgl. Anmerkung 29, S. 27.

was einen Verstoß darstellt gegen die Anweisungen des militärischen Revolutionskomitees der Republik, gegen die des Zentralen Exekutivkomitees und des Zentralkomitees. Infolge dieser Entscheidungen wurde Stalin seinerseits schließlich von seinen Funktionen innerhalb des militärischen Revolutions-Rats der Südfront abgelöst, während S.N. Sytin, den Stalin versucht hatte von seinem Führungsposten zu verdrängen, darin verblieb. Durch mündliche Berichte weiß man auch, daß Lenin auf dem VIII. Parteitag der bolschewistischen Partei (in einer unveröffentlichten Rede) sich energisch gegen die Beschlüsse des militärischen Revolutions-Rats der X. Armee wandte; es waren die Beschlüsse, die auf den Einfluß der "militärischen Opposition" zurückzuführen waren und die zum Verlust zahlreicher Soldaten der Roten Armee geführt hatten (49).

Diese Opposition spielt jedoch letztendlich nur eine relativ untergeordnete Rolle. Sie ist vor allem als Symptom wichtig: die Art und Weise, wie sie funktioniert, zeigt auf, daß schon zu dieser Zeit innerhalb des Parteiapparats Kräfte existieren, die genügend organisiert sind, um sich wenigstens während einer bestimmten Zeit den Beschlüssen des ZK und der Sowjetregierung widersetzen zu können.

b) Der VIII. Parteitag und das neue Parteiprogramm

Während der Vorbereitung des VIII. Parteitags werden weiterhin verschiedene Elemente der früheren "Plattform" der "Linkskommunisten" von einer kleinen Zahl früherer Mitglieder dieser Gruppe, wie zum Beispiel Smirnow (50) vertreten; andere bekannte Bolschewiki vertreten ähnliche Positionen, so zum Beispiel Ossinski und Sapronow.

Auf dem VIII. Parteitag der bolschewistischen Partei (18.–23. März 1919) fordert Ossinski den Eintritt einer genügenden Zahl von Arbeitern ins Zentralkomitee, um es zu "proletarisieren" (fast vier Jahre später macht Lenin einen entsprechenden Vorschlag). Auf demselben Parteitag verlangen Sapronow und Ossinski ein demokratischeres Funktionieren der Sowjets, die ihnen zufolge nur noch die Rolle von Ratifizierungsorganen (von "Stempelmaschinen") spielen. Diese Anträge werden vom VIII. Parteitag abgelehnt. Er spricht sich im Gegenteil für eine starke administrative Zentralisierung aus; er richtet das Politbüro, das Orgbüro und das Sekretariat des Zentralkomitees ein (51).

Derselbe Parteitag nimmt das neue Parteiprogramm an, in dessen Abschnitt zur Ökonomie, in Punkt 5, erklärt wird:

"Der organisatorische Apparat der vergesellschafteten Industrie muß vor allem auf den Gewerkschaften beruhen. Da sie schon, in Übereinstimmung

49 vgl. zu diesen verschiedenen Punkten die Anmerkungen 25 bis 28 auf den Seiten 26 f. des Buchs von Roy Medwedew

50 Smirnow und einige andere frühere "Linkskommunisten" fanden sich in den Prozessen von 1936/37 auf der Anklagebank wieder; an ihrer Seite übrigens diejenigen, die in den Jahren 1918–1920 Hauptgegner ihrer Position damals waren.

51 s. oben, S. 253

mit den Gesetzen der Sowjetrepublik, in allen lokalen und zentralen Organen der industriellen Verwaltung mitarbeiten, müssen die Gewerkschaften in ihren Händen die tatsächliche Konzentrierung der Verwaltung der gesamten Wirtschaft, als einer einzigen ökonomischen Einheit, verwirklichen (...). In der Mitwirkung der Gewerkschaften bei der wirtschaftlichen Leitung und in der durch sie ermöglichten Eingliederung der breiten Masse in die Leitungsarbeit besteht die wichtigste Kampfmaßnahme gegen die Bürokratisierung des wirtschaftlichen Apparats." (52)

Tatsächlich hatte dieser 5. Punkt des Parteiprogramms keine konkreten Folgen; die Betriebsleiter lassen es kaum zu, daß die Gewerkschaften in die Betriebsführung gerade zu dem Zeitpunkt eingreifen, als die bolschewistische Partei die persönliche Verantwortung der Betriebsleiter betont. Die Annahme des 5. Punktes ist offenbar vor allem das Echo der Unzufriedenheit, die zu diesem Zeitpunkt bei einem Teil der Arbeiterklasse besteht angesichts der Rolle, die in zunehmendem Maß die bürgerlichen Techniker, Ingenieure und Verwaltungsangestellten spielen. Das in Punkt 5 des ökonomischen Kapitels formulierte Prinzip wird übrigens später als Ausdruck einer "syndikalistischen Einstellung" angesehen; es wird zum Ausgangspunkt einer Auseinandersetzung zwischen der Mehrheit des Zentralkomitees und einer der neuen oppositionellen Strömungen, die die Einhaltung dieses Teils des Parteiprogramms verlangt.

2. Das Jahr 1920 und die Krise der Partei

1920, vor allem nach dem IX. Parteitag (29. März – 5. April), entsteht aufs neue eine schwerwiegende Krise. Diese Krise verschärft sich und nimmt bis zum X. Parteitag vielfältige Formen an. Im März 1920 kommt eine neue "linke" Opposition auf, die sogenannte Gruppe des "demokratischen Zentralismus". In ihrer Zusammensetzung hat diese Gruppe kaum etwas mit der Gruppe der "Linkskommunisten" zu tun. Zu ihr gehören jedoch Ossinski und auch W. Smirnow und Sapronow. Die Mitglieder der Gruppe des "demokratischen Zentralismus" prangern die Zentralisierung an, die sie für übertrieben halten, ebenso den Mißbrauch der Methoden der Staatsgewalt. In den Jahren 1920/21 greifen sie aktiv in die Diskussion ein, in deren Verlauf Trotzki und Bucharin Positionen vertreten, die von denen Lenins abweichen. Lenin wendet sich gegen die Vorschläge Trotzkis, der die totale Unterordnung der Gewerkschaften unter den Staatsapparat fordert (53).

52 vgl. *KPSS v rezoljucijach*, a.a.O., Band 1, S. 422
53 s. unten, S. 321 ff.

a) Die Positionen Trotzkis und Bucharins in den Jahren 1920/1921

Zur Zeit des IX. Parteitags steht die Mehrheit der Partei unter dem Einfluß der Konzeption des "Kriegskommunismus"; sie wird zur Annahme von Maßnahmen gedrängt, die die "Militarisierung der Arbeit" und die strenge Unterordnung der Gewerkschaften unter die Verwaltungsapparate des Staats begünstigen. Diese Maßnahmen haben jedoch weder dieselbe Bedeutung noch dieselbe Tragweite für die je verschiedenen Strömungen, die in der bolschewistischen Partei bestehen und die im allgemeinen sogar innerhalb ihrer Führung vertreten sind. Für die einen bedeuten die zu der Zeit getroffenen Maßnahmen vor allem Rücksicht auf die aktuelle Lage; die anderen sehen darin "prinzipielle" Beschlüsse, die über die Kriegsjahre hinaus beibehalten werden sollen. Diese Meinungsverschiedenheiten verursachen Auseinandersetzungen, die bis zum X. Parteitag andauern.

1920 ist Trotzki einer der "Theoretiker", die sich am entschiedensten für die "Militarisierung" der Arbeit und der Gewerkschaften einsetzen. Er leugnet, daß die vom IX. Parteitag diskutierten Maßnahmen lediglich einen von den Umständen bedingten und provisorischen Charakter trügen. Im Gegenteil, er will darin den Ausdruck von langfristigen Erfordernissen sehen, die zur Umwandlung der Gewerkschaften in staatliche Apparate führen, die der Staatsgewalt strikt untergeordnet sind; die Führer der Gewerkschaften müßten von der Regierung und der Partei ernannt werden können. So erklärt Trotzki vor dem IX. Parteitag:

"Man muß den Arbeitern sagen, wo sie sein müssen, sie umstellen und leiten wie Soldaten (...), der Zwang zur Arbeit wird seinen höchsten Grad während des Übergangs des Kapitalismus zum Sozialismus erreichen (...), die 'Fahnenflüchtigen' der Arbeit werden in Disziplinierbataillone eingeordnet oder in Konzentrationslager gesteckt werden müssen." (54)

Auf demselben Parteitag erklärt Trotzki:

"Die Militarisierung ist undenkbar ohne die Militarisierung der Gewerkschaften als solche, ohne die Errichtung eines Regimes, in dem jeder Werktätige sich als Soldat der Arbeit ansieht, der nicht frei über sich selbst verfügen kann; wenn er einen Versetzungsbefehl erhält, muß er ihn ausführen; wenn er ihn nicht ausführt, wird er zum Fahnenflüchtigen, der bestraft wird. Wer sorgt dafür? Die Gewerkschaft. Sie schafft das neue Regime. Das ist die Militarisierung der Arbeiterklasse." (55)

Radek äußert ebenfalls auf dem IX. Parteitag die Ansicht, daß "die organisierte Arbeiterklasse das bürgerliche Vorurteil der Freiheit der Arbeit

54 vgl. L Trotzki, *Werke* (russisch), Bd. 15, S. 126, zit. bei Maurice Brinton, *Les bolcheviks et le contrôle ouvrier* (Die Bolschewiki und die Arbeiterkontrolle), a.a.O., S. 149/150
55 vgl. *Rechenschaftsbericht des IX. Parteitags der KPR(B)* (russisch), Ausgabe von 1934, S. 101; zit. bei E.H. Carr, *The bolshevik Revolution*, a.a.O., Band 2, S. 214/215

überwinden muß, das den Menschewiki und den Versöhnlern aller Art so teuer ist" (56). Er ist übrigens der einzige, der einen solchen Ton anschlägt.

Der IX. Parteitag nimmt die von Trotzki und Radek vertretene Linie nicht an. Er lehnt es ab, in dem auf die Werktätigen ausgeübten Zwang und in der Militarisierung die sozialistische Arbeitsorganisation schlechthin zu sehen; der Parteitag erklärt, daß das Zurückgreifen auf *die Militarisierung der Arbeit nur durch die Kriegsumstände gerechtfertigt werden kann.* Bekanntlich erklärt Punkt 14 der Resolution über *"Die aktuellen Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus"*, daß "der Einsatz von ganzen Arbeitsarmeen, die ihre frühere Organisierung beibehalten (...), sich nur in dem Maße rechtfertigen kann, wie er notwendig ist für die Erhaltung der gesamten Armee zu militärischen Zwecken" (57).

Der Parteitag lehnt es also ab, Trotzki in seiner Auffassung einer Militarisierung der Arbeit und der Gewerkschaften, die notwendig sei für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, zu folgen. Er nimmt sogar einen der Vorschläge der Gruppe des "demokratischen Zentralismus" an. Dieser Vorschlag sieht die Einrichtung einer Kontrollkommission vor, die Mißbräuche bei den Zwangsmaßnahmen melden soll, "was auch immer die Stellung oder die Funktion der Beschuldigten sei". Tatsächlich handelte es sich um eine formale Zufriedenstellung der Forderungen dieser Gruppe; denn diese Kommission scheint praktisch nicht gearbeitet zu haben.

Während des ganzen Jahrs 1920 und noch Anfang 1921 vertritt Trotzki weiterhin diese Auffassungen; er gerät dabei immer stärker in Widerspruch zu den Positionen Lenins.

Auf dem III. Gewerkschaftskongreß versteigt sich Trotzki sogar zu einer Art Apologie der Zwangsarbeit, wenn er zum Beispiel erklärt: "Ist es wirklich wahr, daß die Zwangsarbeit immer unproduktiv ist? (...) Das ist das jämmerlichste und erbärmlichste liberale Vorurteil; auch die Sklavenherden waren produktiv (...), die Zwangsarbeit der Sklaven (...) war zu ihrer Zeit eine fortschrittliche Erscheinung." (58)

Mit dieser nachträglichen Apologie der Sklaverei glaubt Trotzki zu beweisen, daß der Rückgriff auf die militarisierte Arbeit während einer ganzen historischen Periode gerechtfertigt werden kann; in diesem Fall unter der Bedingung, daß diese Militarisierung von der bolschewistischen Partei, dem Instrument der Diktatur des Proletariats, beschlossen würde. Als Befürworter des staatlichen Zwangs wendet sich Trotzki gegen diejenigen,

56 Dieser Teil der Rede Radeks wurde am 2. April 1920 in der *Izwestija* veröffentlicht. Nicht uninteressant ist der Hinweis von E.H. Carr, daß der Text von Radeks Rede nicht im offiziellen Protokoll des Parteitags abgedruckt wurde unter dem Vorwand, er solle gesondert in einer Broschüre erscheinen (s. das oben zitierte Protokoll, S. 277). Tatsächlich ist diese Broschüre nie veröffentlicht worden.

57 Resolution des IX. Parteitags im Anhang von Band 25 der Werke Lenins (russisch), Moskau 1935, S. 626 ff.

58 vgl. das Auftreten Trotzkis vor dem III. Gesamtrussischen Kongreß der Gewerkschaften, Protokoll (russisch) veröffentlicht in Moskau, 1920, S. 85–97; zit. nach Maurice Brinton, a.a.O., (überprüft am englischen Text), S. 155/156

die den gewerkschaftlichen Organisationen, in denen sie eine der Ausdrucksformen der proletarischen Demokratie sehen, mehr Selbstbestimmung belassen wollen. Es bedeutet kein zu weites Vorgreifen, wenn hier ein Teil der Eingriffe Trotzkis auf dem X. Parteitag zitiert wird (wo er, um die von Lenin vertretene Linie nicht angreifen zu müssen, die "Arbeiteropposition" als "Zielscheibe" benutzt):

> "Sie (gemeint ist hier die Arbeiteropposition – Ch.B.) haben gefährliche Losungen ausgegeben. Sie haben aus den demokratischen Prinzipien einen Fetisch gemacht. Sie haben das Recht der Arbeiter, ihre Vertreter wählen zu lassen, höher gestellt als die Partei. Als ob die Partei nicht das Recht hätte, ihre Diktatur zu behaupten, sogar wenn diese Diktatur in zeitlich begrenztem Gegensatz zu den wechselnden Launen der Arbeiterdemokratie stünde (...).
> Die Partei ist verpflichtet, ihre Diktatur aufrechtzuerhalten (...), welche auch immer die zeitweiligen Schwankungen selbst der Arbeiterklasse seien (...), die Diktatur beruht nicht zu allen Zeitpunkten auf dem formalen Prinzip der Arbeiterdemokratie." (59)

Die Idee einer "immer unfehlbaren" Partei, *die also außerhalb der Klassenkämpfe steht* und allein durch ihre Existenz die Verewigung der Diktatur des Proletariats garantiert, findet sich zu diesem Zeitpunkt bei Trotzki ebenso wie bei Bucharin; daher auch bei letzterem die Auffassung einer "auferlegten Selbstdisziplin" (60).

Bucharin ist der Ansicht, daß das Proletariat durch die Partei und den Staat sich "selbst" Disziplin auferlegt. Die Partei wird gleichzeitig als "identisch" mit dem Proletariat angesehen und als diesem "übergeordnet", was in Bucharins Augen den Zwang, den die Partei auf die Arbeitermassen ausübt, rechtfertigt; dieser Zwang wird mit "Selbstdisziplin" *gleichgesetzt.* In derselben Weise räsoniert Bucharin über die Staatsmacht, ihre verschiedenen Organe und die Autorität der von ihr ernannten Techniker.

Trotzkis und Bucharins Thesen verweisen also in starkem Maß auf die Idee der Unfehlbarkeit der Partei, ihre "naturgegebene" Überlegenheit gegenüber den Massen, auf den dauerhaft gesicherten proletarischen Charakter der Partei und des Staats, den sie leitet, was auch immer seine ideologische und politische Praxis sei.

Trotzkis und Bucharins Thesen schreiben auch implizit der Partei eine neue Rolle zu: sie ist nicht länger eine Vorhut, die die Massen leiten soll, indem sie auf ihre Initiativen und ihre Kritik achtet; sie soll auf die Massen *"Kontrolle" und Zwang* ausüben.

59 Dieser Text wird in den "Historischen Notizen" zitiert, die in die Neuausgabe der Schrift von Kollontai, *Die Arbeiteropposition,* aufgenommen sind; diese Neuausgabe ist der Gruppe Solidarity zu verdanken und wurde in der Nummer 35 vom Januar/März 1964 der Zeitschrift *Socialisme ou Barbarie* ins Französische übersetzt (Zitat S. 119)

60 N. Bucharin, *Ökonomik der Transformationsperiode,* a.a.O., S. 154

In seinem bereits zitierten Buch *Die Ökonomik der Transformationsperiode* entwickelt Bucharin systematisch jene undialektischen Auffassungen, mit denen er glaubt, seine politischen Positionen untermauern zu können.

Nunmehr sieht Bucharin (der sich 1918 der Ernennung eines persönlich für seine Betriebsführung verantwortlichen Direktors in jedem Betrieb entgegenstellte) in der Einführung der persönlichen Leitung "die konzentrierte, verdichtete Form der proletarischen Verwaltung der Industrie" (61) und in der "Militarisierung der Bevölkerung (...) eine Methode der Selbstorganisierung der Arbeiterklasse und der Organisierung des Bauerntums durch die Arbeiterklasse", so daß, wie er hinzufügt, unter bestimmten Umständen die Diktatur des Proletariats die Form einer "militärisch-proletarischen Diktatur" annehmen kann (62).

Daneben sieht Bucharin in der Verteilung von *Lebensmittel-Rationen* anstelle von Löhnen in Geldform das Verschwinden der Lohnarbeit, was in seinen Augen den obligatorischen Arbeitsdienst rechtfertigt. Er ist der Meinung, daß es im Verlauf der Übergangsperiode zum Zusammenbruch des Geldsystems und dadurch des Systems der Warenproduktion überhaupt kommt, was sich durch die sogenannte "Geldentwertung" ausdrückt (63).

b) Die Thesen der "Arbeiteropposition" (64)

Während Trotzki äußerst starkes Gewicht auf die Zentralisierung legt und die Militarisierung befürwortet, entwickelt sich eine andere Tendenz innerhalb der bolschewistischen Partei. Diese Tendenz bildet sich in der Weiterführung und Entwicklung der Positionen der früheren Gruppe des "demokratischen Zentralismus". Als diese Gruppe sich erweitert (durch den Eintritt von Parteimitgliedern wie Schljapnikow und Alexandra Kollontai, die vorher nicht zur Gruppe des "demokratischen Zentralismus" gehörten), nennt sie sich "Arbeiteropposition". Sie bezieht sich auf Punkt 5 des Abschnitts zur Ökonomie, der 1919 vom VIII. Parteitag verabschiedet worden war. Sie prangert die Entwicklung autoritärer Praktiken in der Partei und den Staatsapparaten an und den Aufstieg zahlreicher bürgerlicher Elemente in diese Apparate.

Die "Arbeiteropposition" hält es für notwendig, eine radikale Änderung in der Parteilinie vorzunehmen; vor allem sollte die Verwaltung der Industrie den Gewerkschaftsorganisationen anvertraut werden (der Ausdruck "Syndikalisierung des Staats" wurde verwendet, um diese Position zu charakterisieren). Diese Opposition fordert eine Ausweitung der Rolle der Fabrikkomitees

61 N. Bucharin, ebd., S. 128
62 a.a.O., S. 127
63 ebd., S. 145
64 Über die Thesen der "Arbeiteropposition" vgl. die Nummer 35 der Zeitschrift *Socialisme ou Barbarie*. Einige Elemente der leninschen Kritik dieser Thesen werden weiter unten analysiert (s. unten, S. 330 f.).

und eine Lohnpolitik, die auf einen viel höheren Grad an Gleichheit abzielt (65).

Für Lenin spiegeln die Thesen der "Arbeiteropposition" eine "tradeunionistische" (d.h. syndikalistisch-ökonomistische) Konzeption wider; sie sind dem Marxismus fremd, weil sie von der führenden Rolle der Partei des Proletariats absehen.

Die Thesen der "Arbeiteropposition" werden während der ersten beiden Monate des Jahrs 1921 breit diskutiert. Sie werden in der *Prawda* vom 25. Januar veröffentlicht und von ihren Anhängern in der Form einer Broschüre verbreitet.

Am Vorabend des X. Parteitags (8.–16. März 1921) hat die "Arbeiteropposition" dem Anschein nach solide Stützpunkte in den Parteiorganisationen verschiedener Industriegebiete, besonders in Moskau, im Donezbecken usw.; aber in der Partei insgesamt gesehen ist sie in der Minderheit und ihre Vertretung auf dem X. Parteitag ist schwach.

c) Lenins Kampf gegen Trotzkis und Bucharins Auffassungen

In den Monaten vor dem X. Parteitag spielt sich ein gewaltiger politischer Kampf ab.

Eine der ersten Episoden dieses Kampfs findet am 8. und 9. November 1920 statt anläßlich der Zusammenkunft der bolschewistischen Fraktion der V. Gewerkschaftskonferenz und einer Zusammenkunft des Zentralkomitees. Trotzki erklärt, es sei notwendig, weiterhin die Maßnahmen, die während des Bürgerkriegs getroffen worden waren, anzuwenden und sie sogar zu erweitern, obwohl es sich um außerordentliche Maßnahmen gehandelt habe. Er vertritt den Standpunkt, daß der sowjetische Staat jene Gewerkschaftsführer, die nicht die gleichen Auffassungen wie die Mehrheit des Zentralkomitees zu den Fragen der Disziplin und der Löhne vertreten, durch eine einfache Entscheidung von oben absetzen können muß. Er spricht sich also für eine *"Verstaatlichung der Gewerkschaften"* aus, um aus ihnen ein Instrument zur Steigerung der Produktion und der Produktivität der Arbeit zu machen. Ebenso verlangt er – sogar unter den neuen Bedingungen, die 1920 eintreten – die erneute Bekräftigung des Rechts, diejenigen Gewerkschaftsführer, die nicht einsehen, daß es die Aufgabe der Gewerkschaften ist, *der Produktion zu dienen,* durch andere zu ersetzen.

Am 8. November 1920 stößt Trotzki auf den Widerstand Lenins. Lenin erinnert an den außerordentlichen Charakter der vom IX. Parteitag angenommenen Maßnahmen und an die Notwendigkeit, den neuen Besonderheiten der Situation (die nicht mehr durch dringende militärische Erfordernisse bestimmt wird) Rechnung zu tragen. Lenin gewinnt zwar die Abstim-

65 vgl. Protokoll des X. Parteitags (russisch), Anhang 2, S. 789–793; zit. nach Maurice Brinton, *Les bolcheviks et le contrôle ouvrier*, a.a.O., S. 173

mung, aber nur knapp. Mit 8 gegen 6 Stimmen wird Trotzkis Antrag abgelehnt und die von Lenin vorgeschlagene Resolution angenommen. Diese Resolution betont, man müsse "damit beginnen, allmählich, aber unentwegt vom Prinzip der Vorrangigkeit zum Prinzip der Ausgleichung überzugehen"; die Resolution erklärt, daß "die Methoden zur Verstärkung des Demokratismus, der eigenen Aktivität, der Teilnahme an der Leitung der Industrie, der Entfaltung des Wettbewerbs usw. (...) auf die ganze Gewerkschaftsbewegung übertragen (werden müssen)" (66).

Das Zentralkomitee nimmt einen Text an, der die von Trotzki vertretene Position angreift; er verurteilt "die Entartung der Zentralisierung und der militarisierten Arbeit zur Bürokratie, zum Dünkel, zum kleinlichen Funktionärswesen und zur schikanösen Einmischung in die Gewerkschaftsarbeit". Eine Kommission zur Untersuchung der Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaft wird eingesetzt; Sinowjew wird zu ihrem Sprecher ernannt (67).

Die Kontroversen im Zentralkomitee sind mittlerweile so umfangreich, daß Anfang Dezember beschlossen wird, *eine breite öffentliche Debatte* zu entfachen. Die gesamte Parteiführung – Lenin, Trotzki und Bucharin ebenso wie Sinowjew, Stalin Schljapnikow und zahlreiche andere – beteiligen sich an dieser Diskussion.

Eine bezeichnende Episode dieser großen politischen Auseinandersetzung sind zwei Meetings: am 24. Dezember 1920 spricht Trotzki zu einer riesigen Versammlung von Gewerkschaftern und Delegierten des VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongresses; sechs Tage später ergreifen zahlreiche Redner erneut das Wort, vor allem Lenin, Sinowjew, Trotzki, Bucharin, Schljapnikow usw. (die an diesem Tag gehaltenen Reden wurden 1921 veröffentlicht (russisch), unter dem Titel *Die Rolle der Gewerkschaften in der Produktion*). Eine Woche nach dem zweiten großen Meeting spricht Sinowjew auf einem weiteren Meeting in Petrograd (68). Während des ganzen Januars 1921 veröffentlicht die *Prawda* fast jeden Tag einen Artikel über die Fragen der Militarisierung der Arbeit und der Verstaatlichung der Gewerkschaften.

Durch die Argumente Lenins, der in dieser Debatte von Sinowjew und Stalin unterstützt wird, und durch die Entwicklung der objektiven Situation selbst *verliert die achtköpfige Gruppe von ZK-Mitgliedern* nach und nach an Boden (zu der Gruppe gehören Trotzki, Bucharin, Andrejew, Dzierzynski, Krestinski, Preobrashenski, Rakowski und Serebrjakow). Sie werden nur noch von einer Minderheit unterstützt, die sich ständig verringert – umso mehr, als die Gruppe der "Arbeiteropposition" radikal entgegengesetzte Positionen zu denen Trotzkis einnimmt. Positionen, mit denen Lenin übrigens auch nicht einverstanden ist.

66 vgl. den von Lenin verfaßten Resolutionsentwurf, der am 8. November 1920 angenommen wurde, in LW 31, S. 368

67 vgl. zu diesen verschiedenen Punkten P. Broué, *Le Parti bolchévique*, a.a.O., S. 141

68 Zu diesen verschiedenen Punkten s. E.H. Carr, *The Bolshevik Revolution*, Band 2, S. 224 f.

Die große Auseinandersetzung vom Winter 1920/21 gibt Lenin Gelegenheit, die dogmatischen Schablonen anzuprangern, deren sich Trotzki und Bucharin zu der Zeit bedienen, um ihre Position zu "rechtfertigen". Lenin bricht dadurch offen mit einer Problemstellung, die nicht nur der Trotzkis und Bucharins entspricht, sondern die implizit fast der ganzen Partei eigen war: mit der Vorstellung, die den sowjetischen Staat mit einem "Arbeiterstaat" gleichsetzt.

Seit Dezember 1920 macht Lenin, ohne diesen Bruch schon ganz zu vollziehen und ohne zu den Formulierungen zu kommen, die er später gebrauchen wird, einige wesentliche Aussagen. Die wichtigsten dieser Aussagen kritisieren den einseitigen Charakter der Thesen Trotzkis und Bucharins, die den Sowjetstaat eben auf einen "Arbeiterstaat" verkürzen, während in Wirklichkeit der Charakter des sowjetischen Staats außerordentlich komplex ist (69).

Der Charakter dieses Staats zwingt die Arbeiter dazu, über eigene Organisationen zu verfügen, die in zureichendem Maß von der Partei, die die Macht ausübt, unabhängig sind, um dem "Schutz der Arbeiter gegenüber ihrem Staat" zu dienen (70). Ungefähr ein Jahr später kommt Lenin wieder auf diese Frage zurück, als er dem Zentralkomitee am 12. Januar 1922 einen Beschluß vorlegt, der übrigens einstimmig angenommen wird: *Über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften unter den Verhältnissen der Neuen Ökonomischen Politik* (71). In dieser Resolution betont Lenin, daß es einen "Interessengegensatz" zwischen der Arbeiterklasse und dem sowjetischen Staat geben und daß der "Streikkampf" gerechtfertigt sein kann durch die Notwendigkeit, vor die sich die Werktätigen gestellt sehen, die bürokratischen Deformationen und die Überreste der kapitalistischen Vergangenheit zu bekämpfen (72).

Lenins Kampf gegen die Positionen Trotzkis und Bucharins (und einiger anderer bolschewistischer Führer) ist von erheblicher Bedeutung. Er zeigt nämlich, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Lenin und diesen beiden Politbüromitgliedern in ihren "Differenzen über die Methoden des *Herangehens* an die Massen, der Gewinnung der Massen, der *Verbindung* mit den Massen" (73) bestehen.

In der Diskussion treten noch tiefergehende Differenzen auf. Sie berühren die Grundfragen der Diktatur des Proletariats. Trotzki und Bucharin begreifen den Sowjetstaat auf eine falsche abstrakte Art, als sei er gewissermaßen der "reine Ausdruck" der proletarischen Diktatur, während Lenin sich bemüht, den *Doppelcharakter* des Sowjetstaats aufzudecken. Der Sowjetstaat ist "Arbeiterstaat", *insofern* ihn eine proletarische Partei leitet

69 s. zu diesem Punkt *Über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzkis*, in: LW 32, S. 1 ff., bes. S. 6/7

70 ebd., S. 7

71 vgl. LW 33, S. 169 ff.

72 ebd., S. 171/172

73 LW 32, S. 5

(und diese Partei proletarisch bleibt) und "bürgerlicher oder kleinbürgerlicher Staat" durch viele seiner Züge: durch seine Abhängigkeit von bürgerlichen Verwaltungsangestellten, Technikern und Spezialisten sowie durch die politischen Verhältnisse, die in großem Maß seine Verwaltungsorgane kennzeichnen. Lenin zögert nicht hinzuzufügen, daß es "fünfzehn oder zwanzig Jahre oder noch länger" dauern wird, bevor der Sowjetstaat Anrecht auf den Titel "Arbeiterstaat" (74) haben werde und natürlich nur unter der Bedingung, daß die Merkmale verschwinden, die ihm 1921 jedes Recht auf einen solchen Titel absprechen.

Die Diskussion gibt Lenin Gelegenheit, daran zu erinnern, daß die grundlegende Frage der Diktatur des Proletariats die des Kampfs um die Festigung der Macht ist (also *des Kampfs zur Gewinnung der Massen*) und nicht, wie Trotzki behauptet, die Frage des Kampfs um die Produktion. In der Broschüre *Noch einmal über die Gewerkschaften* formuliert Lenin die folgende Aussage, deren Bedeutung weit über die damalige Polemik hinausgeht:

> "Trotzki und Bucharin stellen die Sache so hin, als ob sie um die Steigerung der Produktion, wir aber nur um die formale Demokratie besorgt seien. Diese Darstellung ist falsch, denn die Frage steht *lediglich* so (und *kann* marxistisch auch nur so stehen): Ohne politisch richtig an die Sache heranzugehen, wird die betreffende Klasse ihre Herrschaft nicht behaupten und *folglich auch ihre Produktionsaufgabe* nicht lösen können." (75)

74 ebd., S. 7
75 ebd., S. 74

KAPITEL IV

Die ideologischen und politischen Kämpfe gegen Ende des "Kriegskommunismus" und zu Beginn der NEP

Die Kämpfe, die sich im Winter 1920/21 innerhalb der bolschewistischen Partei abspielen, bedeuten eine entscheidende Wendung in der Geschichte der Partei, und dies in zweifacher Hinsicht:

Einerseits ist eine bestimmte Art und Weise, die Frage nach dem Verhältnis von Partei und Gewerkschaften zu stellen (die sich in der Praxis des "Kriegskommunismus" widerspiegelte und die die Gruppen mit Trotzki und Bucharin an der Spitze zum "Prinzip" erheben wollten) nach dem X. Parteitag nicht mehr offiziell in der Diskussion. Das heißt nicht, daß die Praktiken, deren Ausdruck sie war, verschwinden; sie treten jedoch zurück und werden vor allem nicht mehr im Namen der angeblichen "Erfordernisse" der Diktatur des Proletariats verteidigt. Im Verlauf der Fünfjahrpläne werden nichtsdestoweniger ähnliche Auffassungen wie die Trotzkis wieder auftauchen, vor allem in Hinsicht auf das, was wesentlich "Produktions"- und "Disziplinierungsaufgaben" betrifft, die den Gewerkschaften zugeordnet werden.

Andererseits ist der X. Parteitag der letzte, dem eine breite öffentliche Diskussion vorausging. Zu den folgenden Parteitagen können die verschiedenen Oppositionen sich nicht mehr so frei äußern; darin wird mit einer Tradition des Bolschewismus gebrochen. Die Möglichkeiten der Opposition, ihre Meinung zu sagen, werden immer geringer und verschwinden schließlich ganz.

1. Der X. Parteitag der bolschewistischen Partei und der Abschluß der Diskussion mit den beiden Oppositionen des Jahrs 1920

Die Vielfalt der Tendenzen, die in der Periode vor dem X. Parteitag aufeinanderprallen, zeugt vom Umfang der ideologischen Kämpfe innerhalb der bolschewistischen Partei und von der Tiefe der Krise, die sie durchmacht. Als die Vorbereitung des Parteitags anläuft (im Dezember 1920), gibt es sieben verschiedene "Plattformen"; während des Parteitags stehen zwei organisierte Tendenzen in Opposition zu den von Lenin vertretenen Thesen (76).

Nach umfangreichen Diskussionen ist es der Gruppe der "Arbeiteropposition" nämlich gelungen, einen Text auszuarbeiten, der von andern ihr

76 vgl. zu diesem Punkt P. Broué, *Le Parti bolchévique*, a.a.O., S. 142

nahestehenden Tendenzen unterstützt wird. Trotzki und Bucharin haben ebenfalls einen einheitlichen Text ausgearbeitet, der von acht Mitgliedern des Zentralkomitees unterstützt wird (deshalb wird der Antrag, den sie dem Parteitag vorlegen, "Antrag der Gruppe der Acht" genannt). Die Mehrheit des Zentralkomitees vertritt die gleichen Positionen wie Lenin. Der Antrag, der diese Positionen beinhaltet, heißt "Antrag der Zehn". Er wird insbesondre von Stalin, Tomski, Sinowjew und Kamenew unterstützt.

Der X. Parteitag setzt der Diskussion zwischen der Mehrheit des Zentralkomitees und den zwei großen Oppositionsströmungen ein Ende. Der Antrag der "Arbeiteropposition" erhält nur 18 und der der "Gruppe der Acht" nur 50 Stimmen. Der "Antrag der Zehn" dagegen bekommt 336 Stimmen (77). Auf dem Parteitag wurde der Kampf am schärfsten gegen die "Arbeiteropposition" geführt; denn die Positionen der "Gruppe der Acht" waren schon während der vorhergehenden Monate ausgiebig kritisiert worden.

a) Die Ablehnung der Thesen der "Arbeiteropposition"

Im Verlauf des X. Parteitags waren die Angriffe auf die Auffassungen der "Arbeiteropposition" besonders heftig. Diese Opposition hatte nämlich bis zu einem gewissen Grad aus den gegen Trotzkis Positionen gerichteten Kritiken Nutzen gezogen; das heißt aus der Kritik der zum Autoritarismus führenden Tendenzen, der administrativen Lösungen und des "Produktivismus". Sie hatte auch die Verwirrung, die einige Formulierungen Bucharins stifteten, ausgenützt. Bucharin versuchte nämlich, "eine Brücke zu schlagen" zwischen Trotzkis Positionen und denen der "Arbeiteropposition", indem er gleichzeitig die "Verstaatlichung der Gewerkschaften" und die "Syndikalisierung des Staates" forderte (78).

Ursprünglich sind einige Thesen der "Arbeiteropposition" – was Lenin auch anerkennt – eine gesunde Reaktion auf jene Tendenzen, Probleme in autoritärer Weise zu lösen, die sich im Verlauf des "Kriegskommunismus" entwickelt hatten; sie sind Ausdruck wirklicher Anliegen breiter Arbeitermassen. Die "Arbeiteropposition" systematisiert diese Anliegen jedoch in einseitiger Weise; sie vernachlässigt die Widersprüche zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft und geht in ihren Formulierungen an den Erfordernissen der Festigung der Diktatur des Proletariats vorbei. Sie "vergißt" so, genau wie Trotzki und Bucharin, die grundlegende Frage: *die Frage der Macht,* die erfordert, daß man dem größte Aufmerksamkeit schenkt, was Lenin mit Recht die "revolutionäre Zweckmäßigkeit" nennt

77 Über den X. Parteitag und die Debatten, die ihm vorausgingen, s. das offizielle Protokoll des Parteitags (russischer Text, erschienen in Moskau 1921) und Pierre Broué, *Le Parti bolchévique,* a.a.O., S. 138–143 und S. 157 ff.

78 Über Bucharins Auffassungen vgl. Anhang 16 des Protokolls vom X. Parteitag, S. 802, zit. nach Maurice Brinton, *Les bolcheviks et le contrôle ouvrier,* a.a.O., S. 171

(79). Dem Anschein zum Trotz treffen sich also Trotzkis Thesen und die der "Arbeiteropposition" darin, eine Ausrichtung zu befürworten, die in der bestehenden Situation, würde man sie übernehmen, zum "Sturz der Sowjetmacht" führt, weil sie der *Gesamtheit der konkreten Klassenverhältnisse* nicht Rechnung trägt (80).

Dies war die wichtigste Ursache der schweren Niederlage der "Arbeiteropposition" auf dem X. Parteitag. Andere Gründe kommen dazu: die schon "äußerst administrative" Vorbereitung des Parteitags, die zunehmende Bedeutung der bürgerlichen und "bürokratisierten" Elemente in der Partei (wie die Zahl der für Trotzkis und Bucharins Thesen abgegebenen Stimmen bezeugt); der Wille der schwankenden Delegierten, in einem kritischen Augenblick zur Einheit der Partei beizutragen, indem sie sich für die von der Mehrheit des Zentralkomitees vorgelegte Resolution aussprechen.

Die Berücksichtigung der "revolutionären Zweckmäßigkeit" ist eines der wichtigsten Argumente, die Sinowjew gegen den Teil des Programms der "Arbeiteropposition" entwickelt, der die Zusammenkunft eines Obersten Gesamtrussischen Kongresses der Produzenten vorsieht. Sinowjew betont, daß auf einem solchen Kongreß der Produzenten (das heißt auch der Bauern) die Parteilosen, darunter zahlreiche Sozialrevolutionäre und Menschewiki, in der Mehrheit wären, und das *in diesem kritischen Augenblick* (81), während es das Gebot der Stunde sei, die Massenorganisationen der Parteilosen für die Sowjetmacht zu gewinnen.

Die Plattform der "Zehn" erkennt an, daß *im Prinzip* einige der Forderungen in der Plattform der "Arbeiteropposition" richtig sind – zum Beispiel jene, die eine größere Gleichheit der Löhne betreffen –, aber sie vertritt die Auffassung, daß diese Forderungen langfristigen Zielsetzungen entsprechen, die nicht in der unmittelbaren Zukunft erreicht werden können. Die Plattform der "Zehn" lehnt ebenfalls die von Trotzki geforderte Verstaatlichung der Gewerkschaften ab. Sie betont noch einmal die Notwendigkeit der Führungsrolle der Partei in der gewerkschaftlichen Arbeit:

> "Die russische kommunistische Partei leitet weiterhin durch ihre zentralen und lokalen Organisationen bedingungslos den gesamten ideologischen Aspekt der Gewerkschaftsarbeit (...). Die Wahl der führenden Leute der Gewerkschaftsbewegung muß unter der Kontrolle und der Führung der Partei erfolgen. Die Parteiorganisation muß jedoch besonders auf die Anwendung normaler Methoden der proletarischen Demokratie in den Gewerkschaften achten, wo die Wahl der Führer so weit wie möglich Sache der organisierten Massen selbst sein muß." (82)

79 vgl. die Broschüre *Noch einmal über die Gewerkschaften* in LW 32, S. 77

80 ebd., S. 76 und S. 81 ff.

81 vgl. Protokoll des X. Parteitags der Russischen Kommunistischen Partei (russisch), Moskau 1963. S. 347 (Hervorhebung – Ch.B.)

82 vgl. Punkt 7 der Resolution über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften, die vom X. Parteitag der KPR(B) angenommen wurde, in: *KPSS v rezoljucijach,* a.a.O., Bd. 1, S. 540

Vor dem Parteitag wurden die Thesen der "Arbeiteropposition" zwar auf breiter Ebene diskutiert und prinzipiell widerlegt (83), aber nicht in seinem Verlauf. Zu diesem Zeitpunkt bricht nämlich die Krise von Kronstadt aus, die klar zeigt, daß die wichtigste Aufgabe in diesem Augenblick eine korrekte Regelung der Frage des Verhältnisses zur Bauernschaft ist. Deshalb geht Lenin hauptsächlich auf diese Frage ein und beschränkt sich im wesentlichen auf polemische Angriffe gegen die Plattform der "Arbeiteropposition", die er mit anarchistischen und syndikalistischen Positionen vergleicht. Darüber hinaus scheint Lenin im Verlauf des Parteitags indirekt die "Arbeiteropposition" anzugreifen, wenn er zum Beispiel erklärt:

> "Wir haben durch die Diskussion ziemlich viel Zeit verloren, und ich muß sagen, daß es jetzt viel besser ist, 'mit Gewehren zu diskutieren' als mit Thesen, wie sie von der Opposition aufgetischt werden. Wir brauchen jetzt keine Opposition, Genossen, es ist nicht die Zeit danach! Entweder hier oder dort mit dem Gewehr, aber nicht mit einer Opposition. Das ergibt sich aus der objektiven Lage, ob es Ihnen paßt oder nicht." (84)

Kurz darauf präzisiert Lenin, daß, wenn er davon redet, "mit dem Gewehr in der Hand zu antworten", es für ihn keineswegs darum ginge, auf diese Art und Weise mit der "Arbeiteropposition" zu "diskutieren", sondern mit den erklärten Feinden der Partei; mehr noch, im weiteren Verlauf der Debatte würdigt Lenin mehrmals das, was er in verschiedenen Vorschlägen der Opposition für richtig hält (85).

b) Die "Resolution über die Einheit der Partei"

Im Hinblick auf die ideologischen Kämpfe innerhalb der Partei hat der X. Parteitag große Bedeutung, da er eine Resolution mit *neuen Regelungen* annimmt, *die die "Fraktionen" verbieten.* Grundsätzlich handelt es sich darum, innerhalb der bolschewistischen Partei die Bildung von Gruppen zu verbieten, die auf der Basis einer "Plattform" organisiert sind und die *eine eigene interne Disziplin haben* (86); das heißt, die darauf abzielen, *eine Partei in der Partei* zu bilden. Das Verbot bezieht sich nicht auf bestehende Tendenzen und die Äußerung ihrer Ansichten. Dieses Verbot wird als zeitweilige Maßnahme angenommen aufgrund der außerordentlich schwierigen Umstände. Außerdem beschließt der X. Parteitag, daß jedes Parteimitglied einschließlich der Mitglieder des Zentralkomitees, das diese Resolution mißachtet, auf Beschluß des Zentralkomitees ausgeschlossen werden kann. Es handelt sich dabei um eine äußerst strenge Strafe, die der Mehrheit des

83 s. oben, S. 330
84 LW 32, S. 201
85 vgl. zu diesem Punkt das "Schlußwort zum Referat über die Einheit der Partei und die anarcho-syndikalistische Abweichung" vom 16. März, a.a.O., S. 262 ff.
86 Die Resolution, die die "Fraktionen" verbietet, heißt "Resolution über die Einheit der Partei"; sie steht in: *KPSS v rezoljucijach,* a.a.O., Bd. 1, S. 527 ff.

Zentralkomitees außergewöhnliche Machtbefugnisse verleiht. Die Anwendung dieser Verfügung erlaubt es nämlich dem von einem Parteitag gewählten Zentralkomitee, seine eigene Zusammenstellung zu verändern.

In bezug auf diese Anordnung der "Resolution über die Einheit" erklärt Lenin:

> "Und daß das Zentralkomitee gegenüber seinem Mitglied ein solches Recht habe – so etwas hat unsere Partei niemals und nirgendwo zugelassen. Das ist eine Maßnahme für den äußersten Fall, die speziell im Bewußtsein der gegenwärtigen Gefahr getroffen wird. Es wird eine außerordentliche Körperschaft gebildet: das ZK plus die Kandidaten plus die Kontrollkommission mit gleichem Stimmrecht. Eine solche Körperschaft, ein solches Plenum von 47 Menschen war in unserem Statut nicht vorgesehen und in unserer Praxis ist das niemals angewandt worden." (87)

Die Bedingungen, unter denen die bolschewistische Partei nach Lenins Tod funktioniert, erlauben es, diese Resolution als ein Instrument zu benutzen zur Unterdrückung von Meinungsäußerungen, die von den Auffassungen des Politbüros und des Parteisekretariats abweichen. Dadurch werden die Bedingungen, unter denen sich die ideologischen Kämpfe in der Partei entwickeln können, umfassend verändert.

Dieses Ergebnis steht in Widerspruch zu verschiedenen Anordnungen der "Resolution über die Einheit der Partei"; denn *diese Resolution verurteilt widerspruchsvolle Debatten keineswegs;* sie sieht sogar die Veröffentlichung einer Zeitschrift namens *Diskussionsbulletin* vor. Die Interventionen Lenins auf dem X. Parteitag zeigen auch, daß er im Fall von "grundsätzlichen Abweichungen" vorschlägt, diese "vor dem Richterstuhl der gesamten Partei (auszutragen)"; er fordert ebenfalls, daß – wenn ein Parteitag keine genügende Vereinheitlichung herbeiführt – Vertreter der wichtigsten Tendenzen, die sich auf dem Parteitag gegenüberstanden, ins Zentralkomitee gewählt werden sollen (88).

Trotz dieser Vorschläge auf dem X. Parteitag wird die "Resolution über die Einheit" in der Praxis zum Ausgangspunkt zunehmender Einschränkungen, die den offenen ideologischen Kämpfen innerhalb der Partei auferlegt werden (so kommt es z.B. nie zum Erscheinen des *Diskussionsbulletins*). Nach Lenins Tod behauptet nach und nach die Mehrheit des Zentralkomitees oder des Politbüros oder sogar das Parteisekretariat, das Monopol der richtigen Auffassungen zu haben und allein zu wissen, was und was nicht in der Partei wirklich diskutiert werden kann.

Der X. Parteitag hat noch auf andere Art die Möglichkeit offener ideologischer Debatten eingeschränkt, indem er die Autorität des Zentralkomitees, das gerade Ort breitangelegter und vertiefter Diskussionen war, erheblich abbaute. Nunmehr hört das Zentralkomitee in der Tat auf, das oberste Organ der Partei zwischen den Parteitagen zu sein. Seine ordentlichen

87 LW 32, S. 263
88 vgl. LW 32, S. 267

Versammlungen liegen zeitlich weit auseinander; sie finden von nun an nur noch alle zwei Monate statt; außerdem wird die Macht des Zentralkomitees praktisch an das Politbüro übertragen, das ab 1921 sieben Mitglieder hat. Innerhalb des Politbüros selbst erlangen mehr und mehr die Vertreter des Verwaltungsapparats der Partei eine beherrschende Position, diejenigen, die die Leitung des Sekretariats, des Büros für Aufgabenverteilung und Stellenzuweisung usw. innehaben. So verändert sich das Politbüro, das früher nur ein einfaches Arbeitsorgan des Zentralkomitees war, in ein oberstes Parteiorgan, das eng mit dem Verwaltungsapparat und dem Sekretariat des Zentralkomitees verbunden ist, dessen Machtbefugnisse stark vergrößert werden.

Der X. Parteitag markiert so in verschiedener Hinsicht den Abschluß der Debatten gegen Ende des "Kriegskommunismus": durch seine Ablehnung der Thesen beider Oppositionen und durch die Beschränkungen, die er in der Tat den offenen Diskussionen innerhalb der bolschewistischen Partei auferlegt. Der X. Parteitag stellt jedoch in einem tieferen Sinn das Ende eines Abschnitts und den Beginn eines neuen Abschnitts dar; er leitet nämlich die "Neue Ökonomische Politik" (NEP) (89) ein, die vor allem durch die Einstellung der Requisitionen von Agrarprodukten, den Ersatz dieser Requisitionen durch eine Naturalsteuer und die Einführung einer gewissen Handelsfreiheit zwischen Landwirtschaft und Industrie gekennzeichnet ist. Die Einführung der NEP verändert jetzt nach und nach die politische Atmosphäre, indem sie der Bourgeoisie und dem Kleinbürgertum ermöglicht, verschiedene private Initiativen zu entfalten. Das wiederum trägt unter anderem zur Verschärfung der wirtschaftlichen Ungleichheiten bei, die hauptsächlich auf der Arbeiterklasse und den armen Bauern lasten.

Unter dem Einfluß der sich verändernden politischen Atmosphäre im Zusammenhang mit der NEP, vor allem aber durch die Veränderungen innerhalb der bolschewistischen Partei, verschwinden also nach und nach die offenen Formen des ideologischen Kampfs innerhalb der Partei. Diese Kämpfe äußern sich immer öfter nur noch an der Spitze der Partei, im Politbüro und manchmal im Zentralkomitee, ohne Beteiligung der Gesamtheit der aktiven Parteimitglieder und der Kader.

Vor der Behandlung der "versteckten" ideologischen und politischen Kämpfe, die für den Beginn der NEP vor Lenins Tod charakteristisch sind, scheint es noch notwendig, das begrenzte Ausmaß der Differenzen zwischen der Mehrheit der bolschewistischen Partei und der "Arbeiteropposition" hervorzuheben und daran anschließend in Erinnerung zu rufen, was zu dieser Zeit bei den gesamten ideologischen und politischen Kämpfen innerhalb der Partei auf dem Spiel steht.

89 Wir werden im Fünften Teil dieses Buches sehen, wie die Konzeption der NEP sich im Lauf der letzten aktiven Jahre Lenins entwickelte.

2. Der begrenzte Charakter der Differenzen zwischen der Mehrheit der Partei und der "Arbeiteropposition"

Von allen ideologischen Kämpfen, die zwischen 1918 und 1921 in der bolschewistischen Partei stattfanden, ist der Kampf, den die Thesen der "Arbeiteropposition" auslösten, um seiner Tragweite und seiner Grenzen willen der bedeutendste. Die Tragweite dieser Thesen ist insofern erheblich, als die "Arbeiteropposition" eine Reihe von Grundfragen aufwarf. Sie unterstrich die großen Gefahren, denen die sozialistische Zukunft Rußlands durch die zunehmenden Machtbefugnisse der bürgerlichen Spezialisten und Verwalter ausgesetzt war; sie kämpfte darum, den Arbeitern eine breite Initiative zu gewähren und ihnen großes Vertrauen entgegenzubringen, sowie für die Einführung von Organisationsformen, die eine wirkliche Entwicklung dieser Initiativen ermöglichen sollten; sie verlangte, daß ein wirkungsvoller Kampf geführt werde gegen die Tendenzen zur Verselbständigung der Verwaltungsapparate und zu deren Vorherrschaft über die Massen; sie sprach sich für Kritikfreiheit innerhalb der Partei und für alle Werktätigen aus, in erster Linie für die Arbeiter und ihre gewerkschaftlichen Organisationen; sie forderte die regelmäßige Teilnahme aller Mitglieder der Partei an der produktiven Handarbeit und eine Verringerung der Ungleichheiten der Löhne, Ungleichheiten, die sich während des "Kriegskommunismus" verschärft hatten.

Diese Thesen der "Arbeiteropposition" greifen hauptsächlich das auf, was Lenin in den *Aprilthesen* und in *Staat und Revolution* entwickelt hatte; sie sind Ausdruck der Wünsche eines Teils der sowjetischen Arbeiterklasse und formulieren gewisse Voraussetzungen für den Fortschritt der Revolution auf dem sozialistischen Weg.

Diese Thesen wurden zu einem besonders schwierigen Zeitpunkt entwickelt: nämlich im Verlauf der sozialen und politischen Krise vom Winter 1920/21, zur Zeit der Ereignisse von Kronstadt, das heißt in einem Augenblick, als Kräfte, die gegenüber der Diktatur des Proletariats objektiv feindlich waren, die außerdem direkt vom Imperialismus benutzt werden konnten, offen die politische Szene betraten; diese feindlichen Kräfte formulierten zudem Forderungen, die – wenigstens teilweise – mit den Thesen der "Arbeiteropposition" übereinzustimmen schienen. Das Zusammentreffen dieser Faktoren hat Lenin zweifellos dazu bewogen, in dieser Lage gegenüber dieser Opposition eine besonders harte Haltung einzunehmen und eine tiefergreifende kritische Untersuchung dieser Thesen zu unterlassen.

Man braucht nur Lenins Beiträge nachzulesen, um zu sehen, wie sehr dieser X. Parteitag von den Ereignissen in Kronstadt beherrscht wurde und in welchem Maß sich die "Arbeiteropposition" vorwerfen lassen mußte, daß sie ihre Thesen gerade zu diesem Zeitpunkt vorbrachte. So erklärte Lenin in seiner Rede vom 9. März 1921, als er sich an die "Arbeiteropposition" wandte:

"Sie sind zum Parteitag mit der Broschüre der Genossin Kollontai gekommen, mit einer Broschüre, auf deren Titelblatt steht: 'Die

'Arbeiteropposition'. Sie haben die letzten Korrekturbogen in Druck gegeben, als Ihnen die Ereignisse von Kronstadt und die Erhebung der kleinbürgerlichen Konterrevolution bekannt waren. Und in diesem Augenblick kommen Sie mit der Bezeichnung 'Arbeiteropposition'! Sie begreifen nicht, welche Verantwortung Sie auf sich laden und wie Sie die Einheit verletzen!" (90)

Kurz danach geht Lenin noch weiter, indem er die "Arbeiteropposition" praktisch den Anarchisten und Syndikalisten gleichsetzt, die die Notwendigkeit einer kommunistischen Führung für die Erhaltung der Diktatur des Proletariats nicht einsehen; das geht sicher über die Äußerungen der "Arbeiteropposition" hinaus; aber es entspricht den Schlußfolgerungen, die man aus ihren Thesen ziehen kann, denkt man ihre "Logik" zu Ende.

Indessen schränken, abgesehen von der aktuellen Lage, andere Momente, die sich auf ihren Inhalt beziehen, die Bedeutung dieser Thesen erheblich ein.

Zunächst einmal sind sie nicht theoretisch durchgearbeitet. Sogar wenn sie grundlegende Besorgnisse formulieren und wenn sie Fragen angehen, deren Lösung entscheidend ist, um das Fortschreiten der Revolution auf dem sozialistischen Weg zu sichern, wird nicht solide argumentiert. Sie beruhen nicht auf einer rigorosen Analyse des Verhältnisses zwischen wirtschaftlicher Basis und Überbau, der Beziehungen zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen; darüber hinaus übergehen sie praktisch – wie die Thesen der Mehrheit übrigens auch – die entscheidende Frage der *Bedingungen* eines wirklichen *politischen* Bündnisses mit der Bauernschaft; im Fall der Thesen der "Arbeiteropposition" ist das besonders schwerwiegend; denn die erweiterte Rolle, die diese Opposition für die Arbeitergewerkschaften fordert, kann leicht – dadurch, daß sie mit Vorrang die Forderungen der Arbeiter erfüllt – zu einem tiefgehenden Bruch mit der Bauernschaft führen. In dieser Hinsicht nimmt die "Arbeiteropposition" die Position eines "Arbeiterkults"* ein, die mit der Führungsrolle des Proletariats unvereinbar ist, vor allem in einem Land, wo die Bauern in der Mehrheit sind.

Allgemein gesehen sind die Thesen der "Arbeiteropposition" Ausdruck von *teilweise richtigen* Bestrebungen, aber sie brechen nicht mit dem, was noch an "Ökonomismus" in den Gesamtauffassungen der bolschewistischen Partei verblieb; darin liegt ihre große Schwäche; dies betrifft die Verteidigung der Diktatur des Proletariats und die Führungsrolle, die die Partei des Proletariats in dieser Verteidigung notwendigerweise innehaben muß.

Konkret beinhalten die Thesen der "Arbeiteropposition" Widersprüche, die ihre Tragweite ebenfalls erheblich einschränken. So verlangen sie einerseits, daß die *Gewerkschaften der Produzenten eine führende Rolle in der Wirtschaft spielen* (was einer *"syndikalistischen" Praxis* den Weg bahnt, einer Praxis, *die nicht der Gesamtpolitik des Proletariats den Vorrang gibt,*

90 LW 32, S. 196

* frz. Ausgabe: position "ouvriériste"

sondern den Interessen einzelner Branchen und Berufe). Andererseits prangern die Anhänger der "Arbeiteropposition" – zu Recht übrigens – die "Bürokratisierung" an, die sich im sowjetischen Gewerkschaftssystem im Lauf des "Kriegskommunismus" durchgesetzt hat, was Lenin, als er über die – von Sapranow vorgeschlagenen – Thesen der "Arbeiteropposition" spricht, zu der Bemerkung veranlaßt:

> "Die 'Sapranowleute' haben es fertiggebracht, in ein und derselben These (Nr. 3) über die 'tiefgehende Krise' und die 'bürokratische Erstarrung' der Gewerkschaften zu räsonieren und gleichzeitig als 'absolut' notwendig eine 'Erweiterung der *Rechte* der Gewerkschaften in der Produktion' vorzuschlagen (...), vermutlich wegen ihrer 'bürokratischen Erstarrung'? Kann man denn eine solche Gruppe ernst nehmen?" (91)

Die Hauptschwäche der Thesen der "Arbeiteropposition" rührt jedoch, wie schon gesagt, daher, daß sie die Frage der grundsätzlichen Bedingungen der Erhaltung und Stärkung der Diktatur des Proletariats nicht angehen, vor allem die Frage der Führungsrolle der proletarischen Partei und die der *spezifischen Verhältnisse dieser Partei zur Gesamtheit der Volksmassen.* Es ist notwendig, das durch die nähere Untersuchung einiger konkreter Fragen, die im Verlauf der Diskussion auf dem X. Parteitag angeschnitten worden sind, zu verdeutlichen.

a) Das Problem der "Ernennungsweise" der Kader und Funktionäre

In der Diskussion zwischen der "Arbeiteropposition" und der Mehrheit des Zentralkomitees ist die Frage nach dem *gegenseitigen Vertrauensverhältnis,* das zwischen der bolschewistischen Partei und den gesamten Volksmassen bestehen muß, damit die Partei ihre Führungsrolle korrekt erfüllen kann, mit einbeschlossen. Aber anstatt diese Frage explizit zu stellen, debattieren die Mehrheit des Zentralkomitees und die "Arbeiteropposition" über die Art und Weise der Ernennung der politisch, administrativ und wirtschaftlich Verantwortlichen. Für die Mehrheit des ZK kann die Partei ihre Führungsrolle erst dann wirklich erfüllen, wenn eine bedeutende Anzahl von Verantwortlichen, einschließlich der Gewerkschaftsführer, von der Partei *ernannt* werden. Für die "Arbeiteropposition" stimmt einzig und allein die Wahl der Verantwortlichen mit den Prinzipien des Sozialismus überein und gewährleistet das Vertrauen der Volksmassen in die von ihnen gewählten Verantwortlichen.

Indem sie die Diskussion auf dieser Ebene führt, *weigert sich* die "Arbeiteropposition", *zuerst die konkrete Situation zu untersuchen;* darüber hinaus beschränkt sie ihre Argumentation auf das ideologische Begriffspaar "Wahl/Ernennung von oben"; sie bleibt also in der politisch-juristischen Ideo-

91 LW 32, S. 36

logie der Bourgeoisie befangen; das hindert sie daran, das wirkliche Problem auf klare Weise zu stellen: das Problem der konkreten Beziehungen, die in einer bestimmten Lage zwischen der Partei und den Volksmassen bestehen müssen.

Wenn man die Hintergründe der Positionen der "Arbeiteropposition" begreifen will, sollte man daran erinnern, daß sie sich in die politische Linie der verschiedenen "Linksoppositionen" einreihen, die seit Anfang 1918 innerhalb der bolschewistischen Partei auftraten. Diese Oppositionen beziehen sich sehr allgemein auf Texte von Lenin selbst, in denen er das "Prinzip" der Wahl aller Funktionäre vertritt, so zum Beispiel, wenn er erklärt:

> "Die uneingeschränkte Wählbarkeit und die *jederzeitige* Absetzbarkeit ausnahmslos aller beamteten Personen, die Reduzierung ihrer Gehälter auf den gewöhnlichen 'Arbeiterlohn', diese einfachen und 'selbstverständlichen' demokratischen Maßnahmen, bei denen sich die Interessen der Arbeiter völlig mit denen der Mehrheit der Bauern decken, dienen gleichzeitig als Brücke, die vom Kapitalismus zum Sozialismus führt." (92)

Nun lehnt Lenin seit dem IX. Parteitag der bolschewistischen Partei (29. März – 5. April 1920) die Thesen derer ab, die an seine früheren Erklärungen erinnerten. Denn für ihn sind sie unter den bestehenden Bedingungen nicht anwendbar und sogar *unvereinbar mit den Erfahrungen nach den zwei Jahren an der Macht.* Lenin erklärt nämlich, daß man nach diesen "zwei Jahren Erfahrung" über bestimmte Fragen nicht urteilen kann, als gehe man sie zum erstenmal an.

> "Wir haben während der Smolnyperiode und um diese Zeit herum genug Dummheiten gemacht. Dessen brauchen wir uns nicht zu schämen. Wo hätten wir die Weisheit hernehmen sollen, als wir zum erstenmal das neue Werk in Angriff nahmen!" (93)

In demselben Bericht, den er dem IX. Parteitag am 29. März 1920 im Namen des Zentralkomitees vorlegt, greift Lenin jene an, die die kollektive Leitung und die Wahl der Kader und der Verantwortlichen (in den Gewerkschaften oder in anderen Apparaten) vorschlagen, wenn er erklärt:

> "All das Geschrei über Ernennungen muß aufhören, dieser ganze alte, schädliche Plunder, den man in den verschiedensten Resolutionen und Gesprächen finden kann, muß hinausgefegt werden. Sonst können wir nicht siegen. Haben wir uns diese Lehren in den zwei Jahren nicht zu eigen gemacht, so sind wir zurückgeblieben. Wer aber zurückbleibt, der wird geschlagen." (94)

In Wirklichkeit verbirgt sich jedoch hinter dem Scheinproblem Wahl/Ernennung von oben ein realer Kern: die Frage der *Beratung mit den Massen*, nicht nur als Appell an ihre Vorschläge, sondern auch und vor allem an ihre Kritik. Allein diese Beratung und dieser Aufruf zur Kritik ermöglichen der Partei, die Initiativen und die Hinweise der Massen zusammenzufassen, um daraus in Übereinstimmung mit den Gesamtinteressen der Diktatur des Proletariats Schlußfolgerungen zu ziehen.

92 LW 25, S. 434
93 LW 30, S. 451
94 LW 30, S. 452

Das wahre Problem ist nämlich nicht das der "Form der Ernennung", sondern das des *konkreten*, tatsächlichen *Verhältnisses* zwischen der Partei, den staatlichen Apparaten und den Volksmassen. Nun wird der Charakter dieses Verhältnisses nicht grundsätzlich bestimmt durch die "Ernennungsweise" derer, aus denen sich diese Apparate zusammensetzen. Er hängt *von einer Gesamtheit gesellschaftlicher Praktiken ab und den ideologischen Verhältnissen, die sich in diesen Praktiken entwickeln.*

Anfang 1921 versucht Lenin mehr und mehr auf eine andere Ebene als die des ideologischen Begriffspaars "Ernennung/Wahl" zu gelangen. Er ist sich über die Notwendigkeit, neue Ausdrucksmöglichkeiten für die Anliegen der Massen zu schaffen, im klaren und er weiß sehr genau: bleibt der Ausdruck dieser Bestrebungen in den *Formen der bürgerlichen Demokratie* befangen, so ist das Risiko groß, daß sich *eine politische Offensive der Bourgeoisie* durch die Tätigkeit der Menschewiki, der Sozialrevolutionäre und der Anarchisten entwickelt. Um sich auf eine andere Ebene zu stellen, um wegzukommen von der Ebene des ideologischen Begriffspaars "Ernennung/Wahl", erwägt Lenin die Vermehrung der *Konferenzen der Parteilosen*. Diese Konferenzen sollen es den bolschewistischen Parteimitgliedern ermöglichen, die Kritik der Massen anzuhören, ihnen *Rechnung zu tragen* und *praktisch* darauf *zu antworten.* Anfang 1921 schreibt Lenin zum Beispiel (als Antwort an die bolschewistischen Parteimitglieder, die Angst vor den Konferenzen der Parteilosen haben, weil sie fürchten, diese begünstigten die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre): "Parteilosenkonferenzen (sind) *kein* absolutes politisches Werkzeug der Menschewiki und Sozialrevolutionäre + Anarchisten." (95)

Tatsächlich wird, aufgrund der Verschlechterung der politischen und wirtschaftlichen Lage, besonders aufgrund der Hungersnot von 1921, der endgültige Text der Broschüre über die Naturalsteuer viel zurückhaltender ausfallen als der ursprüngliche Plan über diese Frage der Parteilosenkonferenzen (gerade wegen des dauerhaften Einflusses der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre, vor allem unter den Bauernmassen); so erklärt Lenin in dieser Broschüre:

> "*Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre haben nun gelernt, sich den Anstrich von 'Parteilosen' zu geben.* Das ist vollauf erwiesen. Und nur Dummköpfe können das jetzt nicht sehen, können nicht begreifen, daß wir uns nicht betölpeln lassen dürfen. Die Parteilosenkonferenzen sind kein Fetisch. Sie sind wertvoll, wenn man durch sie der noch unberührten

95 LW 32, S. 337; es handelt sich um Lenins Notizen zur Vorbereitung des Plans der Broschüre *Über die Naturalsteuer.*

Masse, den außerhalb der Politik stehenden Schichten der werktätigen Millionen näherkommen kann, sie sind aber schädlich, wenn sie eine Plattform abgeben für die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die sich den Anstrich von 'Parteilosen' gegeben haben." (96)

Aufgrund der außerordentlichen Schwierigkeiten, die das Ende des "Kriegskommunismus" kennzeichnen und aufgrund des erneuten Aufschwungs der Aktivitäten der kleinbürgerlichen Parteien, der durch diese Schwierigkeiten möglich wird, hat sich die bolschewistische Partei 1921 keiner breiten Diskussionskampagne unter den Massen und keiner systematischen Anhörung ihrer Kritik zugewandt.

b) Die Verselbständigung der staatlichen Verwaltungsapparate und die Vorstellung von Wirksamkeit und Unwirksamkeit

Ein anderes ideologisches Begriffspaar hat dazu beigetragen, die Basis der Diskussion und der Reflexion über die Verselbständigung der staatlichen Verwaltungsapparate in falscher Weise einzuschränken. Es ist das ideologische Begriffspaar "Wirksamkeit/Unwirksamkeit". Bezieht man diese Vorstellungen in die Erwägung mit ein, führt das zur Verkürzung eines grundsätzlich *politischen* Problems auf ein "technisches". Die wesentlichen Argumente, die für eine gewisse Verselbständigung der staatlichen Verwaltungsapparate vorgebracht werden, beruhen nämlich mehr oder weniger auf der Vorstellung der "technischen Wirksamkeit". Nun benutzen die meisten, die sich in der bolschewistischen Partei gegen diese Verselbständigung aussprechen, auch Argumente, die auf dem Begriff der "Wirksamkeit" — beruhen.

Scheinbar *tendiert* die Argumentation der "Arbeiteropposition" dahin, den Zirkel, in dem die Diskussion und die Reflexion über diese Fragen bis dahin befangen war, zu durchbrechen; besonders, wenn sie erklärt, das *politische* Problem der Beziehungen der Machtorgane zu den Arbeitermassen könne weder durch das Aufgehen der Gewerkschaften im Staatsapparat (wie es Trotzki und Bucharin konzipieren) gelöst werden, noch dadurch, daß man angeblich wartet, bis die Massen genügend "erzogen" sind, um die sowjetischen Institutionen von neuem mit Leben zu füllen (97).

Die "Arbeiteropposition" prangert zu Recht die Illusionen an, die die Rückkehr zu einer sowjetischen Demokratie in weite Ferne rücken (auf den Tag, an dem die Massen besser "erzogen" sein werden – aber von wem?); aber sie ist unfähig, *den Weg einer Selbsterziehung* der Volksmassen zu zeigen; den Weg ihrer Schulung durch die eigenen Fehler unter Bedingungen, die nicht zur raschen Restauration der Diktatur der Bourgeoisie und der

96 LW 32, S. 376

97 vgl. zu diesem Punkt die Übersetzung der Broschüre von Kollontai *Die Arbeiteropposition in Rußland*, Hamburg 1972, S. 131–177

imperialistischen Herrschaft führen. Tatsächlich bleibt die "Arbeiteropposition" auf dem Boden des "Ökonomismus", dessen "spontaneistische" Form suggeriert, die Stellung im Produktionsprozeß "erzeuge" spontan ein proletarisches Klassenbewußtsein, was schließlich jedes Problem der Erziehung und Selbsterziehung "verschwinden läßt". Im Gegensatz zu verschiedenen Erscheinungsformen stellt sich die "Arbeiteropposition" – durch ihr Beharren auf einer bestimmten Variante des "Ökonomismus" – auf dieselbe Basis, wie die Mehrheit des Zentralkomitees, wenngleich sie kurzfristig zu anderen praktischen Schlußfolgerungen kommt.

Gegen Ende des "Kriegskommunismus" hofft die bolschewistische Partei, aufgrund der Wiederaufnahme der Produktion und der Entwicklung des Austauschs, auf eine spontane Wiedereinbeziehung der Massen in das Funktionieren der sowjetischen Demokratie. Eine solche Hoffnung drückt einen gewissen "Ökonomismus" aus, dem Lenin nicht vollkommen entgeht, wenn er, anstatt die Verselbständigung der staatlichen Verwaltungsapparate und die Entwicklung der Bürokratie hauptsächlich durch die Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse und den Klassenkampf der Bourgeoisie zu erklären, darin ein Produkt der *wirtschaftlichen Lage* selbst, das heißt eine Folge der Desorganisierung des Austauschs, der Not usw. sieht (98). Eine solche Analyse kann suggerieren, das Absterben der Bürokratie werde aus der Wiederaufnahme der Produktion, ihrer Zentralisierung, aus dem Kampf gegen den Analphabetismus, usw. folgen. Selbstverständlich war das nicht der Standpunkt Lenins, der die Existenz der Bourgeoisie ausdrücklich auf die kleine Warenproduktion, auf die Existenz bürgerlicher und klein-bürgerlicher Elemente zurückführte und der diejenigen "Scharlatane" nannte, die vorgaben, die Bürokratie anzugreifen, ohne ihre *soziale Basis* anzugreifen (99); nichtsdestoweniger wurden verschiedene Texte Lenins später in einem "ökonomistischen" Sinn interpretiert, unter anderem vom Trotzkismus, der vorgibt, die Existenz der "Bürokratie" durch den "niedrigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte" zu "erklären".

Um auf die "Arbeiteropposition" zurückzukommen: man kann sagen, daß ihre Niederlage hauptsächlich durch den äußerst beschränkten Charakter ihrer Vorschläge verursacht wurde und durch ihre Unfähigkeit (die zweifellos von ihrem "spontaneistischen Arbeiterkult" und vom Mangel an Erfahrung herrührt), einen wirklich neuen Weg zu zeigen und einen politischen Kampf zu führen, der sich in das Zusammenwirken der Widersprüche insgesamt einfügt und die Stärkung der Diktatur des Proletariats gewährleistet. Dieser beschränkte Charakter und diese Unfähigkeit, die man auch bei anderen bolschewistischen Führern findet, haben dazu beigetragen, spätere Versuchen (vor allem Lenins) den Weg zu verstellen; Versuche, die die Praxis der bolschewistischen Partei um eine *Massenlinie* erweitern sollte, *um die Bauern auf den sozialistischen Weg zu bringen.* Die späteren "Links-

98 vgl. LW 32, S. 365

99 vgl. Lenins Eingreifen auf dem zweiten Gesamtrussischen Verbandstag der Bergarbeiter (in: LW 32, S. 42) und den Bericht über die politische Tätigkeit des ZK zum X. Parteitag (a.a.O., S. 190/191)

oppositionen" fallen in dieser Hinsicht noch hinter die "Arbeiteropposition" zurück. Aus diesem Grund war der Weg frei für eine Offensive des Rechtsopportunismus, der sich übrigens nicht deutlich und offen in dieser Form darstellt.

Vor der Behandlung dieses Punktes muß noch daran erinnert werden, was bei den ideologischen und politischen Kämpfen innerhalb der bolschewistischen Partei letztlich auf dem Spiel steht.

3. Die ideologischen und politischen Kämpfe innerhalb der bolschewistischen Partei, ihre Bedeutung und ihre Folgen

Die historische Erfahrung der proletarischen Parteien, unter anderem der bolschewistischen Partei und der kommunistischen Partei Chinas, zeigt, was bei den Auseinandersetzungen innerhalb solcher Parteien auf dem Spiel steht (sogar wenn die Differenzen nur um "Nuancen" zu gehen scheinen). Es geht dabei um die Ausarbeitung einer richtigen politischen Linie, die es der Arbeiterklasse ermöglicht, ihre ideologische und politische Vorherrschaft zu erobern und anschließend zu festigen; *auf längere Sicht* steht der proletarische Charakter der Partei selbst auf dem Spiel. Er kann nur dauerhaft erhalten bleiben, wenn die *ideologische Einheit der Partei auf den Prinzipien des revolutionären Marxismus beruht und wenn die Arbeitsweise der Partei nach diesen Prinzipien verläuft,* wodurch sie zur revolutionären Vorhut wird, die von den werktätigen Massen unterstützt wird. Die ideologische Einheit einer revolutionären Partei kann Fehler der politischen Linie nicht lange überdauern; eine Partei, die *längere Zeit eine nichtproletarische Linie verfolgt,* ist schließlich dazu *verurteilt, die Prinzipien, auf die sie sich beruft, zu verleugnen* und die Unterstützung der fortgeschrittenen Elemente des Proletariats und der Volksmassen zu verlieren.

Eine breite Diskussion, die *die Bilanz der Resultate zieht, zu denen die tatsächliche Anwendung der politischen Linie in der Praxis führt,* ist jedoch unerläßlich – besonders, wenn noch keine vorhergehende Erfahrung besteht –, um die mehr oder weniger korrekten Aspekte der befolgten Linie zu bestimmen und die *Berichtigungen*, die diese Linie angesichts der gesammelten Erfahrungen und der Veränderungen in der objektiven Situation erfordert. Die Diskussion ist notwendig, da es kein "Rezept" gibt, das es erlaubt, *von vornherein* (a priori) zu erklären, welche Maßnahmen oder welche Losungen den grundlegenden Interessen des Proletariats dienen und welche nicht – es sei denn, es handelt sich um offene Verletzungen der Prinzipien des revolutionären Marxismus. Allein eine gründliche Untersuchung der Realität, der Praxis und der Thesen, mit denen man es zu tun hat, ermöglicht es, auf korrekte Weise über die Fragen zu entscheiden, die von der konkreten Ausarbeitung einer richtigen Linie und ihrer praktischen Anwendung aufgeworfen werden. Allein die Beachtung des demokratischen Zentralismus unter der Bedingung, daß die Demokratie dabei der beherrschende Aspekt ist, erlaubt es denen, die richtige Auffassungen vertreten und in der Minderheit sind, sich Gehör zu verschaffen, falls sie selbst wagen, gegen den Strom zu schwimmen.

Eine konkrete politische Linie hat nur dann proletarischen Charakter, wenn sie die Prinzipien des revolutionären Marxismus nicht verletzt; aber darüberhinaus muß sie *tatsächlich den Erfordernissen der konkreten Situation entsprechen.* Die politische Linie muß also – vom Standpunkt des Proletariats aus – die richtige Behandlung des *Hauptwiderspruchs,* der die *besondere* Situation, in der man sich befindet, kennzeichnet und die richtige Behandlung der dem Hauptwiderspruch untergeordneten Nebenwidersprüche ermöglichen.

In einer sich schnell ändernden Lage kann eine besondere politische Linie oder eine Losung, die zu einem bestimmten Zeitpunkt korrekt war, kurze Zeit danach falsch werden. Zum Beispiel war die Losung "Alle Macht den Sowjets" eine richtige Losung zwischen dem 27. Februar und dem 4. Juli 1917, zu einem Zeitpunkt, als die bewaffnete Konterrevolution nicht bedrohlich war; nach dem 4. Juli ist sie nicht mehr korrekt, als – wie Lenin schreibt –

> "... sich die konterrevolutionäre Bourgeoisie, Hand in Hand mit den Monarchisten und Schwarzhundertern, die kleinbürgerlichen Sozialrevolutionäre und Menschewiki einverleibt, nachdem sie diese zum Teil eingeschüchtert hatte, und sie hat die wirkliche Staatsmacht in die Hände der Cavaignac gelegt, in die Hände einer Militärclique." (100)

Was auf diese oder jene Losung, auf diese oder jene Maßnahme einer Partei zutrifft, gilt auch für ihre konkrete politische Linie. Diese Linie kann nur revolutionär und proletarisch sein, *wenn sie den Erfordernissen der konkreten Situation entspricht.* Sobald die Situation sich ändert – wenn man zum Beispiel von einer Periode des Bürgerkriegs zu einer Periode des friedlichen Aufbaus übergeht –, müssen daher entsprechende Veränderungen an der Linie, den Maßnahmen und den Losungen der Partei vorgenommen werden.

Um die an sie gestellten Forderungen zu erfüllen, muß eine proletarische Partei die von ihr begangenen *Fehler rechtzeitig erkennen und berichtigen* können. Eine revolutionäre Partei kann sogar schwere Fehler begehen, ohne ihren proletarischen Charakter zu verlieren; sie verliert ihn, wenn sie auf Dauer nicht mehr *erkennen* kann, daß sie sich getäuscht hat und wenn sie unfähig wird, ihre politische Linie zu berichtigen.

Der Prozeß, die Fehler zu erkennen und zu berichtigen, kann sich nur unter der Bedingung eines zureichend offenen ideologischen Kampfs voll entwickeln. Wenn dieser Kampf fehlt, wird es immer schwieriger, eine proletarische Linie auszuarbeiten und durchzuführen und langfristig den proletarischen Charakter der Partei zu erhalten (und in Konsequenz den proletarischen Charakter der Staatsmacht, falls die Partei an der Macht ist).

100 vgl. Lenin, *Zu den Losungen,* in: LW 25, S. 183

Wenn sich in einer proletarischen Partei mehrere Linien gegenüberstehen, die *scheinbar* den revolutionären Anforderungen entsprechen, kann man nur mithilfe einer *theoretischen Analyse* und einer *konkreten Untersuchung* (das heißt auch der kritischen Untersuchung der *jetzigen und früheren Praxis)* bestimmen, welche dieser Linien tatsächlich den Interessen des Proletariats am besten dient. Die offene Diskussion, die Kritik und Selbstkritik sind also von außerordentlicher Bedeutung. Sie ermöglichen, Untersuchungen möglichst weit voranzutreiben, alle feinen Unterschiede zu erfassen, eine detaillierte Bilanz zu ziehen und *aus den vergangenen Fehlern zu lernen,* also zu berichtigen, was falsch war.

Solange es Klassen gibt, *widerspiegelt sich der Klassenkampf, der in der Gesellschaft geführt wird, in der Form eines ideologischen und politischen Kampfs in der Partei.* Daher steht die proletarische Linie (diejenige, die konkret am geeignetsten ist, den Interessen des Proletariats zu dienen) notwendigerweise der bürgerlichen Linie gegenüber. Die bürgerliche Linie ist diejenige, die unter den gegebenen Bedingungen am besten den Interessen der Bourgeoisie dient. Im Verhältnis zur bürgerlichen und proletarischen Linie vertreten die anderen Linien rechts- oder "links"-opportunistische Richtungen. Eine opportunistische Linie kann unter den Umständen, wo sie den Interessen der Bourgeoisie besser entspricht, zu einer bürgerlichen Linie werden. Zu einem bestimmten Zeitpunkt verdeckt die Existenz einer bestimmten bürgerlichen Linie den bürgerlichen Inhalt dieser oder jener opportunistischen Tendenz, die so *scheinbar* mit der proletarischen Linie "verschmilzt", die sich ihr aber in einer späteren Etappe offen entgegenstellen wird. Ein korrekter ideologischer Kampf verlangt, daß die bürgerliche Linie zu jedem Zeitpunkt die *wichtigste Zielscheibe* ist, ohne daß die opportunistische Tendenz aus dem Auge verloren wird. So ist im November/Dezember 1920 die Hauptzielscheibe Lenins die Opposition Trotzkis und Bucharins; danach, als diese Opposition praktisch geschlagen war, wurde die "Arbeiteropposition" zum Hauptangriffspunkt.

Es gibt auch hier kein "Rezept", das es ermöglicht, die jeweilige bürgerliche Linie "auf den ersten Blick zu erkennen". Oft handelt es sich um eine Linie, die der revolutionären Linie *scheinbar* besonders "nahesteht"; denn sie kann eine große Anzahl von Parteimitgliedern *besonders gut täuschen.* Sie *scheint* die revolutionäre Orientierung lediglich zu ihrem "logischen Schluß" zu führen. Erst wenn ihr wahrer Klassencharakter enthüllt ist, verliert die bürgerliche Linie den Anschein, der revolutionären Linie "nahezustehen"; aber ihre Stelle wird dann notwendigerweise durch eine andere Tendenz eingenommen, die ihrerseits mit der revolutionären Linie zu "verschmelzen" (in ihr "aufzugehen") scheint.

Die Verteidiger einer bürgerlichen Linie sind *objektiv Vertreter* der Bourgeoisie in der proletarischen Partei; aber das bedeutet nicht, daß sie *"bewußte* Agenten" sind. Man muß also davon ausgehen, daß diese Parteimitglieder (und zwar in stärkerem Maß diejenigen, die lediglich von einer nichtproletarischen Linie beeinflußt sind) *für die proletarische Linie*

gewonnen werden können. Daher ist es so wichtig, denjenigen, die sich gegen die proletarische Linie stellen, *"einen Ausweg offenzulassen",* falls sie nicht spalterisch vorgehen und doppeltes Spiel treiben.

Offensichtlich gibt es keinerlei "Garantie" dafür – und die Erfahrung bestätigt das –, daß eine proletarische Partei zu jedem Zeitpunkt an der vom Standpunkt der Interessen des Proletariats aus richtigen Linie, an der revolutionären Linie, festhält.

Die Bestimmung der revolutionären proletarischen Linie kann also nicht durch einen "einfachen Mehrheitsbeschluß" geschehen, weder in einer Arbeiter- oder Volksversammlung noch auf einem Parteitag oder einer Zusammenkunft des Zentralkomitees. Die Erfahrung zeigt, daß *angesichts einer von Grund auf neuen Situation* im allgemeinen nur eine Minderheit den richtigen Weg findet, selbst in einer erfahrenen proletarischen Partei. Unter diesen Umständen zu glauben, ein Mehrheitsbeschluß könne über die Schwierigkeiten entscheiden und die richtige Linie bestimmen, wäre vollkommen illusorisch. Allgemein erscheint das, was richtig ist, nicht unmittelbar als solches; nur im Kampf, in der freien Diskussion, in der Erprobung und Bewährung durch die Zeit erweist sich das Richtige.

Damit das Neue und Richtige sich ohne zu große Schwierigkeiten einen Weg bahnen kann, darf man nicht vorgeben, durch die vereinfachte Methode einer Wahl über Richtiges und Falsches entscheiden zu können, wenn das, worum es geht, analysiert und diskutiert werden muß (was nicht hindert, daß man auf der Ebene der unmittelbaren praktischen Entscheidungen manchmal auf die Abstimmung zurückgreifen muß, bevor ein Problem unter allen Aspekten untersucht worden ist).

Es ist daher kein Zufall, daß Lenin mehr als einmal bei Abstimmungen in entscheidenden Situationen geschlagen wurde und *"gegen den Strom schwimmen"* mußte; wie Mao Tse-tung sagt, *"gegen die Strömung anzukämpfen, ist ein Prinzip des Marxismus-Leninismus!"* (101) Es ist also wesentlich, daß die neuen revolutionären Ideen vertreten werden können und daß ihre Wortführer das Recht und den Mut haben, sie zu vertreten.

Das Richtige vom Falschen zu unterscheiden in Hinsicht auf die Bedingungen der Stärkung der Diktatur des Proletariats, ist umso schwerer, als die Praxis der Machtausübung durch das Proletariat historisch in den Kinderschuhen steckt im Vergleich zur jahrtausendealten Erfahrung der ausbeutenden Klassen. Das ist auch der Grund, warum das, was vor fünfzig Jahren als selbstverständlich erscheinen konnte und was es auf der Grundlage der Erfahrung von damals und der entsprechenden Entwicklung der Theorie auch war, sich heute als nur teilweise wahr herausstellen kann. Es gehört zum Wesen jeder wissenschaftlichen Wahrheit, sich entwickeln und erweitern zu können und so zu einer neuen Wahrheit zu gelangen, indem die in Wirklichkeit falschen Elemente der "alten Wahrheit" aufgegeben werden.

Wenn auch innerhalb einer bolschewistischen Partei die Existenz einer Mehrheit, die eine bestimmte politische Linie oder bestimmte Maßnahmen

101 s. *Peking Rundschau* Nr. 35/36 vom 10. September 1973, S. 22

unterstützt, den proletarischen Charakter dieser Linie oder dieser Maßnahmen nicht "gewährleistet", so ist es dennoch notwendig, daß – wenn der Augenblick zum Handeln da ist und die höchsten Instanzen der Partei sich für diese Linie ausgesprochen haben – die Minderheit sich im Handeln unterordnet, dabei aber an ihrer Auffassung festhält, um später besser helfen zu können, die Fehler zu berichtigen. Nur wenn es tiefgreifende *Differenzen* gibt und es unmöglich ist, den Kurs der Partei auf andre Art zu berichtigen, ist die Spaltung der Einheit vorzuziehen (102). In diesem Fall sind diejenigen, die die Prinzipien verletzen, für die Spaltung verantwortlich.

Selbstverständlich wird die Möglichkeit, Fehler am Kurs der Partei zu berichtigen, eingeschränkt, wenn diese Fehler nicht offen, sondern in Form einer Praxis, das heißt einer verdeckten Opposition auftreten (103).

4. Die verdeckten Oppositionen zwischen 1921 und 1923

Ab 1921 entwickelt sich eine verdeckte Oppositionsströmung, die – von einer Tendenz zum Rechtsopportunismus gekennzeichnet – stark genug ist, sich bemerkbar zu machen und praktisch in die politischen Entscheidungen einzugreifen. Diese Opposition verankert sich in den Verwaltungsapparaten der Partei und des Staats, in den bürgerlichen Praktiken und in den bürgerlichen politischen Verhältnissen, die sich dort reproduzieren. Die in den Verwaltungsapparaten eingenisteten bürgerlichen Kräfte versuchen, über ihre Positionen jene Richtungen durchzusetzen, die ihre Interessen begünstigen, indem sie Einfluß auf jene Parteiführer nehmen, die aufgrund ihrer Auffassung über die richtige Linie der bolschewistischen Partei für diesen Einfluß anfällig sind.

Während Lenins Krankheit (104) setzt sich mehrere Male eine andere als Lenins Linie durch. Diese andere Linie kann als die einer "verdeckten Opposition" angesehen werden, weil sie allgemein Lenin nicht offen gegenübertritt, aber Maßnahmen befürwortet, die in Widerspruch zu Lenins Vorschlägen stehen. Das Wort "Opposition" hat allerdings hier eine besondere Bedeutung, da die von dieser "Opposition", an deren Spitze praktisch Stalin steht, vorgeschlagenen Maßnahmen mehr als einmal die Unterstützung der Mehrheit im Politbüro oder im Zentralkomitee gewinnen; diese Unterstützung ist übrigens im allgemeinen von kurzer Dauer; denn wenn Lenin eingreift, nehmen diese Organe die von ihnen beschlossenen Maßnahmen meist zurück. Zieht man in Betracht, daß die Mehrheit im Zentralkomitee und im Politbüro während Lenins Krankheit zu einem rechtsabweichlerischen Kurs tendiert, so ist es nicht verwunderlich, daß dieser Kurs nach seinem Ableben die Linie der bolschewistischen Partei stark beeinflußt.

102 Diese Tatsache wird sehr deutlich von Lenin angesprochen in seiner Broschüre *Noch einmal über die Gewerkschaften,* LW 32, vor allem S. 69

103 Eine Opposition, die sich so entwickelt, wendet das Prinzip "gegen den Strom schwimmen" nicht an, wie schon oben ausgeführt (s. oben, S. 30).

a) Die Frage des Außenhandelsmonopols

In bezug auf die Frage des Außenhandelsmonopols treten auf der Ebene des Zentralkomitees rechtsabweichlerische Positionen in Erscheinung (die übrigens danach nicht wieder in derselben Form erscheinen), und zwar zu dem Zeitpunkt, als Lenin beginnt, die ersten Auswirkungen seiner Krankheit zu spüren und als er sich für einige Wochen von der politischen Arbeit zurückziehen muß. Zu dieser Zeit (Ende 1921) findet die Rigaer Konferenz (105) statt. Der sowjetische Vertreter Miljutin geht so weit, die Abschaffung des Außenhandelsmonopols zuzusichern.

Bucharin, Sokolnikow und andere unterstützen Miljutin; sie sind tatsächlich der Ansicht, das Volkskommissariat für Außenhandel sei unfähig, den internationalen wirtschaftlichen Austausch gut zu leiten; infolgedessen schlagen sie vor, entweder die Bestimmungen des Außenhandelsmonopols abzuschwächen oder überhaupt abzuschaffen. Stalin befürwortet solche Thesen, aber Lenin sieht darin eine Bedrohung für die Zukunft der Diktatur des Proletariats. Er betont, daß ihre Annahme es den ausländischen Exporteuren ermöglichen würde, in direkten Kontakt zu den NEP-Leuten zu treten und daß sie schlicht und einfach zum Ruin der sowjetischen Industrie führen könnte; das ausländische Großkapital wäre nämlich sicher bereit, wenn es notwendig wäre, Dumpingpreise und Exportsubventionen einzuführen, um die sowjetische Industrie zu lähmen.

Das Zentralkomitee stimmt Lenin eine Zeit lang nicht zu. Erst im März 1922 setzt Lenin die Annahme einer Reihe von Dekreten durch, die das Außenhandelsmonopol stärken. Dennoch wird das Außenhandelsmonopol unter dem Einfluß jener Mitglieder des Zentralkomitees, die dagegen sind, es schlicht und einfach beizubehalten, weiterhin in Frage gestellt. In der Hoffnung, das Monopol werde abgeschafft, verschieben daraufhin ausländische Geschäftsleute, die mit sowjetischen Vertretern verhandeln, die Unterzeichnung von Verträgen, die sie gerade ratifizieren wollten. Am 15. Mai 1922 schreibt Lenin, mehr und mehr über die Entwicklung der Angelegenheit beunruhigt, einen Brief an Stalin, worin er verlangt, daß das Prinzip des Außenhandelsmonopols bekräftigt und daß jedes Vorhaben, das auf die Lockerung des Monopols abziele, verboten werde (106). An den Rand dieses Briefs, der erst 1959 veröffentlicht wurde, notiert Stalin:

104 Die Krankheit zwingt Lenin zur Aufgabe seiner Führungstätigkeit; zum erstenmal Ende 1921, dann länger zwischen Ende Mai 1922 und Oktober desselben Jahres und schließlich endgültig im Dezember 1922. Lenins politische Tätigkeit endet gänzlich im März 1923. Davor greift er häufig ein, selbst wenn er nicht in der Lage ist, seine Führungsaufgaben wahrzunehmen, indem er Briefe, Notizen und Artikel schreibt.

105 Es handelt sich um die Wirtschaftskonferenz des Baltikums, die vom 28. bis zum 31. Oktober 1921 in Riga zusammentritt. Man diskutiert dort die Bedingungen, unter denen sich die Außenhandelsbeziehungen Rußlands entwickeln sollen. W.P. Miljutin ist der Leiter der sowjetischen Delegation.

106 vgl. zu diesen Differenzen über das Außenhandelsmonopol: LW, Ergänzungsband 1917–1923, S. 440 und S. 641

"Gegen ein 'formelles Verbot' von Schritten zur *Lockerung* des Außenhandelsmonopols im *gegenwärtigen* Stadium habe ich keine Einwände. Glaube aber, daß eine *Lockerung* unvermeidlich wird." (107)

Nach seinem Eingreifen wird dem Standpunkt Lenins vom Politbüro auf seiner Sitzung vom 22. Mai zugestimmt. Aber drei Tage später wird Lenin schwer krank (seine rechte Hand und sein rechtes Bein sind gelähmt, und er kann nur noch mühsam sprechen).

Es ist bezeichnend für das Bestehen einer rechten Linie, daß die Gegner des Außenhandelsmonopols daraufhin wieder in die Offensive gehen. Am 6. Oktober 1922 *nimmt das Zentralkomitee die Vorschläge von Sokolnikow an, die wichtige Abstriche vom Staatsmonopol vorsehen.* Lenin ist noch krank, aber er kann sich über die Ereignisse auf dem laufenden halten. Daher greift er wieder ein; in seinem Brief vom 13. Oktober schreibt er ausdrücklich:

"Der Beschluß der Plenartagung des ZK vom 6. X. (...) legt eine scheinbar unwichtige Teilreform fest (...) In Wirklichkeit ist das jedoch eine Durchbrechung des Außenhandelsmonopols." (108)

Aufgrund dieses Briefs und in Erwägung der politischen Autorität Lenins, der offenbar die Arbeit wiederaufnimmt, nimmt das Zentralkomitee seinen Beschluß zurück.

Die starken Schwankungen, von denen hier die Rede war, bezeugen den Einfluß, den die rechten Kräfte oder die von einer rechtsopportunistischen Linie beeinflußbaren Kräfte im Zentralkomitee haben. Die Existenz einer starken "ökonomistischen" Tendenz kommt hier in dem Gewicht zum Ausdruck, das folgendem Argument beigemessen wird: Der "Mangel an Erfahrung" des Außenhandelsmonopols könnte die Sowjetmacht zeitweilig um einige Millionen Rubel bringen, und das würde die Aufgabe eines so wesentlichen politischen Kommandopostens "gerechtfertigt" haben.

Während dieser Phase befürwortet Stalin ständig die "Lockerung" des Außenhandelsmonopols; er gibt schließlich nur auf das hartnäckige Drängen Lenins hin nach. Als Stalin dem Zentralkomitee Lenins Brief mitteilt, fügt Stalin übrigens eine Notiz hinzu, in der er ausdrücklich betont: "Der Brief des Genossen Lenin hat nichts an meiner Auffassung über die Richtigkeit des Beschlusses des Plenums (...) in bezug auf den Außenhandel geändert." Stalin gibt jedoch seine Zustimmung zu der Forderung des Briefs nach einer Überprüfung des Beschlusses "aufgrund des hartnäckigen Drängens von Genossen Lenin" (109).

Im Dezember 1922, während einer Sitzung, in deren Verlauf Trotzki Lenins Position unterstützt, *annulliert das Zentralkomitee schließlich den Beschluß, den es am 6. Oktober gefaßt hatte.*

107 vgl. *W.I. Lenin, Biographie,* Berlin 1970, S. 739 oder LW, Ergänzungsband 1917–1923, Anmerkung 463, S. 642

108 LW 33, S. 361

109 Zit. nach M. Lewin, a.a.O., vgl. a. Lenin, G.W. (russisch), 5. Auflage, Moskau 1964, S. 220–223, S. 561–563, S. 333–339 und S. 588–591

So endet der "Fall des Außenhandelsmonopols". Er wirft ein besonderes Licht auf das damalige Kräfteverhältnis im Zentralkomitee und im Politbüro; nun war aber gerade dieses Kräfteverhältnis entscheidend für den weiteren Kurs der Parteiführung, als Lenin nicht mehr in der Lage war, einzugreifen.

b) Die Nationalitätenfrage

In der Frage des Verhältnisses zwischen Sowjetrußland und den nichtrussischen unabhängigen Republiken war schon seit 1918 innerhalb der bolschewistischen Partei eine Tendenz sichtbar, die eine zentralisierende Konzeption befürwortete, eine Konzeption, die der russischen Regierung eine beherrschende Stellung einräumte. Damals hatte diese Tendenz versucht, sich der Linie der Mehrheit des Zentralkomitees und Lenins entgegenzustellen. Man hätte den Eindruck gewinnen können, ein solcher Versuch sei nur eine vorübergehende Erscheinung. Dem war aber nicht so. Tatsächlich gab es innerhalb der bolschewistischen Partei Anhänger einer stark vom bürgerlichen Nationalismus geprägten politischen Linie. Nach 1921 tritt diese Linie immer offener in Erscheinung, und Lenin sieht darin den Ausdruck des großrussischen Chauvinismus.

Schon 1918 sprechen sich einige Mitglieder des Zentralkomitees, darunter Stalin, auf vorsichtige Weise *gegen die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der baltischen Nationen und Finnlands aus, weil das Proletariat dort nicht an der Macht sei.* In seinem Bericht über die Nationalitätenfrage, den er am 15. Januar 1918 dem III. Gesamtrussischen Sowjetkongreß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndelegierten vorträgt, formuliert Stalin diesen Gedanken ausdrücklich. Nachdem er erklärt hat, daß die Bourgeoisie das "nationale Mäntelchen" in ihrem Kampf um die Macht benutzt, fügt er hinzu:

"All dies weist auf die Notwendigkeit hin, das Prinzip der Selbstbestimmung nicht als Recht der Bourgeoisie, sondern als Recht der werktätigen Massen der gegebenen Nation auf Selbstbestimmung auszulegen. Das Prinzip der Selbstbestimmung muß ein Mittel im Kampf für den Sozialismus sein und *den Prinzipien des Sozialismus untergeordnet werden.*" (110)

Indem Stalin auf diese Formulierung zurückgreift, schließt er sich praktisch den damaligen Auffassungen Bucharins und Preobrashenskis an; diese Formulierung wird von beiden Autoren in das *A.B.C. des Kommunismus* übernommen (111).

Abgesehen von einer Ausnahme – einem Aufruf an das karelische Volk im Jahr 1920 – findet man die Idee der *"Selbstbestimmung" der "werk-*

110 vgl. das Protokoll über dieses Auftreten Stalins, in: SW 4, Berlin 1952, S. 27 (Hervorhebung – Ch.B.)

111 vgl. Kapitel 7 dieser Schrift. Die deutsche Übersetzung erschien im Verlag Neue Kritik, Frankfurt/Main

tätigen Massen" nicht mehr in den offiziellen sowjetischen Dokumenten der folgenden Jahre, was Stalin nicht von seinen Bemühungen abhält, sie in Bjelorußland und in den baltischen Staaten anzuwenden. Was Lenin und die Mehrheit des Zentralkomitees betrifft, so haben sie Stellung für das *Selbstbestimmungsrecht der Völker* bezogen. Dieses Recht wird vom VIII. Parteitag im März 1919, während der Diskussion über die Nationalitätenfrage bestätigt. Noch auf diesem Parteitag versucht Bucharin die Idee der "Selbstbestimmung für die Arbeiterklassen aller Nationen" zu vertreten und er zitiert zu diesem Vorhaben sogar Stalins Bericht vom III. Gesamtrussischen Parteitag der Sowjets. Pjatakow äußert sich im gleichen Sinn; er prangert die Selbstbestimmung an als "bürgerliche Losung", "die alle konterrevolutionären Kräfte vereint"; für ihn "wird, sobald wir uns auf wirtschaftlicher Ebene vereinigt, sobald wir einen einzigen Apparat, einen einzigen Obersten Volkswirtschaftsrat, eine einzige Eisenbahnverwaltung, eine einzige Bank usw. aufgebaut haben, diese ganz berühmte Selbstbestimmung nicht mehr als ein faules Ei wert sein" (112).

Dieses Zitat zeigt deutlich die Verbindung zwischen dem großrussischen Chauvinismus und den extrem etatistischen Auffassungen Preobrashenskis, Bucharins, Pjatakows und anderer bolschewistischer Führer.

Auf dem VIII. Parteitag ist Lenin zuerst isoliert, als er die traditionelle Position der Partei, nämlich die Befürwortung der *Selbstbestimmung der Völker* vertritt. Lenin erklärt, daß eine Losung der "Selbstbestimmung für die Arbeitermassen" falsch sei, denn sie träfe nur da zu, wo es *schon* eine Spaltung zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat *gäbe.* Lenin betont, daß das Selbstbestimmungsrecht *den Nationen zugestanden* werden muß, in denen diese Spaltung sich noch nicht vollzogen hat; daß es auch Ländern wie Polen zugestanden werden muß, wo die Kommunisten unter der Arbeiterklasse noch nicht in der Mehrheit sind. Nur so kann das russische Proletariat verhindern, beschuldigt zu werden, *im Namen des Kommunismus großrussischen Chauvinismus zu praktizieren* (113).

Schließlich behält Lenins Auffassung die Oberhand, und die vom Parteitag angenommenen Artikel des Parteiprogramms stimmen mit seinen Thesen überein. Die Resolution über die Nationalitätenfrage betont ausdrücklich, daß

> "das Proletariat der Nationen, die andere Völker unterdrückt haben, besonders vorsichtig sein muß und besondere Aufmerksamkeit für die Überreste der nationalen Gefühle unter den werktätigen Massen der unterdrückten und nicht unabhängigen Völker aufbringen muß. Nur mit einer solchen Politik wird es möglich sein, die Bedingungen einer wirklich dauerhaften, freiwilligen Einheit zwischen den unterschiedlichen nationalen Elementen des internationalen Proletariats zu schaffen (...)" (114).

112 vgl. in bezug auf die Bucharin- und Pjatakow-Zitate das Protokoll des VIII. Parteitags der KPR(B), Moskau 1939 (russische Ausgabe von 1933, Neuauflage von 1939), S. 49 und S. 80/81, zit. bei E.H. Carr, *La formation de l' URSS* (Die Entstehung der UdSSR), a.a.O., S. 274/275

113 vgl. zu diesem Punkt Lenins Bericht über das Parteiprogramm, den er am 19. März 1919 auf dem VIII. Parteitag vortrug; s. LW 29, S. 156/157

114 vgl. zu diesem Punkt *KPSS v rezoljucijach,* a.a.O., Band 1. S. 417

Tatsächlich genügt die Annahme der Resolution – Ausdruck der Thesen Lenins – auf dem VIII. Parteitag nicht, um die Probleme der Beziehungen zu den verschiedenen Nationalitäten zu lösen (115), umso weniger, als die bolschewistische Partei danach die bereits erwähnten Umwandlungen durchmacht.

Die Nationalitätenfrage taucht mit besonderer Schärfe im Lauf des Sommers 1922 wieder auf, als Lenin an der Leitung der politischen Arbeit wiederum nicht teilhaben kann. Jetzt tritt in bezug auf diese Frage eine starke verdeckte Opposition in Erscheinung.

Im August desselben Jahrs verfaßt Stalin (als Vorsitzender einer Kommission, die die Beziehungen zwischen der RSFSR (116) und den anderen Sowjetrepubliken regeln soll) einen Entwurf der sogenannten "Autonomisierungsresolution". Dieser Entwurf sieht die *Eingliederung* der unabhängigen Republiken (Ukraine, Bjelorußland, Aserbeidschan, Armenien und Georgien) in die russische *Föderation* als "autonome Republiken", das heißt in Wahrheit als untergeordnete, vor. Der Entwurf Stalins sieht vor, daß die Regierung der *russischen* Republik, ihr Zentralexekutivkomitee und ihr Rat der Volkskommissare, die Regierung des Ganzen bilden. Diese Vorschläge, die die Unabhängigkeit der anderen Sowjetrepubliken aufheben, stoßen auf den Widerstand der Zentralkomitees der Parteien Bjelorußlands und Georgiens. Das Zentralkomitee der Ukraine stellt sie zwar nicht zur Diskussion, aber seine Mitglieder sind nicht dafür.

Als Lenin am 26. September von diesem Entwurf erfährt, verurteilt er das Prinzip des Eintritts der anderen Republiken in die RSFSR und schlägt vor, eine Föderation von Republiken zu schaffen, die untereinander *gleiche Rechte* haben. Seiner Meinung nach muß diese Föderation die Form einer Union der Sowjetrepubliken Europas und Asiens haben; *die russische Regierung könne nicht die der Union sein* (117).

Die Anhänger der Eingliederung der anderen Sowjetrepubliken mit untergeordnetem Status in die RSFSR versuchen, Lenins Kritik zu übergehen. Stalin teilt den Mitgliedern des Zentralkomitees sofort seinen eigenen Entwurf mit, ohne zu warten, bis sie Lenins Meinung kennen (118). Während einer Sitzung des Politbüros zu dieser Frage erklärt Stalin sogar, "daß man gegenüber Lenin fest bleiben muß", und in einem Brief vom

115 Wir haben bereits gesehen (s. oben, S. 349), daß die Frage der Beziehungen Sowjet*rußlands* zu den *nichtrussischen Völkern* eine grundsätzliche politische und theoretische Bedeutung hat: eine korrekte Behandlung dieser Beziehungen ist für die Durchführung jener politischen Linie notwendig, die es dem Proletariat erlauben soll, eine wirklich führende Rolle in bezug auf die revolutionäre Bewegung der von Imperialismus und Kolonialismus unterdrückten Völker zu spielen; was hier noch allgemeiner auf dem Spiel steht, ist die Aufrechterhaltung der Führungsrolle des Proletariats gegenüber den verschiedenen Formen der revolutionären demokratischen Bewegung; daher mißt Lenin dieser Frage so entscheidende Bedeutung zu.

116 Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik

117 LW, Ergänzungsband 1917–1923, S. 443–445. In diesem Brief betont Lenin vor allem, daß die Sowjetrepubliken *"gleichberechtigt"* sein müssen (S. 444).

118 vgl. LW, Ergänzungsband 1917–1923, Anmerkung 468, S. 644 ff.

27. September geht er soweit, Lenin in dieser Frage "nationalen Liberalismus" vorzuwerfen (119).

In seiner Sitzung vom 6. Oktober 1922 nimmt das Zentralkomitee schließlich Stalins Text leicht verändert an. Dieser Text berücksichtigt einige Bemerkungen Lenins, aber nur formal; der Begriff "Föderation" wird durch "Union" ersetzt, aber *die konkreten Verfügungen sichern praktisch die großrussische Vorherrschaft* (120).

Lenin steht vor *vollendeten Tatsachen.* In Erwägung, daß die am 6. Oktober getroffene Entscheidung außerordentlich schwerwiegend ist, beschließt er einen klaren Trennungsstrich zu ziehen zwischen seinen Positionen und denen, die das Zentralkomitee unter verworrenen Umständen, das heißt ohne vollständige Kenntnis des Stands der Diskussion, angenommen hat. Als er den Beschluß des Zentralkomitees erfährt, schreibt er noch am selben Tag einen Brief an Kamenew; dort heißt es:

> "Ich erkläre dem großrussischen Chauvinismus den Krieg, nicht einen Kleinkrieg, sondern einen Krieg auf Leben und Tod." (121)

Für Lenin drückt dieser Satz eine grundsätzliche politische Aufgabe aus, die des Kampfs gegen eine "rechte" Linie, *die nicht in Gestalt eines Programms, sondern in Gestalt einer bestimmten Praxis in Erscheinung tritt.* In seinen Augen bestätigen alle Tatsachen die Dringlichkeit eines solchen Kampfs. Es kommt in der Tat zu einer rapiden Verschärfung der Krise zwischen dem Zentralkomitee der russischen Partei und dem anderer Nationen, in erster Linie mit dem Zentralkomitee der georgischen Partei.

Der Gegensatz zwischen Lenins internationalistischer Linie und der des Generalsekretärs spitzt sich daraufhin zu, wenn er auch nicht öffentlich bekannt wird. Ab Ende Oktober 1922 kommt Lenin in seinen Notizen, Mitteilungen und in seinem Tagebuch ständig auf seine Untersuchung der Gefahr zurück, *daß sich die bolschewistische Partei den Positionen des großrussischen Chauvinismus,* also den Positionen der Bourgeoisie anschließt. Lenin entlarvt den Großmachtchauvinismus und betont nunmehr *die Notwendigkeit einer "Ungleichheit" zugunsten der kleineren Nationen,* um das Ungleichgewicht, an dem sie im Verhältnis zur großen Nation leiden, wettzumachen. Lenin schreibt insbesondre zu diesem Punkt:

119 Es ist aufschlußreich, zu diesem Punkt M. Lewin, *Le dernier combat de Lenine,* a.a.O., S. 62 f., einzusehen.

120 Anna Louise Strong bemerkt in ihrem Buch *The Stalin Era*, daß eine der Veränderungen, die Stalin an dem Text, den Lenin kannte, vornahm, eine neue Maßnahme von bedeutender politischer Tragweite betraf, nämlich die *Zentralisierung der politischen Polizei;* dadurch untersteht die politische Polizei nicht mehr den verschiedenen Republiken, sondern nur noch der zentralen Regierung. (A.L. Strong, *The Stalin Era,* New York 1956, S. 16)

121 Lenin, *Werke* (russisch), Band 45, S. 214. Entgegen dem üblichen Verfahren ist dieser Brief ohne kommentierende Anmerkung veröffentlicht worden; dagegen erweckt der Kommentar des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU zu dem von Lenin an Kamenew gerichteten Brief vom 26. September (vgl. Lenin, Ergänzungsband 1917–1923, S. 646) den Eindruck, die am 6. Oktober vom Zentralkomitee angenommene Resolution entspreche den Vorschlägen Lenins, was den Brief Lenins vom gleichen Tag unverständlich macht.

> "Wer das nicht begriffen hat, der hat die wirklich proletarische Einstellung zur nationalen Frage nicht begriffen, der ist im Grunde auf dem Standpunkt des Kleinbürgertums stehengeblieben und muß deshalb unweigerlich ständig zum bürgerlichen Standpunkt abgleiten." (122)

In bezug auf die nationale Frage, den *Prüfstein des proletarischen Internationalismus,* stellt Lenin damit fest, daß innerhalb des Zentralkomitees Tendenzen auftauchen, die die Entwicklung einer opportunistischen Linie begünstigen.

Von nun an hält es Lenin für notwendig, den Druck, der vom Sekretariat der russischen Partei auf das Zentralkomitee der georgischen Partei ausgeübt wird und in dem der Großmachtchauvinismus klar zum Ausdruck kommt, mit Nachdruck zu verurteilen. Lenin präzisiert seine Position zu diesem Punkt in der bereits zitierten Notiz:

> "Und ich glaube, im gegebenen Fall, in dem es sich um die georgische Nation handelt, haben wir ein typisches Beispiel dafür, wo eine wahrhaft proletarische Einstellung größte Vorsicht, Zuvorkommenheit und Nachgiebigkeit unsererseits erfordert. Ein Georgier, der sich geringschätzig zu dieser Seite der Sache verhält, der leichtfertig mit Beschuldigungen des 'Sozialnationalismus' um sich wirft (während er selbst ein wahrer und echter 'Sozialnationalist', ja mehr noch, ein brutaler großrussischer Dershimorda ist), ein solcher Georgier verletzt im Grunde genommen die Interessen der proletarischen Klassensolidarität." (123)

Lenin sieht, daß er sich getäuscht hatte, als er seine Zustimmung zu dem gab, was man ihm als eine *Formel der "Einheit"* dargestellt hatte. Er betont, daß es für ihn unter den gegebenen politischen Bedingungen notwendig gewesen wäre, *auf diese* von Stalin gewollte *"Vereinheitlichung" zu verzichten.* Er schreibt:

> "Zweifellos hätte man mit dieser Maßnahme solange warten sollen, bis wir sagen konnten, daß wir uns für unseren Apparat wirklich (...) verbürgen." (124)

Eine spätere Notiz Lenins zeigt klar, *daß für Lenin bei dieser Sache der proletarische Internationalismus* und die Zukunft der Revolution in anderen Erdteilen auf dem Spiel stehen:

> "... der Schaden, der unserem Staat daraus entstehen kann, daß die nationalen Apparate mit dem russischen Apparat nicht vereinigt sind, ist unermeßlich geringer, unendlich geringer als jener Schaden, der nicht nur uns erwächst, sondern auch der ganzen Internationale, den Hunderte Millionen zählenden Völkern Asiens, dem in der nächsten Zukunft bevorsteht, nach uns ins Rampenlicht der Geschichte zu treten." (125)

122 Lenin, *Zur Frage der Nationalitäten oder der "Autonomisierung",* LW 36, S. 593
123 ebd., S. 593/594
124 ebd., S. 591
125 ebd., S. 596

Die zitierte Notiz – die die Interessen des *Sowjetstaats* denen der *russischen und internationalen kommunistischen Bewegung* gegenüberstellt – schließt mit einigen Sätzen, die deutlich zeigen, daß Lenin zu dieser Zeit klar erkennt, daß *der Schwerpunkt der Weltrevolution sich vom industriellen Europa zum bäuerlichen Asien verschoben hat.* So erklärt er zum Beispiel:

> "Es wäre unverzeihlicher Opportunismus, wenn wir am Vorabend dieses Auftretens des Ostens, zu Beginn seines Erwachens, die Autorität, die wir dort haben, auch nur durch die kleinste Grobheit und Ungerechtigkeit gegenüber unseren eigenen nichtrussischen Völkern untergraben würden. Eine Sache ist die Notwendigkeit, uns gegen die westlichen Imperialisten zusammenzuschließen, die die kapitalistische Welt verteidigen. Hier kann es keine Zweifel geben, und ich brauche nicht erst zu sagen, daß ich diese Maßnahmen rückhaltlos gutheiße. Eine andere Sache ist es, wenn wir selbst, sei es auch nur in Kleinigkeiten, *in imperialistische Beziehungen* (126) zu den unterdrückten Völkerschaften hineinschlittern und dadurch unsere ganze prinzipielle Aufrichtigkeit, unsere ganze prinzipielle Verteidigung des Kampfes gegen den Imperialismus völlig untergraben. Denn der morgige Tag der Weltgeschichte wird eben der Tag sein, an dem die vom Imperialismus unterdrückten Völker, die sich schon regen, endgültig erwachen werden, an dem der lange und schwere Entscheidungskampf um ihre Befreiung beginnen wird." (127)

Die Debatte und der Kampf Lenins in der georgischen Frage sind deshalb so wichtig, weil folgendes auf dem Spiel steht: *der Konflikt zwischen einer proletarisch-internationalistischen und einer rechtsopportunistischen Linie, die dahin tendiert, sich mit dem bürgerlichen großrussischen Nationalismus zu identifizieren.* Ferner sammelt diese rechtsopportunistische Linie, ohne der Kern einer erklärten Opposition zu sein, immer mehr Kräfte im Apparat der Partei; überdies sollte sie schließlich nach Lenins Tod die Überhand gewinnen.

Da es einen systematischen ideologischen Kampf der bolschewistischen Partei gegen den großrussischen Chauvinismus *nicht gibt,* droht dieser sich nämlich in dem Maß zu entwickeln, wie es der "spontanen" Stimmung großer Teile der Volksmassen in Rußland entspricht, vor allem der russischen Bauernschaft, die – auf ihren engen Dorfhorizont beschränkt – die Tendenz hat, die anderen Nationalitäten, Polen, Tartaren, Georgier usw. zu verachten (128). Doch nach Lenins Tod führt die bolschewistische Partei diesen Kampf praktisch überhaupt nicht; diese Passivität der Partei steht in engem Zusammenhang mit dem massenhaften Eindringen von bürgerlichen Verwaltungsangestellten, Ingenieuren, Technikern und Intellektuellen in den

126 (Hervorhebung – Ch.B.) Dieser Satzteil zeigt klar, daß es für Lenin andere *imperialistische Beziehungen* geben kann als diejenigen, die in der Existenz der privaten Monopole und des Finanzkapitals wurzeln.

127 ebd., S. 596

128 Lenin entlarvt die volkstümlichen Spitznamen, die oft gebraucht werden, um diese "Andersgeärteten" zu bezeichnen, als Ausdruck des *Großmachtnationalismus* (vgl. LW 36, S. 593)

Partei- und Staatsapparat. Dieses Eindringen nährt in der Tat die bürgerlichen ideologischen und politischen Tendenzen, sowie die "ökonomistischen" Praktiken, die an eine bestimmte Vorstellung von der Rolle der Techniker, einer bestimmten Vorstellung von der NEP und der Rolle des Staats bei der Durchführung der NEP gebunden sind.

Tatsächlich ist die Entwicklung einer Rechtsopposition in der nationalen Frage eine der Auswirkungen der neuen politischen Verhältnisse, die während des "Kriegskommunismus" innerhalb der bolschewistischen Partei entstanden.

Der "Kriegskommunismus" hat einen stark zentralistischen Führungsstil innerhalb der bolschewistischen Partei begünstigt, was wiederum den Beziehungen zwischen den verschiedenen Instanzen der Partei, zwischen ihrer Basis und ihrer Spitze, zwischen der politischen und der administrativen Führung der Partei schadete. Schon die Art und Weise, wie die administrative Führung der Partei 1922 versucht, die georgische Frage zu regeln, zeigt, bis zu welchem Grad sich zu dieser Zeit nichtproletarische Praktiken und Verhältnisse herausgebildet hatten.

Angesichts der Weigerung des georgischen Zentralkomitees (129), die von der Kommission unter Stalins Vorsitz festgesetzten "Vorschläge" (die als Befehle vorgetragen werden) anzunehmen, beschließt der Generalsekretär auf *administrative Maßnahmen* zurückzugreifen; er weist den Mitgliedern des georgischen Zentralkomitees, die es ablehnen, sich den Beschlüssen des Sekretariats zu beugen, Stellen zu, die ihrer politischen Rolle ein Ende setzen; er entfernt sie zudem in einigen Fällen aus Georgien. Verschiedene georgische Führer wollen sich diesen Beschlüssen, die ein politisches Problem mit administrativen Maßnahmen "regeln" sollen, nicht fügen (130). Ordshonikidse, der zu dieser Zeit das Sekretariat der KPR(B) in Georgien vertritt, nimmt sich heraus, im Verlauf der Diskussion tätlich zu werden, indem er einen der Vertreter des georgischen Zentralkomitees, Kabanidze, schlägt.

Dieses Verhalten Ordshonikidses bezeugt, daß die *Ausübung physischer Gewalt* auf ein Parteimitglied, um *"seine Ansichten"* oder zumindest die Äußerung seiner Ansichten *"zu ändern"*, jetzt vorkommt. Für Lenin handelt es sich dabei nicht um einen "persönlichen Fehler", der Ordshonikidses "Temperament" betrifft, sondern wirklich um den Ansatz von *politischen Verhältnissen,* die für die Zukunft äußerst gefährlich sind, da man in der Partei *eine bürgerliche politische Praxis der Unterdrückung* auftauchen sieht, eine Praxis, der Stalin, Generalsekretär der Partei, und Dzierzynski, Leiter der GPU, verbunden sind.

129 Die Zentralkomitees der Parteien der Ukraine, Bjelorußlands, Aserbaidschans und Armeniens beugen sich schließlich dem auf sie ausgeübten Druck; die Beziehungen zwischen den Mitgliedern dieser Zentralkomitees und dem Generalsekretariat der russischen Partei sind also nicht so sichtbar verschlechtert wie in Georgien.

130 Am 22. Oktober 1922 protestiert das Zentralkomitee der georgischen Partei gegen die Haltung des Sekretariats der russischen Partei, indem es einen außergewöhnlichen Beschluß trifft: 9 seiner 11 Mitglieder *treten kollektiv zurück.*

Als Lenin am 30. Dezember 1922 erfährt, was sich in Georgien zugetragen hatte, sieht er darin ein Anzeichen, daß die Partei ernsthaft *heruntergekommen* ist, was sich unter anderem im Auftauchen eines für eine proletarische Partei absolut unannehmbaren "Führungsstils" niederschlägt. Lenin verurteilt ausdrücklich solches Zurückgreifen auf die Gewalt und erklärt, daß Ordshonikidses Handlungsweise und der Hintergrund, vor dem sie sich abspielt, anzeigen, "in welchem Sumpf" die Partei gelandet ist (131).

Lenin zeigt auf, daß die bolschewistische Partei, wenn sie die Entwicklung solcher Verhältnisse zuläßt, einen Weg verfolgt, der in ihren eigenen Reihen zur Unterdrückung jeder Meinungsäußerung führt, die nicht mit den Auffassungen der Führung und speziell denen der Mitglieder der obersten Exekutivorgane der Partei übereinstimmt. Eine solche Unterdrückung bedroht ernsthaft den proletarischen Charakter der Partei, da die Erhaltung dieses Charakters verlangt, daß die Partei für Diskussion und Kritik offenbleibt und daß die Einheit der Partei aus einem offenen, klaren ideologischen Kampf hervorgeht.

Sein Gesundheitszustand erlaubt es Lenin nicht, die Untersuchung des Zwischenfalls in Georgien und einiger anderer ähnlicher Zwischenfälle zu Ende zu führen; er ermöglicht ihm nicht mehr, umfassende Maßnahmen vorzuschlagen, die geeignet sind, durch die Stärkung proletarischer Verhältnisse zwischen den Parteimitgliedern den einsetzenden Verfall zu bekämpfen. Er läßt jedoch eine Untersuchung durchführen, die er mit seinen eigenen Mitteln vornehmen muß; den administrativen Apparat der Partei, dem er sich nicht mehr anvertrauen kann, kann er nicht in Anspruch nehmen, denn der unterstützt Ordshonikidse und hängt vom Generalsekretär der Partei ab (132). Diese Angelegenheit veranlaßt Lenin auch, einige Notizen zu diktieren, in denen er sich noch einmal gegen das auflehnt, was er den Gebrauch von "physischen Unterdrückungsmitteln" oder "Biomechanik" (133) nennt. Er verurteilt diese Methoden erneut in einer Notiz vom 14. Februar 1923, wo er daran erinnert, "daß es nicht erlaubt ist, irgendjemanden zu schlagen" (134).

Noch bevor er das Resultat der Untersuchung über die georgische Angelegenheit kennt, erklärt Lenin ohne Zögern, der Zwischenfall verlange eine politische Sanktion. In seinen Notizen vom 31. Dezember 1922 schreibt Lenin:

> "(...) muß man Gen. Ordshonikidse exemplarisch bestrafen (...) sowie alle Materialien der Kommission Dzierzynskis nachträglich prüfen bzw. neu untersuchen, um die Unmenge von Unrichtigkeiten und voreingenommenen Urteilen, die es dort zweifellos gibt, zu korrigieren. Politisch verantwortlich für diese ganze wahrhaft großrussisch-nationalistische Kampagne müssen natürlich Stalin und Dzierzynski gemacht werden." (135)

Voller Besorgnis beschäftigt sich Lenin von nun an hauptsächlich mit Fragen der Beziehungen zu den nichtrussischen Nationen, mit Fragen des Führungsstils und des Charakters der Beziehungen zwischen Kommunisten. Symptomatisch sind seine zwei letzten Texte, ein Brief an Stalin, in dem Lenin ihm mit Abbruch der Beziehungen droht und ein Brief an die georgischen Führer A.P.G. Mdiwani, F.E. Macharadse usw., denen er seine Unterstützung zusagt (136). In diesem Brief erklärt Lenin den georgischen Führern:

> "Ich verfolge ihre Angelegenheit mit ganzem Herzen. Ich bin empört über Ordshonikidses Grobheit und Stalins sträfliche Mitschuld. Ich bereite für sie Notizen und Reden vor." (137)

Es ist offensichtlich, daß diese Angelegenheit nunmehr für Lenin außerordentliche Bedeutung gewinnt; er bereitet sich vor, den großrussischen Chauvinismus, den ein Teil der Führer der KPR(B) vertritt (versteckt hinter dem Mäntelchen des Internationalismus), öffentlich anzuprangern.

Die Umwandlungen, die sich in der bolschewistischen Partei vollziehen, und die Entwicklung einer rechtsopportunistischen Opposition, die aber nicht offen als Opposition auftritt und eine autoritäre, großrussisch-nationale Linie verfolgt, veranlassen Lenin allgemein, eine Reihe neuer Anhaltspunkte für die Durchführung einer Massenlinie zu formulieren. Diese Linie wird praktisch vom Verwaltungsapparat der Partei, der seine eigene Autorität festigen will, bekämpft.

c) Massenlinie oder administrativer Zentralismus

Noch bevor sich die offenkundigsten Anzeichen der Existenz einer starken rechtsopportunistischen, autoritären und großrussisch-nationalen Tendenz abzeichneten, hatte Lenin bereits die Leitlinie formuliert, um die Basis einer solchen Tendenz zu bekämpfen. So betont er im September 1921 die Notwendigkeit eines *Massenkampfs* gegen die Einflüsse der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologie auf die Partei. Er schreibt damals:

> "... (man) muß die Partei von den Elementen reinigen, die den Kontakt mit der Masse verlieren (selbstverständlich schon gar nicht zu reden von den Elementen, die die Partei bei der Masse in Verruf bringen). Natürlich werden wir nicht allen Hinweisen der Masse folgen, denn auch

131 LW 36, S. 590

132 Am 3. April 1922 wird Stalin – der bisher den Titel "Sekretär" trug – "Generalsekretär"

133 vgl. die Anmerkung 288 in: LW 42 (frz. Ausgabe), S. 482 f. Dieser Band enthält das Tagebuch der Sekretäre Lenins, das sie täglich zwischen dem 21. November 1922 und dem 6. März 1923 führten (Ergänzungsband 1917–1923, S. 489–524). Anhand dieses Tagebuchs kann man den Kampf verfolgen, den Lenin, der durch seine Krankheit ans Bett gefesselt ist, gegen die Entwicklung der rechtsopportunistischen und großrussischen nationalistischen Strömungen führt und gegen den autoritären und bürokratischen Führungsstil.

134 ebd., S. 666, Anmerkung 601

135 LW 36, S. 595

136 Diese beiden Briefe sind vom 5. und 6. März 1923. Abgedruckt in Band 45 der G.W. (russisch), S. 628 f.

137 ebd., S. 629

die Masse unterliegt zuweilen – besonders in Jahren außerordentlicher Ermüdung und Überanstrengung durch übermäßige Lasten und Mühsale – Stimmungen, die ganz und gar nicht fortschrittlich sind. Aber für die Beurteilung der Menschen durch die negative Einstellung zu denjenigen, die sich 'angebiedert' haben, die 'kommissarisiert', die 'verbürokratisiert' sind, sind die Hinweise der parteilosen proletarischen Masse, und in vielen Fällen auch die Hinweise der parteilosen bäuerlichen Masse, im höchsten Grad wertvoll. Die werktätige Masse pflegt mit der größten Feinfühligkeit den Unterschied herauszufinden zwischen ehrlichen und ergebenen Kommunisten und solchen, die einem Menschen, der im Schweiße seines Angesichts sein Brot erwirbt, der keine Privilegien besitzt und keine 'Beziehungen zur Obrigkeit' hat, Widerwillen einflößen." (138)

Dieselben richtungsweisenden Vorschläge macht Lenin mehr als einmal, wenn er betont, was eigentlich die Arbeit der Arbeiter- und Bauerninspektion hätte sein müssen, deren Arbeitsweise er in einer seiner letzten Schriften scharf kritisiert, indem er besonders hervorhebt, daß dieser von Stalin geleitete Apparat von den Massen abgeschnitten ist. Lenin besteht darauf, daß die Kontrolle wahrgenommen wird, daß die Arbeiter- und Bauerninspektion imstande sein müsse, *von unten nach oben* die Kontrolle über den Staatsapparat und die Partei auszuüben (139).

Da Lenin die Notwendigkeit sieht, gegen die Entwicklung bürgerlicher politischer Verhältnisse in der Partei und gegen die rechtsopportunistische Tendenz, die sich in den Verwaltungsapparaten des Staats und der Partei entwickelt haben, anzukämpfen – und da er den Einfluß berücksichtigt, den diese Apparate sogar auf das Zentralkomitee haben – entwickelt Lenin in der Schrift, die man sein "Testament" (140) genannt hat, eine Reihe von richtungsweisenden Vorschlägen. Diese Hinweise beziehen sich vor allem auf die Zusammenstellung des Zentralkomitees und auf die Wahl der Führer.

Zum ersten Punkt schreibt Lenin, der Augenblick sei gekommen, der Partei *neues Blut* zuzuführen, indem man die Zahl der Zentralkomiteemitglieder auf 50 oder sogar 100 erweitert und *indem man die neuen Mitglieder des Zentralkomitees im wesentlichen unter den Arbeitern und Bauern aussucht.* Er formuliert dazu präzise Vorschläge:

"Die Arbeiter, die ins ZK aufzunehmen sind, dürfen meiner Meinung nach vorwiegend nicht unter jenen Arbeitern ausgewählt werden, die einen langen Sowjetdienst durchgemacht haben (in diesem Teil meines Briefes zähle ich zu den Arbeitern überall auch die Bauern), weil sich bei diesen Arbeitern schon bestimmte Traditionen und bestimmte Vorurteile herausgebildet haben, die wir gerade bekämpfen wollen.

138 LW 33, S. 19/20

139 LW 33, S. 479

140 Das sogenannte "Testament" Lenins besteht in Wirklichkeit aus einer Reihe von Texten, die hauptsächlich zwischen dem 23. und dem 26. September 1922 verfaßt und Anfang 1923 vervollständigt wurden. Diese Texte sollten auf dem XII. Parteitag der Partei vorgetragen werden, der vom 17.–25. April 1923 stattfinden sollte.

Arbeitermitglieder des ZK sollen vorwiegend Arbeiter sein, die unter jener Schicht stehen, welche bei uns in den fünf Jahren in die Reihen der Sowjetangestellten aufgerückt ist, und mehr zu den einfachen Arbeitern und zu den Bauern gehören, die jedoch nicht direkt oder indirekt unter die Kategorie der Ausbeuter fallen." (141)

Zwar wurde die Mitgliederzahl des Zentralkomitees 1923 und 1924 erhöht, aber weder unter den 17 neuen Mitgliedern, die vom XII. Parteitag gewählt, noch unter den 15 neuen Mitgliedern, die vom XIII. Parteitag gewählt wurden, findet man "Arbeiter, die unter jener Schicht stehen, welche bei uns in den fünf Jahren in die Reihen der Sowjetangestellten aufgerückt ist"; dagegen findet man Parteisekretäre aus Städten und Gouvernements, einen Sekretär des Zentralrats der Gewerkschaften (A.I. Dogadow), einen Sekretär des sibirischen Büros des Zentralkomitees (L.W. Kossior), den Vorsitzenden des Gosplan, Sekretäre im Zentralkomitee des Kommunistischen Jugendverbands, führende Mitglieder des Obersten Volkswirtschaftsrats, das heißt also insgesamt lauter "hervorragende" Vertreter der Oberschicht des Verwaltungsapparats der Partei und des Staats.

So bleiben die Empfehlungen Lenins, die auf eine Veränderung der Zusammensetzung des Zentralkomitees abzielen, um die rechtsopportunistische Tendenz zu schwächen, folgenlos. Im übrigen spielt das Zentralkomitee tendenziell immer deutlicher eine zweitrangige Rolle im Verhältnis zum Politbüro und zum Generalsekretariat, obwohl es noch ein wichtiges Organ bleibt: im Politbüro und im Generalsekretariat, die beide eng mit dem hohen Verwaltungspersonal verbunden sind, droht sich die wirkliche Macht zu konzentrieren.

Lenin kannte sehr wohl diese Tatsache. Daher ist es nicht erstaunlich, daß er am 24. Dezember 1922, kurze Zeit bevor er durch Krankheit und Tod endgültig zum Schweigen verurteilt wird, in seinem Brief an den Parteitag auf die Frage des Sekretariats und auf die Person des Generalsekretärs zurückkommt (142).

Einige Tage später, am 4. Januar 1923, kommt Lenin in einem Zusatz zu seinem Brief an den XII. Parteitag zu der bereits erwähnten Schlußfolgerung über die Notwendigkeit des Rücktritts Stalins vom Generalsekretariat (143). Über die Person Stalins hinaus nimmt Lenin hier die Anhänger eines bestimmten Typs *politischer Verhältnisse* aufs Korn. Anstatt die Verbindung des ideologischen Kampfs mit dem Kampf um die Einheit der Partei zu ermöglichen, führt diese Art politischer Verhältnisse zur Betonung einer erzwungenen Einheit, bisweilen um den Preis des Ausschlusses alter bolschewistischer Kader (deren Kritik oder sogar nur einfache Vorbehalte immer weniger geduldet werden).

141 vgl. LW 36, S. 581 f. Diese Stelle des "Testaments" Lenins (und der ganze restliche Text) wurde erst 1956 in der Nummer 9 der sowjetischen Zeitschrift *Kommunist* zum erstenmal veröffentlicht.

142 Zitat s. oben, S. 271

143 vgl. oben, S. 272

Nach Lenins Tod werden dessen letzte Hinweise von denjenigen praktisch nicht befolgt, die die Leitung der Partei vollständig in die Hand nehmen. Diese Bemerkung gilt in gleicher Weise für die allgemeinen Hinweise – Ansätze einer neuen Strategie, die es erlauben würde, die Dorfarmut und die Mittelbauern auf den Weg des Sozialismus zu führen – wie für die organisatorischen Hinweise.

Es ist also nicht erstaunlich, daß das Zentralkomitee und das Politbüro nach dem Tod Lenins beschließen, der Partei die Existenz der letzten Schriften Lenins, die man sein "Testament" genannt hat, zu verschweigen. Diese Schriften, verfaßt, um auf dem Parteitag verteilt zu werden, werden ihm vorenthalten. Krupskaja versucht dennoch zu erreichen, daß der XIII. Parteitag (der erste nach Lenins Tod) davon Kenntnis erhält. Sie erreicht nur, daß die Schriften auf einer Sitzung des erweiterten Zentralkomitees den ältesten Parteimitgliedern verlesen werden. Im weiteren Verlauf dieser Versammlung beschließt das Zentralkomitee, nach Beiträgen von Sinowjew und Kamenew, mit 30 gegen 10 Stimmen, das "Testament" geheimzuhalten und es nur den "Delegationsleitern" (144) vorzulesen.

Diese Angaben über die Hinweise Lenins und über die Tendenzen, die er in den beiden letzten Lebensjahren bekämpfte, dürfen nicht aus den Augen verloren werden, wenn man die Bilanz aus fünf Jahren Revolution zieht.

144 Diese mündliche und auf wenige Personen beschränkte Mitteilung wird noch 1956 bei der Veröffentlichung des "Testaments" als eine "dem Willen Lenins entsprechende" Mitteilung an den Parteitag bezeichnet. Vgl. die Fußnote 660 in: LW 36, S. 722

FÜNFTER TEIL

DIE BILANZ AUS FÜNF JAHREN REVOLUTION UND DIE PERSPEKTIVEN AM VORABEND VON LENINS ABLEBEN

Während seiner letzten Lebensjahre, von 1921 bis 1923, bemüht sich Lenin, eine Bilanz der russischen Revolution zu ziehen und zu diesem Zweck so gut wie irgend möglich die von der Revolution durchlaufenen *Etappen* und den Charakter der vollzogenen Umwälzungen zu bestimmen. Zugleich sucht Lenin die Fehler und Illusionen, die aufgetreten waren, zu erfassen, um die anstehenden Aufgaben unter Berücksichtigung der gegebenen Klassenverhältnisse und der sozialen Beziehungen zu präzisieren.

Diese – wenn auch unvollständige – Bilanz ist von größter Bedeutung. Sie enthält Lehren, die von universeller Tragweite und immer noch aktuell sind. Sie betrifft Grundprobleme des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus, insbesondre solche, die ganz zu Beginn dieses Übergangs auftreten.

Ein klares Verständnis der entscheidenden Beiträge dieser Bilanz wird allerdings erschwert durch die provisorische Form, in der sie sich noch befindet, als Lenin seine Arbeit einzustellen gezwungen ist: er hat noch nicht *alle* Schlußfolgerungen gezogen, auf die seine Analysen abzielen. Um die Tragweite dessen zu erfassen, was Lenin zu dieser Zeit sagt, muß man also seine Arbeit weiterführen, den Weg weiter verfolgen, den er vorgezeichnet hat. Heute kann man dabei auch jene Lehren berücksichtigen, die sich aus dem Verlauf der russischen Revolution nach Lenins Tod ziehen lassen.

Das Bemühen darum, die entscheidenden Lehren aus Lenins Bilanz freizulegen, stößt jedoch auf zwei Schwierigkeiten.

Einerseits formuliert Lenin einige seiner neuen Gedanken zwischen 1921 und 1923 noch in Begriffen, die mehr oder weniger seinen früheren Analysen entsprechen. Diese nun unangemessene, aber noch nicht völlig aufgegebene Terminologie droht daher, das Neue zu verschleiern, wenn man nicht aufmerksam genug darauf achtet.

Andererseits – und dies ist das Wichtigere – hat die bolschewistische Partei das Neue in Lenins letzten Schriften nur zum Teil erfaßt. So konnte sich im Hinblick auf diese letzten Texte eine "traditionelle" Interpretation herausbilden, die man teilweise preisgeben muß, will man nicht Gefahr laufen, entscheidende Hinweise zu überlesen.

Wir wollen zunächst versuchen, das Wesentliche der historischen und politischen Bilanz vorzustellen, die Lenin kurz nach dem "Kriegskommunismus" gezogen hat.

Lenins Bilanz nach dem "Kriegskommunismus"

Indem Lenin eine historische und politische Bilanz der Revolution zieht, bemüht er sich, so klar wie möglich den *Charakter der vollzogenen Umwälzungen* zu bestimmen. Das ist umso notwendiger, als der *Doppelcharakter* der russischen Revolution eine besonders komplexe *Verflechtung* zweier Revolutionen bedeutet: einer proletarischen und einer im wesentlichen bäuerlichen demokratischen Revolution.

Der proletarischen Revolution entspricht die *führende* Rolle des Proletariats und seiner Partei. Diese führende Rolle zeigte sich in schlagender Weise im Oktober 1917; sie ermöglichte die Errichtung der Diktatur des Proletariats und die Durchführung von Veränderungen, die zu jeder proletarischen Revolution gehören.

Der demokratischen Revolution entspricht die *entscheidende* Rolle der Bauern, die für Ziele wie die Verallgemeinerung der individuellen bäuerlichen Produktion durch die Zerschlagung des Großgrundbesitzes kämpften; für Ziele also, die nicht sozialistische sind.

Lenin unterscheidet demnach zwischen der *demokratischen* und der *proletarischen Arbeit** der Revolution, zwischen den Aufgaben und Möglichkeiten jeder dieser beiden Revolutionen. Diese Aufgaben und Möglichkeiten werden von konkreten Bedingungen bestimmt, die vor allem von den Klassenverhältnissen abhängen und von den Formen, die der *Klassenkampf* angenommen hat.

1. Die demokratische Arbeit der russischen Revolution

In einem (zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution) in November 1921 geschriebenen Artikel mit dem Titel *Über die Bedeutung des Goldes jetzt und nach dem vollen Sieg des Sozialismus* hebt Lenin hervor, daß "nur die bürgerlich-demokratische Arbeit unserer Revolution zu Ende geführt" sei (1). Hier meint Lenin offensichtlich die revolutionäre Abschaffung des Großgrundbesitzes und des mit ihm zusammenhängenden politischen Überbaus.

Der Begriff "bürgerlich-demokratisch" bedarf einer Erläuterung. Mit ihm bezeichnet Lenin Umwälzungen, welche bis dahin die Arbeit solcher Revolutionen gewesen waren, die dem Inhalt nach demokratisch (weil sie dem Anspruch der nichtproletarischen *Volksmassen* auf "Demokratie" entsprachen), den führenden Kräften und den gesellschaftlichen Verhältnissen nach, deren Entwicklung und Festigung sie absicherten, jedoch bürgerlich waren.

1 LW 33, S. 93

* frz. Ausgabe: oeuvre

Werden jedoch Umwälzungen vollzogen, die denen der bürgerlich-demokratischen Revolutionen *analog* (aber nicht mit ihnen identisch) sind, und zwar durch Revolutionen, die vom Proletariat und seiner Partei vorangetrieben werden, dann erhalten diese Umwälzungen einen *neuen Charakter*, einen *umfassend demokratischen* Charakter. Behält man die Bezeichnung "bürgerlich" zur Charakterisierung dieser Umwälzungen bei, muß man die neue Funktion dieser Bezeichnung genau beachten. Sie zeigt an, daß diese Umwälzungen *Ähnlichkeiten* mit denen einer bürgerlich-demokratischen Revolution aufweisen. Sie weist auch darauf hin – und das ist das Wichtigste – daß *diese Umwälzungen in der Tat Wegbereiter einer kapitalistischen Entwicklung werden können, wenn ihnen nicht andere, sozialistische, nachfolgen.*

Aber ist es denn richtig, daß die "bürgerlich-demokratische Arbeit" der russischen Revolution 1921 "völlig zu Ende geführt" ist? Ja, wenn man berücksichtigt, daß *auch* bürgerlich-demokratische Revolutionen "vorkapitalistische" Produktionsformen bestehen lassen, die dann durch die erweiterte Reproduktion des Kapitals aufgelöst werden. Nein, wenn man berücksichtigt, daß die bürgerlich-demokratische Arbeit einer Revolution erst dann völlig zu Ende geführt ist, wenn sie *wirklich die Hindernisse der Akkumulation von produktivem Kapital zerschlagen hat.* Es ist aber zweifelhaft, ob 1921 diese Aufgabe vollkommen erfüllt ist. Die Konsolidierung des *Mir* und die Ausbreitung der kleinen bäuerlichen Einzelwirtschaft, die sich von 1917 an zeigen, bereiten der Akkumulation neue Hindernisse. Das begünstigt die Ausdehnung der vom Markt abgeschnittenen, auf sich selbst beschränkten "patriarchalischen Wirtschaft" und ermöglicht zugleich die Entwicklung von verschleierten Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen, wie sie den historischen Formen des *Mir* eigen sind.

Auf diese Weise entsteht eine *kapitalistische Entwicklung parasitären Typs*, die die Akkumulation des produktiven Kapitals und das Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion hemmt. Einige Jahre NEP zeigen dann, daß *in dieser Hinsicht* die bürgerlich-demokratische Arbeit der russischen Revolution nicht vollständig zu Ende geführt war.

Was Lenin 1921 und auch 1923 feststellt, ist die ungleiche Entwicklung der demokratischen und der proletarischen Revolution: die erstere war *sehr weit*, die andere vergleichsweise *wenig fortgeschritten.*

Diese ungleiche Entwicklung wird vom Charakter der beiden revolutionären Prozesse selbst bestimmt und hängt mit der Art und Weise zusammen, wie sie einander bedingen. Gewiß muß nicht notwendig die demokratische Revolution "vollkommen zu Ende" geführt sein, damit sich die proletarische Revolution voll entfalten kann; im Zeitalter des Imperialismus (wo die Bourgeoisie die Fähigkeit zur Führung einer Revolution verloren hat) ist es im Gegenteil unerläßlich, daß beide Revolutionen zusammenwirken. Dennoch müssen gewisse Etappen des Klassenkampfs durchschritten sein, damit die proletarische Revolution auf breiter Front sozialistische Aufgaben in Angriff nehmen kann. Denn das Proletariat muß in der Führung der gesamten Volksmassen hinreichend sicher sein, um sie wirklich auf den sozialistischen Weg führen zu können.

In einem überwiegend bäuerlichen Land setzt das voraus, daß das Proletariat ein festes Bündnis mit der Bauernschaft geschlossen hat, ein Bündnis, das auf einem *Verhältnis tiefen Vertrauens* beruhen muß.

Unter den Bedingungen der russischen Revolution mußte sich dieses Verhältnis auf der Grundlage der *objektiven Rolle* entwickeln, die das Proletariat bei der Erfüllung der Aufgaben der demokratischen Revolution spielte. Dazu war es notwendig, daß das Proletariat seine Aufgabe in einer ganz *bestimmten Weise* erfüllte, *die sein Verhältnis zur Bauernschaft festigen konnte.* Vor allem durfte deshalb das Proletariat nicht versuchen, der Bauernschaft gesellschaftliche Umwälzungen aufzudrängen, zu denen sie in ihrer Mehrheit noch nicht bereit war. In diesem Punkt hat die bolschewistische Partei im Verlauf des "Kriegskommunismus" Fehler begangen (auf die wir noch zu sprechen kommen). Durch diese Fehler verringerte sich ihre Fähigkeit, die Bauernschaft zu führen und ihr zu helfen, den Weg zum Sozialismus einzuschlagen. Lenin stellt das im Juni 1921 fest, in seinem bereits zitierten Bericht auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale:

> "In Sibirien und in der Ukraine konnte die Konterrevolution zeitweilig siegen, weil die Bourgeoisie dort die Bauernschaft hinter sich hatte, weil die Bauern gegen uns waren. Die Bauern erklärten nicht selten: 'Wir sind Bolschewiki, aber keine Kommunisten. Wir sind für die Bolschewiki, weil sie die Gutsbesitzer fortgejagt haben, wir sind aber nicht für die Kommunisten, weil sie gegen die individuelle Wirtschaft sind.' " (2)

Bekanntlich ist eines der Elemente jener komplexen Lage, die di bolschewistische Partei zur Einführung der NEP veranlaßte, gerade d Wunsch der Bauern nach *Einzelwirtschaft* und nach *"freiem" Tausch* ih Produkte. Unter solchen Bedingungen mußte man die sozialistische Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse auf dem Land auf später verschieben.

2. Die proletarische Arbeit der russischen Revolution

In seinem Artikel *Über die Bedeutung des Goldes jetzt und nach dem vollen Sieg des Sozialismus* analysiert Lenin auch die "proletarische Arbeit" der russischen Revolution zu jener Zeit (Ende 1921). Für ihn besteht diese Arbeit in *drei Hauptpunkten*, die er wie folgt aufzählt:

> "1. Revolutionäres Ausscheiden aus dem imperialistischen Weltkrieg; Entlarvung und *Durchkreuzung* des Gemetzels der zwei Weltgruppen der kapitalistischen Räuber (...) 2. Schaffung des Sowjetsystems, der Form

2 LW 32, S. 509

der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats. Eine weltgeschichtliche Umwälzung hat stattgefunden. Die Epoche des bürgerlich-demokratischen Parlamentarismus ist zu Ende. Ein neues Kapitel der Weltgeschichte hat begonnen: die Epoche der proletarischen Diktatur. (...) 3. Ökonomischer Aufbau der Grundlagen der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Auf diesem Gebiet ist das Wichtigste, das Fundamentalste noch nicht zu Ende geführt." (3)

Diese Aussage ist von bemerkenswerter Klarheit. Sie stellt die Bedeutung der bewältigten Aufgaben heraus, aber auch die Fülle von Aufgaben, die der proletarischen Revolution noch bevorstehen. Dazu verdienen die letzten beiden Punkte in Lenins Zusammenstellung ganz besondere Aufmerksamkeit. Sie weisen nämlich darauf hin, daß im Jahre 1921 zwei der wichtigsten Aufgaben der proletarischen Revolution erst begonnen sind. Was Lenin dann später schreibt, macht übrigens den Charakter der von der proletarischen Revolution gelösten und der sich ihr nun stellenden Probleme besser verständlich.

a) Der "ökonomische Aufbau der Grundlagen der sozialistischen Gesellschaftsordnung"

Das Gebiet, von dem Lenin meint, auf ihm sei "das Wichtigste, das Fundamentalste noch nicht zu Ende geführt", ist der "ökonomische Aufbau der Grundlagen" des Sozialismus.

Später hat man diese Wendung so interpretiert, als meine sie vor allem den niedrigen Stand der Produktivkräfte Rußlands, und daraus gefolgert, das Wesentliche sei der "Aufbau der materiellen Grundlagen" des Sozialismus.

Zweifellos hat Lenin auch diesen Aspekt der Aufgaben der Revolution im Auge; es ist dies eine wirkliche Aufgabe, ohne die der Fortschritt zum Sozialismus unmöglich ist. Aber wenn Lenin von den "ökonomischen Grundlagen" des Sozialismus spricht, so meint er nicht *nur* die Entwicklung der Produktivkräfte, sondern auch und vor allem die *sozialistische Umwälzung der Produktionsverhältnisse.* Dies sind zwei miteinander verbundene Aufgaben, die die sozialistische Revolution erfüllen muß, zwei Aufgaben, die die Kommunistische Partei Chinas in der gedrängten Formel zusammenfaßt: *"Die Revolution anpacken und die Produktion fördern"* (4). Diese beiden Aufgaben sind dialektisch miteinander verknüpft. Sie sind die beiden gegensätzlichen Seiten einer *einzigen Aufgabe.* Der *grundlegende* Aspekt dieser Aufgabe der proletarischen Revolution ist die Umwälzung der Produktionsverhältnisse; das bedeutet jedoch nicht, daß er deswegen zu jeder Zeit auch die *Hauptseite* wäre. Die sozialistische Umwälzung der Produktionsverhältnisse ist nämlich nur unter bestimmten politischen und

3 LW 33, S. 93
4 vgl. Peking Rundschau Nr. 1, 1973, S. 10

ökonomischen Bedingungen möglich. In einem Land wie Rußland erforderte diese Umwälzung ein festes Bündnis der Arbeiter und Bauern. 1921 war aber dieses Bündnis nicht fest genug. Die *wichtigste* Aufgabe der proletarischen Partei ist es also, dieses Bündnis zu stärken. Das ist eins der Ziele der NEP.

Die Aufgabe, die sozialistische Umwälzung der Produktionsverhältnisse weiterzutreiben, erfordert außerdem, daß die Existenzbedingungen der Massen es ihnen erlauben, sich ihr wirklich und vorrangig zu widmen. Dazu dürfen die Werktätigen nicht vom Kampf gegen Kälte und Hunger aufgerieben, durch die täglichen Schwierigkeiten, durch physische Erschöpfung und Krankheit erdrückt sein. Die Erfahrung der russischen wie der chinesischen Revolution bestätigt, daß zuerst die elementaren Aufgaben des täglichen Lebens gelöst sein müssen, damit die proletarische Revolution die Aufgaben der grundlegendsten historischen Umwälzungen anpacken kann. Das Proletariat und seine Partei müssen praktisch bewiesen haben, daß sie nicht nur heroische Taten vollbringen, sondern auch das alltägliche Leben organisieren können: sonst schwindet das Vertrauen der breiten Massen, und nichts läßt sich durchführen ohne dieses Vertrauen. Es treibt die Massen vorwärts, während zerrüttete Verhältnisse zu Verzweiflungstaten veranlassen können. Deshalb waren auch einige der notwendigen Ziele der NEP, annehmbare Lebensbedingungen wiederherzustellen, die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln zu gewährleisten, den ausgewogenen Austausch zwischen Landwirtschaft und Industrie zu regeln, so schnell wie möglich die Arbeitslosigkeit zu beenden. Und diese Ziele mußten erreicht werden, damit die Revolution wieder einen Aufschwung nehmen konnte.

Für Lenin bedeutet also der "ökonomische Aufbau der Grundlagen" des Sozialismus die Wiederherstellung und Weiterentwicklung der Produktivkräfte und die Umwälzung der Produktionsverhältnisse. Diese letzte Aufgabe ist *grundlegend,* aber sie kann nicht unter beliebigen Bedingungen durchgeführt werden.

Lenins Broschüre vom April 1921 *Über die Naturalsteuer* (5) liefert eine klare Analyse der *wirtschaftlichen Verhältnisse* oder ihrer *Elemente,* wie sie zu dieser Zeit in Rußland bestehen. Aus der Broschüre geht hervor, daß diese Verhältnisse und diese Elemente dem Sozialismus abgrundtief fremd sind und daß die historische Aufgabe der Diktatur des Proletariats auf lange Sicht gesehen darin besteht, diese Situation zu ändern. Die Elemente, die Lenin analysiert, beziehen sich auf die von ihm so bezeichneten "verschiedenen gesellschaftlichen Wirtschaftsformen, die es in Rußland gibt." (6)

In diesem Text von 1921 zitiert Lenin lange Auszüge einer Broschüre, die er im Frühjahr 1918 geschrieben hatte (7) und in der die "heutige Wirtschaft Rußlands" analysiert wird. Der Verweis auf diese alte Broschüre ist höchst bezeichnend. Er zeigt, daß Lenin im Frühjahr 1921, kurz nach dem "Kriegs-

5 LW 32, S. 341 ff.
6 ebd., S. 343
7 *Die Hauptaufgaben unserer Tage. Über "linke" Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit,* in: LW 27, S. 146–151 und S. 315–347

kommunismus" (zu einem Zeitpunkt, da die Großindustrie vollständig nationalisiert ist), der Ansicht ist, daß die *Produktionsverhältnisse oder die "verschiedenen gesellschaftlichen Wirtschaftsformen, die es in Rußland gibt", nicht nur dieselben wie 1918 sind, sondern daß auch ihr jeweiliges Gewicht nicht grundlegend verändert ist.* Wie 1918 versichert Lenin auch Anfang 1921, daß "die Bezeichnung 'Sozialistische Sowjetrepublik' die Entschlossenheit der Sowjetmacht bedeutet, den Übergang zum Sozialismus zu verwirklichen, *keineswegs aber, daß die jetzigen ökonomischen Zustände als sozialistisch bezeichnet werden.*" (8)

Wichtiger noch: 1921 wie 1918 präzisiert Lenin, daß immer noch die Kleinproduktion vorherrscht – die er als eine Kombination von "patriarchalischer Bauernwirtschaft" (oder "Naturalwirtschaft") und kleiner Warenproduktion (9) charakterisiert – und daß die größten "Gegner" dieser Kleinproduktion der "Staatskapitalismus" und der "Sozialismus" seien. In seinen Augen ist der unmittelbare "Gegner" der Kleinproduktion, der verhindern kann, daß sie sich auf sich selbst zurückzieht und dahinvegetiert, zu dieser Zeit der "Staatskapitalismus"; denn die sozialistischen Verhältnisse seien erst keimartig vorhanden und sie könnten sich nur weiterentwickeln, wenn der "Staatskapitalismus" vorher gestärkt werde (10).

Ausgehend von der Bilanz der bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse, die er 1921 zieht, richtet Lenin im Lauf der Jahre 1921 bis 1923 sein Augenmerk auf die *Bedingungen einer sozialistischen Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse.* Wir werden sehen, welche Analysen Lenin vornahm und zu welchen Schlußfolgerungen er kam.

b) Die Diktatur des Proletariats in Rußland

Ende 1921, als Lenin die Bilanz der proletarischen Arbeit der russischen Revolution zieht, hebt er hervor, daß ihr zentrales Moment die Errichtung der Diktatur des Proletariats sei.

Das halbe Jahrhundert, das seit der Formulierung dieser These verstrichen ist, bestätigt in umfassender Weise, daß die *russische Revolution eine neue Epoche in der Geschichte der Menschheit eingeleitet hat:* die Epoche der Diktatur des Proletariats, der revolutionären Kämpfe der unterdrückten Völker, die Epoche, in der Kapitalismus und Imperialismus gewaltige Niederlagen erleiden.

Wie schon gesagt, bedeutet Lenins These selbstverständlich nicht, daß die proletarische Arbeit in Rußland selbst "vollendet" sei. Sie bedeutet ebensowenig, daß das, was im Oktober 1917 erobert wurde, "endgültig" erobert worden wäre. Im Gegenteil: Lenin betont immer wieder, wie *zerbrechlich* und *unvollendet* die Form ist, in der die Diktatur des Proletariats in Rußland

8 LW 32, S. 342 (Hervorhebung – Ch.B.)
9 ebd., S. 343
10 Wir werden auf diese Auffassung in Kapitel II dieses Fünften Teils genauer eingehen.

verwirklicht wurde. Er hebt hervor, daß die Festigung der proletarischen Macht eine enge Verbindung mit den Massen erfordert, eine korrekte politische Linie und eine tiefgreifende Umwälzung des bestehenden Staatsapparats, der – so weit geht Lenin – von neuem zerbrochen werden müsse.

Schon während des "Kriegskommunismus" hatte Lenin erkannt, daß die von der Oktoberrevolution konzipierte Form der proletarischen Macht nicht verwirklicht worden ist, daß die Sowjets nicht Organe waren, die von den werktätigen Massen belebt und getragen wurden, sondern Organe, die *für* sie tätig waren.

1922 kommt Lenin im Politischen Bericht des Zentralkomitees, den er am 27. März auf dem XI. Parteitag vorträgt, auf diesen Gedanken zurück:

> "Vielleicht ist unser (Staats-)Apparat schlecht, aber man sagt, die erste Dampfmaschine, die erfunden wurde, sei auch schlecht gewesen, und es ist sogar fraglich, ob sie funktioniert hat. Doch nicht darauf kommt es an, sondern darauf, daß die Erfindung gemacht worden ist. Mag die erste Dampfmaschine ihrer Form nach auch nichts getaugt haben, so haben wir doch heute die Lokomotive. Mag unser Staatsapparat noch so miserabel sein, so ist er doch geschaffen, die große geschichtliche Erfindung ist gemacht, ein Staat von proletarischem Typus ist geschaffen." (11)

1923, im letzten Text, den er im Hinblick auf eine Veröffentlichung schreibt, geht Lenin noch weiter; er stellt nicht nur fest, daß der bestehende Staatsapparat nicht wirklich sozialistisch sei, sondern er fügt hinzu:

> "Es wäre am allerschädlichsten, sich darauf zu verlassen (...), daß es bei uns eine einigermaßen beträchtliche Menge von Elementen für den Aufbau eines wirklich neuen Apparats gibt, der wirklich den Namen eines sozialistischen, eines sowjetischen usw. verdient." (12)

Nach fünf Jahren Revolution zeigt sich also, daß die Diktatur des Proletariats in der Form ihrer Verwirklichung in Rußland noch kaum sowjetisch (im eigentlichen Sinn) und daß der Staatsapparat kaum sozialistisch ist. Infolgedessen wird der proletarische Charakter der Macht grundlegend durch den proletarischen Charakter der führenden Partei bestimmt und durch die Beziehungen, die diese Partei zu den fortgeschrittenen Elementen der Arbeiterklasse und der Volksmassen zu entwickeln vermag.

Auch dieser proletarische Charakter ist brüchig. Als Folge ihres raschen Wachstums und des Eintritts politisch wenig geschulter Mitglieder, ist es nicht mehr die Zusammensetzung der Partei, die ihren proletarischen Charakter ausmacht. Wie wir gesehen haben, betont Lenin 1922 diesen Gedanken in seinem Brief vom 26. März an Molotow, der im Zentralkomitee verlesen werden sollte. Er hebt vor allem hervor,

> "daß unsere Partei jetzt im allgemeinen und durchschnittlich (wenn man das Niveau der großen Mehrzahl ihrer Mitglieder nimmt) politisch weniger

11 LW 33, S. 288 f.
12 vgl. *Lieber weniger aber besser,* in: LW 33, S. 475

geschult ist, als dies für eine wirklich proletarische Führung in solch einem schwierigen Augenblick notwendig ist." (13)

In demselben Brief hebt Lenin hervor – auch daran sei erinnert –, daß

"die proletarische Politik der Partei nicht durch ihre Zusammensetzung, sondern durch die gewaltige, ungeschmälerte Autorität jener ganz dünnen Schicht bestimmt wird, die man die alte Parteigarde nennen kann" (14).

Was also die *Übergangsform* der *Diktatur des Proletariats in Rußland* kennzeichnet, ist die Tatsache, daß ihre Existenz eng mit der revolutionären Arbeit der russischen Volksmassen unter Führung der bolschewistischen Partei verknüpft ist, mit dem Vertrauensverhältnis, das sich so im Lauf der Jahre zwischen der Parteiführung und den fortgeschrittenen Elementen der Massen gebildet hat, und mit der Fähigkeit, die sich die Parteiführung erworben hat, gewissen Problemen des Kampfs gegen die Bourgeoisie beizukommen.

Diese Übergangsform der Diktatur des Proletariats ist jedoch brüchig; denn die Parteiführung ist zahlenmäßig klein, sie ist uneins, und vor allem haben die meisten ihrer Mitglieder mehr als einmal bewiesen, wie leicht sie durch rechts- oder "links"-opportunistische Gedanken oder durch nationalistische Tendenzen zu beeinflussen sind.

Allerdings darf die Bedeutung dieser Brüchigkeit auch nicht überschätzt werden. Wie die historische Erfahrung zeigt, ist es unvermeidlich, daß die Vertreter einer proletarischen Linie zu verschiedenen Zeitpunkten in der Minderheit sind, sogar in der Führung einer revolutionären marxistischen Partei. Wesentlich ist, daß die proletarischen Revolutionäre schließlich ihre Ideen durchsetzen und zur rechten Zeit die Führung der Partei übernehmen oder wiedererobern können. Diese Möglichkeit bestand damals in der bolschewistischen Partei. Das zeigt die Tatsache, daß Lenin schließlich seinen Standpunkt durchsetzen konnte, auch wenn er zunächst in der Minderheit war.

3. Die Etappen der russischen Revolution

Die Bilanz aus fünf Jahren revolutionärer Arbeit macht es notwendig nach den *Etappen* der Revolution zwischen 1917 und 1923 zu fragen. Lenin hat mehrere "Periodisierungen" vorgeschlagen.

Im Verlauf der zweiten Hälfte 1918, als die Komitees der Dorfarmut sich entwickeln, ist Lenin bekanntlich der Ansicht, daß die russische Revolution auch auf dem Land in eine vollkommen proletarische Etappe eintritt. Die späteren Ereignisse haben ihm gezeigt, daß dem nicht so war. Daher räumt er 1921 ein, daß die proletarische Arbeit der Revolution wesentlich eine

13 LW 33, S. 242
14 LW 33, S. 243

politische und daß selbst auf dieser Ebene die sozialistische Etappe nur zu einem kleinen Teil erreicht sei.

Zu diesem Zeitpunkt unterscheidet Lenin in dem revolutionären Prozeß drei große Perioden.

In der ersten Periode (den Monaten zwischen Oktober 1917 und Frühjahr 1918) erfüllt die Revolution entscheidende politische Aufgaben: die Errichtung der Diktatur des Proletariats, die Enteignung der Grundbesitzer, das Ausscheiden Rußlands aus dem imperialistischen Krieg, die Verstaatlichung der großen Produktions-, Transport- und Handelsunternehmen (15).

Die zweite Periode reicht vom Frühjahr 1918 bis zum Frühjahr 1921; es ist die Periode des "Kriegskommunismus". Hier sind die ökonomischen und militärischen Aufgaben die zentralen.

Eine dritte Periode beginnt im Frühjahr 1921. Lenin charakterisiert sie als die Periode der "Entwicklung des Staatskapitalismus auf neuem Wege" (16), auf dem Weg der NEP.

Der Staatskapitalismus, von dem Lenin hier spricht, schließt auch den Sektor der staatlichen Industrie ein, wo sich seit März/April 1918 (im Zusammenhang mit der Lösung des "Spezialisten"-Problems) "nicht sozialistische, sondern bürgerliche Verhältnisse" (17) gefestigt hatten.

Wenn man den Charakter der vorherrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigt, kann man die *spezifische Form* verstehen, die damals die Diktatur des Proletariats in Rußland tendenziell annimmt; denn in letzter Instanz werden die politischen Formen durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmt. Der revolutionäre Klassenkampf kann die politischen Apparate der Bourgeoisie zerbrechen, aber solange die grundlegenden wirtschaftlichen Verhältnisse (diejenigen, in denen nämlich die unmittelbaren Produzenten stehen) nicht umgewälzt sind, besteht die *Tendenz* zur Wiedererrichtung der bürgerlichen staatlichen Apparate weiter fort. Die *sozialistische Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse* ist aber eine Aufgabe, die sehr viel länger dauert und viel komplexer ist als die Zerstörung der staatlichen Apparate. Daher muß der Kampf auch nach Abschluß der ersten Etappe der proletarischen Revolution fortgeführt werden, um den Überbau und die Produktionsverhältnisse revolutionär umzugestalten.

Im folgenden wird deutlich, wie Lenin schrittweise auf solche Schlußfolgerungen zusteuert, indem er die Fehler während des "Kriegskommunismus" und die Probleme des Aufbaus eines "Staatskapitalismus" unter der Diktatur des Proletariats analysiert. Außerdem wird gezeigt, wie die Erfahrungen der Periode von 1921 bis 1923 Lenin zur Berichtigung seiner ursprünglichen Konzeption der NEP veranlassen.

15 vgl. Lenins Bericht über die NEP auf der VII. Moskauer Gouvernements-Parteikonferenz, in: LW 33, besonders S. 67
16 a.a.O., S. 81 f.
17 a.a.O., S. 68. Lenin stellt diese Tatsache schon 1918 heraus. Er betont damals, daß sich in der Staatsindustrie aus Gründen der Stellung, die man Spezialisten dort einräumt, kapitalistische Verhältnisse entwickeln; "denn Kapital ist nicht eine Summe Geldes, sondern ein bestimmtes gesellschaftliches Verhältnis". (*Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht*, in: LW 27, S. 225 ff., hier S. 239)

KAPITEL II

Die Analyse der Fehler des "Kriegskommunismus"

Lenins Bilanz der ersten Revolutionsjahre beschränkt sich natürlich nicht auf eine Aufzählung der Umwälzungen und der Etappen. Seine Bilanz ist darüber hinaus eine kritische Einschätzung des vergangenen Handelns der bolschewistischen Partei. Lenin erarbeitet eine *Analyse der Fehler,* um ihre Wiederholung zu vermeiden. Seine Bilanz ist auch eine *Selbstkritik,* die gewisse Maßnahmen während des "Kriegskommunismus" betrifft sowie die Tragweite, die man ihnen beigemessen hatte.

1. Die Fehler des "Kriegskommunismus" und ihre Auswirkungen

Es gibt viele Texte, in denen Lenin den "Kriegskommunismus" kritisch analysiert, aber sie erhellen nicht alle in gleicher Weise den Charakter der begangenen Fehler und ihre Tragweite.

a) Lenins Analyse der Fehler

Vor allem gegen Ende des Jahrs 1921 – zu einem Zeitpunkt, als die (im Frühjahr von der bolschewistischen Partei beschlossene) Umsetzung der NEP in die Praxis auf Schwierigkeiten stößt und Berichtigungen verlangt – nimmt Lenin eine Analyse des "Kriegskommunismus" in Angriff. So schreibt Lenin in seinem Artikel *Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution,* den er am 18.10.1921 in der *Prawda* veröffentlicht:

> "Wir rechneten darauf – vielleicht wäre es richtiger zu sagen: Wir nahmen an, ohne genügend zu rechnen –, daß wir durch unmittelbare Befehle des proletarischen Staates die staatliche Produktion und die staatliche Verteilung der Güter in einem kleinbäuerlichen Land kommunistisch regeln könnten. Das Leben hat unseren Fehler gezeigt." (18)

Daß die Politik fehlerhaft war, ist hier klar *festgestellt,* aber der *Charakter des Fehlers* selbst ist nicht präzisiert. Einerseits legt der Text den Schluß nahe, das Hindernis bei der kommunistischen Regelung der Produktion und der Verteilung habe vor allem in der Existenz der bäuerlichen Kleinproduktion gelegen; andererseits scheint er auch anzudeuten, die "kommunistische Regelung" hätte durch staatliche Befehle geschaffen werden können. Diese Formulierung will vor allem die *Notwendigkeit der Etappen* hervorheben, die durchlaufen werden müssen, bevor von einer kommunistischen Regelung die Rede sein kann.

18 LW 33, S. 38

Einige Tage nach der Veröffentlichung des oben zitierten Textes kommt Lenin auf dasselbe Problem zurück und erklärt:

> "Wir begingen den Fehler, daß wir beschlossen, den unmittelbaren Übergang zur kommunistischen Produktion und Verteilung zu vollziehen." (19)

Auch hier könnte es scheinen, als betreffe der Fehler nicht die *Tragweite* der beschlossenen Maßnahmen (die "kommunistische Maßnahmen" seien), sondern den *Zeitpunkt* ihrer Anwendung, der verfrüht gewesen sei.

In Wirklichkeit geht Lenin jedoch weiter. Er sieht die Fehler nicht nur in dem Zeitpunkt, zu dem die staatlichen organisatorischen Maßnahmen durchgeführt werden, die den "Kriegskommunismus" kennzeichnen, sondern vor allem in der Einschätzung des Charakters der gesellschaftlichen Verhältnisse, die von solchen Maßnahmen hervorgebracht werden konnten. Lenin führt das zum Beispiel in seinem Bericht auf der VII. Moskauer Gouvernements-Parteikonferenz vom 29. Oktober 1921 aus, in dem der folgende Satz steht:

> "Wir nahmen an, wir seien, nachdem wir die staatliche Produktion und die staatliche Verteilung ins Leben gerufen hatten, dadurch unmittelbar in ein, verglichen mit dem vorhergehenden, anderes ökonomisches System der Produktion und Verteilung eingetreten." (20)

In der Tat stellt diese Formulierung klar heraus, daß die Formen staatlichen Eingreifens, die für den "Kriegskommunismus" kennzeichnend waren, nicht das *vorher existierende ökonomische System verändert hatten,* sondern nur einige seiner Funktionsbedingungen, was bedeutet, daß das ökonomische System sich *nicht* "vom vorhergehenden unterscheidet" und daß *die früheren Produktionsverhältnisse unverändert bestehen bleiben.* Lenin erklärt deshalb (in demselben Bericht):

> "Wir müssen uns auf den Boden der vorhandenen kapitalistischen Verhältnisse stellen." (21)

In diesem Text wird deutlich, daß ein Aspekt der während des "Kriegskommunismus" begangenen Fehler in der Annahme bestand, dieser habe die vorher bestehenden Verhältnisse "zerstört", während sie doch immer noch vorhanden waren. Schon auf dem X. Parteitag, in seinem Bericht über die Naturalsteuer (vom 15. März 1921) spricht Lenin im übrigen vom "Traum" derjenigen, die geglaubt hatten, man könne in drei Jahren die sozialistische Umgestaltung Rußlands und vor allem seiner Landwirtschaft erreichen. (22)

In dieser letzten Formulierung zielt die Kritik jedoch nicht so sehr auf den Gedanken, es sei unmöglich, durch *staatliches Handeln* eine *kommunistische* Produktion und Verteilung auf die Beine zu stellen, als auf die

19 ebd., S. 42
20 ebd., S. 69
21 ebd., S. 79
22 LW 32, S. 219

Illusion, man hätte in einer sehr kurzen Zeitspanne (und ohne irgendeine vorangegangene Erfahrung) den Übergang von der individuellen zur kollektiven Landwirtschaft vollziehen können.

Lenin kommt 1921 noch nicht zu einer präzisen Bestimmung, *worin die Fehler* des "Kriegskommunismus" *gelegen haben;* ob sie *im Zeitpunkt* lagen, zu dem gewisse Maßnahmen getroffen wurden, *oder in deren Charakter,* oder aber in den erwarteten *Auswirkungen* der Umwälzungen der wirtschaftlichen Verhältnisse; und doch hält es Lenin für unabdingbar, den *fehlerhaften Charakter* der verfolgten *Strategie* und der *Linie* während dieser Periode hervorzuheben. Er kennzeichnet diese Strategie global als einen Versuch des "Sturmangriffs" gegen den Kapitalismus, einen Versuch, der gescheitert sei und den man "entschlossen, eindeutig und klar als Fehler anerkennen" (23) müsse.

Es handelt sich hier also um eine Selbstkritik. Lenin hält sie für unvermeidlich, damit die bolschewistische Partei nicht zu einem Zeitpunkt in ähnliche Fehler verfällt, wo eine "neue Strategie und Taktik" (24) ausgearbeitet wird, nämlich die NEP.

Die Fehler, die Lenin in seiner Analyse der Politik des "Kriegskommunismus" angreift, betreffen im wesentlichen die *strategische Konzeption,* die dieser Politik entspricht. Seine Kritik richtet sich also nicht so sehr gegen jede einzelne der wichtigsten *konkreten Maßnahmen,* als gegen den *breiten Raum* und vor allem gegen die *Bedeutung,* die ihnen in dem Augenblick beigemessen wurde (diese illusorische Bedeutung hatte nämlich zur Folge, daß der Anwendungsbereich der Maßnahmen über das Maß dessen hinausging, was für die *Erfordernisse des Kriegs* unabdingbar war). Lenin hebt diesen Punkt auf dem X. Parteitag sehr deutlich hervor, wenn er erklärt:

> "Bei dem straffen System, das wir schufen, ließen wir uns von militärischen *und nicht von ökonomischen* Erfordernissen, Erwägungen und Bedingungen leiten. Unter den Verhältnissen der unerhörten wirtschaftlichen Zerrüttung, in denen wir uns befanden, als wir gezwungen waren, nach dem großen Krieg eine Reihe von Bürgerkriegen durchzumachen, gab es keinen anderen Ausweg. Bei der Anwendung der von uns festgelegten Politik wurden gewiß Fehler gemacht, es gab eine ganze Reihe von Überspitzungen – das muß man mit aller Deutlichkeit sagen. *Aber unter den Bedingungen des Krieges, in die wir uns versetzt sahen, war diese Politik in den Grundzügen richtig.* Wir hatten keine andere Möglichkeit als die maximale und sofortige Anwendung des Monopols, bis zur Einziehung aller Überschüsse, sogar ohne jede Vergütung." (25)

Etwas später greift Lenin in seiner Broschüre *Über die Naturalsteuer* diese Einschätzung wieder auf:

> "Der 'Kriegskommunismus' war durch Krieg und Ruin erzwungen. Er war keine Politik, die den wirtschaftlichen Aufgaben des Proletariats entsprach, und konnte es auch nicht sein. Er war eine zeitweilige Maßnahme." (26)

23 LW 33, S. 67
24 ebd.
25 LW 32, S. 237 f. (Hervorhebung – Ch.B.)

Das Ausmaß der Zwangsmaßnahmen des "Kriegskommunismus" wird in der Tat weitgehend von den militärischen Erfordernissen diktiert, denen sich die Sowjetmacht zu einem Zeitpunkt stellen muß, da im Land ein ernstes wirtschaftliches Chaos herrscht und der Mangel an Disziplin, der mit den selbst in der Arbeiterklasse vorhandenen kleinbürgerlichen Vorstellungen zusammenhängt, die Herstellung einer freiwilligen Disziplin von heute auf morgen nicht erlaubt. Schon Ende 1917 und mehr noch von 1918 an versuchen viele Bauern, einen großen Teil ihrer (an der Front unentbehrlichen) Produktion für sich selbst zu behalten, und in der Industrie entwickelt sich in großem Stil das Unwesen, der Arbeit fernzubleiben. Schon im Frühjahr 1918 kommt es in vielen Fabriken vor, daß das Personal Maschinen und Ersatzteile verkauft oder die Lager auflöst, um die persönlichen Einkommen aufzubessern (27), da deren realer Wert infolge der Preissteigerungen immer geringer wird.

In der Notlage des Kriegs ist es nicht möglich, sich auf eine "Selbstdisziplin" zu verlassen, die von heute auf morgen entstehen soll. Es ist notwendig, um jeden Preis das Überleben der Armee und der Stadtbevölkerung, vor allem der Arbeiter, zu gewährleisten (28).

Während des "Kriegskommunismus" ist Lenin in der Tat der bolschewistische Führer, der weiterhin am klarsten sieht (obwohl auch er den Illusionen der Zeit zuweilen erliegt), daß die damals getroffenen Maßnahmen außerordentlichen Charakter haben, daß sie vom Krieg diktiert sind; andere dagegen wie Trotzki, Bucharin oder Preobrashenski – und in ihrem Gefolge offenbar viele Kader und aktive Parteimitglieder – sehen in diesen Maßnahmen einen "direkten Übergang zum Kommunismus".

b) Die Auswirkungen der Fehler des "Kriegskommunismus"

Die Politik des "Kriegskommunismus" hat es Sowjetrußland ermöglicht, trotz der Erschöpfung der physischen Kräfte der Werktätigen und trotz des Zerfalls der Wirtschaft den Sieg zu erringen. Die Tatsachen haben bewiesen, daß die aus der Oktoberrevolution hervorgegangene Macht – gestützt auf diese Politik – in der Lage war, ausreichende Kräfte zu mobilisieren und die Energie und den Heroismus der für die Revolution kämpfenden Massen auf die wesentlichen Aufgaben des Augenblicks zu konzentrieren.

26 ebd., S. 355
27 vgl. Marcel Liebman, *Le Léninisme sous Lénine* (Der Leninismus unter Lenin), Bd. 2, Paris 1973, S. 189
28 M. Liebman erinnert daran, daß von 1918 bis Ende 1920 durch Epidemien, Hunger und Kälte 7.500.000 Russen umkamen, während der Krieg mit dem Ausland vier Millionen Opfer gefordert hatte. (a.a.O., S. 207)

Dennoch hat die Art, wie die dem "Kriegskommunismus" eigenen Maßnahmen durchgeführt wurden, auf die Dauer negative Auswirkungen, und zwar vor allem wegen der Fehler, die die Illusion eines "direkten" Übergangs zum Kommunismus nach sich zog. Diese Auswirkungen werden von dem Augenblick an besonders bedenklich, da die Politik des "Kriegskommunismus" nicht mehr durch militärische Erfordernisse gerechtfertigt ist. Dies ist ab Herbst 1920 der Fall. Die bolschewistische Partei versäumt es zu diesem Zeitpunkt, genügend rasch die Verordnungen zur Beschlagnahme landwirtschaftlicher Produkte, die Maßnahmen zur Militarisierung der Arbeit und zur "Verstaatlichung" der Gewerkschaften aufzuheben und läßt auf diese Weise die Entwicklung einer echten Unzufriedenheit in breiten Schichten der Bauern und Arbeiter aufkommen. Diese Unzufriedenheit, die im Winter 1920/21 noch anwächst, drückt sich auf lokaler Ebene in Bauernaufständen und in Streiks aus; sie ist der Grund dafür, daß die Bedingungen des Kronstädter Aufstands heranreifen. Diese Tatsachen hat Lenin vor Augen, wenn er erklärt, daß die bolschewistische Partei durch ihre Fehler eine schwerere Niederlage erlitten habe als jemals an der militärischen Front (29); denn die Beziehungen der Sowjetmacht zu breiten Volksschichten hätten sich dadurch ernsthaft verschlechtert. Durch die Einführung der NEP konnte diese Lage nur allmählich wieder verbessert werden.

Der "Kriegskommunismus" hatte noch weitere, länger andauernde Konsequenzen. Die Tatsache, daß die Tätigkeit der Sowjets verkümmerte (was im Frühjahr 1918 begonnen hatte), wurde durch die extreme Zentralisierung beschleunigt, zu der diese Form der Militarisierung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse führte. Im Lauf der zweiten Hälfte des Jahrs 1918 wird die Entscheidungsgewalt der örtlichen Sowjetorgane der Entscheidungsgewalt der zentralen Organe unterstellt: dem revolutionären Militärkomitee der Sowjets in Rußland und den örtlichen revolutionären Komitees, die aus ihm hervorgegangen sind, dem "Arbeiter- und Bauernrat für die Verteidigung" und der Tscheka. Die Schwäche der örtlichen Parteiorganisationen begünstigte, wie schon erwähnt, diese Entwicklung; denn die "lokalistischen" oder "regionalistischen" Tendenzen werden durch die Vereinheitlichungstätigkeit der bolschewistischen Partei nicht in ausreichender Weise bekämpft. So versuchen die verschiedenen Ortschaften oder Regionen, möglichst viele Erzeugnisse für sich selbst zu behalten, was mit den Erfordernissen des Kriegs unvereinbar ist. Die Tatsache, daß die Tätigkeit der örtlichen Sowjetorgane immer mehr gelähmt wird, hat also ihre Wurzel in der realen Situation; aber diese Lähmung nimmt noch zu durch die *fehlerhafte Vorstellung, die sich zu diesem Zeitpunkt die bolschewistische Partei vom Wesen des "Kriegskommunismus" macht.* Deshalb muß die Frage *nach den Quellen dieser fehlerhaften Vorstellung* gestellt werden.

29 LW 33, S. 44

2. Die Quellen der Fehler des "Kriegskommunismus"

Aus dem Gesagten geht hervor, daß die Fehler des "Kriegskommunismus" nicht alle denselben Charakter tragen. Einige sind wesentlich "praxisbezogene" Fehler; sie hängen mit den *Durchführungsbedingungen* der politischen Linie zusammen. So wurden die Zwangsmaßnahmen, die durch die Notlage des Kriegs und durch die Tatsache erzwungen waren, daß die bolschewistische Partei nicht schnell und auf freiwilliger Basis den für die Armee, die Verteidigung und das Überleben der Städte notwendigen Nachschub an Gütern und Menschen mobilisieren konnte, in zu breitem Maßstab oder auf willkürliche Weise angewendet. Andere Fehler sind wesentlich politischer und ideologischer Natur; sie liegen in der politischen Linie selbst, in dem *illusorischen Versuch des "direkten Übergangs zum Kommunismus".*

Die Unterscheidung zwischen diesen beiden Typen von Fehlern scheint auf zwei verschiedene Typen von Apparaten hinzuweisen. Die "praxisbezogenen" Fehler wären dann von staatlichen Organen begangen worden, die nicht proletarischen Charakter hatten und von bürgerlichen Elementen durchdrungen waren und die ideologischen und politischen Fehler würden auf das Konto der bolschewistischen Partei selbst gehen. In Wirklichkeit ist diese Unterscheidung nicht befriedigend. Einerseits stimmt es nicht, daß die "praxisbezogenen" Fehler nur von staatlichen Organen ohne proletarischen Charakter gemacht worden sind: die Arbeiterbataillone und die bolschewistischen politischen Kommissare, die aufs Land geschickt wurden, bedienten sich im allgemeinen derselben Praktiken wie die rein staatlichen Organe; außerdem war die fortgesetzte Anwendung der fehlerhaften Maßnahmen des "Kriegskommunismus" auf politische Beschlüsse der bolschewistischen Partei zurückzuführen und nicht auf solche der staatlichen Verwaltungsapparate.

Andererseits und in erster Linie muß man – selbst wenn man der Unterscheidung zwischen beiden Fehlertypen zustimmt – feststellen, daß, sobald die bolschewistische Partei die Macht ausübt, die von ihr festgelegte politische Linie die *dominierende Rolle* spielt. Man muß also einräumen, daß der *Hauptaspekt der Fehler des "Kriegskommunismus" ideologischer und politischer Natur ist:* diese Fehler hängen von der Linie der bolschewistischen Partei ab und von ihrer Analyse jener Probleme, die sie lösen muß, einer Analyse, die eine bestimmte Anzahl von *theoretischen Konzeptionen* verwendet.

a) Lenins Erklärung der begangenen Fehler

Lenin zweifelt nicht daran, daß die Fehler des "Kriegskommunismus" politische Fehler sind. Daher macht er sich Gedanken über ihre Gründe. Zur Erläuterung benutzt er eine *Metapher*: er vergleicht den Kapitalismus mit einer Festung, die die Partei im Sturmangriff zu nehmen versucht hat,

anstatt sie zu belagern, was allein zum Sieg geführt hätte. Er fügt hinzu, daß, solange der Sturmangriff nicht versucht worden war, man nicht wissen konnte, daß er scheitern mußte und daß allein die Belagerung den Sieg bringen würde. Zusammenfassend formuliert Lenin folgendes allgemeines Prinzip:

> "Es ist bei der Lösung einer solchen Aufgabe mit sehr vielen Unbekannten schwierig, ohne *entsprechende praktische Erfahrungen* mit absoluter oder sogar nur hinreichend annähernder Genauigkeit festzustellen, welches Verfahren gegen eine feindliche Festung anzuwenden ist." (30)

Lenins Antwort auf das gestellte Problem ist im Prinzip richtig; denn es stimmt, daß angesichts einer neuen Lage allein die praktische Erfahrung lehren kann, wie die Probleme korrekt zu lösen sind. Diese Antwort arbeitet klar heraus, daß ohne praktische Erfahrung *Fehler unvermeidbar sind* und daß man durch Fehler hindurchmuß, um vorwärtszugehen. Das bedeutet auch, daß die Theorie nicht der Praxis vorausgehen kann (auch wenn sie die Praxis anleitet, indem sie systematische Schlußfolgerungen aus der vorgangenen Praxis zieht). Dennoch ist Lenins Antwort ungenügend.

Durch diese Erklärung scheint er nämlich zuzugestehen – im Gegensatz zu dem, was er bei andern Gelegenheiten schrieb –, daß die Maßnahmen des "Kriegskommunismus" nicht nur als geeignet angesehen werden konnten, die dringende Verteidigung der Sowjetmacht abzusichern, sondern auch, die kapitalistischen Verhältnisse zu zerschlagen und kommunistische Verhältnisse hervorzubringen. Lenins Metapher legt nämlich den Gedanken nahe, daß die *Kräfte*, über die das Proletariat zum "Sturmangriff" verfügte, ungenügend waren, was die "Belagerung" notwendig machte; man kann daraus schließen, es sei richtig, zu dieser Art "Sturmangriff" überzugehen, sobald die Kräfte des Proletariats verstärkt sind (durch die Erhöhung der Mitgliederzahl der bolschewistischen Partei, durch bessere ideologische Schulung, bessere Beziehungen zu den Massen, durch wirksamere Unterordnung der staatlichen Verwaltungsapparate usw.). In gewisser Weise ist das genau die Schlußfolgerung, die die Führung der bolschewistischen Partei Ende der zwanziger Jahre zu ihrer eigenen macht. Was nun aber in Wirklichkeit *falsch ist, ist die Annahme, staatliche Zwangsmaßnahmen könnten einen Ersatz bieten für die Aktion der Massen und für die revolutionäre Umgestaltung der ideologischen Verhältnisse im Kampf um eine radikale Umwälzung der Produktionsverhältnisse.*

Lenins Erklärung, warum es *unmöglich* sei, das *Scheitern* eines Versuchs der Umwälzung der Produktionsverhältnisse mit den Verfahren des "Kriegskommunismus" *vorauszusehen,* befriedigt auch von einem anderen Gesichtspunkt aus nicht: was Marx nämlich über den Charakter der Produktionsverhältnisse und über die Bedingungen ihrer Umgestaltung geschrieben hatte – beispielsweise in seiner Analyse der Erfahrungen der Pariser Kommune – hätte eigentlich zeigen müssen, daß die Methoden des "Kriegskommunismus"

30 LW 33, S. 65 (Hervorhebung – Ch.B.)

nicht dazu geeignet waren, die Umwälzung der Produktionsverhältnisse zu gewährleisten. Es war aber nicht so, daß die bolschewistische Partei und besonders Lenin diese Analysen von Marx nicht gekannt hätten – und sie hielten sie auch für richtig. Deshalb kann man sich mit Lenins Erklärung der Fehler des "Kriegskommunismus" nicht zufriedengeben; man muß die Frage nach dem Ursprung der Illusionen anders stellen.

b) Der Ursprung der Illusionen des "Kriegskommunismus"

Zur Erklärung dafür, daß diese Illusionen entstehen, daß sie mehrere Jahre lang fortdauern und daß sie sogar Ende der zwanziger Jahre wieder auftauchen konnten, scheint es mehrere Elemente zu geben.

Eins dieser Elemente – dessen Tragweite hier nur angedeutet werden kann – ist die Tendenz, die Aktion der Partei gleichzusetzen mit der Aktion der Volksmassen, insbesondre der Arbeitermassen. Gewiß handelt es sich hier nur um eine Tendenz zur Gleichsetzung; Lenin betont in der Tat mehr als einmal, daß diese oder jene Maßnahme der Partei von der Arbeiterklasse nicht verstanden oder nicht akzeptiert wird und daß die Gefahr besteht, daß die Arbeiterklasse der bolschewistischen Partei nicht folgt. Die Unterscheidung zwischen Partei und Klasse ist also in Lenins Denken eindeutig vorhanden. Was das Wesentliche der Maßnahmen während des "Kriegskommunismus" betrifft, die Art, wie sie konzipiert sind, bleibt jedoch unbestritten, daß *alles so verläuft, als wäre die Aktion der Partei und des Staatsapparats mit der Aktion der Massen gleichgesetzt.* Man erinnert sich dabei an Lenins Metapher der "Verschmelzung" (31); aber auch *diese Metapher, versteht man sie wörtlich,* neigt dazu, die *Widersprüche* zu verschleiern, die sich zwischen der Partei und der Arbeiterklasse entwickeln können.

Später tritt die Tendenz, die Partei mit der Klasse gleichzusetzen, wieder stark in Erscheinung; sie hat dann äußerst ernste Auswirkungen, weil sie nicht rechtzeitig korrigiert wird.

Hier handelt es sich allerdings nur um ein Element der Antwort. Man muß sich in der Tat fragen, aus welchen Gründen die Praxis selbst nicht *früher* gezeigt hatte, daß die Maßnahmen der Partei und des Sowjetstaats während des "Kriegskommunismus" *nicht* zur Zerstörung der alten kapitalistischen Verhältnisse und zum Aufbau neuer Verhältnisse *geführt hatten.* Anders ausgedrückt, man muß sich fragen, warum die wirtschaftlichen Verhältnisse während des "Kriegskommunismus" für sich entfaltende kommunistische Verhältnisse gehalten wurden. Wird die Frage so gestellt, so sind – wie es scheint – folgende Elemente einer Antwort möglich.

31 Im August 1919 schreibt Lenin in seinem *Brief an die Arbeiter und Bauern anläßlich des Siegs über Koltschak*: "Die Diktatur der Arbeiterklasse wird von der Partei der Bolschewiki durchgeführt, die schon seit 1905 und früher mit dem ganzen revolutionären Proletariat verschmolzen ist." (LW 29, S. 551)

Zunächst (wir sahen das im Zusammenhang mit der Rolle, die den staatlichen Wirtschaftsapparaten beigemessen wurde) hatte die bolschewistische Partei nicht vollständig mit einem Teil der Vorstellungen gebrochen, die in der deutschen Sozialdemokratie Gestalt angenommen hatten und die das Staatseigentum und die staatliche Zentralisierung mit der Zerstörung der kapitalistischen Verhältnisse gleichsetzten. Dies geschah, obwohl Marx, Engels und Lenin selbst oft gezeigt hatten, daß die Entwicklung zum Sozialismus hin keineswegs eine Stärkung des Staats bedeutet, sondern im Gegenteil sein Absterben (das eine Auswirkung der Festigung der Diktatur des Proletariats ist). In *Staat und Revolution* betont Lenin ganz klar, daß der Sozialismus ein *Verschwinden des Staats im eigentlichen Sinn* voraussetzt. Lenin nimmt diese Worte ganz ausdrücklich in seinen *Notizen* wieder auf, die er sich bei der Lektüre der *Kritik des Gothaer Programms* und anderer Texte von Marx und Engels zum Problem des Staats macht. Ganz besonders beschäftigt Lenin ein Brief von Engels an Bebel vom März 1875, in dem Engels die Lehren der Pariser Kommune zieht und schreibt:

> "Man sollte das ganze Gerede vom Staat fallenlassen, besonders seit der Kommune, die schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war. (...) Wir würden daher vorschlagen, überall statt *Staat* 'Gemeinwesen' zu setzen, ein gutes altes deutsches Wort, das das französische 'Kommune' sehr gut vertreten kann." (32)

Wenn trotz der Staatsfeindlichkeit von *Staat und Revolution* – und trotz Lenins eigener Warnungen, der den Begriff "Staatskapitalismus unter der Diktatur des Proletariats" genau deshalb benutzte, um jede Verwechslung zwischen staatlicher Regelung der Produktion und Zirkulation und dem Aufbau des Sozialismus zu vermeiden – wenn trotzdem die staatlichen Maßnahmen der Periode des "Kriegskommunismus" als "sofortiger sozialistischer Aufbau" angesehen wurden, so deshalb, weil *schon der Umfang des staatlichen Handelns zu dieser Zeit die alten Existenzformen der kapitalistischen Verhältnisse und der Bourgeoisie zerstört hatte.* Das rief die Illusion hervor, dieses von der bolschewistischen Partei geleitete Handeln könne die alten ökonomischen Verhältnisse zerbrechen.

Diese Illusion wurde durch die Tatsache verstärkt, daß der massive Staatseingriff in die Zirkulationssphäre in sehr starkem Maß dazu geführt hatte, die *Waren- und Geldzirkulation* auszuschalten. Sie wurde durch staatliche Requisitionen und Verteilung der Erzeugnisse ersetzt. In dieser Situation brauchte man nur die Waren- und Geldverhältnisse mit den kapitalistischen Verhältnissen gleichzusetzen (was einer häufig gegebenen, aber falschen Interpretation gewisser Texte von Marx entspricht), um von der Feststellung des fast völligen Verschwindens der Waren- und Geldzirkulation zu der Schlußfolgerung zu kommen, daß die kapitalistischen Verhältnisse selbst verschwunden seien. Auf diese Weise herrschte die Illusion vor, der "Kriegskommunismus" habe eine sozialistische Produktion und Verteilung geschaffen.

32 MEW 19, S. 6 f. vgl. LW 25, S. 453 ff.

Daß es sich tatsächlich um eine Illusion handelte, bestätigte sich im *offenen* Wiedererscheinen des Warenaustauschs seit dem Ende des "Kriegskommunismus", als man darauf verzichtete, in großem Maßstab staatliche Maßnahmen einzusetzen, die die *Warenverhältnisse von der wirtschaftlichen Bühne gefegt hatten.* Daß diese so rasch und so massiv offen wiederauftraten, erklärt sich genau dadurch, daß die *kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu keinem Zeitpunkt "zerstört"*, das heißt, durch neue gesellschaftliche Verhältnisse ersetzt worden waren. So genügte es, daß die Unterdrückungsmaßnahmen gelockert wurden und wieder mehr Erzeugnisse verfügbar waren, damit die bis dahin verdrängten Waren- und Geldverhältnisse wieder an die *Oberfläche* kamen.

Es muß in der Tat betont werden, daß selbst während des "Kriegskommunismus" das Verschwinden des Warenaustauschs mehr formalen als realen Charakter hatte. Es gab in Wirklichkeit in allen Städten Plätze, wo illegale Geschäfte abgewickelt wurden, praktisch fast öffentlich, da sie von der Polizei geduldet wurden.

Ein Beispiel hierfür ist der Sucharewska-Platz in Moskau; sein Name ist sogar eine geläufige russische Bezeichnung für den "schwarzen Markt" geworden. Der illegale Handel nahm ein solches Ausmaß an, daß 1919–1920 die offizielle Verteilung von Nahrungsmitteln in den Städten im allgemeinen nur 25 bis 40% des Kalorienbedarfs der Städter deckte. (33)

Auf jeden Fall, was auch immer das Ausmaß der Illusionen gewesen war, die durch die Bedingungen des "Kriegskommunismus" selbst hervorgerufen wurden – gewisse Tatsachen stehen fest: zum Zeitpunkt ihres Wirkens wurden diese Illusionen nicht analysiert, und sogar danach wurde ihre Analyse nicht vorangetrieben. Das *Scheitern des "Kriegskommunismus"* als einer Politik der Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse wurde lediglich festgestellt. Hierin liegt eine Schwäche, die sich auf die Formulierung der neuen Linie auswirkt, nachdem der "Kriegskommunismus" aufgegeben worden war. Diese Linie erscheint zunächst als eine *Rückkehr* zur Konzeption des "Staatskapitalismus" in der Form, die er im Frühjahr 1918 eingenommen hatte, dann aber als eine wirklich neue Politik, die der Konzeption der NEP entspricht, die Lenin ab Herbst 1921 formuliert. Weiter unten, im Kapitel IV, werden wir auf diese verschiedenen Konzeptionen der NEP zurückkommen. Aber zunächst muß die Rolle besprochen werden, die der Begriff "Staatskapitalismus" gespielt hat.

33 vgl. E.H. Carr, *The Bolshevik Revolution (1917–1923)*, Bd. 2, a.a.O., S. 242 f.

KAPITEL III

Der "Staatskapitalismus"

Nachdem die Politik des "Kriegskommunismus" zwischen Frühjahr und Herbst 1921 aufgegeben worden war, erscheint die vorherrschende Konzeption der NEP, wie schon erwähnt, als eine *Rückkehr zur Politik des Staatskapitalismus,* zu einer Politik, der die bolschewistische Partei bereits unmittelbar nach der Oktoberrevolution folgen wollte. Diese "Rückkehr" zeugt von der zentralen Stellung, die der Gedanke des Staatskapitalismus unter der Diktatur des Proletariats in der Vorstellung Lenins und der bolschewistischen Partei während einer langen Periode einnimmt.

1. Die Konzeption des Staatskapitalismus unter der Diktatur des Proletariats und ihre Stellung in der Politik der bolschewistischen Partei

Bei der Durchsicht von Lenins Schriften von 1917 und von Anfang 1918 sieht man ganz klar, daß Lenin den Ausdruck "Staatskapitalismus unter der Diktatur des Proletariats" dazu benutzt, eine *eindeutige Trennungslinie* zwischen den damals realisierbaren juristischen und politischen Veränderungen und der Zerstörung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu ziehen. Es handelt sich darum herauszuarbeiten, daß selbst unter der Diktatur des Proletariats die Nationalisierung der Produktionsmittel die kapitalistischen Wirtschaftsverhältnisse nur teilweise erschüttert; die Nationalisierung "beseitigt" diese Verhältnisse nicht, so wenig wie sie die Bourgeoisie zum "Verschwinden" bringt.

Allerdings hat dieser Ausdruck nicht nur diesen "pädagogischen Zweck" der Warnung, nämlich die Verwechslung von staatlichen Formen mit sozialistischen ökonomischen Verhältnissen zu vermeiden. Er entspricht zugleich einer bestimmten Vorstellung über die "Etappen", die auf dem Weg zum Sozialismus zurückzulegen seien. So schreibt Lenin in seiner Broschüre *Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll* (34):

> "Der Sozialismus ist nichts anderes als der nächste Schritt vorwärts, über das staatskapitalistische Monopol hinaus. (...) Der Sozialismus ist nichts anderes als staatskapitalistisches Monopol, das *zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird* und dadurch *aufgehört hat,* kapitalistisches Monopol zu sein." (35)

34 Dieser Text wurde im September 1917 geschrieben und erschien Ende Oktober als Broschüre (LW 25, S. 327–377)

35 ebd., S. 369

Diese Aussagen stützen sich selbst wiederum auf eine bestimmte Zahl von Annahmen; sie legen den Schluß nahe, daß die Organisationsformen des "fortgeschrittensten" Kapitalismus notwendigerweise die sind, auf die sich das Proletariat beim Aufbau des Sozialismus stützen muß und kann. Das Problem des Verhältnisses dieser Formen zu ihrem Klasseninhalt (die Tatsache, daß sie gewissen Klassenverhältnissen entsprechen), wird nicht klar beleuchtet; daher scheint sich als einzige wichtige Frage diese zu stellen: *Wer kontrolliert* die Anwendung dieser Formen? Im übrigen sagt das Lenin selbst:

> "Im Grunde genommen läuft die ganze Frage der Kontrolle darauf hinaus, wer wen kontrolliert, d.h. welche Klasse die kontrollierende und welche die kontrollierte ist." (36)

Diese Frage ist grundsätzlich richtig; denn die Machtfrage ist entscheidend. Sie kann aber nicht eine Reihe anderer Fragen gegenstandslos machen: Können die Art und Weise der Kontrolle und die dazu erforderlichen Organisationsformen für zwei antagonistische Klassen, die eine ausgebeutet, die andere ausbeutend, die gleichen sein? Wenn nicht, welche Veränderungen an den *konkreten Kontrollverfahren* erfordert die Ausübung der Macht durch das Proletariat? Und müssen diese Verfahren nicht selbst verändert werden, je nachdem, ob die *Hauptaufgabe der Stunde* die Konsolidierung der proletarischen Macht oder die sozialistische Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse ist?

Im Oktober 1917 wird die Frage – jedenfalls für die damalige Etappe der Revolution – dahingehend entschieden, daß die *Organisationsformen des Staatskapitalismus die gleichen unter der Diktatur der Bourgeoisie wie unter der Diktatur des Proletariats sein können,* ja müssen; dies allerdings mit einer *entscheidenden Einschränkung*: die *Kontrolle* über die Apparate des Staatskapitalismus muß *durch die Volksmassen selbst ausgeübt* werden (und nicht "in ihrem Namen" durch andere staatliche Apparate). Aber diese Einschränkung wirft genau dieselbe Frage auf: Können die Volksmassen wirklich eine Kontrolle über die hochzentralisierten Apparate des Staatskapitalismus ausüben? 1917 beantwortet die bolschewistische Partei diese Frage positiv.

Denkt man an die – oben analysierten – konkreten Bedingungen der damaligen Zeit, so muß man tatsächlich zugeben, daß es *zu diesem Zeitpunkt* keine anderen Möglichkeiten gab, um die völlige Zerrüttung der Wirtschaft, um ihr "Auseinanderfallen" (37) zu verhindern, als die damals getroffenen Maßnahmen; sie beinhalten in der Realität nur eine sehr geringe Kontrolle der Volksmassen, die im allgemeinen an solcher Art von Aktivität auch gar nicht interessiert waren.

36 ebd., S. 352

37 Man muß daran erinnern, daß es im Winter 1917/18 eine Tendenz zum Zerfall der Wirtschaft gab: jede Ortschaft oder jede Region versucht, für sich zu behalten, was sie produziert, oder hält sogar Waren zurück, die über ihr "Gebiet" transportiert werden, um auf diese Weise vorrangig den eigenen Bedarf befriedigen zu können.

Wie dem auch sei –, das Problem der allgemeinen Notwendigkeit einer Etappe des Staatskapitalismus, ihr möglicher Stellenwert auf dem Weg zum Sozialismus, das Problem der einer solchen Etappe eigenen Widersprüche und der Behandlung dieser Widersprüche, all diese Probleme wurden nicht wirklich diskutiert. Zu dieser Zeit erscheint der bolschewistischen Partei die "Etappe" des Staatskapitalismus als eindeutige Notwendigkeit, und das "Modell" der deutschen Kriegswirtschaft erscheint als dasjenige, aus dem Anregungen zu schöpfen seien.

Praktisch führt dann der Klassenkampf 1918 die bolschewistische Partei dazu, zwei Fassungen derselben grundlegenden Konzeption des "Staatskapitalismus unter der Diktatur des Proletariats" ins Werk zu setzen oder es iedenfalls zu versuchen.

a) Die Fassung von Oktober 1917 bis März 1918

Die erste Fassung will so wenig wie möglich an das juristische Eigentum der Unternehmen rühren. Sie überwiegt, grob gesagt, bis März 1918. Während dieser Periode gelten die staatliche Organisierung und Regelung der Industrie als das Wesentliche, und Unternehmen werden nur beschlagnahmt, wenn die Arbeiter eines bestimmten Unternehmens dies fordern, oder wenn es als "Strafmaßnahme" geschieht. Auf dem III. Sowjetkongreß im Januar 1918 bestätigt Lenin diese Stoßrichtung und erklärt, daß die Nationalisierungen und die Konfiszierungen dazu bestimmt seien, die Kapitalisten "zur Unterwerfung zu zwingen" (38).

Anfang 1918 ist einer der unmittelbaren Gründe, die Lenin am häufigsten zur Rechtfertigung der Politik des Staatskapitalismus (insbesondere der damals praktizierten, die zur Einschränkung der Enteignungen und der Nationalisierungen tendierte) vorbringt, die katastrophale Lage der russischen Wirtschaft jener Zeit. In dieser Situation ist Lenin der Ansicht, daß es notwendig sei, eine Zeitlang die Offensive gegen das Kapital auszusetzen, den Kampf um die Zerstörung der kapitalistischen ökonomischen Verhältnisse und um den Aufbau neuer, sozialistischer ökonomischer Verhältnisse zu unterbrechen. Als Antwort auf Stimmen, die im Gegensatz dazu die Offensive weiterführen wollen, schreibt Lenin beispielsweise in seinem Artikel *Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht:*

> "(Es) könnte die Aufgabe in der gegenwärtigen Situation nicht ausgedrückt werden durch die einfache Formel: Fortsetzung der Offensive gegen das Kapital. Obwohl wir das Kapital zweifellos noch nicht völlig vernichtet haben und es unbedingt notwendig ist, die Offensive gegen diesen Feind der Werktätigen fortzusetzen, wäre eine solche Definition nicht genau, nicht konkret, würde sie keine Berücksichtigung der *Eigenart* der gegenwärtigen Situation enthalten, wo man im Interesse des Erfolgs der *weiteren* Offensive *jetzt* die Offensive 'zum Stehen bringen' muß." (39)

Hier erscheint der Staatskapitalismus weniger als eine Etappe, sondern eher als eine Politik des "Anhaltens" der revolutionären Offensive. Für Lenin kommt jedoch ein wirklicher Stillstand nicht in Frage. Für ihn handelt es sich um "eine Verlegung des *Schwerpunkts* unserer ökonomischen und politischen Arbeit. Bisher standen *an erster Stelle* die Maßnahmen zur unmittelbaren Expropriation der Expropriateure. Jetzt tritt *an die erste Stelle* die Organisierung der Rechnungsführung und der Kontrolle sowohl in den Betrieben, in denen die Kapitalisten bereits expropriiert sind, als auch in allen übrigen Betrieben." (40)

b) Die zweite Fassung

Die zweite Fassung des "Staatskapitalismus unter der Diktatur des Proletariats" richtet sich auf eine Enteignung der alten Bourgeoisie in großem Maßstab, wobei die bürgerlichen Formen staatlicher Organisierung und Regelung, auch innerhalb der staatlichen Industriebetriebe, beibehalten werden. Die Umsetzung dieser zweiten Fassung in die Praxis beginnt unmittelbar nach der Unterzeichnung des Vertrags von Brest-Litowsk.

Bucharin und den "linken Kommunisten", die gegen diese Konzeption protestieren, stellt Lenin die Haltung der Arbeiter gegenüber, die, wie er sagt,

> "über das Kindesalter hinaus sind, wo sie durch die 'linke' Phrase oder durch die kleinbürgerliche Zügellosigkeit verleitet werden konnten; (sie) gelangen zum Sozialismus gerade auf dem Wege über die kapitalistische Leitung der Trusts, über die maschinelle Großproduktion, über Betriebe mit Umsätzen von mehreren Millionen jährlich – nur auf dem Wege über solche Produktionsmaßstäbe und Betriebe. Die Arbeiter (...) haben keine Angst vor dem größten 'Staatskapitalismus'." (41)

In diesem Artikel *Über "linke" Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit* bringt Lenin auch andere Argumente vor, die den Staatskapitalismus *nicht als eine "Etappe", sondern als eine Politik* erscheinen lassen, die dadurch gerechtfertigt ist, daß die russische Revolution isoliert ist und daß man abwarten muß – während man gleichzeitig die Macht behauptet – bis die proletarische Revolution auch in Deutschland siegt.

Anfang 1921 entsteht eine erste Konzeption der NEP und Lenin betont von neuem die Notwendigkeit, unter den herrschenden Bedingungen auf den Staatskapitalismus unter der Diktatur des Proletariats zurückzugreifen.

38 vgl. dazu LW 26, S. 461 und E.H. Carr, *The Bolshevik Revolution*, Bd. 2, a.a.O., S. 79 ff. Man kann feststellen, daß die damaligen Nationalisierungsdekrete praktisch immer eine "Begründung" enthalten, die sich nicht auf eine prinzipielle Enteignungspolitik bezieht, sondern auf spezifische Gründe zur Rechtfertigung jeder einzelnen Maßnahme.

39 LW 27, S. 235
40 ebd., S. 236
41 *Über "linke" Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit*, in: LW 27, S. 315–347, hier S. 342

c) Die "Rückkehr" zum Staatskapitalismus 1921

In Lenins Broschüre *Über die Naturalsteuer* (42) wird die NEP wesentlich als eine "Rückkehr" zu einer Form des Staatskapitalismus betrachtet, wie sie den Vorstellungen der bolschewistischen Partei im Frühjahr 1918 entsprach. Weiter unten werden wir sehen (43), daß diese Konzeption der NEP eine sehr provisorische gewesen ist (sie wird im Lauf des Herbstes 1921 aufgegeben); nichtsdestoweniger ist sie theoretisch wichtig. Sie zeugt von der beträchtlichen Stellung, die die Konzeption des Staatskapitalismus unter der Diktatur des Proletariats in der Politik und der Ideologie der bolschewistischen Partei noch immer innehat.

Konkret erscheint der Staatskapitalismus damals unter äußerst verschiedenen Aspekten. In seiner Broschüre führt Lenin die an, die ihm am wichtigsten erscheinen: das Zugeständnis an Kapitalisten, Fabriken zu betreiben; die Genossenschaften von Kleinproduzenten und Kleinkapitalisten (die Lenin natürlich von den Arbeitergenossenschaften unterscheidet); die Verpachtung staatseigener Fabriken, Handelshäuser oder Bergwerke (44) an kapitalistische Unternehmer, usw. Diese Aspekte des Staatskapitalismus sind damals ganz neu. Es dürfen aber darüber nicht die alten vergessen werden, die bereits eingeführt sind und funktionieren: die Heranziehung von Kapitalisten und bürgerlichen Technikern zur Leitung staatlicher Unternehmen; die ebenfalls beibehaltenen kapitalistischen Verhältnisse in diesen Unternehmen (kapitalistische Hierarchie der Befugnisse und Löhne in den staatlichen Unternehmen); die kapitalistischen Organisationsformen in der Gesamtleitung der staatlichen Unternehmen und die Beteiligung der Kapitalisten und der bürgerlichen Techniker an diesen Organisationsformen (insbesondere die Rolle des OVWR, dem die Arbeiterkontrolle praktisch untergeordnet ist).

Diese letzten Aspekte des Staatskapitalismus verdienen umso mehr Beachtung, als sie später noch fortbestehen, zu einem Zeitpunkt, da nach Lenin eine neue Phase des "Rückzugs" beginnt. Diese Phase erscheint ihm als ein Aufgeben des Staatskapitalismus zugunsten einer neuen Konzeption der NEP. In Wirklichkeit bedeutet der Bruch, der beim Übergang von der ersten zur zweiten Konzeption der NEP vollzogen wird, weit mehr als nur das Aufgeben des Staatskapitalismus, wie wir bei der Analyse dieser beiden Konzeptionen noch sehen werden. Zunächst muß jedoch die Frage gestellt werden, wie der Begriff des Staatskapitalismus unter der Diktatur des Proletariats entstand und welche Stellung er in der Entwicklung von Lenins Denken einnahm (45).

42 LW 32, S. 341–380
43 s. unten, S. 392
44 LW 32, S. 358 f., S. 360 und S. 362
45 In der ersten Fassung der NEP ist diese Stellung noch bedeutend (s. unten, S. 390).

2. Die Ursprünge der Konzeption des Staatskapitalismus und ihre Stellung innerhalb des Leninismus

Der Begriff des "Staatskapitalismus" entsteht vor dem Ersten Weltkrieg in den sozialdemokratischen Parteien Deutschlands und Österreichs. In diesen Parteien stellen Führer oder Theoretiker wie Kautsky und vor allem Hilferding die entscheidende Rolle heraus, die die zentralisierten Apparate des staatsmonopolistischen Kapitalismus spielen; mehr noch, sie sehen darin die Vorform der ökonomischen Apparate, deren sich das Proletariat beim Aufbau des Sozialismus werde bedienen müssen.

Die deutsche Sozialdemokratie reproduziert damit bürgerliche und kleinbürgerliche Vorstellungen des "Sozialismus", die Marx und Engels unermüdlich bekämpft hatten. So bemüht sich Engels viele Jahre lang, die Massen und die aktiven Klassenkämpfer mit den gegen die Staatsverehrung gerichteten Thesen bekanntzumachen, die Marx in seiner *Kritik des Gothaer Programms* entwickelt hatte. Es gelingt ihm erst sehr spät, das Einverständnis der Führer der deutschen Partei zur Veröffentlichung dieses Textes zu bekommen. Wenig später erreicht er, daß aus dem Erfurter Programm (dem Programm der deutschen Sozialdemokratie) die neu wiederauflebenden Züge von Staatsverehrung getilgt werden, die der ursprüngliche Entwurf enthalten hatte. Der angenommene Entwurf erklärt, daß die Sozialdemokratische Partei nichts mit dem "sogenannten Staatskapitalismus" gemein haben dürfe, der "den Staat an die Stelle des Privatunternehmers setzt und damit die Macht der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung in einer Hand vereinigt." (46)

Man weiß, mit welcher Entschlossenheit Lenin mit Kautskys Vorstellungen über den bürgerlichen *politischen Staatsapparat* und über die Möglichkeit, daß das Proletariat ihn benutzen könnte, gebrochen hat. In *Staat und Revolution* schreibt Lenin beispielsweise,

> "daß wir selbst in seiner Polemik gegen die Opportunisten, in seiner Fragestellung und seiner Art der Behandlung der Frage jetzt, da wir die *Geschichte* des neuesten Verrats Kautskys am Marxismus untersuchen, ein systematisches Hinneigen zum Opportunismus gerade in der Frage des Staates feststellen können." (47)

Konsequent führt er vor, daß Kautskys Vorstellungen über den Staat mit den Lehren von Marx unvereinbar sind; Lenin erinnert auf diese Weise daran, daß es für das Proletariat zur Ausübung seiner Diktatur notwendig sei, den Staatsapparat der Bourgeoisie zu zerbrechen, einen eigenen politischen Apparat aufzubauen und damit einen Staat zu schaffen, der zum Absterben bestimmt ist.

46 vgl. Engels' Schrift *Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891*, in: MEW 22, S. 232 u. 240, besonders Anm. 197, S. 596
47 LW 25, S. 492

Allerdings versichert Lenin in demselben Text – nachdem er diesen Bruch vollzogen hat –, daß der *staatliche Wirtschaftsapparat,* der sich in der monopolistischen Etappe des Kapitalismus gebildet hat, beibehalten werden müsse. So schreibt er:

"Außer dem vorwiegend 'unterdrückenden' Apparat des stehenden Heeres, der Polizei und der Beamtenschaft gibt es im modernen Staat einen Apparat, der besonders eng mit den Banken und Syndikaten verbunden ist, einen Apparat, der eine große Arbeit auf dem Gebiet der Rechnungsführung und Registrierung leistet, wenn man sich so ausdrükken darf. Dieser Apparat darf und soll nicht zerschlagen werden. Man muß ihn aus der Unterordnung unter die Kapitalisten befreien, muß ihn den Kapitalisten entreißen und alle Fäden ihres Einflusses *abschneiden, abschlagen, abhacken,* muß ihn den proletarischen Sowjets *unterordnen* und auf eine breitere, umfassendere Grundlage stellen, ihn mit dem ganzen Volke verbinden. Und das *kann* geschehen, wenn man sich auf die vom Großkapitalismus schon hervorgebrachten Errungenschaften stützt (wie überhaupt die proletarische Revolution ihr Ziel nur erreichen kann, wenn sie sich auf diese Errungenschaften stützt)." (48)

In den Texten, die Lenin zu dieser Zeit schreibt, bleibt demnach ein Widerspruch zwischen der Analyse des Klassencharakters der politischen Apparate der Bourgeoisie – die, wie Lenin nachdrücklich versichert, *zerbrochen* werden müssen – und der Rolle, die dem ökonomischen Apparat des Staatskapitalismus zugemessen wird, welcher als ein Apparat erscheint, der *beizubehalten* ist, um den Organen der proletarischen Macht *unterstellt* zu werden. Lenins damalige Position zieht auf diese Weise dem Zerstörungs- und Aufbauwerk der proletarischen Revolution eine Grenze. Diese Position wirft mehrere Fragenkomplexe auf.

Der erste betrifft die *Etappen,* die die vom Proletariat geführte Revolution zu durchlaufen hat. Lenin stellt fest, daß die Revolution kein "einmaliger" Akt ist, sondern ein *Prozeß, der bestimmte Etappen durchläuft,* und er weist darauf hin, daß jede dieser Etappen durch die *Grenzen* des jeweils wirklich vollziehbaren Zerstörungs- und Aufbauwerks der gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmt wird. Es gibt jedoch eine gewisse Anzahl von Unklarheiten, die den Charakter der Etappen, ihren Inhalt und die Bedingungen des Übergangs von einer Etappe zur anderen betreffen. So erscheint der Staatskapitalismus manchmal als eine *Etappe,* die aus anscheinend "technischen" Gründen zurückgelegt werden muß (in dieser Etappe "lernt" das Proletariat, die Wirtschaft zu leiten; es kann also nur über die Etappe eines Staatskapitalismus vorwärtsschreiten, den es immer mehr in den Griff bekommt). Zu anderen Zeiten erscheint der Staatskapitalismus als eine *Politik*, die das Proletariat während einer bestimmten *Etappe des Klassenkampfs* in die Tat umsetzt. Diese Konzeption des Staatskapitalismus als *Politik* herrscht ab 1921 immer stärker vor. (49)

48 vgl. Lenins Artikel *Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?,* in: LW 26, S. 69–121, hier S. 89 (veröff. im Oktober 1917, danach nochmal im November 1917)

Eine weitere Unklarheit in den Texten von 1918 liegt darin, daß aus ihnen nicht hervorgeht, ob beim Übergang zur nächsten Etappe der Revolution die Apparate des Staatskapitalismus zerstört werden oder ob sie im Gegenteil auch eine Rolle beim *Aufbau des Sozialismus* spielen sollen (wobei nach Lenins Auffassung 1918 dieser Aufbau nicht Aufgabe der russischen Revolution ist).

Zweifellos kann nun von Lenin nicht erwartet werden, daß er *im voraus* eine Frage löst, die der Klassenkampf noch gar nicht konkret stellt. Dennoch können einige seiner damaligen Formulierungen den Schluß nahelegen, daß die gleichen, nicht revolutionierten ökonomischen Apparate dazu bestimmt seien, beim Aufbau des Sozialismus eine Rolle zu spielen.

Ein zweiter Fragenkomplex betrifft speziell die *Umwälzungsbedingungen der gesellschaftlichen Verhältnisse,* die in den Apparaten des Staatskapitalismus entstanden sind. Stellt Lenin nämlich im allgemeinen auch die Politik an die oberste Stelle, indem er hervorhebt, daß die für den Übergang zum Sozialismus erforderliche Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse entscheidend vom *Klassenkampf* und von der Aktion der Massen abhängt, so verwendet er doch auch Formulierungen, aus denen man schließen könnte, daß unter der Diktatur des Proletariats, wenn erst einmal das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft ist, die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse von der Entwicklung der Produktivkräfte und nicht vom Klassenkampf abhinge. Insbesondere wäre das der Fall beim Verschwinden der Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit. Er schreibt zum Beispiel:

"Wenn wir sehen, wie schon jetzt der Kapitalismus in unglaublicher Weise diese Entwicklung *aufhält*, wie vieles auf Grund der heutigen, bereits erreichten Technik vorwärtsgebracht werden könnte, so sind wir berechtigt, mit voller Überzeugung zu sagen, daß die Expropriation der Kapitalisten unausbleiblich eine gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte der menschlichen Gesellschaft zur Folge haben wird. Wie rasch aber diese Entwicklung weitergehen wird, *wie schnell sie zur Aufhebung der Arbeitsteilung, zur Beseitigung des Gegensatzes von geistiger und*

49 In diesem Sinn praktizierte die Kommunistische Partei Chinas eine Politik des Staatskapitalismus beim Übergang von der Neuen Demokratie zum Sozialismus. Der konkrete Inhalt der Politik des Staatskapitalismus in China unterschied sich notwendigerweise in Teilen von dem in Rußland; so ist er gekennzeichnet durch staatliche Investitionen in privatkapitalistischen Unternehmen (die gemischte Unternehmen wurden), durch Verträge, die die privaten an die staatlichen Unternehmen banden, schließlich durch die Umwandlung der privatkapitalistischen in staatliche Unternehmen, in denen die ehemaligen Kapitalisten eine gewisse Zeitlang Führungsstellen behalten, hohe Gehälter erhalten und auf das Kapital ihres ehemaligen Unternehmens einen Zins ausgezahlt bekommen. Diese Politik wurde insbesondere Anfang der fünfziger Jahre durchgeführt; einige der ökonomischen Verhältnisse, die sich durch sie entwickelt haben, setzten sich bis in die Zeit der proletarischen Kulturrevolution fort (im übrigen hat auch sie nicht alle zerschlagen).

körperlicher Arbeit, zur Verwandlung der Arbeit in 'das erste Lebensbedürfnis' führen wird, das wissen wir nicht und *können* wir *nicht* wissen." (50)

Trotz ihrer Vorsicht weist diese Formulierung darauf hin, daß Lenin zum Zeitpunkt der Niederschrift von *Staat und Revolution* – er bricht damals mit denjenigen theoretischen Positionen der Sozialdemokratie, die er vorher niemals derart entschieden angegriffen hatte – zwei (miteinander verknüpfte) Vorstellungen noch nicht vollständig aufgegeben hat: die Vorstellung, eine Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse (in seinen Worten die "Aufhebung der Arbeitsteilung") ergebe sich *unter gegebenen politischen Verhältnissen* aus der Entwicklung der Produktivkräfte; und die Vorstellung, den Apparaten des Staatskapitalismus komme eine *relativ* langandauernde Rolle zu.

Es ist nämlich so, daß zu diesen Fragen (Stellung und Rolle des Staatskapitalismus, Bedingungen einer sozialistischen Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse) bei Lenin zwei gegensätzliche Standpunkte aufeinanderprallen und nebeneinanderbestehen. Der eine, "dominierende", setzt an die erste Stelle den *Klassenkampf der Massen als Faktor bei der Zerstörung und dem Aufbau der gesellschaftlichen Verhältnisse* (insbesondere der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse); der andere, "dominierte" (in dem Sinn, daß er im allgemeinen eine sekundäre Rolle spielt), macht das Auftreten neuer Produktionsverhältnisse von der *Entwicklung der Produktivkräfte* abhängig.

Daß es diese zweite Auffassung überhaupt gibt – die, *sofern sie dominiert,* die Auffassung des "Ökonomismus" ist –, hat nichts Überraschendes; gewisse Texte von Marx (vor allem das Vorwort seiner Schrift *Zur Kritik der Politischen Ökonomie,* 1859) scheinen sie nicht vollkommen auszuschließen. Diese Texte – interpretiert im "ökonomistischen" Sinn – haben in der Ideologie der II. Internationale, mit der Lenin nun bricht, eine große Rolle gespielt; 1918 ist dieser Bruch allerdings erst teilweise vollzogen.

Auf theoretischer Ebene ist es deshalb so schwer, mit den "ökonomistischen" Interpretationen gewisser Schriften von Marx zu brechen, weil tatsächlich im allgemeinen – das heißt, solange die bestehenden Produktionsverhältnisse nicht ihre Entwicklung behindern – die Produktivkräfte die hauptsächliche, entscheidende Rolle spielen; wenn sich jedoch die Produktivkräfte in den Schranken der bestehenden Produktionsverhältnisse nicht weiterentwickeln können, dann spielt die hauptsächliche, entscheidende Rolle die *Umwälzung der Produktionsverhältnisse.*

An dieser Stelle kann eine ideologische Verschiebung eintreten, durch die man auf den Gedanken kommen könnte, daß unter bestimmten Bedingungen, vor allem unter der Diktatur des Proletariats, eine radikale Umwälzung der Produktionsverhältnisse sich "friedlich" durch den "Druck" der Produktivkräfte vollziehen könnte. Die "Notwendigkeit" einer Umwälzung der

50 vgl. *Staat und Revolution,* in: LW 25, S. 482 f. (die längere Hervorhebung – Ch.B.)

Produktionsverhältnisse macht diese Umwälzung aber nicht "unvermeidlich", sie ermöglicht nur die Einleitung einer Periode der *sozialen Revolution* (51).

Um auf Lenins Text über die "Aufhebung der Arbeitsteilung" zurückzukommen: er hat den Mangel, daß er den Schluß nahelegt (er zieht ihn aber nicht), der "Bruch" mit den alten wirtschaftlichen Verhältnissen könne jetzt, nach erfolgter "Expropriation der Kapitalisten", nur die direkte Folge der Entwicklung der Produktivkräfte sein. Eine derartige Interpretation kann zu der Behauptung führen, daß auch die Umgestaltung der Apparate des Staatskapitalismus und der gesellschaftlichen Verhältnisse, die sie verkörpern, sich aus der einfachen Entwicklung der Produktivkräfte ergeben könnte. *Diese Interpretation, die die Produktivkräfte und nicht den Klassenkampf zum Motor der Geschichte erklärt* – die also in Widerspruch zu den grundlegenden Vorstellungen von Marx und Lenin steht – hat der moderne Revisionismus übernommen; *diese Interpretation schließt aber die Fortführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats aus.* Sie führt also dazu, die Elemente der kapitalistischen Verhältnisse in mehr oder weniger veränderter Form zu *konsolidieren,* vor allem die *kapitalistische Arbeitsteilung;* Elemente, die bestehen bleiben, wenn die politische Macht der Bourgeoisie zerschlagen und ein staatlicher Wirtschaftssektor errichtet ist. Sie *entwaffnet* so das Proletariat und erlaubt der Bourgeoisie (insbesondere als *Staatsbourgeoisie*) ihre Kräfte zu sammeln. Außerdem wird die Entwicklung der Produktivkräfte letztlich gehemmt, wenn diese Interpretation in die Praxis umgesetzt wird.

Trotz der Kürze der Periode der Diktatur des Proletariats, die Lenin in seiner Bilanz berücksichtigen konnte (und trotz des sehr speziellen Charakters dieser Periode, die weitgehend von den militärischen Aufgaben beherrscht war), zeigen seine letzten Texte immer klarer, daß er jetzt aufgibt, was er noch an "ökonomistischen" Interpretationen der Marxschen Analysen beibehalten hatte. Er entfernt Schritt für Schritt die Reste "kautskyanischer" Vorstellungen in bezug auf den Stellenwert, den er 1918 dem Staatskapitalismus noch zumaß; ein Staatskapitalismus, der nicht als Politik betrachtet wurde, sondern als eine Organisationsform, die direkt (das heißt ohne revolutioniert zu werden) für den Aufbau des Sozialismus und für die Behandlung der Widersprüche zwischen Proletariat und Kleinbürgertum zu verwenden sei. Die Analyse der einander folgenden Leninschen Definitionen der NEP läßt klar erkennen, wie er sich in den Jahren 1922/23 auf einen Bruch mit seinen Vorstellungen von 1918 zubewegt. Gerade der noch unvollendete Charakter dieser Veränderung der Vorstellungen Lenins und die Widersprüche, die sich in gewissen Formulierungen daraus ergeben, haben es später zugelassen – indem man die Texte einseitig interpretierte und die darin ausgedrückte Denkbewegung nicht beachtete –, mißbräuchlich Staatskapitalismus und Sozialismus gleichzusetzen, im Namen eines "Leninismus", der genau das verrät, was bei Lenin neu ist.

51 Bekanntlich betont Lenin, daß diese Periode eine "geschichtliche Epoche" umfaßt, die des Übergangs zum Kommunismus, während der eine bürgerliche Restauration noch möglich ist; vgl. *Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky,* in: LW 28, S. 225–327, hier S. 252 f.

KAPITEL IV

Die Veränderungen in Lenins Konzeption der NEP (52)

Die Schriften, in denen Lenin die Probleme der NEP erörtert, sind äußerst wichtig. Die positiven und negativen Erfahrungen der ersten Jahre der Revolution hebt Lenin darin Schritt für Schritt auf ein theoretisches Niveau. Er geht aus von der Feststellung, daß der "Kriegskommunismus" gescheitert ist und formuliert dann, obgleich er dem Anschein nach auf die Vorstellungen von 1917/18 "zurückgreift", in Wirklichkeit Schritt für Schritt eine neue Strategie: eine Strategie, die um die Erfahrung bereichert ist und die immer besser die Tatsache berücksichtigt, daß die proletarische Revolution im industriellen Europa nicht mehr so unmittelbar vor der Tür zu stehen scheint; das zwingt dazu, die *Fragen des sozialistischen Aufbaus in einem überwiegend bäuerlichen Land* immer klarer zu stellen, das heißt, eine neue Klassenstrategie und eine neue wirtschaftliche Strategie zu bestimmen. Gewiß sind zahlreiche Elemente dieser Strategie in früheren Schriften vorhanden, aber dort stehen sie in einem anderen Zusammenhang.

Die Schriften Lenins über diese Probleme werden von 1921 bis 1923 beständig reichhaltiger. Man sieht, wie buchstäblich neue Gedanken, wie eine umfassendere Sicht der Widersprüche entstehen und wie die Erfordernisse einer richtigen Behandlung der Widersprüche immer genauer formuliert werden.

Wesentlich ist, das Denken Lenins in seinem Gang nach vorn zu erfassen; denn dieses Denken ist buchstäblich eine "Werkstatt". Die Analyse dieser Vorwärtsbewegung zeigt, was es heißt, den Marxismus schöpferisch anzuwenden. Eine solche Analyse ist auch lehrreich, weil sie deutlich macht, welche Hindernisse in der Existenz älterer und unzureichender Formulierungen der Herausbildung neuer Formulierungen entgegenstehen.

1. Lenins Konzeption der NEP im Frühjahr 1921

Die erste Konzeption der NEP vom Frühjahr 1921 scheint vor allem deshalb entworfen worden zu sein, um einer Notlage zu begegnen: der Unmöglichkeit, die Politik der Beschlagnahmen fortzusetzen, und der Notwendigkeit, die Forderungen der Bauern zu berücksichtigen.

Lenin stützt sich auf seine Untersuchungen von 1917 und Anfang 1918, kommt zu der Feststellung, daß der "Kriegskommunismus" gescheitert ist und trägt so weit wie möglich den Forderungen der Bauern Rechnung: aus diesen Elementen entwirft er eine erste Fassung der NEP.

52 In diesem Kapitel, das einen Teil der Bilanz aus fünf Jahren Revolution darstellt, werden nur die Veränderungen in der Leninschen *Konzeption* der NEP untersucht. Die *tatsächlichen Folgen* der NEP – die sich vor allem seit 1923 entwickeln – werden im Zweiten Band dieser Arbeit untersucht.

Diese erste Konzeption ist die der zeitweiligen Kompromisse, die eingegangen werden müssen, um "uns bis zum Sieg der internationalen Revolution halten zu können" (53). Sie zielt nicht darauf ab, einen neuen Weg zum Sozialismus zu eröffnen (erst in späteren Schriften richtet Lenin seine Anstrengungen auf dieses Ziel); sie legt nur die Grundlagen für unerläßliche Maßnahmen zur Stärkung der Sowjetmacht.

Auf wirtschaftspolitischer Ebene entsprechen der ersten NEP-Fassung (die, grob gesagt, von März bis Oktober 1921 vorherrscht) im wesentlichen zwei Arten von Maßnahmen: zum einen, wie schon erwähnt, der Verzicht auf Zwangsabgaben, die den Bauern auferlegt waren, die Ersetzung dieser Zwangsabgaben durch eine Naturalsteuer und die Wiederherstellung einer gewissen Freiheit im Tauschhandel der Bauern, ebenso im Kleinhandel und der Kleinindustrie. Zum anderen beinhaltet diese Fassung "Konzessionen" an das ausländische Großkapital mit dem zweifachen Ziel: Teile des internationalen Finanzkapitals gegeneinander auszuspielen und die damals praktisch gelähmte russische Industrie wieder in Gang zu bringen. Dieser zweite Bestandteil der "Neuen Ökonomischen Politik" wird damals als der *grundlegende* angesehen: er liegt auf der Linie des *"Staatskapitalismus"* und die *NEP erscheint damals lediglich als eine Variante dieser Linie.* Die NEP, begriffen als eine Variante des Staatskapitalismus, rechtfertigt sich für Lenin durch seine gleichzeitige Analyse der Beziehungen, die das Proletariat mit den Bauernmassen eingehen kann. Im Frühjahr 1921 scheint ihm das *politische* Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft nur in dem Maß möglich, wie das Proletariat für die Unterstützung der demokratischen Revolution kämpft und sich nicht die Aufgabe stellt, die gesellschaftlichen Verhältnisse in großem Maßstab sozialistisch umzugestalten; eine Politik des *wirtschaftlichen Einvernehmens* mit der Bauernschaft ist jedoch notwendig, um die Diktatur des Proletariats zu festigen, um "die sozialistische Revolution in Rußland zu retten", wie es Lenin in seinem Bericht vom 15. März 1921 an den X. Parteitag der bolschewistischen Partei formuliert. Lenin präzisiert:

> "Die Interessen dieser zwei Klassen (Bauernschaft und Proletariat – Ch.B.) sind verschieden, der kleine Landwirt will nicht dasselbe, was der Arbeiter will". (54)

Auf der X. Gesamtrussischen Konferenz der KPR(B) (26.–28. Mai 1921) kommt Lenin auf diesen Gedanken zurück und betont, daß unter den Bedingungen des Bürgerkriegs das Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft deshalb möglich war, weil die Offensive der Weißen auch die Bauernschaft mit der Rückkehr zur Herrschaft der Großgrundbesitzer bedrohte:

> "Die Hauptursache, die Haupttriebkraft und der Hauptfaktor unserer Verständigung (mit der Bauernschaft – Ch.B.) war der Bürgerkrieg (...)

53 vgl. Lenins *Referat über die Konzessionen in der Sitzung der Kommunistischen Fraktion des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften* am 11. April 1921; LW 32, S. 310 ff., hier S. 316

54 LW 32, S. 217

und das war der Hauptfaktor, der die Form des Bündnisses des Proletariats mit der Bauernschaft bestimmte".

Und Lenin erläutert dies noch klarer:

"Sobald wir mit dem äußeren Feinde wirklich gründlich aufgeräumt hatten (...), sahen wir uns vor eine andere Aufgabe gestellt – die Aufgabe des *ökonomischen* (Hervorhebung – Lenin) Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft". (55)

Der "ökonomische" (und eben nicht hauptsächlich politische) Charakter des Arbeiter- und Bauernbündnisses wird hier, wie man sieht, von Lenin selbst hervorgehoben.

In demselben Bericht räumt Lenin der großen Industrie durchweg einen wesentlichen Platz ein, wenn er sagt:

"Die wirkliche und einzige Basis (...) für die Schaffung der sozialistischen Gesellschaft ist allein die Großindustrie. Ohne den kapitalistischen Großbetrieb, ohne eine hochstehende Großindustrie kann vom Sozialismus überhaupt nicht die Rede sein, und erst recht nicht in einem Bauernland". (56)

Lenin macht übrigens die Existenz des proletarischen *Klassenbewußtseins* direkt vom Vorhandensein oder Fehlen einer *Großindustrie* abhängig: "Die materielle Hauptbasis für die Entwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins ist die Großindustrie". (57)

Zu diesem Zeitpunkt ist eins der angestrebten Ziele die Festigung des "ökonomischen Bündnisses" zwischen Proletariat und Bauernschaft *durch die Entwicklung des sozialistischen Tauschs (der de facto nicht monetär geregelt ist) zwischen Stadt und Land.* In der Praxis führt das zu einer Haltung, die der Ingangsetzung der ländlichen Industrie, der Grundlage des täglichen Lebens der Bauern, wenig förderlich ist. Daher sind einige der angestrebten Ziele in der NEP-Fassung vom Frühjahr 1921 nicht wirklich geeignet, das ökonomische Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft tatsächlich zu festigen.

Doch Lenin glaubt, daß im großen und ganzen die Zugeständnisse an die Bauernschaft hinreichen müßten, um die Widersprüche zwischen ihr und dem Proletariat nicht zu antagonistischen werden zu lassen; obgleich der Antagonismus drohe, sobald das Proletariat andere Aufgaben als die der demokratischen Revolution angehen will. Lenin formuliert das so (ebenfalls auf der X. Parteikonferenz):

"Entweder muß die Bauernschaft mit uns zu einer Verständigung kommen, und wir machen ihr wirtschaftliche Zugeständnisse, oder – Kampf". (58)

55 ebd., S. 424 f.
56 ebd., S. 427 f.
57 ebd., S. 430
58 ebd., S. 441

In Lenins Augen ist zu dieser Zeit der latente und ständig drohende Antagonismus zwischen Proletariat und Bauernschaft an den kleinbürgerlichen Charakter der Bauernschaft gebunden; der *Hauptfeind* des Proletariats ist das kleinbürgerliche Element (59) – daher als Folgerung die Notwendigkeit "eines Blocks, eines Bündnisses (des proletarischen Staats) mit dem Staatskapitalismus gegen das kleinbürgerliche Element". (60)

In seinem Referat über die Taktik der KPR auf dem III. Kongreß der III. Internationale im Juli 1921 definiert Lenin noch einmal genau, wie er zu diesem Zeitpunkt die Klassenverhältnisse zwischen Proletariat und Bauernschaft sieht: Danach gibt es, abgesehen von den Ausbeuterklassen, "in fast allen kapitalistischen Ländern, England vielleicht ausgenommen, die Klasse der Kleinproduzenten und der kleinen Landwirte. Die Hauptfrage der Revolution ist jetzt der Kampf gegen diese zwei letzten Klassen". (61)

Selbstverständlich kann der Kampf gegen die Kleinproduzenten und die kleinen Landwirte nicht so geführt werden wie der gegen die Großgrundbesitzer und Kapitalisten; aus dem einfachen Grund, weil diese Klassen mehr als 50% der Bevölkerung ausmachen:

"Man kann sie nicht expropriieren oder fortjagen – hier muß der Kampf anders geführt werden. Die Bedeutung der Periode, die jetzt in Rußland anbricht, besteht vom internationalen Standpunkt aus – wenn man die internationale Revolution als einheitlichen Prozeß betrachtet – im wesentlichen darin, daß wir praktisch die Frage des Verhältnisses des Proletariats zur letzten kapitalistischen Klasse in Rußland zu lösen haben (...) Vor diese Frage sind wir jetzt praktisch gestellt. Ich glaube, wir werden diese Aufgabe lösen können. Jedenfalls wird die Erfahrung, die wir machen, für die kommenden proletarischen Revolutionen von Nutzen sein, und sie werden sich technisch besser auf die Lösung dieser Frage vorbereiten können". (62)

Diese Auffassung, die das Kleinbürgertum (und damit auch die Bauernschaft) als den "Hauptfeind" (63) bezeichnet, ist das *Gegenstück* zu jener Auffassung, die darauf abzielt, den Staatskapitalismus zu fördern. Hier findet man ein Thema wieder, das Lenin 1918 in seiner Broschüre über *"linke" Kinderei* entwickelt hat. Darin betont Lenin nämlich, daß in der Verflechtung von "Elementen der verschiedenen gesellschaftlichen Wirtschaftsformen, die es in Rußland gibt, (...) nicht der Staatskapitalismus gegen den Sozialismus (kämpft), sondern die Kleinbourgeoisie plus privatwirtschaftlicher Kapitalismus kämpfen zusammen, gemeinsam, sowohl gegen den Staatskapitalismus als auch gegen den Sozialismus". (64)

59 *Neue Zeiten, alte Fehler in neuer Gestalt,* in: LW 33, S. 1 ff., hier S. 5
60 ebd.
61 LW 32, S. 507
62 ebd., S. 507 f.
63 "Beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus (ist) unser Hauptfeind die Kleinbourgeoisie, ihre Gepflogenheiten, ihre Sitten, ihre ökonomische Stellung." (LW 27, S. 284)
64 LW 27, S. 328 f. Diesen Passus hat Lenin in der Broschüre *Über die Naturalsteuer* vom Mai 1921 wiederaufgenommen; in: LW 32, S. 342 f.

In dieser und in anderen Schriften spricht Lenin also für ein *Bündnis des Sozialismus mit dem Staatskapitalismus gegen die Kleinproduktion;* hier wird der Staatskapitalismus nicht nur als eine Politik, sondern als "gesellschaftliche Wirtschaftsform" bestimmt, die durch eine "planmäßige staatliche Organisation" gekennzeichnet ist und damit die "materielle Verwirklichung (...) der ökonomischen, produktionstechnischen, sozialwirtschaftlichen Bedingungen (...) für den Sozialismus" erlaubt. Diese Bedingungen scheinen Lenin in Deutschland gegeben, während in Rußland nur die politischen Bedingungen für den Sozialismus vorhanden seien: die Diktatur des Proletariats. Daher kommt er zu der Schlußfolgerung:

> "Es (ist) unsere Aufgabe, vom Staatskapitalismus der Deutschen zu lernen (...), keine diktatorischen Maßnahmen zu scheuen, um diese Übernahme der westlichen Kultur durch das barbarische Rußland noch stärker zu beschleunigen." (65)

Ein bedeutsames Thema in Lenins Broschüre *Über die Naturalsteuer* ist die Bürokratie; nicht zu Unrecht sieht Lenin in ihr ein Produkt der "vorkapitalistischen Verhältnisse" Rußlands, der "patriarchalischen Zustände", die die "unermeßlichen Landstriche", die voneinander isolierten Dörfer prägen, denen eine Bürokratie leicht ihr Joch aufzuzwingen vermag (66), ohne jedoch den Bauern aus ihrer Situation heraushelfen zu können. Dagegen meint Lenin, die Verbindung von Diktatur des Proletariats und Staatskapitalismus in der Form der NEP biete diese Möglichkeit.

In dieser Konzeption der NEP ist daher für Lenin der Staatskapitalismus zu diesem Zeitpunkt das einzige Mittel – angesichts der begrenzten Kräfte der bolschewistischen Partei, besonders auf dem Land –, die Bürokratie (diese andere Form der Entwicklung eines Kleinbürgertums), die Korruption und das System der Schmiergelder zu bekämpfen; der Staatskapitalismus soll die Stärkung *geregelter Verhältnisse* zwischen Stadt und Land ermöglichen und *helfen, die wirtschaftlichen Bedingungen zu zerstören, auf denen sich ein Überbau erhebt, den die proletarische Revolution noch nicht wirklich zerschlagen konnte.*

Lenin fügt hinzu, daß die auf diese Weise angeregte Entfaltung des Tauschs zwischen Stadt und Land zwar kapitalistischen Charakter habe, trotzdem aber seine Wirkungen weniger zu fürchten seien als die Folgen, die sich aus einer Aufrechterhaltung der bestehenden Bedingungen ergeben würden, nämlich der Zusammenbruch der Diktatur des Proletariats. Die von der NEP ermöglichte Entwicklung des Kapitalismus könne dagegen in Grenzen gehalten werden, da die Arbeiter- und Bauernmacht bestehe und die Großgrundbesitzer und die Bourgeoisie enteignet seien (67).

Lenin behauptet natürlich nicht, daß die bestehenden politischen und wirtschaftlichen Bedingungen *ausreichen,* der Entwicklung des Kapitalismus *eine Schranke zu setzen.* So schreibt er:

65 LW 32, S. 347
66 ebd., S. 365
67 ebd., S. 366

> "Die ganze Frage besteht – sowohl theoretisch als auch praktisch – darin, richtige Methoden zu finden, wie man die (bis zu einem gewissen Grade und für eine gewisse Zeit) unvermeidliche Entwicklung des Kapitalismus in das Fahrwasser des Staatskapitalismus lenken soll, welche Bedingungen man hierfür schaffen muß, wie man *für die nahe Zukunft* die Umwandlung des Staatskapitalismus in den Sozialismus zu sichern hat". (68)

Diese Formulierung ist in vieler Hinsicht interessant: sie hebt den überaus *provisorischen* Charakter dieser NEP-Konzeption klar hervor; sie beleuchtet die Notwendigkeit, *"richtige Methoden"* zur Beschränkung der kapitalistischen Entwicklung zu finden und sie wirft das Problem der *Umwandlung* des Staatskapitalismus in den Sozialismus auf. Damit werden Staatskapitalismus und Sozialismus klar *einander gegenübergestellt* und es wird *ausgeschlossen,* daß nach Errichtung der Diktatur des Proletariats die Entwicklung der großen Industrie im Rahmen des Staatskapitalismus *in den Sozialismus münden könnte,* ohne *daß ein Umwandlungsprozeß erforderlich wäre,* der von einer richtigen politischen Linie abhängt. Diese richtige politische Linie, so betont Lenin, kann nicht abstrakt ausgearbeitet werden; ihr konkreter Inhalt hängt von der besonderen Behandlung ab, die die bestehenden Widersprüche (insbesondere die Klassenwidersprüche) verlangen. Um korrekt zu sein, muß der konkrete Inhalt der politischen Linie deshalb von der praktischen Erfahrung bestimmt werden; das kann wirkliche oder scheinbare Vorstöße und zeitweilige "Rückzüge" erfordern, die jeweils mit der Anwendung neuer Methoden verbunden werden. Der Weg zur Festigung der Diktatur des Proletariats und dann zum Aufbau des Sozialismus kann in keinem Buch entdeckt werden, er ist auch nicht "gerade, wie der Newski-Prospekt" (69), um eine alte Wendung Lenins aufzugreifen; und die Methoden, die sich am unmittelbarsten den Erfordernissen des Sozialismus zu "nähern" scheinen, müssen nicht unbedingt der Lage, das heißt den Erfordernissen des Klassenkampfs immer am besten gerecht werden. Daher wird die Fassung der NEP vom Frühjahr 1921 – wie auch die folgende – nicht als fertig ausgearbeitete Lösung der Probleme vorgelegt, sondern als ein *Versuch,* der aufzugeben oder zu verändern ist, sobald er sich in der Praxis als untauglich erweist.

2. Lenins Konzeption der NEP seit Herbst 1921

Einige Monate Erfahrung zeigen, daß die NEP, konzipiert als neue Form des Staatskapitalismus und als Bündnis des Staatskapitalismus mit dem Sozialismus gegen das Kleinbürgertum, nicht lebensfähig ist. Und das aus mehreren Gründen: die Entwicklung der "Konzessionen" und der Tauschbeziehungen zwischen Stadt und Land nimmt nur mühsam Gestalt an;

68 ebd., S. 358 (Hervorhebung – Ch.B.)
69 Wie die Champs-Élysées von Petrograd

das Gewicht der Apparate, die von der alten zaristischen Bürokratie durchdrungen sind, bleibt überwältigend und die Initiative der Basis – die die erste NEP-Konzeption auch ermuntern will (70) – kann sich unter solchen Bedingungen ebenfalls nicht entfalten. 1921 ist ein Jahr der Hungersnot. Die industrielle Produktion kommt nicht voran. Die Versorgung der Städte und der ländlichen Gebiete, die nicht genügend Nahrungsmittel erwirtschaften, bleibt völlig unzureichend. Lenin zieht aus dieser Lage der Dinge neue Schlußfolgerungen. Er schlägt eine *tiefgreifende Veränderung der NEP* vor.

In seinem Bericht an die VII. Moskauer Gouvernements-Parteikonferenz vom Oktober 1921 (71) nimmt Lenin eine *Neubestimmung der NEP* und der wirtschaftlichen Beziehungen zur Bauernschaft vor, indem er insbesondere erklärt:

> "Im Frühjahr sagten wir, daß wir uns nicht scheuen werden, zum Staatskapitalismus zurückzukehren, und formulierten unsere Aufgaben dahin, daß wir eben den Warenaustausch in Ordnung bringen müssen (...) Es wurde vorausgesetzt, daß im ganzen Staat die Industrieerzeugnisse gegen die landwirtschaftlichen Produkte mehr oder minder sozialistisch ausgetauscht werden und daß durch diesen Warenaustausch die Großindustrie als die einzige Grundlage der sozialistischen Organisation wieder aufgebaut wird. Was stellte sich indes heraus? Es stellte sich heraus (...), daß der Warenaustausch gescheitert ist, gescheitert in dem Sinne, daß er in Kauf und Verkauf einmündete (...). Wir müssen erkennen, daß sich der Rückzug als unzureichend erwiesen hat, daß wir einen zusätzlichen Rückzug antreten müssen, noch weiter zurück, indem wir vom Staatskapitalismus zur staatlichen Regelung des Kaufs und Verkaufs und des Geldumlaufs übergehen." (72)

In wirtschaftlicher Hinsicht kommt diese neue Bestimmung der NEP einer relativ breiten Wiederherstellung offener Waren- und Geldverhältnisse gleich. Die bolschewistische Partei läßt nun die Entwicklung solcher Verhältnisse in viel breiterem Umfang zu, als ursprünglich vorgesehen war, da ja die Partei damals hoffte, *"direkte"* (nicht monetäre) *Beziehungen* zwischen den Produktionseinheiten, zwischen Landwirtschaft und Industrie, zwischen Stadt und Land, zwischen dem staatlichen Sektor und den Bauern herzustellen. Man betrachtet nun die Wiederherstellung der Waren- und Geldverhältnisse als unerläßlich, um die Wirtschaft tatsächlich wieder aufzubauen. Im allgemeinen war es diese Änderung in der "ökonomischen" Konzeption der NEP, die die Aufmerksamkeit erregte und die bedeutsam schien.

Das *Wichtigste* sind jedoch die *politischen* Implikationen dieser zweiten Fassung der NEP. In der Tat ist diese Fassung *der Ansatz zu einem neuen*

70 LW 32, S. 366
71 LW 33, S. 61 ff.
72 ebd., S. 76 f.

Typ der Beziehungen zwischen Proletariat und Bauernschaft; denn was früher als *"Bündnis" des Staatskapitalismus mit dem Sozialismus bezeichnet wurde, ist nicht mehr das angestrebte Ziel.* In der Praxis heißt das, wieder darauf zu "verzichten", die Bauern staatlichen Wirtschaftsapparaten unterordnen zu wollen, die dazu da sind, ihnen verschiedene Zwangsmaßnahmen aufzuerlegen, den Bauern Anbauarten und Tauschbedingungen vorzuschreiben, denen sie sonst nicht zugestimmt hätten. Damit ist der Weg offen, nicht nur ein ökonomisches, sondern auch ein politisches Bündnis mit der Bauernschaft zu suchen. Anders gesagt: die Annahme dieser zweiten Fassung der NEP durch die bolschewistische Partei bedeutet die Möglichkeit, die Klassenkräfte neu zu gruppieren, *auf neuen Grundlagen* (die Ende 1921 noch nicht klar bestimmt sind) *das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern wiederaufzubauen.* Und in einem Land wie dem damaligen Rußland ist dieses Bündnis die einzige solide Grundlage für die Festigung der Diktatur des Proletariats.

Die konkreten Bedingungen, auf dem neugeebneten Weg voranzukommen, sind jedoch nicht unmittelbar günstig. Einerseits tritt auf ideologischer Ebene noch nicht klar in Erscheinung, ob die Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Proletariat und Bauernschaft taktischer Natur (das heißt zeitweilig, weil die Umstände dazu zwingen) oder strategischer Natur ist (und in die Bestimmung einer grundlegenden politischen Linie eingehen kann). (Diese Unklarheit werden wir noch einmal aufgreifen in Zusammenhang mit dem Bild des "Rückzugs", das zur Charakterisierung der NEP verwendet wurde.) Andererseits konnte die bolschewistische Partei aufgrund ihrer schwachen Verankerung in den Dörfern – ein Erbe ihrer Vergangenheit– nicht von heute auf morgen die grundlegenden Bestrebungen der Bauernmassen erfassen und enge Bindungen mit der Dorfarmut und den ärmsten Mittelbauern knüpfen, um ihnen im Kampf gegen die Stärkung der reichen, durch die "zweite" NEP begünstigten Elemente innerhalb der Bauernschaft zu helfen.

Solange nicht die konkreten Bedingungen eines politischen Bündnisses des Proletariats mit den entschiedenen Massen in der Bauernschaft (die noch unter dem ideologischen und politischen Einfluß der wohlhabenden Schichten auf dem Lande stehen) geschaffen sind, nimmt das Arbeiter- und Bauernbündnis tendenziell einen überwiegend wirtschaftlichen Charakter an. Doch das wirtschaftliche Bündnis ist selbst sehr brüchig, wenn es nicht *Bestandteil eines wirksamen politischen Bündnisses* ist; denn die Widersprüche zwischen den Bauern als Warenproduzenten (die auf dem Markt den besten Preis für ihre Waren erzielen wollen) einerseits und den Arbeitern und dem Sowjetstaat andererseits können sich verschärfen.

Diese wirtschaftlichen Widersprüche, die tatsächlich vorhanden sind, können jedoch zweitrangig bleiben, wenn sie angemessen behandelt werden; denn das grundlegende Interesse der breiten Bauernmassen liegt darin, einen Weg zu finden, die ökonomischen Verhältnisse, denen sie ausgeliefert sind, radikal umzugestalten, *einen Weg, der sie von der Ausbeutung durch reiche*

Bauern, Händler und Wucherer befreit (deren Kräfte in den ersten Jahren der NEP zunehmen) und ihnen eine grundlegende Verbesserung ihrer Lebensbedingungen sichert. Doch die Bauernmassen können diesen Weg nicht einschlagen ohne Hilfe und Führung durch das Proletariat, durch seine *Organisation* und seine *Ideologie,* die das Kollektivinteresse über das individuelle Interesse und den kleinbürgerlichen Egoismus stellen.

Nachdem die ursprüngliche Konzeption der NEP Ende 1921 verändert ist, stellt sich die Frage: unter welchen Bedingungen und mit welchen Maßnahmen kann das Proletariat an der Macht ein *politisches Bündnis neuen Typs* mit den Bauern verwirklichen, ein Bündnis, das sich nicht nur zum Ziel setzt, die demokratischen Aufgaben zu Ende zu führen, sondern auch die Diktatur des Proletariats zu festigen, um den *Sozialismus aufzubauen?* Je mehr Zeit verrinnt und je weiter die Möglichkeit einer – als unmittelbar bevorstehend betrachteten – Verschmelzung der russischen Revolution mit einer proletarischen Revolution in den industrialisierten Ländern Europas, besonders Deutschlands, in die Ferne rückt, desto konkreter stellt sich diese Frage.

In den letzten Schriften, die Lenin Anfang 1923 geschrieben hat und die somit die Erfahrungen eines weiteren Jahres verarbeiten, wird sichtbar, daß er einer Antwort auf diese Frage ganz entscheidend nähergekommen ist. Seine Schlußfolgerungen legt Lenin in gedrängter Form in folgenden Schriften dar: *Über das Genossenschaftswesen, Über unsere Revolution* und *Lieber weniger, aber besser* (73).

a) "Über das Genossenschaftswesen"

In der ersten Schrift weist Lenin auf den polemischen Charakter einiger seiner früheren Formulierungen über den Staatskapitalismus hin; deshalb kann man nicht sagen, daß alles, was er früher zu diesem Punkt äußerte, noch seinen Auffassungen von 1923 entspricht (74).

Aber die entscheidende Bedeutung dieser Schrift liegt vor allem darin, daß Lenin der *genossenschaftlichen Produktion als einer sozialistischen Produktionsform, die den Bauern offensteht,* breiten Raum widmet. Er kritisiert damit die Positionen, die die bolschewistische Partei früher vertreten hatte, und schreibt, daß "wir schon begonnen haben, die riesige Bedeutung der Genossenschaften (...) zu vergessen"; dieser Frage werde "nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt", "man blickt bei uns auf die Genossenschaften von oben herab". Lenin betont, "welche außerordentliche Bedeutung diese Genossenschaften haben, erstens von der prinzipiellen Seite her gesehen (das Eigentum an den Produktionsmitteln in den Händen des Staates), zweitens unter dem Gesichtspunkt des Übergangs zu neuen Zuständen auf einem Wege, der möglichst *einfach, leicht und zugänglich für den Bauern* ist." (75)

73 LW 33, S. 453 ff., 462 ff., 474 ff.
74 LW 33, S. 458 f.
75 ebd., S. 454 f.

In ein und demselben Satz wird hier von Lenin die einseitige Bedeutung zurückgewiesen, die den Staatsbetrieben eingeräumt wurde (besonders den Staatsgütern), und die Rolle, die den Genossenschaften zukommt, hervorgehoben, besonders in bezug auf die *Bauernschaft,* die mehr und mehr in den Mittelpunkt seiner Aufmerksamkeit rückt.

Über die Bauern schreibt Lenin weiter: "Bei einem vollständigen genossenschaftlichen Zusammenschluß stünden wir bereits mit beiden Füßen auf sozialistischem Boden." (76)

Die Genossenschaften – deren Entwicklung so mit der Schaffung von Bedingungen für den Übergang zum Sozialismus gleichgesetzt wird – können die verschiedensten Formen annehmen, nur muß diese Entwicklung freiwillig sein: sie muß sich auf die Überzeugung der Bauern gründen.

Mit diesen Formulierungen kämpft Lenin gegen eine sehr mächtige Strömung in der bolschewistischen Partei, die sich besonders während des "Kriegskommunismus" entwickelt hatte. Zahlreiche führende Bolschewiki schlugen damals praktisch vor, die Genossenschaften in die "Sowjetorgane" einzugliedern; und zwar meinte man nicht die *örtlichen Sowjets* (die Selbstverwaltungsorgane der Massen), sondern die *zentralisierten Verwaltungsapparate* (OVWR, Kommissariat für Ernährung, Kommissariat für Landwirtschaft) (77). In Wirklichkeit hätte man damit die Genossenschaften verstaatlicht. Eine Mehrheit der "Sektion für Genossenschaftsfragen" des IX. Parteitags der bolschewistischen Partei hatte sich im übrigen für eine solche Verstaatlichung ausgesprochen. Nur Lenins Eingreifen auf diesem Parteitag hatte bewirken können, daß die Entscheidung "auf später vertagt" wurde (78).

1923 weist Lenin dem Genossenschaftswesen eine beträchtliche Rolle zu. In seinen Augen ist es *nicht einfach eine vorbereitende Etappe:* "(...) unter unseren Verhältnissen", schreibt er, "decken sich die Genossenschaften in der Regel völlig mit dem Sozialismus" (79); denn der genossenschaftliche Zusammenschluß gestattet die Entwicklung "sozialistischer Wirtschaftsverhältnisse". Man sieht, daß Lenin hier nicht über die Frage des *juristischen Eigentums an Produktionsmitteln* spricht (die Produktionsmittel erscheinen in dieser Schrift als "Staatseigentum"), *sondern sehr wohl die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse* meint; das ist übrigens auch der Grund, warum sich das Genossenschaftswesen in die "Übergangsphase zum Sozialismus", wie Lenin es oft bezeichnet, nicht nur einpaßt, sondern "das System des Sozialismus (ist)." (80)

Diese Schrift über das Genossenschaftswesen hat eine zweifache Bedeutung: eine allgemeine theoretische Bedeutung (die Lenin aus Zeitgründen nicht mehr entfalten kann) und eine Bedeutung, die auf die aktuelle Lage bezogen ist.

76 ebd., S. 460 f.
77 vgl. *KPSS v rezoljúcijach*, a.a.O., Bd. 1, S. 495 (russ.)
78 vgl. dazu LW 30, S. 472 ff. und S. 545, Anm. 98
79 LW 33, S. 459
80 ebd., S. 457

Die allgemeine theoretische Bedeutung dieser Schrift liegt in dem erneuten Bruch mit einer Spielart der "etatistischen" Vorstellungen, Erbe der II. Internationale. Indem Lenin ausdrücklich den sozialistischen Charakter der Genossenschaften unter der Diktatur des Proletariats hervorhebt, knüpft er an ebenso ausdrückliche Formulierungen von Marx und Engels an, die oft von verflachten, etatistischen Vorstellungen "überlagert" waren. Unter bestimmten politischen Bedingungen aber kann der Sieg solcher Vorstellungen die Reproduktion bürgerlicher gesellschaftlicher Verhältnisse – unter einer besonderen juristischen Hülle – begünstigen und es Nicht-Produzenten ermöglichen, durch den Staatsapparat über die Produktionsmittel zu verfügen.

Da die Texte, in denen Marx und Engels ausführlich das Genossenschaftswesen und den Zusammenschluß der Produzenten behandeln, oft in "Vergessenheit" geraten sind, sollten wir uns einige Passagen wieder in Erinnerung rufen.

Im *Bürgerkrieg in Frankreich* betont Marx, daß eine der bedeutenden Lehren der Kommune, jener Schöpfung der revolutionären Kühnheit der Kommunarden, darin bestand, "praktische Maßnahmen zur völligen Zerstörung der Bürokratie" zu verkünden; darunter fallen nicht nur die politischen Maßnahmen, die Lenin in *Staat und Revolution* aufgeführt hat (eine stark verringerte Anzahl von Funktionären unter die Kontrolle der Massen zu stellen, die auch diese Funktionäre wählen, und ihr Einkommen der Höhe eines Arbeiterlohns entsprechend festzusetzen), sondern auch *wirtschaftliche* Maßnahmen wie die Übergabe der Produktionsmittel durch die Kommune an die Arbeiter-Assoziationen. Genauer erklärt Engels in seiner Einleitung von 1891 zum *Bürgerkrieg in Frankreich,* "daß bei weitem das wichtigste Dekret der Kommune eine Organisation der großen Industrie und sogar der Manufaktur anordnete, die nicht nur auf der Assoziation der Arbeiter in jeder Fabrik beruhen, sondern auch alle diese Genossenschaften zu einem großen Verband vereinigen sollte; kurz, eine Organisation, die, wie Marx im *Bürgerkrieg* ganz richtig sagt, schließlich auf den Kommunismus (...) hinauslaufen mußte." (81)

Einige Jahre früher hob Engels im Zusammenhang mit der Übergangsperiode zum Kommunismus hervor, daß weder Marx noch er jemals daran gezweifelt hatten,

> "daß wir beim Übergang in die volle kommunistische Wirtschaft den genossenschaftlichen Betrieb als Mittelstufe in ausgedehntem Maß werden anwenden müssen (...) Nur muß die Sache so eingerichtet werden, daß die Gesellschaft, also zunächst der Staat, das Eigentum (82) an den Produktionsmitteln behält und so die Sonderinteressen der Genossenschaft, gegenüber der Gesellschaft im ganzen, sich nicht festsetzen können." (83)

Lenins Schrift *Über das Genossenschaftswesen* knüpft also an die Analysen von Marx an und *treibt* in diesem besonderen aber wichtigen Punkt *den Bruch mit den Anschauungen der II. Internationale weiter, der schon in Staat und Revolution vollzogen wurde.*

Die Einordnung dieser Schrift in die *politische Lage* Ende 1922 und Anfang 1923 ist ebenfalls wichtig. Die Schrift *Über das Genossenschaftswesen* konkretisiert in der Tat die Inhalte von Lenins Konzeption der NEP, wie sie seit Ende 1921 Gestalt annahm, sie *öffnet nämlich dem Bündnis der Arbeiter und Bauern einen neuen Weg* und erweitert dadurch beträchtlich die Tragweite der Schriften von Marx und Engels, die vor allem die *Arbeiter-Genossenschaften* im Auge hatten. Die neuen Schlußfolgerungen Lenins sind das Ergebnis von fünf Jahren Erfahrung der russischen Revolution und das Ergebnis einer Analyse der Erfolge und Mißerfolge, die immer klarer zeigt, wie die Widersprüche richtig zu behandeln sind, die sich aufgrund einer teilweise falschen politischen und wirtschaftlichen Praxis zwischen Proletariat und Bauernschaft entwickelt hatten. Diese Schriften ziehen damit die Lehren aus vergangenen Fehlern.

b) Die Entwicklung sozialistischer Wirtschaftsverhältnisse und der Kampf gegen den Staatsapparat

Es ist kein Zufall, daß Lenin, während er nach einem Weg sucht, *sozialistische Wirtschaftsverhältnisse* unmittelbar im Bereich der bäuerlichen Produktion zu entwickeln, *gleichzeitig* die Aufgabe stellt, gegen den Staatsapparat zu kämpfen.

In seinen Schriften von Anfang 1923 hebt Lenin hervor, es sei notwendig, eine Reihe von Aufgaben zu erfüllen, die die Umgestaltung der *ideologischen und politischen Verhältnisse* betreffen. Diese Aufgaben sind: Kampf gegen einen vom Zarismus hinterlassenen Staatsapparat, Zerstörung dieses Apparats, Aufbau eines wirklich sozialistischen Apparats, Entwicklung einer vertrauensvollen und gemeinsamen Arbeit mit der Bauernschaft; erbitterter Kampf gegen Großmannssucht, Verschwendung, Prahlerei, gegen Respekt vor der Hierarchie und vor Formen und Gebräuchen der Verwaltungsprozedur: alles Züge eines Staatsapparats, der nur "dem Namen nach sozialistisch" ist. Für Lenin können diese Aufgaben nur erfüllt werden, wenn eine *wirkliche Einheit zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft wiederhergestellt* ist und wenn man die *fortgeschrittenen Arbeiter dazu aufruft, in der Praxis* und *mit kritischem Geist* zu lernen, ohne Scheu davor, die negativen

81 MEW 22, S. 196

82 Die Bedeutung, die hier dem Staatseigentum an den Produktionsmitteln eingeräumt wird, ist durch die Existenz des Staats selbst bestimmt; weil der Staat *während der Übergangszeit* besteht, spricht Engels an dieser Stelle vom genossenschaftlichen Betrieb als "Mittelstufe". In Wirklichkeit geht es hier nicht um eine "Mittelstufe" zu einem Staatseigentum der Produktionseinheiten, da natürlich das Staatseigentum mit dem Staat selbst verschwinden muß.

83 *Brief* von Engels an Bebel vom 20. – 23. 1. 1886; in: MEW 36, S. 426. Der letzte Satz dieses Zitats von Engels wirft ein Problem von entscheidender Bedeutung auf, das aber nicht allein durch das Staatseigentum gelöst werden kann.

Aspekte in der vergangenen und gegenwärtigen Erfahrung aufzudecken. Hiermit verurteilt Lenin von vornherein so manche künftige Versuche, mit denselben bürokratischen und staatlichen Mitteln wie früher "vorwärtskommen" zu wollen.

Die Hauptachse dieser politischen Linie des Kampfs gegen einen "rot getünchten zaristischen Apparat" – wie Lenin sagt – ist die *ideologische und politische Führung* des Proletariats über die Bauernschaft. Es geht nicht mehr darum, das kleinbürgerliche Element durch Zwang niederzuhalten (Zwang wird selbstverständlich weiter gegen die offene *Verletzung* der durch die Diktatur des Proletariats aufgestellten Regeln im wirtschaftlichen und politischen Leben ausgeübt), sondern darum, die *Bauernmassen zu überzeugen* und mit ihnen Schritt für Schritt einen Staat wirklich neuen Typs aufzubauen.

> "Wir müssen danach streben, einen Staat aufzubauen, in dem die Arbeiter die Führung über die Bauern behaupten, sich das Vertrauen der Bauern bewahren und durch größte Sparsamkeit jede Spur jedweden überflüssigen Aufwands aus ihrer Gesellschaftsordnung ausmerzen.
>
> Wir müssen unseren Staatsapparat auf die größte Sparsamkeit einstellen. Wir müssen jede Spur überflüssigen Aufwands aus ihm ausmerzen, der sich in ihm vom zaristischen Rußland, von seinem bürokratisch-kapitalistischen Apparat noch in so großem Ausmaß erhalten hat." (84)

Der Aufbau eines neuen Staatstyps, die Entwicklung eines Vertrauensverhältnisses zwischen den Arbeitern und Bauern und die führende Rolle der Arbeiterklasse schließen den Rückgriff auf die *Massenlinie* in neuen Formen ein (85). Dieser Rückgriff ist notwendig, um neue *politische Verhältnisse* zu errichten; aber politische Verhältnisse können nur *gefestigt* werden, wenn die *wirtschaftlichen Verhältnisse selbst* und an erster Stelle die Produktionsverhältnisse *umgewälzt* werden.

> "Es ist jedesmal das unmittelbare Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten (...), worin wir das innerste Geheimnis, die verborgne Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion und daher auch der politischen Form des Souveränitäts- und Abhängigkeitsverhältnisses, kurz, der jedesmaligen spezifischen Staatsform finden." (86)

Der Zusammenhang, den Lenin zwischen der *Umwälzung der Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft* auf genossenschaftlichem Weg und der *Umgestaltung des Staats* herstellt, ist also keineswegs zufällig. Dennoch wirft Lenin – und wir werden darauf zurückkommen – nicht alle Fragen auf, die mit der Umwälzung der Produktionsverhältnisse *in der Industrie* zusammenhängen. Vielleicht deshalb, weil, wie Marx es formuliert, "die

84 LW 33, S. 489
85 s. unten, S. 405 ff.
86 MEW 25, S. 799 f.

Menschheit sich nur die Fragen stellt, die sie lösen kann", und weil die ideologischen und politischen Bedingungen (der Grad der Zuspitzung der Widersprüche) zur Umwälzung der Produktionsverhältnisse in der Industrie damals nicht gegeben waren.

Selbst wenn Lenin das Problem der revolutionären Umwälzung der Produktionsverhältnisse in der Industrie (das heißt der radikalen Umgestaltung des Produktionsprozesses) nicht in seinem ganzen Umfang aufwirft, spricht er doch *äußerst wichtige Gesichtspunkte* an. Schon seit Frühjahr 1921 vertritt er die Auffassung, daß sich eine bestimmte industrielle Entwicklung auf eine "große Initiative draußen im Lande" gründen muß, und er befürwortet die "Wiederherstellung der Kleinindustrie" (87). Lenin verzichtet damit keinesfalls auf eine schnelle Entwicklung der Industrie, sondern zeichnet eine Perspektive, die später in China Gestalt annahm unter der zweifachen Losung "auf zwei Beinen gehen" (88) und "zwei Initiativen sind besser als eine" (89). Gewiß sind die Texte von Lenin noch weit entfernt von diesen Losungen und deren Zusammenhang mit dem Kampf gegen die verschiedenen Formen der Arbeitsteilung, welche die Klassengesellschaft hinterlassen hat; aber man sieht darin den Ansatz einer solchen Orientierung. Die Schriften von 1923 bestätigen das, indem sie dem Größenwahn und der Wirklichkeitsferne der staatlichen Apparate die Bescheidenheit und Gewissenhaftigkeit der Initiativen entgegenstellen, die von der Basis her, von den Arbeitern und Bauern kommen; sie bekräftigen noch einmal, wie notwendig eine Massenlinie ist, um die wirtschaftlichen Verhältnisse revolutionär umzugestalten.

Auf jeden Fall ist der Ansatz einer solchen Orientierung in den letzten Schriften Lenins hinreichend klar; die Drohung, die sich damit gegen die in den Wirtschafts- und Verwaltungsapparaten entstehende Staatsbourgeoisie richtet, ist deutlich genug; und wie diese "neue Bourgeoisie" selbst bereits Druck auszuüben vermag, zeigt sich daran, daß die beiden Schriften *Über das Genossenschaftswesen* und *Über unsere Revolution,* die Anfang Januar 1923 geschrieben werden, erst Ende Mai in der *Prawda* erscheinen (für die Veröffentlichung eines Textes von Lenin ist das eine außergewöhnliche Verzögerung).

c) Massenlinie, Kulturrevolution und Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse

Seit den ersten Monaten der NEP hebt Lenin nachdrücklich die Notwendigkeit hervor, von neuem und mit aller Kraft eine Massenlinie zu

87 LW 32, S. 366; vgl. auch S. 356
88 Das bedeutet, gleichzeitig die Groß- und Kleinindustrie zu entwickeln, moderne wie ältere Techniken einschließlich der traditionellen zu verwenden, die übrigens Schritt für Schritt umgestaltet werden können.
89 Darunter ist die Verbindung von zentraler und örtlicher Initiative zu verstehen.

entfalten. In seiner Broschüre *Direktive des Rats für Arbeit und Verteidigung an die örtlichen Sowjetinstitutionen* (90) schreibt er zum Beispiel:

> "Aus der Masse der Arbeiter, der Bauern, der Intellektuellen kommen nicht wenig fähige und ehrliche Parteilose, die man auf höhere Posten im wirtschaftlichen Aufbau stellen muß, wobei die nötige Kontrolle und Leitung der Kommunisten vorbehalten bleibt. Andererseits bedarf es aber auch der Kontrolle der Parteilosen über die Kommunisten; zu diesem Zweck muß man Gruppen von parteilosen Arbeitern und Bauern, die sich als ehrlich bewährt haben, sowohl in die Arbeiter- und Bauerninspektion aufnehmen, als auch ohne jede Amtsstellung informell zur Überprüfung und Beurteilung der Arbeit heranziehen." (91)

Diese "Direktive" weist klar in die Richtung, *eine Kontrolle der Massen über die staatlichen Apparate und sogar über die Kommunisten selbst* einzusetzen. Von diesem Zeitpunkt an taucht eine solche Orientierung ständig in den Reden und Schriften Lenins auf, in seinen Redebeiträgen zum XI. Parteitag der bolschewistischen Partei (Ende März bis Anfang April 1922) (92) ebenso wie in den Schriften, die er Anfang 1923 verfaßt.

In diesen Schriften betont Lenin besonders die Rolle der *direkten Kontakte zwischen Arbeitern und Bauern.*

Zu diesem Punkt ist der folgende Abschnitt aus den *Tagebuchblättern* Lenins bemerkenswert:

> "Den Verkehr zwischen den Arbeitern der Stadt und den Werktätigen des flachen Landes herzustellen, jene Form der Kameradschaftlichkeit zwischen ihnen zu schaffen, die sich leicht erreichen läßt – das ist unsere Pflicht, das ist eine der Hauptaufgaben der Arbeiterklasse, die an der Macht steht. Zu diesem Zweck ist es notwendig, eine Reihe von Vereinigungen (der Partei, der Gewerkschaften oder spezieller Art) der Betriebsarbeiter zu gründen, die sich systematisch das Ziel setzen, dem Dorf bei seiner kulturellen Entwicklung zu helfen." (93)

In diesem wie in anderen Texten ist das Ziel *die vielfältige Organisierung der Massen* und die Tätigkeit von Arbeitern unter der Bauernschaft, um den Bauern bei der Organisierung zu helfen, damit sie sich den Verwaltungsapparaten, die nichts Sozialistisches an sich haben, nicht beugen; damit sie diese Apparate kontrollieren und damit sie sich Schritt für Schritt, aus eigenem Antrieb, ohne Hast und Zwang und dank der leitenden Tätigkeit des Proletariats dem Sozialismus zuwenden.

Zur gleichen Zeit greift Lenin auch das Problem der *"Kulturrevolution"* auf als unerläßliche Bedingung für die Entwicklung des Sozialismus. Gewiß, Lenin spricht hier *"für den Anfang"* (das heißt also auch, nicht dabei

90 LW 32, S. 391 ff.
91 ebd., S. 405 f.
92 LW 33, S. 245 ff.
93 ebd., S. 451

stehenzubleiben) von einer "bürgerlichen Kultur", die genügen sollte, die "Typen vorbürgerlicher Kultur, das heißt der Beamten- oder der Leibeigenschaftskultur" abzuschütteln. Wenn Lenin von "bürgerlicher Kultur" spricht, dann natürlich, um vorgefertigte Anschauungen von "proletarischer Kultur" abzuweisen, die von "vielen unserer jungen Publizisten und Kommunisten" vorgebracht werden; Lenin weist keinesfalls eine wirklich proletarische Kultur zurück, die tatsächlich "in das Alltagsleben, in die Gewohnheiten" (94) einginge.

Man muß hervorheben, daß für Lenin der Begriff "Kulturrevolution" *zwei miteinander verflochtene revolutionäre Prozesse* bezeichnet. Der erste Prozeß bezieht sich auf die Vollendung der *demokratischen Revolution* im Bereich des Alltagslebens und der Erziehung; das ist gemeint, wenn Lenin von der Ausmerzung der "Typen vorbürgerlicher Kultur, der Beamten- oder Leibeigenschaftskultur" (95) spricht. Der zweite Prozeß bezieht sich auf eine proletarische Kulturrevolution, deren Entwicklungsbedingungen Lenin zu diesem Zeitpunkt zweifellos nicht angeben kann, deren Notwendigkeit ihm aber ganz sicher bewußt ist, wenn er *die Fabrikarbeiter* auffordert, *bei der kulturellen Entwicklung des Landes zu helfen,* und wenn er erklärt, die Ablösung der vorbürgerlichen Kulturtypen durch die bürgerliche Kultur sei nur ein *Anfang.*

Aus Lenins Konzeption des Verhältnisses zwischen Überbau und Basis, die sich radikal von den "mechanistischen" Positionen zahlreicher Bolschewiki, besonders Bucharins, unterscheidet, erklärt sich die dialektische Weise, in der er das Problem des Klassenkampfs im Überbau und dessen revolutionärer Umgestaltung als Bedingung für die Umwälzung der ökonomischen Basis stellt.

d) Die revolutionäre Rolle der Bauernschaft

Seit der NEP-Konzeption von Ende 1921 – das heißt auch seit der kritischen Bestandsaufnahme des Verhältnisses zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft in den ersten Jahren der russischen Revolution – wird also sichtbar, wie sich bei Lenin eine *neue* politische Linie hinsichtlich der Bauernmassen abzeichnet: eine Linie, die *diese* Massen zum *wirklichen Bündnispartner* des Proletariats macht, und zwar nicht nur in der Etappe der demokratischen Revolution; zu einem Bündnispartner also, der zum Sozialismus vorwärtsgehen kann, wenn man ihm einen richtigen Weg zu zeigen versteht.

Aus verschiedenen Schriften Lenins vor seinem Artikel *Über das Genossenschaftswesen* ist klar ersichtlich, daß Lenins Denken in diese Richtung geht. So erklärt er in seiner *Rede bei der Schließung des XI. Parteitags* am 2. April 1922:

94 ebd., S. 475
95 ebd., S. 474

"Der Angelpunkt liegt jetzt darin, daß die Avantgarde nicht davor zurückscheut, an sich selbst zu arbeiten, sich selbst umzumodeln (...). Der Angelpunkt liegt darin, daß man sich jetzt in ungleich größerer und gewaltigerer Masse vorwärtsbewegt, *nicht anders als gemeinsam mit der Bauernschaft,* indem man ihr durch die Tat, durch die Praxis, durch die Erfahrung beweist, daß wir lernen und erlernen werden, wie man ihr helfen, wie man sie vorwärtsführen soll." (96)

Daß Lenin die Notwendigkeit betont, *"nicht anders als gemeinsam mit der Bauernschaft"* vorwärtszugehen, zeigt sich schon in vielen früheren Schriften. Das erklärt auch weitgehend die Schärfe, mit der Lenin die "Arbeiteropposition" bekämpfte, deren Thesen "die Zunftinteressen der Arbeiter über die Klasseninteressen stellen" (97) und die damit die *"Leitung der Politik durch das Proletariat"* aufzugeben drohten (98). Doch erst in den Schriften von 1923 gibt Lenin *einige Bedingungen für ein politisches Bündnis* an, das die Bauernschaft und damit Rußland zum Sozialismus führen könnte.

Das ist ein Schritt nach vorn von gewaltiger Bedeutung: denn damit sind die Voraussetzungen geschaffen, in neuer Weise nicht nur die Beziehungen des Proletariats zur *russischen* Bauernschaft, sondern auch die revolutionäre Rolle der Bauern allgemein zu bestimmen und folglich eine neue Einschätzung der *internationalen politischen Lage* vorzunehmen, indem klar wird, daß sich der Schwerpunkt der internationalen Revolution vom Westen in den Osten verlagern kann, in die Länder, die von breiten Bauernmassen bevölkert sind.

Es ist also kein Zufall, daß Lenin Anfang 1923 auf das Thema des "Bauern"kriegs zurückkommt und daran erinnert, was Marx 1856 über die Vereinigung des Bauernkriegs mit der Arbeiterbewegung schrieb (99). Lenin erkennt in der Tat immer klarer die Rolle, die den Bauernmassen Asiens bei der Entwicklung der Weltrevolution zufällt. In der letzten Schrift, die zur Veröffentlichung bestimmt war, schreibt Lenin ausdrücklich:

"Der Ausgang des Kampfes hängt in letzter Instanz davon ab, daß Rußland, Indien, China usw. die gigantische Mehrheit der Erdbevölkerung stellen. Gerade diese Mehrheit der Bevölkerung wird denn auch in den letzten Jahren mit ungewöhnlicher Schnelligkeit in den Kampf um ihre Befreiung hineingerissen, so daß es in diesem Sinne nicht den geringsten Zweifel darüber geben kann, wie die endgültige Entscheidung des Kampfes im Weltmaßstab ausfallen wird. In diesem Sinne ist der endgültige Sieg des Sozialismus vollständig und unbedingt gesichert." (100)

96 ebd., S. 311 (Hervorhebung – Ch.B.)
97 LW 32, S. 354
98 ebd. (Hervorhebung – Ch.B.)
99 Siehe dazu den kurzen Artikel Lenins *Über unsere Revolution* vom 16. Januar 1923; in: LW 33, S. 462 ff.
100 ebd., S. 488

3. Die Vorherrschaft einer "ökonomistischen" Interpretation der NEP innerhalb der bolschewistischen Partei

Die bolschewistische Partei hat der NEP grundsätzlich eine andere Bedeutung zugemessen, als auf den vorhergehenden Seiten beschrieben wurde. Sie sah in der NEP keine Orientierung, die erlaubt hätte, ein *politisches Bündnis neuen Typs* zu schließen, ein Bündnis, das die große Masse der Bauern mit dem Proletariat hätte vereinen können, um die Bauern auf den Weg des sozialistischen Aufbaus zu führen. In Wirklichkeit – im folgenden Band wird man das genauer erkennen können – begreift und "praktiziert" die bolschewistische Partei die NEP, als solle sie vor allem eine *Wirtschaftspolitik* (in einem sehr engen Sinn) sein, *die ihr durch das ungünstige Kräfteverhältnis aufgezwungen werde;* und als müsse man sie, sobald sich die Umstände geändert hätten, schlicht und einfach über Bord werfen, um wieder von neuem Maßnahmen durchzuführen, die für die Erfordernisse des sozialistischen Aufbaus als geeigneter gelten. Diese Maßnahmen entsprechen der Vorstellung eines "Frontalangriffs" auf die Kapital- und Warenverhältnisse, eines Angriffs ähnlich dem des "Kriegskommunismus". Für viele führende Bolschewiki blieb der "Kriegskommunismus" tatsächlich ein "Modell" proletarischer Offensive, deren Preisgabe man im wesentlichen auf die ungünstige Lage zurückführte und also nur als eine vorübergehende ansah.

So versichert die *Große Sowjetenzyklopädie* 1928, daß das Falsche und Utopische am "Kriegskommunismus" in dem Glauben bestand, die Maßnahmen, die unter dem Druck militärischer Notwendigkeiten ergriffen wurden, seien geeignet gewesen, unter den Bedingungen jener Zeit *"unmittelbar"* eine "zentralisierte Nicht-Warenwirtschaft" zu verwirklichen. Also nicht die Maßnahmen, die im Bürgerkrieg ergriffen wurden, erscheinen als unangemessen, sondern der Zeitpunkt, zu dem sie durchgeführt wurden, wird als ungeeignet angesehen. In dem Artikel, den die *Große Sowjetenzyklopädie* diesem Thema widmet, heißt es denn auch weiter: "Indem die Arbeiterklasse ein festes System des Kriegskommunismus (dieser Ausdruck wird ohne Anführungszeichen verwendet – Ch.B.) errichtete, legte sie zugleich die Grundlagen für einen späteren, sozialistischen Wiederaufbau." (101)

Was hier wie an anderen Stellen vorherrscht, ist eine "ökonomistische" Interpretation der NEP. Diese Interpretation bedeutet, daß die bolschewistische Partei nicht mehr sieht (oder sogar nie gesehen hat), daß die letzten Schriften Lenins einer *neuen politischen Strategie* den Weg bahnen und notwendig zu einer *Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Arbeitern und Bauern* hinführen; daß sie den Weg weisen zu einer tiefgreifenden Umgestaltung im Verhältnis der Massen zu den politischen Apparaten, deren bürgerlicher oder sogar "vorbürgerlicher" Charakter ja besagt, daß sie nicht die Instrumente eines wirklich sozialistischen Aufbaus sein können.

101 *Große Sowjetenzyklopädie* (russ.), Moskau 1928, S. 374; zit. nach E.H. Carr, *The Bolshevik Revolution,* Band 2, Anm. 1, S. 274 f.

Es gibt viele Gründe, warum eine "ökonomistische" Interpretation der NEP sich durchsetzen konnte. Die wichtigsten sind politischer Natur: sie verweisen auf das *Kräfteverhältnis der Klassen* in Rußland, insbesondere im Staatsapparat. Die Entfaltung eines ideologischen Kampfs, der eine revolutionäre Konzeption der NEP hätte durchsetzen können, einer Konzeption, die den neuen Hinweisen in den letzten Schriften Lenins entsprochen hätte, stieß jedoch auch auf Schwierigkeiten ideologischer Natur im eigentlichen Sinn. Diese Schwierigkeiten stehen im Zusammenhang mit einem gewissen Zögern Lenins selbst und machen sich an einigen wenigen Formulierungen, Bildern und Metaphern fest, die schließlich dazu beigetragen haben, das *radikal Neue* in seinen letzten Schriften zu "verbergen" und zu "verdunkeln". Diese Bilder und Metaphern wurden von Lenin aus pädagogischen Gründen verwendet, aber – wörtlich genommen – haben sie vom eigentlichen Sinn der letzten Schriften abgelenkt.

Da die "ökonomistische" Interpretation der NEP nach Lenins Tod immer folgenschwerer wurde, ist es notwendig, ihre Verankerung in den Bildern und Metaphern zu untersuchen, die dieser Interpretation als Vorwand dienten; ohne eine solche Untersuchung könnten diese Metaphern weiterhin den eigentlichen Sinn der letzten Schriften Lenins verdunkeln.

Bekanntlich stellt Lenin 1921 fest, daß die "Methoden" des "Kriegskommunismus" "gescheitert" sind (wie er sich ausdrückt). Aus dieser Feststellung folgert er, daß so früh wie möglich politische Maßnahmen anderer Art durchzuführen seien. Lenin gibt ohne Zögern zu, daß der Mißerfolg auf den *fehlerhaften* Charakter dieser Politik (wenn sie auch durch die Umstände erzwungen war) zurückzuführen sei. Wie wir oben schon festgestellt haben, wird jedoch in den Schriften von 1921 *der Charakter der Fehler* nicht zum Gegenstand einer genauen Analyse gemacht: es wird nicht klar, ob die "Methoden des Kriegskommunismus" *im Prinzip* falsch waren oder ob lediglich die *Bedingungen des Augenblicks* Ursache des Scheiterns waren. Es gibt somit in diesen Schriften ein "Schweigen", das im Fall Lenins ziemlich außergewöhnlich ist. Dieses Schweigen wird durch Metaphern und historische Analogien "gefüllt".

In dem schon erwähnten Bericht Lenins an die VII. Moskauer Gouvernements-Parteikonferenz vom 29. Oktober 1921 vergleicht Lenin den "Kriegskommunismus" mit den *Sturmangriffen* der Japaner auf Port Arthur (im russisch-japanischen Krieg 1905), und die NEP vergleicht er dann mit der *Belagerung* dieser Stadt (102). An diesen Vergleich knüpft sich die Metapher des "Rückzugs" und des "zusätzlichen Rückzugs" (103); eine Metapher, die *leicht den Eindruck erweckt, daß die Maßnahmen im "Kriegskommunismus" nicht grundsätzlich falsch waren,* sondern daß der *Zeitpunkt* ihrer Durchführung schlecht gewählt war; daraus könnte man schließen, daß man zu den Maßnahmen des "direkten Sturmangriffs" (nach

102 LW 33, S. 64 ff.
103 ebd., S. 74 ff.

dem Bild, das Lenin in bezug auf den "Kriegskommunismus" verwendet) zurückkehren sollte, sobald die Umstände günstiger geworden sind.

Wir haben gesehen, daß eine solche Interpretation nicht den Schlußfolgerungen entspricht, auf die Lenin zusteuert. Doch den Kräften, die Lenins Schrift in dogmatischer Weise gebrauchen (was nach Lenins Tod immer häufiger geschieht), scheint die Metapher "das Recht zu geben", so bald wie möglich erneut zu einer Methode der "direkten Sturmangriffe" überzugehen, die die Ausübung staatlichen Zwangs sowohl gegenüber der Arbeiterklasse wie gegenüber der Bauernschaft zuläßt.

Die Entstellung dessen, was in Lenins Schriften aus dem Jahr 1923 *wesentlich* ist, *scheint* im dogmatischen Gebrauch anderer Schriften aus dem Jahr 1921 eine "Rechtfertigung" zu finden; dort wird das Bild des "Rückzugs" durch das Bild des "zusätzlichen Rückzugs" verstärkt.

Dieses zweite Bild steht gewissermaßen für ein weiteres "Schweigen" in Lenins Schrift vom Oktober 1921, das sich aus der Feststellung Lenins ergibt, der "Rückzug" im Frühjahr sei "unzureichend" gewesen. Er stellt hier nur eine "Tatsache" fest und erklärt nicht die Ursachen. Es scheint sich um eine Lage zu handeln, die man erkennen müsse und die, wie er sagt, dazu *zwingt, einen "zusätzlichen Rückzug" anzutreten* (104).

Durch das Bild von zwei aufeinanderfolgenden "Rückzügen" erscheint der Übergang von der ersten zur zweiten Fassung der NEP als einfache *Fortsetzung ein und desselben Rückzugs.*

Doch der zweite "Rückzug" ist *etwas ganz anderes als bloß die "Fortsetzung" des ersten.* Was als Rückzug bezeichnet wird, ist in Wirklichkeit der Beginn einer viel radikaleren Änderung der Strategie als einige Monate zuvor angekündigt. Denn die zweite Fassung der NEP zielt darauf ab, *die Klassenkräfte völlig neu zu gruppieren;* sie ist daher geeignet, eine *neue Offensive* vorzubereiten, die sich selbst radikal von der ersten unterscheidet.

Was Lenin im Herbst 1921 ankündigt – in einer Formulierung, die zu diesem Zeitpunkt *auch ihm selbst* noch nicht ganz klar ist – ist von *entscheidender politischer Bedeutung:* es ist der Verzicht auf die vorherrschende Rolle des "Staatskapitalismus", das Streben nach einem wirklichen, dauerhaften und festen Bündnis mit der Bauernschaft, der *Entwurf* dessen, was später die politische Linie der Kommunistischen Partei Chinas sein wird – eine Linie, die bezweckt, die *werktätige Bauernschaft* nicht durch Zwang, sondern durch Überzeugung *auf den Weg des Sozialismus zu führen.* Den Inhalt eben dieser Linie entwickelt Lenin in seinen Schriften Ende 1922 und Anfang 1923 weiter.

Unglücklicherweise wird dieser *gewaltige Schritt nach vorn* in der irreführenden Metapher des *"Rückzugs"* dargestellt.

Daß diese Metapher in Lenins Bericht über die NEP auftaucht, ist ein Zeichen dafür, daß auch Lenin gerade erst anfängt, über den Umfang des politischen und theoretischen Bruchs mit den Fehlern der vergangenen Periode Klarheit zu gewinnen. Das erklärt auch, daß Lenin in seiner Schrift

104 s. oben S. 434

vom Oktober 1921 jene andere Formulierung verwendet, die auf den ersten Blick überrascht. Lenin schreibt:

"Wir müssen uns auf den Boden der vorhandenen kapitalistischen Verhältnisse stellen." (105)

Diese Formulierung überrascht deshalb, weil man sich natürlich auf keinen anderen Boden stellen kann als auf den des Vorhandenen, es sei denn, man baut auf eine Phantasiewelt.

Worum es geht, und darin liegt unter anderem der tiefe Sinn dieses Textes, ist genau nicht ein "Rückzug", sondern eine *Rückkehr zur Wirklichkeit.* Wenn man sagt, daß man sich auf den Boden des Vorhandenen "zurückziehe", so heißt das, daß man sich nicht wirklich zurückzieht, sondern daß man die Phantasiewelt nicht vorhandener "sozialistischer Verhältnisse" verläßt, um sich auf den Boden der tatsächlichen Verhältnisse zu stellen.

Das heißt dann auch, daß der "Kriegskommunismus" im tiefsten Sinn gescheitert ist, nicht etwa, weil er zu "wirtschaftlichen Schwierigkeiten" geführt oder weil man "über ungenügende Kräfte verfügt" hätte, sondern weil er seinem Charakter nach nicht in der Lage war, die wirtschaftlichen Verhältnisse so umzuwälzen, wie man angenommen hatte; man hatte sich also vom Schein politischer und juristischer Verhältnisse täuschen lassen und hatte geglaubt, die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse ließen sich auf diese Verhältnisse "zurückführen"; man hatte also fälschlich das sozialistische Eigentum, das juristische Eigentum eines Staates der Diktatur des Proletariats, gleichgesetzt mit sozialistischen Wirtschaftsverhältnissen.

Wenn man die Dinge von dieser Seite angeht, so sieht man, daß die *NEP kein wirklicher,* sondern nur ein scheinbarer *Rückzug ist;* die NEP bedeutet, daß für den Aufbau des Sozialismus wirklichkeitsfremde Maßnahmen aufgegeben werden (selbst wenn sie notwendig waren, um den Zwängen des Krieges zu begegnen), denn sie waren nicht in der Lage, den Charakter der wirtschaftlichen Verhältnisse tiefgreifend zu verändern. Solche Maßnahmen aufzugeben, heißt aber nicht "zurückzuweichen", sondern "vorwärtszugehen". Denn sich auf den Boden tatsächlicher und nicht illusorischer Verhältnisse stellen, das heißt vorwärtsgehen; und es ist ein notwendiger Schritt nach vorn, um die tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnisse wirklich umgestalten zu können.

Warum wird das alles in einer schwierigen, irreführenden, bei Lenin kaum geläufigen Bildersprache gesagt, die man dechiffrieren muß?

Zunächst, weil Lenin hinsichtlich der strategischen Bedeutung der NEP im Jahre 1921 noch nicht *vollständig* mit der früheren Konzeption gebrochen hatte, welche die NEP als ein "Zurückweichen" darstellte, mit dem Ziel, lediglich ein *wirtschaftliches Bündnis* mit der Bauernschaft zu schließen (der vorübergehende *Zugeständnisse* gemacht werden). Daher

105 LW 33, S. 79

steht in einigen von Lenins Schriften diese Konzeption in manchen Formulierungen neben einer anderen, neuen Konzeption, die für die *eigentliche Richtung* steht, *in der Lenins Denken sich damals bewegt;* in dieser neuen Konzeption ist das *wirtschaftliche Bündnis* zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft nicht mehr nur ein unmittelbares Ziel, sondern die *Grundlage* für das, was für die Zukunft wesentlich ist: das *politische Bündnis* des Proletariats mit der Bauernschaft als Voraussetzung, um die Bauern auf den *Weg des Sozialismus* zu führen. Diese Verbindung zweier widersprüchlicher Konzeptionen, einer entstehenden und einer, die nach und nach aufgegeben wird, erklärt, daß einige Schriften Lenins lange Zeit als bloße Wiederholung dessen erscheinen konnten, was Lenin früher über das wirtschaftliche Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft gesagt hatte.

Tatsächlich aber *konnte Lenin damals nicht sehr viel mehr darüber aussagen;* aus dem *wesentlichen politischen und gesellschaftlichen Grund,* daß man sich erst am *Anfang eines Bruchs* befand; man *begann* erst, mit einer ganzen Reihe politischer und theoretischer Anschauungen zu brechen, mit einem gut Teil dessen, was von dem ideologischen und politischen "Erbe" der II. Internationale bei Lenins früherem Bruch von 1917 noch nicht ausgemerzt war. Das betrifft insbesondere die beträchtliche Rolle, die der staatlichen Zentralisierung zugeschrieben wurde, und die Tatsache, daß man "vergessen" hatte, daß und wie mit der Entwicklung des *Genossenschaftswesens* die wirtschaftlichen Verhältnisse umgestaltet werden können.

Die *Bedeutung* des Bruchs, der zu jenem Zeitpunkt einsetzt, kann natürlich nur dann *ganz klar hervortreten,* wenn sich eine *neue Praxis des Klassenkampfs* entwickelt, für die dieser Bruch den Weg ebnet und damit neue Verhältnisse zwischen der Arbeiterklasse als führender politischer Kraft und der Bauernschaft und dem Kleinbürgertum überhaupt schafft. Solange die neue Praxis nicht hinreichend entwickelt ist – was erst eine theoretische Neuformulierung ermöglicht –, kann sich die *neue Strategie,* die der Bruch ankündigt, nur in der Sprache der bisherigen Strategie ausdrücken.

Aber kurz nach dem "Kriegskommunismus" wird die Entfaltung einer neuen Praxis des Klassenkampfs unter Führung der bolschewistischen Partei gebremst durch den Rückgang der politischen Aktivität der Volksmassen, die mit den ernstesten Alltagsschwierigkeiten zu kämpfen hatten: mit Hunger, Kälte, Krankheit und Arbeitslosigkeit. Die Entfaltung des Klassenkampfs wird auch von den Umwandlungen aufgehalten, die sich in der bolschewistischen Partei vollzogen hatten; daraus erklärt sich, daß der Bruch der Partei mit den Anschauungen des "Kriegskommunismus" und des Staatskapitalismus sich nur langsam und auch nur zum Teil vollzieht; daher auch die Hindernisse, auf die Lenin beim Versuch einer klaren Bestimmung der neuen Strategie stößt. Trotz dieser Hindernisse entwirft Lenin nach und nach die wesentlichen Linien dieser neuen Klassenstrategie, dank seiner

außergewöhnlichen politischen Erfahrung und weil er den Marxismus beherrscht. Das erlaubt ihm, *an die Lehren anzuknüpfen, die Marx und Engels aus der Geschichte der Klassenkämpfe gezogen haben,* Lehren, die in der III. Internationale "dem Vergessen anheimfielen".

KAPITEL V

Die Aufgaben der bolschewistischen Partei zum Zeitpunkt von Lenins Tod

Es wäre nutzlos, heute aufzählen zu wollen, was die bolschewistische Partei zum Zeitpunkt von Lenins Tod "hätte tun können", wenn sie die neue Strategie, die Lenin vorgeschlagen hatte, in die Tat umgesetzt hätte. Das wäre eine zwecklose Übung, denn die Geschichte läßt sich nicht umschreiben. Man kann sich dagegen mit Recht fragen, welche Bedeutung die Aufgaben hatten, die Lenin der bolschewistischen Partei zu geben versuchte und aus welchen Gründen diese Aufgaben nur zum Teil erfüllt werden konnten (106).

1. Die Übergangsform der Diktatur des Proletariats und die Notwendigkeit ihrer Festigung

Die letzten Schriften Lenins werden von einem wesentlichen Anliegen beherrscht: Richtlinien anzugeben, die eine Ausarbeitung der neuen grundlegenden, politischen Linie der Partei vorbereiten sollen; den Inhalt der NEP so zu bestimmen, daß es möglich ist, über jene *Übergangsform* hinauszukommen, die zu dieser Zeit die Diktatur des Proletariats angenommen hatte; die Diktatur des Proletariats durch eine Reihe von Eingriffen zu festigen, die weit mehr als bloße "Wirtschaftspolitik" sind, weil sie sich auch auf die politischen und ideologischen Verhältnisse beziehen.

Notgedrungen sind die Richtlinien in den letzten Schriften Lenins noch sehr allgemein gehalten. Ihre Konkretisierung erfordert, daß sie durch die gesellschaftliche Praxis hindurchgehen und daß eine Vielzahl von Erfahrungen gemacht wird, die von der Tätigkeit der Massen abhängen, Erfahrungen, aus denen die Partei die Lehren zieht und die zu Berichtigungen führen.

Die Übergangsform der Diktatur des Proletariats, wie sie 1923 besteht, ist, wie wir gesehen haben, das historische Ergebnis einer äußersten Anspannung der Kräfte, die durch den militärischen Kampf gegen den Aufstand der Weißen und die imperialistische Intervention aufgezwungen wurde. Man weiß, wie schwerwiegend die wirtschaftlichen und politischen Folgen jener Phase waren, aus der die russische Revolution Anfang 1921 heraustrat – Folgen, die 1923 noch andauern.

Das System der Sowjets als Organisationen der Initiativen der Volksmassen bleibt gelähmt. Auf allen Ebenen ist die Verwaltung des Landes

106 Die Analyse der tatsächlich verfolgten Politik kann nur erstellt werden, wenn man die Probleme untersucht, die sich nach 1923 gestellt haben, und wenn man die Formen analysiert, die der Klassenkampf zu dieser Zeit angenommen hat.

in den Händen von Apparaten, die nicht mehr unter der direkten Kontrolle der Werktätigen stehen. Folglich wird die Diktatur des Proletariats von der bolschewistischen Partei ausgeübt, die *mit den kämpferischsten Elementen der Arbeiterklasse verschmolzen ist.* Als Folge des wirtschaftlichen Chaos und der sich daraus ergebenden fast vollständigen Lähmung der Industrie ist die Arbeiterklasse zahlenmäßig stark zurückgegangen; zudem ist sie teilweise "entproletarisiert": sie besteht nicht hauptsächlich aus echten Arbeitern, die als solche an proletarischen Kämpfen und an der Praxis der industriellen Produktion teilhatten, sondern zu einem beträchtlichen Teil aus deklassierten Kleinbürgern, die der Diktatur des Proletariats feindlich gegenüberstehen.

Die Stärke der Diktatur des Proletariats ergibt sich zu jener Zeit in Rußland vor allem aus der *Verschmelzung* der Partei mit einigen hunderttausend Arbeitern, die der Sache des Kommunismus voll und ganz ergeben sind, aus der Tatsache, daß an der Spitze der Partei eine Führung steht, welche die schweren Prüfungen des Aufstands und des Bürgerkriegs bestanden hat: eine Führung, die eine Politik auf der Grundlage der marxistischen Theorie betreibt, und zwar in der revolutionärsten Form, die diese Theorie bis dahin in einer Organisation, die breite Massen anführt, angenommen hatte. Die Stärke der Diktatur des Proletariats in Rußland liegt auch in der Fähigkeit der Partei, Kritik in bezug auf ihre eigene Tätigkeit zu üben und auf diese Weise ihre Fehler zu *berichtigen.*

Zu jener Zeit hat die Diktatur des Proletariats zu einer revolutionären, aber nur partiellen Umgestaltung des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses geführt. In der Industrie berührt diese partielle Umgestaltung die wichtigsten Fabriken, soweit sie enteignet worden sind und nicht mehr vorrangig nach den Erfordernissen des Profits, sondern entsprechend den von der Sowjetmacht gesetzten Zielen betrieben werden. Diese Umgestaltung schließt ein, daß die Betriebsleiter dem Proletariat durch die Vermittlung der bolschewistischen Partei unterstellt sind, die die Betriebsleiter ernennt, abberuft und ihre Tätigkeit mit Hilfe der Gewerkschaften und der aktivsten Arbeiter kontrolliert. Diese Kontrolle wird *in sehr uneinheitlicher Weise* ausgeübt; aber dort, wo sie besteht, verändert sie wirklich die Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse, den Leitern der Staatsbetriebe und den Produktionsmitteln, über die diese Betriebe verfügen.

Im Hinblick auf die Lage im staatlichen Sektor, *in dem sich die Diktatur des Proletariats nur teilweise wirksam durchsetzt,* und im Hinblick darauf, daß die bäuerliche Kleinproduktion einen gewaltigen Raum einnimmt und die privatkapitalistische Produktion eine gewisse Rolle spielt (der die NEP eine bestimmte Entwicklung zugesteht), basiert die Übergangsform der Diktatur des Proletariats, wie sie 1923 gegeben ist, *nicht auf einer sozialistischen ökonomischen Grundlage.*

Um jede Illusion in dieser Frage auszuräumen, erklärt Lenin ohne Zögern, "daß wir eine Zeitlang inmitten der kapitalistischen Wirtschaftsform existieren müssen" (107).

Diese "kapitalistische Wirtschaftsform" hat viele Bestandteile. Zunächst sind es die kapitalistischen Verhältnisse, die sich in den Privatunternehmen, den bäuerlichen Betrieben, den "Konzessions"- und "Pacht"-Betrieben reproduzieren oder herausbilden können. Diese Verhältnisse drücken sich in der Reproduktion des Geld- und Warentauschs und der Lohnverhältnisse aus. Ebenso zeigen sie sich im Funktionieren eines Preissystems, das die Sowjetmacht nicht beherrscht und das einen tiefgreifenden Einfluß auf *Form und Art der Reproduktion der materiellen und gesellschaftlichen Produktionsbedingungen,* auch innerhalb der Staatsbetriebe, ausübt.

In der Tat bilden die Verhältnisse, die sich im staatlichen Sektor reproduzieren, einen weiteren Bestandteil der "kapitalistischen Wirtschaftsform", von der Lenin spricht. In diesem Sektor herrschen noch kapitalistische Verhältnisse vor, die erst im Ansatz durch das Bestehen des Staatseigentums verändert wurden. Zwar ist die Funktionsweise einiger Staatsfabriken den Erfordernissen der Diktatur des Proletariats wirksam untergeordnet, aber diese Fabriken sind nur vereinzelte Inseln (deren Überleben außerdem von den Reproduktionsbedingungen der übrigen Wirtschaft abhängt, die aber den Gesetzen der individuellen Warenproduktion oder der individuellen kapitalistischen Produktion unterworfen ist). Im wesentlichen findet die Produktion im Staatssektor unter den gleichen Bedingungen statt wie früher; das betrifft sowohl das, *was produziert wird,* als auch *wie es produziert wird* (die Produktions*weise* im strengen Sinn). Die von der Vergangenheit hinterlassenen Formen, in denen sich verschiedene Elemente der Produktion miteinander verbinden, sind zu diesem Zeitpunkt in Wirklichkeit nicht umgestaltet.

Bekanntlich erfordert eine wirkliche gesellschaftliche Umwälzung der Produktionsverhältnisse einen langwierigen *Klassenkampf,* einen Kampf, der sich in Etappen entwickelt, deren Folge jeweils von der Entwicklung der Widersprüche bestimmt ist. Die Zuspitzung der Widersprüche bestimmt das Handeln der Massen, und die korrekte Richtung dieses Handelns ermöglicht es, die Produktionsverhältnisse umzuwälzen, ihnen einen immer stärker sozialistischen Charakter zu geben. Genau gesagt befindet sich 1923 eine solche Umwälzung gerade erst im Ansatz. Die kapitalistischen Elemente der Produktionsverhältnisse prägen noch tief den gesamten Produktions- und Reproduktionsprozeß, die Formen der Arbeitsteilung innerhalb der Staatsbetriebe und die Art und Weise, wie diese Betriebe voneinander getrennt sind; somit werden besonders Waren- und Lohnverhältnisse reproduziert, die auf der Ebene des Betriebs einen monetären Profit hervorbringen; daher Lenins Bemerkung über die "kapitalistische Wirtschaftsform".

Wir erinnern uns, daß 1918 die bolschewistische Partei einen Beschluß faßte, nach dem die Arbeiter der verschiedenen Staatsbetriebe einer von ernannten Verwaltungsbeamten auferlegten Disziplin unterworfen werden sollten und der diesen Verwaltungsbeamten, wie auch den Ingenieuren

107 vgl. Lenins *Politischen Bericht* auf dem XI. Parteitag der KPR(B), LW 33, S. 249 ff., hier S. 291

und Technikern, die über den unmittelbaren Produzenten standen, ein Einkommen über dem Lohn eines Arbeiters zugestand; Lenin hatte in diesem Zusammenhang bereits betont, daß die Verhältnisse, die sich auf diese Weise reproduzieren konnten, einen kapitalistischen Charakter trugen. In derselben Art charakterisiert er nun die "Finanzautonomie", die zu Beginn der NEP den Staatsbetrieben übertragen wird; denn Lenin sieht darin die Einrichtung einer "kapitalistischen Betriebsleitung" (108).

Somit ist 1923 die Lage in Rußland gekennzeichnet von einem tiefen Widerspruch zwischen der Diktatur des Proletariats – errichtet und aufrechterhalten dank der Aktion der kämpferischsten Arbeiter, Soldaten und Bauern, die, eng verbunden mit der bolschewistischen Partei, deren Führung akzeptieren – und einer Reihe von gesellschaftlichen und Klassenverhältnissen, die die Sowjetmacht schwächen und ihr jene bestimmte *Übergangsform* verleihen, die sie zu dieser Zeit annimmt.

Mit der Annahme der NEP haben die bolschewistische Partei und in erster Linie ihre Führung diesen und weitere Widersprüche besonders berücksichtigt. Doch die Analysen, die die verschiedenen Führer der Partei über das damalige System der Widersprüche erstellen, sind keineswegs einheitlich (das zeigt sich schlagartig nach Lenins Tod). Die weitestgehende Analyse dieser Widersprüche entwickelt Lenin. Aber 1923 benutzt diese Analyse teilweise noch Formulierungen, die den früheren Vorstellungen entsprachen und deren Verwendung – geschichtlich unvermeidlich – eine klare Sicht der Lage erschwerte. Unter diesen Bedingungen treten die Aufgaben, die die bolschewistische Partei anpacken muß, um die Diktatur des Proletariats zu festigen, noch nicht klar hervor. Dies umso weniger, als es in den Staatsapparaten und in der Partei *gesellschaftliche Kräfte* gibt, die daraufhinarbeiten, daß die bestehende "kapitalistische Wirtschaftsform" nicht zerstört, sondern im Gegenteil gefestigt wird. Später werden wir sehen, daß diese Kräfte in den folgenden Jahren sehr aktiv sind.

Zahlreich sind die anstehenden Aufgaben der bolschewistischen Partei, um Rußland auf dem *sozialistischen Weg* vorwärtszubringen; diese Aufgaben, auf die vor allem Lenin hinwies, betreffen insbesondere die *Umwälzung der ideologischen und politischen Verhältnisse.*

Auf der Ebene des ideologischen Kampfs muß die Partei den Volksmassen helfen, sich andere Perspektiven zu geben, als die bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse hinzunehmen. Sie muß ihnen helfen, die *Umwälzung* der Verhältnisse in Angriff zu nehmen, was etwas ganz anderes erfordert als ziellose Revolten. In den Augen der Führer der Partei, die sich der Aufgaben in diesem ideologischen Kampf bewußt sind, scheint dies vor allem eine Erziehungsarbeit zu erfordern (die insbesondre von den Arbeitern unter der Bauernschaft zu leisten ist), einen fortwährenden Kampf gegen die "vorkapitalistische" tägliche Lebensweise und revolutionäre Aktivitäten, die manchmal mit dem Ausdruck "Kulturrevolution" bezeichnet werden (ohne daß der Inhalt dieses Ausdrucks genau bestimmt wird).

108 Lenin Werke (frz. Ausgabe), Bd. 42, S. 395 f.

Auf der Ebene des unmittelbaren politischen Kampfs geht es darum, *die Sowjets wieder mit Leben zu erfüllen,* die "Bürokratie" zu bekämpfen und soweit wie möglich den Staatsapparat einzuschränken, wobei aber übereilte Maßnahmen zu vermeiden sind; denn die Erfahrung hatte gezeigt, daß solche Maßnahmen letztlich zur Ausweitung der Verwaltungsapparate und zu deren Verselbständigung, sowohl gegenüber den Volksmassen als auch gegenüber der politischen Führung der Partei beitragen.

In bezug auf die wirtschaftlichen Verhältnisse gibt die bolschewistische Partei 1923 zu, daß deren Umwälzung eine langfristige Aufgabe bedeutet; aber über die Frage, auf welche Weise diese Aufgabe zu bewältigen sei, wird keine wirkliche Einheit erzielt. Die Führung der Partei hat sich keineswegs vollständig den Hinweisen Lenins angeschlossen, auch in Zukunft auf die Methoden des "Kriegskommunismus" zu verzichten und den genossenschaftlichen Weg einzuschlagen, um den Übergang der Bauernschaft zum Sozialismus sicherzustellen. Doch die Differenzen in dieser Frage haben keine unmittelbaren Folgen; denn die sozialistische Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse steht noch nicht auf der Tagesordnung.

Zu diesem Zeitpunkt besteht relative Einmütigkeit innerhalb der Partei darüber, daß man vorläufig die Tatsache hinnehmen muß, daß verschiedene Produktionsformen, die patriarchalische, die kapitalistische oder staatskapitalistische Warenproduktion und die sozialistische Produktionsform nebeneinander bestehenbleiben. Es wird ziemlich einheitlich zugegeben, daß der einfachen Warenproduktion ein breiter Raum zugestanden werden muß, und zwar vor allem auf dem Land. Große Unsicherheit herrscht aber über die Art und Weise, wie sich diese Produktionsform mit den anderen verbinden kann und soll. Diese Unsicherheit sollte während der ganzen Zeit der NEP eine beträchtliche Rolle spielen.

So wichtig die Verwirklichung der genannten Aufgaben ist, so ist sie doch selbst der Verwirklichung einer politischen und einer wirtschaftlichen Aufgabe untergeordnet, die beide dringend und unmittelbar anstehen.

Die dringendste politische Aufgabe ist es, die Volksmassen unter der Führung der bolschewistischen Partei zu vereinigen. Ohne diese Vereinigung ist es unmöglich, in irgendeinem Bereich einen Schritt vorwärtszukommen. Selbst wenn 1923 die Diktatur des Proletariats nicht kurzfristig bedroht ist (wie das im Winter 1920/21 der Fall war), kann sie sich nicht festigen, wenn die Werktätigen keine Kampfeinheit verwirklichen; sie ist notwendig, um mittel- oder langfristig die bürgerlichen oder vorbürgerlichen Gesellschaftsverhältnisse auszumerzen. Um die Kampfeinheit der Volksmassen zu gewährleisten, muß man vor allem ein wirkliches politisches Bündnis zwischen dem Proletariat und den werktätigen Bauernmassen schaffen. In dem Maß, wie in den Augen der breiten Bauernmassen die bolschewistische Partei allein in der Lage ist, den Kampf gegen die Rückkehr der Grundbesitzer zu organisieren, ist ein Teil der Bedingungen schon gegeben, um dieses Bündnis neu zu stiften. Insoweit gewährt die Masse der Bauern der bolschewistischen Partei ihre *Unterstützung.* Um aber *neue Aufgaben*

anzupacken und durchführen zu können, um zum Sozialismus vorwärtszuschreiten, reicht ein solcher Rückhalt nicht aus; man muß ihn vertiefen und ihn in *aktive Unterstützung* verwandeln, indem man ihm *einen neuen politischen Inhalt* gibt. Es herrscht große Unsicherheit darüber, was konkret getan werden muß, um diese entscheidende Aufgabe zu bewältigen, besonders was die Bedingungen angeht, unter denen eine differenzierende politische Arbeit unter der Bauernschaft durchgeführt werden müßte. Durch eine solche Arbeit würde die bolschewistische Partei die *aktive Unterstützung* gerade derjenigen Bauernschichten erhalten, denen es am schlechtesten geht und die das unmittelbarste Interesse an der sozialistischen Umgestaltung des Dorfs haben, ohne daß sie deswegen die Unterstützung eines großen Teils der Mittelbauern verlieren müßte. Diese 1923 ungelösten Probleme stehen später auch im Mittelpunkt der Differenzen, die sich im Lauf der folgenden Jahre in der bolschewistischen Partei entwickeln.

Die dringendste Aufgabe, die sich der bolschewistischen Partei in den Jahren 1922 und 1923 weiterhin stellt und die keinen Aufschub duldet, ist die Wiederingangsetzung der Produktion. Zu diesem Zeitpunkt hängt das Überleben der Sowjetmacht noch davon ab, *ob sie in der Lage ist, den Lebensunterhalt der Werktätigen zu gewährleisten.* Ist sie dazu nicht fähig, dann ist es überflüssig, Zukunftspläne zu schmieden, wie Lenin auf dem XI. Parteitag der bolschewistischen Partei sagte:

> "Heute sehen das Volk und die gesamten werktätigen Massen das Wesentliche für sich nur darin, daß man der verzweifelten Notlage und dem Hunger praktisch abhilft." (109)

Praktisch widmet sich die bolschewistische Partei zunächst dieser Aufgabe. Sie entspricht den grundlegendsten und schreiendsten Bedürfnissen der Volksmassen. Um das Vertrauen der Massen in die bolschewistische Partei zu festigen, muß sie beweisen, daß sie nicht nur politische und militärische Kämpfe führen kann. Die Dringlichkeit der Aufgaben im Produktionsbereich trug dazu bei, der NEP den Charakter einer im wesentlichen "wirtschaftlichen" Politik zu verleihen. Sie veranlaßte einige führende Bolschewiki dazu, im Kampf um das Produktionswachstum und um die Versorgung der Massen die unerläßlichen politischen Zielsetzungen aus dem Auge zu verlieren. Wie wir gesehen haben, hätten einige sogar bereitwillig hingenommen, daß der Staat wesentliche wirtschaftliche Hebel aufgibt (wie das Außenhandelsmonopol) oder daß er die unmittelbaren Interessen der ärmsten Bauern opfert. Auch in dieser Frage brechen während der NEP-Periode zu verschiedenen Zeiten Differenzen innerhalb der bolschewistischen Partei auf.

Diese Differenzen können umso größere Ausmaße annehmen, als eine Reihe von ideologischen und politischen Hindernissen einer scharfen und eindeutigen Formulierung der verschiedenen Aufgaben im Wege steht und es erschwert, genau zu erfassen, wie sich diese Aufgaben wechselseitig bedingen. Zu diesen Fragen muß noch einiges gesagt werden, um einen hinreichend klaren Überblick über die Lage Sowjetrußlands zur Zeit von Lenins Tod zu gewinnen.

109 LW 33, S. 292

2. Die ideologischen Hindernisse bei der Durchführung der Aufgaben der bolschewistischen Partei

Die Aufgabe, unter der Diktatur des Proletariats die gesellschaftlichen Verhältnisse umzuwälzen, ist für die bolschewistische Partei umso schwieriger anzugehen, als ihr in diesem Bereich jegliche vorhergehende Erfahrung fehlt. Gewiß hat sie Erfahrung im revolutionären Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie; aber die Lehren aus diesen Erfahrungen können nicht unmittelbar unter den neuen Bedingungen angewandt werden. Bekanntlich verleitet die Ausübung der Macht die Parteimitglieder, darunter auch einige führende Bolschewiki dazu, die Probleme unter vorrangiger Verwendung der Mittel des Staatsapparats zu lösen. Doch selbst wenn dieser Apparat einen echt proletarischen Charakter hätte – was 1923 bei weitem nicht der Fall ist – so würde der *vorrangige* Rückgriff auf diesen Apparat eine revolutionäre Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht ermöglichen, da diese Umwälzung immer das Handeln der Volksmassen selbst zur Voraussetzung hat. Der Rückgriff auf den Staatsapparat kann es unter bestimmten Bedingungen ermöglichen, die erreichten Umgestaltungen zu verteidigen, aber nicht, neue revolutionäre Umwälzungen hervorzurufen; mehr noch, der fortwährende Rückgriff auf den Staatsapparat ohne wirksames Eingreifen der Volksmassen festigt tendenziell die bürgerlichen und vorbürgerlichen Verhältnisse, führt zur Passivität der Werktätigen und verstärkt die Autoritätspositionen jener, die an leitender Stelle im Staatsapparat stehen; aber 1923 wird das nicht von allen Bolschewiki eingesehen.

Die Ausübung der Macht erfordert also, daß die bolschewistische Partei neue Methoden findet, das Handeln der Volksmassen anzuleiten (110). Aber auch in dieser Hinsicht ist die Lage kompliziert: wo die Volksmassen auf dem besten Weg sind, der Partei zu vertrauen, heißt das deswegen noch nicht, daß sie einfach in Bewegung geraten; entziehen die Volksmassen ihr dagegen das Vertrauen, kann sich ihr Handeln gegen die Partei richten. In seinen Schriften von 1923 betont Lenin, daß die Partei *neue Formen der Anführung der Kämpfe suchen* muß, und bekanntlich schlägt er *die Organisierung der Massen in vielfältigen Formen* vor.

Allerdings bleiben diese Richtlinien sehr allgemein – das hätte zu jener Zeit auch kaum anders sein können; vor allem aber dringen sie in der bolschewistischen Partei nicht durch, deren Mitglieder sich mehr und mehr von den Aufgaben der Leitung und Verwaltung in Anspruch nehmen lassen.

110 Das zum Beispiel meint Lenin, wenn er hervorhebt, man müsse die Mängel des Staatsapparats bekämpfen; Lenin weist dann die Anschauung zurück, die Methoden dieses Kampfes seien bekannt, und er erklärt, "daß wir uns zunächst gründlich überlegen müssen, wie wir seine Mängel bekämpfen sollen". (LW 33, S. 474)

Daß die Anstrengungen, eine Massenlinie neuen Typs zu entwerfen, die den Bedingungen der Diktatur des Proletariats entspricht, so schwach sind, hat noch andere ideologische Wurzeln als die oben genannten. In diesem Zusammenhang sollte eine bestimmte Form des "Arbeiterkults" erwähnt werden, die von der II. Internationale geerbt wurde. Dieser "Arbeiterkult" spielt eine nicht zu unterschätzende Rolle: er führt zu einem Mißtrauen gegenüber der Bauernschaft und selbst gegenüber solchen Arbeitern, die erst vor kurzem aus der Bauernschaft gekommen sind (und das ist ein sehr großer Teil des sowjetischen Proletariats). In der Praxis ist dieses Mißtrauen für die Entwicklung von Massenorganisationen hinderlich, erschwert eine umfassende und mehr oder weniger ständige Beratung mit Parteilosen und verhindert, daß sich neue Aktionsformen herausbilden oder festigen, die dem Charakter der neuen Widersprüche gerecht werden; denn nur, wenn man davon ausgeht, wie die Werktätigen selbst die neuen Widersprüche erfahren, kann man diese richtig behandeln.

In dieser Hinsicht stehen sehr viele Bolschewiki noch stark unter dem Einfluß jener Positionen, die während des "Kriegskommunismus" oder der ersten NEP-Monate eingenommen wurden, als man noch meinte, man könne gegen den Kleinproduzenten ein Bündnis mit dem "Staatskapitalismus" eingehen. Daher neigt die Partei dazu, die Tatsache aus den Augen zu verlieren, daß sie nur "ein Tropfen im Meer" ist und daß sie nur dann ihre führende Rolle spielen kann, wenn sie "richtig zum Ausdruck bringt, was das Volk erkennt" (111).

Andere ideologische Hindernisse und Schranken erschweren ebenfalls die Erfüllung einer bestimmten Anzahl von Aufgaben der bolschewistischen Partei.

Eins dieser Hindernisse entsteht durch eine unzureichende Klassenbestimmung des Staatsapparats. Obwohl Lenin ohne Zögern diesen Apparat "bürgerlich" oder "zaristisch" nennt, betonen die meisten sowjetischen Führer vor allem den "bürokratischen" Charakter oder die "bürokratischen Auswüchse" des Sowjetstaats. Übrigens werden verschiedene praktische Schlußfolgerungen aus dieser Charakterisierung gezogen. Für einige (das ist bei Stalin der Fall) ist dieser bürokratische Charakter im wesentlichen eine kulturelle Erscheinung, die mit der Entwicklung der Erziehung verschwinden müßte; in der Zwischenzeit könne diese Erscheinung zum Teil dadurch bekämpft werden, daß man die am meisten "verbürokratisierten" Elemente aus den Wirtschafts- und Verwaltungsapparaten entfernt. Für andere (z.B. Trotzki) stehen die bürokratischen Züge des Staatsapparats (dessen "Mißbrauch" "bekämpft" werden müsse) wesentlich mit dem niedrigen Stand der Produktivkräfte Rußlands in Zusammenhang: sie könnten daher nur dann verschwinden, wenn sich diese Kräfte genügend entwickelt hätten. *Hier* erscheint die "Bürokratie" als eine soziale Schicht, die eine *bestimmte und notwendige Funktion* des Zwangs wahrnimmt, die auf der

111 LW 33, S. 292

Ebene der Produktion und der Verteilung ausgeübt werden müsse (die Verteilung müsse solange dem "bürgerlichen Recht" entsprechen, wie Rußland in wirtschaftlicher Hinsicht keinen ausreichenden Fortschritt erziele). Diese Vorstellung Trotzkis ist 1923 noch nicht ausdrücklich formuliert, aber sie wird in den folgenden Jahren sehr schnell deutlich.

Sicher findet man in den Schriften Lenins ähnliche Elemente der Analyse, wie sie oben angeführt sind. Auch Lenin verwendet den Ausdruck "Bürokratie" oder "bürokratische Auswüchse"; aber wichtig ist, daß er sich nicht mit diesen *Elementen einer Analyse* oder einer *Beschreibung* begnügt, sondern sich bemüht, sie auf die *Klassenverhältnisse* und den *Klassenkampf* zu beziehen. Dagegen spielen für fast die gesamte bolschewistische Partei und ihre Führer die Ausdrücke "Bürokratie" und "bürokratische Auswüchse" die Rolle eines *Ersatzes für eine Klassenanalyse.* Dadurch werden die *bürgerlichen ideologischen und politischen Verhältnisse verschleiert;* denn die "bürokratischen" Erscheinungen sind lediglich deren äußere Form. Folglich scheint der Kampf gegen diese Erscheinungen nicht Bestandteil vor allem des *Klassenkampfs* zu sein, sondern allein von der Entwicklung der Produktivkräfte oder von Erziehung oder Unterdrückung abhängig zu sein.

Es gibt also einen Zusammenhang zwischen dem Fehlen einer Massenlinie in der bolschewistischen Partei, die darauf abzielt, die *bürgerlichen ideologischen und politischen Verhältnisse* innerhalb des Staatsapparats zu *zerbrechen,* und der dominierenden Stellung des Ausdrucks "Bürokratie" in der Beschreibung der Auswirkungen dieser Verhältnisse.

Die Tatsache, daß korrekte theoretische Lösungen in bezug auf zwei weitere wichtige Fragenkomplexe fehlen, schränkt ebenfalls die Fähigkeit der Partei ein, bestimmte Aufgaben zu erfüllen, die zur Festigung der Diktatur des Proletariats notwendig sind.

In erster Linie handelt es sich um das Problem *der besonderen landwirtschaftlichen Verhältnisse* im Sowjetrußland von 1923. Es soll hier nicht mit einer Analyse begonnen werden, deren Bedeutung nur zusammen mit einer Untersuchung der nicht bewältigten Widersprüche der Jahre 1923 bis 1929 voll verständlich werden kann; doch muß darauf hingewiesen werden, daß es zwei spezifische Grundzüge der herrschenden landwirtschaftlichen Verhältnisse gibt, denen die bolschewistische Partei *theoretisch nicht wirklich Rechnung trägt.*

Einer dieser besonderen Grundzüge ist eine Folge der demokratischen Revolution, die in Rußland unter der Führung des Proletariats stattfand. Als Folge dieser Revolution wurde die Entrichtung der Grundrente und des Pachtzinses, denen die Bauern früher unterworfen waren, abgeschafft, *ohne daß eine kapitalistische Grundrente an die Stelle dieser Zahlungen getreten wäre.*

Ein zweiter besonderer Grundzug ergibt sich daraus, daß die Vorrechte des *Mir* und der *Vollversammlungen seiner Mitglieder* in abgewandelten Formen beibehalten wurden.

Diese beiden Merkmale bestimmen die besonderen Formen der Reproduktion der Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft. Kurzgefaßt kann

man sagen, daß aufgrund dieser beiden Merkmale *die ökonomischen Zwänge, welche die Bauern nötigen, einen Teil ihrer Produkte auf den Markt zu tragen und die Produktion von Jahr zu Jahr zu steigern, äußerst schwach sind* und daß die *Akkumulation des produktiven Privatkapitals in der Landwirtschaft eingeschränkt ist.* Es wäre notwendig gewesen, diese beiden Grundzüge ausdrücklich zu berücksichtigen, um eine in sich geschlossene Landwirtschaftspolitik auszuarbeiten und erfolgreich durchzuführen und um den Klassenkampf auf dem Land richtig anzuleiten. Doch eine solche Berücksichtigung fehlt in den Untersuchungen der bolschewistischen Partei, die dazu neigt, in der UdSSR auf dem Land solche Reproduktionsgesetze "anzuwenden", wie sie der Entwicklung einer kapitalistischen Landwirtschaft eigen sind, die nicht die *Besonderheiten* Rußlands kennt.

Der zweite Fragenkomplex, auf den die bolschewistische Partei keine richtige theoretische Antwort geben kann, betrifft die *Vergesellschaftung der Produktionsmittel.* Gewiß hat Lenin wiederholt hervorgehoben, daß die Nationalisierung der Produktionsmittel nicht identisch ist mit ihrer Vergesellschaftung; er hat darauf hingewiesen, daß der Übergang zur Vergesellschaftung die systematische Rechnungsführung und Kontrolle aller Produktionsmittel und die gesellschaftliche Beherrschung ihrer Anwendung erfordert; er hat auch darauf hingewiesen, daß diese Rechnungsführung, diese Kontrolle und diese gesellschaftliche Beherrschung nur dann wirklich gegeben sein können, wenn sie das Werk der Werktätigen selbst sind. Obwohl die bolschewistische Partei diesen Thesen formal zustimmt, *neigt sie dazu, die Rechnungsführung und die Kontrolle der Produktionsmittel durch die staatlichen Apparate zu jeder Zeit und unter allen Umständen mit der Erfüllung dieser Aufgaben durch die Massen gleichzusetzen.* Doch auf diese Weise kann eine wirkliche Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht erreicht werden.

Die Tendenz, das Handeln der staatlichen Apparate der Diktatur des Proletariats mit dem Handeln der Massen gleichzusetzen, hängt zum Teil damit zusammen, daß eine hinreichende Klärung der Bedingungen fehlt, unter denen die Volksmassen *wirksam* jene Rolle spielen können, die ihnen bei der *tatsächlichen Vergesellschaftung* der Produktionsmittel zukommen muß. Doch ohne eine solche Klärung kann man nicht zur tatsächlichen Vergesellschaftung voranschreiten. Einerseits wenden sich die Werktätigen in der Tat nicht "spontan" der Erfüllung der Aufgaben von Rechnungsführung und Kontrolle der Produktionsmittel zu, weil diese Aufgaben Zeit und organisatorische Anstrengungen erfordern. Andererseits, wenn solche Anstrengungen in einem Teilbereich spontan unternommen werden, richten sie sich im allgemeinen nicht auf eine *Nutzung der Produktionsmittel im Einklang mit dem Gesamtinteresse der Diktatur des Proletariats;* sie dienen enger gesteckten Interessen, zum Beispiel den Interessen der Arbeiter jedes einzelnen Betriebs. Das kann unter Umständen die Produktionsmittel in "Kollektiveigentum" der Werktätigen der verschiedenen Produktionseinheiten verwan-

deln (tatsächlich in "kapitalistisches Eigentum" besonderen Typs (112), was natürlich nicht zu einer wirklichen Vergesellschaftung der Produktionsmittel führt). Die Frage der Kontrolle und Rechnungsführung der existierenden Produktionsmittel kann im übrigen nicht von der Frage getrennt werden, die von der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und den Bedingungen ihrer Umwälzung aufgeworfen werden; doch diese Fragen stellt die bolschewistische Partei nicht: sei es, daß es zu früh scheint, sie zu formulieren (das gilt für Lenin), sei es, daß die Illusion herrscht, diese Fragen würden sich von selbst lösen, sich aus der Entwicklung der Produktivkräfte ergeben.

So sind 1923 eine Reihe von Fragen, die für die Zukunft der Diktatur des Proletariats entscheidend sind, nicht gelöst, nicht einmal auf ideologischer Ebene. Natürlich gibt es keine Veranlassung, über diese Situation erstaunt zu sein (denn nur auf der Grundlage der Praxis kann sich die Theorie entwickeln); dennoch darf man nicht vergessen, daß diese Lage gegeben ist und daß sie beträchtliche politische Folgen nach sich ziehen kann.

Daß einer Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die in der Lage wäre, die Diktatur des Proletariats zu festigen und zum Sozialismus vorwärtszugehen, ideologische Hindernisse im Wege stehen, zieht Folgen nach sich, die jedoch kurzfristig nicht alle in gleicher Weise spürbar werden. Außerdem fehlen der bolschewistischen Partei keineswegs die theoretischen Mittel, mit deren Hilfe sie solche Hindernisse überwinden könnte. Die Anwendung des historischen Materialismus und die konkrete Analyse der Widersprüche, der Erfolge und Mißerfolge in der Praxis können ihr durchaus die Mittel an die Hand geben, die theoretischen Kenntnisse voranzutreiben und aus ihnen eine Anleitung zu formulieren, die immer besser den Erfordernissen des Handelns angepaßt ist. Den konkreten Beweis der Möglichkeit, auf diese Weise vorwärtszukommen, geben die neuen theoretischen Entwicklungen in den letzten Schriften Lenins.

Gerade hier fällt unweigerlich der erstaunliche *Abstand* auf, der allgemein die Schriften Lenins in Hinsicht auf Schärfe und Klarheit der Analyse von den Texten anderer führender Bolschewiki trennt. Im Kampf gegen den "Ökonomismus", gegen die mechanistischen Formen des Materialismus, für eine dialektische Analyse der Wirklichkeit Rußlands und der Revolution ist Lenin fast ständig der Partei einschließlich der großen Mehrheit des Zentralkomitees "voraus", die es kaum wagt, alte Formulierungen zu berichtigen, während Lenin ohne Zögern jedesmal, wenn ihm das notwendig erscheint, den Weg der Berichtigungen einschlägt. Er ist bereit, zunächst zur Minderheit

112 Tatsächlich funktionieren die Produktionsmittel, so lange sie zur Aneignung des produzierten *Werts* durch die Werktätigen jedes einzelnen Betriebs eingesetzt werden, als Kapital. Unter diesen Bedingungen wird der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit auf der Ebene der Produktionsarbeit zwar "aufgehoben", auf gesellschaftlicher Ebene aber erhalten. Das meint Marx, wenn er von den *Kooperativfabriken* der Arbeiter spricht und ausführt, daß dort die Arbeiter "ihr eigner Kapitalist sind, d.h. die Produktionsmittel zur Verwertung ihrer eignen Arbeit verwenden". (vgl. MEW 25, S. 456)

zu gehören und dafür kämpfen zu müssen, daß seine Schlußfolgerungen die Oberhand gewinnen. Wir haben oben gesehen, wie Lenin in so wesentlichen Fragen, wie der Ersetzung der Losung der demokratisch revolutionären Diktatur der Arbeiter und Bauern durch die Losung der Diktatur des Proletariats, der Entscheidung über den Oktoberaufstand, in der Frage der Koalitionsregierung, des Friedens von Brest-Litowsk, der vollen Aufrechterhaltung des Außenhandelsmonopols – um nur einige Beispiele zu nennen – mehr oder weniger lange gekämpft hat, bis das Zentralkomitee ihm folgte; in anderen Fällen, die sich im wesentlichen auf Organisationsfragen beziehen, sind Lenins Positionen jedoch nicht in gleicher Weise übernommen worden (113); hier hat Lenin Kompromisse akzeptieren müssen. Die Geschichte hat später gezeigt, daß in wesentlichen Fragen Lenin als erster eine korrekte Einschätzung hatte; deshalb kann man zu Recht sagen, daß theoretisch und politisch Lenin allgemein der Partei "voraus" war. Das zwingt auch zur Einsicht, daß die Bezeichnung "leninistische Partei" für die bolschewistische Partei äußerst irreführend ist: mit Verspätung nur und nicht einmal immer gelingt es der Partei, Lenins Positionen "einzuholen", und auch das *oft ohne sich das Neue und Wesentliche in Lenins Denken angeeignet zu haben.* Von daher ist auch die *beträchtliche Kluft* zu verstehen, die oft zwischen den *Hinweisen Lenins* – das betrifft besonders seinen Aufruf zur Initiative der Volksmassen und zur Beachtung des demokratischen Zentralismus – und der *tatsächlichen Praxis der bolschewistischen Partei* besteht.

Die Tatsache, daß Lenin an der Spitze der Partei bleibt, trotz der erwähnten Abstände, Verzögerungen und der Kluft, bestätigt grundsätzlich den *revolutionären Charakter der bolschewistischen Partei.* Nur eine revolutionäre Partei ist in der Lage, sich einen Führer zu geben und zu behalten, der nicht eine Art "Schiedsrichter" zwischen verschiedenen sich widerstreitenden Auffassungen ist, sondern der gleichzeitig der kühnste marxistische Theoretiker ist und der am besten die Wirklichkeit erfaßt. Dank seiner Erfahrung, die er sich im Wirken der bolschewistischen Partei erworben hat, dank seinem politischen und intellektuellen Mut und seiner Fähigkeit als materialistischer Dialektiker ist Lenin allgemein seiner Partei "voraus"; weil sie eine revolutionäre, marxistische Partei ist, steht an ihrer Spitze Lenin, der die Partei *voranbringt,* dank der Konsequenz seines Denkens und Handelns, das ausschließlich im Dienst der proletarischen Revolution steht.

Wenn Lenin und die bolschewistische Partei im Bereich der Theorie vorwärtskommen müssen – und auch tatsächlich vorwärtskommen –, so deshalb, weil die Theorie immer unvollständig bleibt, weil sie ständig verbessert werden muß; das bedeutet auch, falsche Auffassungen abzulegen, die – wie sich im Licht der Untersuchung der gesellschaftlichen Praxis erweist – mit einem proletarischen Standpunkt unvereinbar sind.

113 In einem Brief an den Bolschewiken A. Jaffé aus dem Jahre 1921 schreibt Lenin: "In Fragen der Organisation oder über Personen ist es unmöglich, alle Fälle aufzuzählen, in denen meine Ansicht nicht gesiegt hat". (LW 45, 4. Ausgabe, Moskau 1967 (russ.), S. 50)

Der Kampf um die Fortentwicklung der marxistischen Theorie und der Praxis einer proletarischen Partei *prägt den Klassenkampf* und ist eine seiner Auswirkungen. Die Kluft zwischen den Positionen Lenins und jenen, die in der Partei vorherrschen, und der Abstand zwischen seinen Hinweisen und der tatsächlichen Praxis der bolschewistischen Partei sind ebenfalls *Auswirkungen des Klassenkampfs.*

Nicht zufällig ist die Kluft zwischen bestimmten Schlußfolgerungen Lenins und den in der Partei vorherrschenden Anschauungen 1923 besonders tief – Anschauungen, die bei der Durchführung bestimmter, für die Festigung der Diktatur des Proletariats notwendiger Aufgaben später große Schwierigkeiten bereiten.

Einerseits hat Lenin gerade erst neue Schlußfolgerungen vorgelegt, die nur in Form von Notizen und unsystematischen Bemerkungen vorliegen. Lenin hatte nicht mehr die Zeit, für die Durchsetzung dieser neuen Schlußfolgerungen zu kämpfen.

Andererseits – und darin liegt die *gesellschaftliche Grundlage* für die wachsenden Schwierigkeiten Lenins, seine Ansichten durchzusetzen – ist die bolschewistische Partei 1923 von zahlreichen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Elementen durchdrungen, die oft über die Wirtschafts- und Verwaltungsapparate zur Partei gekommen sind. Diese "Karrieremacher" üben auf tausenderlei Weise Druck aus, um sich der Initiative der Massen, der Stärkung des demokratischen Zentralismus und der Annahme von Schlußfolgerungen zu widersetzen, die den proletarischen Charakter der politischen Linie der Partei stärken könnten.

Alles in allem sind es drei Arten ideologischer Schranken, die die bolschewistische Partei an der Durchführung von Aufgaben hindern, deren Verwirklichung zu einer *höheren Form* der Diktatur des Proletariats führen könnte:

Erstens sind es die früheren theoretischen "Lücken"; sie hängen damit zusammen, daß eine hinreichende Erfahrung fehlt und daß die von der II. Internationale hinterlassene "ökonomistische" Ideologie noch nicht vollständig ausgeräumt war. Diese "Lücken" sind noch nicht ausgefüllt, auch wenn Lenin schon einen *Weg* eröffnet hat, der zu einer richtigen theoretischen Lösung hinführen kann. Der typische Fall ist der, daß die klassenbezogene Analyse der Erscheinungsformen der "Bürokratie" durch eine "Erklärung" in Begriffen der Entwicklung der Produktivkräfte und des "kulturellen" Niveaus ersetzt wird. Formulierungen dieser Art kommen natürlich auch in zahlreichen Schriften Lenins vor; denn obgleich Lenin gegen das ideologische Erbe der II. Internationale ankämpfte, gegen den Pseudo-Marxismus eines bestimmten Zeitabschnitts der Arbeiterbewegung, so hat er dieses Erbe doch nicht vollständig "liquidiert" – es entsteht übrigens unter der Auswirkung des bürgerlichen Klassenkampfs ständig wieder neu. Aber solche Formulierungen bei Lenin sind ein *Überrest* und *nicht das Wesentliche,* denn das Wesentliche ist *das Neue.*

Zweitens sind es die falschen Anschauungen, die in der bolschewistischen Partei noch bestehen, obwohl sie von Lenin zumindest teilweise schon zurückgedrängt worden sind. Das gilt zum Beispiel für die Rolle, die den Methoden des "Kriegskommunismus" zugeschrieben wird: Lenin verurteilt sie grundsätzlich, während die bolschewistische Partei im allgemeinen der Auffassung ist, daß diese Methoden als solche als Mittel, um zu einer kommunistischen Produktion und Verteilung zu gelangen, nicht falsch gewesen seien; lediglich der *Zeitpunkt* ihrer Durchführung sei ungünstig gewesen.

Drittens schließlich gibt es in der bolschewistischen Partei eine Reihe von falschen Auffassungen – zum Beispiel über die Möglichkeit, in der revolutionären Umwälzung gesellschaftlicher Verhältnisse das Handeln des Staats an die Stelle des Handelns der Massen zu setzen –, Auffassungen die *in Worten verworfen* werden, *in der Praxis* aber oft *beherrschend* bleiben, weil unter dem Einfluß des Klassenkampfs die Ablehnung dessen, was falsch war, oberflächlich blieb. So wurde fast alles, was Lenin über den *Klassencharakter des "sowjetischen" Staatsapparats* gesagt hatte, daß er nämlich aufgrund der klassenspezifischen Praxis, die sich in ihm reproduziert, ein "bürgerlicher" und sogar "zaristischer" Apparat sei, "vergessen". Anstatt den Kampf der Massen gegen diesen Apparat anzuleiten, beschränkte sich die Partei auf Versuche, den "bürokratischen Mißbrauch" zu bekämpfen und vervielfältigte zu diesem Zweck die "Kontrollen" eines Teils des Apparats über einen anderen.

Die ideologischen Grenzen, die der Tätigkeit zur Festigung der Diktatur des Proletariats anhaften, verweisen in Wirklichkeit auf politische Verhältnisse, auf den *Klassenkampf.*

3. Die politischen Hindernisse bei der Verwirklichung der Aufgaben der bolschewistischen Partei

1923 sind die Möglichkeiten der bolschewistischen Partei, die notwendigen Aufgaben anzupacken, zumindest kurzfristig begrenzt. Die Hindernisse liegen in bestimmten *politischen Verhältnissen,* die sich früher innerhalb der Partei, oder zwischen ihr, einem Teil der Massen und den Staatsapparaten entwickelt hatten.

Ein Hindernis, das besonders zu dem Zeitpunkt schwerwiegt, als eine neue Bauernpolitik in Gang gebracht werden soll, liegt in der äußerst schwachen Verankerung der Partei auf dem Land, in den unzulänglichen Beziehungen zwischen der Partei und den Bauernmassen, die bewirken, daß diese es hauptsächlich mit einem staatlichen Verwaltungsapparat zu tun haben, dessen Eigenschaften bekannt sind. Aus Lenins Broschüre *Über die Naturalsteuer* geht hervor, daß eine Reihe von Aufgaben, die, wenn sie vom proletarischen Standpunkt aus durchgeführt werden sollen, vor allem Aufgaben des politischen *Kampfs* sein sollten ("die Initiative, die Aktivität

im Lande draußen fördern", "der Kleinindustrie helfen", "die Genossenschaften lenken"), während sie in Wirklichkeit von *Angestellten* und *Funktionären* erfüllt wurden (114). Schon in dieser Schrift, aber noch deutlicher in seinen späteren Schriften stellt Lenin die Frage nach der Umgestaltung dieser Verhältnisse, zum Beispiel indem er vorschlägt, daß führende Bolschewiki in großer Zahl von der Arbeit im zentralen Apparat in eine lokale leitende Arbeit in Kreisen und Bezirken versetzt werden, *damit sie dort beispielhafte kommunistische Organisationsarbeit leisten,* die "eine Pflanzstätte für weitere Funktionäre" wäre und gleichzeitig ein "nachahmenswertes Beispiel, das zu übernehmen schon verhältnismäßig leicht sein wird" (115).

Aus den Anregungen Lenins geht hervor, wie stark die politischen Verhältnisse, die zu jener Zeit zwischen der Partei und den Bauernmassen bestehen, die Durchführung der NEP behindern. Dieses Hindernis wird noch größer, als es darum geht, die zweite Fassung der NEP durchzuführen, die ein politisches Bündnis neuen Typs mit der Bauernschaft anstrebt. Die Ereignisse nach Lenins Tod zeigen, daß dieses Hindernis nur in äußerst geringem Maß ausgeräumt wurde; denn auch die Verhältnisse, die zwischen der Partei und dem Staatsapparat bestehen, stehen diesem Unterfangen im Weg. Diese Verhältnisse sind derart, daß es für die Partei äußerst schwierig ist, den Kampf für die radikale Umwälzung der *bürgerlichen und vorbürgerlichen* Verhältnisse einzuleiten, die sich in diesem Apparat entwickelt haben. Die Widersprüche sind hier umso größer, als die Partei zwar das wirksame Instrument der Diktatur des Proletariats ist und Entscheidungen herbeiführen kann, die die Bourgeoisie einschließlich zahlreicher bürgerlicher Elemente im Staatsapparat und in ihren eigenen Reihen treffen, sie aber deswegen noch nicht in der Lage ist – wenn die Massen nicht aktiv werden –, die politischen Verhältnisse, die sich in den staatlichen Apparaten verfestigt haben, umzugestalten.

Umfang und Charakter der Parteireinigungen der Jahre 1921 und 1922 zeigen, daß die Partei zu dieser Zeit in der Lage ist, sich massiv der bürgerlichen Elemente zu entledigen. Die Reinigung, verbunden mit freiwilligen Austritten, betrifft ein Viertel der Mitgliederzahl im Jahre 1921; die Hauptanschuldigungen gegen die Ausgeschlossenen sind Karrierismus, Korruption und Beitritt zur Partei mit dem Ziel, in ihr konterrevolutionäre Tätigkeiten zu entfalten (116); von den Parteimitgliedern, die als Arbeiter betrachtet werden, wird nur ein Sechstel ausgeschlossen, während bei den Bauern der Anteil der Ausgeschlossenen zwei Fünftel (darunter ziemlich viele Kulaken) und bei den Angestellten, Intellektuellen und anderen Mitgliedern ein Drittel erreicht (117). Diese Zahlen zeigen zugleich, wie weit sich die Zusammen-

114 vgl. zum Beispiel LW 32, S. 366

115 ebd., S. 371

116 Die anderen wichtigen Anschuldigungen sind Passivität, religiöse Tätigkeit und Trunksucht.

117 vgl. *Die nationale und soziale Zusammensetzung der KPdSU(B): Ergebnisse der Partei im Jahre 1927,* Moskau 1927 (russ.); *Iswestija* des Zentralkomitees, Nr. 41, April 1922; zit. nach T.H. Rigby, *Communist Party Membership in the USSR 1917–1967* (Mitgliedschaft in der KPdSU), Princeton 1968, S. 97

setzung der Partei verschlechtert hat, wie groß aber noch ihre Fähigkeit ist, zweifelhafte Elemente aus ihren Reihen zu entfernen. Da jedoch weitgehend auf die Hilfe der Massen verzichtet wird – obwohl Lenin das oft angeregt hat –, bleibt die Reinigung der Partei sehr unvollständig; sie kann vor allem nicht die bürgerlichen politischen Verhältnisse in den eigenen Reihen verändern, was die Partei tun müßte, um wirksam den Kampf gegen die Bourgeoisie im Staatsapparat selbst führen zu können. Daraus ist gerade auch der Widerspruch zu erklären, der sich zwischen der gesamten Führungstätigkeit der Partei und dem Handeln der in vielen Fällen unter dem Einfluß bürgerlicher Funktionäre und Vertreter der Bourgeoisie stehenden Parteimitglieder entwickelt. Das stellt Lenin 1922 in seinem Politischen Bericht auf dem XI. Parteitag fest, wenn er erklärt, in Anbetracht der bürokratischen Maschinerie zweifle er daran, daß die Kommunisten "leiten", er denke sogar, daß sie "geleitet werden" (118).

Diese Feststellung Lenins ist insofern nicht übertrieben, als der Ausdruck *"geleitet"* auf den beträchtlichen Einfluß hinweist, den Zehntausende von Funktionären ausüben können, die der Diktatur des Proletariats feindlich gesinnt sind und nur zur Verteidigung ihrer eigenen Interessen tätig werden. Dieser Einfluß äußert sich manchmal in kleinem Maßstab, indem er die tägliche Umsetzung der Parteibeschlüsse und besonders der Beschlüsse der Parteiführung verzerrt. Aber dieser Einfluß kann sich auch auf die Entscheidungen bestimmter Parteiführer auswirken, die der "Argumentation" und der "Logik" bürgerlicher Elemente in den Verwaltungsapparaten und den staatlichen Wirtschaftsapparaten unterworfen sind (119). Doch dieser Einfluß bleibt solange begrenzt, wie die Parteiführung aus erprobten, revolutionären Kämpfern gebildet ist und ihre Entscheidungen auf die Tätigkeit einer Partei stützt, die aus zahlreichen erfahrenen Kadern besteht, die durch die Feuerprobe des Bürgerkriegs gegangen sind. Dieser Einfluß wird auch durch die Bindungen begrenzt, die die Partei mit den kämpferischsten Elementen des Proletariats zusammenschließen, und durch die Fähigkeit ihrer Führung, begangene Fehler zu erkennen.

Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß tagtäglich das Handeln der Partei durch die Existenz eines Funktionärskorps, das der Diktatur des Proletariats grundsätzlich feindlich gesinnt ist, durch die Stellung, die diese Funktionäre an der Spitze der Verwaltungsapparate innehaben, und durch die bürgerlichen Sitten und Formen der Praxis, die sie verbreiten, durchkreuzt wird. Wenn man bedenkt, daß nur 9% der alten und 13% der neuen Funktionäre sich für die sowjetische Gesellschaftsordnung aussprechen, kann man sich vorstellen, welches Ausmaß die Feindseligkeit des Funktionärskorps gegenüber dem sowjetischen Staat annimmt; dies geht aus einer Untersuchung (unter Funktionären mit Ingenieur-Diplom) hervor, die im Sommer 1922 erstellt wurde (120).

118 vgl. LW 33, S. 275 (oben zitiert, s. S. 247). In diesem Bericht vergleicht Lenin das Verhältnis zwischen der bolschewistischen Partei und dem Staatsapparat mit dem Verhältnis eines Eroberervolkes zu einem unterworfenen Volk; wenn das besiegte Volk eine "höhere" Kultur hat, dann zwingt es dem Eroberer seine Kultur auf. Wir haben gesehen, daß dieser Vergleich von Bucharin aufgenommen und entfaltet worden ist (s. oben, S. 248 f.).

119 Das erklärt auch zum Teil das Ausmaß des Kampfs, den Lenin zur Verteidigung des Außenhandelsmonopols führen mußte.

Der Einfluß einer Funktionärskörperschaft, die der Diktatur des Proletariats überwiegend feindlich gesinnt war, konnte umso tiefgreifender wirken, als ein Teil der *Erkenntnisse*, die selbst die führenden Bolschewiki *über die Wirklichkeit und über die Bestrebungen der Volksmassen* gewinnen konnten, durch einen feindlichen Staatsapparat erworben wurden, dessen Mitglieder eine bürgerliche Weltanschauung hatten.

Somit werden den Aufgaben, die die Partei tatsächlich erfüllen kann, durch die Zusammensetzung der staatlichen Verwaltungs- und Wirtschaftsapparate, durch deren Funktionsweise und ihr Verhältnis zur bolschewistischen Partei Grenzen gezogen. Diese Grenzen können indessen überwunden werden, solange ihre Existenz noch wahrgenommen wird, solange die Partei in der Lage ist, Berichtigungen vorzunehmen, und solange ihren Mitgliedern die Möglichkeit bleibt, ihre Kritik zu äußern – dank der Praktizierung eines echten demokratischen Zentralismus.

In dieser Hinsicht bleibt die Lage der bolschewistischen Partei grundsätzlich stabil, obwohl seit dem X. Parteitag die Art und Weise, wie das Fraktionsverbot gehandhabt wird, und obwohl die Tendenz, die Probleme auf administrative Weise zu lösen, zur Einschränkung der Meinungsfreiheit innerhalb der Partei und selbst zu Ausschlüssen aktiver Mitglieder führen, die gewissen Beschlüssen des Zentralkomitees ihre Unterstützung versagten. Es ist bekannt, daß Parteiorganisationen auf örtlicher oder Gouvernementsebene die Reinigung dazu benutzten, um Opponenten, die der ideologischen Abweichung beschuldigt wurden, auszuschalten (121). Zur Zeit des XI. Parteitags wurden auf diese Weise mehrere Mitglieder der "Arbeiteropposition" ausgeschlossen; die Zentrale Kontrollkommission, die zur Bekämpfung der "Bürokratie" geschaffen wurde, hatte nämlich erklärt, daß sie darüber wache, daß niemand "von der Parteilinie abweicht, wie sie das Zentralkomitee festgelegt hat (122)".

Daß die Möglichkeit für aktive Parteimitglieder, ihren Standpunkt zu vertreten, eingeschränkt wurde, kann der Fähigkeit der Partei, Fehler in der Einschätzung oder ideologische Schwächen zu überwinden, umso stärkere Fesseln anlegen, als das politische Leben außerhalb der Partei weiterhin praktisch unterdrückt wird: die Parteien, die ursprünglich als "sowjetische" betrachtet wurden und zu verschiedenen Zeiten legal arbeiten konnten, sind in Wirklichkeit nicht mehr zugelassen; die Menschewiki, die Sozialrevolu-

120 vgl. L. Kritzman, *Die heroische Periode der Großen Russischen Revolution* (russ.), a.a.O., zit. bei M. Liebman, *Le Léninisme* (Der Leninismus), Bd. 2, S. 167

121 vgl. z.B. V. Osipow u.a., *Die Organisierung der Partei in Saratow in den Jahren des Wiederaufbaus* (russ.), Saratow 1960, S. 37; zit. bei T.H. Rigby, *Communist Party Membership*, a.a.O., S. 98

122 zit. bei M. Liebman, *Le Léninisme*, a.a.O., Bd. 2, S. 141. Liebman hebt hervor, daß dieser Text nicht von der vom Parteitag, sondern vom *Zentralkomitee* festgelegten Linie spricht; das ist eine "Neuerung" im Vergleich zur Tradition des Bolschewismus und verringert tendenziell die Rolle des Parteitags als höchste politische Instanz.

tionäre und Anarchisten werden oft von der GPU verhaftet, oft selbst dann, wenn sie nicht subversiv tätig sind. Mehrmals hat Lenin selbst, besonders auf Gorkis und Kropotkins Ersuchen hin, gegen die "Auswüchse" der Unterdrückung eingegriffen (123). In der Zeit, als die Diktatur des Proletariats tatsächlich von den konterrevolutionären Machenschaften der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien bedroht wurde, war diese Unterdrückung notwendig; daß sie aber jetzt weiterbesteht, *führt zur Einschränkung der Erkenntnisse,* die die bolschewistische Partei über die Bewegung *der Widersprüche* gewinnen kann.

Daß es 1923 eine zum Teil unnötige Unterdrückung gibt, *behindert in Wirklichkeit die führende Rolle der Partei* und das gute Funktionieren des *demokratischen Zentralismus.* Die Existenz dieser Unterdrückung ist eine Folge der Verselbständigung des Verwaltungsapparats der Partei. Diese Tatsache weist weiter daraufhin, daß sich sogar in der bolschewistischen Partei selbst bürgerliche politische Verhältnisse entwickelt haben. Das stellt Lenin wiederholt fest, besonders wenn er auf die Art und Weise eingeht, wie das Problem der Beziehungen zwischen dem sowjetischen Rußland und den nicht-russischen Sowjetrepubliken "geregelt" wurde (124).

Diese Tatsache muß man berücksichtigen, um die Hindernisse erkennen zu können, die damals die Durchführung einer Anzahl von Aufgaben *erschweren,* die die bolschewistische Partei zur Festigung der Diktatur des Proletariats anpacken muß; dabei muß man sich jedoch davor hüten, die "Darstellung" der Unterdrückung, die später in ganz anderem Ausmaß gewütet hat, in die Situation von 1923 "hineinzuprojizieren". 1923 gibt es nichts Vergleichbares, vor allem nicht innerhalb der Partei. Selbst wenn die Oppositionsgruppen nicht mehr so ohne weiteres zu Wort kommen können wie vor dem X. Parteitag, so können sie doch noch immer ihrer Stimme Gehör verschaffen: ihre Texte und Kritiken zirkulieren, sie sind in ziemlich breitem Maß bekannt und ihre Argumente tragen wirksam zur Ausarbeitung der Linie der Partei bei. Außerhalb der Partei führen die Eingriffe der GPU keineswegs zu einer allgemeinen Verhehlung der Meinungen oder der Gründe von Unzufriedenheit, wie zum Beispiel die oben erwähnte Untersuchung bezeugt, die aufzeigt, daß fast 90% der befragten Funktionäre erklären, sie seien der sowjetischen Gesellschaftsordnung feindlich gesinnt (125).

Zusammenfassend kann man feststellen, daß sich 1923 der bolschewistischen Partei bei der Erfüllung bestimmter Aufgaben, die zur Festigung der Diktatur des Proletariats notwendig sind, wirkliche Hindernisse in den Weg stellen; doch diese Hindernisse scheinen keineswegs unüberwindlich zu sein.

Die Hindernisse ideologischer Art sind nicht sehr ernst, vor allem nicht in der Zeit kurz danach. Sie stellen die grundlegenden Prinzipien des revolutionären Marxismus, wie er bis zu diesem Zeitpunkt entwickelt werden konnte, nicht in Frage. Sie können daher ausgeräumt werden, indem

123 ebd., S. 162
124 s. oben, S. 350
125 s. oben, S. 430 f.

man auf Erfahrungen zurückgreift und im Licht der marxistischen Theorie die Bilanz der Fehler zieht. Die Hindernisse politischer Art stellen ernsthaftere Bedrohungen dar, aber der proletarische Charakter der Partei bleibt davon unberührt; der Wille der Führung, für den Sozialismus zu kämpfen, die Ergebenheit hunderttausender aktiver Mitglieder gegenüber der Partei, darunter ein starker Anteil von Arbeitern, die Unterstützung, die breite Volksmassen der Partei entgegenbringen, alles das bleibt davon unberührt. Tatsächlich ist es eine bestimmte Gestaltung der Klassenverhältnisse, die bewirken, daß die Diktatur des Proletariats in den folgenden Jahren vor neue Probleme gestellt wird, auf die die bolschewistische Partei unmittelbar nicht vorbereitet ist. Darin liegt die besondere Komplexität jener Kämpfe begründet, die sich nach Lenins Tod entwickeln.

BIBLIOGRAPHIE

DOKUMENTE DER BOLSCHEWISTISCHEN PARTEI

Berichte über die Parteitage der Bolschewiki (russisch):
- **VI. Parteitag** (April 1917), Moskau 1958
- **VII. Parteitag** (März 1918), Moskau 1920 und Moskau 1962
- **VIII. Parteitag** (März 1919), Moskau 1959
- **IX. Parteitag** (März/April 1920), Moskau 1921 und Moskau 1960
- **X. Parteitag** (März 1921) Moskau 1921 und Moskau 1963
- **XI. Parteitag** (März/April 1922), Moskau 1961
- **XII. Parteitag** (April 1923), Moskau 1923

Berichte über die Parteikonferenzen der Bolschewiki (russisch):
- **VII. Parteikonferenz** (April 1917), Moskau 1958
- **VIII. Parteikonferenz** (Dezember 1919), Moskau 1961

Resolutionen und Beschlüsse der KPdSU (KPSS v rezoljucijach i resenijach), Band 1, 7. Auflage, Moskau 1953

STATISTISCHE SAMMELWERKE

Narodnoe Chozjajstvo SSSR v 1958 g., Moskau 1959
Narodnoe Chozjajstvo SSSR v 1970 g., Moskau 1971
Narodnoe Chozjajstvo SSSR, 1922–1972 gg., Moskau 1972

VERZEICHNIS DER AUTOREN (oder der Titel ohne Autoren)

A.M. Anfimow, **Das russische Dorf während der ersten Jahre des Weltkriegs** (russisch), Moskau 1961

W. Antonow-Saratowski (Hrsg.), **Die Sowjets in der Epoche des Kriegskommunismus (Sovety v epochu voennogo kommunizma)**, 2 Bände, Moskau 1928

O. Anweiler, **Die Rätebewegung in Rußland 1905–1921**, Leiden 1958

Paul Avrich, **Kronstadt 1921**, Princeton University Press, Princeton 1970

Colette Begaux-Francotte, **La Prokurata soviétique** (Die sowjetische Prokurata), in: **Revue du Centre d'études des pays de l'Est**, Université Libre de Bruxelles, Nr. 1 und 2, 1970

Charles Bettelheim:
- **China nach der Kulturrevolution: Industrielle Organisation, dezentralisierte Planung und Wertgesetz**, München 1974
- **La Transition vers l'économie socialiste** (Der Übergang zur sozialistischen Wirtschaft), Paris 1968
- **Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen**, Westberlin 1970
- **Planification et Croissance accélérée** (Planung und beschleunigtes Wachstum), Paris 1964

G. Boffa, **Les bolcheviks et la révolution d'octobre** (Die Bolschewiki und die Oktoberrevolution), Paris 1964

Maurice Brinton, **Les bolcheviks et le contrôle ouvrier** (Die Bolschewiki und die Arbeiterkontrolle), in: **Autogestion et socialisme**, September/Dezember 1973

Pierre Broué, **Le Parti bolchévique** (Die bolschewistische Partei), Paris 1963

N. Bucharin:
- **Ökonomik der Transformationsperiode**, Hamburg 1970
- **Proletarische Revolution und Kultur**, Hamburg 1923

N. Bucharin und E. Preobrashenski, **Das ABC des Kommunismus**, Hamburg 1921

J. Bunyan und H. Fisher, **The Bolshevik Revolution (1917–1918)**, Stanford-Oxford 1965

E.H. Carr:
- **La Formation de l'URSS** (Die Entstehung der Sowjetunion), Paris 1950
- **Socialism in One Country (1924–1926)**, Band 1, London 1964
- **The Bolshewik Revolution (1917–1923)**, Band 2 und 3, Penguin Books 1966
- **The Interregnum (1923–1924)**, London 1954

E.H. Carr und R.W. Davies, **Foundations of a Planned Economy**, Band 1 und 2, London 1969

A.V. Chayanov, **The Theory of Peasant Economy** (Die Theorie der bäuerlichen Wirtschaft), (hrsg. von D. Thorner, B. Kerblay und R.E.F. Smith), Homewood (Illinois) 1966

D.M. Collins, **A note on the Numerical Strength of the Russian Red Guards in October 1917** (Eine Anmerkung zur zahlenmäßigen Stärke der russischen Roten Garden im Oktober 1917), in: **Soviet Studies**, Oktober 1972

Die ökonomische Differenzierung der Bauernschaft zwischen 1917 und 1919 (Ekonomičeskoe rassloenie krest'janstva v 1917 i 1919 gg.), Zentrale Leitung der Statistik, Moskau 1922

Maurice Dobb, **Soviet Economic Development since 1917** (Die sowjetische ökonomische Entwicklung seit 1917), London 1948

S. Dubrowski, **Die Bauernbewegung in der Russischen Revolution 1917**, Berlin 1929

Enzyklopädisches Wörterbuch (Enciklopedičeskij slovar'), 2 Bände, Moskau 1963

Marc Ferro, **La Revolution de 1917** (Die Revolution von 1917), Paris 1968

L.A. Fotijewa, **Erinnerungen an Lenin (Iz Vospominanij o Lenine)**, Moskau 1964

Gesamtrussische Zählung der Mitglieder der KPR 1922 (Vserossijskaja perepis' clenov RKP 1922 g.), Moskau 1922

Gierek face aux grévistes de Szczecin, Paris 1971; deutsch: **Rote Fahnen über Polen**, München 1972

J.K. Gins, **Sibirien, die Alliierten und Koltschak (Sibir', Sojuzniki Kolčak)**, Peking 1921

Große Sowjetenzyklopädie (russisch), Moskau, Ausgaben von 1928 und 1930

Sigrid Grosskopf:
- **Appropriation, utilisation et partage des terres à l'époque de la NEP** (Aneignung, Nutzung und Aufteilung des Bodens in der Epoche der NEP), in: **Les Cahiers du monde russe et soviétique**, Oktober/Dezember 1973
- **Le Problème des céréales en Russie et la NEP** (Das Getreideproblem in Rußland und die NEP), Memoire Ecole Pratique des Hautes Etudes, VIe Section, September 1970

M. Grumbach, **Contribution à l'étude du développement du Capitalisme en Russie** (Zum Studium der Entwicklung des Kapitalismus in Rußland), Ecole Pratique des Hautes Etudes – VIe Section, 1973

G. Haupt, **Ouvrages bibliographiques concernant l'histoire de l'URSS** (Bibliographien zur Geschichte der UdSSR), in: **Cahiers du monde russe et soviétique**, 1960, S. 502–513

G. Haupt und J.J. Marie, **Les bolcheviks par eux-mêmes** (Die Bolschewiki über sich), Paris 1969

Kleine Sowjetenzyklopädie (russisch), Moskau 1929

A. Kollontai, **Die Arbeiteropposition in Rußland**, in: **Die russische Arbeiteropposition**, Hamburg 1972, S. 131–177

G.M. Krishishanowski, **Zehn Jahre sozialistischer Aufbau in der UdSSR, 1917–1927** (russisch), Moskau 1928

L.N. Kritzman, **Die heroische Periode der großen russischen Revolution**, Frankfurt 1971

R. Labry, **Une Législation communiste. Recueil des lois, décrets, arrêtes principaux du gouvernement bolcheviste** (Eine kommunistische Gesetzgebung. Sammlung der wichtigsten Gesetze, Dekrete und Erlasse der bolschewistischen Regierung), Paris 1920

Claude Lefort, **Éléments d'une critique de la bureaucratie** (Grundzüge einer Kritik der Bürokratie), Genf 1971

W.I. Lenin:
- **Ausgewählte Werke** (russisch), Band 7, Moskau 1928
- **Gesammelte Werke (Pol'noe sobranie socinenij)**, 5. Auflage, Band 45, Moskau 1964
- **Werke (Socinenija)**, 3. Auflage, Band 26, 27 und 28, Moskau
- **Werke (LW)**, Berlin/DDR

Moshe Lewin, **Le Dernier Combat de Lénine** (Lenins letzter Kampf), Paris 1967

Marcel Liebman, **Le Léninisme sous Lénine** (Der Leninismus unter Lenin), Paris 1973

D.L. Limon, **Lénine et le contrôle ouvrier** (Lenin und die Arbeiterkontrolle), in: **Autogestion**, Dezember 1967

Daniel Lindenberg:
- **L'Internationale communiste et l'Ecole de classe** (Die kommunistische Internationale und die Klassenschule), Paris 1972
- **Sur la préhistoire de l'Ecole soviétique** (Über die Vorgeschichte der Sowjetschule), in: **Politique Aujourd'hui**, September 1971, S. 57 f.

A. Losowski, **Die Arbeiterkontrolle** (russisch), Moskau 1918

Rosa Luxemburg, **Die Russische Revolution**, in: **Politische Schriften**, Band III, Frankfurt/Main und Wien 1968

Mao Tse-tung:
- **Ausgewählte Werke**, 4 Bände, Peking 1968
- **Sur les dix grands rapports** (Über die zehn wichtigen Beziehungen), in: **Communisme**, Nr. 1, Paris, November/Dezember 1972
- **Über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats**, Peking 1963

Karl Marx:
- **Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie**, Berlin/DDR 1953
- **Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses**, Frankfurt/Main 1969

Karl Marx/Friedrich Engels:
- **Briefe an A. Bebel, W. Liebknecht, K. Kautsky und andere**, Moskau/Leningrad 1933
- **Critique des Programmes de Gotha et d'Erfurt** (Kritik des Gothaer und Erfurter Programms), Paris 1950 und 1966
- **Werke (MEW)**, Band 2, 3, 4, 8, 13, 17, 18, 19, 20, 22, 23–25 (Das Kapital, Band I–III), 33, 34, 35, Berlin/DDR

Roy A. Medwedew, **Die Wahrheit ist unsere Stärke**, Frankfurt 1973

Olga A. Narkiewicz, **The Making of the Soviet State Apparatus** (Die Entstehung des sowjetischen Staatsapparats), Manchester 1970

N. Oganowski und N.D. Kondratjew, **Perspektiven der landwirtschaftlichen Entwicklung in der UdSSR** (russisch), Moskau 1924

W. Osipow und andere, **Die Parteiorganisation in Saratow in den Jahren des Wiederaufbaus** (russisch), Saratow 1960

Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Westberlin 1973

A. Poljakow, **Die sozio-ökonomischen Umwälzungen der Oktoberrevolution in der Landwirtschaft (1917–1920)**, in: **Geschichte der sowjetischen Bauernschaft und des Aufbaus der Kolchosen in der UdSSR** (russisch), Moskau 1963

Politische Ökonomie, Lehrbuch, Berlin/DDR 1955, Reprint Frankfurt/Main 1971

P. Popow, **Die Getreideproduktion in der RSFSR** (russisch), Moskau 1921

Christian Rakowski, **Les dangers professionnels du pouvoir**, in: Preobrashenski, Rakowski und Trotzki, **De la bureaucratie**, Paris 1971

T.H. Rigby, **Communist Party Membership in the USSR 1917–1967**, Princeton 1968

Jacques Sadoul, **Notes sur la révolution bolchévique** (Anmerkungen zur bolschewistischen Revolution), Paris 1971

Sammlung von Beschlüssen und Anweisungen der Arbeiter- und Bauernregierung der RSFSR (russisch), Volkskommissariat für Justiz, Moskau 1919, 1920

L. Schapiro, **Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion**, Frankfurt/Main 1962

T. Shanin, **The Awkward Class, Political Sociology of Peasantry in a Developing Society** (Die häßliche Klasse, Politische Soziologie der Bauernschaft in einer sich entwickelnden Gesellschaft), London 1972

Snamenski, **Geschichte der Entwicklung des Sowjetapparats in der Provinz Tambow**, Band 1 des Sammelwerks **Der sowjetische Aufbau** (russisch), Moskau 1925

L. Sosnowski, **Taten und Menschen**, eine Sammlung von Artikeln aus der Prawda, aus dem Russischen übertragen, Wien 1924

Sowjetkongresse der RSFSR im Spiegel ihrer Beschlüsse (S'ezdy Sovetov RSFSR v Postanovlenijach), Moskau 1939

Die Sowjets, die Sowjetkongresse und die Exekutivkomitees (Sovety, S'ezdy Sovetov i Izpokomy), veröffentlicht vom NKWD, Moskau 1924

Soziale und nationale Zusammensetzung der KPdSU (Social'nyj i nacional'nyj sostav VKP(b): Itogi vsesojuznoj partijnoj perepisi 1927 g.), Moskau/Leningrad 1928

J.W. Stalin:
- **Fragen des Leninismus**, Moskau 1947, Reprint Westberlin 1970
- **Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR**, Moskau 1952
- **Werke (SW)**, Berlin/DDR 1950, Reprint Frankfurt/Main 1972

A.L. Strong, **The Stalin Era**, New York 1956

Paul M. Sweezy, Ch. Bettelheim und andere, **Briefe über einige aktuelle Fragen des Sozialismus**, in: **Zur Kritik der Sowjetökonomie**, Westberlin 1970

L. Trotzki:
- **Arbeit, Disziplin und Ordnung werden die sozialistische Sowjetrepublik retten**, Basel 1918
- **Die Geburt der Roten Armee**, Wien 1924

– **Die verratene Revolution,** Frankfurt/Main 1968
– **Le chemin de l'Armée rouge,** in: **Que Faire?,** Nr. 3/4, 1970

G. Tschaparow, **Die Agrarfrage nach der Oktoberrevolution** (russisch), Moskau 1966

M. Ustinow, **Zu den Formen der Ausbeutung des Bodens** (russisch), in: **Bol'ševik,** Nr. 19/20, 1927

N.M. Vanag, **Das Finanzkapital in Rußland am Vorabend des Weltkriegs** (russisch), Moskau 1926

L. Volin, **A Century of Russian Agriculture** (Ein Jahrhundert russische Landwirtschaft), Cambridge (Mass.) 1970

Die Wahrheit über Kronstadt, in: **Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur,** Olten und Freiburg 1967

James D. White, **Moscow, Petersburg and the Russian Industrialists,** in: **Soviet Studies** Januar 1973, S. 414 ff.

DIE WICHTIGSTEN ZEITUNGEN UND PERIODIKA

In russischer Sprache:

Bol'ševik
Derevenskaja Kommuna
Ekonomičeskaja žizn'
Istoričeskie Zapiski
Izvestija
Izvestija Central'noge Komiteta RKP (Informationsbulletin des ZK der KPR)
Kommunist
Narodnoe Chozjajstvo
Partinaja Zizn'
Pravda (Organ des ZK der KPR und der KPdSU)
Sovetskoe Strojtel'stvo
Voprosy Istorii

In französischer Sprache:

Annales d'Histoire économique et sociale
Bulletin Communiste
Cahiers du monde russe et soviétique
Problèmes politiques et sociaux, La Documentation francaise, Nr. 74, 1971
Etudes soviétique

In englischer Sprache:

Soviet Studies
Slavic Review

PERSONEN- UND SACHREGISTER

ABSTIMMUNG – begrenzter Nutzen der Abstimmung bei der Ausarbeitung einer korrekten Linie – 345 f.

AGRARKOMITEES – 69 f.

AKKUMULATION DES KAPITALS – 65 f., 73
s.a.: Reproduktion der Verhältnisse; Verhältnisse, kapitalistische

ANARCHISTEN – vgl. Anarchosyndikalisten – 127, 155, 222 f.; sie widersetzen sich der zentralen Arbeiterkontrolle zugunsten der Selbständigkeit der Fabrikkomitees – 127

ANARCHOSYNDIKALISTEN – Plattform der "Arbeiteropposition" – 331 f., 336 f.

ANGESTELLTE DES STAATES – Feindseligkeit der – gegenüber der Sowjetmacht (5.T.)

ANSCHAUUNGEN, fehlerhafte – sind in keiner Weise bestimmend für die soziale Entwicklung – 282, 283 f.
in der Partei (5.T.)

APRILTHESEN – 134 f.
über die Begrenzung der Aufgaben der bolschewistischen Partei – 84 f.
theoretische Grundlagen – 103
finden sich wieder in den Thesen der "Arbeiteropposition" – 335 f.

APPARAT(E)
s.a.: Angestellte; Staatsapparat (staatl. Apparat); Verhältnisse, ökonom. u. polit.; Verwaltungsapparat(e)

– Verwaltungsapparat(e) – stehen in Widerspruch zur Politik des Zentralkomitees, die das Sovnarkom durchführt – 98
sind besetzt von einem Teil der alten Bourgeoisie – 139, 228, (5.T.)
Verhältnis zur bolschewistischen Partei – 246 f.
Apparat der Partei – 253 f., 258 f.
Verselbständigung der Apparate – 229 f., 246 f., 276 f.

– Staatsapparat (staatliche Apparate) – Beziehungen zur alten russischen Bourgeoisie – 139
Vorhandensein der Bourgeoisie im (in den) ... – 275 f.
Rolle der Arbeiterklasse – 168 f.
bürokratische Entartung – 87, 274 f.
Mittel zur Veränderung der Verhältnisse (5.T.)
Verselbständigung – 214, 274 f., 339 f.
"vom Zarismus übernommen" – 274 f.
Situation des Staatsapparats 1922–23 (5.T.)

– ideologische(r) Apparat(e) – die Erziehungsapparate bleiben eine Bastion der bürgerlichen Ideologie – 146 f.

– politische(r) Apparat(e) — der *Mir* ist ein politischer Apparat zur Umverteilung des Bodens – 182 f.
– ökonomische(r) Apparat(e) — der ökonomische Apparat des Staatskapitalismus muß von der proletarischen Macht erhalten werden (5.T.)

APPARATSCHIKI — Umwandlung von Parteimitgliedern in – 261

ARBEIT
s.a.: Militarisierung der Arbeit, Mobilisierung der Arbeit
– kommunistische — ohne Vergütung im Interesse aller Werktätigen – 172
nach Lenins Vorstellungen – 172 f.
Zerfall – 175
– Arbeitsteilung — kann nicht verschwinden aufgrund der Entwicklung der Produktivkräfte – 20 f.
die kapitalistische Arbeitsteilung ist nicht durch die kommunistische Arbeit erschüttert worden – 175
Kampf gegen die Arbeitsteilung und Veränderung der Verhältnisse (5.T.)
durch die ökonomistische Interpretation des Widerspruchs Produktivkräfte/Produktionsverhältnisse befestigt (5.T.)
und kapitalistische Elemente der Produktionsverhältnisse (5.T.)
und Kontrolle der Produktionsmittel (5.T.)
– Handarbeit — die Arbeiteropposition und die Teilnahme an der produktiven Handarbeit – 335
Abschaffung des Gegensatzes zwischen Hand- und Kopfarbeit (5.T.)
– Arbeitsbuch — 162
– Arbeitsprozeß — Revolutionierung des Arbeitsprozesses – 173
– Lohnarbeit — 173

ARBEITERFAKULTÄTEN (Rabfak) — tragen nicht zur Revolutionierung der Erziehungsapparate bei – 148

ARBEITERKONTROLLE
s.a.: Bolschewistische Partei; Gewerkschaften — muß eine zentralisierte und einheitliche Kontrolle sein – 124
Dekret über die – 125 f.
Gesamtrussischer Rat der – 126
die Arbeiterkontrolle wird vom Obersten Volkswirtschaftsrat gestärkt – 128
Regelungen in der Unternehmensverwaltung – 131 f.
Notwendigkeit zur Koordinierung der Fabrikkomitees – 124

ARBEITEROPPOSITION — Thesen – 325 f.
Niederlage auf dem X. Parteitag – 331
warf grundsätzliche Probleme auf – 335
über die Ernennungsweise der Parteikader – 337 f.
blieb auf dem Boden des Ökonomismus – 341
Auswirkungen ihres Scheiterns – 341 f.

ARBEITER- UND BAUERN-INSPEKTION (Rabkrin) — Kampf gegen den Bürokratismus – 230 f.
Mißerfolg – 243

ARBEITSDESERTION — vom IX. Parteitag als Vergehen eingestuft – 163

ARBEITSLAGER — 162, Anm. 97; 241

ARBEITSPROZESS — Revolutionierung des – 172

ARBEITSTEILUNG — kann nicht allein durch die Entwicklung der Produktivkräfte verschwinden – 21
als Ausdrucksform gesellschaftlicher Produktionsverhältnisse – 116, 389
die kapitalistische – wurde durch die kommunistische Arbeit nicht angetastet – 175
Kampf gegen die – und Umwälzung der Verhältnisse – 405
konsolidiert durch die ökonomistische Interpretation des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen – 391
und kapitalistische Elemente der Produktionsverhältnisse – 417
und Kontrolle der Produktionsmittel – 425

ARTEL
s.a.: Genossenschaften — 140, 194

AUFBAU DES SOZIALISMUS
s.: Sozialismus

AUSSENHANDELSMONOPOL
s.a.: Lenin — und die bürgerliche Linie in der Partei – 347

BAUERN
s.a.: Kulaken; landwirtschaftliche Produktion — die zweite Komponente der Sowjetbewegung – 69
ihre Bewegung stellt nicht die Machtfrage – 70, 74 f., 77, 89, Anm. 55
Schwäche der führenden Rolle der bolschewistischen Partei – 83
Eindringen in die Machtorgane – 90
Verhältnis zu den linken Sozialrevolutionären – 221
Unzufriedenheit als Folge der Beschlagnahmen – 297
als Teil des Kleinbürgertums – 204
Stärkung ihrer wirtschaftlichen Position – 203
– wohlhabende — 71, 83, 90 f.
beherrschen den *Mir* – 183
– Mittel- — nach der Umwandlung der Landwirtschaft in den Jahren 1917 und 1918 – 189
müssen durch die Revolution neutralisiert werden – 189, 194 f.
Beziehungen zur Sowjetmacht – 206
– reiche — beherrschen den Schod – 201
profitieren von der Festigung des *Mir* – 201 f.

BESCHÄFTIGUNG — Reglementierung der – 160 f.

BESCHLAGNAHMEN — bei den Mittelbauern – 195 f., 295 f.
hören auf mit dem Beginn der NEP – 199 f.
"sozialistische Maßnahmen", die aber Unzufriedenheit erregen – 296

BETRIEBSLEITER
technischer und administrativer – 131
das System der Einzelleitung – 131, 143 f.

BODEN
Dekret über den – 62, 177
– Aufteilung
in den Jahren 1917 und 1918 – 184 f.
nach dem Dekret über die Bodengemeinschaft – 200
ist der Aufteilung der anderen Produktionsmittel nicht angepaßt – 204
– Verpachtung
Gesetzbuch von 1922 – 201 f.
BODENGEMEINSCHAFT
Dekret vom Mai 1922 und Funktionsweise – 200

BOLSCHEWISTISCHE PARTEI
s.a.: Arbeiteropposition; Linie; Kampf; Lenin; Parteitage; Unterdrückung; Verhältnisse, politische; Verschmelzung; Zentralkomitee
Beziehungen zur SDAPR – 105 f.
Konstituierung als Partei – 108
ideologisches und theoretisches Rüstzeug – 104, 284 f.
und der politische und ideologische Kampf – 308 f., 315
ideologische Schranken im Jahre 1923 – 422, 427
theoretische Schranken bezüglich der Bodenverhältnisse und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel – 423, 425
Praxis des demokratischen Zentralismus – 253 f., 262, 431
es ist falsch, sie sich als leninistische Partei vorzustellen – 42, 110, 316, 426
ist nicht das "Subjekt" der Geschichte – 55
"verkörpert" die proletarische Macht – 85
übt die Diktatur des Proletariats aus, indem sie mit den revolutionären Massen verbunden bleibt – 164 f.
ist das Instrument der Diktatur des Proletariats – 81
Massenlinie – 166, 256 f., 421 – 422, 423
unmittelbar nach der Oktoberrevolution – 69
Verhältnis zu den Arbeitermassen – 256, 300
Verhältnis zu den Volksmassen – 272, 282, 291 ff., 295 f., 376, 379, 421
schwache Verankerung auf dem Lande – 281, 399
Verhältnis zu den Sowjetorganen – 93
Verhältnis zum Rat der Volkskommissare – 95
Beziehungen zu den staatlichen Apparaten – 96, 245, 247 f., 429 (s.a.: Preobrashenski)
Verhältnis zur Roten Armee – 237 f.
Verhältnis zu den Unterdrückungsorganen – 243
Verhältnis zu den früheren "Sowjetparteien" – 215, 307, 431
über die Arbeiterkontrolle – 123, 128, 135 f.
über die Probleme der Erziehung – 146
über die Probleme des Lohns – 151
die Resolution über die Gewerkschaften – 158 f.
über die Genossenschaften – 400 f.

Verhältnis zum revolutionären Kampf der Bauern – 89
unterstützt die revolutionäre Bewegung der Bauernmassen – 73, 186
Dekret über den Boden – 177
Beziehungen zu den armen und Mittelbauern – 189, 291 f.
Verhältnis zu den Mittelbauern – 193
Korrektur der Bauernpolitik – 198 ff.
Unfähigkeit, die ökonomische und politische Praxis der Mittelbauern umzugestalten – 206, 419
ökonomistische Interpretation der NEP – 409 f., 417, 420
sieht den Kriegskommunismus als "Modell" an – 409
hat zugelassen, daß sich bürgerliche gesellschaftliche Praktiken reproduzierten – 212
Verhältnis zu den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und zu ihrer Presse – 215 f., 219 f.
Verhältnis zu den Anarchisten – 222 f.
Verhältnis zu den Menschewiki und zu den Sozialrevolutionären – 223 f, 226 f.
wird Einheitspartei – 227
Umwandlung – 244 f.
Gefahren der Spaltung – 271 f.
Uneinigkeit über den Frieden von Brest-Litowsk – 312
VIII. Parteitag – Parteiprogramm – 319 f.
entscheidende Wende im Winter 1920/21 – 329
IX. Parteitag, widersprüchliche Tendenzen – 160
X. Parteitag, Resolution über die Einheit der Partei – 332
die Konferenzen der Parteilosen – 339
der großrussische Nationalismus – 357
– Verwaltungsapparat
253 f., 259
"Überlagerung" der Partei durch ihren Apparat – 257 ff.
– führende Rolle
wesentliche Eigenschaft – 56
entscheidend für den Klasseninhalt der Revolution und der Macht – 81
in ideologischer Hinsicht – 82
Begrenzung im Oktober 1917 – 82
Begrenzung auf dem Lande – 206
als innere Notwendigkeit der proletarischen Revolution – 198
gegenüber der Regierung – 229
Begrenzungen – 282
– administrative Führung
252, 266
– politische Führung
252, 253, 256, 261, 269
politischer Führungsstil – 261

– Mitgliederzahl
s.a.: Säuberung

– soziale Zusammensetzung

Notwendigkeit für die Festigung der Diktatur des Proletariats – 419
im Jahre 1905 – 106
1906 und 1917 – 107
1917 bis 1919 – 109
nach der Revolution – 196, 244 f., 266
170, 182, 263
Entproletarisierung – 171, 264

BOURGEOISIE
s.a.: Dorf-; Privat-; Staatsbo rgeoisie; Apparat(e); Parteien; Praxis; Revolution; "Smena-Wech"-Leute; Verhältnisse

– russische

ihr Fortbestehen unter der Diktatur des Proletariats – 391, Anm. 51
Spezialisten gehören zum Teil auch zu ihr – 143
Charakterisierung – ihr mangelt es an wirklicher politischer Initiative zum Zeitpunkt der Revolution – 61
nach den Enteignungsmaßnahmen bleibt sie weiter bestehen – 140

BREST-LITOWSK

Position der linken Sozialrevolutionäre – 221
Friede von – und Krise innerhalb der Partei – 311

BUCHARIN

seine Vorstellungen zur Industrialisierung – 41
organisiert den Obersten Volkswirtschaftsrat – 129
aus dem er ausgeschlossen wird – 131
kritisiert die Entscheidung, Fabrikdirektoren zu ernennen. Später sieht er hierin einen direkten Übergang zum Kommunismus; "Rechts-Links"-Abweichungen – 136 f., 324
spricht von der Möglichkeit der Veränderung der proletarischen Partei in eine bürgerliche und von der Restaurierung der bürgerlichen Macht – 249
für Arbeiterdemokratie innerhalb der Partei – 262
befürwortet Zwangsmaßnahmen gegen die Bauern – 296
gehört zu den "Linkskommunisten" – 314
Vorstellungen über die Unfehlbarkeit der Partei – 323
versucht die Auffassungen Trotzkis mit den Thesen der Arbeiteropposition zu "verbinden" – 330
über das Verschwinden des Geldes – 324
stellt das Außenhandelsmonopol in Frage – 347
Stellungnahmen zur Selbstbestimmung der Völker – 350

BÜNDNIS DER ARBEITER UND BAUERN
s.a.: Klassenkampf

zu Beginn der Revolution – 87
als politische Kraft – 202, 419 f.

im Jahre 1919 – 190 f., 295
in der Etappe der demokratischen Revolution – 276 f., 363 f.
Lenins Konzeption der NEP zielt darauf ab, die ökonomischen und politischen Beziehungen zwischen Proletariat und Bauernschaft neu zu bestimmen – 393, 398, 403

BÜROKRATIE
s.a.: Apparat(e)

Rolle des Kleinbürgertums – 140
sie stärkt die Staatsbourgeoisie – 263
ist ein Produkt des "vorkapitalistischen" Charakters Rußlands – 396
die gegensätzlichen Auffassungen Lenins und Trotzkis – 422 f.

DEMOKRATISCHE ARBEIT
s.a.: Prozeß, revolutionärer; Revolution

wird im Jahre 1921 als erreicht angesehen – 363

DEMOKRATISCHER ZENTRALISMUS

das Prinzip wird von der SDAPR beschlossen – 107
sein Funktionieren ist notwendig für den ideologischen Kampf – 308
er ist eine Voraussetzung für die Ausarbeitung der richtigen politischen Linie – 342 f.
seine Verwirklichung innerhalb der Partei im Jahre 1923 – 430 f.

DIKTATUR
– der Bourgeoisie

die Möglichkeit ihrer Wiedererrichtung in der UdSSR zu begreifen – 27

– des Proletariats
s.a.: Bolschewistische Partei; Lenin; Staat

Errichtung im Oktober 1917 – 80 f.
ihre Formen – 85 ff.
und kapitalistische Produktionsverhältnisse – 26
das System der – 86
die bolschewistische Partei fungiert als ihr Instrument – 82, 86, 291 f.,301f., 370
und Oktoberrevolution – 368 f.
Widerspruch im System der – 88 f., 357
Bedeutung – 96
verändert auf unterschiedliche Weise die Stellung und die Rolle der Bourgeoisie und des Proletariats – 119
ihre besonderen Züge zwischen 1917 und 1923 – 78, 79, 86, 165
Anwendung des revolutionären Terrors – 239 f.
Schwächung als Folge des Verselbständigungsprozesses der staatlichen Apparate – 274, 369
im Jahre 1923 behält sie Übergangscharakter – 371, 415
Stärke und Auswirkungen – 416

DISZIPLIN

bürgerliche und proletarische Arbeits- – 152 f. 175
und die Rolle der Gewerkschaften – 157 ff.
in der Roten Armee – 238

DOPPELHERRSCHAFT
DORFARMUT
in der Partei – 253 f.
während des Kriegskommunismus – 375
76
DORFBOURGEOISIE
nach der Umwandlung der Bodenverhältnisse in den Jahren 1917 und 1918 – 186
die Komitees der – 187
DSERSHINSKIJ
ihr ökonomischer und politischer Einfluß – 206, 208
über die Anwendung von Unterdrückungsmaßnahmen – 260
ENGELS
s.a.: Marx; Marx-Engels
über den Staat – 34, 214
über die Theorie – 100, Anm. 76
ENTEIGNUNGEN
s.a.: Nationalisierung; Vergesellschaftung
nach dem Frieden von Brest-Litowsk werden sie allgemein angewandt – 138, 385
zu Beginn der russischen Revolution bleiben sie begrenzt – 384
ETAPPE
s.: Revolution
FABRIKKOMITEES
sie waren die soziale und organisatorische Basis der "Bolschewisierung" der Stadtsowjets – 68
ihre Vermehrung behindert die Arbeiterkontrolle – 123
sie können keine selbständigen Verwaltungskomitees sein, da sie in die zentrale Arbeiterkontrolle integriert sind – 127
Beschlüsse des IX. Parteitags – 136
FEHLER
als Erfahrung; eine proletarische Partei muß sie eingestehen – 283, 343
Auswirkungen der von der Partei begangenen Fehler – 283 f., 291 f., 342
Berichtigung der Fehler in bezug auf die Bauernschaft – 298 f.
die Fehler des "Kriegskommunismus" – 372 ff.
ideologische und politische Fehler, sowie Fehler in der Praxis – 377
FRIEDE
s.: Brest-Litowsk
FÜNFJAHRPLÄNE
Vorhandensein des "Ökonomismus" – 41
GEGEN DEN STROM SCHWIMMEN
wesentlich auf Produktionsaufgaben ausgerichtete Auffassung von der Rolle der Gewerkschaften – 329
ein Prinzip des Marxismus-Leninismus – 30, 345
und die Anwendung des demokratischen Zentralismus – 342 f.
das Beispiel Lenins – 42, 290, 310, 345
das Gegenbeispiel der bolschewistischen Partei – 30
und Ausarbeitung einer politischen Linie – 342 f.
GELD
sein Verschwinden während des "Kriegskommunismus" – 324, 380
GENERALSEKRETÄR
253, 259

über das Nationalitätenproblem – 356
GENOSSENSCHAFTEN
s.a.: Artel
den Bauern als sozialistische Produktionsform zugänglich – 400 ff., 419
kapitalistische – 386
GEWERKSCHAFTEN
Verhältnis der bolschewistischen Partei zu den Gewerkschaftsorganisationen zu Beginn der Revolution – 38
Verbindung der Vorhut mit den Massen – 86
und Arbeiterkontrolle – 126, 230 f., 320
Verstaatlichung; Beziehungen zum Volkskommissariat für Arbeit – 157
Resolution des IX. Parteitags – 158
Ausübung von Zwang – 162
ihre Rolle in der Auffassung der Arbeiteropposition – 324, 336
Auseinandersetzung von 1920, Verstaatlichung und führende Rolle der Partei – 324, 331
über die "Syndikalisierung" des Staates – 324
GOSPLAN
Beziehungen zum Obersten Volkswirtschaftsrat als Verlängerung des Goelro – 129 f.
GPU
242 f., 432
HANDARBEIT
die Arbeiteropposition und die Beteiligung an der produktiven – 335
Aufhebung des Unterschieds zwischen – und Kopfarbeit – 391
HEGEMONIE DES PROLETARIATS
bedeutet nicht auch die wirkliche Führung – 79
stützt sich auf eine ideologische Führung – 82
stützt sich auf eine richtige politische Linie – 342
IDEOLOGIE
die Ideologie der bolschewistischen Partei und der Ökonomismus – 37
s.a.: Kampf, ideologischer
bestimmende Rolle der ideologischen Führung des Proletariats in der Revolution – 82
– bürgerliche
der Druck der – bestimmt die Tendenz, die Produktionsverhältnisse auf einfache juristische Verhältnisse zu reduzieren – 27
innerhalb des Marxismus ist ihre Form der Ökonomismus – 39
wird durch die Erziehungsapparate fortgepflanzt – 146
– proletarische
und die Anwendung des "Terrors" – 240
s.a.: 400
IMPERIALISMUS, RUSSISCHER
die Kennzeichen des – als eines expansionistischen Imperialismus – 63
s.a.: Verhältnisse, imperialistische
IMPERIALISTISCH(E)
Politik – 15–19
INFLATION
302
INGENIEURE
s.: Spezialisten
INTERNATIONALE
– II.
in seiner ursprünglichen Form entstand der Ökonomismus in der – 40
theoretisches und politisches Erbe in der bolschewistischen Partei – 285, 422

– III.

JAKOBINISMUS
KADETTEN
KAMENEW

KAMPF
s.a.: Klassenkampf
– zweier Linien, zweier Wege
ideologische und politische Vorstellungen – 31
Vorhandensein des "Ökonomismus" in den europäischen Sektionen – 45
als Erbe der II. Internationale – 285
91, Anm. 60; 146, 216
rechtsabweichlerische Linie im Jahre 1917 – 309
– bewaffneter
von Lenin ausgedrückter Gedanke – 247
in Bezug auf den Oktoberaufstand – 209 f.
beim Problem der Koalitionsregierung – 310 f.
bei der Frage des Friedens von Brest-Litowsk – 311 f.
– ideologischer
und die Arbeiter- und Bauernmassen – 235 f.
Kampf gegen den Ökonomismus – 39 f.
Analyse der Entartung der UdSSR – 48 f.
gegen die bürgerlichen Parteien und die bürgerliche Presse – 215 ff.
gegen den Anarchismus – 222 f.
gegen die Menschewiki – 223 f.
und die Frage der Parteienvielfalt – 228 f.
zum Zeitpunkt des X. Parteitags – 329 f.
die Bedingungen des – nach dem X. Parteitag – 334
Zielscheibe des korrekten – 344
als Bedingung zur Umwälzung der Verhältnisse – 418
und "Kulturrevolution" – 153; 418
Lenins im 'Brief an den Parteitag' – 271 f.
und Umwälzung der Verhältnisse auf dem Weg zum Sozialismus – 289 f., 418
als Tradition des Bolschewismus – 289 f., 308
Tätigkeit Lenins und führende Rolle der bolschewistischen Partei – 101 f.
– politischer
– ideologischer und politischer
– theoretischer

KAPITAL
s.a.: Bourgeoisie; kapitalistische Produktionsverhältnisse; Reproduktion der Verhältnisse

KLASSE(N)
s.a.: Bourgeoisie; Kampf; Kleinbürgertum; Praxis; Produktionsverhältnisse; Proletariat; Verschmelzung
Veränderung der Klassenbeziehungen unter der Diktatur des Proletariats – 115
Definition der gesellschaftlichen Klassen – 118 f.
Klasseneinteilung auf dem Land – 202 ff.
Gleichsetzung Partei–Klasse – 379
als objektiver Prozeß – 211
und Übergang zum Sozialismus – 21
im Sozialismus, nach den Vorstellungen des "verknöcherten" Marxismus – 25
ist der Motor der Geschichte – 28
und Entwicklung der bolschewistischen Partei – 105, 108
und Arbeitsteilung – 116 f.

KLASSENKAMPF
s.a.: Klasse(n); Partei; Produktivkräfte; Prozeß, revolutionärer; Revolution, ununterbrochene; Sozialismus; Streiks
und die Umwälzung der Produktionsverhältnisse – 119 f.
und die Umwälzung der Klassenverhältnisse – 121
auf dem Lande ist er teilweise durch das System des *Mir* bedingt – 179 ff.
und die Komitees der Dorfarmut – 187
und die Verselbständigung der Apparate – 276
in der Partei – 344
der Arbeiter und der Aufschwung der Sowjets – 68 f.
der Arbeiter im Oktober 1917 – 78 f.
proletarischer – und kommunistische Arbeit – 170
der Bauern – 69 f., 77 f., 177 f., 187
und gesellschaftliche Umgestaltung der Produktionsformen – 389, 417
und das Bündnis von Arbeitern und Bauern – 71 f., 76 f., 88, 200, 202, 413
Auswirkungen auf den theoretischen Kampf – 284, 427
nationale Klassenkämpfe – 78

KLEINBÜRGERTUM
privates – und – in der Verwaltung – 140 f.
die Masse der Bauern gehört zum – 205 f.,270
mit den linken Sozialrevolutionären – 219

KOALITIONSREGIERUNG
s.a.: Kampf zweier Linien

KOMITEES DER DORFARMUT
s.a.: Klassenkampf
293

KOMMUNEN, LANDWIRTSCHAFTLICHE
s.a.: *Mir*
als sozialistische Verhältnisse auf dem Land – 188, 191, 194, 200

KOMMUNISMUS
der Übergang zum – beginnt mit der freiwilligen Arbeit der "kommunistischen Samstage" – 172

KOMMUNISTISCHE SAMSTAGE
s.: Samstage, kommunistische

KONSTITUIERENDE VERSAMMLUNG
Wahlen und Auflösung im Januar 1918 – 91

KONTROLLE
s.a.: Arbeiterkontrolle; Bolschewistische Partei; Gewerkschaften
die Notwendigkeit der Kontrolle durch die Massen beim Aufbau des Sozialismus – 154, 383
die tatsächliche Kontrolle auf lokaler Ebene wird den lokalen Organen des Volkskommissariats für Arbeit anvertraut – 158

KONZENTRATIONSLAGER
163, Anm. 100; s. Druckfehlerliste am Ende dieses Bands, S. 470

KONZENTRIERUNG
s.a.: Apparate; Macht
hat innerhalb der Sowjetmacht über die Zentralisierung das Übergewicht bekommen – 214
der Macht in den zentralen Regierungsorganen – 229
der Macht innerhalb der Partei – 259

"KRIEGSKOMMUNISMUS"
keimhafter Charakter der Staatsbourgeoisie – 145

KRONSTADT
KRUPSKAJA
s.a.: Lunatscharski
KULAKEN

KULTURREVOLUTION
s.a.: Diktatur des Proletariats; Prozeß, revolutionärer; Sowjets

LENIN

die dringenden Maßnahmen zur Verteidigung der Diktatur des Proletariats – 280
die Beschlagnahmen – 296
Illusionen in der Frage des Geldes – 303
als Etappe der russischen Revolution – 371
die Fehler des – 372 ff.
die bolschewistische Partei betrachtete ihn als "Modell" – 409
endet als Mißerfolg – 410
Aufstand von – 198, 206, 304 f., 332, 335
revolutionäre Vorstellungen über Erziehung – 147
und die Ausbeutung der Bauern – 72, 139, 207, 294
als Form des ideologischen Kampfes – 153, 418
Kampf gegen die innere Unterwanderung des proletarischen Staates und der Partei – 248
leninistische Vorstellung – 406 f.
über die gesellschaftlichen Klassen – 118
Kampf gegen den Ökonomismus – 39, 341, 391
"gegen den Strom schwimmen" – 42, 290, 309
außergewöhnliche Stellung innerhalb der Partei – 289, 316, 425
über die Massenlinie – 166, 357 f., 405 f.
theoretischer Kampf und Vorstellungen über die ideologische und politische Rolle der Partei – 101 ff., 300 f., 426
Einschätzung der gesellschaftlichen und politischen Umgestaltungen – 53
Rußland als schwächstes Glied in der imperialistischen Kette – 73
über die Kadettenpartei – 91, Anm. 60
über die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland, Kampf gegen Volkstümler, Menschewiki und Sozialrevolutionäre – 101 f., 179 ff.
Hegemonie des Proletariats – 82, Anm. 39
die Diktatur des Proletariats; der Sowjetstaat – 86 f., 328, 368 f.
der Übergang zum Sozialismus – 84, 366 f.
die Entstehung der kommunistischen Verhältnisse – 170 ff.
die kommunistische Arbeit – 172 f.
die "Kulturrevolution" – 406
"der Aufstand ist eine Kunst" – 74; 80, Anm. 37
die Beschränkung der unmittelbaren Aufgaben der bolschewistischen Partei – 84
die bürgerlich-demokratische Revolution und die proletarische Revolution – 363
die proletarische Arbeit der russischen Revolution – 365 ff.
die wirtschaftlichen Verhältnisse im Rußland von 1921 – 366
die Etappen der russischen Revolution – 370 f., 388
die Gefahr des Wegs zur bürgerlichen Staatsmacht – 247
der Klassenkampf und die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse – 389
die Sowjets – 92 f., 228 f., 369
der "Arbeiter- und Bauernstaat" – 87
Bruch mit den "etatistischen" Vorstellungen der II. Internationale – 403
Kampf gegen den vom Zarismus übernommenen Staatsapparat – 404
die bürokratischen Auswüchse des Sowjetstaats – 87, 228 f., 275, 422
der "Staatskapitalismus" – 131, 135, 313 f. 382 ff., 387 ff.
die Nationalisierungen und Enteignungen – 122 f.
die Arbeiterkontrolle – 123 f., 126
die Ernennung und die Macht der Fabrikdirektoren – 131 f.
die "Arbeiteropposition" – 330 f.
das Außenhandelsmonopol – 347 f.
die Disziplin in der Organisierung der Produktion – 154 f., 166 f., 296
die Löhne – 151
die Unterdrückungsorgane (GPU) – 242 f.
die Presse – 225
die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideen – 156
Kampf gegen die kleinbürgerlichen Elemente – 395
Beteiligung der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki an der Sowjetmacht – 218
die Anarchisten – 222 f.
der revolutionäre Kampf und die Rolle der Bauern – 77, 91
das Dekret über den Boden – 177 f.
die Klassenkämpfe und der Aufbau des Sozialismus auf dem Land – 187
die Mittelbauern – 190, 240, 294 f.
die Kollektivierung der Landwirtschaft – 192
die Requisitionen – 295
die Fehler in der Bauernpolitik – 297
das ökonomische Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft – 394
die genossenschaftliche Produktion – 400 ff.
die Berichtigung der Bauernpolitik der Partei und das Verhältnis zwischen Proletariat und Bauernschaft – 198 ff., 298 f., 400 f., 409
Bruch mit einer alten Klassenstrategie nach 1921 – 412 f.
die NEP – 372 ff., 377 ff.

die Verurteilung der "Rechts-Links"-Abweichungen Trotzkis und Bucharins – 137, 325 ff.
das Verhältnis zwischen Partei und Staatsapparat – 247
die Bürokratisierung der Partei – 256 f., 262, 428
die in die Partei eingedrungenen bürgerlichen Elemente – 263
der proletarische Charakter der Partei – 259, 269 f., 369 f.
die Ernennung der Parteikader – 237 ff.
die Entartung der Partei – 356 f.
die Differenzen im Zentralkomitee – 76, 332 f.
die Nationalitätenfrage – 349 f. (s.a.: Nationalitätenkämpfe)
der großrussische Chauvinismus und der proletarische Internationalismus – 352 f.

– Testament — 358 f.

LINIE
– bürgerliche — entwickelt sich nach 1921 in den Verwaltungsapparaten – 344 ff.
– politische — und Umwälzung der Produktionsverhältnisse – 118, 419
Bedingungen der Ausarbeitung – 272
und Beziehungen der Partei zu den Massen – 299, 301
ihre Ausarbeitung steht bei den ideologischen und politischen Kämpfen innerhalb der Partei auf dem Spiel – 342 ff.
konkrete – einer Partei – 344
und die Fehler der Partei – 377
– proletarische — stellt sich der bürgerlichen gegenüber – 344
– proletarisch-revolutionäre — vom Standpunkt der Interessen des Proletariats – 345
s.a.: Massenlinie

"LINKE" KOMMUNISTEN — Positionen in der Frage der Fabrikdirektoren – 136 f., 313 ff.
Entstehung – 311
kleinbürgerliche Realitätsblindheit – 312, Anm. 42
Angriffe gegen den Staatskapitalismus – 313 ff.

LINKE SOZIALREVOLUTIONÄRE — 221 ff.
Beteiligung an der Regierung – 219

LOHNARBEIT — ihr "Verschwinden" während des "Kriegskommunismus" – 173, 324

LÖHNE — Ungleichheit der Löhne unter der Sowjetmacht – 141 f.
teilweises Abgehen vom Partmax – 142
Diskussionen zu Beginn der Revolution: Stücklohn, Zeitlohn, Prämien, Lohnskala – 150
der Funktionäre – 255
der Mitglieder des Parteiapparats – 255

LUNATSCHARSKI — Vorstellungen über die Erziehung – 147

LUXEMBURG, ROSA — über den Jakobinismus der russischen Revolution – 285

MACHNO — ist der Repräsentant einer Tendenz der anarchistischen Bewegung "unter den Bauern" – 223

MACHT — Dualismus im Jahre 1917 – 66, 76
s.a.: Konzentrierung; Sowjetmacht — die Sowjets als lokale Machtorgane – 67 f.
ist ein Verhältnis zwischen den Klassen – 80, 85, 93
die Staatsmacht zwischen 1918 und 1920 – 86 f.
die Regierungsgewalt geht auf den Rat der Volkskommissare über – 95
– proletarische — ist nicht nur staatliche Macht – 90
Widersprüche zur bäuerlichen Bevölkerung – 92, 294
Festigung nach der Errichtung der Sowjetmacht – 121
im Jahre 1923 – 369

MAO TSE-TUNG — "gegen den Strom schwimmen" – 345

MARX — über die Diktatur des Proletariats – 26 f.
s.a.: Engels — über die Arbeitsteilung – 116 f.
über die Arbeitsdisziplin – 152 f.
über die Lohnarbeit – 173
über den bestimmten Charakter der politischen Verhältnisse – 211, 277, 404
über den widersprüchlichen Charakter des kapitalistischen Reproduktionsprozesses – 278
über den Jakobinismus – 286
über den Charakter der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse und die Bedingungen ihrer Umwälzung – 378
die ökonomistische Interpretation gewisser Texte von Marx hat eine große Rolle in der Ideologie der II. Internationale gespielt – 390
über den "Staatssozialismus" – 387, 470
Verbindung von Bauernkrieg und Arbeiterbewegung.– 408

MARX-ENGELS — über den *Mir* und die russische Revolution – 181
über den Staat und über den Kampf gegen die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Vorstellungen vom Sozialismus – 380, 387
über die Genossenschaft – 402

MARXISMUS — "verflachter" – der II. Internationale – 24
Grundsätze des "verknöcherten" Marxismus – 24, 102
– revolutionärer — als dialektische Entwicklung, die von den theoretischen Analysen Lenins und der bolschewistischen Partei getragen wurde – 105, 300 f.
begründet die ideologische Einheit der Partei – 342

MASSENLINIE — Lenins Vorstellungen – 166 f., 327, 406
Praxis der KPR(B) – 167, 421 f.

MENSCHEWIKI
s.a.: Lenin; Partei, menschewistische
um einen Staat neuen Typs aufzubauen – 404 f.
wollen in den Sowjets keine Machtorgane sehen – 67, Anm. 14
Haltung zur Provisorischen Regierung – 72
der Regierungsmacht enthoben – 95
vertreten den Opportunismus in Rußland – 102
Beziehungen zur SDAPR – 106
verteidigen die Selbständigkeit der Fabrikkomitees – 124
in den Erziehungsapparaten vertreten – 146
über die Gewerkschaftsfrage – 159
sind der Sowjetmacht feindlich – 218, 224
Oppositionstätigkeit – 227
"als Parteilose verkleidet" – 339

MILITARISIERUNG DER ARBEIT
MIR
159, 163, 321 f.
Funktion, Entwicklung, Bedeutung – 71, Anm. 20; 77, 179 f.
und die Landverteilung nach Oktober 1917 – 184, 185
erneuert durch das Mittel der "Bodengemeinschaft" – 200
Auswirkungen seiner Konsolidierung nach 1921 – 364, 423 f.

MOBILISIERUNG DER ARBEIT
NATIONALISIERUNG
s.a.: Enteignung; Verstaatlichung
159
ist nicht dasselbe wie die sozialistische Umwälzung der Produktionsverhältnisse – 116 f.
und Vergesellschaftung – 122 f.
der Genossenschaften – 401
-politik – 317 f.
Probleme der – 349 ff.

NATIONALITÄTEN
s.a.: Bolschewistische Partei; Lenin; Revolution, demokratische
NEP
s.a.: Bolschewistische Partei; Kriegskommunismus; Lenin
Positionen des Kleinbürgertums – 140 f.
Dekrete – 200
das Bündnis der Arbeiter und Bauern stärken – 298, 367
ideologischer Kampf innerhalb der KPR(B) – 334
setzt das bürgerlich-demokratische Werk fort – 364
als eine Periode im revolutionären Prozeß – 371
als "Rückkehr" zum Staatskapitalismus – 382 ff.
zuerst als eine Variante des Staatskapitalismus konzipiert – 392 ff.
dann als Ansatz eines neuen Typs der Beziehungen zwischen Proletariat und Bauernschaft – 398 f.
als "Rückzug", um die Vollendung der proletarischen Revolution zu ermöglichen – 367, 410, 412
zur Festigung der Diktatur des Proletariats – 415

NKWD
s.: GPU; Tscheka
OBERSTER VOLKSWIRTSCHAFTSRAT (OVWR)
der OVWR wird errichtet, um die Arbeiter zu stärken – 128
Dekret zu seiner Schaffung – 129
erhebliche Machtfülle – 130
Eindringen der Bourgeoisie in den OVWR – 144

OFFENSIVE, PROLETARISCHE
s.a.: Lenin
innerhalb der Bauernschaft – 293

"ÖKONOMISMUS"
Gebrauch des Ausdrucks bei Lenin; Auswirkungen und Charakterisierung – 37 ff.
der – kann in verschiedenen Formen auftreten; die Positionen Bucharins, Trotzkis, Preobrashenskis – 40 ff.
der – in den proletarischen und kommunistischen Bewegungen – 44 ff.
die "Arbeiteropposition" hat nicht mit dem – gebrochen – 336, 341

OPPORTUNISMUS
nach dem Scheitern der Arbeiteropposition – 341 f.
als verdeckte Opposition – 346

OPPOSITION
innerhalb der Partei im Jahre 1923 – 432 f.
– des "Demokratischen Zentralismus". 320
s.a.: Arbeiteropposition

ORDSHONIKIDSE
über die georgische Frage – 355
s.a.: Lenin; Nationalitäten

ORGBÜRO
253

ORGOTDEL
254

OVWR
s.: Oberster Volkswirtschaftsrat

PARISER KOMMUNE VON 1871
die Lehren der Kommune zu den Fragen
1. der Kontrolle der Massen – 154
2. des Staates – 380
3. der Genossenschaften und des Kampfs gegen die Bürokratie – 402 f.

PARTEIEN

– demokratische
Positionen der bolschewistischen Partei – 215, 217, 220, 227, 306

– Kadetten
eine bürgerliche Partei – 91
Präsenz in den Erziehungsapparaten – 146
Auflösung – 216 f.
223 ff.

– Menschewiki
Eigenschaften – 61, Anm. 2

– Sozialrevolutionäre
und die Sowjets – 68, 217 f.
Einfluß in den Sowjets der Bauerndeputierten – 70
Beziehungen zu dem Volkstümlertum – 101, Anm. 77
Präsenz in den Erziehungsapparaten – 146
Feindseligkeit gegenüber der Sowjetmacht – 220

– linke Sozialrevolutionäre — Oppositionstätigkeit und Auflösung – 226 f. "als Parteilose verkleidet" – 340

PARTEITAGE — 221 f.
– der bolschewistischen Partei — beteiligen sich an der Regierung – 219
der SDAPR – 105 ff.
VII. – 144, 315
VIII. – 161, 169, 190, 192, 230, 240, 295
VIII.; initiiert den Wiederaufbau der Partei – 253, 266, 319 f.
VIII.; zur nationalen Frage – 350 f.
IX. – 135, 158 ff., 163, 240, 320 ff.
X. – 198, 242 f., 256, 257, 262, 266, 325, 329 ff.
X.; zur Einheit der Partei – 332 ff.
X.; ist ein Wendepunkt in der Geschichte der Partei – 334 ff.
XI. – 243, 247, 256, 257, 431
XII. – 259

PARTMAX — teilweises Abgehen vom – 142
PLECHANOW — Kampf gegen das Volkstümlertum – 101
POLITBÜRO — 253
vergrößerte Macht nach dem X. Parteitag – 333

POLITIK — 258
– proletarische
– ökonomische
s.: NEP
– Nationalitäten
s.: Lenin; bolschewistische Partei; Nationalitäten

PRAXIS
– bürgerliche — Ziele und Zweck – 212
ausschlaggebend für die Entstehung einer Staatsbourgeoisie – 120
als widersprüchliche Praxis der Umwälzung der kapitalistischen Verhältnisse – 278
im Führungsstil der KPR(B) – 261 f.
– kleinbürgerliche — der Bauernschaft – 205
– proletarische — sie steht im Klassenkampf unter der Diktatur des Proletariats auf dem Spiel – 212
– revolutionäre — Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse – 279
– gesellschaftliche — und konkretes Verhältnis zwischen Partei und Volksmassen – 339

PREISE — auf dem schwarzen Markt – 142, 303
Auswirkungen der Preissteigerung – 375

PREOBRASHENSKI — schlägt die Auflösung der Partei vor – 252
PRESSE — Kampf der KPR(B) gegen die bürgerliche Presse – 215 f., 226
s.a.: Bolschewistische Partei; Zensur
PRIVATBOURGEOISIE — verschwindet zugunsten der Staatsbourgeoisie – 121
knüpft Verbindungen zu den staatlichen Apparaten – 139

PRODUKTION — Rückgang der landwirtschaftlichen – 197, 202, 205

PRODUKTIONSVERHÄLTNISSE — die Existenzbedingungen der Klassen sind darin enthalten – 25 f.
was ihre Umwälzung bedeutet und impliziert – 29
sind bestimmte Verhältnisse – 116
und soziale Klassen – 118 f.

PRODUKTIVKRÄFTE — ihre Entwicklung allein kann die kapitalistischen Formen der Arbeitsteilung nicht verschwinden lassen – 20 f.
Problematik der – 22
These von der Entwicklung der – als Motor der Geschichte – 27 f.
Konzeption Stalins – 29
Konzeption Trotzkis – 32 f.
die Problematik der Produktivkräfte ist historisch mit der russischen Revolution verbunden – 36
Entwicklung der Produktivkräfte und Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse – 389 f.

PROLETARIAT — und die Umwälzung der Produktionsverhältnisse – 29
s.a.: Diktatur des Proletariats; Klassenkampf
führende Rolle und Selbständigkeit der Gewerkschaftsorganisationen – 38 f.
konstituiert sich als führende Klasse nach der Oktoberrevolution – 80
"Hegemonie" des – 82
in Rußland in der Minderheit – 88
schafft sich mit dem Verlauf der sozialistischen Umwälzung als Proletariat allmählich ab – 119
widersprüchliche Situation am Ende des "Kriegskommunismus" – 148

PROLETARISCHE(S)
– Aufgaben — 366
– Politik — 258
– Werk — unvollendet – 366, 368
s.a.: Linie; NEP; Revolution

PROZESS — Kampf gegen einen objektiven – und seine Bedingungen – 283
– revolutionärer — auf dem Land – 177
s.a.: Reproduktionsprozeß, gesellschaftlicher; Umwandlungsprozeß; Verselbständigungsprozeß — bürgerliche und proletarische Arbeitsdisziplin – 151 f.
spezifische Verflechtung des proletarischen mit dem demokratischen – als Erklärung für die Anwendung von "Terror" – 240, Anm. 71
der demokratischen Revolution und der proletarischen Revolution – 76 f., 276 f., 364
der demokratischen Revolution und der proletarischen Kulturrevolution – 406 f.
drei große Perioden des – in Rußland – 371

RABFAK — 148
s.: Arbeiterfakultäten

RABKRIN
s.: Arbeiter- und Bauerninspektion
RAT DER VOLKSKOMMISSARE (Sovnarkom)
Zusammensetzung des ersten – 94
konzentriert die Regierungsgewalt – 97 f., 214 f.
Ausübung von Zwang – 161 f.

RAT FÜR ARBEIT UND VERTEIDIGUNG (STO)
161 f.
REGIERUNG
die Regierungsgewalt geht auf den Rat der Volkskommissare über – 92, 94
s.a.: Koalitionsregierung
– Provisorische
Sturz – 62
die Provisorische Regierung und die Doppelherrschaft – 66
Klassencharakter – 73, 78
Unterdrückung der revolutionären Bewegung – 74

REPRODUKTION DER VERHÄLTNISSE
widersprüchlicher Charakter des Reproduktionsprozesses der kapitalistischen Verhältnisse – 278
innerhalb des "kapitalistischen Systems" in Rußland im Jahre 1923 – 417
in der Landwirtschaft im Jahre 1923 – 423

REPRODUKTIONSPROZESS, GESELLSCHAFTLICHER
zu Beginn des Übergangs zum Sozialismus – 116

REVISIONISMUS
der "verflachte Marxismus" trägt die Keime des modernen Revisionismus – 24
Lenin greift ihn als "raffinierte Verfälschung" des Marxismus an – 104
die Fehler der "Rechts-Links"-Abweichung im "Kriegskommunismus" haben zum gegenwärtigen Revisionismus geführt – 137
und die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Anschauungen – 289
macht aus den Produktivkräften den Motor der Geschichte – 391

REVOLUTION
s.a.: Diktatur des Proletariats; Kulturrevolution; Prozeß, revolutionärer; Sowjets
– bürgerlich-demokratische
s.a.: proletarische Revolution
als Etappe – 78, 276 f.
vom Februar 1917 – 63
vom Oktober 1917 – 62, 76 f., 80 f., 368
– demokratische
die Bauern und die – 77, 363 f.
begrenzt die Entwicklung der kommunistischen Arbeit – 176
und Probleme der Nationalitäten – 52, Anm. 66; 78, 351, Anm. 115
– Etappen der
370 f.
Übergang von einer Etappe zur anderen – 76 f.
– proletarische
Heranreifen der Bedingungen – 72 ff.

Verflechtung der – mit der bürgerlich-demokratischen Revolution – 76, 89, 363 f.
– soziale
als Notwendigkeit bei der Umwälzung der Produktionsverhältnisse – 391
– sozialistische
beschränkt sich nicht auf die Umwandlung der juristischen Eigentumsverhältnisse – 27
– ununterbrochene
ihre Notwendigkeit unter der Diktatur des Proletariats – 212

ROTE ARMEE
insbesondere: 231 ff.
s.a.: Sowjetarmee
ist ein Instrument des Kampfes, nicht ein Apparat zur Revolutionierung der ideologischen Verhältnisse – 99
Privilegien der Offiziere – 143, 234
Ursachen des Siegs der – über die Weißen – 202
kann nicht als proletarische Armee bezeichnet werden – 237
als staatlicher Verwaltungsapparat – 238

ROTE GARDEN
Schätzungen ihrer Stärke im Jahre 1917 – 74, Anm. 24
als bewaffnete Kraft der proletarischen Macht – 99, 100
Beziehungen zur Roten Armee – 232

SAMSTAGE, KOMMUNISTISCHE
werden obligatorisch – 175
SÄUBERUNG
der Partei – 266, 429 f.
SCHOD
beherrscht von den reichen Bauern – 71
verwaltet die Bodengemeinschaft – 201

SCHULEN
139, 146 f.
SCHWARZMARKT
Fortdauern der Warenverhältnisse – 302 f., 380

SEKRETARIAT
des Zentralkomitees – 253, 333
s.a.: Generalsekretariat
SELBSTBESTIMMUNG DER NATION
Auffassungen von Stalin, Bucharin, Lenin – 349 f.

SINOWJEW
rechtsabweichlerische Linie im Jahre 1917 – 310 f.
über die Komitees der Dorfarmut – 293 f.

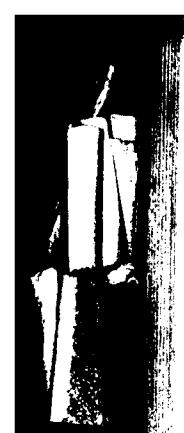
"SMENA WECH"-LEUTE
248 f.
SOWCHOS (Staatswirtschaften)
Beziehungen zur Staatsbourgeoisie – 144
Beziehungen zum Staat – 194

SOWJETS
im Jahre 1917 – 67
s.a.: Prozeß, revolutionärer; Revolution, bürgerlich-demokratische und proletarische; Sowjetkongresse; Sowjetmacht
Radikalisierung der Arbeitersowjets – 68
Sowjets der Bauerndeputierten – 70, 281
ihre Arbeitsweise zwischen 1917 und 1920 – 86 f., 92
können sich in "Feigenblätter der Konterrevolution" verwandeln – 93
Übergang der Macht von den örtlichen und Bezirkssowjets auf die bolschewistische Partei – 228
Pseudosowjets auf dem Land – 246
die Bauern und die Wahlen zu den ländlichen Sowjets – 69 f., 281



Verfall im Zuge des "Kriegskommunismus" – 369, 376
Lage im Jahre 1923 – 415 f.
– Petrograder Entstehung, Organ der Revolution – 66
SOWJETARMEE 237
s.a.: Rote Armee
SOWJETKONGRESSE, GESAMTRUSSISCHE 61, 92
I. – 67,
II. – 92 f., 125, 177
IV. – 130
V. – 221
VI. – 240 f., 294
VII. – 224
VIII. – 225, 297
werden ab dem IX. nur noch jährlich durchgeführt – 214
IX. – 242
SOWJETMACHT die nächsten Aufgaben – 84
s.a.: Konzentrierung während des "Kriegskommunismus" – 280
Klassencharakter – 163 f.
hat die Macht mehr konzentriert als zentralisiert – 214
Bruch mit den linken Sozialrevolutionären – 221
und die Unterdrückung – 224
Gefahr der inneren Unterwanderung – 249
SOWNARCHOS
s.: Oberster Volkswirtschaftsrat
SOWNARKOM Zusammensetzung des ersten – 94
s.: Rat der Volkskommissare konzentriert die Regierungsgewalt – 96, 214 f.
übt den Zwang aus – 161 f.
SOZIALISMUS Auswirkungen der Identifizierung der UdSSR mit dem Sozialismus – 49
ist eine Übergangsperiode – 119
und Massenkontrolle – 127
die Etappen des Übergangs zum – 382
Staatssozialismus – 387
– Aufbau des – These vom – in einem Land – 43
auf dem Land – 188
Lenins Auffassungen – 366 f.
Illusionen des "Kriegskommunismus" – 372 ff.
SOZIALREVOLUTIONÄRE (SR) Eigenschaften – 61, Anm. 2
und die Sowjets – 67, 218
ihr Einfluß in den Sowjets der Bauerndeputierten – 70
Beziehungen zu den Volkstümlern – 101, Anm. 77
Einfluß in den Erziehungsapparaten – 176
sind Feinde der Sowjetmacht – 220
Oppositions- und Spaltertätigkeit – 226
geben sich den "Anstrich" von Parteilosen – 340
SPEZIALISTEN ihre Mitarbeit im Obersten Volkswirtschaftsrat – 130

ein notwendiger Kompromiß – 131, 142
ein Aspekt des Staatskapitalismus – 135
gehören zum Kleinbürgertum – 140
ihre Rolle nach den Resolutionen des IX. Parteitags – 160
STAAT der Marxismus und die Existenz des Staats – 34, 86
s.a.: Bolschewistische Partei; Lenin; Macht; staatliche Apparate der "Arbeiter- und Bauernstaat" – 327
der proletarische Übergangsstaat – 275
Staatseigentum und Arbeiterkontrolle – 126
Doppelcharakter des Sowjetstaats – 327
Sowjetstaat und kommunistische Bewegung – 354
Absterben – 34 f.
und der Aufbau des Sozialismus – 380
STAATLICHE APPARATE Beziehungen zur alten russischen Bourgeoisie – 139
Präsenz der Bourgeoisie – 275
Rolle der Arbeiterklasse – 168 f.
bürokratische Auswüchse – 87, 274
als Mittel zur Umwälzung der Verhältnisse – 421
Verselbständigung – 214, 274 ff., 340 f.
"vom Zarismus übernommen" – 275
Zustand der – in den Jahren 1922–1923 – 369
STAATSBOURGEOISIE Bedeutung des Begriffs – 46, Anm. 57
s.a.: Apparat(e); Parteien; Praxis; "Smena Wech"-Leute; Bourgeoisie ist eine veränderte Existenzform der Bourgeoisie – 118 ff.
ihre Entwicklung entspricht objektiven Klassenverhältnissen – 141 ff.
sie formiert sich, indem sie in die staatlichen Apparate eindringt – 143 f., 391
die Arbeiterklasse leistet ihr Widerstand – 145
ihre Herausbildung als "neue Bourgeoisie" – 249 f.
als "Bürokratie" – 263
der "Revisionismus" stärkt sie – 391
STAATSKAPITALISMUS als Existenzform von Ausbeutungsverhältnissen – 22
entwickelt sich als System ökonomischer und politischer Verhältnisse – 131
führte zu einer teilweisen Wiederingangsetzung des industriellen Apparats – 157
hat den Kampf gegen die Kleinproduktion zum Ziel – 368
die "linken" Kommunisten und der – 313 f.
als Etappe der russischen Revolution und als Politik – 371, 383 f., 385
Untersuchung des –, Konzeptionen und Realisierung – 382 ff.
der Begriff des – 387
die chinesische Erfahrung – 389, Anm. 49
Bündnis des – mit dem Sozialismus gegen die Kleinproduktion – 396



STAATSORGANE
s.a.: Rat der Volkskommissare; Zentrales Exekutivkomitee; Zentralkomitee
STALIN
der – steht dem Sozialismus entgegen – 397
die NEP wird anfangs als eine Variante des – vorgestellt – 393
"mechanistische" Identifizierung der juristischen Eigentumsformen mit den Klassenverhältnissen – 25 f.
die Produktivkräfte als Motor der Geschichte – 28
das Verschwinden der Ausbeuterklassen in der UdSSR – 29
hat nur in systematischer Weise die Anschauungen der führenden Schichten der Partei ausgedrückt – 30
zum Problem der Existenz des Sowjetstaats – 35
die Stalinfrage – 42
seine Funktionen im Jahre 1919 – 230
Lenins Urteil über ihn – 272
vertritt im März 1917 eine auf Verteidigung hin orientierte Linie – 309
und die beiden Strömungen innerhalb der Partei – 316
zur Frage der Nationalitäten in Rußland – 317, 349 f.
und die Militäropposition – 318 f.
über das Außenhandelsmonopol – 347
zum bürokratischen Charakter des Sowjetstaats – 422
STREIKS
im Jahre 1921 – 302 f.
als Kampfform gegen die fortbestehenden Elemente des Kapitalismus – 137, 327
TAYLORISMUS
THEORIE
– revolutionäre
151
426 f.
und die führende Rolle der Partei – 100
ihre Entwicklung durch Lenin – 101 f.
und der proletarische Charakter der Partei – 271, 300
und die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse – 279
und die revolutionäre Bewegung – 284
und die Bedingungen ihrer Umwandlung – 285, 426
TROTZKI
die ersten beiden Thesen des "verknöcherten" Marxismus; Positionen – und Stalins – 31 f.
über die Existenz des Sowjetstaats – 35 f.
die Zimmerwalder Konferenz – 109
und die Ausübung von Zwang – 162
und die Rote Armee – 232 f.
Militarisierung der Arbeit und der Gewerkschaften – 320, 325 f.
über die Partei – 323
und die Thesen der Arbeiteropposition – 330 f.
über den bürokratischen Charakter des Sowjetstaats – 422
TSCHEKA
s.a.: GPU
98, 239 ff.
ÜBERBAU
s.: Apparate; Kulturrevolution; Verhältnisse, ideologische und politische
ÜBERGANG
s.a.: Sozialismus; Umwälzung der Verhältnisse
der sozialistische Übergang ist gleichbedeutend mit dem Übergang von der kapitalistischen zur kommunistischen Produktionsweise – 26
sozialistischer Übergang und sozialistische Gesellschaft – 117 f.
UMWÄLZUNG DER VERHÄLTNISSE
s.a.: Umwandlung der Beziehungen
die sowjetische Erfahrung – 23
Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch das Proletariat – 379
Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse unter der Diktatur des Proletariats – 389
Umwandlung des Staats und – in der Landwirtschaft, in der Industrie – 404
physische Bedingungen – 366 f.
im Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen – 390
Schwierigkeiten der Partei – 421 f.
UMWANDLUNG DER BEZIEHUNGEN
s.a.: Umwälzung der Verhältnisse
als Folge der Übertragung der Macht der Sowjets an die zentralen Staatsorgane – 229
innerhalb der Partei – 256, 265
UMWANDLUNGSPROZESS
in der bolschewistischen Partei – 259
UNTERDRÜCKUNG
und Klassenkampf – 35
der demokratischen Parteien und der demokratischen Presse – 225 f.
innerhalb der Partei – 256, 432
USTRJALOW
und der bürgerliche Weg – 247
UTSCHRASPRED
254 f.
VERGESELLSCHAFTUNG
und sozialistische Umwälzung der Produktionsverhältnisse – 118
unterscheidet sich von der Nationalisierung und von der Enteignung – 122 f.
in der Etappe der demokratischen Revolution – 277
Bedingungen einer wirklichen Vergesellschaftung – 424
VERHÄLTNISSE
– bürgerliche
unter der Diktatur des Proletariats – 371
– gesellschaftliche
21
ihre sozialistische Umwälzung in China – 50
auf dem Land in Rußland – 179
die Bedingungen ihrer Umwälzung – 366
– ideologische
innerhalb der Roten Armee – 237

– imperialistische 354
– kapitalistische das "kapitalistische System" in Rußland im Jahre 1923 – 416 f.
s.a.: Reproduktion der Verhältnisse die Einführung der "finanziellen Autonomie" – 47
und der einzelne Direktor – 131 f.
Illusionen des "Kriegskommunismus" über ihr Verschwinden – 380
– kommunistische sind als Keim in den "kommunistischen Samstagen" vorhanden – 170 f.
was sie bedeuten – 172
Illusion des "Kriegskommunismus" – 379 f.
– landwirtschaftliche Besonderheit und Formen der Reproduktion der Bedingungen in der landwirtschaftlichen Produktion – 423
– ökonomische, wirtschaftliche "Geheimnis" der politischen Verhältnisse – 278
in Rußland im Jahre 1921 – 366
bestimmen in letzter Instanz die politischen Formen der proletarischen Macht – 371
die Bedingungen ihrer Umwälzung – 389, 417
ihre Umwälzung ist eine langfristige Aufgabe – 418
– politische Form grundlegender gesellschaftlicher Verhältnisse – 211
Auswirkungen innerhalb der Roten Armee in ihren Beziehungen zu den Massen – 237 f.
administrativer und physischer Zwang innerhalb der KPR(B) nach 1921 – 355, 359
innerhalb der Partei, zwischen der Partei und den Massen und den staatlichen Apparaten – 428
– sozialistische nach Lenin – 175
s.a.: Produktionsverhältnisse; Umwälzung der Verhältnisse auf dem Land – 193 f.
als untergeordnete Elemente – 277, 417
VERKEHRSVERHÄLTNISSE nach Marx – 28, Anm. 24; 278
VERSCHMELZUNG der Partei mit dem Verwaltungsapparat – 260
Partei und Arbeiterklasse – 166, 379, 416
VERSELBSTÄNDIGUNG der staatlichen Apparate, die nicht von den
s.a.: Verselbständigungsprozeß Volksmassen kontrolliert werden – 214, 340
der Tscheka – 241
der Verwaltungsorgane der Partei – 254, 259
VERSELBSTÄNDIGUNGSPROZESS des Verwaltungsapparats – 228
als Verfestigung der hierarchischen Beziehungen innerhalb der Apparate – 234
Bedingungen – 279
Klasseneinflüsse und gesellschaftliche Grundlagen – 274 ff.
VERSTAATLICHUNG Unterordnung der Gewerkschaften unter den
s.a.: Nationalisierung zentralen staatlichen Verwaltungsapparat – 157 f.
schafft die kapitalistischen ökonomischen Verhältnisse nicht ab – 382
der Gewerkschaften – 324

VERWALTUNGSAPPARAT(E) stehen im Widerspruch zur Politik des Zentralkomitees, die vom Rat der Volkskommissare
s.a.: Verschmelzung in die Praxis umgesetzt wird – 98
werden kontrolliert von einem Teil der alten Bourgeoisie – 139, 228, 430 f.
Verhältnis zur bolschewistischen Partei – 246
der Partei – 253 f., 259
Verselbständigung der – 229, 245, 276 f.
VERWALTUNGSZENTRALISMUS hat das Verschwinden der durch die Masseninitiativen hervorgebrachten neuen Verhältnisse gefördert – 275
in der Partei – 254, 260
wird in Lenins Testament in Frage gestellt – 358
VOLKSKOMMISSARIAT
– für Staatskontrolle Aufgaben – 98, 230, 253
s.a.: Arbeiter- und Bauerninspektion
– für das Heereswesen baut die Rote Armee auf – 232
– für Arbeit (Narkomtrud) und die Umwandlung der Gewerkschaftsfunktionen – 157
kontrolliert real die Fabrikleitungen auf lokaler Ebene – 158
mobilisiert die Arbeit – 162
WIRTSCHAFTSPOLITIK
s.: NEP
ZEK
s.: Zentrales Exekutivkomitee
ZENSUR
s.: Presse
ZENTRALE
KONTROLLKOMMISSION (ZKK) 243, 256
ZENTRALES EXEKUTIVKOMITEE
(ZEK) Bildung – 67
Zusammensetzung und Aufgaben – 95, 214 f.
der Regierungsgewalt enthoben – 95 f.
ZENTRALISIERUNG
s.: Apparat(e); Demokratischer Zentralismus; Konzentrierung; Macht; Verwaltungszentralismus
ZENTRALKOMITEE (der KPR(B)) ist in der Frage des Oktoberaufstandes anderer
s.a.: Lenin; VIII. und X. Parteitag Ansicht als Lenin – 75 f.
der KPR(B) Differenzen mit Lenin in der Frage der Beteiligung der Sozialrevolutionäre und Menschewiki an der Sowjetmacht – 217 f., 308
das – im Jahre 1919 – 252 ff.
Positionen des – in der Frage des Friedens von Brest-Litowsk – 311 f.
zwei Strömungen – 316
Beschluß des VIII. Parteitags über das – 319 f.
seine Arbeitsweise nach dem X. Parteitag – 333
Existenz rechter Kräfte im – 347 f., 354
die Wahl und die Zahl der Mitglieder – 358 f.
Verhältnis des – zu Lenin – 425 f.

ZUGESTÄNDNISSE
an die Bauernschaft während der NEP – 394, 412
an das ausländische Großkapital während der NEP – 393
ihr relativer Mißerfolg – 397 f.

ZWANG
s.a.: Beschlagnahmen; Militarisierung der Arbeit
liegt in der Unfähigkeit der KPR(B), Überzeugungsarbeit unter den Massen zu entwickeln – 161 f., 378
in der Kollektivierung der Landwirtschaft – 192
seine Anwendung während des "Kriegskommunismus" – 296, 323, 375
und Überzeugung gegenüber der Bauernschaft – 398

ZWECKMÄSSIGKEIT, REVOLUTIONÄRE
330

ANMERKUNGEN ZUR DEUTSCHEN AUSGABE

In der deutschen Ausgabe wurden vom Autor einige Stellen präzisiert: S. 31 f., Anm. 31, ergänzt; S. 33 f., Anm. 42, neu; S. 35, Anm. 47, neu; S. 38, Z. 5 u. 6 v. oben, Satz ergänzt; S. 43, Anm. 55, bibliogr. Angabe ergänzt; S. 44, Überschrift ergänzt; S. 49, Anm. 62, neu; S. 332, Z. 2 v. oben, ergänzt; S. 332, Z. 6 u. 7 v. unten, Satz ergänzt.

An einigen Stellen wird der französische Begriff im Original angeführt (z.B. S. 116, 363).

Die Zitate russischer Autoren (Bucharin, Lenin, Trotzki, Stalin u.a.) werden, soweit vorhanden, im Wortlaut vorliegender deutscher Übersetzungen gebracht. Der Wortlaut der Leninzitate entspricht dem Text der 40-bändigen deutschen Lenin-Ausgabe (Dietz). In einigen Ausnahmefällen wird nach der Ausgabe von 1930 zitiert (Lenin, *Sämtliche Werke,* Wien und Berlin 1930). Russische Namen und Begriffe werden in der üblichen Schreibweise (Dietz) angeführt.

ANGABEN ZUM AUTOR

Biographische Hinweise

Geb. am 20. November 1913 in Paris

Studium in Paris: Staatsexamen in Geisteswissenschaften, Diplom in Philosophie, Promotion in Rechts- und Wirtschaftswissenschaften

Aufenthalt und Studium in der Sowjetunion 1936; später weitere Reisen in die Sowjetunion

Mitarbeit an der Übersetzung der **Kommunistischen Internationale** (Organ der **Komintern**) Mitte der dreißiger Jahre

Tätig als Lehrbeauftragter an der Juristischen Fakultät der Universität Caen (1939–40)

Vertritt Frankreich auf internationalen Konferenzen über Probleme der Arbeit im Produktionsprozeß in Kanada und in den Vereinigten Staaten (1945–47)

Leiter des Statistischen und Forschungszentrums beim Arbeitsministerium (Dez. 1944–48)

Professor an der Ecole Pratique des Hautes Etudes seit 1948
an der Ecole Nationale d'Administration 1948–52
am Centre de Formation d'Experts de la Cooperation technique

am Institut d'Etudes du Developpement Economique et Social seit 1958
Leiter des Centre d'Etudes de Planification Socialiste

Studienreisen und Tagungen in der Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien, Albanien, DDR und Ländern Westeuropas, in Israel, Mexiko, Vietnam und China

Weitere Aufenthalte im Rahmen der **Technischen Zusammenarbeit** und als wirtschaftlicher Berater in Kambodscha, Algerien, Guinea, Mali, Ägypten und Kuba

BÜCHER

La Planification Soviétique, Marcel Rivière 1939 und 1946 – Übersetzt ins Italienische

L'économie allemande sous le nazisme, Marcel Rivière 1945 – Übersetzungen: BRD, Italien, Spanien

Les Problèmes théoriques et pratiques de la planification, Presses Universitaires de France 1946, 1950 und Maspéro 1966, 1970 – Übersetzungen: BRD, Italien, Ungarn, Japan, Brasilien, Kuba

Bilan de l'économie francaise de 1918 à 1948, Presses Universitaires de France, 1947 – Übersetzungen: UdSSR, CSSR, Polen, Ungarn

Esquisses d'un tableau économique de l'Europe, Domat-Monchretien, 1948

L'économie soviétique, Editions Siray, 1950

Auxerre en 1950 (zusammen mit S. Frère), Armand Colin, 1950

Initiation aux recherches sur les idéologies économiques et les réalités sociales (1949) – **Emploi et chômage devant la théorie économique** (1950) – **Théories contemporaines de l'emploi** (1951), Centre de documentation Universitaire

Emploi et investissement dans l'économie planifiée, Centre de Documentation Universitaire, 1953

Some Basic Planning Problemes, Asia Publishing House, 1957

Studies in the Theory of Planning, Asia Publishing House, 1959 – Übersetzt ins Hebräische, 1963

Long Term Planning Problemes, Indian Statistical Institute, 1956

L'Inde indépendante, Armand Colin, 1962; et Petite Collection Maspéro, 1971 – Übersetzungen: England, UdSSR, Ungarn, Italien

Planification et croissance accélérée, Maspéro 1964 und 1965, Petite Collection Maspéro 1967, 1968, 1970 – Übersetzungen: Mexiko, Brasilien, Italien, Schweden, Japan, Ägypten

La construction du socialisme en Chine (zusammen mit J. Charrière und H. Marchisio), Maspéro 1966, Petite Collection Maspéro 1968, 1969 – Übersetzungen: Spanien, Mexiko, Italien, BRD, Schweden, Portugal, Holland, Brasilien

La transition vers l'économie socialiste, Maspéro 1968, 1970 – Übersetzungen: Italien, Brasilien, Schweden, Spanien

Lettres sur quelques problèmes actuels du socialisme (zusammen mit Paul Sweezy), Maspéro 1970, 1972; gleichzeitig erschienen in den USA, übersetzt ins Spanische

Calcul économique et formes de propriété, Maspéro 1970 – Übersetzungen: BRD, Spanien, Griechenland, Italien, Schweden

Révolution culturelle et organisation industrielle en Chine, Maspéro 1973 – Übersetzt ins Deutsche.

Davon sind in der BRD erschienen:

Der Aufbau des Sozialismus in China (zusammen mit Charrière und Marchisio), Trikont, München 1969

Zur Kritik der Sowjetökonomie (zusammen mit Dobb, Foa, Huberman, Robinson, Mandel, Sweezy u.a.; darin die Lettres...), Wagenbach, Westberlin 1969

Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen, Wagenbach, Westberlin 1970

Theorie und Praxis sozialistischer Planung, Trikont, München 1971

Die deutsche Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus, Trikont, München 1974

China nach der Kulturrevolution: Industrielle Organisation, dezentralisierte Planung und Wertgesetz, Trikont, München 1974

Mitarbeit an folgenden Zeitschriften:

Revue d.Histoire Economique et sociale
Politique Etrangère
Revue Internationale
Cahiers Internationaux
Cahiers Internationaux de Sociologie
Economie Appliquée
Revue Economique
Les Annales
Tiers-Monde
Présence Africaine
La Pensée
Problèmes de Planification
Revue Internationale du Travail
Les Temps Modernes
Monthly Review
Sankhya
The Economic Weekly (Bombay)
Cuba Socialista
Il Manifesto

BERICHTIGUNGEN

S. 23, Z. 20 v. unten	–	statt "Geschehnissen der Sowjetunion" lies "Ereignissen in der Sowjetunion"
S. 38, Z. 3 v. unten	–	statt "die durch eine korrekte politische Linie geführt wird" lies "angeleitet von einer korrekten politischen Linie"
S. 52, Überschrift	–	statt "1919–1923" lies "1917–1923"
S. 74, Z. 9 v. oben	–	statt "materiell" lies "faktisch"
S. 88, Anm. 53	–	muß heißen "vgl. LW 32, S. 32"
S. 90, Z. 3–10 v. oben	–	muß heißen "So weist also Lenins Formel 'Arbeiter- und Bauernstaat' in erster Linie auf die Auswirkungen hin, die eine Bauernschaft, die zahlenmäßig stark ist, und *imstande, eine von der Diktatur des Proletariats unabhängige politische Tätigkeit zu entfalten,* auf das Leben der Sowjetorgane haben kann, auf das Leben der Dorf-, Kreis- und Bezirkssowjets usw., einem integralen Bestandteil des Systems der Diktatur des Proletariats."
S. 95, Z. 19 v. oben	–	statt "In einer" lies "Kraft einer"
S. 111, Z. 6 v. oben	–	der Satz schließt mit einem Punkt
S. 115, Z. 13 v. oben	–	statt "er" lies "sondern"
S. 115, Anm. 1	–	Hervorhebungen bis Zeile 10 von Lenin, ab Zeile 11 von Bettelheim
S. 121, Z. 2 v. oben	–	statt "Führung" lies "Anleitung"
S. 127, Z. 1 v. unten	–	ergänze nach "Vertreter": "der Basisorgane"
S. 130, Z. 11 v. oben	–	statt "Volkskommissare" lies "Volkskommissariate"
S. 136, Anm. 40	–	ergänze nach "Ausgabe": "der *Sämtlichen Werke* Lenins"
S. 136, Anm. 42	–	ergänze nach "(rowohlt)": "1970, S. 128"
S. 136, Anm. 43	–	in der angegebenen Ausgabe steht das Zitat im Singular
S. 137, Anm. 47	–	ergänze nach "1936": "(vgl. Stalin, *Fragen des Leninismus,* a.a.O., S. 613–646)"
S. 163, Anm. 100	–	muß heißen "vgl. den Anhang zum Band 25 der *Sämtlichen Werke* Lenins, Wien und Berlin 1930, S. 670. In dieser Zeit werden tatsächlich neben den Arbeitslagern, von denen oben die Rede war, Konzentrationslager eingerichtet. Wie E.H. Carr zu Recht zeigt, hatten die Konzentrationslager von 1920 damals zu keinem Zeitpunkt weder die Bedeutung noch die wirtschaftliche Funktion, die sie später, seit Beginn der Fünfjahrpläne, gehabt hatten."
S. 166, Anm. 101	–	muß heißen "LW 25, S. 382 f."
S. 251, Z. 9–11 v. oben	–	muß heißen "daß die *spezifische Form,* die dieser Prozeß zu Beginn der NEP annahm, einige Jahre später – entgegen Bucharins Voraussagen – vollständig umgewandelt werden sollte, zu dem Zeitpunkt, als die NEP aufgegeben wurde und die bolschewistische"
S. 282, Z. 9 v. oben	–	vgl. z.B. LW 33, S. 292
S. 292, Z. 3 v. unten	–	statt "Beziehungen" lies "Bedingungen"
S. 304, Z. 14/15 v. unten	–	statt "kommunistische aktive Parteimitglieder" lies "aktive Kommunisten"
S. 387, Z. 19 v. oben	–	statt "Staatskapitalismus" lies "Staatssozialismus"
S. 425, Z. 6 v. unten	–	statt "mechanistischen" lies "mechanischen"

THEORIE & PRAXIS 11

Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung

Die "Polemik" vom ZK der KP Chinas 1965 herausgegeben, dokumentiert den Kampf zweier Linien in der kommunistischen Weltbewegung zwischen der KPChinas und der in der Sowjetunion 1956 an die Macht gekommenen Führungsgruppe um Chruschtschow. In diesen Dokumenten verteidigt die KP Chinas die Prinzipien des Marxismus-Leninismus gegen den modernen Revisionismus der Führung der KPdSU. 690 S., DM 13.50

Materialistische Wissenschaft

Richard Wiegand
"Wer hat uns verraten..."
Die Sozialdemokratie in der Novemberrevolution
Der Autor weist die Entwicklung der SPD zu einer Partei des Monopolkapitals nach und kommentiert, im Faksimile abgedruckte Artikel aus dem "Vorwärts" (Zentralorgan der SPD) zu den Januar- und Märzkämpfen 1919. 176 S., DM 11.40

Alexander v. Plato
Zur Einschätzung der Klassenkämpfe in der Weimarer Republik: KPD und KOMINTERN, SOZIALDEMOKRATIE und TROTZKISMUS
Mit folgendem Inhalt: Die Differenzen zwischen den Bolschewiki und Trotzki von 1903 bis 1917 (Bauern- und Organisationsfrage) / Der Kampf in der KPdSU(B) um die Politik des "Aufbau des Sozialismus in einem Land" / Revolutionärer Internationalismus / Die innerparteiliche Entwicklung der KPD / Die Kämpfe der Arbeiterklasse gegen Lohnraub und staatlichen Terror 1928–1933 / Revolutionäre Gewerkschaftspolitik / Der Aufstieg des deutschen Faschismus und die Sozialdemokratie / Sozialfaschismus und Einheitsfront / Trotzkis Sicht der Weimarer Republik / Kritik des Rationalismus in der Geschichtsbetrachtung. 392 S., DM 14.50

L. Segal
Lehrbuch der Politischen Ökonomie (1934). Nachdruck mit Kommentar
Das Buch beschreibt allgemeinverständlich die Politische Ökonomie des Kapitalismus ebenso die Grundbegriffe der Politischen Ökonomie des Sozialismus. Segal geht dabei von den Erfahrungen und Erfolgen der jungen revolutionären Sowjetunion aus.
Aufgrund der Klarheit seiner Darstellung ist dieses Lehrbuch für Schulungszwecke gut geeignet. 414 S., DM 11.50

Petra Schneider
Weg mit dem § 218 ! Die Massenbewegung gegen das Abtreibungsverbot in der Weimarer Republik
In der Auseinandersetzung mit heutigen feministischen Vorstellungen von der Befreiung der Frau, zeigt die Untersuchung von P. Schneider, wie die KPD, vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise den Kampf um die Befreiung der Frau mit dem Kampf gegen den Kapitalismus verband. 120 S., DM 6.50

Oberbaumverlag

Neuerscheinung



In diesem Buch über den sowjetischen Sozialimperialismus sind grundlegende Artikel (vor allem aus der PEKING RUNDSCHAU, ALBANIEN HEUTE und der ROTEN FAHNE) sowie wichtige Dokumente über die Entwicklung der ehemals sozialistischen Sowjetunion zu einer imperialistischen Supermacht zusammengefaßt.

Im einzelnen zeigt es auf: die Machtergreifung der Chruschtschow-Breschnew-Clique, die Restauration des Kapitalismus in der UdSSR, die Umwandlung der UdSSR in ein Militärzuchthaus für die werktätigen Massen, die expansionistische Außen- und Kriegspolitik des sowjetischen Sozialimperialismus, der heute mit dem USA-Imperialismus um die Weltherrschaft ringt.

Das Buch stellt einen wichtigen Beitrag dar zur Entlarvung der sowjetischen Sozialimperialisten, die zwar dauernd von Frieden und Entspannung reden, in Wirklichkeit aber in die Fußstapfen der Hitler-Faschisten getreten sind und die Völker der Welt mit Krieg bedrohen. Das Buch ruft alle fortschrittlich gesinnten Menschen auf, sich in die weltweite Front gegen die imperialistischen Supermächte einzureihen und insbesondere den Vorherrschaftsplänen des sowjetischen Sozialimperialismus in Europa entgegenzutreten.

384 Seiten, DM 14,80

Proletarier aller Länder, unterdrückte Völker und Nationen, vereinigt Euch!

ROTE FAHNE

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)

5. Jg. / Nr. 40 8. 10. 1975 0,50 DM

A 2010 C

WOCHENZEITUNG

Freiheit für Horst Mahler!

Das Zentralkomitee der KPD ruft allen Arbeitern und Werktätigen, allen fortschrittlichen Intellektuellen, all jenen, denen der rapide Abbau der demokratischen Rechte des Volkes nicht gleichgültig ist, zu: Reiht Euch ein in die Solidaritätsbewegung für die Freikämpfung Horst Mahlers! Reiht Euch ein in die Demonstration am 11. Oktober in

Neue Vorstöße der Sowjetunion im Norden und Süden:

Die beiden Supermächte verschärfen den Kampf um Vorherrschaft in Europa

Wenige Wochen nach Abschluß der Konferenz für „Sicherheit und Zusammenarbeit" im Helsinki zeigt sich mit aller Deutlichkeit, was wir immer gesagt haben: Nicht „Sicherheit, Abrüstung und Entspannung" ist die Hauptlendenz der realen Entwicklung in Europa, sondern eine neue Verschärfung der Rivalität und Kriegsvorbereitung der beiden Supermächte.

der Entspannung" verbreitete, drangen seine Fischereiflotten widerrechtlich in kanadische und japanische Küstengewässer ein. Wenig später mischte sich die sowjetische Führung unter dem Vorwand der „Wahrung der Fischereiinteressen" offen in die inneren Angelegenheiten Islands ein und verschickte eine „offizielle Protestnote" gegen die legitime Ausdehnung

gisch lebenswichtig für die Verteidigung Westeuropas. Durch dieses Gebiet läuft auch die Passage vom Schwarzen Meer und Roten Meer zum Atlantik und die kürzeste Anlieferungsroute für das Öl aus dem Nahen Osten und vom Golf zu den westeuropäischen Ländern. Hier stehen die beiden Militärblöcke unter Führung des sowje-

---

Verlag Rote Fahne

5 Köln 1, Kamekestraße 19, Tel. 0221 / 52 89 59